A 000 164 584 5
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

THE LIBRARY
OF
THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA
LOS ANGELES

# Fürst Bismarck

## nach seiner Entlassung.

# Fürst Bismarck

# nach seiner Entlassung.

---

Leben und Politik des Fürsten

seit seinem Scheiden aus dem Amte

auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen

von

Johs. Penzler.

Vierter Band.

28. Juni 1892 — 22. Februar 1893.

Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Alle Rechte, auch das der Ueberſetzung, vorbehalten.

Druck von Oscar Brandſtetter in Leipzig.

DD
218
P38
v. 4

# VI. Periode:

18. Juni — 8. August 1892.

## Dresden, Wien, München, Kissingen, Jena.

(Fortsetzung aus dem III. Bande.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt am 27. Juni (A.-A.) folgenden Artikel:

Die „National-Zeitung“ giebt in einem „Die Bismarckwoche“ überschriebenen Artikel Aeußerungen über unser Verhältniß zu Rußland, welche dem Fürsten Bismarck zugeschrieben werden, wieder und sagt dabei, diese Bemerkungen seien unzweifelhaft eine Mahnung zur Wachsamkeit für die öffentliche Meinung, denn die auswärtige Politik solle nach den Interessen des Landes, nicht etwa nach Neigungen und Sentiments geleitet werden. Sie fügt hinzu: der Regierung muß es überlassen bleiben, ob sie die öffentliche Anschuldigung widerlegen kann und will.

Indem die „National-Zeitung“ der Vermuthung Ausdruck giebt, es könnte sein, daß unsere auswärtige Politik nicht mehr nach den Interessen des Landes, sondern nach Neigungen und Sentiments geleitet werde, spricht sie einen Verdacht gegen die jetzige Regierung aus, der, wenn auch nur annähernd begründet, einen an Vaterlandsverrath streifenden Grad von Pflichtvergessenheit voraussetzt. Wenn jene Zeitung und die Autorität, auf die sie sich stützt, der auswärtigen Politik der gegenwärtigen Regierung zweifelnd oder tadelnd gegenüberstehen, so können wir das bedauern, aber nicht ändern. Das indeß hätten wir erwarten dürfen — nicht um der Regierung, sondern um des Reiches willen, das sie vertritt —, daß, wenn man die deutsche Regierung dem In- und Auslande als unfähig und pflichtvergessen denuncirt, man wenigstens den Versuch machte, Thatsachen dafür anzuführen. Nähme die gegenwärtige Regierung überhaupt persönliche Motive zur Richtschnur ihrer



1442799

Handlungen, so würde sie sehr gern eine Veröffentlichung der Acten des Auswärtigen Amtes veranlassen, um die gegen sie gerichteten, in Dunkel gehüllten Angriffe in helles Licht zu setzen und dem In- und Auslande einen von Stimmungen unabhängigen, auf positiven Unterlagen gegründeten Vergleich zwischen sonst und jetzt zu ermöglichen. Eine solche Veröffentlichung verbietet sich indeß u. A. durch die Rücksicht auf die davon berührten Personen und Regierungen des Auslandes und durch die nachtheiligen Folgen, welche sie für die fernere Leitung unserer auswärtigen Politik haben müßte. Mit gutem Grunde ist seither an dem Satze, daß die meisten Einzelheiten der auswärtigen Politik nicht eher vor das Forum der Oeffentlichkeit gezogen werden sollten, als bis sie der Geschichte verfallen sind, sowohl seitens der Regierungen als auch seitens unserer parlamentarischen Körperschaften festgehalten worden. Dem Urtheile der Geschichte aber sieht die gegenwärtige Regierung mit der Ueberzeugung ruhig entgegen, daß ihre Handlungsweise deren Kritik nicht zu scheuen haben wird. Vielleicht wird ihr auch dann die Anerkennung werden, daß, wenn sie jetzt manchen Angriff schweigend hat über sich ergehen lassen, dem nicht ihre Scheu vor einer öffentlichen Auseinandersetzung, sondern ihre Auffassung von dem, was das Interesse des Reiches fordert, zu Grunde lag.

Schon am nächsten Morgen, den 28. Juni, erfolgte ein weiterer Artikel: Wenn die Wiedergabe der Unterhaltung des Fürsten Bismarck mit einem der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“, wie sie jene Zeitung brachte, richtig ist, hat Ersterer diejenigen deutschen Beamten, welche in Wien den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn zu Stande brachten, der Unfähigkeit und Unzulänglichkeit gezieben.

Wäre die Auswahl unserer Unterhändler in der That eine so unglückliche gewesen, so müßte eine ganze Anzahl von Ressortchefs im Unklaren über den Werth ihrer Beamten gewesen sein. Es waren von den sieben deutschen Unterhändlern zwei dem Ressort des Auswärtigen Amts entnommen und je einer vom Reichsamt des Innern, vom Reichsschatzamt, vom preußischen Handelsministerium, von der königlich bayrischen und von der königlich sächsischen Regierung gestellt worden. Diese Beamten waren mit einer vom Reichskanzler nach Anhörung der betheiligten Stellen unter dem 23. November 1890 erlassenen Instruction versehen, welche die deutschen Forderungen und die Grenze der deutschen Concessionen bestimmt angab. In zweifelhaften Fällen haben unsere Unterhändler wiederholt, theils telegraphisch, theils persönlich neue Weisungen eingeholt. Sie sind ihrer Instruction mit Pflichttreue nachgekommen. Ist man mit dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage nicht zufrieden, so mag man den gegenwärtigen Reichskanzler tadeln; jene Beamten haben die vollste Anerkennung verdient und seitens ihrer Vorgesetzten gefunden.

Im Anschluß an die oben wiedergegebene Aeußerung soll Fürst Bismarck weiter gesagt haben, daß bei uns jetzt Männer in den Vordergrund gekommen wären, welche er früher im Dunkeln gehalten habe, und zwar, weil jetzt Alles geändert und gewendet werden müßte. Es scheint, wie wenn Fürst Bismarck auch hierbei auf einen oder den anderen unserer Unterhändler abgezielt habe. Daß für die Beurtheilung der Reichsbeamten neuerdings hier und da andere Gesichtspunkte maßgebend geworden sind, soll nicht bestritten werden. Fraglich bleibt nur, ob damit Schaden geschehen ist und ob für die eingetretene Veränderung in der Beurtheilung von Personen nicht andere Motive bestimmend gewesen sein sollten, als die Sucht, Alles zu ändern. Wir glauben zur Klärung des öffentlichen Urtheils hierüber beizutragen, wenn wir als Beispiel folgenden, an die Chefs aller Reichsbehörden gerichteten Erlaß d. d. Friedrichsruh, den 23. Oktober 1883, wiedergeben:

„Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, zu der Einberufung von Hülfsarbeitern, welche dazu bestimmt sind, demnächst in die Stelle eines vortragenden Rathes innerhalb Ihres Ressorts einzurücken, zuvor meine Genehmigung einzuholen.

„Mit dem Antrage auf Ertheilung dieser Genehmigung bitte ich eine Darlegung der Dienstlaufbahn des einzuberufenden Hülfsarbeiters und ein Urtheil über seine bisherige politische und wirthschaftspolitische Haltung zu verbinden.

(gez.) v. Bismarck."

Indem der Nachfolger des Fürsten Bismarck diesen Erlaß aufhob, der selbst den unpolitischen Ressorts, wie Post und Marine, in der Wahl ihrer Beamten Schranken auferlegte, welche der sachlichen Begründung entbehrten, dürften ihn andere Motive als Aenderungssucht geleitet haben.

Die Abend-Ausgabe vom 28. Juni bringt sogar **zwei** gegen den Fürsten Bismarck gerichtete Artikel. Der erste lautet:

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" brachte in ihrer Sonntagsnummer in einer Berliner Correspondenz die Bemerkung, durch die Auslassungen, welche Fürst Bismarck in Wien zu dem Herausgeber der dortigen „Neuen Freien Presse" gethan, sei über das Verhältniß des Grafen Caprivi zu den Ereignissen des Frühjahrs 1890 und zur Person des Fürsten Bismarck noch keine Klarheit geschaffen. Ueber diesen Punkt aber hätte sich Fürst Bismarck in Friedrichsruh zu einem Gast ganz kürzlich dahin ausgesprochen:

> „Sie wundern sich, daß ich mich mit so wenig Anerkennung über die Amtsführung meines Nachfolgers ausspreche, während ich es doch, nach einer unwidersprochenen Angabe Windthorst's, gewesen wäre, der ihn dem Kaiser als meinen Nachfolger empfohlen haben soll. Die Sache verhält sich folgendermaßen: zu einer Zeit, da ich nicht entfernt daran denken konnte, daß der Kaiser mich gerne los wäre, sprach ich

mit Seiner Majestät von der Möglichkeit, daß das Reichskanzleramt versuchsweise von der preußischen Ministerpräsidentschaft getrennt werden könnte, einer Möglichkeit, die vielleicht zum ersten Mal dann sich wieder einstellen würde, wenn ich todt wäre. Damals sagte ich dem Kaiser, für diesen Fall würde ich ihm rathen, an die Spitze des preußischen Ministeriums einen schneidigen General zu stellen. Ich that das, weil ich der Meinung war, daß Verhältnisse eintreten könnten, wo die damaligen Chefs der drei wichtigsten preußischen Ressorts an der nöthigen Schneidigkeit zu wünschen ließen. Der Chef der Polizei war liberal, der Chef des Kriegswesens war liberal und Schwadroneur, der Chef der Staatsanwaltschaften zwar nicht gerade liberal, aber doch zerfahren und unsicher. Beispielsweise nannte ich, weil der mir gerade zuerst einfiel, den Namen Caprivi; aber mein Vorschlag galt nicht dieser Persönlichkeit, sondern nur dem Generalsrange und der Schneidigkeit. Bezüglich letzterer habe ich mich gründlich getäuscht. Es ist mir das nicht oft passirt. Bis dahin war mir Caprivi immer eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Er war stramm und aufrecht, kurz im Reden und überhaupt schweigsam. Als ich seine ersten Reden als Ministerpräsident und Reichskanzler in den Parlamenten las, in denen er lang und breit alle möglichen Dinge vortrug und ausführte, die nicht zur Sache gehörten, und die kein Mensch bestreitet, da wußte ich, daß ich mich getäuscht hatte. Wie mir nun später gesagt worden ist, hat sich der Kaiser schon damals Caprivi von Hannover herüber kommen lassen und ohne mein Wissen mit ihm verhandelt. Wenn Windthorst wirklich gesagt hat, Caprivi werde mein Nachfolger oder er sei seit lange dazu bestimmt gewesen, so hat er nicht mit meinem, sondern mit des Kaisers Kalbe gepflügt. Ich habe außer vor dem Kaiser vor Niemandem den Namen Caprivi's in solchem Zusammenhange genannt, und meine bezügliche Unterredung mit dem Kaiser war ohne Zeugen.

„Lange übrigens bevor der Kaiser mich rundweg auffordern ließ, meine Entlassung zu erbitten, was ich zu thun mich weigerte, indem ich passiven Widerstand leistete, hat er mich unter Gründen der Schonung meiner Gesundheit von Berlin und aus dem lebendigen Zusammenhang der Dinge fern gehalten. Es war keineswegs mein Bedürfniß und mein Wunsch, wenn ich oft so lange von Berlin abwesend war.

„Das Schlimmste nun, was unter Caprivi geschehen ist, das ist die kopfüber erfolgte Abreißung aller Fäden mit Rußland. Der Kaiser glaubte durch seine große persönliche Liebenswürdigkeit die Russen auch politisch — wie man zu sagen pflegt — ‚einwickeln' zu können. Geschäftige, wo nicht bestellte Zwischenträger überbrachten aber unserem Kaiser schon in Petersburg Aeußerungen über ihn aus der Umgebung des Zaren,

welche an der politischen Erfolglosigkeit des Besuches keinen Zweifel mehr zuließen. Unter diesen Umständen erschien die sofortige Reise nach England mit den anschließenden afrikanischen Verträgen als eine Gegendemonstration gegen Rußland, welcher die für letzteres noch empfindlichere polenfreundliche preußische Politik folgte. Unserer auswärtigen Politik konnte nichts Verhängnißvolleres angethan werden, als ein Einlenken in eine preußische Polenpolitik, welche Aehnlichkeit mit der österreichischen hat und den Russen für den Kriegsfall eine polnische Legion, für den Fall einer russischen Niederlage das Königreich Polen am Horizont zeigt. Das mußte ein Kronstadt herbeiführen.

„In Rußland sind es überhaupt nur die Polen, welche zum Kriege hetzen und Rußland gegen Deutschland aufbringen, in der Hoffnung, daß Rußland geschlagen würde, und ein neues Großpolen die Folge der russischen Niederlage sein würde. Darum ist der Pole — seinem Nationalcharakter: heute ‚Jescze Polska', morgen ‚Krapulinski und Waschlapski' entsprechend — für die Verhetzung Deutschlands gegen Rußland und vice versa thätig. Die deutschfeindlichen Artikel der russischen Blätter werden von Polen geschrieben. Der Russe kann überhaupt keine zielklaren politischen Leitartikel schreiben; er ist Romantiker; Märchen, Tausend und eine Nacht, Poesie, Dämmerungen, Sentimentalitäten — das ist seine schriftstellerische Stärke. Die politischen Zeitungen werden von den Polen gemacht, und ein Kenner der Verhältnisse liest aus den scheinbar nationalrussischen deutschfeindlichen Leitartikeln der russischen Blätter das ‚Jescze Polska', die großpolnische Nationalhoffnung immer heraus. Die Polen in Rußland hetzen gegen Deutschland, während und weil sie im Grunde ihrer Seele auf eine russische Niederlage hoffen. Caprivi hat aber unser Verhältniß zu Rußland gerade an der Stelle vergiftet, wo Rußland am allerempfindlichsten ist: in der Polenfrage. Die Besetzung des Gnesener Bischofsstuhles mit einem Nationalpolen war nicht nur ein Irrthum unserer inneren, sie war vor Allem ein Fehler unserer auswärtigen Politik und ein vollwichtiger Beweis, daß Herr von Caprivi seinem schwierigen Amte nicht gewachsen ist."

Es ist einem großen Theil der Nation schwer geworden zu glauben, daß die seit zwei Jahren in der Presse des In- und Auslandes aufeinander folgenden mehr oder weniger erbitterten Angriffe gegen die gegenwärtige Regierung, gegen einzelne Mitglieder derselben, ja selbst gegen eine noch höhere Stelle, in der That auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen seien. Der vorstehend wiedergegebene Artikel und die Wiener Interviews machen solche Zweifel ferner unmöglich. Wir beklagen dies aufs Tiefste nicht um der Angegriffenen willen, die das auf sich zu nehmen haben wie manche andere Amtslast, sondern wegen der Trübung, die die große historische Gestalt des

Angreifers dadurch erfahren muß, und wegen der Schädigung, die Staat und Reich dabei erleiden können. Daß fortgesetzte Angriffe gegen die höchsten Beamten das Ansehen, die Kraft der Staatsgewalt nach innen wie nach außen schwächen, ist eine Wahrheit, die Fürst Bismarck nie verkannt hat. Wir haben, wenn er, so lange er im Amte war, politische Gegner mit allen ihm erreichbaren und von der öffentlichen Meinung nicht immer gebilligten Mitteln verfolgte, den Grund dafür gern darin gesucht, daß er einer Schwächung der Regierung vorbeugen wollte. Jetzt scheint er das Gegentheil für richtig zu halten. Warum aber? Wollen wir nicht annehmen, daß es dem ersten Reichskanzler nur darum zu thun sei, seiner persönlichen Verstimmung Luft zu machen, so bleibt nur die andere Erklärung, daß er einen Wechsel in den Personen der Regierung herbeiführen wolle. Wir wissen nicht, wie er sich den Ersatz für die gegenwärtige Regierung denkt, aber wir besorgen, daß die Mittel, welche er in Bewegung setzt, wenn sie überhaupt Erfolg haben, noch weiter wirken und eine viel tiefere Erschütterung unseres Staatslebens zur Folge haben könnten.

Fürst Bismarck hat wiederholt ausgesprochen, politische Kritik sei sein gutes Recht. Gewiß! Aber jedes Recht kann mißbraucht werden, und nur darum, ob dies geschehen, handelt es sich hier. Wir erinnern uns keines ähnlichen Verhaltens eines abgetretenen Staatsmannes in der Geschichte anderer Reiche, geschweige denn in der Deutschlands.

Der zweite Artikel dieser Nummer schlägt einen noch schärferen Ton an und hat folgenden Wortlaut:

Fürst Bismarck hat auf der Reise zu den Vermählungsfeierlichkeiten seines Sohnes, des Grafen Herbert Bismarck, in verschiedenen Städten begeisterte Huldigungen erhalten. Die ganze Nation hat darin den Dank für eine ruhmvolle Vergangenheit gesehen. Abordnungen, die ihm huldigend nahten, hatte der Fürst mit Vermeidung politischer Anspielungen geantwortet. Wer beschreibt jedoch das schmerzliche Erstaunen der patriotischen Kreise über das Gespräch, welches der Fürst am 23. Juni mit einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ in Wien geführt hat, und welches von dem genannten Blatt in der Morgenausgabe vom 24. Juni veröffentlicht worden ist! Der wesentlichste Theil der Aeußerungen, die wir seit Jahren in den Blättern gelesen, die sich in den persönlichen Dienst des Fürsten Bismarck gestellt, wird nun durch den Mund des Fürsten sein Eigenthum. Vor dem Vertreter der Zeitung eines Deutschland engbefreundeten, aber völkerrechtlich fremden Staates tadelt der Fürst die Unfähigkeit der Unterhändler des deutsch-österreichischen Handelsvertrages und wünscht dann dem Vertreter des großen österreichischen Blattes Glück, weil Oesterreich die Schwäche und Unzulänglichkeit der deutschen Unterhändler zu seinem Vortheil benutzt habe. Von einem begründeten

Urtheil ist hier nicht die Rede; was wir hören, ist nur eine Verurtheilung, ausgesprochen vom einseitigsten Gesichtspunkt anspruchsvoller Einzelvortheile. Eines Tages hat Fürst Bismarck im Reichstag oder in einem der Häuser des Landtags sich der Gewißheit vermessen, daß niemals er, der die Aufgabe des Regierens mit ihren unendlichen Mühen durchgekostet, einem Nachfolger Schwierigkeiten bereiten werde. Damals war es nämlich des Fürsten Lieblingswort, das er auch immer wieder in die Zeitungen brachte: es könne ihm nichts Willkommneres geschehen, als bald einen Nachfolger zu erhalten, er sei des Regierens müde, könne die Last kaum noch tragen, nur die Rücksicht auf den alten Kaiser halte ihn noch im Amt u. s. w.

Hatte er etwa nicht Grund, sich jener Worte jetzt zu erinnern? Niemand vermag in dem Grade wie Fürst Bismarck zu erkennen, daß nicht durch das Ungeschick der Unterhandlung Deutschland zu wirthschaftlichen Zugeständnissen an die Staaten geführt worden ist, mit denen es neuerdings Verträge geschlossen hat; Deutschland war vielmehr in der Zwangslage, bei dem Ablauf einer Reihe von Tarifverträgen, bei deren Ausführung unserem Staat die Meistbegünstigung gesichert war, einem gefährlichen Verschluß seiner bisherigen Märkte zuvorzukommen.

Wir wußten längst, daß der Fürst behauptet, durch seinen Rücktritt von der Staatsleitung sei eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland herbeigeführt worden. Als der Unterredner des Fürsten ihn fragt, durch welche besonderen Thatsachen denn nach des Fürsten Rücktritt die ungünstige Veränderung in den deutsch-russischen Beziehungen eingetreten sei, da antwortet der Fürst, daß mit seinem Rücktritt der persönliche Einfluß auf den Kaiser von Rußland geschwunden, dessen persönliches Vertrauen der Fürst besessen habe. Hier liegt eine der seltsamsten Selbsttäuschungen vor.

Wer war genöthigt, das Vertheidigungsbündniß gegen Rußland im Jahre 1879 mit Oesterreich zu schließen? Fürst Bismarck! Wer hat im Jahre 1887 die Lombardirung der russischen Staatspapiere durch die deutsche Reichsbank verboten? Fürst Bismarck! Das mißliche Verhältniß zu Rußland ist die Erbschaft, die Fürst Bismarck seinem Nachfolger hinterlassen. Sollte aber hiergegen der Fürst behaupten, durch seine Unterredungen mit dem Kaiser von Rußland im Herbst 1887 und im Herbst 1889 habe er jedes Mißtrauen und jede Verstimmung auf russischer Seite beseitigt, so möge er sich doch die russischen Zeitungen vom Anfang des Jahres 1891 vorlegen lassen. Ohne Ausnahme haben diese Zeitungen das Jahr 1890 als ein glückliches für Rußland gepriesen, weil es die Entfernung des Fürsten Bismarck aus seinem hohen Amte gebracht habe. Einige Aenderungen dieser Ansicht haben die seitdem ununterbrochen fortgesetzten Bemühungen des Fürsten, sich als den wärmsten Freund Rußlands hinzustellen, allerdings zuwege gebracht; aber im „Graschdanin", einem Blatt,

das, wie uns oft versichert worden, jeden Tag auf dem Arbeitstisch des russischen Kaisers liegt und auch von der kaiserlichen Familie gelesen wird, in diesem Blatt lesen wir noch am 18. Juni (6. Juni a. St.) Folgendes in einem Artikel, der die Ueberschrift trägt „Drei Etappen“:

„Im gegenwärtigen Augenblick, wo Deutschland sich vielleicht am Vorabend einer entsetzlichen Katastrophe befindet, die es den directen Folgen der Bismarck'schen Politik verdanken wird, ist es angezeigt, einen Rückblick auf diese Politik zu werfen.“ ... „Es war dem Fürsten nicht beschieden,“ heißt es am Schlusse, „Rußland seine Dankbarkeit auf dieselbe Weise zu bezeigen, wie er sie 1866 Oesterreich — für seine Hülfe im dänischen Krieg — und 1870 Frankreich — für seine Neutralität im österreichischen Krieg — bezeigt hatte, aber einige Vorbereitungsmaßregeln dazu hatte er bereits getroffen.“

Ein Zeugniß persönlichen Vertrauens angesehener Kreise Rußlands auf die ehrliche Russenfreundlichkeit des Fürsten Bismarck vermögen wir aus diesen Worten nicht herauszulesen. Aber vielleicht sagt der Fürst von solchen Aeußerungen, sie haben lediglich den Werth der Druckerschwärze, und er verlasse sich auf sein persönliches Verhältniß zum Kaiser Alexander. Wie nun, wenn entgegengesetzte Zeugnisse, die mehr als den Werth von Druckerschwärze haben, von russischer Seite vorliegen sollten, allerdings nicht der Oeffentlichkeit, die aber eines Tages an das Licht der Oeffentlichkeit treten könnten! Welches würde dann das Urtheil der Oeffentlichkeit sein über den Scharfblick eines Staatsmannes, dessen sicherer Blick bisher den Völkern Europas für unübertroffen galt?

Wenn denn aber des Fürsten Rath nach seiner eigenen Ansicht dem Deutschen Reich so unentbehrlich ist, so lag seinem österreichischen Unterredner in der That die Frage nahe, warum der Fürst nicht in den Reichstag gehe? Die seltsame Antwort lautet: weil er dann die jetzige Regierung en visière ouverte angreifen müsse. Wir sollten denken, wenn das Visir vor einem Vertreter des österreichischen Journalismus und durch diesen vor dem österreichischen Publicum und weiterhin vor aller Welt aufgezogen worden, so hat die Scheu vor dem offenen Visir an jedem andern Orte keinen Sinn mehr. Ist der Fürst nicht bereits der „Chef der Opposition“, oder wem ist diese Opposition noch Geheimniß? Weiterhin sagt der Fürst zur Rechtfertigung seiner Enthaltung, die ihm, soviel wir wissen, von maßgebender Stelle noch nicht schwer gemacht worden ist, der Wagen der deutschen Politik sei einmal auf ein falsches Geleise geführt, und diesen Wagen nunmehr, immer ausweichend, auf Nebengeleise zu lenken, sei nicht seine Sache. Dagegen scheint es die Sache des Fürsten zu sein, die schwierige Lenkung des Wagens durch gewaltsam erregtes Mißtrauen in die Führung bei Freund und Feind mit allen Kräften zu gefährden.

Ob dies wohl patriotisch ist?

Eine Aeußerung des Fürsten Bismarck, welche den Kaiser unmittelbar beschuldigt, bereits im Herbst 1889 von der Absicht, den Fürsten Bismarck zu entlassen, den Kaiser von Rußland unterrichtet zu haben, widerstrebt so sehr dem monarchischen Gefühl, daß wir dabei nicht verweilen mögen. Aber alles, was der Fürst in dem Wiener Gespräch gesagt, wird überboten durch einen Artikel der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 26. Juni. Wiederum wird der Fürst hier redend eingeführt gegenüber einem seiner Gäste in Friedrichsruh, der weiter nicht bezeichnet wird. Die abfälligen Urtheile über den gegenwärtigen Reichskanzler sind so wenig unerwartet, daß sie uns hier nicht zu beschäftigen brauchen. Aber wiederum wird die Ehrfurcht vor dem Kaiser durch die vollkommen willkürliche Behauptung verletzt, der verstorbene Windthorst könne seine vor der Entlassungskrise gethane Aeußerung, daß General von Caprivi der Nachfolger sein werde, nur aus dem Munde des Kaisers gehabt haben. Die Aeußerung Windthorst's ist unbeglaubigt, und der verstorbene Centrumsführer war andererseits ein Mann, der Vieles vorauszusehen glaubte, was ihm aus keinem Munde verbürgt worden. Wenn dann sogar behauptet wird, der Kaiser habe den Fürsten unter Gründen der Gesundheitsschonung von Berlin und von dem lebendigen Zusammenhange der Dinge ferngehalten, so werden Alle, die diesen Dingen nahe gestanden, mit Schrecken erkennen, daß die Erinnerungen des Fürsten bereits anfangen, sich völlig zu verwirren. Auf einmal behauptet der Fürst, es sei keineswegs sein Bedürfniß und sein Wunsch gewesen, daß er so oft und so lange von Berlin abwesend war. Wie oft hat er nicht öffentlich und vor aller Welt diese Abwesenheit mit seinem Gesundheitszustand begründet!

Es ist ein Anblick ohne Beispiel, daß ein Staatsmann und Held den größten Beitrag leistet zur Erfüllung der theuersten, aber für unerreichbar gehaltenen Wünsche seines Volkes, daß er dann aber, weil er nicht der Führer seines Werkes geblieben, Alles thut, um die Führung zu vereiteln und das Werk der Zerstörung auszusetzen. Ein Mann, der solches unternimmt, kann allerdings sich der gewaltigen Stärke seiner Stellung bewußt sein. Ihn angreifen in seinen Fehlern und seinem verderblichen Beginnen, heißt einen großen Nationalbesitz, den eine bis zum Ende bewährte Meisterschaft darstellen würde, antasten und vielleicht der Vernichtung preisgeben. Denn die Mehrheit der Völker, vor Allem die uns nicht wohlwollenden Nationen, würden in dem Angriff auf den Thäter mit einem Schein von Recht auch die Preisgebung seiner Schöpfung sehen. So stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zu Theil geworden, das Werk des Fürsten Bismarck fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor Allem zu schützen vor dem Mann, dessen Schöpfung sie erhalten sollen. Es ist eine peinliche Wahl für einen Zugführer, entweder den Zug über die Hindernisse brausen zu lassen, die von dem früheren Führer auf die Schienen geworfen werden, damit aber den Zug

der Zerschellung auszusetzen, oder die Hindernisse fortzuschleudern, und damit einen Mann zu treffen, der die lenkbare Kraft erst geschaffen.

Diese Wahl zu vermeiden, ist der Selbstbeherrschung der leitenden Männer bis jetzt gelungen Es scheint, daß der Fürst durch eine immer weiter getriebene Rücksichtslosigkeit die leitenden Männer dazu zwingen will, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Niemand kann den Umfang des Schadens ermessen, den der Fürst dem eigenen Vaterlande zuzufügen willens ist. Niemand kennt die Waffen, die er glauben mag, bereit zu haben; aber die Pflicht, die höchsten Güter der deutschen Nation auch gegen den Mann zu vertheidigen, der diese Güter einst am meisten gefördert, darf von den Führern des Staates weder verkannt, noch zurückgewiesen werden.

* * *

Am 28. Juni stattete Fürst Bismarck dem in Kissingen zur Kur weilenden russischen Botschafter in Constantinopel von Nelidow einen Gegenbesuch ab und lud den Botschafter für den Tag darauf zu sich zum Diner.

* * *

Einen Tag später, am 29. Juni, sprach in einer Versammlung der Centrumspartei in Köln Herr Dr. Lieber mit gewaltigem Pathos also:

„Unsre Stellung ist, mögen die Andern treiben, was sie wollen, an der Seite von Kaiser und Reich, von König und Vaterland. Wir werden gemeinschaftlich dem Kaiser ein Hoch rufen, daß die Säulen dieses Saales wackeln. Fürst Bismarck mag den Ruhm seines Lebens zerstören, ich kann und will ihn nicht daran hindern. Aber er soll die Hände lassen vom Ruhme deutscher Macht und Herrlichkeit! Es ist unerhört, daß ein früherer Kanzler des Deutschen Reiches dessen heutige Regierung dem Auslande denuncirt als eine schwache und charakterlose Regierung. Wir erheben Widerspruch dagegen.

„Wir bezeugen laut und feierlich: wir stehen hinter dem Kanzler, den kraft verfassungsmäßigen Rechts der deutsche Kaiser ernannt hat. Wir stehen aber auch hinter dem Kanzler Caprivi wegen seiner persönlichen Verdienste um das Wohl des Deutschen Reiches und um den Frieden Europas. Wir haben uns leider viel zu sehr gewöhnt, die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck als Inbegriff aller Welt womöglich auf den Knieen zu verehren. Ernste Politiker haben schon vor langen Jahren erkannt, daß Bismarck auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ein sterblicher und verwundbarer Mensch sei, wie alle Andern.

„Schmach und Schande, daß es in der That in unserem Vaterlande Menschen giebt — ich kann nicht mehr sagen Männer —, die mit einem an Tollheit grenzenden Jubel diesem Manne auf seiner Reise zugejauchzt haben."

So Herr Dr. Lieber. Der letzte Satz und Lob und Anerkennung für die Regierung in derselben Stunde aus demselben Munde — das ist charakteristisch für das Jahr 1892.

* * *

Der „Allg. Ztg." wird unter dem 1. Juli aus Dresden gemeldet, daß Fürst Bismarck vor seiner Abreise aus Friedrichsruh ein Schreiben an den König von Sachsen gerichtet und sich darin bei ihm wegen des Unterlassens der persönlichen Meldung mit der Kürze des Dresdener Aufenthaltes entschuldigt habe. In den letzten Tagen des Juni sei dann ein äußerst huldvolles Handschreiben als Antwort des Königs an den Fürsten abgegangen.

* * *

In der Sitzung des Reichsraths-Abgeordnetenhauses vom 2. Juli wurde durch den Schriftführer Dr. Götz eine Interpellation des Abgeordneten Dr. von Hofermann (Deutsche Nationalpartei) und Genossen an den Ministerpräsidenten und Leiter des Ministeriums des Innern verlesen, welche nach dem stenographischen Protocoll lautet:

„Bei Gelegenheit der Durchfahrt des Fürsten Bismarck durch Salzburg wurde der dortige Bahnhof der k. k. Staatsbahn vollständig abgesperrt und schon von 8 Uhr Abends an der Verkauf der Perronkarten eingestellt. Diese Verfügung erscheint nicht zu rechtfertigen, da gar kein Grund hierzu vorlag. Im Salzburger Gemeinderath wurde bereits eine Interpellation hierüber gestellt; der Bürgermeister erwiderte, die Absperrung sei durch die Staatspolizei erfolgt. Eine Einstellung der Perronkartenausgabe ist offenbar nur aus Sicherheitsgründen zulässig, welche in diesem Falle nicht vorlagen, sonst kann die Sistirung nur durch die k. k. Generaldirection erfolgen. Die Gefertigten stellen demgemäß folgende Anfrage an Seine Excellenz: 1. Ist Seiner Excellenz der erwähnte Vorgang bekannt? 2. Wie vermag es Seine Excellenz zu rechtfertigen, daß in so eigenthümlicher Weise der Versuch gemacht wurde, die Bevölkerung von Salzburg daran zu verhindern, dem großen deutschen Staatsmanne und Begründer des deutsch-österreichischen Bündnisses ihre Begrüßung darzubringen? Wien, 2. Juli 1892. Dr. Hofmann, Dr. Baruther, Posch, Skela, Kaiser, Richter, Rigler, Muth, Dr. Fuß, Forcher, Prettner, Hauck, Polzhofer, Dötz, Fürenkranz, Ludwig."

* * *

Das unter Leitung des Opernsängers Zapf aus Wiesbaden stehende „Zapf'sche Männerquartett" erfreute am 3. Juli Mittags den Fürsten Bismarck durch seine Liedervorträge. Die Sänger brachten im Saale der oberen Saline ein gewähltes Programm, darunter hauptsächlich Volkslieder, die besonders die Fürstin erfreuten, zu meisterhaftem Vortrage. Der Fürst

äußerte, er habe schon viele Massenchöre, gerade in letzter Zeit wieder, gehört, aber die Quintessenz des Männergesanges sei doch ein gutes Quartett. Der Fürst bewirthete die Sänger an seiner Frühstückstafel, zu der verschiedene Personen geladen waren. Ein Gast des Fürsten gedachte des 3. Juli, des Tages von Königgrätz, und des Vaters des Vaterlandes, des alten Kaisers Wilhelm. Der Fürst äußerte darauf:

„Einen Tag von Königgrätz werden wir wohl nicht mehr erleben, aber auf ein zweites Sedan werden wir noch gefaßt sein müssen."

Der Altreichskanzler war wie immer sehr aufgeräumt und verabschiedete sich aufs Herzlichste von den Künstlern, deren Vorträge ihn sehr erfreut hatten.

* * *

Die „Hamb. Nachr." beobachten gegenüber den Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg." zunächst völliges Schweigen. Erst am 3. Juli (M.-A.) sagen sie:

In der Presse wird vielfach Befremden darüber geäußert, daß wir die Angriffe ignorirt haben, die die „Nordd. Allgem. Zeitung" gegen den Fürsten Bismarck gerichtet hat. Wir müssen die Zumuthung ablehnen, Artikel, die der angestellte Redacteur des Freiherrn von Ohlendorff zu publiciren für gut befindet, durch unser Blatt weiter zu verbreiten. Die „Frankfurter Zeitung" behauptet, Graf von Caprivi habe den einen davon selbst geschrieben. Activen Ministern die Verantwortlichkeit für diese Publicationen des Herrn Pindter aufzubürden, erscheint wenig schmeichelhaft für dieselben; ihre Kenntniß der wirklichen Verhältnisse wird sie vor der Urheberschaft solcher Veröffentlichungen bewahrt haben. Von Herrn Pindter aber finden wir es lächerlich, wenn er seinen früheren Herrn belehren will und ihm droht, er werde alles Mögliche erleben, wenn er sich nicht bessere.

* * *

Die „Post" bemerkt:

Es wäre ein Gebot der Staatsklugheit gewesen, dem In- und Auslande das Schauspiel eines Kampfes der Gegenwart gegen die große Vergangenheit zu ersparen.

Aus einer Betrachtung der freisinnigen „Vossischen Zeitung" heben wir folgende Stelle hervor:

„Wir müßten es beklagen, wenn persönliche Empfindlichkeit der gegenwärtigen Reichslenker oder Sorge um wirkliche, oder vermeintliche Reichsinteressen zur Anwendung der äußersten Machtmittel des Staates gegen den Mann führen würden, dessen unvergeßliches Verdienst es trotzdem und alledem ist, Deutschland zu dem gemacht zu haben, als was es Graf Caprivi bei seinem Amtsantritte vorgefunden hat."

* * *

Die Taktik der „Hamb. Nachr." ändert sich aber bald. Schon am 4. Juli (M.-A.) bringen sie folgende Kundgebung:

Die Meinung des Fürsten Bismarck. Wir haben mit der Kundgebung unserer Ansicht über die Angriffe der „Nordd. Allg. Ztg." auf den Fürsten Bismarck zurückgehalten, so lange wir den Eindruck nicht kannten, den diese Philippica auf ihren Adressaten gemacht hat. Wir haben uns jetzt danach erkundigt und die Antwort mit dem plattdeutschen Wort erhalten: „Dor lach' ick öwer!" Der Fürst nimmt die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." nicht ernsthaft und hält sie nicht für „officiös", sondern für Theaterdonner hinter den Coulissen, den Herr Pindter als Jupiter tonans besorgt hat.

Der Fürst hat seiner Verwunderung über die komische Ueberhebung des Freiherrlich von Ohlendorff'schen Blattes drastischen Ausdruck gegeben, und wir können es nur als eine dummdreiste Unverschämtheit bezeichnen, wenn Herr Pindter über den früheren Reichskanzler zu Gericht sitzen und sich den Anschein der Ueberlegenheit geben will. Hierin liegt der klarste Beweis, daß so erfahrene und wohlerzogene Leute, wie die jetzigen Staatsleiter, nicht hinter den Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg." stecken können. Der Fürst bestreitet die Möglichkeit, daß eine andere Verantwortlichkeit als die redactionelle der „Nordd. Allg. Ztg." hinter ihren Artikeln zu suchen ist; er sieht in dem Versuche der demokratischen und clericalen Presse, die Elaborate des Herrn Pindter staatlicher Responsabilität zuzuschreiben, eine Beleidigung für die Minister, deren politische und sociale Erziehung über dem Niveau steht, an das die norddeutschen Artikel hinanreichen. Der Fürst findet, daß es einen lächerlichen Eindruck machen muß, wenn der Redacteur Pindter sich auf das Katheder setzt und den früheren Reichskanzler, der dreißig Jahre lang die Politik zur Befriedigung der Krone und des Volkes geführt hat, wie in einer Sonnabendcensur auf der Schule abkanzelt in der Tonart eines Verweises, dem wegen früherer guter Aufführung eine schärfere Strafe einstweilen nicht folge.

In dieser Drohung finden wir namentlich den Beweis, daß die norddeutschen Artikel Politiker höherer Ordnung nicht zu Verfassern haben können. Kein Minister namentlich würde das Maaß von Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nehmen, welches darin läge, daß jeder Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Maßregeln und der Richtung seiner Politik straffällig sei. Kein Minister, der mit der Vergangenheit des eigenen Landes und dem parlamentarischen Leben anderer Staaten einigermaßen vertraut ist, könnte über die Kritik seines Vorgängers so unbesonnen in Zorn gerathen, wie der Redacteur der „Nordd. Allg. Ztg." es gethan hat.

Wir haben im Reiche noch keine Tradition über die Stellung des Reichskanzlers zu seinem Nachfolger; dieselbe soll sich erst bilden. Fürst Bismarck ist der erste Reichskanzler außer Dienst, und Graf Caprivi der erste Nachfolger eines Kanzlers; gegen die preußischen Minister aber ist in den wenigen Jahrzehnten des preußischen Verfassungslebens sowohl in der Presse wie im Parlament eine ganz andere Sprache geführt worden als jetzt. Die „Nordd. Allg Ztg." braucht nur die Reden der zweifellos monarchischen Opposition von Vincke, Simson, Beseler und anderen gemäßigten Liberalen gegen alle Minister bis 1866 nochmals durchzusehen, um das Maaß ihrer Empfindlichkeit, das sie, wie wir glauben, mit Unrecht den heutigen Ministern zuschreibt, als unverträglich mit den verfassungsmäßigen Zuständen zu erkennen.

Wie glauben, daß die heutigen Minister, wenn sie auf ihren bisherigen Wegen fortfahren und wenn die praktischen Folgen ihrer Maaßregeln sich dem Lande erst mehr als bisher fühlbar gemacht haben werden, noch ganz andere Dinge zu hören bekommen werden, als die, welche die „Nordd. Allg. Ztg." jetzt zu ihrem Verdruß in dem Interview der „Neuen Freien Presse" gelesen hat. Und wenn Fürst Bismarck, der Einladung des Pindter'schen Blattes folgend, seinen Platz im Reichstage einnähme, so glauben wir nicht, daß seine Kritik an den Maßregeln, die er nicht billigt, sich in den Grenzen der ihm zugeschriebenen Wiener Aeußerungen halten würde.

Wir halten den kritischen Theil der norddeutschen Artikel für unwahr und die ad hominem gerichtete Drohung strengeren Verfahrens gegen den Fürsten Bismarck für eine geschmacklose Lächerlichkeit. Uebrigens sollten wir glauben, daß der „Nordd. Allg. Ztg." wegen ihrer Angriffe auf den Fürsten doch etwas unheimlich zu Muthe sein wird, wenn sie die fanatischen Zustimmungen liest, die ihre Artikel in allen reichsfeindlichen oder reichszweifelhaften Organen gefunden haben. Die „Freisinnige Ztg." rühmt sich, das erste und einzige Blatt gewesen zu sein, das volles Verständniß für die Elaborate der „Nordd. Allg. Ztg." gehabt habe. Darin irrt sie. Die socialdemokratischen Blätter, wie der „Vorwärts", die Berliner „Volks-Ztg.", die „Germania" und die clerico-socialistischen Preßorgane im Allgemeinen haben sich mindestens Kopf an Kopf mit der „Freisinnigen Zeitung" gehalten.

Für diese inländische Blöße hat die officiöse Presse und die „Nordd. Allg. Ztg." selbst Deckung im Auslande zu schaffen gesucht und zwar namentlich in dem Beifalle, den ein Theil der englischen Presse für die antibismarck'schen Artikel gehabt hat. Auch die „Köln. Ztg." citirte in diesem Sinne den Londoner „Standard" mit dem Epitheton ornans „conservativ". Der „Standard" mag in England conservativ sein, in

auswärtigen Fragen ist er einfach englisch. Und wenn in Deutschland Stimmen laut werden, welche die Felonie so weit treiben, daß sie die deutsche Politik und die deutsche Armee unter Umständen in englische Dienste stellen wollen, so ist Jeder, der hiervor warnt, dem englischen Biedermann natürlich ein ernstes Aergerniß; er fühlt sich dem widerspenstigen Deutschen gegenüber zur Verleumdung berechtigt, indem er ihm Schuld giebt, daß er den Kaiser angreife und Staatsgeheimnisse verrathe.

Daß alle diejenigen Blätter, denen an der Feindschaft zwischen Rußland und Deutschland liegt, auf die Seite der „Nordd. Allg. Ztg." treten, ist ebenso selbstverständlich wie die Zustimmung in den Organen der ungarischen Chauvinisten. Aber wir unsererseits danken für diese Gesellschaft, die nach der Ansicht der „Nordd. Allg. Ztg." das Programm der deutschen Politik bestimmend beeinflussen zu sollen scheint.

Auch die englischen Blätter finden, daß es der kaiserlichen Regierung frei stehe, den Fürsten Bismarck durch gerichtliche Klage zum Schweigen zu bringen. Es würde im höchsten Grade interessant sein, wenn der Versuch dazu gemacht würde. Daß er dem Fürsten Bismarck selbst unwillkommen wäre, glauben wir nicht. Er hat schwerlich gegen einen dramatischen Abschluß seiner politischen Laufbahn etwas einzuwenden, auch wenn die Folgen für ihn ernster sein könnten, als es nach Lage der Gesetzgebung möglich ist. Es erscheint immerhin bezeichnend, daß der Ruf nach Polizei und Staatsanwalt gegen den früheren Reichskanzler sich in englischen, ungarischen, freisinnigen, clericalen, socialdemokratischen Blättern und in der „Nordd. Allg. Ztg." findet. Man kann darin ein generelles Anzeichen des gemeinsamen Ursprungs aller dieser Artikel in den Zeitungen des Auslandes und des Centrumscartells erblicken und darf vermuthen, daß die centrale Versandstelle für alle diese Artikel dieselbe sei.

Gewissermaßen als Ergänzung zum vorstehenden Artikel erscheint am Abend desselben Tages (4. Juli) in den „Hamb. Nachr." folgender:

Fürst Bismarck. Wir haben zu unserem ersten Artikel über die Angriffe der „Nordd. Allg. Ztg." gegen den Fürsten Bismarck noch Einiges hinzuzufügen. Herr Pindter schreibt:

„Eine Aeußerung des Fürsten Bismarck, welche den Kaiser mittelbar beschuldigt, bereits im Herbst 1890 von der Absicht, den Fürsten Bismarck zu entlassen, den Kaiser von Rußland unterrichtet zu haben, widerstrebt so sehr dem monarchischen Gefühl, daß wir dabei nicht verweilen mögen."

Fürst Bismarck bestreitet, jemals die Aeußerung gethan zu haben, daß der Zar auf die angegebene Weise von den Plänen der Zukunft unterrichtet

worden sei; der Fürst hat keine Vermuthung darüber ausgesprochen, woher der Kaiser von Rußland bereits im October 1889 das Bedürfniß gehabt hat, über die Dauer des Bismarck'schen Ministeriums beruhigt zu werden.

Herr Pindter fährt in Bezug auf Aeußerungen, die dem Fürsten Bismarck in der „Westd. Allg. Ztg." zugeschrieben worden sind, fort:

„Wiederum wird die Ehrfurcht vor dem Kaiser durch die vollkommen willkürliche Behauptung verletzt, der verstorbene Windthorst könne seine vor der Entlassungskrisis gethane Aeußerung, daß General von Caprivi der Nachfolger sein werde, nur aus dem Munde des Kaisers gehabt haben."

Es ist ein Irrthum, daß Fürst Bismarck die Vermuthung ausgesprochen habe, Windthorst habe die Kunde von der Candidatur Caprivi's aus dem Munde des Kaisers gehabt. Der Fürst hält eher das Umgekehrte für möglich und glaubt, daß Caprivi der Candidat des Centrums weit früher gewesen sei als der des Kaisers, da die antibismarck'schen Beziehungen des jetzigen Reichskanzlers zum Centrum bis in die Zeit der „Reichsglocke" zurückreichen und uns nichts darüber bekannt ist, daß ihre Fortsetzung später unterbrochen worden ist. Für die Beziehungen Caprivi's zum Centrum spricht auch die Erinnerung daran, daß unmittelbar nach seinem Eintritt ins Amt das Centrum zur Hauptstütze der Regierung befördert wurde, und die Intimität zwischen dieser Partei und der Regierung die Steigerung erfuhr, die in der Apotheose Windthorst's bei dessen Tode culminirte, demnächst den Polen als Centrumsgästen zu Gute kam und durch Einbringung des Schulgesetzes handgreiflich zum Ausdruck gelangte. Nach Zurückziehung dieser Vorlage ist dem äußeren Anscheine nach das Wohlwollen des Centrums für den heutigen Kanzler unverändert dasselbe geblieben. — Wenn Windhorst in seiner letzten Unterredung mit dem Fürsten Bismarck den General von Caprivi als Nachfolger im preußischen Präsidium bezeichnet hat, so braucht er die Information hierüber nicht aus dem Munde des Kaisers gehabt zu haben; wohl aber verfügt das Centrum über manche Verbindungen bei Hofe, auch abgesehen von der französischen und katholischen Frau eines zur Zeit des Kanzlerwechsels bei Hofe sehr angesehenen Pädagogen.

Herr Pindter sagt ferner, die Kritik, die Fürst Bismarck an dem Thun und Lassen seiner Nachfolger übe, biete einen „Anblick ohne Gleichen". Das beweist lediglich geschichtlich-politische Unkenntniß. Wir sehen von entsprechenden Vorgängen in England und Ungarn ganz ab und erinnern Herrn Pindter nur an das Factum, daß z. B. Thiers nicht nur Guizot, sondern auch die Minister Napoleon's in keiner Weise geschont hat. Dieser Klageruf des Herrn Pindter beweist nur, wie

verwöhnt bei uns die gouvernementale Presse von dem Servilismus der neuen Zeit ist; sie kann keinerlei Widerspruch vertragen.

Herr Pindter spricht von der Kritik des Fürsten Bismarck an den jetzigen Regierungsmaßregeln als von einem „verderblichen Beginnen". Fürst Bismarck ist umgekehrt überzeugt, daß vielmehr das Beginnen der heutigen Minister dem Staate zum Verderben gereicht; diese Ansicht wird in Deutschland vielfach getheilt und nur von den früheren Reichsfeinden bekämpft.

Herr Pindter äußert endlich:

„So stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zu Theil geworden, das Werk des Fürsten Bismarck fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor Allem zu schützen vor dem Mann, dessen Schöpfung sie erhalten sollen."

Fürst Bismarck ist der Ansicht, daß die heutigen Minister sein Werk nicht fortsetzen und alles Andere eher betreiben als sein Werk; — er verwahrt sich gegen die Mitverantwortlichkeit, die darin läge, daß dies sein Werk sei.

Der Fürst wundert sich übrigens trotz alledem darüber, daß die jetzigen Minister es nicht für erforderlich gehalten haben, sofort nach dem Erscheinen der Pindter'schen Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg." dieselben durch den „Reichs-Anzeiger" zu desavouiren; denn diese Artikel schaden ihnen selbst und dem Staate mehr als dem Fürsten Bismarck.

* * *

An gleicher Stelle finden wir folgende Richtigstellung:

Es beruht auf Entstellung oder Erfindung, wenn in den Zeitungen berichtet wird, daß der König von Sachsen und der Regent von Bayern ihrerseits in gleicher Weise wie der Wiener Hof in Folge von Berliner Einwirkungen die Begegnung mit dem früheren Reichskanzler vermieden hätten. Der letztere hat bei beiden deutschen Bundesfürsten sich brieflich entschuldigt, daß er sich persönlich schicklicher Weise nicht melden könne, weil sein Aufenthalt in Dresden, resp. München zu kurz bemessen sei, um innerhalb desselben eine Bescheidung über eine Audienz erwarten zu können. Von den beiden Monarchen sind dem Fürsten Bismarck darauf sehr gnädige Antworten zugegangen, und von bayrischer Seite ist ihm die Reise von Salzburg nach Kissingen durch das Anerbieten von Extrazügen nach und von München wesentlich erleichtert worden; ebenso sind dem Fürsten in Kissingen ganz wie in früheren Zeiten königliche Equipagen, sowie Post- und Telegraphen-Einrichtungen zur Verfügung gestellt worden.

* * *

Die „Hamb. Nachr." setzen ihre Abweisungen der „Nordd. Allg. Ztg." fort und schreiben am 5. Juli (A.-A.):

Die Einwirkung in Wien. Die „Nordd. Allg. Ztg." wirft die Frage auf, ob das Benehmen des Fürsten Bismarck wohl patriotisch sei? Wir antworten mit der Gegenfrage, ob es wohl patriotisch war, das Erscheinen eines Mannes von der Stellung und der Vergangenheit des Fürsten in Wien mit Uriasbriefen zu begleiten, die seinen Empfang bei einem Monarchen unmöglich machten, mit welchem der Fürst seit vierzig Jahren — 1852 war er zuerst als Gesandter bei ihm accreditirt — in amtlichen und persönlichen Beziehungen gestanden hat, die jederzeit, auch bei persönlichen Dissensen, von der Gnade des Kaisers Franz Joseph und von der Verehrung des Fürsten für denselben getragen waren. Wir sind da überzeugt, daß eine Begegnung des Kaisers Franz Joseph mit dem früheren Kanzler für die von Letzterem angebahnten freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten in keiner Weise nachtheilig, vielleicht sogar förderlich gewesen wäre.

Die Mittel, die benutzt worden sind, um dem Kaiser von Oesterreich den ursprünglich von ihm beabsichtigten Empfang des Fürsten Bismarck zu verleiden, machen den Eindruck einer Geringschätzung und Schädigung der gesellschaftlichen Stellung des Fürsten, die nothwendig als persönliche Kränkung wirken mußte. Daß vom Fürsten Bismarck die Audienz beim Kaiser Franz Joseph nachgesucht wurde, war eine ganz unabweisbare Consequenz der vierzigjährigen persönlichen und amtlichen Beziehungen, die zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem früheren Kanzler vorhanden waren. Es wäre von Letzterem eine Unhöflichkeit gewesen, wenn er es unterlassen hätte, sich in Wien zur Audienz zu melden, und wenn er den Wunsch, empfangen zu werden, nicht zum Ausdruck gebracht hätte. Daß er durch Berliner Einflüsse in die Kategorie von Persönlichkeiten verwiesen wurde, die man nicht empfangen kann, fällt in die Analogie der früher üblichen Scheltbriefe, mit denen Personen an fremden Orten discreditirt wurden und vor Verkehr mit ihnen gewarnt wurde. Wir können in dem Vorleben des Fürsten Bismarck nichts finden, was eine so beleidigende Classificirung verdient hätte.

Wenn sonach die „Conservative Correspondenz" dem Fürsten Bismarck zugesteht, daß er sich auf seiner Reise in Berlin, in Dresden und anfangs auch in Wien correct und loyal gezeigt habe, alsdann aber von einer „unbegreiflichen Wendung" spricht, so wird sie sich nach unseren obigen Angaben das Räthsel selbst lösen können. Wir glauben, daß die Berliner und Dresdner „correcte" Stimmung des Fürsten nicht stand gehalten hat gegen den Eindruck, den er in Wien von den Berliner Mittheilungen über ihn erhalten hat, und daß er sich durch die

Mißachtung der socialen Höflichkeit, an die er sich in seinem Leben gewöhnt hat, auch seinerseits von solchen Höflichkeitsrücksichten und nicht von politischen entbunden geglaubt hat. Politisch können wir in dem Interview der „Neuen Freien Presse" wenigstens nichts Neues entdecken und würden aus demselben keine Aenderung der Lage und keinen Anlaß zu publicistischem Zorne gefunden haben, auch wenn der frühere Kanzler sich durch seine Namensunterschrift mit dem Wortlaut der Wiedergabe seiner mündlichen Aeußerungen einverstanden erklärt hätte. Die Form läßt uns allerdings die persönliche Rücksichtnahme vermissen, die wir bei früheren politischen Aeußerungen des Fürsten gewohnt waren. Vielleicht huldigt auch er dem Grundsatz à corsaire corsaire et demi und ist entschlossen, höflich nur gegen höfliche Leute zu bleiben.

Die „National-Zeitung" berichtet, daß Fürst Bismarck über die Mittel, durch welche sein Wunsch, eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph zu erhalten, vereitelt wurde, „heftig aufgebracht" worden sei. Wir geben das mit der Modification zu, daß das Wort „heftig" zu streichen ist. Vielleicht trifft auch das Epitheton „aufgebracht" nicht auf eine Stimmung zu, in der man sich der Höflichkeitsrücksichten, denen man früher in Folge eigener Erziehung Rechnung getragen hat, durch das Verhalten Anderer entbunden fühlt.

* * *

In derselben Nummer heißt es:

Der „Westf. Merkur" behauptet vom Fürsten Bismarck, dieser suche den Kampf um jeden Preis, er müsse seinem Grolle Luft machen und zugleich seinem Ehrgeiz genügen, der die Verschollenheit und Vergessenheit nicht vertrage. Darin liegt eine Uebertreibung. Thatsache ist, daß Fürst Bismarck auch außer Dienst den Kampf nicht eben scheut. Sein thätiger Geist kann nicht plötzlich aufhören, sich mit dem Inhalte seines früheren Lebens zu beschäftigen, der Fürst kann es nicht schweigend mit ansehen, wenn er das Werk seines Lebens für gefährdet hält. Er ist der Ansicht, daß diese Gefährdung nicht in seiner Kritik der Regierung liegt, sondern in den Maßregeln der letzteren, und er hält es für seine Pflicht, vor ähnlichen Maßregeln, wie die von ihm getadelten, zu warnen.

Gewiß hat der „Westf. Merkur" Recht, wenn er meint, daß Fürst Bismarck sich in dieser Beziehung, also in seinem Recht zu warnen, niemals zum Stillschweigen verurtheilen lassen werde, und daß Drohungen mit strafrechtlicher Verfolgung und Verhaftung ihn sicher nicht schrecken; im Gegentheil! Außerdem setzen wir bei seinen Gegnern und auch bei der Redaction der „Nordd. Allg. Ztg." soviel juristische Bildung voraus, daß sie die Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung und Verhaftung

innerlich selbst als Windbeutelei erkennen werden. Sollten wir irren, so würde es uns sehr interessiren, das Klagefundament näher formulirt zu sehen, auf Grund dessen die „Nordd. Allg. Ztg." und ihre demokratischen, socialistischen und clericalen Freunde ein gerichtliches Einschreiten gegen den Fürsten Bismark für möglich halten.

Wenn Preßäußerungen, die man auf den Fürsten Bismarck zurückführt, als strafbar angesehen werden, warum versucht man nicht ein gerichtliches Einschreiten gegen die betreffenden Blätter, anstatt Drohungen und Injurien gegen den früheren Reichskanzler, wie sie die „Nordd. Allg. Ztg." gedruckt hat, ohne Erwiderung und Correctiv durch amtliche Aeußerungen zu lassen. Als Injurie dürfen wir es ohne Zweifel bezeichnen, wenn die „Nordd. Allg. Ztg.", an welcher bisher der Verdacht der Officiosität haftet, „mit Schrecken zu erkennen" behauptet, daß die Erinnerungen des Fürsten Bismarck anfingen, sich völlig zu verwirren. Es ist nichts leichter, als solche Injurien zurückzugeben, aber wir halten dies unter unserer Würde. Wir beschränken uns auf die Bemerkung, daß, wenn die „Nordd. Allg. Ztg." behauptet, der neue Cours setze das Werk des Fürsten Bismarck, also den alten Cours, fort, und sie vertheidige ihn gegen seinen eigenen Urheber, daß wir uns dann bezüglich der Urtheilskraft, die hinter dieser Ansicht steht, gewisser Besorgnisse nicht entschlagen können. Fürst Bismarck bestreitet seinerseits durchaus, daß der neue Cours mit dem alten identisch sei und seine (des Fürsten) Politik weiter führe; er sieht vielmehr in dem neuen Course einen Bruch mit dem alten, dem er seine amtliche Thätigkeit gewidmet hat.

* * *

Ueber die Blätter, mit denen Fürst Bismarck Verbindungen unterhält, wird an derselben Stelle mitgetheilt:

Die Invectiven der officiösen Presse gegen den Fürsten Bismarck nehmen vorzugsweise den Inhalt von Artikeln der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Grundlage, während nach Angabe des Berichtes über das Wiener Interview der Fürst das genannte Blatt nur in der Form der Ablehnung der Mitverantwortlichkeit für die Artikel desselben erwähnt hat. Zu regelmäßigem Verkehr mit dem Fürsten in Friedrichsruh ist aus geographischen Gründen kaum eine andere der drei in dem Wiener Gespräch genannten Redactionen als die der „Hamburger Nachrichten" in der Möglichkeit. Für die angefochtenen Veröffentlichungen der „Westd. Allg. Ztg." glauben wir aber nicht, daß dem Fürsten Bismarck irgendwelche Verantwortlichkeit auferlegt werden kann.

* * *

An die oben (vgl. S. 10 f.) zum Theil citirte Rede, die der Dr. Lieber in Köln gehalten hat, knüpfen die „Hamb. Nachr." am 7. Juli (A.-A.) an, indem sie ausführen:

Fürst Bismarck. Dr. Lieber hat in seiner Kölner Rede u. A. gesagt, wenn zur Zeit seiner Amtsführung ein hoher Beamter Aehnliches gethan hätte, was jetzt Fürst Bismarck thue, so säße er längst in Spandau. Man fragt sich unwillkürlich, wie es Fürst Bismarck als Reichskanzler wohl hätte anfangen sollen, einen solchen Sünder nach Spandau zu bringen. Doch nur durch Herbeiführung einer gerichtlichen Verurtheilung. Zu einer solchen aber können wir bisher in den dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Aeußerungen eine Unterlage nicht entdecken.

Wir glauben überhaupt nicht, daß ähnliche Verhältnisse, wie die heutigen, so lange der Fürst Bismarck Kanzler war, jemals hätten eintreten können; wenn aber dennoch, wenn ein Staatsmann von gleichwerthiger Stellung, also nehmen wir etwa an der Feldmarschall Moltke, einem ihn besuchenden Publicisten gegenüber eine ähnliche Kritik gegen den früheren Reichskanzler geübt hätte, wie die demselben jetzt zugeschriebene, so glauben wir doch nicht, daß Fürst Bismarck dann den Grafen Moltke in polternder Sprache mit Beleidigungen und dunklen Drohungen in einem officiösen Blatte hätte überschütten lassen. Wir sind eher geneigt, anzunehmen, daß er in einer solchen Lage mit einem Manne von der Bedeutung des Feldmarschalls Moltke in eine höfliche Correspondenz getreten sein würde, um zu constatiren, in wie weit der Feldmarschall den ihm zugeschriebenen Wortlaut der Zeitungsartikel zu vertreten bereit sei, und um bei divergirenden Ansichten seinen Kritiker über die Richtigkeit des Verfahrens und die Unrichtigkeit der Kritik aufzuklären.

So wären ähnliche Vorkommnisse zwischen europäisch gebildeten Staatsmännern desselben großen Landes unserer Ansicht nach zu behandeln gewesen, vorbehältlich der Berechtigung, die stattgehabte Correspondenz, wenn das Bedürfniß dazu entstanden wäre, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Moltke haben gelegentlich Meinungsverschiedenheiten stattgefunden, die auch in der Publicistik erkennbar wurden; wir nennen beispielsweise Ansichtsverschiedenheiten über den Nordostseecanal und über die Kriegs- und Friedensfrage von 1867 und 1875. Die Divergenzen haben ungeachtet paralleler publicistischer Vertretung nie zu schriftlichen oder mündlichen Erörterungen geführt, welche die Form des zwischen wohlerzogenen Staatsmännern üblichen Verkehrs verlassen hätten. Namentlich wären Drohungen von der einen oder anderen Seite jeder von beiden als Ungeheuerlichkeit, wenn nicht als Lächerlichkeit, erschienen. Dergleichen

kommt eben nicht vor außerhalb des Gebietes, welches von kleinstädtischen Begriffen und Gewohnheiten beherrscht ist, wie sie bei angeblich officiösen Redactionen leicht vorhanden sein können. Wohlerzogene Männer, welche die Gewohnheiten und Empfindungen europäischer Staatsmänner haben, verfallen auf dergleichen Abwege nicht.

* * *

An die Adresse der „Nordd. Allg. Ztg." ist folgende Notiz gerichtet:

Die Behauptung der „Nordd. Allg. Ztg.", daß russische Urkunden über Mißtrauen des Zaren gegen den Fürsten Bismarck vorlägen, Zeugnisse, die mehr als den Werth von Druckerschwärze auf Papier hätten, bestreiten wir absolut, solange die „Nordd. Allg. Ztg." darüber nicht Beweisstücke anführt.

* * *

Gleichzeitig machen die „Hamb. Nachr." folgende ebenso interessante wie charakteristische Mittheilung:

In Bezug auf den schweizer Handelsvertrag und dessen Abschluß durch die deutschen Unterhändler wird uns aus achtbarer Quelle mitgetheilt, was wir sonst für unglaublich gehalten haben würden. Danach sollen die deutschen Unterhändler seiner Zeit in Berlin gebeten haben, ihnen noch Zeit zu gewähren, sie hätten sichere Aussicht, unter günstigeren Bedingungen abzuschließen; trotzdem sei der schleunige Abschluß aus parlamentarischen Gründen befohlen worden.

* * *

Am 8. Juli (M.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Zwei Erlasse über die Behandlung des Fürsten Bismarck. Folgende Schriftstücke sind dem „Reichs-Anzeiger" zur Veröffentlichung zugegangen:

1) Erlaß vom 23. Mai 1890 an sämmtliche Kaiserlich deutsche und Königlich preußische Missionen:

Euer (Titel) wird nicht entgangen sein, daß gegenwärtige Stimmungen und Anschauungen des Fürsten von Bismarck, Herzogs von Lauenburg, mehrfach durch die Presse an die Oeffentlichkeit gebracht worden sind. Wenn die Regierung Seiner Majestät in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange jene Aeußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Seine Majestät der Kaiser sind indeß der Ueberzeugung, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der thatsächliche Werth

des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjectiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, hie und da zweifellos absichtlich entstellter und zum Theil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutschland gethaner Aeußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Seine Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmanns zu trüben.

Indem ich Euer (Titel) hiervon mit der Ermächtigung, erforderlichen Falls demgemäß sich zu äußern, in Kenntniß setze, füge ich ergebenst hinzu, daß ich mich der Hoffnung hingebe, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie accreditirt sind, den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein actueller Werth nicht beigelegt werden.

von Caprivi.

2) Depesche vom 9. Juni 1892 an den Kaiserlichen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß:

Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien theile ich Euer ꝛc. nach Vortrag bei Seiner Majestät Folgendes ergebenst mit:

Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an Seine Majestät den Kaiser fehlt es vor Allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes seitens des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals so weit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgendwelchen Einfluß gewonnen.

Falls der Fürst oder seine Familie sich Eurer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, Sich auf die Erwiderung der conventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit aber auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Seine Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden.

Euer ꝛc. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mittheilung zu machen.

Graf von Caprivi.

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.“:

„Wir bezweifeln, daß die nach Wien ergangenen Mittheilungen hiermit erschöpft sind.“

Heinrich von Treitschke schreibt in der Vorrede zum ersten Band seiner „Deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ den stolzen Satz:

„In der Geschichte Preußens ist nichts zu bemänteln noch zu verschweigen. . . Ehrliche Forschung führt in den meisten Fällen zu der Erkenntniß, daß seine Staatskunst selbst in ihren schwachen Zeiten besser war als ihr Ruf."

Der 23. Mai 1890 und besonders der 9. Juni 1892 standen noch nicht in den Annalen der preußischen Geschichte, als Treitschke so schreiben konnte.

* * *

In der soeben citirten Nummer bringen die „Hamb. Nachr." des Weiteren folgenden Artikel:

Fürst Bismarck. Bei der officiösen Empfindlichkeit gegen kritische Aeußerungen des Fürsten Bismarck scheint völlig übersehen zu werden, daß der frühere Reichskanzler in jeder Session, in jedem Jahre und an jedem Tage seines amtlichen Wirkens in den Blättern und im Parlament Angriffe erfahren hat, mit denen die auf den Grafen Caprivi nicht annähernd verglichen werden können; wir erinnern nur an die Conflictszeit.

Wenn die „Nordd. Allg. Ztg." die Minister in geschehener Weise mit dem Schilde des Staates zu decken sucht und jede Anzweiflung ihrer politischen Maßregeln und ihres Berufes zu Ministern als unpatriotischen Angriff behandelt, wenn die Minister mit einem solchen Nimbus von Unfehlbarkeit umgeben werden, wozu sind dann Verfassung, Preßfreiheit u. s. w. vorhanden? Und wenn sogar fortgeschritten liberale Blätter, wie etwa die „Voss. Ztg.", die von Machtmitteln des Staates gegen die Kritik des Fürsten Bismarck spricht, in diese Tonart einstimmen, so haben wir noch nie ein stärkeres ruere in servitium bei unseren gesinnungsstarken Hütern der verfassungsmäßigen Freiheit beobachten können als hier, wo sie aus Haß gegen den Fürsten Bismarck mit wahrem Fanatismus für die ministerielle Infallibilität eintreten und jeden Zweifel an ihr mit Landesverrath zu identificiren suchen.

Wir fragen dem gegenüber: verliert Jemand sein staatsbürgerliches Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift etwa dadurch, daß er früher Minister gewesen? Wenn man die Preßurtheile auf der ganzen Linie von der „Nordd. Allg. Ztg." über die „Germania" bis zur „Freisinnigen Ztg." über die Auslassungen des Fürsten Bismarck liest, so sollte man an die Bejahung dieser Frage durch das preußische oder deutsche Staatsrecht glauben. Und wenn man sich darauf beruft, daß Fürst Bismarck früher selbst die Opposition eines ehemaligen Ministers mit den Worten als unberechtigt bezeichnet habe, er werde seinem Nachfolger nie entgegentreten, so haben wir dies dahin zu berichtigen, daß der Fürst lediglich gesagt hat, er hoffe zu Gott, daß er der Versuchung dazu nicht ausgesetzt werde. Diese Hoffnung ist eben nicht in Erfüllung gegangen. Das ist nicht seine Schuld, und wenn

ihn die „Nordd. Allg. Ztg." für seine berechtigte Opposition mit Invectiven überschüttet, so sollten wir doch meinen, daß ihr und ihren Freunden allmählich unheimlich bei der Wahrnehmung zu Muthe werden müßte, daß sie bei ihren Angriffen auf den Fürsten Bismarck nicht nur die Herren Lieber, Richter, Bebel, die Polen u. s. w., sondern auch das deutschfeindliche Ausland auf ihrer Seite haben.

Vielen dieser Preßangriffe auf den Fürsten Bismarck scheint namentlich auf Seiten einzelner deutscher Blätter eine unbestimmte Angst, Fürst Bismarck könne in sein früheres Amt zurückkehren, zu Grunde zu liegen. Wir glauben die ängstlichen Herren hierüber vollständig beruhigen zu können. Auch die Wiener Aeußerung des Fürsten, er sei beim Kaiser in Ungnade, und beim Aufhören derselben werde sich das persönliche Verhältniß von selbst ordnen, kann sich doch nur auf dieses beziehen, nicht auf amtliche und politische Stellungen. Der bezüglichen Aeußerung des Fürsten wird Niemand eine andere Tragweite beilegen als die der persönlichen und gesellschaftlichen Verkehrsbeziehungen. In dieser Hinsicht hängt die Herstellung des alten Verhältnisses zweifellos nur von der höchsten Instanz ab. Aus der einen Aeußerung des Fürsten Bismarck auf Bereitwilligkeit zur Uebernahme eines Amtes oder gar des Reichskanzlerpostens zu schließen, ist ebenso willkürlich wie grundlos. Daß Fürst Bismarck geneigt wäre, wieder Reichskanzler zu werden, glauben wir auch dann nicht annehmen zu können, selbst wenn Herr Eugen Richter ihn darum bitten sollte.

Was das künftige Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Reichstags- oder Herrenhaus-Verhandlungen betrifft, so beruht die Anführung aus dem Wiener Interview über den Fürsten als „Chef der Opposition" ohne Zweifel auf einem Mißverständniß. Fürst Bismarck hat nur — und auch der Text des Wiener Blattes widerspricht dem nicht — unter den Gründen, weshalb er bisher nicht in den Reichstag gegangen sei, die Gefahr angegeben, in die Rolle eines „Chefs der Opposition" zu gerathen, die ihm widerstrebe. Daß der Fürst sich nicht mit dem Gedanken schmeichelt, bei seinem Erscheinen im Reichstag irgend welche ihm zustimmende Opposition hinter sich zu haben, dessen sind wir gewiß. Er wird vereinzelt sein, als „Wilder" auftreten. Aber seine ganze Vergangenheit spricht nicht dafür, daß diese Vereinsamung ihn abhalten werde, diejenigen Vorlagen und Anträge zu kritisiren, von denen er Schädigung der Reichsinteressen, so wie er sie versteht, befürchtet. Die Minorität und die Isolirung ist für den Fürsten nichts Neues, seine politische Laufbahn hat ihn Beides reichlich erfahren lassen, ohne ihn in seinen Ueberzeugungen zu erschüttern. Und auch die Invectiven, denen er im Reichstage von Seiten des leidenschaftlicheren

Theiles seiner Gegner ausgesetzt sein könnte, werden nach parlamentarischer Möglichkeit kaum das Maaß derer erreichen können, die er als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident hat über sich ergehen lassen müssen. Es kommt für ihn nur darauf an, sich mit den Unbequemlichkeiten abzufinden, die es für einen wohlerzogenen Mann in seiner Stellung hat, anderen seinesgleichen gegenüber dieselbe Sprache zu reden, die gegen ihn Anwendung findet. Fürst Bismarck glaubt namentlich nicht, daß er im Reichstage beim Centrumscartell, aus Centrum, Polen, Freisinn, Socialdemokraten, Welfen und Franzosen bestehend, Unterstützung finden würde. Im Uebrigen wird er bei Einzelnen, aber nicht bei den Fractionen auf stillschweigende Zustimmung zu rechnen haben, auf ausgesprochene nur bei solchen Abgeordneten, die sich vom ministeriellen Einflusse unabhängig fühlen. Wie groß die Zahl derselben sein wird, wissen wir nicht. Fürst Bismarck strebt auch garnicht nach einer Gefolgschaft, sondern handelt nur unter dem Pflichtgefühle, seinen Widerspruch zu erheben, wenn er den Staatswagen für unrichtig instradirt hält, er handelt auf Grund der Ueberzeugung, daß es ihm nach vierzigjähriger Erfahrung in der Politik nicht gestattet sei, zu schweigen, wenn er glaubt, daß das Reich durch geplante Maßregeln und Vorlagen Schaden erleiden könnte.

* * *

Ueber die angebliche Aufhebung der Cabinetsordre von 1883 (vgl. oben S. 3) heißt es ebenda:

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat neulich berichtet, Graf Caprivi habe die Bismarck'sche Ordre aus dem Jahre 1883 aufgehoben, wonach bei Berufung von Hülfsarbeitern die Genehmigung des Reichskanzlers einzuholen ist. Fürst Bismarck würde jeden Kanzler, der diese Ordre nicht wieder herstellte, des Mangels an hinreichender eigener Ueberzeugungstreue anklagen. Fürst Bismarck glaubt auch gar nicht, daß Graf Caprivi sie aufgehoben hat, und wenn doch, so räth er, sie schleunigst wiederherzustellen. Wenn jeder Unterchef Hülfsarbeiter nach eigenem Belieben anzunehmen berechtigt ist, so entsteht ein solches Sammelsurium von Räthen aus berufenen Hülfsarbeitern, daß schließlich der Kanzler in die Lage geräth, die Politik, für die er allein verantwortlich ist, mit Räthen zu betreiben, die ihrer eigenen Ueberzeugung Gewalt anthun müssen, wenn sie Anordnungen des Kanzlers auszuführen haben, sie also lax ausführen. Und wenn Beamte sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen erweisen, wie zum Beispiel beim Abschluß der Handelsverträge vorgekommen sein mag, so fällt die Verantwortlichkeit für die Anstellung dieser unfähigen Beamten immer dem Reichskanzler zu.

* * *

An derselben Stelle wird der „Köln. Ztg." auch noch eine kleine Pille verabreicht:

> Die „Köln. Ztg." findet, daß Fürst Bismarck bei seiner Kritik von Regierungsmaßregeln die Ehrenpflicht des Amtsgeheimnisses außer Acht gelassen habe. Wir erwarten, daß das rheinische Blatt nähere Angaben darüber macht, wodurch der frühere Kanzler das Amtsgeheimniß verletzt hat. Wir glauben, daß Fürst Bismarck nichts besprochen hat, was nicht publici juris und die Wiederholung der Ueberzeugung war, die er schon im Dienst als Kanzler amtlich vertreten hat.
>
> Die „Köln. Ztg." hat wohl noch immer das Bedürfniß, das sie vor längerer Zeit dazu bewog, in Bezug auf den Fürsten Bismarck zu behaupten, er laufe „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen her" (vgl. Bd. II, S. 13). Wir wissen nicht, welche Rolle achtbarer ist, die des „Polterers" hinter dem Wagen, oder die des Bettlers, der mit dem Hute in der Hand hinter dem Wagen herläuft, um irgend ein Almosen von officiöser Begünstigung zu erhalten.

* * *

In Kissingen geht der ganze Streit der Presse an den den Fürsten verehrenden Einwohnern und Gästen spurlos vorüber, höchstens daß die Angriffe der Officiösen in unabhängigen Männern die natürliche Reaction erwecken, durch erhöhte Aufmerksamkeit den greisen Kanzler für jene Unbill zu entschädigen. So wird am 7. Juli von Kissingen berichtet:

> Die Huldigungen für den Fürsten Bismarck lassen auch seit dem Erscheinen der gehässigen officiösen Angriffe auf den Schöpfer des Deutschen Reiches an Wärme nichts zu wünschen übrig, ja, das laufende Jahr übertrifft nach allgemeinem Urtheil in dieser Beziehung weit alle früheren. Thatsache ist, daß, wo der Fürst sich zeigt, er sofort mit Ovationen förmlich überschüttet wird. Die Gärtner und Blumenhändler hierselbst machen zur Zeit ein Geschäft, an dessen Umfang bei Abwesenheit des Altreichskanzlers nicht entfernt zu denken sein würde. Als der Fürst gestern Abend gegen Mitte der Vorstellung („Freund Fritz" von Erckmann-Chatrian mit Possart als Rabbiner ward gegeben) im Theater erschien, hatte sich das Publicum in Erwartung des Kommenden massenhaft vor dem Hause zusammengefunden und begrüßte den Fürsten mit begeisterten Hurrahrufen. Im Theater intonirte die Capelle die Wacht am Rhein, und das ganze Publicum brach in Kundgebungen von wahrhaft elementarer Gewalt aus. Der Fürst, der sich zuerst im Hintergrunde der Loge gehalten hatte, dankte durch freundliches Verneigen für die ergreifende Huldigung.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 8. Juli (A.-A.) folgenden Artikel:

Graf Caprivi und das Centrum. Der „Reichsanzeiger" bezeichnet unsere neulichen Bemerkungen über das Verhältniß des Grafen Caprivi zur Centrumspartei als der thatsächlichen Begründung entbehrend und als geeignet, den ersten Beamten des Reiches zu verdächtigen; Graf Caprivi habe bis zu dem Augenblicke, wo er zum Reichskanzler ernannt sei, nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und keine Beziehungen zu irgendeiner politischen Partei gehabt oder gesucht.

Wir haben in unserem ersten Artikel von Bestrebungen des Herrn von Caprivi gar nicht gesprochen, sondern nur von Stimmungen und Bestrebungen der Centrumspartei, welcher der General ein willkommener Nachfolger des Fürsten Bismarck gewesen sei; wir haben gesagt, daß die Politik des Grafen Caprivi, wie sie noch bei Lebzeiten Windthorst's, bei dessen posthumer Ehrung, bei Behandlung der polnischen Angelegenheiten und beim Schulgesetzentwurfe zu Tage getreten sei, das Vertrauen des Centrums zu Caprivi vollkommen gerechtfertigt habe.

In der letzten Unterredung, die Windthorst mit dem Fürsten Bismarck gehabt hat, sprach Ersterer — aufrichtig, oder nicht — den Wunsch aus, der damalige Reichskanzler möge im Amte bleiben und die Geschäfte fortsetzen; wenn dies aber nicht möglich sei, nannte Windthorst nicht nur den General von Caprivi als Nachfolger, sondern empfahl ihn auch lebhaft, so daß man, da Windthorst Leiter des Centrums war, vollkommen berechtigt war, zu sagen, Graf Caprivi sei der Candidat des Centrums gewesen, mit anderen Worten: General von Caprivi habe das Vertrauen des Centrums und seines allmächtigen Führers Windthorst besessen.

Unsere neuliche Aeußerung registrirt nur diesen Thatbestand und giebt dem „Reichsanzeiger" kein Recht, sie als unwahr und als eine Verdächtigung des ersten Beamten des Reiches zu bezeichnen. Die Anführung des amtlichen Blattes, der jetzige Reichskanzler habe bis zum Augenblicke seiner Berufung seinerseits nie nach politischer Wirksamkeit gestrebt, ist vollkommen verträglich mit unserem Text. Derselbe behauptet nur, daß General von Caprivi das Vertrauen des Centrums gehabt habe; er behauptet nicht einmal, daß Ersterer dies Vertrauen vor seinem Amtsantritt gesucht oder gepflegt hätte, sondern nur, daß er es nach seinem Amtsantritte gerechtfertigt habe; unser Artikel belegte diese Ansicht durch Anführung einer Reihe politischer Maßregeln der neuen Regierung, welche publici juris sind.

Wie groß der Werth ist, den das Centrum auf Herrn Caprivi legt, bewies es im vorigen Jahre, als es, ohne Rücksicht auf seine zahlreichen ländlichen und industriellen Wähler, den dieselben schwer schädigenden

Handelsverträgen zustimmte, nur um Herrn von Caprivi am Ruder zu erhalten. Die Kölner Rede des Abgeordneten Lieber, von der ein rheinisches Blatt sagt, sie singe mit vollen Tönen den Ruhm Caprivi's, beweist, daß das Vertrauen des Centrums zum jetzigen Reichskanzler auch heute noch, ungeachtet der Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes, unerschüttert fortbesteht, wenn auch Herr Lieber vielleicht nicht mit derselben Autorität, wie früher Windthorst, die Ueberzeugung des gesammten Centrums zum Ausdruck bringt.

Die Besorgnisse, mit denen wir der Zukunft unserer Politik entgegensehen, beruhen auf der Befürchtung, daß das Centrum und dessen Bestrebungen vorwiegenden und leitenden Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen könnten, weil die geschlossene Einheit dieser Fraction, ihre Unverzagtheit und die Erinnerung an das Geschick, mit dem sie durch Windthorst geleitet wurde, nicht ohne Anziehungskraft für eine Regierung sind, die des parlamentarischen Beistandes nicht entbehren kann. Die Unterstützung der Regierungspolitik durch das Centrum ist, wenn sie ohne Schaden des Staates gewonnen werden kann, ja wünschenswerth, aber einen leitenden Einfluß dieser Partei auf die Staatspolitik, das Regieren nach der Politik des Centrums, halten wir für gefährlich.

Die Auslassung des „Reichsanzeigers", auf die im Anfang dieses Artikels Bezug genommen wird, datirt vom 7. Juli und lautet:

Einige Zeitungen fahren fort, Aeußerungen zu bringen, welche durch den Umstand, daß sie auf den Fürsten Bismarck zurückgeführt werden, Interesse erregen, deren sachlicher Werth aber der Regierung keinen Anlaß giebt, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nur folgende Aeußerung der „Hamb. Nachr." kann, weil sie geeignet ist, den ersten Beamten des Reichs zu verdächtigen, und weil sie jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, nicht ohne Widerlegung bleiben. Dies Blatt sagt in Nr. 158 vom 4. Juli d. Js. (folgt von S. 16 der Passus: „Es ist ein Irrthum" — „unterbrochen worden ist").

Der Reichskanzler General der Infanterie Graf von Caprivi hat bis zu dem Augenblick, in welchem Se. Majestät der Kaiser ihn zum Reichskanzler ernannte, nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und nie Beziehungen — auch nicht antibismarck'sche — zu irgend einer politischen Partei gehabt oder gesucht.

* * *

Am 10. Juli gehen die „Hamb. Nachr." (M.-A.) endlich auf den Inhalt der beiden im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Erlasse über oder richtiger gegen den Fürsten Bismarck ein:

Die Erlasse im „Reichs-Anzeiger". Der im „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte Erlaß, welchen der jetzige Reichskanzler am 23. Mai 1890 an die auswärtigen Vertreter über den Fürsten Bismarck gerichtet hat, beweist, daß schon damals, also kaum zwei Monate nach der Entlassung des ersten Kanzlers, das Bedürfniß bestand, den Staatsmann, der fast 30 Jahre hindurch die Politik erfolgreich geleitet hatte und Träger des deutschen Ansehens im Auslande war, zu discreditiren, die fremden Regierungen vor ihm zu warnen und ihn anrüchig erscheinen zu lassen. Da die deutschen Diplomaten im Auslande schwerlich einer Belehrung darüber bedurft haben werden, wie sie in ihrem amtlichen Verkehr den Fürsten Bismarck zu behandeln hätten, kann der Zweck des Circulars nur der gewesen sein, den der jetzigen Regierung mißliebigen früheren Reichskanzler auch in dem Auslande creditlos zu machen, und der Ton des Erlasses würde wahrscheinlich noch viel schärfer ausgefallen sein, wenn sein Urheber das volle Einverständniß Seiner Majestät dafür erlangt hätte, was uns, nach einer Wendung zu schließen, „indeß" nicht der Fall gewesen zu sein scheint.

Wir können uns mit dem Gedanken, daß dergleichen Proceduren zu den Aufgaben der deutschen Regierung gehören, nicht vertraut machen. Wir finden es ungewöhnlich, daß man wegen innerer Meinungsverschiedenheiten mit dem früheren Kanzler und wegen Preßäußerungen sich an das Ausland gewendet hat, um dort Propaganda gegen den Fürsten zu machen. Während sonst die Ansicht dahin geht, daß Botschafter und Gesandtschaften u. A. dazu da sind, die Interessen und die Rechte der einzelnen deutschen Staatsbürger zu beschützen und zu fördern, so erscheinen diese Vertretungen hier im Lichte einer Art von „heimlichen Gerichten", von Vehmen, welche dazu da sind, um gegen die Mitbürger, mit denen man unzufrieden ist, an das Ausland zu appelliren, indem sie beauftragt werden, sich erforderlichen Falls über den Fürsten Bismarck und seine Thätigkeit mißbilligend zu äußern. Man hat im Mai 1890 von der Existenz eines solchen Circulars gesprochen, ohne daß die Sache Glauben gefunden hätte (vgl. Band I, S. 114 ff.); jetzt liegt die amtliche Bestätigung vor.

Ob es patriotisch war, persönlichem Aerger in dieser Weise Luft zu machen, lassen wir dahin gestellt sein. Fürst Bismarck hatte von Anfang an beabsichtigt, mit seinem Nachfolger in Frieden zu leben, und hat seinerzeit den „Hamb. Nachr.", die dem neuen Course nicht trauten, mehrfach den Wunsch ausgesprochen, Herrn von Caprivi nicht anzugreifen. Aber die friedlichen Absichten des Fürsten fanden kein Entgegenkommen; es trat eine Art Boycottirung von Friedrichsruh ein, es erfolgten Winke und Einwirkungen; Leute, die bis dahin mit dem Fürsten

in Verkehr gestanden hatten, wurden davon abgebracht. Sondirungen nach dem Grunde hiervon ergaben, daß die Betreffenden schließlich das Auswärtige Amt und den Reichskanzler als diejenigen Stellen bezeichneten, die sie am meisten zu fürchten hätten, wenn sie den Fürsten besuchen wollten. Die persönliche Verstimmung ist also nicht vom Fürsten Bismarck hervorgerufen worden, sondern wurzelte in dem absolut unbegründeten Mißtrauen, daß der Fürst die Stellung des Herrn von Caprivi erstrebe.

Was den Erlaß nach Wien betrifft, so glauben wir, wie gesagt, nicht, daß er die Summe der an den österreichischen Hof ergangenen Mittheilungen erschöpft; wir glauben im Gegentheil, daß diese eine Mittheilung den gewünschten durchschlagenden Effect nicht gehabt hat; wir glauben, daß weitere Schritte in Wien erfolgt sind, wenn auch nicht in Bezug auf die Hochzeit des Grafen Herbert, so doch in Bezug auf den Empfang des Fürsten. Die Art, wie die Ausdehnung des Boycotts gegen den Fürsten Bismarck auf Wien mit Erfolg erstrebt worden ist, steht durch ganz unanfechtbare, classische Zeugnisse fest. Dieser Eingriff in die persönliche und gesellschaftliche Stellung eines in Wien und in der Wiener Gesellschaft accreditirten Staatsmannes wie Fürst Bismarck mußte für diesen ebenso verletzend sein, wie jede Art von Ausschließung aus gesellschaftlichen Kreisen, zu denen der Betroffene naturgemäß gehört. Es ist auch mindestens ungewöhnlich, daß einem Botschafter verboten wurde, Einladungen zu einem Familienfeste im Hause seines früheren Vorgesetzten anzunehmen, zu deren Annahme er sich vor diesem Verbot bereit erklärt hatte. Durch die Depesche vom 9. Juni wird die Behauptung widerlegt, daß in Wien keine officiellen Schritte gegen den Fürsten Bismarck erfolgt seien, namentlich durch den Auftrag, die Depesche sofort zur Kenntniß des Grafen Kalnoky zu bringen; denn es hätte nicht den gewollten Zweck gehabt, bloß den deutschen Botschafter zu instruiren.

Die Verbindung, in welche der Erlaß vom 9. Juni d. J. die Hochzeit des Grafen Herbert mit den Gerüchten über eine Annäherung zwischen dem Fürsten Bismarck und Seiner Majestät dem Kaiser bringt, erscheint uns gezwungen; ebenso das Maaß, das für eine solche Annäherung im Voraus genommen wird, wenn der Fürst Bismarck den ersten Schritt dazu thue. Letzteres wird als „unentbehrliche Voraussetzung" für die „Gerüchte" über eine Annäherung bezeichnet und deren Fehlen constatirt. An einem solchen Mangel pflegen „Gerüchte" meist zu leiden; die Annahme selbst kann nicht überraschen. Wie weit diese Annäherung, wenn sie stattfinden sollte, gehen könne, unternimmt der Urheber des amtlichen Erlasses dahin zu begrenzen, daß die öffentliche

Meinung nicht das Recht zu der Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Geschäfte irgendwelchen Einfluß erhalten. Wir glauben nicht, daß das Maaß und die Wirkung einer solchen Annäherung, falls sie überhaupt stattfände, sich im Voraus genau bestimmen ließen.

Wir können die heutige amtliche Welt und die öffentliche Meinung über die Eventualitäten, die damit für unsere Zukunft ausgeschlossen werden sollten, vollständig beruhigen; indeß liefern die beiden publicirten Depeschen schon heute den Beweis, daß Fürst Bismarck „irgendwelchen" Einfluß auf die Geschäfte bereits wieder gewonnen hat. Die beiden Actenstücke, die das auswärtige Amt zu den ihm obliegenden Geschäften ohne Zweifel rechnet, sind doch nicht ohne „irgendwelchen" Einfluß des Fürsten auf diese Geschäfte entstanden; im Gegentheil, wir erkennen in diesem Eingreifen der Organe der Reichspolitik in die Privatverhältnisse des früheren Kanzlers eine von diesem ungesuchte Wirkung seines Einflusses, wodurch die Träger der amtlichen Gewalt sich auf ein Feld haben drängen lassen, welches, wie wir glauben, außerhalb der Aufgaben der Reichspolitik liegt. Es entspricht unserer Ansicht nach den Reichsinteressen nicht, wenn Derjenige, der über 20 Jahre lang das deutsche Ansehen im Auslande in sich verkörpert hatte, auf diese Weise im Auslande in seinem Rufe geschädigt wird; denn die vorhandenen Einrichtungen des Reiches und auch die Politik, die jetzt angeblich „weitergeführt" wird, rühren von ihm her.

* * *

Aus Kissingen wird von demselben Tage (10. Juli) den „Hamb. Nachr." Folgendes berichtet:

Heute Mittag 12 Uhr ward eine Deputation aus Jena vom Fürsten Bismarck empfangen, welche diesem die Einladung überbrachte, auf der Rückreise Jena zu besuchen. Von Seiten der Stadt und der Universität waren dazu abgeordnet: Oberbürgermeister Singer, Professor Ernst Haeckel, Professor Fürbringer, Professor Golzer, Professor Kluge, Professor Stintzing, Prediger Kind, Braumeister Köhler und Schlossermeister Walther. Der Fürst begrüßte die Herren in seinen im ersten Stock des Hauses belegenen Wohnräumen. Oberbürgermeister Singer Namens der Stadt, Professor Haeckel im Auftrage der Universität brachten in warmer Ansprache den Wunsch zum Ausdruck, der in Jena und ganz Thüringen getheilt werde: den Fürsten dort etwas länger als auf der Durchfahrt zu begrüßen und ihm zu zeigen, wie dankbar auch das thüringische Volk zu ihm stände.

Oberbürgermeister Singer betonte, da der Name Jena mit der Zeit des größten Niedergangs Deutschlands im laufenden Jahrhundert verbunden sei,

so habe gerade diese Stadt Grund zur Freude, daß durch die ruhmreichen letzten Jahrzehnte die Erinnerung an jene schmerzlichen Tage verblaßt sei, und werde dem größten Helden Deutschlands, wenn auch in bescheideneren Grenzen, einen ebenso begeisterten Empfang bereiten, wie große Städte es gethan. Professor Haeckel erwähnte scherzhaft, die Universität habe an dem Fürsten eine besondere Schuld gut zu machen, denn als er vor sechzig Jahren als Student dort einzog, habe sie ihn wegen einer Paukerei ausgewiesen; es sei vielleicht das größte Vergehen, dessen sie sich jemals schuldig gemacht, daß sie den Fürsten Bismarck verhindert habe, ihr akademischer Bürger zu werden, und dies bedürfe der Genugthuung. Der Professor setzte darauf in kurzen Worten das verlockende Programm auseinander, nach dem der Tag in Jena verlebt werden könne. „Daß aus ganz Thüringen die Menschenmassen zusammenströmen werden, wenn die Hoffnung in Erfüllung geht und Durchlaucht kommen, ist gewiß. Wir kennen keinen Unterschied zwischen Bismarck früher und jetzt!"

In seiner Antwort dankte der Fürst für die freundliche Einladung, die er zur Zeit aber nur sehr bedingt annehmen könne. Die Autorität links von ihm (Professor Schweninger stand dort) werde erst später ihr entscheidendes Votum abgeben können, das sich nach seinem Gesundheitszustande richte. Und dann habe er einer ganzen Reihe von Städten schon eine halbe Zusage gegeben; diese würden vielleicht gekränkt sein, wenn er nach Jena ginge und nicht auch zu ihnen, was er doch nicht könne. Nach Stuttgart, Karlsruhe, Mainz, Göttingen, Osnabrück, nach seinem Wahlkreise sei er eingeladen worden, und den letzteren zu besuchen sei doch eine Anstandspflicht für ihn.

Daß er als Göttinger Student aus Jena ausgewiesen sei, sei richtig; die Exmission sei aber vor der Paukerei geschehen, und von Commilitonen und unter obrigkeitlicher Obhut sei er mit seinen Freunden aus der Stadt ultra quartum lapidem gebracht worden. Er habe auf Fußreisen zur Studentenzeit und später von Erfurt aus das Thüringerland sehr liebgewonnen und würde, wenn die Umstände es erlauben sollten, der Einladung gern folgen; Bestimmtes könne heute darüber nicht gesagt werden.

„Das Weitere wollen wir beim Frühstück besprechen,"

so fuhr der Fürst fort, und führte Frau Professor Fürbringer zu Tische, Oberbürgermeister Singer führte die Fürstin. Beim Frühstück brachte der Fürst in warmen Worten das Wohl des Großherzogs von Sachsen-Weimar aus. Unter lebhaft heiteren Gesprächen und bei den Klängen einer vorzüglich spielenden Zigeunercapelle des Dr. Julius Kepes aus Budapest ward die Mahlzeit eingenommen.

Nachmittags 2 Uhr erschien eine etwa 700 Köpfe starke Abordnung von

Anhängern des Fürsten in Württemberg und nahm im inneren Hofe der Saline Aufstellung. Als der Fürst, begleitet von Prof. Schweninger, Dr. Chrysander und mehreren anderen Herren, unter ihnen erschien, begann eine Demonstration, wie sie großartiger und herzlicher nicht gedacht werden kann. Der erste Redner feierte im Namen aller schwäbischen Gesinnungsgenossen den Einiger Deutschlands; erinnerte an die gnädige Errettung, die der Fürst aus Mörderhand bei dem Kissinger Attentate Kullmann's gefunden habe, gelobte im Namen seiner Landsleute ewige Liebe und Treue („Wir lassen nicht von unserm Bismarck") und schloß mit einem Hoch auf den Fürsten.

Der zweite Redner feierte die Fürstin Bismarck, die treue Gefährtin des großen welthistorischen Lebens und Wirkens des Fürsten, der für ihre treue Hingabe und Pflege ebenfalls der Dank der Nation gebühre; ein dritter trug ein warm empfundenes, schönes Gedicht vor, das den Fürsten als den noch unter uns weilenden Vertreter der großen heroischen Zeit feiert.

Nachdem die Ovationen beendet und einige Ruhe eingetreten war, ergriff Fürst Bismarck das Wort und erwiderte etwa Folgendes:

„Ich danke Ihnen für die freundlichen Grüße, die Sie mir und meiner Frau gebracht haben. Ich habe in Sachsen und in Bayern ähnliche Beweise von Anerkennung und Wohlwollen von einer großen Zahl von Landsleuten erhalten; nach Schwaben bin ich nur bis Augsburg gekommen, aber auch dort und auf der ganzen Reise bis Kissingen habe ich nur Freundlichkeiten erfahren. Die Zahl meiner Freunde, die wohlwollende Gesinnung für mich hegen, ist darnach größer, als sie sein könnte, wenn die Angriffe, die jetzt gegen mich gerichtet werden, der im deutschen Volke herrschenden Gesinnung entsprächen; ich müßte dann so viel Feinde haben, daß soviel Freunde nicht mehr übrig bleiben könnten. Die Angriffe auf mich, die ich jetzt alle Tage mit Ruhe und ohne Erregung lese, erfüllen mich mit Genugthuung. Sie richten sich gegen meine Person, man sucht mich als einen übeln Charakter hinzustellen. Das ist mir ein Beweis, daß sie an den Ergebnissen meiner Arbeit nichts auszusetzen finden; ja meine Angreifer geben sich den Anschein, als ob sie dasselbe thäten, was ich erstrebt habe. Damit wird anerkannt, daß das, worauf ich allein Gewicht lege, das, was wir erreicht haben, Anlaß zu Tadel und Angriff nicht bietet. Meine Person gebe ich ihnen gerne preis, wenn nur der Gewinn für das Vaterland bestehen bleibt.

Die Wahrnehmung, die mich in hohem Maaße erfreut, ist der große Antheil, den an den Zustimmungen, die mir zu Theil werden, die deutschen Frauen haben. Empfindungen, die sich in der Häuslichkeit festgesetzt haben, die von der Mutter auf die Kinder übertragen werden,

sind die tiefsten und dauerndsten. Von den beiden Geschlechtern repräsentirt die Frau das Herz, der Mann den Verstand. Aber in kritischen Verhältnissen, in der Politik, äußert das Herz sich oft stärker als der Verstand, und ich habe häufig die Wahrnehmung gemacht, daß ich mit meiner Politik bei der weiblichen Kritik besser abgeschnitten habe als bei der männlichen. Die deutsche Frau hält fest an dem, woran sie glaubt. Ich danke denen von Ihnen, die hier anwesend sind; sie werden mich nicht fallen lassen.

Den Grund der Zustimmung, die ich von Seiten meiner Landsleute und Landsmänninnen erfahre, erblicke ich in erster Linie in der nationalen Einigung, an der ich mitgearbeitet habe und die uns früher in hohem Maaße gefehlt hat. Die Verstimmung zwischen Süden und Norden, zwischen Preußen und Nichtpreußen, an die ich zurückdenke, wenn ich mich an die Zeit meiner Betheiligung am Frankfurter Bundestage erinnere, ist für immer verschwunden, landsmannschaftliche Gefühle verbinden uns alle. Die Zeit, während welcher ich Kaiser Wilhelm I. diente, hat dies bewirkt, und ich bin stolz darauf, daß für die vielen Millionen süddeutscher Landsleute der Preuße, der Berliner, jetzt keine Erscheinung mehr ist, die ihnen unfreundliche Gefühle einflößt. Was an ihm Heiterkeit verdient, wird mit Heiterkeit aufgenommen, aber das gemeinsame nationale Empfinden leidet nicht darunter.

Was ist nun der Grund dafür, daß diese nationale Einheit soviel Werth für uns hat? Ich glaube, er liegt darin, daß unsere innere Einigkeit, unser gesichertes staatliches Leben im Reiche eine erhebliche Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens ist. Bleiben wir einig, so werden Angriffe auf uns wie 1870 und wie sie früher so zahlreich vom Auslande auf uns unternommen sind, nicht mehr vorkommen. Bleiben wir einig, so sind wir ein schwerer Klotz inmitten Europas, den Niemand anfassen kann, ohne sich die Finger zu quetschen. Der Friede, für dessen Erhaltung die deutsche Einheit von so hohem Werthe ist, ist uns Allen ein Bedürfniß. Wir führen Krieg, wenn er uns aufgezwungen wird, mit Vaterlandsliebe und Begeisterung bis zum letzten Mann; aber wir suchen den Krieg nicht, wir haben keine Freude an ihm. Dem deutschen Charakter ist militairische Ruhmsucht und Eitelkeit mancher anderer Völker, die ich nicht nennen will, fremd. Das Kriegführen und Renommiren mit kriegerischer Neigung ist für uns kein Bedürfniß; wir halten lieber Frieden.

Seiner Erhaltung kommt es auch als Erfolg der Vergangenheit zu statten, daß der Weg von der französischen Grenze bis Stuttgart etwas verlängert worden ist. Der alte König von Württemberg hat mir im Jahre 1854, als die Möglichkeit eines französischen Angriffs vorlag,

gesagt: „Die Franzosen sind eher in Stuttgart als die Bundestruppen, und ich allein kann mich nicht wehren!“ Diese Schwierigkeit liegt nicht mehr vor; die Franzosen müssen erst Metz und Straßburg überlaufen, und die Möglichkeit eines französischen Angriffs auf Deutschland ist dadurch erheblich abgeschwächt. Das Gefühl dieser Sicherheit hat den größten Antheil an dem Werth, den ich auf unsere nationale Einigung lege, und ich freue mich, daß es mir gelungen ist, zwanzig Jahre nach 1870 den Frieden zu erhalten, obwohl es nach Abschluß des französischen Krieges wohl Niemand gab, der nicht geglaubt hätte, daß in spätestens fünf Jahren abermals zum Schwert gegriffen werde müßte. Die Erhaltung des Friedens sehe ich als den Hauptgrund Ihrer Zustimmung für mich an. Ich habe ja keine Schlachten geschlagen, aber ich habe den Frieden erhalten helfen. Ich glaube, daß er sich auch ferner erhalten läßt, selbst wenn im Westen auch einmal der Topf überkochen sollte. Daß wir von Osten angegriffen werden, glaube ich nicht, wenn unsere Diplomatie so geschickt ist, als sie sein kann. Gegen einen Gegner werden wir uns aber schon wehren. Wir sind militairisch sehr entwicklungsfähig. Das habe ich unter Anderem auch aus Württemberg in eigener Erinnerung. Der Fortschritt, den die württembergischen Truppen von 1866—70 gemacht haben, war für jedes militairische Auge erstaunlich. Und gerade die Württemberger haben bei der Schlacht vor Paris am 30. November und 2. December bei Villiers und Champigny mit bewiesen, daß deutsche Truppen auch gegnerischer Uebermacht gewachsen sind.

Meine lebendige Erinnerung und meine Anerkennung für diese württembergische Tapferkeit glaube ich Ihnen nicht besser beweisen zu können, als indem ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf Ihren regierenden König Wilhelm II., den Träger der württembergischen Tapferkeit und der württembergischen Reichstreue, auszubringen! Er lebe hoch!...“

Als das Hoch verklungen war, wurden dem Fürsten von den vielen Hunderten, die im Hofe der Saline angesammelt waren, wiederum begeisterte Huldigungen durch Zurufe, Händedrücken, Ueberreichung von Blumensträußen u. s. w. dargebracht. Als es dem Fürsten endlich, umdrängt von den erregten Massen, gelungen war, die Stufen der Treppe in der Thoreinfahrt wieder zu erreichen, und als er im Begriff war, sich zu verabschieden, erscholl der Ruf: „Nach Stuttgart kommen!“

Der Fürst antwortete, daß dies schon in diesem Jahre seine Absicht gewesen, aber an dem Widerspruch seines Arztes gescheitert sei; er hoffe aber, daß es ihm später vergönnt sein werde, sich auch am Neckar der Liebe zu erfreuen, die ihm hier aus schwäbischen Herzen dargebracht worden sei.

Abermals brach unbeschreiblicher Jubel los. Professor Haeckel aus Jena, der hinter dem Fürsten stand, brachte abermals ein Hoch auf den Fürsten aus.

Der Fürst dankte gut gelaunt seinem geehrten Vorredner hinter ihm und versicherte, daß die Angriffe, die jetzt auf ihn gerichtet würden, ihm die gute Laune nicht entfernt verdürben; er betrachte sie mit dem Gleichmuth des Naturforschers, mit dem wissenschaftlichen Interesse eines Mannes, der seit fünfzig Jahren die Welt und ihre Wandlungen beobachte.

Ein ungarischer Badegast feierte den Fürsten als den Begründer des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Der Fürst erwiderte dankend und wies die Insinuation, daß er sein eigenes mühselig errichtetes Werk wieder zerstört sehen wolle, weit von sich. Wenn Oesterreich-Ungarn in Noth und Gefahr gerathen solle, würde es sicher auf Deutschland zählen können.

Die Verabschiedungsscene, die nun folgte, spottet jeder Beschreibung. Das Händedrücken, Hochrufen und Umdrängen des Fürsten war geradezu lebensgefährlich; es bedurfte der vollen Energie des Prof. Schweninger und Dr. Chrysander's, sowie der Dienerschaft und der Gensdarmerie, um den Fürsten vor körperlicher Beschädigung aus Begeisterung zu bewahren. Aus allen Augen leuchtete leidenschaftliche Liebe und Verehrung, die ihren höchsten Ausdruck gewann, als der Fürst von den officiösen Angriffen auf seine Person sprach. Wer in der deutschen Volksseele zu lesen versteht, hatte hier Gelegenheit dazu.

Es fehlt uns der Raum, alle die hübschen und ausdrucksvollen Episoden aufzuzählen, die bei der Ovation vorgekommen sind; vielleicht läßt sich das später nachholen. Besonders charakteristisch für das Empfinden und die Anschauungen der an der Huldigung Betheiligten waren die zahlreichen Zurufe bei markanten Stellen der Reden. Als der Fürst sich längst zurückgezogen hatte, standen noch Hunderte von Menschen vor der Saline, die nach Gelegenheit suchten, dem an dem Fenster sichtbar werdenden Fürsten und der Frau Fürstin ihre Verehrung und Liebe durch enthusiastische Zurufe zu bethätigen.

Auch im Kursaal wurde gestern Abend dem Fürsten gehuldigt. Als er dort gegen 9 Uhr erschien, wurde gerade die Eroica von Beethoven gespielt. Die Musik unterbrach den Vortrag nicht, aber lautlos erhob sich die glänzende Versammlung, um den Fürsten zu begrüßen. Nach Beendigung der Symphonie wurde von der Capelle Deutschland, Deutschland über Alles, sowie die Wacht am Rhein gespielt und vom Publicum stehend mitgesungen. Hoch- und Hurrahrufe für den Fürsten erschallten, bei denen er sich schweigend verneigte.

* * *

In der Abwehr der Angriffe seitens der officiösen Presse fahren die „Hamb. Nachr." am 11. Juli (A.-A.) fort:

Fürst Bismarck und Graf Caprivi. Der „Hamb. Corr." veröffentlicht einen officiösen Artikel, worin darauf hingewiesen wird, daß Fürst Bismarck Ende Mai und Anfang Juni 1890 sich gegenüber den Interviewern des „Petit Journal" und des „Daily Telegraph" über Herrn von Caprivi ausgesprochen habe. (Vgl. die vielfachen Aeußerungen, die wir im ersten Bande des vorliegenden Werkes mitgetheilt haben. D. Verf.) Die citirten Aeußerungen beweisen, daß der Fürst eine günstige Meinung von dem Charakter des jetzigen Reichskanzlers gehabt hat, deren Aenderung auch noch heute nirgends nachgewiesen ist. Im Mai und Juni 1890 hat Fürst Bismarck ohne Zweifel die Ueberzeugung gehabt, daß die Politik des alten Courses — wie das aus ministeriellen amtlichen Kundgebungen in der ersten Zeit nach seiner Entlassung zu schließen war — fortgeführt werden würde. Die Enttäuschung darüber, daß dies nicht der Fall war, konnte wohl sein Urtheil über die Richtigkeit der neuen Politik beeinflussen, brauchte aber in keiner Weise dasjenige über den persönlichen Charakter seines Nachfolgers zu modificiren. Wenn der „Hamb. Corr." an seine Reproduction der Aeußerungen des Fürsten die Bemerkung knüpft: Der nämliche Mann, den der frühere Reichskanzler damals gelobt habe, solle nun ein „gewöhnlicher Streber", ein „politischer Intrigant" sein, so ist das eine vollkommen verlogene Insinuation, wie wir sie in Lieber'schen und socialdemokratischen Blättern, aber nicht im „Hamb. Corr." gesucht hätten. Fürst Bismarck hat sich unseres Wissens über den persönlichen Charakter des jetzigen Reichskanzlers in keiner seiner Kundgebungen in einer Weise ausgesprochen, welche mit den citirten Aeußerungen aus dem Sommer 1890 in Widerspruch stände. Auch die von uns gebrachte Kritik berührt nicht den Charakter des Generals, sondern nur seine amtlichen Leistungen, und man kann ein integrer Charakter sein, ohne dadurch, wenn man die Leitung der Politik eines großen Landes übernommen hat, gegen jede Kritik dieser Politik Deckung zu finden.

Wir haben den jetzigen Kanzler niemals als einen persönlichen Feind seines Vorgängers bezeichnet, auch niemals geglaubt, daß er sich um seine jetzige Stellung bemüht oder auch nur sie gern übernommen habe; wir sind aber der Ansicht, daß er in dieser Stellung getragen ist von dem Vertrauen solcher Parteien, deren Bestrebungen wir dem Reiche für nachtheilig halten. Ob ihn selbst dieses Vertrauen freut oder nicht, gehört nicht zur Sache. Daß seine Ernennung zum Reichskanzler eine vollständige Ueberraschung für ihn war, glauben wir noch heute, aber nicht, daß sie es für Herrn Windthorst war. Wenn die Wünsche und das Vertrauen des Centrums sich für den Fall eines Kanzlerwechsels Herrn von Caprivi zuwandten, und wenn dieser, als der Fall eintrat,

die kaiserliche Ernennung in soldatischem Gehorsam annahm, so wird ihm Niemand daraus einen Vorwurf machen. Auch wir haben es nicht gethan, sondern nur die Thatsache constatirt, daß Graf von Caprivi dem Centrum genehm ist und von ihm gestützt wird. Dies beweist die ganze Geschichte seiner amtlichen Thätigkeit von der Annäherung an Windthorst bis zu den jüngsten öffentlichen Kundgebungen des Centrums durch Herrn Lieber.

Um eine widerspruchsvolle Beurtheilung des jetzigen Reichskanzlers durch den Fürsten Bismarck nachzuweisen, hebt der „Hamb. Corr." auch die einstige Ernennung des Generals Caprivi zum Chef der Admiralität hervor. Diese Ernennung geschah auf Militairbefehl des Kaisers; der damalige Reichskanzler aber hat aus seinen Erinnerungen an Caprivi's frühere Beziehungen zu seinen reichsglöcknerischen Gegnern keinen Grund entnommen, die Entscheidung des Kaisers in Zweifel zu ziehen. Die „Reichsglocke" war ein wesentlich vom Centrum gefördertes Unternehmen, bei dem der Ultramontanismus Beistand fand von Seiten der Feinde des ersten Kanzlers im Lager der „Kreuz-Ztg." und zwar in der Richtung Diest-Daber und in der Richtung des damaligen vortragenden Rathes im Ministerium des Innern, Herrn von Lebbin. Versucht wurde es, zu dieser Opposition auch den verstorbenen Feldmarschall von Manteuffel heranzuziehen und namentlich dessen unmittelbare Beziehungen zum König Wilhelm I. in Mitwirkung zu nehmen zur Fructificirung der Fiction, als ob die kanzlerische Thätigkeit der „Armee" schade. Die Verdächtigungen gingen so weit, daß dem Kanzler eine unerklärliche Feindschaft gegen die Armee zugeschrieben wurde. Der Feldmarschall von Manteuffel weigerte sich, beim König gegen den Fürsten Bismarck thätig zu sein und machte Letzterem nähere Mittheilungen über die betreffende Angelegenheit und den Versuch, ihn dafür zu gewinnen.

Der Verkehr mit markanten Trägern dieser reichsglöcknerischen Bestrebungen, wie z. B. der mit dem verstorbenen Geheimrath Lebbin und dem neuerdings militairisch rehabilitirten Major von Diest-Daber, involvirt noch nicht nothwendig die Annahme eines gleichen Maaßes von Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck, welches die genannten Herren diesem widmeten. Der Versuch, einflußreiche Leute am Hofe, wie den Feldmarschall von Manteuffel, zur Bekämpfung des Fürsten Bismarck beim Kaiser Wilhelm I. zu gewinnen, ist schon eher ein Symptom; aber die Erinnerung daran hat den früheren Kanzler nicht bewogen, die Ernennung des Generals von Caprivi zum Chef der Admiralität zu verhindern; im Gegentheil hat der damalige Reichskanzler demnächst in allem Vertrauen gemeinschaftlich mit dem heutigen Reichskanzler seine Arbeit fortgesetzt.

Die „Reichsglocken-Erinnerungen“ haben auf die wohlwollende Beurtheilung des persönlichen Charakters seines früheren Collegen beim Fürsten Bismarck niemals Einfluß geübt. Der Mangel an Einverständniß in der Politik bedingt nicht nothwendig eine ungünstige Beurtheilung der persönlichen Achtbarkeit. Wenn man sonach aus den früheren für den Charakter des Generals von Caprivi durchaus günstigen Kundgebungen des Fürsten Bismarck und aus dem angeblichen Widerspruch, in welchem damit unsere objective Kritik des neuen Courses steht, den Schluß zieht, daß hierin ein Zeugniß für die „Verwirrung des Gedächtnisses“ und den geistigen Niedergang des Fürsten liege, so zeigt das nur, daß die Gehässigkeit, mit welcher die socialdemokratischen Blätter den Fürsten angreifen, der officiösen Presse gegenüber Ansteckungskraft bethätigt hat.

* * *

In demselben Blatte finden wir eine wichtige Notiz über die Schritte der deutschen Regierung bei der österreichischen gegen den Fürsten Bismarck:

Wir haben neulich angedeutet, daß wir die Mittheilungen, welche in Sachen des Empfanges des Fürsten Bismarck durch den Kaiser von Oesterreich von Berlin nach Wien ergangen sind, durch den vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlaß nicht für erschöpft hielten. Wenn wir dabei nur von Wien sprachen, so haben wir damit die nach Pest, wo sich zu jener Zeit das Hoflager des Kaisers Franz Joseph befand, gerichteten Vorstellungen nicht ignoriren wollen. — Der Erlaß vom 9. Juni d. J. ist früher ergangen als das amtliche Nachsuchen des Fürsten Bismarck um eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph; diese Bitte um Audienz konnte somit am 9. Juni in Berlin noch nicht bekannt sein. Um den Fürsten Bismarck bei seinem Besuche am österreichischen Hofe zu discreditiren, wäre allerdings die Instruction an den Prinzen Reuß, sich gegen den Grafen Kalnoky — der natürlich seinem Souverain davon Mittheilung machte — in dem vorgeschriebenen Sinne zu äußern, schon hinreichend gewesen, wenn die diplomatischen Eröffnungen an den Grafen Kalnoky sofort ein gleichgestimmtes Entgegenkommen gefunden hätten. Es wird aber behauptet, daß man in Wien auf die erste Einwirkung hin keine Neigung gehabt habe, d'épouser des rancunes étrangères, und daß der stärkere Druck zwecks Versagung einer Audienz erst später geübt worden sei, nachdem Prinz Reuß nach Berlin gemeldet hatte, daß der Fürst um eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph amtlich nachgesucht habe, Dies kann aber nach den Zeitverhältnissen erst mehrere Tage nach dem 9. Juli der Fall gewesen sein.

* * *

Eine gewisse Sorte von Preßangriffen wird an derselben Stelle mit folgender Ausführung parirt:

In der demokratisch-socialistischen Presse — aber freilich nur vorwiegend, nicht ausschließlich in dieser — feiert zur Zeit der alte Haß gegen den Fürsten Bismarck wahre Orgien geifernder Wuth, die sich hauptsächlich gegen die Person des früheren Reichskanzlers richtet. Es ist hierbei vielleicht die instinctive Furcht wirksam, daß ihr das Recept, das sie jetzt zur Verfügung zu haben glaubt, von Seiten des Fürsten doch noch verdorben werden könnte. Die Beschimpfungen und Verleumdungen, die gegen die Person des ersten Kanzlers in der genannten Presse gerichtet werden, sind selbst für das Talent des Herrn Eugen Richter unerreichbar, und das will viel sagen. Andererseits ist uns die Sucht einzelner Blätter aufgefallen, dem Fürsten die heitere Gemüthsverfassung, von der wir gesprochen haben, abzustreiten und dafür eine krankhafte Reizung seines Gallenorgans zu behaupten. Wenn sich kein neuer Blind oder Kullmann mobil machen läßt, so soll wenigstens durch Verderben der Kissinger Kur nachtheilig auf die Gesundheit des Fürsten eingewirkt werden. So ungefähr ist der Eindruck, den diese Zornesausbrüche machen. Wir müssen diese Hoffnung zu Schanden machen; der Fürst befindet sich vollkommen guter Laune. Wenn es nicht gelingt, einen neuen Blind oder Kullmann auf ihn loszulassen, so wird der Zweck, ihn durch Aerger ums Leben oder um das ihm verbliebene Maaß von Gesundheit zu bringen, noch lange nicht erreicht werden.

* * *

Daß man in der Umgebung des Fürsten Bismarck durch Anfeindungen aller Art keineswegs erschüttert oder etwa ausschließlich in Anspruch genommen ist, zeigt eine auf die vorstehende unmittelbar folgende Notiz der „Hamb. Nachr." über die am Freitag den 1. Juli in Kraft getretene Verordnung über die Sonntagsruhe:

Daß die neue Sonntagsruhe Verstimmung in der Bevölkerung erregen würde, war von uns vorausgesehen. Die Abneigung des ersten Kanzlers, in die Privatgeschäfte und die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung in solcher Weise einzugreifen, war, wie es scheint, einer der ersten Anstöße zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste. Es hat übrigens einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß gerade der Gedenktag der Schlacht von Königgrätz, der 3. Juli, gewissermaßen der Ausgangspunkt der Gründung des Reiches, der Tag gewesen ist, an welchem die den Deutschen ungewohnte Schwierigkeit der neuen Sonntagsruhe zum ersten Mal praktisch fühlbar wurde.

* * *

Endlich entnehmen wir derselben Nummer des Hamburger Blattes noch folgende Notiz:

> Herr von Schorlemer hat bekanntlich Einspruch gegen die päpstliche Forderung des Gehorsams in politischen Angelegenheiten erhoben. Dafür wird er von den vaticanischen Blättern in schärfster Weise angegriffen. Es ist immerhin bemerkenswerth, daß die Zweifel an der Unfehlbarkeit der päpstlichen Politik in den vaticanischen Blättern eine analoge Verurtheilung finden, wie die kritischen Aeußerungen des Fürsten Bismarck sie in der „Nordd. Allg. Ztg." gefunden haben (vgl. oben S. 1 ff.). Die Empfindlichkeit über solche Zweifel scheint in Berlin nicht schwächer als im Vatican zu sein.

* * *

Zur Vorgeschichte der Erklärung des „Reichsanzeigers" vom 7. Juli schreibt ein vorzüglich informirter Mitarbeiter der Münchener „Allg. Ztg." vom 11. Juli (A.-A.):

Man kann bedauern, daß diese Erklärung nicht vor Jahr und Tag erfolgt ist, wenigstens in dem Schlußsatze, daß Graf Caprivi niemals antibismarck'sche Beziehungen gehabt oder gesucht habe. Es wurde in dieser Beziehung bisher vielfach das Gegentheil behauptet, so namentlich auch, daß Herr von Caprivi Mitglied der sogenannten „Roon'schen Conventikel" gewesen sei, die sehr zum Mißfallen des verewigten Kriegsministers in seinem Hause stattfanden und einen Kreis von Bestrebungen dargestellt haben, in welchen die extreme Richtung der „Kreuz-Ztg." und ultramontanen Gegner des Fürsten Bismarck einander begegneten. In diesem Sinne sind auch wohl gewisse Andeutungen der „Hamb. Nachr." zu verstehen.

Die Thatsache dagegen wird sich wohl nicht aus der Welt schaffen lassen, daß der verstorbene Feldmarschall von Manteuffel in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eines Tages zum Fürsten Bismarck kam und ihm die Frage vorlegte: Was haben Sie mit dem General Caprivi? Auf die Antwort des Fürsten, daß seines Wissens zwischen ihm und dem — damals im Kriegsministerium thätigen — General von Caprivi nicht das Geringste vorliege, erwiderte der Feldmarschall: Caprivi habe ihn gebeten, seinen Einfluß beim Könige gegen den Fürsten Bismarck geltend zu machen, da dieser ein Feind der Armee sei. „Wie ich darüber denke," fügte Manteuffel hinzu, „wissen Sie; ich weiß am besten, was die Armee Ihnen zu verdanken hat, und deshalb theile ich Ihnen die Sache mit. Aber wissen möchte ich, was Caprivi gegen Sie hat."

Es ist nicht bekannt und auch nicht wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck damals dieser Angelegenheit weiter nachgegangen ist, wenigstens hat er, als es sich im Jahre 1881 um die Ernennung Caprivi's zum Chef der Admiralität

handelte, rückhaltlos seine Zustimmung gegeben. General von Caprivi hat in dieser Stellung dann vielfach im Bismarck'schen Hause verkehrt, und der damalige Reichskanzler gewann aus dem Verhalten des Generals im Reichstage den Eindruck, daß dieser sehr wohl das Zeug für eine leitende Stellung haben könne. Aus diesem Eindruck ist dann auch der im Februar 1890 erfolgte Vorschlag an den Kaiser geflossen, dem General das Präsidium des Staatsministeriums zu übertragen. Bekanntlich sollte Fürst Bismarck damals zunächst noch Reichskanzler bleiben. Aus dem Zusammenhange ergiebt sich also, daß der Fürst gewillt war, mit dem General von Caprivi, ungeachtet unvergessener Erinnerungen aus der Vergangenheit, die höchsten amtlichen Pflichten zu theilen und ihn als ersten Mitarbeiter neben sich zu haben.

Die neueren Verstimmungen datiren dann wohl aus der letzten Märzwoche 1890, wenigstens verlautet glaubwürdig, daß Fürst Bismarck sich durch mehrfache Rücksichtslosigkeiten seines Nachfolgers ihm gegenüber verletzt gefühlt habe.... Erst das Auftreten seines Nachfolgers im Landtage und im Reichstage führte dann beim Fürsten zu der Ueberzeugung, daß sein Nachfolger zugleich sein Gegner sei.

Ueberblickt man vorurtheilslos die seit dem März 1890 verflossene Zeit, so muß man allerdings zugeben, daß Fürst Bismarck zu solcher Annahme leider nur zu sehr berechtigt war. Die neue Regierung und ihre Organe schwiegen selbst zu den gehässigsten Angriffen, welche freisinnige und ultramontane Blätter gegen den Fürsten richteten, auch da, wo es sich um Maßnahmen handelte, welche der neue Cours unentwegt aufrecht erhalten mußte. Gleichzeitig erschienen diese nämlichen Blätter als die begeisterten Freunde und Verehrer der neuen Regierung, ohne daß die letztere jene gehässige Haltung zu corrigiren irgendwie Miene machte. Somit kam es, daß der durch die ihm widerfahrene Behandlung ohnehin tief verstimmte Fürst gezwungen war, zur Selbstvertheidigung zu schreiten, und man kann da billigerweise nicht verlangen, daß er die Regierung schonte, die sich nicht nur in jeder Weise von ihm lossagte, sondern ihn in aller Form boycottirte.

Hätte Graf Caprivi Sorge getragen, wie es seine persönliche und seines Amtes Pflicht erheischte, daß dem Fürsten Bismarck diejenige rücksichtsvolle Würdigung zu Theil wurde, auf welche seine unsterblichen Verdienste trotz der kaiserlichen Ungnade vollen Anspruch gewährten — und für den Nachfolger wäre dies der würdigste Ehrenkranz gewesen —, so würde die Kluft, die heute so allgemein beklagt wird, niemals eine so tiefe geworden sein, sondern sich wahrscheinlich mit der Zeit in angemessener Form überbrückt haben. Graf Caprivi ist aber nach seinen eigenen Erklärungen derjenige gewesen, der die ihm obliegende Initiative in dieser Beziehung nicht nur entschieden ablehnte, sondern — wie es am 1. April 1891 geschehen — auch den Kaiser in entgegengesetzter Richtung berieth.

Welche persönlichen Gründe er dafür gehabt hat, ist nicht bekannt, über diese darf daher auch Niemand Richter sein wollen; politisch aber ist der schwerste Fehler des neuen Regiments, daß es die tiefe Kluft, welche die März-Krisis von 1890 in Deutschland erzeugt hat, nicht zu schließen verstand und nicht zu schließen beabsichtigte. Wie man sich auch immer zu dieser schwersten Frage des Augenblicks stellen mag — von diesem Verschulden wird weder der unbefangene Kritiker der Gegenwart, noch wird die Geschichte dereinst das Regiment Caprivi freisprechen können. Es hätte bei ihm gestanden, nachdem der unheilvolle Riß geschehen, dessen Folgen zu mildern und abzuschwächen; das war man dem Andenken Kaiser Wilhelm's I., der Nation und dem Kaiser selbst schuldig. Heute scheinen die Verhältnisse so verfahren, daß es nur einer sehr festen und sehr umsichtigen Hand noch gelingen kann, den wirren Knoten zu lösen.

Selten hat einem Staatsmann bei seinem Amtsantritt sich eine solche Gelegenheit geboten, sich ein so großes Verdienst um sein Volk und um seinen Souverain zu erwerben, wie dem Grafen Caprivi, als er sich zum Erben und Nachfolger des Baumeisters des Deutschen Reiches berufen sah. Selten aber auch ist eine solche Gelegenheit so wenig benutzt worden. Wir werden die Folgen davon in Deutschland noch lange zu tragen haben.

* * *

Ueber die Reichstagsmitgliedschaft des Fürsten Bismarck lesen wir in den „Hamb. Nachr." vom 12. Juli (M.-A.):

> In der Presse dauern die Ermahnungen an den Fürsten Bismarck fort, in den Reichstag zu gehen und von dort aus seine Kritik gegen die Regierung fortzusetzen. Wir sind der Ansicht, daß die Entschließung darüber, ob der Fürst in den Reichstag gehen will oder nicht, ihm allein zusteht, und daß er sich darüber höchstens seinen Wählern gegenüber zu verantworten hat. Wir richten das freundliche Ersuchen an die Blätter, sich in dieser Beziehung nicht den Kopf des Fürsten Bismarck zu zerbrechen. Der Fürst ist zum Erscheinen im Reichstage ebenso berechtigt wie zum Wegbleiben, zum Reden im Parlament ebensowohl wie zur Aeußerung seiner Ansicht in der Presse. Einstweilen scheint letzteres aber wirksamer zu sein als das Reden im Reichstage, da sämmtliche Fractionen durch ihr Interesse an feste Bahnen gebunden sind und theils von jeher Gegner der Politik des alten Courses gewesen sind, theils durch ihre Sorge um die Zukunft ihrer Fractionspolitik an Abweichungen des neuen von dem alten Course, auch wenn sie ihnen nicht gefallen, sich gebunden fühlen. Die öffentliche Meinung der gebildeten Deutschen, welche nicht Reichstagsmitglieder sind, ist im Wesentlichen vorurtheilsloser und weniger durch Partei-Interessen occupirt,

also zugänglicher für eine Politik, welche lediglich die Gesammtinteressen des Reiches im Auge hat. Es giebt ein französisches Sprichwort: „Der schlimmste Taube ist der, der nicht hören will!" Zu dieser Sorte von Tauben gehören auch die meisten Leute, die den Partei- und Fractionskampf in Parlament und Presse zu ihrer Lebensaufgabe und zur Grundlage ihrer vorhandenen oder erstrebten Lebensstellung gemacht haben. Man kann im Reichstage sagen, was man will: die Fractionen sind für die Abstimmung bereits gebunden, bevor die Sitzung beginnt, und verschließen sich principiell allen Gegengründen und der Prüfung derselben. Die Fälle, wo eine Parlamentsrede einen entscheidenden Einfluß auf die Abstimmung geübt hat, sind bei wichtigen Fragen sehr selten; die Entscheidung erfolgt bereits in den Fractionssitzungen.

* * *

Band III, S. 337 wurde erwähnt, daß Fürst Bismarck während seiner Anwesenheit in München auch bei dem dort zum Besuch weilenden Prinzen Ferdinand von Coburg (jetzt anerkanntem Fürsten von Bulgarien) vorgefahren sei. Um allen Combinationen der Presse über diesen Besuch ein Ende zu machen, schrieben die „Hamb. Nachr." am 12. Juli (M.-A.):

> Bezüglich des Zusammentreffens des Fürsten Bismarck mit dem Prinzen Ferdinand von Coburg in München theilen wir mit, daß der Prinz den Wunsch äußern ließ, den früheren Kanzler zu besuchen. Fürst Bismarck, der im Begriff stand, auszufahren, ließ ihm sagen, daß er in der Ungewißheit über seine Tagesordnung keine Stunde für den Besuch bestimmen könne, und daß er deshalb auf seiner Ausfahrt beim Prinzen vorfahren werde. Dies geschah, und darauf machte der Prinz seinen Gegenbesuch. Irgendeine politische Bedeutung oder Consequenz hat dieser Besuch natürlich nicht.

* * *

Ebenda heißt es über die Authenticität der in dieser Zeit häufig gut unterrichteten, aber unzuverlässig berichtenden „Westd. Allg. Ztg.", die besonders gegen den Fürsten viel citirt wird:

> In Bezug auf die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" lesen wir in der „Bielefelder Post":
>
> „Von den in der ‚Westd. Allg. Ztg.' erschienenen Aeußerungen des Fürsten sehen wir ab; nach einer Mittheilung des Blattes stammen sie nicht aus erster Hand, sondern von einem allgemein bezeichneten Friedrichsruher ‚Gast'. Damit ist zugleich ihre genaue Zuverlässigkeit und auch die Ermächtigung zur Veröffentlichung in Frage gestellt. Letzteres ist wesentlich; denn man kann dem Fürsten nicht verwehren, im vertrauten Tischgespräch über Personen und Sachen, die interessiren, gelegentlich

einmal ein gesalzenes, auch persönliches Wort dem Gehege seiner Zähne entfliehen zu lassen. Das ist ein allgemeines Menschenrecht, für welches es keine Ausnahme giebt, weder in den höchsten noch in den niedrigsten Regionen. Wird es durch Weitertragen oder Publication des Gesprochenen gemißbraucht, so liegt das Verschulden bei dem, welcher den Mißbrauch geübt."

Wir können nur wiederholen, daß für die Artikel der „Westd. Allg. Ztg.", auf die ein Hauptgewicht bei den Angriffen auf den früheren Kanzler gelegt wird, Letzterem irgendeine Verantwortlichkeit nicht auferlegt werden kann, da sie nicht mit seiner Genehmigung publicirt worden sind. Wenn die „Freisinnige Ztg." auf Grund von irrigen Jahreszahlangaben des Kölner Blattes den früheren Reichskanzler der Gedächtnißschwäche zeiht, so sollte sie in den betreffenden Verwechselungen eher den Beweis dafür erblicken, daß die Publicationen der „Westd. Allg. Ztg." und namentlich deren Wortlaute nicht vom Fürsten Bismarck ausgehen können.

* * *

Ueber die Autorschaft an den in der „Nordd. Allg. Ztg." gegen den Fürsten Bismarck veröffentlichten Artikeln finden wir an der citirten Stelle folgende Vermuthung ausgesprochen:

Der „Schwäbische Merkur" erörtert die Frage: Wer hat die bekannten Aufsätze der „Nordd. Allg. Ztg." (gegen den Fürsten Bismarck) verfaßt? Das Stuttgarter Blatt scheint die Urheberschaft an dem ersten dieser beiden Artikel dem Reichskanzler von Caprivi persönlich zuzuweisen, der Autor des zweiten „unerhört ungeschlachten" wird nicht näher bezeichnet. Unserer Ansicht nach trägt der zweite Artikel unverkennbar die Spuren der Stilistik eines früheren Staatsanwalts.

* * *

Am 12. Juli (A.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." in weiterer Abwehr der Angriffe der Officiösen gegen den Fürsten Bismarck nachstehenden Artikel:

Der Zweck der Veröffentlichung im „Reichsanzeiger". Zur Zeit, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 an die auswärtigen Missionen versandt wurde, lag von politischen Aeußerungen des entlassenen Reichskanzlers nichts vor, als die friedliebenden Unterhaltungen mit dem Russen Lwow („Nowoje Wremja"), durch die Fürst Bismarck den Russen von der Friedlichkeit und Freundschaft Deutschlands zu überzeugen und den russischen Publicisten zu veranlassen suchte, falsche Vorstellungen seiner Landsleute in dieser Hinsicht zu beseitigen, was auch geschehen ist (vgl. Band I, S. 34 ff.). Wir glauben, daß der Fürst damit der Reichspolitik einen Dienst erwiesen hat. Der ziemlich freie Bericht des Fran-

zosen Henri des Houx im „Matin" über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck lag vielleicht ebenfalls schon vor, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 erging, aber auch in Bezug auf ihn gilt das Gesagte (vgl. Band I, S. 28 ff.).

Sonach sind wir nicht im Stande, uns ein sicheres Urtheil darüber zu bilden, was der Zweck der beiden jetzt im „Reichsanzeiger" publicirten Erlasse war. Ein bestimmtes Ziel, ein Petitum derselben ist uns kaum erfindlich.

In unserer Verlegenheit, ein solches zu finden, wird uns von Berlin aus der Gedanke eingegeben, das Hauptgewicht bei den Erlassen, resp. bei ihrer Veröffentlichung sei in dem Satz zu suchen, daß dem Fürsten Bismarck niemals wieder „irgendwelcher" Einfluß auf die Politik eingeräumt werden würde. Es ist wahrnehmbar gewesen, daß unter dem Einfluß von Gerüchten über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an das heutige Regime die Besorgniß seiner Gegner und insbesondere der Gefolgschaft des Centrums, der frühere Kanzler könne wieder Einfluß gewinnen, im Steigen war. Es ist wohl denkbar, daß das Centrumscartell, als Stütze der Caprivi'schen Politik, der Regierung gegenüber irgendeine Bürgschaft gegen die Wiederkehr des Fürsten Bismarck verlangt hat, eine öffentliche, amtliche Absage, ein Versprechen, daß niemals wieder ein Einfluß des alten Courses in Kraft treten solle. Das Centrumscartell mag sich die Frage vorgelegt haben: wer bürgt uns dafür, daß, wenn wir parlamentarisch den neuen Cours durch unsere Stimmen unterstützen, wenn wir seine Wünsche befriedigen, daß man uns nicht, nachdem dies geschehen ist, als entbehrlich behandelt und zum alten Course zurückkehrt. Das Versprechen der Regierung, dergleichen nicht zu thun, liegt allerdings in dem betreffenden Satze des veröffentlichten Actenstückes vom 9. Juni 1892.

Wir können uns auch schwer erklären, warum die Anweisung an den Prinzen Reuß in Bezug auf das Verhalten des Botschaftspersonals bei Gelegenheit der Wiener Hochzeit mit einem solchen Pronunciamento über die Versöhnungsgerüchte und über den festen Entschluß, dem früheren Kanzler „irgendwelchen" Einfluß niemals wieder zu gestatten, eingeleitet worden ist. Für das Botschaftspersonal und dessen Verhalten zur Hochzeit war dies Pronunciamento gleichgültig; das bloße Verbot der Betheiligung hätte genügt. Es lag kein sachliches Bedürfniß vor, dies Verbot dem kaiserlichen Botschafter gegenüber durch die Kundgebung zu compliciren, daß der frühere Kanzler niemals wieder zu Einfluß gelangen solle. Auch ohne ein solches Versprechen der Reichsregierung würde Prinz Reuß seine Instructionen genau ausgeführt haben. Wir können nicht leugnen, daß uns dieser für amtliche Anweisungen un-

gewöhnliche Vorwand zu einem Verbot, auf einer Hochzeit zu erscheinen, den Eindruck von etwas künstlich Aufgeklebtem in dem ganzen Erlasse macht, wir möchten sagen: von einer posthumen Verbreiterung seiner Tragweite.

Es würde uns Beruhigung gewähren, wenn wir einen anderen praktischen Zweck der Veröffentlichung dieser Erlasse uns denken könnten; aber unser Nachdenken weist uns keinen anderen auf, als den oben als wahrscheinlich bezeichneten, dem Centrumscartell eine Bürgschaft der Dauer der antibismarck'schen Politik zu geben, dem Centrum Urfehde zu schwören und es über die Rückberufung des Fürsten Bismarck öffentlich zu beruhigen. Wenn unsere Gegner helfen wollen, andere Motive dieser Veröffentlichungen zu entdecken, so werden wir dies als ein lediglich im Interesse der geschichtlichen Eindrücke unserer nationalen Entwickelung liegendes Bestreben anerkennen und ihm entgegenkommen.

* * *

Ueber den Grafen von Caprivi und das Centrum führt dasselbe Blatt Folgendes aus:

Daß Graf Caprivi im „Reichsanzeiger" die Deduction widerlegt habe, er sei der Candidat des Centrums gewesen, können wir in keiner Weise zugeben. Er mag das Vertrauen des Centrums nicht erstrebt haben, aber er hat es besessen. Wie ist es möglich, daß ein preußischer Minister die Maßregeln ergreifen kann, die von der ersten Annäherung an Windthorst an durch die Begünstigung der polnischen Aspirationen, durch die Art der Vertretung der Schulvorlage ergriffen wurden, ohne der Candidat des Centrums zu sein, er mag es wollen oder nicht; von der jüngsten Verherrlichung Caprivi's durch den Abgeordneten Lieber ganz zu schweigen.

Ob die „Reichsglocke" und die Herren von Lebbin, Dieſt-Daber, Loë u. s. w. Beziehungen zum Centrum gehabt haben, ob die mißlungenen Versuche, den Feldmarschall von Manteuffel zum Einschreiten gegen den damaligen Reichskanzler und zur Verstimmung Kaiser Wilhelm's I. gegen denselben zu bewegen, mit Beziehungen zum Centrum in Verbindung gebracht werden können, das Alles ist gleichgültig bei Beurtheilung der Frage, ob das Centrum 1890 danach strebte, den Reichskanzler zu beseitigen, und ob das damals Windthorst'sche Centrum von Caprivi als Ersatzmann in Aussicht genommen hatte. Ganz unabhängig von den Reichsglocken-Erinnerungen geht aus den Ereignissen nach dem März 1890 unwiderleglich hervor, daß der Nachfolger des Fürsten Bismarck das vom Centrum auf ihn gesetzte Vertrauen durch seine Politik gerechtfertigt hat.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Centrumspresse selbst den Grafen von Caprivi ganz unumwunden für sich in Anspruch nimmt. So schreibt gerade in diesen Tagen die „Köln. Volks-Ztg." über das ihm seitens des Centrums entgegengebrachte Vertrauen:

„Dieses Vertrauen beruht einmal auf der Persönlichkeit Caprivi's und vor allem auf seiner Politik, welche in wichtigen Punkten in der Richtung der Bestrebungen der Centrumspartei sich bewegte. Es ist aber ganz und gar unrichtig, daß das Centrum den Handelsverträgen ‚nur zustimmte, um Herrn von Caprivi am Ruder zu erhalten'. Das Centrum stimmte zu, weil es die Handelsverträge im Hinblick auf unsre Industrie für eine (manchen Mitgliedern der Fraction allerdings unliebsame) Nothwendigkeit und im Hinblick auf die politische Lage für in hohem Maaße wünschenswerth hielt, dann auch, weil es die gegenwärtige Leitung unserer inneren und äußeren Politik nach Möglichkeit stützen wollte."

* * *

Folgenden Artikel bringen die „Hamb. Nachr." am 13. Juli (M.-A.):

Fürst Bismarck. Die „Vervehmung" — wie die „Magdeb. Ztg." es nennt — des Fürsten Bismarck durch die bekannten Erlasse hat in Wien doch nur auf die dortigen amtlichen Kreise Eindruck gemacht, auf die städtischen schon gar nicht, wie der Empfang der städtischen Behörden im dortigen Rathhause beweist, aber namentlich auf die hohe österreichisch-ungarische Aristokratie nicht. Obschon die Saison in Wien längst geschlossen und die Hauptstadt für die höhere Gesellschaft leer war, so würde man doch schwerlich irgendwo anders als in Wien eine ähnliche Versammlung von vornehmen und schönen Frauen in der todten Saison zusammenbringen können, wie sie am Polterabend vor der Hochzeit im Palffy'schen Palais versammelt war. Wer einen Blick in diese Versammlung geworfen hat, war angenehm überrascht durch den Anblick so zahlreicher schöner Frauen, so geschmackvoller Toiletten, so glänzenden Schmuckes, wie er dort im Kerzenlicht schimmerte, und wenn man die Namen der Anwesenden kennen lernte, so konnte man sicher nicht sagen, daß die „Vervehmung der Hochzeit" in der österreichisch-ungarischen Aristokratie „irgendwelchen" Eindruck gemacht hätte.

Eine analoge Betrachtung könnte man über die Ovationen anstellen, die dem Fürsten Bismarck zur Zeit in Kissingen in immer zunehmender Zahl und Stärke von der Bevölkerung aus Nah und Fern, von den Badegästen, wo er sich nur zeigt, bereitet werden. Tagtäglich wird das Erscheinen von neuen, ähnlichen Deputationen, wie die aus Jena und Württemberg, aus anderen Bundesstaaten angemeldet, und daneben beweist die ungeheure Anzahl von Huldigungsbriefen, Telegrammen und Sendungen, die in Kissingen unausgesetzt eintrifft und fast nicht

bewältigt werden kann, daß die Begeisterung für den Fürsten Bismarck in den deutschen Ländern nach Bekanntwerden der Erlasse nicht nur nicht abgenommen, sondern unter dem Eindruck der amtlichen Absage an den Fürsten Bismarck an Umfang und Intensität erheblich zugenommen hat. Es ist ganz ersichtlich, daß das heimliche Gerichtsverfahren, das von der bureaukratischen Diplomatie gegen den Fürsten Bismarck eingeleitet worden ist, in seiner Wirkung bis in die öffentliche Meinung der Bevölkerung nicht entfernt hineinlangt.

Was die Wirkung der amtlichen und officiösen Angriffe gegen den Fürsten Bismarck auf diesen selbst anlangt, so können wir nur wiederholen, daß sie ihn weder „erregt" haben, noch ihm besondere „geistige Anstrengungen" verursachen, die seiner Badecur schädlich sein könnten. Diese Hoffnung sollte man je eher je besser aufgeben. Die Gegner überschätzen den Eindruck, den ihre Angriffe gegen den Fürsten Bismarck auf diesen machen. Sie sollten sich nur vergegenwärtigen, daß ein Mann in den Jahren des Fürsten Bismarck, der seit 40 Jahren an gröbere öffentliche Angriffe, Verdächtigungen und Verleumdungen gewöhnt ist, einigermaßen abgehärtet gegen solche Dinge ist und im Gegentheil die Muße seines Badelebens gern damit ausfüllt, Kenntniß von der Fortdauer des Kampfes und der Kampfesmittel, die gegen ihn angewendet werden, zu nehmen.

* * *

Ebenda sagen die „Hamb. Nachr.":

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" publiciren einen entrüstungsvollen Artikel gegen eine Veröffentlichung der „Westdeutschen Allgemeinen Ztg." betreffend die Entlassung des Fürsten Bismarck; das Münchener Blatt schließt seinen Aufsatz mit den Worten:

„Wer auch immer die Veröffentlichung der ‚Westd. Allgem. Ztg.' veranlaßt — er hat weder dem Vaterlande noch dem Fürsten Bismarck einen guten Dienst geleistet."

Wir haben dazu zu bemerken, daß Fürst Bismarck diese Veröffentlichung nicht veranlaßt hat.

Hierbei ist beachtenswerth, daß nur betont wird, der Fürst habe die fragliche Veröffentlichung nicht veranlaßt. Der Inhalt dieser Publication der „Westd. Allgem. Ztg." wird nicht angefochten. Der Artikel steht in der Nummer vom 10. Juli, trägt die Ueberschrift „Die Wahrheit kommt endlich an den Tag" und knüpft an die Publication der bekannten beiden Erlasse im Reichsanzeiger an. Ueber die Entlassung des Fürsten Bismarck selbst ist darin nichts thatsächlich Neues enthalten. Viel wichtiger erscheint uns der zweite Theil des Artikels mit nachstehenden Ausführungen:

Entgegen allem sonstigen Gebrauch wurde dem verabschiedeten Kanzler nicht die einstweilige Fortführung der Aemter bis zur Ernennung eines Nachfolgers aufgetragen, sondern der Nachfolger erschien alsbald im Hause, nahm Besitz von den Geschäftsräumen und nöthigte so seinen Vorgänger, damit der Empfang der Botschafter nicht gewissermaßen auf den Treppenfluren nöthig wurde, Hals über Kopf die Räume zu verlassen, denen er eine Weltberühmtheit verschafft hatte, wie sie kein zweiter Raum in Deutschland besaß. Fürst Bismarck war buchstäblich nicht im Stande, ordentlich einzupacken, hat beim Umzug eine Menge Eigenthum verloren und kam sich mit den Seinen vor etwa wie eine deutsche Familie, die 1870 aus Paris ausgewiesen wurde.

Herr von Caprivi war Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, Fürst Bismarck existirte nur noch als Herzog von Lauenburg. Zwei Monate nachdem der Kaiser Wilhelm II. die Hoffnung ausgesprochen hatte, den bewährten Rath des Fürsten sich und dem Reiche erhalten zu sehen, schreibt Herr von Caprivi an die deutschen Botschaften und deutschen wie preußischen Gesandtschaften und Legationen, Consulate und Missionen, sie möchten die Regierungsauffassung vertreten und verbreiten, daß den Anschauungen des Fürsten Bismarck ein actueller Werth nicht beizumessen sei.

Wir wissen, daß Fürst Bismarck von diesem Rundschreiben des Herrn von Caprivi sofort nach Erlaß Kenntniß erhielt, und wir können ihm nachfühlen, welche Empfindungen in ihm rege wurden, wenn von Zeit zu Zeit, um die Sehnsucht der Nation nach dem verlornen Reichskleinode zu dämpfen und abzulenken, in der Regierungspresse Andeutungen gemacht wurden, als werde auch von ihr eine Nutzbarmachung der Staatsweisheit des Fürsten Bismarck für das Deutsche Reich ersehnt und erstrebt. Solche Aeußerungen sollten den Fürsten Bismarck hinstellen, als habe er zum Bedauern seiner Nachfolger wegen irgend eines Verschuldens entlassen werden müssen, und als seien die Gesundheitsrücksichten, die in der Verabschiedungsurkunde angeführt sind, lediglich aus Schonung für den Fürsten Bismarck hineingekommen.

Als nun aus Anlaß der Wiener Reise des Fürsten Bismarck ganz Deutschland sich rüstete, seinem verdientesten Helden Huldigungen zu bereiten, da erschienen abermals in Blättern, welche zu der jetzigen Regierung Beziehungen unterhalten, Meldungen von „Versöhnungsversuchen" des Kaisers mit dem Kanzler. Dabei wurden die Verhältnisse abermals so dargestellt, als habe der Fürst irgend etwas gutzumachen oder gar abzubitten. Diese ganze Mache war nur auf eine Abschwächung der Volkskundgebungen zu Ehren Bismarck's berechnet und schlug gründlich fehl. Fürst Bismarck ließ auf ihm geeignet scheinenden Wege die Welt wissen, daß er sich keiner Verfehlung gegen den König, keines Versehens gegen das Reich bewußt sei (vgl. Band III, S. 278).

Und nun erfolgt, was niemals hätte erfolgen, am allerwenigsten aber jemals hätte bekannt gegeben werden dürfen, die Depesche des Grafen von

Caprivi an den Prinzen Reuß vom 9. Juni 1892, worin Letzterem aufgegeben wird, der Meinung entgegenzutreten, als habe Fürst Bismarck auf die Leitung der Geschäfte wieder irgendwelchen Einfluß gewonnen, und ihm befohlen wird, sich dem Fürsten Bismarck gegenüber auch in Bezug auf die persönlichen Beziehungen der Gesellschaftssitte zu entschlagen — denn es handelte sich um ein Familienfest — und sich auf die conventionellen Formen zu beschränken, die Hochzeitseinladung abzulehnen, da auch der Kaiser von der Hochzeit des mehrjährigen preußischen Staatsministers und Staatssecretairs des Auswärtigen deutschen Amtes keine Notiz nehmen werde.

Nachdem Graf Caprivi zu diesen Veröffentlichungen, über welche das deutsche Volk und die Geschichte richten werden, sich entschlossen hat, wird er nun wohl auch keinen Anstand nehmen, den Wortlaut des „Entlassungsgesuches" des Fürsten vom 18. März 1890 bekannt zu geben, damit ein Urtheil darüber möglich werde, eine wie zutreffende Antwort auf dasselbe die Cabinetsordre gewesen ist, durch welche Fürst Bismarck seiner Aemter entsetzt wurde, die er, gut oder schlecht, so lange Jahre geführt hatte. Bis diese Veröffentlichung erfolgt sein wird, werden weite Volkskreise nicht davon abzubringen sein, daß Graf von Caprivi durch seine Veröffentlichungen im Reichsanzeiger nicht nur sich selbst, sondern dem Ansehen der Krone Preußen, das sein Amtsvorgänger mit Einsetzung von Ansehen und Leben aus der Verdunkelung zum strahlenden Licht gehoben hat, einen schlechteren Dienst erwiesen habe als irgend ein Minister, von denen die Krone Preußen berathen gewesen ist von den Tagen Georg Wilhelm's und des Grafen Adam Schwarzenberg.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 13. Juli (A.-A.) heißt es:

Die „Voss. Ztg." schreibt bei Besprechung der beiden Erlasse im „Reichsanzeiger":

„Noch am 24. April 1890 hatten die ‚Hamb. Nachr.' geschrieben, Fürst Bismarck habe ihnen ‚direct den Wunsch ausgedrückt, Herr von Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hochschätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend ‚mit Rücksicht' behandelt werden. ‚Der Fürst sei mit Herrn von Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben."

Das ist richtig. Aber nach der ganzen Boycottirung des Fürsten, wie sie sich in dem Erlaß vom 23. Mai 1890 kennzeichnet und nachdem der neue Cours sich immer mehr von dem alten entfernt hatte und dem Fürsten daneben die persönlichen kleinlichen Mittel, die gegen ihn in Anwendung gebracht wurden, mehr und mehr klar geworden waren, nachdem er also seinen Nachfolger selbst längere Zeit an der Arbeit beobachtet hatte, scheint allerdings eine Wandlung seiner Ansicht über ihn

eingetreten zu sein. Der Fürst ist allmählich zu der Erkenntniß gelangt, daß die Unterstützung des Generals von Caprivi, zu der er einen ersten Anlauf genommen hatte, nicht durchführbar sei, da der neue Cours eben eine andere Richtung einzuschlagen begann. Die Nothwendigkeit, die bis dahin nicht vorgelegen hatte, die Politik eines großen Landes selbständig zu leiten, rückte eben die Erscheinung des neuen Kanzlers allmählich in ein neues Licht. Das erste Urtheil über den General von Caprivi als Reichskanzler war naturgemäß kein abschließendes; erst wenn Jemand seine Selbstständigkeit auf dem gespannten Seile des unabhängigen Ministers producirt, läßt sich ein Urtheil über sein Gleichgewicht und seine Muskelkraft gewinnen.

* * *

In derselben Nummer finden wir noch Folgendes:

Als einen Beweis, in welcher Tonart die Gegner des Fürsten Bismarck gegen diesen schreiben, citiren wir aus dem „Westf. Merkur", einem einflußreichen Blatte der clericalen Partei, das früher unseres Wissens in Beziehungen zu Herrn von Schorlemer stand, was folgt. Das Blatt schreibt über Aeußerungen des Fürsten Bismarck:

„Es ist einfach verrücktes Zeug, ausgebrütet im Gehirn eines durch Größenwahn und Verfolgungswahn aus dem geistigen Gleichgewicht gekommenen Mannes, oder es ist die niederträchtigste Bosheit eines von unbezähmbarer Rachsucht beherrschten Egoisten, einer Rachsucht, die auch schon nicht mehr ganz zurechnungsfähig ist. Ein englisches Blatt hat den Fürsten Bismarck ‚moralischer Entartung' geziehen; die ‚Freis. Ztg.' sprach von „greisenhafter" Geschwätzigkeit und bezweifelte die Normalität seines Denkvermögens. Wenn man sieht, wie wunderbar er die Thatsachen durcheinander wirft, Ursachen und Wirkungen verwechselt, einen historischen Irrthum über den anderen aus den letzten Jahren vorträgt, überall Feinde, Verfolgung und Verschwörung wittert und aus fixen Ideen die seltsamsten Phantasiegebäude errichtet, wie er jedes Verständniß für die Interessen des Vaterlandes verloren zu haben scheint und nur in dem einen Gedanken der Rache lebt, so muß man in der That auf den Gedanken kommen, daß es mit seinen geistigen Kräften reißend bergab geht. Das ist noch die schonendste Auslegung für sein Thun."

* * *

Wir gaben oben (S. 46 ff.) einen Artikel der „Hamb. Nachr." vom 12. Juli über den Zweck der Veröffentlichung der Erlasse im Reichsanzeiger wieder. Mit demselben Problem beschäftigt sich die nachstehende Erörterung vom 14. Juli (M.-A.):

Der zweite Absatz in der Dep'esche des Reichskanzlers von Caprivi

an den deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, vom 9. Juni 1892, welcher beginnt: „Für die Gerüchte" und schließt: „irgendwelchen Einfluß gewonnen", steht mit dem ganzen übrigen Text ersichtlich in sehr losem Zusammenhange, bildet aber zugleich den einzigen Theil des Actenstückes, bei dem man sich ein Bild des politischen Zweckes machen kann, der mit der Veröffentlichung der Instruction an den Wiener Botschafter verbunden sein könnte. Die Instruction würde, wenn sie sich auf ihren zweiten Theil: „Falls der Fürst" bis zum Schluß beschränkt hätte, ihren Zweck beim Prinzen Reuß vollkommen erreicht haben, und es lag für diesen Zweck kein Bedürfniß vor, die Erklärung zu geben, die „Annäherung des Fürsten werde niemals soweit gehen können, daß der Fürst wieder irgendwelchen Einfluß auf die Leitung der Geschäfte gewänne". Wohl aber lag für Diejenigen, welche die Möglichkeit der Wiederkehr solchen Einflusses fürchteten, der Wunsch nahe, irgend eine öffentliche und amtliche Bürgschaft dafür zu besitzen, daß sie durch parlamentarische Fügsamkeit gegenüber den Regierungswünschen gegen die Wiederherstellung irgendwelchen Bismarck'schen Einflusses auf die Geschäfte gedeckt sein würden.

Wir freuen uns, diese bereits in der Abendnummer vom 12. d. M. erwähnte Auffassung gefunden zu haben, von der aus wir die Bedürfnißfrage in Bezug auf diese Veröffentlichung und die politische Tragweite derselben besser als bisher zu beurtheilen im Stande sind. In dieser Auffassung bildet die Veröffentlichung einen politischen Schachzug der Regierung zur Sicherstellung parlamentarischer Anlehnungen, den wir uns logisch erklären können. Wäre unsere Ansicht unzutreffend, so würden Motive und Ziele der Veröffentlichung uns dunkel bleiben.

* * *

Hieran schließt sich eine Kritik der Erlasse unter einem neuen Gesichtspunkte:

Wir haben neulich über den Anspruch auf ministerielle Unfehlbarkeit, der sich in der Empfindlichkeit gegen jede Kritik erkennbar macht, unsere Ansicht geäußert. Die angeführte Analogie mit den Institutionen der päpstlichen Hierarchie wird vervollständigt durch das System von Interdicten und Kirchenbann, wie es sich in den vom „Reichsanzeiger" publicirten Erlassen zum Ausdruck bringt und wie es durch die Organe der Vertretung im Auslande verwirklicht wird. Wir können nicht wünschen, daß bei uns zur Gewohnheit werde, politische Meinungsverschiedenheiten vor das Forum des Auslandes zu bringen und die dortige Reichsvertretung als geheime Vollstreckerin derartiger Vervehmungen zu benutzen. Wenn die liberalen Blätter, die sich sonst

die Vertretung der staatsbürgerlichen Rechte der Deutschen zu einer hervorragenden Aufgabe machen, derartige Hülfsmittel ministerieller Unfehlbarkeit billigen, so kann die Regierung von jeder dieser Zeitungen mit Befriedigung sagen: laudabiliter se subjecit.

* * *

In der Erbitterung des Kampfes hat man bisher wenigstens die Fürstin Bismarck aus dem Spiel gelassen. Auch gegen sie das Gift der Verleumdung zu gebrauchen, ist zuerst einem englischen Blatte vorbehalten. Wir lesen in den „Hamb. Nachr." an eben citirter Stelle:

In der „St. James' Gazette" findet sich ein roher und unwürdiger Ausfall auf die Fürstin Bismarck unter Anführung von Thatsachen, die von Anfang bis zu Ende erfunden und erlogen sind. Wenn sie begründet wären, so müßte der Einsender mehr als ein Dutzend Zeugen für seine Angaben beizubringen im Stande sein; aber sie sind in sich zu lächerlich und abgeschmackt, um einer Widerlegung zu bedürfen! Der Londoner Artikel ist ein neuer Beweis, daß bei dem Mangel an Stoff zu sachlichen Angriffen auf den Fürsten Bismarck und seine Familie alle Mittel persönlicher Verleumdung gegen ihn in Anwendung gebracht werden müssen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 14. Juli (A.-A.):

Englische Ansprüche. Ergötzlich ist das entrüstete Schimpfen der englischen Presse über die ihr unerfreuliche Wahrnehmung, daß der frühere Reichskanzler seinen Einfluß verwendet, um die Unabhängigkeit der deutschen Politik von der englischen zu wahren. In England hat man sich eben daran gewöhnt, Deutschland als den folgsamen Bundesgenossen zu betrachten. Schon zur Zeit des Krimkrieges galt es im Sinne Englands als Felonie, daß Preußen nicht für England fechten wollte, und von ähnlichen Auffassungen hat sich England auch heute noch nicht freigemacht, und so wäre es für englische Blätter wie „Standard", „Daily News", „Morning Post", „Daily Chronicle" u. s. w. natürlich sehr ärgerlich, wenn der Einfluß des Fürsten Bismarck für die deutsche Politik schließlich maßgebender bliebe als die Neigung, der höheren Leitung Englands zu folgen. Der „Standard" findet, dies sei ein „ernster Scandal", der Fürst sei ein illoyaler Unterthan, der beschuldigt wird, Staatsgeheimnisse zu veröffentlichen — welche das sind, sagt er nicht — und Stimmung gegen den Kaiser hervorzurufen, während doch seine Kritik nur die verantwortlichen Minister trifft. Der „Standard", das Regierungsorgan des freien England, ist der Ansicht, es stände der Regierung frei, den Fürsten Bismarck durch gerichtliche Verfolgung zum Schweigen zu bringen; aber auch in Preußen erfreut

sich jeder Staatsbürger des Rechtes, seine Ansichten durch Wort und Schrift öffentlich kundzugeben. Der „Standard" scheint das nicht zu wissen und glaubt augenscheinlich, daß im Deutschen Reich die persönliche Freiheit des Einzelnen zur Verfügung der jeweiligen Minister stehe, wie das vor 100 Jahren in manchen Ländern der Fall war und wie es noch heute in der Türkei der Fall ist.

Die „Daily News" spricht von Indiscretionen, ohne solche zu bezeichnen; indiscret erscheint dem Blatte ohne Zweifel Alles, was mit der englischen Politik nicht übereinstimmt. „Daily News" spricht von Rohheiten bei Anspielung des Fürsten auf hohe Personen und sogar auf die Kaiserin Friedrich, ohne daß es uns möglich wäre, zu ermitteln, auf welche Unterlagen diese Entstellung gegründet wird. Das Blatt giebt außerdem die Lügen wieder, der Fürst habe Oesterreich, Italien und die Schweiz zu der Art beglückwünscht, wie sie bei Abschluß der Handelsverträge sein eigenes Land übertölpelt hätten. Fürst Bismarck hat dem Grafen Kalnoky und ebenso dem Interviewer der „Neuen Freien Presse" nur gesagt, er nehme es Oesterreich nicht übel, wenn es seinen Vortheil wahrgenommen habe, und seine Gesinnung für Oesterreich sei dadurch in keiner Weise abgeschwächt, daß Oesterreich den Mangel an Geschick auf deutscher Seite benutzt habe; er würde, wenn er als Vertreter deutscher Interessen einer wenig gewandten Vertretung Oesterreichs gegenüber gestanden hätte, auch seinerseits kein Bedenken getragen haben, diesen zufälligen Vortheil für sein Vaterland wahrzunehmen.

Es ist also ein großer Irrthum, wenn behauptet wird, Fürst Bismarck sei gegen Oesterreich wegen der Handelsverträge verstimmt; er befindet sich noch heute in derselben Gesinnung Oesterreich gegenüber, in der er vor 13 Jahren den Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich erstrebt und erreicht hat. Es ist dies etwas Anderes als eine Beglückwünschung, es handelt sich nur um die Versicherung, daß die bundesfreundliche Gesinnung des früheren Kanzlers durch die schlechten Geschäfte, welche sein Land bei den Handelsverträgen gemacht habe, nicht alterirt worden sei.

Die „Morning Post" debutirt mit dem Unsinn, daß Fürst Bismarck sich bemühe, dem Deutschen Reiche Schwierigkeiten in Beziehung auf Rußland zu bereiten, während das Einzige, was vorliegt, die Empfehlung sorgfältiger Pflege der gegenseitigen Beziehungen, die Grundlage dieser irrigen Ansicht über die Aeußerung des Fürsten bildet. „Daily Chronicle" drückt sich etwas gemäßigter in ähnlicher Richtung aus.

Das Widerliche an allen diesen englischen Preßstimmen ist die Heuchelei, mit der sie ihre ganz berechtigte Vertretung englischer Interessen und ihren Wunsch, Deutschlands Macht für dieselbe ausnutzen zu können, in eine Art Sorge für das Deutsche Reich und für

den Ruf des Fürsten Bismarck einkleiden. Die englische Politik, sollte man danach glauben, sei in Bezug auf eigene englische Interessen freigebiger und aufopfernder für alle anderen Nationen und habe jeder Zeit christliche Hingebung aus dem Grunde der Nächstenliebe im Laufe der letzten Jahrhunderte an den Tag gelegt.

In den englischen Preßstimmen werden einsichtige Lenker der deutschen Politik viel eher eine Warnung vor, als eine Ermunterung zu einer Politik sehen, welche für England in dem Gedanken ihre Begründung findet, daß eine Million deutscher Soldaten auf dem Continent für englische Interessen vorkommenden Falls verfügbar sein müßten.

* * *

Folgende Abwehr wird gegen die „Kreuz-Ztg." und gegen die „Köln. Ztg." gerichtet:

Die „Kreuz-Ztg." ist der Ansicht, Jedermann dürfe die Regierung kritisiren, nur nicht Fürst Bismarck; während die Worte Anderer wirkungslos verhallten, habe das Urtheil des Staatsmannes, der die Politik des Staates gemacht und alle Geheimnisse des Staates kenne, eine ganz andere Wirkung. Der Versuch, den Fürsten wegen exceptioneller Bedeutung mundtodt zu machen, ist ebenso thöricht, wie der seit 2 Jahren immer wiederkehrende Hinweis auf die Schädigung, welche die früheren Verdienste des Fürsten Bismarck dadurch erlitten. Die „Kreuz-Ztg." könnte doch die Beurtheilung darüber, was für den Fürsten Bismarck erlaubt oder nicht erlaubt ist, füglich diesem überlassen; er ist Zeit seines Lebens gewohnt gewesen, sich ein eigenes Urtheil über seine Handlungen zu bilden. Auf „olympische Ruhe des großen Dichters", welche die „Kreuz-Ztg." ihm empfiehlt, macht er keinen Anspruch; er hat sein Leben im Kampf um reale Dinge verbracht und ist an den Kampf gewöhnt.

Wenn die „Köln. Ztg." an den Fürsten Bismarck die Forderung stellt, er solle seine Meinungsäußerungen in der Presse mit seinem Namen decken, so erinnert das einigermaßen an die napoleonische Einrichtung, daß jede Preßäußerung von dem Verfasser unterzeichnet werden mußte. Sollte es im Bestreben der „Köln. Ztg." liegen, diese Einrichtung bei uns einheimisch zu machen? Wir glauben das kaum. Und wenn es der Fall ist, warum werden in der „Köln. Ztg." nicht die Artikel, die das Blatt bringt, von deren Verfassern gekennzeichnet und durch dieselben gedeckt?

Die „Köln. Ztg." sagt, in einer gegen uns gerichteten persönlichen Bemerkung, die Beschimpfung, mit dem Hute in der Hand um officiöse Almosen zu bitten (vgl. oben S. 27), treffe nicht zu; die von dem

rheinischen Blatte gegen den Fürsten Bismarck erhobene Beschuldigung, daß er polternd und nörgelnd hinter dem Reichswagen herlaufe, auch nicht. Wenn die „Köln. Ztg." Vorwürfe macht, die nicht zutreffen, so darf sie sich über Rückzahlung in gleicher Münze nicht wundern.

* * *

An derselben Stelle lesen wir:

Ein Berliner Blatt hat kürzlich auf eine frühere Aeußerung des Fürsten Bismarck verwiesen, daß er auch mit einem Unrecht habenden Könige gehen würde. Es ist anzunehmen, daß bei solchen Aeußerungen an Situationen gedacht ist, wie sie bei uns schwerlich vorkommen, nämlich wo der König einer Unterstützung dringend bedarf und sie von Seiten Anderer nicht findet, sei es im Vollbesitz des Thrones wie König Wilhelm 1862, sei es bei Gefährdung des Thrones. Wir glauben keineswegs, daß König Wilhelm 1862 zu den Unrecht habenden Königen gehörte, aber wir glauben, daß schon er in die Lage gekommen war, wo ein persönlicher Anhänger die Frage nach Recht oder Unrecht des Königs nicht mehr juristisch so genau untersuchte, um ein Haar darin zu spalten. Von ähnlichen Situationen ist heute keine Rede; Seine Majestät der Kaiser befindet sich glücklicherweise im Vollbesitz seiner Macht, und es fehlt demselben nicht an Dienern, die bereit sind, seinen Willen zu vollziehen.

Wir wissen nicht, woher der „Börs.-Cour." die Empfindung schöpft, daß Fürst Bismarck, oder wenigstens seine Organe sich bemüht hätten, den Glauben zu erwecken, als ob die Beziehungen zwischen dem früheren Reichskanzler und dem Kaiser noch nicht endgültig abgebrochen seien. Andere Gegner machen uns und unseren Gesinnungsgenossen im Gegentheil den Vorwurf, daß wir die bedauerliche Thatsache des Abbruches nicht hinreichend verhüllt hätten.

* * *

Der Umstand, daß Fürst Bismarck der Jenenser Abordnung zugesagt hat, auf der Rückreise von Kissingen ihre Stadt zu besuchen, hat begreiflicherweise in Leipzig, einer der dem Fürsten treuesten Städte des ganzen Reiches, den lebhaften Wunsch erweckt, den Fürsten auf der Weiterreise auch an der Pleiße begrüßen zu können. Dieser Wunsch war um so berechtigter, als ja schon die Hinreise über Leipzig geplant gewesen war. Es wurde deshalb am 14. Juli folgendes Schreiben an den Fürsten nach Kissingen gesandt:

Durchlauchtigster Fürst!

Der hiesige Ortsausschuß des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an Ew. Durchlaucht

die ehrerbietige Bitte zu richten, auf der Rückreise von Kissingen auch Leipzig zu berühren und hier einige Zeit verweilen zu wollen. Als Vorsitzender des genannten Ausschusses bin ich beauftragt worden, Ew. Durchlaucht diese Bitte zu übermitteln und für den Fall der Zusage ihrer Erfüllung das Weitere zu veranlassen.

Wir glauben von unserer Stadt sagen zu dürfen, daß in derselben der nationale Gedanke alle Zeit hochgehalten worden ist. Wir haben auch jetzt keinen sehnlicheren Wunsch, als den, Ew. Durchlaucht persönlich zeigen zu dürfen, daß Leipzigs Verehrung und Dankbarkeit für Ew. Durchlaucht, den Schöpfer unserer nationalen Einheit, unverändert dieselben geblieben sind und dieselben bleiben werden. Ew. Durchlaucht würden daher durch Erfüllung unserer Bitte nicht nur unserer Stadt eine hohe Ehre, sondern auch Tausenden der treuesten Anhänger des nationalen Gedankens die innigste Freude bereiten.

In tiefster Ehrerbietung Ew. Durchlaucht ergebenster

Rechtsanwalt Dr. Georg Liebe.

Leider wurde die Bitte abschlägig beantwortet:

„Kissingen, 18. Juli 1892. Euer Hochwohlgeboren bin ich beauftragt des Fürsten verbindlichsten Dank für Ihr freundliches Schreiben auszusprechen mit der Bitte, den Ausdruck desselben den Herren des Vereins zu übermitteln. Auf der Reise nach Varzin wird Leipzig diesmal nicht berührt werden können, und werden die Hindernisse, welche im Fahrplan der Eisenbahnen liegen, verstärkt durch die Besorgniß, die körperlichen Kräfte Seiner Durchlaucht möchten den Anstrengungen so oft erneuter Ovationen nicht gewachsen sein. Euer Hochwohlgeboren ergebenster Chrysander."

* * *

Auf dem ganzen weiten Gebiete der auswärtigen Politik ist der Unterschied zwischen dem alten und neuen Course nach keiner Richtung so deutlich hervorgetreten wie in den Beziehungen zu Rußland; aber nicht bloß sichtbar, sondern sogar Besorgniß erregend hat sich dieser Unterschied gestaltet. Deshalb benutzen die „Hamb. Nachr." jede Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie die Entfremdung Rußland gegenüber entstanden ist und wie sie sich vergrößert hat; dadurch werden am besten die Fehler erkennbar, die künftighin nach Möglichkeit zu vermeiden sind. So führen sie am 13. Juli (A.-A.) Folgendes aus:

Deutsch-russische Beziehungen. Die „Köln. Ztg." stellt in einem Artikel über den Fürsten Bismarck und die deutsch-russischen Beziehungen die Behauptung auf, seitdem Deutschland mit seiner ganzen Macht für die „volle, großmächtliche Existenz" Oesterreich-Ungarns einzustehen habe,

werde es von jedem Vorstoß der russischen Orientpolitik, welcher diese Existenz bedrohen würde, in seiner eigenen Sicherheit, in seiner „eigenen Zukunft" selbst mitgetroffen.

Die Frage, ob ein Vorstoß der russischen Orientpolitik die Existenz Oesterreichs bedrohen würde, muß jedenfalls von der Beurtheilung der deutschen Politik abhängig bleiben. Orientalische Händel können allerdings eine solche Entwickelung nehmen, daß die Existenz Oesterreichs bedroht wird, aber daß dies von jeder russischen Bewegung im Orient von Haus aus anzunehmen sei, ist eine petitio principii, und man wird die deutsche Entschließung in dieser Beziehung nicht vor dem Eintritt der Krisis präjudiciren dürfen.

Ebenso ist es in dem Artikel der „Köln. Ztg." unrichtig, wenn von der Reichstagsrede des Fürsten Bismarck im Jahre 1888 gesagt wird, sie bringe zum Ausdruck, daß die Versuche, das alte vertraute Verhältniß mit Rußland wieder herzustellen, gescheitert gewesen seien. Es soll damit behauptet werden, die heutige Abkühlung des deutsch-russischen Verhältnisses sei 1888 schon vorhanden gewesen, also habe seither keine Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen stattgefunden, und die Rede vom Jahre 1888 habe einen definitiven und dauernden Bruch mit Rußland bezeichnen wollen.

Das alte vertraute Verhältniß, wie es zur Zeit Kaiser Wilhelm's I. zwischen Deutschland und Rußland stattgefunden hatte, konnte allerdings schon damals nicht mehr erstrebt werden, wohl aber doch Beziehungen, wie sie vier Jahre vorher, im Jahre 1884, in Skiernewice noch zwischen den drei Kaisern hergestellt worden waren, nachdem alle Eindrücke des Berliner Congresses und des österreichischen Bündnisses schon sechs Jahre lang in voller Wirkung gestanden hatten. Wir schreiben die Erschwerung auch dieses Zieles nicht ausschließlich dem Ausscheiden des Staatsmannes zu, welcher das Vertrauen Alexander's III. besaß, sondern die Verschärfung der Gegensätze zwischen Berlin und St. Petersburg ist unserer Ansicht nach hauptsächlich durch die Politik erfolgt, welche von preußischer Seite in den polnischen Fragen unter den Einflüssen des Centrums ausgeführt worden ist, und durch welche die preußische Polen-Politik wiederum auf Wege gedrängt werden kann, die nach dem Umsturz von 1848 zu beschreiten versucht wurden und in kurzer Zeit schließlich in dem vollen und blutigen Bruch des polnischen Elementes mit der preußischen Regierung ihren Abschluß fanden. Das wird sich mitten im Frieden nicht wiederholen, aber die große Politik wird nicht für ruhige und friedliche Situationen allein gemacht und auch nicht mit so kurzer Verfallzeit. Die Aussicht, daß wiederum Vorbereitungen zur Erregung der polnischen Stimmung mit dem Ziele der Revoltirung des russischen

Polens gemacht werden könnten, kann das Vertrauen zwischen Deutschland und Rußland in ihrer Politik unmöglich fördern, und außerdem wird unter allen, welche behaupten, daß die Stimmung zwischen beiden Reichen und das Vertrauen ihrer regierenden Kreise zu einander heute dieselben seien, wie vor zwei Jahren, wohl keiner an die Richtigkeit dieser wunderlichen Behauptung glauben. Man müßte sich gegen die Wirklichkeit verschließen, wenn man solche Behauptungen aufstellt. Der Artikel der „Kölnischen Zeitung" ist mit Mäßigung in der Form und, wie die meisten solcher Veröffentlichungen, die den Fürsten v. Bismarck tadeln, unter gleichzeitiger Hervorhebung seiner Dienste geschrieben, aber er stellt doch Behauptungen auf, die wir nicht unwidersprochen lassen können.

Nicht bloß der Mangel an Eroberungsbedürfnissen zwischen beiden Reichen ist von dem alten Course als Friedensargument geltend gemacht worden, sondern auch die Interessenlosigkeit Deutschlands im Oriente. Wir bestreiten, daß Deutschland von jedem Vorstoße der russischen Orientpolitik mit betroffen wird.

Gerade das Beispiel einer Vergewaltigung Rumäniens behufs Durchmarsches nach Bulgarien würde das deutsche Interesse nur dann berühren, wenn zwischen Deutschland und Rumänien ein ähnliches Abkommen existirte wie zwischen Deutschland und Oesterreich. Wir wissen nicht, ob dies der Fall ist. Im Uebrigen gehört Bulgarien nach den Ergebnissen des Berliner Congresses zweifellos zum Reviere des russischen Einflusses, wie denn auch damals den Russen überlassen wurde, einen Fürsten von Bulgarien nach ihrer Wahl zu bestellen, was sie thaten, ohne darauf gefaßt zu sein, daß der Neffe der russischen Kaiserin, der Prinz von Battenberg, von Rußland abfallen werde. Wir glauben aber gar nicht, daß russische Absichten zum Durchmarsch nach Bulgarien vorliegen, auch ganz abgesehen von den wirthschaftlichen Verhältnissen, die gegenwärtig der russischen Politik Zurückhaltung empfehlen. Deutschland hat die verfassungsmäßige Pflicht, das Interesse und den Willen, Oesterreich-Ungarn, wenn es von Rußland angegriffen wird, beizustehen, und es kann kein Zweifel obwalten, daß dies vorkommenden Falls geschehen würde. Aber wir haben keine Verpflichtung übernommen, für irgend eine Gestalt der russischen Beziehungen zur Türkei Krieg zu führen.

Wir glauben wie gesagt nicht, daß die Stellung Deutschlands zu Rußland, wie die „Kölnische Zeitung" behauptet, heutzutage dieselbe ist, wie zur Zeit des Rücktritts des Fürsten Bismarck. Wir halten mit der „Kölnischen Zeitung" für richtig, daß mit der russisch-französischen Annäherung nur als mit einer Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit noch heute zu rechnen sei, bestreiten aber, daß Fürst Bismarck sie als voll-

zogene Thatsache angesehen habe; wir glauben, daß sie ganz von der Geschicklichkeit abhängt, mit der unsere auswärtige Politik geführt wird. Wir haben mit Rußland nach voller Kenntniß der Congreßergebnisse und der deutsch-österreichischen Verträge zur Zeit von Skiernewice um das Jahr 1884 die vertrauensvollsten Beziehungen gepflegt und die Herstellung solcher auch zwischen Rußland und Oesterreich mit Erfolg vermittelt. Wir haben auch noch bis zum Ausscheiden des ersten Kanzlers die freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland trotz unserer Verpflichtungen, dem angegriffenen Oesterreich beizustehen, in dem Maaße gepflogen, wie es aus den Reichstagsreden des Fürsten Bismarck in den Jahren 1887 und 1888 mit aller Deutlichkeit hervorgeht.

Wir wollen Behauptungen der Gleichwerthigkeit der Beziehungen zwischen beiden Regierungen zugeben, wenn es heute auch noch versucht wird, eine ähnliche Dreikaiserzusammenkunft, wie die von Skiernewice, zu Stande zu bringen, um den Frieden der drei Reiche untereinander und namentlich auch den zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu befestigen. So lange nichts derart oder auch nur das Bestreben darnach ersichtlich ist, behaupten wir auch, daß unsere Beziehungen zu Rußland nicht mehr die sind, wie sie im October 1889 zur Zeit des letzten Zarenbesuchs in Berlin waren. Wir erinnern schließlich noch daran, daß im Herbst 1882, also zu einer Zeit, wo schon alle russischen Empfindlichkeiten festlagen und die öffentliche Meinung beschäftigten, der russische Minister Giers dem Fürsten Bismarck in Varzin einen Besuch abstattete und daß noch 1886 bei der Begegnung in Franzensbad die politischen Beziehungen von vollstem gegenseitigen Vertrauen getragen waren, und daß im Herbst 1889 der Zar alsdann dem Fürsten Bismarck sein persönliches Vertrauen ausgesprochen hat. Die Behauptung, daß sich an den russischen Beziehungen seit dem Ausscheiden des ersten Kanzlers nichts geändert habe, ist dem gegenüber nicht aufrecht zu erhalten. Wir glauben nicht, daß Herr von Caprivi den Besuch eines russischen leitenden Ministers bei sich gewärtigen kann.

* * *

Hieran schließt sich am 17. Juli (M.-A.) gleich ein zweiter Artikel:

Deutschland und Rußland. Die Wiener „Presse“ führt in einem Artikel, dessen sonstige Uebertreibungen wir unberücksichtigt lassen, an, daß auf dem Berliner Congreß die Russen in dem Widerstande Englands einem gebietenden Widerstande begegnet seien. Warum könnte das nicht wieder geschehen? Warum will man die Last des Widerstandes gegen Rußland von den Schultern des interessirten britischen Reiches auf die des nichtinteressirten Deutschen Reiches abwälzen? Ebenso richtig ist

die Angabe der „Presse", daß auf dem Berliner Congresse Disraeli-Beaconsfield das Wesentlichste zur Schmälerung der Erfolge Rußlands beigetragen habe; wie stimmt das aber zu den Hetzereien, durch die in Rußland der Eindruck zu erwecken versucht wird, daß es der Einfluß des Fürsten Bismarck gewesen sei, dem jene Schmälerung zu verdanken sei?

Die „Presse" fährt fort: „Einige Jahre nach Abschluß desselben waren die russisch-deutschen Beziehungen nichts weniger als glatt. Fürst Bismarck hielt es aber deßungeachtet für angemessen, auch das russische Eisen nach Möglichkeit warm zu halten; daß das russische nicht bis jetzt rothglühend geblieben ist, das macht er nun dem neuen Course zum schweren Vorwurf."

Das trifft schon nicht ganz zu; die Begegnung von Skiernewice zeigt, daß die Beziehungen nicht nur der Länder, sondern auch der Kaiser ganz glatte waren. Den Fürsten Bismarck anzuklagen, daß er dessenungeachtet für angemessen hielt, auch das russische Eisen nach Möglichkeit warm zu halten, ist doch eine geradezu lächerliche Anklage. Ist es nicht Pflicht eines deutschen auswärtigen Ministers, unnöthige und unfruchtbare Kriege mit Rußland mit allen Mitteln zu verhüten, die mit dem eigenen Interesse und der eigenen Ehre verträglich sind? Wir bedauern es gerade, wenn unsere Befürchtung zutreffen sollte, daß das russische Eisen in jüngster Zeit nicht mehr nach Möglichkeit warm gehalten worden sei.

Ebensowenig können wir einen Vorwurf darin finden, wenn die „Presse" dem Fürsten Bismarck das Zeugniß ertheilt, er habe die Dinge ausschließlich von seinem preußisch-deutschen Gesichtspunkte aus beurtheilt. Würde es nicht an Landesverrath gestreift haben, wenn er etwas anderes gethan hätte, wenn er sein Amt etwa aus englischem oder auch aus österreichisch-ungarischem Standpunkte versehen hätte? Letzterer ist sicherlich berücksichtigt worden, soweit es mit dem deutschen Interesse irgendwie verträglich war; darüber hinaus aber darf ein deutscher Minister doch nicht gehen, ohne pflichtvergessen zu werden.

Was die „Presse" von der erdrückenden Mehrung des russischen Machtgewichts durch Vordringen im Orient, von russischen Vorposten am Adriatischen und Aegäischen Meere sagt, von einer Dictatur Rußlands über Europa, die zurückzuhalten im Interesse Deutschlands liege, ist Zukunftsmusik, der wir eine politische Bedeutung nicht beilegen. Das Wort vom pommerschen Grenadier und dem Werth seiner gesunden Knochen, dessen die „Presse" überdrüssig geworden ist, und das sie sich freut, vom neuen Cours nicht mehr zu hören, hat für uns und alle friedliebenden Deutschen noch dieselbe Geltung wie früher.

Die „Kreuz-Ztg." spricht von der Vorbereitung zu dem großen Entscheidungskampfe zwischen Slawen und Germanen. Auf einen solchen Kampf muß man sich einrichten, aber entscheidend wird er niemals sein. So wenig wie die Unterwerfung fast ganz Europas durch Napoleon I. zu einer definitiven Entscheidung zwischen Romanen und Germanen führte, so wenig wird auch zwischen Slawen und Germanen ein endgültig entscheidender Kampf stattfinden, und wir glauben nicht, daß die Vorsehung diese beiden großen Nationen absichtslos nebeneinander gestellt hat, oder mit der Absicht, daß die eine der anderen unterworfen sein sollte. Nicht einmal zwischen Deutschland und Frankreich hat irgend von den zahllosen Kämpfen seit 300 Jahren die Bezeichnung eines Entscheidungskampfes verdient; noch weniger wird es zwischen Deutschland und Rußland der Fall sein. Diese beiden Länder haben weit mehr die Fähigkeit, neben einander im Frieden zu existiren, als es uns mit dem westlichen Nachbar möglich ist. Wir glauben, daß das Bestreben, gewaltige Kämpfe dieser Art zu verhüten, die Hauptthätigkeit unserer Diplomatie in Anspruch nehmen muß. Mißlingt die Erhaltung des Friedens dennoch, so muß man auf den Kriegsfall so gut wie möglich vorbereitet sein; aber wünschenswerth ist sein Eintritt nicht und nothwendig auch nicht.

Wenn die „Kreuz-Ztg." Rußland gegenüber auf das Wort des früheren Reichskanzlers: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt", hinweist, so können wir ihr mittheilen, daß sich Fürst Bismarck auch heute noch zu seinem damaligen Ausspruch bekennt, und daß er noch jetzt wie damals, wo er das Wort sprach, überzeugt ist, daß wir jeden defensiven Krieg mit Gottes Hülfe siegreich bestehen werden; aber ein zu erstrebendes oder sicher in Aussicht zu nehmendes Ziel wird der Krieg zwischen Deutschland und Rußland deshalb doch nicht; zu verhüten, daß er unnöthiger Weise stattfindet, muß die Hauptaufgabe der deutschen Staatskunst bleiben.

* * *

Aus Kissingen wird am 18. Juli gemeldet:

Gestern Abend 8 Uhr sind Graf und Gräfin Herbert Bismarck hier eingetroffen und vom Fürsten sowie von der Fürstin Bismarck am Bahnhofe empfangen worden. Das zahlreich versammelte Publikum begrüßte das ankommende Paar mit Hochrufen und brachte dem Fürsten Bismarck herzliche Ovationen dar. Die junge Gräfin, der prächtige Blumenspenden überreicht worden waren, fuhr im ersten Wagen mit dem Fürsten durch die jubelnde Menge nach der oberen Saline, Graf Herbert folgte in einem zweiten Wagen mit der Frau Fürstin.

Heute früh sind Hunderte von süddeutschen und thüringischen Sängern, die in Schweinfurt an dem dortigen Sängerfest theilgenommen haben, hier eingetroffen. Dieselben nahmen vor der Wohnung des Fürsten Aufstellung, um ihre Huldigungen darzubringen. Der Altreichskanzler unterhielt sich zuerst vom Fenster aus mit den beglückt und begeistert dreinschauenden Sängern, fragte sie nach Heimath und Zweck ihrer Anwesenheit und trat dann auf einige Augenblicke persönlich unter sie. Unter brausenden Hochrufen und dem Gesang der Wacht am Rhein fuhr der Fürst alsdann mit dem Grafen Herbert nach der unteren Saline, um das gewohnte Bad zu nehmen. — Die Kur scheint dem Fürsten auch diesmal vortrefflich zu bekommen.

* * *

Zur Bismarck-Fehde bringt die freiconservative „Schlesische Ztg." am 18. Juli ein sehr zutreffendes Wort: „Von alle dem, was in der Presse zur Vertheidigung Bismarck's Ungünstiges über die Regierung gesagt worden ist, läßt sich nicht nachweisen, daß es thatsächlich von dem ehemaligen Reichskanzler herrührt, während das, was er selbst zu den ihm huldigenden Volksmengen und Vereinen gesprochen hat, völlig unangreifbar ist und den hohen patriotischen Schwung und das tiefe monarchische Gefühl athmet, von denen das alte, aber noch jugendlich empfindende Herz des Fürsten Bismarck durchglüht ist. Umgekehrt ist das, was im Namen und Auftrag der Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg." und im „Reichsanzeiger" gegen den Fürsten Bismarck zur Veröffentlichung gelangt, theils völlig ungeeignet, ihn zu belasten, theils eine schwere Kränkung des Fürsten, die von einem großen Theil der Nation mitempfunden wird."

* * *

Am 19. Juli (M.-A.) kommen die „Hamb. Nachr." abermals auf den Erlaß des Grafen Caprivi an den Prinzen Reuß zurück unter dem Gesichtspunkte, was es für ein Mißverhältniß sei, daß die Reichsregierung zu einer privaten Festlichkeit amtlich Stellung nehme. Sie schreiben:

> Mißverhältnisse. In einigen Blättern, z. B. in der „Weser-Ztg." und in der „Straßburger Post", wird die Auffassung vertreten, daß die Betheiligung des Prinzen Reuß an der Wiener Hochzeit zu falschen Schlüssen über die Stellung der jetzigen Regierung hätte Anlaß geben müssen und deshalb untersagt worden sei; es sei für die deutsche Regierung „nahezu eine Pflicht gewesen, den befreundeten Wiener Hof nicht ohne Nachricht darüber zu lassen, wie man sich deutscherseits zu der Hochzeit stelle". Es liegt in dieser ganzen Auffassung eine Unterschätzung der Stellung des Deutschen Reichs und eine Ueberschätzung einer Privathochzeit, die vollständig harmlos und ohne Folgen verlaufen sein würde, wenn man sich amtlich gar nicht um sie bekümmert

hätte. Von einer „Stellung des Deutschen Reichs zur Hochzeit", über die in Wien aufzuklären nothwendig gewesen wäre, konnte überhaupt gar keine Rede sein, und folglich auch nicht von falschen Schlüssen, die aus derselben möglich gewesen wären. In den gegentheiligen Preßäußerungen gelangt die nämliche Ueberschätzung einer privaten Hochzeitsfeierlichkeit zum Ausdruck, wie sie amtlich durch den Erlaß vom 9. Juni bekundet worden ist und im Auslande namentlich Verwunderung erregt hat. Wir glauben nicht, daß aus der Betheiligung des Prinzen Reuß an der Hochzeit politische Schlüsse zu ziehen gewesen wären, sondern wir sind der Ansicht, daß durch die amtliche Verhinderung der Betheiligung das Deutsche Reich der Hochzeit des Grafen Bismarck in einer Form gegenüber gestellt worden ist, die recht deutlich zeigt, wie das persönliche Element und die persönliche Empfindlichkeit im neuen Course vorwiegen.

Wie die Sache in Wien aufgefaßt worden ist, geht aus einem Briefe hervor, der von dort aus darüber geschrieben ist, und dem wir nachstehende Sätze entnehmen:

„Der Erlaß des Grafen Caprivi vom 9. Juni, den die ‚Hamb. Nachr.' in ihrer letzten Sonntagsnummer mit außerordentlicher Mäßigung besprechen, hat hier allgemein und zumal in den vornehmen Gesellschaftskreisen peinlich berührt. Die kränkende Spitze der Caprivi'schen Auslassung richtet sich danach nicht bloß gegen den Fürsten Bismarck, sondern auch gegen die Mitglieder der österreichisch-ungarischen Aristokratie, welche die Hochzeitsfeierlichkeiten gaben und die Einladungen ergehen ließen. Fürst Bismarck und seine Familie waren bei der Hochzeit ebenso wie Prinz Reuß und der dem gräflich Hoyos'schen Paare verschwägerte deutsche Botschaftsrath nichts anderes als Gäste des Grafen Palffy, der Gräfin Andrassy und des Grafen Hoyos. So war es für die Gastgeber eine von ihnen mit Recht empfundene Kränkung, daß die genannten Mitglieder der Botschaft die bereits dankend angenommene Einladung ohne Angabe triftiger Gründe nach einigen Tagen wieder refüsirten. Der Botschafter hat dies bei seinem feinen Taktgefühl so lebhaft empfunden, daß er darüber krank geworden ist, denn die Unhöflichkeit, die er zu begehen hatte, richtete sich gegen die einladenden österreichisch-ungarischen Herrschaften."

Wir vermissen bei den Einwirkungen in Wien und bei den Erlassen das wünschenswerthe Augenmaaß bezüglich der Stellung der Politik des großen Reiches zu Vorkommnissen des alltäglichen Lebens — und dies Mißverhältniß wird noch erheblich erweitert durch die Publication der Erlasse. Wir vermögen für diese letztere noch immer kein anderes Motiv als

logisch zulässig zu entdecken, als die Herstellung einer Bürgschaft gegen Wiederkehr irgend welchen Einflusses des Altreichskanzlers durch eine amtliche Publication. Warum der erste Erlaß heute, nach zwei Jahren, veröffentlicht wurde, ist uns noch weniger erkennbar, wenn die Veröffentlichung nicht etwa unter dem Eindrucke erfolgt ist, daß der zweite, kleinere Erlaß nicht hinreichende Fülle und äußeren Umfang habe. Im ersten Erlaß vom Jahre 1890 tritt das erwähnte Mißverhältniß zwischen den Vorgängen des privaten Lebens und der Staatspolitik noch schärfer hervor als in dem zweiten Erlaß. Es handelt sich in ihm nicht um die Hochzeit, sondern nur um die Unzufriedenheit mit einer deutschen Zeitung, der unsrigen; diese Unzufriedenheit wird durch ein Circular des Reichskanzlers an alle kaiserlich deutschen und königlich preußischen Vertretungen im Auslande zur Kenntniß aller ausländischen Regierungen in allen Welttheilen gebracht! Dieser Unzufriedenheit ist dadurch eine erhöhte Wichtigkeit zu geben versucht, daß die betreffenden Artikel unseres Blattes aus der Zeit vor dem 23. Mai 1890 als directe Kundgebungen des früheren Reichskanzlers den fremden Regierungen gegenüber bezeichnet wurden; denn die Interviews mit Lwow und des Houx waren die einzigen, die bis dahin stattgefunden hatten. Diese aber sind, selbst wenn man jedes einzige Wort daraus für authentisch annimmt, so harmlos, so friedliebend und so frei von jeder Kritik der gegenwärtigen Regierung, daß sich die öffentliche Meinung nach wiederholter Prüfung derselben von der Unmöglichkeit überzeugt hat, daß ihr Inhalt zu Anklagen des früheren Reichskanzlers bei den fremden Regierungen Anlaß gegeben haben sollte. Unsere Gegner haben inzwischen schon den Rückzug in dieser Beziehung angetreten und halten sich allein an die damals erschienenen Artikel unseres Blattes; sie erzeigen also den „Hamb. Nachr." die Ehre, daß nur wegen ihrer Publicationen ein Welt-Circular der Regierung des Deutschen Reiches und Preußens an alle ihre Vertreter bei den fremden Mächten erlassen wurde. Wir können daraus mit Genugthuung auf das Gewicht schließen, das unserem Blatte und seinem Inhalte damit beigelegt worden ist.

* * *

Eine neue Erklärung für die Boycottirung des Fürsten Bismarck in Wien hat die „Kreuz-Ztg." gefunden. Darüber berichten die „Hamb. Nachr." am 19. Juli (A.-A.):

> Zu den bekannten Versuchen, die Versagung der Wiener Audienz auf dortige Entschließung und nicht auf Berliner Einwirkung zurückzuführen, tritt in der „Kreuz-Ztg." die Entstellung, daß Fürst Bismarck mit seinem kaiserlichen Herrn auf Kriegsfuß stehe, daß er sich deshalb nicht

ohne Weiteres bei dem nächsten Freunde und Verbündeten des deutschen Kaisers hätte anmelden und nicht hätte erwarten dürfen, daß er so empfangen werde, „als wenn nichts in der Welt geschehen wäre".

Wir möchten die „Kreuz-Ztg." um Auskunft darüber ersuchen, was denn ihrer Meinung nach geschehen ist, um den von ihr behaupteten Kriegsfuß zu begründen. Wenn jeder Deutsche, der an der ministeriellen Politik etwas auszusetzen hat, dadurch auf den Kriegsfuß mit dem Kaiser geriethe und deshalb an befreundeten Höfen nicht mehr empfangen werden könnte, dann müßten die „Kreuz-Ztg." und ihre Freunde seit Jahrzehnten auf dem Kriegsfuße mit dem regierenden Hause gestanden haben und auf amtlichem Wege bei fremden Höfen als nicht mehr courfähig erklärt worden sein.

Wir erinnern uns aus dem deutschen und preußischen Verfassungsleben sehr heftiger Invectiven und Kritiken seitens der Presse und der Abgeordneten gegen die einzelnen Minister sowohl wie gegen ganze Ministerien; wir haben aber niemals davon gehört, daß solche Kritiken und die Vermuthung der Urheberschaft von Zeitungsartikeln der preußischen oder irgend einer anderen Regierung Anlaß gegeben hätte, Circulare an ihre Vertreter bei den fremden Mächten zu erlassen, um vor den Kritikern und Tadlern ministerieller Machtvollkommenheit heimlich zu warnen und solche heimliche Warnungen später zu veröffentlichen.

* * *

Aus Kissingen erhalten die „Hamb. Nachr." vom 19. Juli folgenden Bericht:

Kissingen ist zur Zeit derart mit Fremden überfüllt, daß die Frage der Unterkunft für die Neuankommenden schwierig zu werden beginnt. Ein großer Theil ist offenbar weniger aus Kurzwecken als um den Fürsten Bismarck zu sehen und zu begrüßen hierher gekommen. Dementsprechend nehmen die täglichen Ovationen vor der oberen Saline, bei der Ausfahrt des Fürsten zum Bade u. s. w. einen immer größeren Umfang an. Die Menschenmenge zählt jetzt meist nach Hunderten, heute, wo die fränkischen und thüringischen Theilnehmer am Schweinfurter Sängerfest hinzukamen, nach Tausenden.

Schon in den ersten Vormittagsstunden begann die Ansammlung von starken Gruppen vor der oberen Saline; die anwesenden Sänger boten dem Fürsten den Sängergruß, wofür ihnen der Fürst vom Fenster aus dankte. Unter enthusiastischen Kundgebungen fuhr alsdann der Fürst, seine anmuthige junge Schwiegertochter verklärten Antlitzes neben sich, und seinen Sohn, den Grafen Herbert, sich gegenüber, nach der unteren Saline. Dort hatte sich eine thatsächlich aus Tausenden bestehende Menschenmenge versammelt, die, sobald der fürstliche Wagen in Sicht kam, in stürmische Acclamationen in Ruf und Lied ausbrach. Der Fürst dankte abermals in herzlicher Weise.

Nach dem Bade wiederholten sich die Ovationen der Sänger, deren Zahl sich inzwischen erheblich verstärkt hatte. Der Fürst dankte in längerer Rede für die Liebe und das Wohlwollen, die ihm entgegengebracht würden. Mit der Gabe, die ihm verliehen ist, seine der augenblicklichen Eingebung unterliegenden Reden der Eigenschaft der Zuhörer anzupassen, äußerte der Fürst:

Er fasse die Huldigungen so auf, daß sie seiner Theilnahme an der Herstellung der „Harmonie" in Deutschland gelten, die uns erhalten bleiben möge. Er freue sich, auch hier wieder zu sehen, wie viele warme Freunde er habe. Als Minister habe er sich manche Feinde machen müssen; das werde aber jeder Minister in Preußen und im Reiche, wenn er keine Schlafmütze sei (hier brach minutenlanger Beifall aus!).

Zu den Sängern aus Franken und Thüringen gewendet, fuhr der Fürst fort:

Er kenne und schätze die musikalischen Leistungen und Talente ihrer Stammesgenossen schon lange. Von seinen Beziehungen zur Armee her wisse er, daß die Statistik über die Militairmusiker einen erheblichen Procentsatz der letzteren an Franken und Thüringern aufweise. Der Fürst schloß mit dem Wunsche, daß es den fränkischen und thüringischen Musikern und Trompetern vergönnt sein möge, immer nur an der Spitze siegreicher Truppen ihrer Kunst zu walten. Aber der Krieg sei nicht wünschenswerth, auch der siegreiche nicht; Gott erhalte uns den Frieden! Mit diesem Wunsche und mit nochmaligem Danke schloß der Fürst.

Geleitet von der ihn umgebenden Menge schritt der Altreichskanzler bis zu dem bekannten Stege, der nach dem jenseitigen Ufer der Saale führt. Dort erwarteten ihn Graf Herbert und dessen junge Frau, die, strahlend vor Glück und Liebe, am Arm des Fürsten den Steg passirte. „Ja, ja, wir glauben's schon; einen solchen Schwiegervater hat auch nicht Jede!" so und ähnlich lauteten die Bemerkungen aus der nachdrängenden Menge. Am Altenburger Hause bestiegen die hohen Herrschaften den dort haltenden Wagen und fuhren zurück zur oberen Saline. Dort hatten sich inzwischen wieder Hunderte von Sängern und Kurgästen zu Fuß und zu Wagen eingefunden, die der Rückkehr des Fürsten harrten. Beim Erscheinen des Wagens wiederholten sich die Kundgebungen.

Der Fürst, welcher trotz der ihm damit auferlegten Anstrengung nicht müde wurde, den ihm so begeistert zujubelnden Sängern zu danken, richtete auch hier wieder einige Worte an sie; er erinnerte sich des Schweinfurter Wohlwollens, das ihn „mit so schönen Kuchen" versorgt habe. Dann benutzte er den Umstand, daß er zu den Sängern sprach, zu der Bemerkung:

Er sei früher als Minister viel als unmusikalisch und als nicht musikliebend verschrieen gewesen; das sei aber nicht richtig; er habe allerdings nicht Zeit gehabt, Theater und Concerte zu besuchen, aber er habe sich

zu Hause viel gute Musik vorspielen lassen, trotzdem die Politik allerdings die Eigenschaft besitze, alle anderen Interessen in den Hintergrund zu drängen. Jetzt hole er indessen um so lieber das Versäumte nach. Wenn ihm so schöne Sachen vorgesungen würden wie hier, so freue er sich doppelt darüber, weil mit der musikalischen Spende zugleich eine Kundgebung des persönlichen Wohlwollens und auch der politischen Zustimmung verbunden sei (anhaltende Bravorufe!).

Nachdem der Fürst geendet hatte, wurde ein Hoch auf das junge gräfliche Paar ausgebracht; als daraufhin dasselbe sich dankend verneigend sichtbar wurde, brach abermals lauter Jubel los. Endlich, nach wiederholten Hochs auf den Fürsten und seine Familie und nach der Erklärung des Redners, daß man Seine Durchlaucht nun doch nicht länger stören dürfe, marschirte die Schaar unter den Klängen der Wacht am Rhein nach Kissingen zurück.

* * *

Gegen den „Hamb. Corresp." wenden sich die „Hamb. Nachr." vom 20. Juli (M.-A.) mit folgendem Artikel:

Zur Richtigstellung. Der „Hamb. Corresp." hat sich durch Hingabe für officiöse Zwecke stets in besonderem Maaße ausgezeichnet. Neuerdings versteigt er sich sogar zu der Drohung, daß Hamburg in seinen materiellen Interessen in Folge von Berliner amtlichen Einflüssen geschädigt werden könnte, wenn die Hamburgische Presse sich denselben nicht fügsamer erweise. Es ist dies ein schlagendes Beispiel dafür, zu welchen Mitteln das Blatt greift, um sich durch seinen Eifer die Berliner officiöse Gunst zu erwerben.

Bei der gegenwärtigen Erörterung über die Berliner Einwirkung auf die Behandlung des Fürsten Bismarck in Wien ist der „Hamb. Corresp." das hauptsächlichste Organ für die officiöse Vertretung des Regierungsstandpunktes nach der Maxime si fecisti, nega. Der „Hamb. Corresp." schreibt, nach Erkundigungen seines Berliner Mitarbeiters, die er für unbedingt zuverlässig halte, habe der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, keine „Anfrage" wegen der Audienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser Franz Joseph nach Berlin gerichtet, folglich habe er auch keine Antwort erhalten; der Depeschenwechsel, von dem wir gesprochen hätten, existire nicht. Dieses Dementi spitzt sich offenbar nur auf Worte zu; ob eine „Anfrage" oder eine „Meldung" stattgefunden hat, ist ganz gleichgültig. Wir glauben nicht, daß der officiöse Gewährsmann des „Hamb. Corresp." über das, was von Berlin nach Wien und nach Pest geschrieben worden ist, auch nur annähernd mit gleicher Sicherheit unterrichtet sein kann, wie wir über das, was in Wien und Pest von Berlin eingegangen ist. Unsere Gewährsmänner für die Richtigkeit

der vom „Hamb. Corresp." mit „unbedingter Zuverlässigkeit" bestrittenen Angaben rühren von Wiener Autoritäten her, gegen welche dergleichen officiöse Insinuationen nicht ins Gewicht fallen. Wir halten die Behauptungen, die der „Hamb. Corresp." als „leer" und als „Hirngespinnste" bezeichnet, vollkommen aufrecht und freuen uns der Kritik über die Wiener Einwirkungen, die in der officiösen Ableugnung derselben liegt. Wenn man die Wiener Maßregelung nicht für kritisch anfechtbar hielte, so würde man auf das wohlfeile, aber unwirksame Auskunftsmittel der einfachen Ableugnung schwerlich verfallen sein.

Der „Hamb. Corresp." verwahrt sich gegen den Vorwurf „verlogener Insinuation", den wir ihm gemacht haben. Wenn die von ihm herrührende Insinuation: der jetzige Reichskanzler, welchen Fürst Bismarck früher hoch geschätzt habe, solle nun zum „gewöhnlichen Streber und politischen Intriganten gemacht werden" (vgl. S. 38), nicht verlogen ist, so ersuchen wir den „Hamb. Corresp.", nachzuweisen, wo sich in allen dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Aeußerungen eine Stelle findet, welche dem „Hamb. Corresp." das Recht geben konnte, sich derartig auszudrücken. Wer dergleichen erfindet, darf sich nicht wundern, wenn sein Verfahren beim rechten Namen genannt wird.

Wir constatiren bei dieser Gelegenheit nochmals, daß die vom Fürsten Bismarck anfangs gesuchten guten Beziehungen zum neuen Reichskanzler nicht von Friedrichsruh aus unhaltbar gemacht worden sind. Wir haben dies letzter Tage eingehender nachgewiesen; heute erinnern wir daran, daß Graf Caprivi öffentlich in parlamentarischen Verhandlungen auf Friedrichsruh in wenig freundlichem Sinne angespielt (vgl. Band II, S. 42 ff. u. S. 55 f.) und bei anderer Gelegenheit Marginalien seines Vorgängers verlesen hat, die ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Actenstücke, auf die sie sich bezogen, zu nachtheiligen Schlüssen veranlassen konnten (vgl. Band I, S. 357 ff.). Wenn die anfänglich wohlwollende Stimmung des Fürsten Bismarck seinem Nachfolger gegenüber nicht anhielt, so ist der Anlaß hierzu also nicht vom Fürsten Bismarck ausgegangen, sondern von Seiten des jetzigen Reichskanzlers. Aber alle diese persönlichen Dinge würden den Fürsten schwerlich zu einer Opposition gegen die Politik seines Nachfolgers veranlaßt haben; hätte dieser den alten Cours beibehalten, so würde er vom Fürsten Bismarck trotz alledem unterstützt worden sein.

Die schärfste Kritik der neuen Politik liegt in der Bundesgenossenschaft, bei der sie Unterstützung findet. Wenn man die heutigen Beziehungen der Parteien und Fractionen zur Regierung ins Auge faßt, so wird man unwillkürlich an das hübsche Lied von Mühler erinnert: „Rechter Hand, linker Hand, Alles vertauscht!"

Alle Gegner der Herstellung des Deutschen Reiches und dessen Entwickelung, die entschiedensten Feinde der Politik des alten Courses stehen heute auf Seite des neuen und zwar mit einer Leidenschaftlichkeit, die nothwendig Verdacht gegen die Ehrlichkeit ihrer Ueberzeugung erwecken muß. Für die eingeschlagene Politik aber trägt Graf Caprivi die Verantwortlichkeit allein. Wenn dem Kaiser politisch richtige Anträge vorgelegt und mit Sachkunde zur Auswahl gestellt werden, so sind wir überzeugt, daß der Monarch auch die richtigen auswählt.

* * *

Am 20. Juli (A.-A.) bemerken die „Hamb. Nachr." zu einem in der Münchener „Allg. Ztg." vom 16. und 17. Juli (M.-A.) veröffentlichten Berichte des Grafen Adolf Westarp „Ein Tag in Friedrichsruh":

Graf Adolf Westarp veröffentlicht im Feuilleton der Münchener „Allg. Ztg." Schilderungen über einen Besuch in Friedrichsruh. Wir enthalten uns unsererseits der Wiedergabe des Textes, da wir glauben, daß derselbe, sowohl was die Einzelheiten als die angeführten Thatsachen betrifft, von Gedächtnißfehlern und Mißverständnissen nicht frei ist."

In Folge dessen sehen auch wir von der Wiedergabe an dieser Stelle ab.

* * *

In einem Artikel der „Badischen Landes-Zeitung" über den Fürsten Bismarck und seine Gegner schreibt ein Mitarbeiter u. A.:

„Der gegenwärtige Reichskanzler hat durch den ‚Reichsanzeiger' verkündigen lassen, er habe sich bis zu seiner Ernennung vor zwei Jahren nicht mit Politik beschäftigt. Ich zweifle, daß dieses Geständniß zur Stärkung seiner Stellung beigetragen hat. Ein Mann, der sein ganzes Leben der Politik gewidmet hat, soll nicht mehr einen Mann kritisiren dürfen, der von sich selbst behauptet, bis vor zwei Jahren sei ihm die Politik fremd gewesen, und der jetzt doch die Politik des Deutschen Reiches leitet? Als ob das Reichskanzlerspielen sich erlernen ließe wie ein Kartenspiel, in dem man mit einigem Talent nach zweijähriger Uebung ja wohl die gröbsten Fehler zu vermeiden im Stande ist!"

* * *

Die „Köln. Volks-Ztg." hatte letzthin von ihrem ultramontanen Standpunkte aus das Ministerium Caprivi gelobt und dabei u. A. geschrieben:

„Wo im Auslande hätte man es wagen dürfen, in den siebenziger Jahren zu Gunsten der deutschen Katholiken zu interveniren?"

Dazu bemerkt die „Voss. Ztg.":

„Auf gut Deutsch gesagt heißt das: heute ist die Macht Deutschlands nicht mehr so groß, daß es unbekümmert um auswärtige Verwickelungen

einen innern Kampf im großen Stile wagen könnte, und heute giebt es nach der Meinung des rheinischen Centrumsblattes im Auslande eine Macht, welche es wagen könnte, sich in einen solchen innern deutschen Kampf zu Gunsten des Römlingthums einzumischen. Auch das ‚läßt tief blicken', denn es liegt darin das offene Eingeständniß, daß das Centrum ein schwaches Deutschland braucht und folgerichtig wünscht, das Eingriffe des Auslandes in seine inneren Angelegenheiten fürchten muß."

Auch wir glauben, so bemerken dazu die „Hamb. Nachr.", daß das Centrum für seine letzten Zwecke ein schwaches Deutschland braucht.

* * *

Eine Fortsetzung des Artikels vom 11. Juli (vgl. oben S. 38 ff.) und der sich an ihn anschließenden Erörterungen bildet der nachstehende Artikel, den die „Hamb. Nachr." am 21. Juli (M.-A.) enthalten:

Fürst Bismarck und Graf Caprivi. Der „Westf. Merkur" schreibt, Fürst Bismarck habe seine Behauptung zurücknehmen müssen, daß General von Caprivi der Candidat des Centrums gewesen sei. Dies ist eine vollständige Entstellung der Wahrheit und der Sachlage. Zunächst und der Form nach hat nicht Fürst Bismarck, sondern unser Blatt Herrn von Caprivi für den Candidaten des Centrums gehalten; aber wir wüßten nicht, wo wir diese Behauptung zurückgenommen hätten; im Gegentheil, wir halten sie in voller Ausdehnung aufrecht. Wir sind heute noch der Ueberzeugung, die wir ausgesprochen haben: daß nämlich Herr von Caprivi den Kanzlerposten nicht angestrebt hat, daß er aber von dem Centrum für denselben in Aussicht genommen worden ist, daß das Centrum daran gearbeitet hat, den Kanzlerposten für Herrn von Caprivi frei zu machen, daß noch heute das Centrum die festeste Stütze des jetzigen Kanzlers ist, und daß es ihn vertheidigt gegen jede wirkliche oder eingebildete Gefahr der Verdrängung. Das Centrum glaubt an dem Grafen Caprivi einen Kanzler nach seinem Herzen zu haben, und das ist auch ohne die dahin gehende Erklärung, die Herr Lieber im Namen des Centrums abgegeben hat, einleuchtend.

Wenn wir nicht glauben, daß Graf Caprivi den Kanzlerposten erstrebt hat, so sind wir dagegen der Ansicht, daß er ihn jetzt festhält und mit Schärfe gegen jede Möglichkeit einer Aenderung eintritt. Dabei scheint sich Graf Caprivi in dem Irrthum zu befinden, daß Fürst Bismarck danach strebe, wiederum sein Nachfolger zu werden. Graf Caprivi wird durch jedes Symptom, das bei Hofe in der Richtung einer kaiserlichen Annäherung an den früheren Kanzler stattfindet, empfindlich berührt; in der officiösen Presse wird dann regelmäßig, um die Verstimmung

des Kaisers neu zu beleben, gesagt, die Opposition des Fürsten Bismarck richte sich direct gegen den Thron, während die Thatsache doch nur die ist, daß politische Ambitionen, bei denen Fürst Bismarck unbetheiligt ist, um die Gunst des Kaisers mit einander kämpfen. Der jetzige Kanzler will seine Stellung nicht verlieren und hat dabei seit Jahren unzutreffend angenommen, daß er von Seiten des Fürsten Bismarck in derselben bedroht oder gefährdet werde. Dieser Argwohn hat ihn schon im Mai 1890 zu dem großen Circular nach auswärts, dann zu verschiedenen unprovocirten persönlichen Spitzen gegen den früheren Reichskanzler im Parlament, namentlich aber bei jedem Anscheine kaiserlicher Versöhnlichkeit zu Schritten veranlaßt, die nothwendig von der anderen Seite Abwehr fanden. Diese Abwehr ist es, die von den officiösen und Centrumsblättern regelmäßig als gegen den Thron gerichtet geschildert wird. Es handelt sich dabei weniger um einen Kampf zwischen dem Grafen Caprivi und dem Fürsten Bismarck, als um Herstellung, Erhaltung und Verschärfung kaiserlicher Verstimmungen gegen den früheren Reichskanzler. Diese Arbeit wird seit zwei Jahren emsig betrieben, und der Circular-Erlaß vom 23. Mai 1890 ist das erste in der Oeffentlichkeit bekannt gewordene authentische Document darüber.

Auch in diesem Jahre, bei den Wiener Vorgängen, ist es unseres Wissens wiederum der persönliche Einfluß des Grafen Caprivi gewesen, welcher der Auffassung des Kaisers, wie sie sich in dem Glückwunsch desselben zur Verlobung des Grafen Herbert ausdrückte, eine andere Richtung zu geben gewußt hat, die in dem Erlasse nach Wien vom 9. Juni 1892 sich äußerte und in der amtlichen Veröffentlichung desselben culminirte. Wir haben keinen Zweifel darüber, daß die wohlwollende Stimmung des Kaisers noch bis zur Kieler Begegnung andauerte, und daß die Wendung in derselben durch amtliche Einwirkungen herbeigeführt worden ist. Daß der Kaiser, als er den Grafen Herbert Bismarck zu seiner Verlobung beglückwünschte, noch nicht die Absicht gehabt haben kann, das Verbot der Betheiligung an der Hochzeit zu genehmigen, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen.

Die tertii gaudentes, von denen die „Nat.-Ztg." bei diesem Streite spricht, mögen zahlreicher vorhanden sein, als das Blatt selbst meint, und namentlich in den ehemals reichsfeindlichen Fractionen; aber die duo litigantes sind eigentlich nicht vorhanden. Wir glauben nicht an einen Streit Caprivi-Bismarck, wir glauben nur an die einseitige Abwehr jeder Möglichkeit einer Annäherung des früheren Kanzlers an den Kaiser. Wenn man behauptet, daß zwischen dem Centrum und dem Fürsten Bismarck ein Streit bestände,

an dem der jetzige Kanzler seine Freude hätte, so würde man schon eher ein zutreffendes Gleichniß haben.

* * *

Ueber den Dresdener Aufenthalt des Fürsten Bismarck finden wir an gleicher Stelle noch eine kleine berichtigende Notiz:

Die „Kreuz-Ztg" behauptet, Fürst Bismarck habe sich beim Könige von Sachsen entschuldigt, daß er um eine Audienz nicht nachgesucht habe. Das ist insofern ungenau, als Fürst Bismarck an Seine Majestät schon von Friedrichsruh aus geschrieben hatte, daß er wegen Kürze seines Dresdener Aufenthaltes eine Audienz nicht nachsuchen würde.

* * *

Am 21. Juli heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Die „Schlesische Zeitung" äußert die Ansicht, daß es sich friedlicher und harmonischer ausgenommen haben würde, wenn Fürst Bismarck als pensionirter Beamter ruhig seinen Kohl gebaut hätte; das Blatt glaubt auch, daß dies einen „vornehmeren Eindruck" gemacht haben würde. Warum es vornehmer sein soll, Kohl zu bauen, als Politik zu treiben, namentlich nachdem man sich, wie Fürst Bismarck, vierzig Jahre lang fast ausschließlich mit der letzteren beschäftigt hat, sehen wir nicht ein. Wir glauben auch, daß Vornehmheit nicht ohne Unabhängigkeit bestehen kann, und daß Fürst Bismarck auf diese hätte verzichten müssen, wenn er gegen sein politisches Pflichtgefühl und gegen sein eigenes Naturell sich den Zwang des Schweigens hätte auferlegen wollen.

* * *

Durchaus zutreffend bemerkt das „Leipz. Tagebl." über das Verhältniß des Grafen Caprivi zum Centrum:

Was uns nahe geht, das ist das gegenwärtige Verhältniß des gegenwärtigen Reichskanzlers zum Centrum. Zufällig kommt uns ein älterer Artikel des Stöcker'schen „Volk" zu Gesicht, in dem mit dürren Worten gesagt wird, Graf Caprivi sei auf clericale Empfehlung ins Amt gelangt. Herr Stöcker, dem sehr gute Quellen in hohen Kreisen zu Gebote stehen, theilt also eine immer allgemeiner werdende Auffassung. Die Bestätigung würde sehr Vieles, wenn nicht Alles aus der inneren Geschichte der letzten zwei Jahre erklären: das preußische Volksschulgesetz und die schroffe Behandlung seiner „atheistischen" Gegner, die Polenpolitik, die laue Vertheidigung, um nicht zu sagen, halbe Preisgabe der Politik von 1866 gegenüber einem welfischen Reichstagsabgeordneten, mit der Graf Caprivi in nationalen Kreisen ein maßloses Erstaunen hervorgerufen hat u. s. w. Daß das für die Reichs-

kanzlerschaft des Grafen Caprivi gewissermaßen grundlegende Verhältniß zum Centrum künftig eine Lockerung erfahren werde und könne, wäre eine thörichte Erwartung. Vielmehr ist das Gegentheil wahrscheinlich. Man erinnere sich nur an das „kein Kind, kein Engel ist so rein", welches Herr Dr. Lieber in Köln nebst anderen Ueberschwänglichkeiten auf den jetzigen Kanzler angewandt hat...

* * *

In den „Hamb. Nachr." ist von jeher in Uebereinstimmung mit der Ansicht des Fürsten Bismarck eine Gegnerschaft gegen die gesetzlich eingeführte Sonntagsruhe zum Ausdruck gekommen; das Blatt sieht darin eine Beschränkung der persönlichen und der Erwerbsfreiheit des Arbeiters, aber auch eine Schädigung für die Concurrenzfähigkeit der nationalen Industrie dem Auslande gegenüber. Es verfolgt daher auch mit Aufmerksamkeit alle Erfahrungen, die mit dem am 1. Juli in Kraft getretenen Gesetze gemacht werden, und hat den sehr berechtigten Wunsch, daß die Härten des Gesetzes durch Ueber- und blinden Eifer untergeordneter Localbehörden nicht noch eine Steigerung erfahren. Das geht auch wieder aus nachstehender Notiz vom 22. Juli (A.-A.) hervor:

> Die Beschwerden der Bevölkerung gegen die Sonntagsruhe nehmen einen immer größeren Umfang an, und dem gegenüber wird man sich wieder daran zu erinnern haben, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung welcher die neue Sonntagsruhe angehört, die erste Einleitung zu der reichstaglich-boetticherschen Campagne gegen den Fürsten Bismarck bildete. Die Socialdemokratie stimmte aus Wahlrücksichten zuerst zu, dann der Fortschritt aus Eifersucht und aus Angst, seinerseits Wähler zu verlieren, demnächst das Centrum und schließlich war ziemlich der ganze Reichstag einig in dem Erlasse einer Arbeiterzwangsgesetzgebung, die in der Beschränkung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit, sowie namentlich in der Ausdehnung der Sonntagsruhe auch gegen den Willen der Arbeiter ihren Ausdruck fand. Die jetzt durch die Sonntagsruhe fühlbar werdenden Unannehmlichkeiten dieser Gesetzgebung werden noch verschärft durch den Uebereifer und die Streberei von Localbeamten, die auf der Basis der Arbeiterausschüsse möglichst viele „Ergebnisse" ihrer socialpolitischen Wirksamkeit auf die Strecke zu bringen suchen, um sich dadurch in ihrem besonderen Eifer und ihrer besonderen Geschicklichkeit nach oben zu empfehlen. Wir glauben, daß dies schwere Gefahren für die Zukunft im Gefolge haben kann.

* * *

In derselben Nummer begegnet uns eine Abwehr rein persönlicher Art. Sie lautet:

Einige Blätter suchen etwas darin, den Fürsten Bismarck stets als „Schloßherrn von Friedrichsruh" zu bezeichnen. Ein Schloß giebt es in Friedrichsruh nicht, sondern nur ein einfaches Landhaus. Die Tendenz, welche darin liegt, den Fürsten Bismarck als Aristokraten, als Schloßbesitzer, als Herzog vorzuführen, um diejenigen Leute, die kein Schloß haben und keine Titel besitzen, gegen ihn einzunehmen, ist eine socialdemokratische und richtet sich von selbst.

* * *

Mit einem Stoffe, den die „Hamb. Nachr." im Ganzen nur selten berühren, beschäftigt sich deren Leitartikel am 23. Juli (M.-A.):

Zur antisemitischen Agitation. Verschiedene Vorgänge der jüngsten Vergangenheit haben in verschiedenen Blättern mehr oder minder erregte Erörterungen über die sogenannte Judenfrage hervorgerufen. Wir haben uns bisher enthalten, daran Theil zu nehmen, und uns auf Mittheilung von Thatsachen, soweit sie z. B. in gerichtlichen Verfahren vorlagen, beschränkt. Es ist auch nicht unsere Absicht, hiervon abzuweichen; wir halten es aber für nützlich, einige Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, deren Beachtung wir in der bisherigen Discussion öfter vermißt haben.

Dahin gehört in erster Linie, daß die antisemitische Agitation, so wie sie jetzt in der Presse und in Versammlungen betrieben wird, zu praktischem Ergebniß schwerlich führen kann. Es ist Thatsache, daß der israelitische Volksstamm vielen anderen Bevölkerungselementen im Gelderwerb überlegen ist. Diese Thatsache und ihre Folgen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, wenn man nicht zu Maßregeln wie die Bartholomäusnacht, die sizilianische Vesper oder dergleichen greifen will, was selbst die leidenschaftlichsten Antisemiten kaum für zulässig und möglich halten werden. Außerdem würden sich, wenn man überhaupt Ausnahmemaßregeln gegen bestimmte Bevölkerungsclassen im Interesse von Staat und Volk zur Anwendung bringen wollte, Objecte von erheblich größerer Schädlichkeit für den Staat als die Juden darbieten. So z. B. halten wir die Gefahr, die dem Staat und der Gesellschaft von der Socialdemokratie droht, für sehr viel ernster als diejenige, welche auf die Uebelstände zurückgeführt wird, die sich aus den jüdischen Eigenthümlichkeiten für das Erwerbsleben und die geschäftliche Moral ergeben.

Die Antisemiten heben die dem Gemeinwesen nachtheiligen Eigenschaften der Juden scharf hervor, aber Wege zur praktischen Abhülfe zeigen sie nicht. Was bisher von dieser Seite in Vorschlag gebracht worden ist, würde, selbst wenn sich eine Regierung fände, die es aus-

führte, das Uebel, das den Klaggrund bildet, nur verschlimmern. So z. B. würden sich diejenigen intelligenten jüdischen Elemente, die von der richterlichen und Anwalts-Laufbahn ausgeschlossen würden, dann dem Handel und sonstigen Erwerb zuwenden und dadurch die wirthschaftliche Macht der Juden noch vermehren.

Den Hauptgrund des Aergers über die Juden bildet, daran muß man festhalten, die größere Erwerbsfähigkeit derselben. Diese entspringt aber Stammeseigenschaften, die unausrottbar sind. Der Jude ist in Folge seiner natürlichen Veranlagung im Gelderwerb klüger als der Christ; er ist, wenigstens so lange er noch kein Vermögen erworben hat, arbeitsamer und sparsamer als viele seiner christlichen Mitbewerber in der Branche, in der er überhaupt thätig ist. Und selbst wenn er sein Ziel erreicht hat und reich geworden ist, bleibt er sparsamer, so lange ihn die Renommirsucht nicht erfaßt. Auch der junge begüterte Israelit unterscheidet sich vielfach von seinen gleich situirten christlichen Altersgenossen. Junge Israeliten, die in Liederlichkeit, Spiel und Gelagen sich und ihr Vermögen zu Grunde richten, sind verhältnißmäßig selten. Andererseits erklärt sich die größere Fähigkeit der Juden zum Gelderwerb daraus, daß sie finanziell mehr wagen als der Christ. Der Jude mag im Kugelregen vielleicht nicht tapferer und kühner sein als der Christ, aber bei Geschäftsunternehmungen ist er entschieden couragirter und riskirt mehr. Der Jude ist ohne Zweifel durchschnittlich auch scrupelfreier in der Wahl der Mittel, die seinen Unternehmungen dienen. Dies Alles giebt ihm einen Vorsprung im Gelderwerb, der sich durch gesetzliche Maßregeln nicht beseitigen läßt. Es ist natürlich, daß die jüdischen Fähigkeiten zum Gelderwerb sich in der Zeit, in der wir leben, wo jede Erwerbsthätigkeit offene Bahn hat, wo Alles dem Gelderwerb zustrebt, noch stärker als früher bethätigen und in ihren Ergebnissen sichtbar werden.

Ist aber der Jude von seiner Geburt ab mit einer größeren Fähigkeit für den Gelderwerb dotirt, so wird man diese Begünstigung, die er für seine Erwerbsthätigkeit von der Vorsehung vorauserhalten hat, nicht durch fortwährende Declamationen über die Schädlichkeit dieser Naturgabe beseitigen können. Schreien über einen Schaden nützt nichts; man muß Mittel zu seiner Abstellung anzugeben wissen. Und das vermissen wir bisher an der antisemitischen Agitation.

* * *

Eine gewaltige Huldigung wird dem Fürsten Bismarck am Sonntag den 24. August in Kissingen dargebracht von Bewohnern Badens, Hessens, Frankfurts, der Pfalz und Thüringens. Wir lassen die „Hamb. Nachr." darüber berichten:

Das war eine Antwort, die Denen, an deren Adresse sie sich richtet, zu denken geben wird. Gegen 5000 deutscher Männer und Frauen, welche als Abgesandte von vielen Hunderttausenden Gleichgesinnter aus Baden, Hessen, der Pfalz, aus Frankfurt und Thüringen hier erschienen waren, haben dem Fürsten Bismarck eine Huldigung von so überwältigenden Dimensionen dargebracht, daß dem heutigen Tage für alle Zeiten ein Ehrenplatz in der vaterländischen Geschichte gesichert ist. Die ganze großartige Ovation für den Altreichskanzler war in allen Theilen nichts Anderes als ein einziger energischer Protest gegen die Versuche, den Fürsten Bismarck zu verunglimpfen und ihn in den Augen des deutschen Volkes herabzusetzen. Wer in die von Begeisterung und Liebe blitzenden Augen der langen Schaaren der Vorüberziehenden geblickt, wer das bis zur Leidenschaftlichkeit gesteigerte Verlangen der vielen Tausende, ihrem Bismarck zu zeigen, daß sie in alter Treue, Dankbarkeit und Verehrung zu ihm stehen, aus ihren stürmischen, nie sich erschöpfenden Zurufen an den Gefeierten mit eigenen Ohren herausgehört hat, für den kann es fortan keinen Zweifel mehr daran geben, daß Fürst Bismarck das Herz und die Liebe des deutschen Volkes mehr denn je besitzt, und daß es eine Sache von unberechenbarer Tragweite ist, hierüber durch Zeitungsartikel zu täuschen oder sich täuschen zu lassen.

Bereits in den Vormittagsstunden begann eine massenhafte Ansammlung des Publicums vor der oberen Saline und nahm stetig zu. Schon vor Beginn der Feier boten der Hügelabhang jenseits der Landstraße und diese selbst ein höchst belebtes anziehendes Bild. Um die Mittagsstunde war die amphitheatralisch aufsteigende Hügellehne mit einer freudig erregten Menge von Kurgästen und Einheimischen vollständig bedeckt, und diese Menschenmassen äußerten ihre Gefühle so entschieden, daß der Fürst ans Fenster trat, für das Wohlwollen dankte und nur bedauerte, daß der Raum ihm nicht gestatte, jeden Einzelnen zu sich zu bitten, um ihm die Hand zu drücken.

Gegen halb drei Uhr kündigten der immer stärker werdende Andrang von Kissingen her und die Klänge von Musik das Nahen des Festzuges an. Unter brausenden Hochrufen erschien der Fürst, umgeben von seiner Familie, abermals am Fenster. Nun begann sich ein Schauspiel zu entwickeln, das Allen, die das Glück hatten, ihm beizuwohnen, für alle Zeit im Gedächtniß bleiben wird. Das an der Spitze des Zuges marschirende Musikcorps schwenkte ab und nahm der Saline gegenüber Aufstellung. Alsdann defilirte unter den Klängen patriotischer Märsche der ganze zwischen 4 und 5000 Theilnehmern zählende Festzug vor dem Fürsten. Das war eine ergreifende halbe Stunde, welche alle Gefühle und Empfindungen aus der großen heroischen Zeit wieder wachrief. Oben am Fenster stand die welthistorische Gestalt des Altreichskanzlers hochaufgerichtet, das mächtige Augenpaar unter den buschigen Brauen leuchtete, wie es nur je in den großen geschichtlichen Augenblicken seines Lebens

geleuchtet haben mag; unten der bunte, farbenreiche Zug, die begeisterten, verklärten Gesichter, das ununterbrochene Zujauchzen der in innigster Liebe und Verehrung nach „ihrem" Bismarck stolz hinaufblickenden Süddeutschen mit den charakteristischen Gesichtern, die Hüte mit Eichenlaub und Tannenzweigen geschmückt, die wehenden Tücher, die schmetternden Klänge der Würzburger Militairmusik — das Alles vereinigte sich zu einem Bilde, das einzig in seiner Art war. Der Vorbeimarsch geschah in dieser Reihenfolge: die Spitze des Zuges bildeten die Badenser in ihren durch Standarten-Tafeln bezeichneten Ortsgruppen: Pforzheim, Mannheim, Heidelberg (auch zwei Studenten-Verbindungen in Farben), Weinheim, Sinsheim, Eberbach, Baden-Baden, Bühl, Karlsruhe (mit einer Gruppe polytechnischer Hochschüler in vollem Wichs), Rastatt, Gernsbach, Offenburg, Lahr, Freiburg, Wiberg und Waldkirch. An die wohl gegen 2500 zählenden Badenser schlossen sich die Pfälzer an, dann folgten die Hessen, dann die Coburger, und den Schluß bildete Frankfurt am Main.

Die Aufstellung des Festzuges konnte in dem geräumigen Hofe der oberen Saline dank der liebenswürdigen Zuvorkommenheit des Herrn Hofraths Streit erfolgen und zwar nach den verschiedenen Volksstämmen. Rechts von dem Thorweg standen die Badenser, links die Hessen und im Hintergrunde am Brunnen die Pfälzer, Thüringer (Coburger) und Frankfurter. Vom Thorwege bis zum Brunnen war ein breiter Weg durch Pfähle und Ketten abgesperrt; im Hintergrunde unter den schattigen Bäumen des Brunnens war auf natürlicher Erhöhung eine Bank aufgestellt, umgeben von einem hübschen Blattpflanzen-Arrangement. Als die Aufstellung des Festzuges erfolgt war, erschien Fürst Bismarck, begleitet vom Grafen Herbert, Professor Schweninger, Dr. Chrysander und einigen anderen Herren. Ein gewaltiges brausendes Hoch- und Hurrahrufen der vielen Tausende erschallte, die Musik intonirte „Deutschland, Deutschland über Alles!" und der Fürst durchschritt mit seinem Gefolge, von den Blumenspenden der zunächst an der Kettenbarrière aufgestellten Damen überschüttet, den Weg bis zum Brunnen. Dort machte er vor der Bank auf der Erhöhung Halt; rechts von ihm etwas tiefer stand Graf Herbert, links Professor Schweninger, zu seinen Füßen lagerte sich die schwarze Dogge Tyras. Diese Brunnengruppe bot einen prächtigen Anblick und war überall hin sichtbar für die vielen Tausende, die theilweise eine zehnstündige Bahnfahrt nicht gescheut hatten, um an der denkwürdigen Huldigung Theil zu nehmen. Gegenüber an den Fenstern des großen Saales der Saline hatten die Frau Fürstin, die Gräfin Herbert, die anwesenden Mitglieder der Familie Hoyos und sonstige anwesende Gäste des Hauses Platz genommen. Nun begannen die Ansprachen der Redner aus den verschiedenen Bundesstaaten. Der Fürst hörte dieselben theils stehend, theils sitzend an. Oefter, wenn von der großen Vergangenheit, vom alten Kaiser Wilhelm, von den Vorgängen der letzten Wochen

die Rede war, spiegelten sich in dem erzenen Gesichte des Gewaltigen lebhaft die Empfindungen wieder, die in ihm wachgerufen wurden. Bald blickte er, wie in tiefes Sinnen verloren, vor sich hin, bald zog er mit seinem beschlagenen Stocke Halbkreise in den Sand zu seinen Füßen, bald umspannte er mit beiden Händen wie in innerer Erregung fest und energisch den Griff des Stockes.

Der erste Redner war Herr Prof. Erdmannsdörffer aus Heidelberg. Er hielt folgende Ansprache:

„Aus Baden und aus der alten Rheinpfalz, aus Hessen und Frankfurt a. M. sind wir heute hierhergezogen, patriotische Männer und Frauen an die 5000, die sich gedrungen fühlten, dem großen Staatsmann ihre Huldigung darzubringen. Eure Durchlaucht sollen wissen und alle Welt, daß in Süddeutschland Herz und Seele treu und ergeben und dankerfüllt Euer Durchlaucht zugewandt sind, daß wir in Süddeutschland in unauslöschlicher Dankbarkeit dem Manne verbunden sind, der an erster Stelle neben unserem ersten Kaiser den Traum der deutschen Einheit zur Erfüllung gebracht hat; dem Manne, dem wir es danken, daß das deutsche Volk mit aufgerichtetem Haupte einherschreiten darf; dem jeder einzelne von uns zu danken hat mit dem Stolze, der unseren Vätern verloren gegangen war. Jeder von uns bekennt frei: ‚Ich bin ein Deutscher und mein Wahlspruch heißt: ‚Kaiser und Reich!‘

„Gestatten Eure Durchlaucht, daß wir Männer und Frauen den ersten Gruß der Huldigung Ihnen darbringen, in diesem Wahlspruch von Kaiser und Reich, in welchem die Summe Ihres Lebens eingeschlossen ist. Meine Freunde und Landsleute, wir vereinigen uns auf diesen Ruf auf Kaiser und Reich. Das Deutsche Reich hat Fürst Bismarck geschaffen. Meine Herren, in diesem weihevollen Augenblick lassen Sie uns das Gelübde ablegen, daß jeder von uns treu bleibe mit echter deutscher Treue seinem Werk in Freud und Leid allezeit. Und so mit Liebe vereinigen wir uns in dem Hoch auf Kaiser und Reich; sie leben hoch!“

Der zweite Redner war Herr Bankpräsident Eckardt aus Mannheim:[1])

„Durchlauchtigster Fürst! Meine Damen und Herren! Ich bin von meinen Landsleuten in Baden beauftragt worden, einige herzliche Begrüßungsworte an Seine Durchlaucht zu richten. Ich denke, von den übrigen hier Anwesenden wird es mir nicht verübelt, wenn ich diesen ersten Gruß auch in ihrem Namen mit ausspreche.

„Es sind aus meiner Heimath Frauen und Männer aus allen Gauen hierhergezogen, aber nicht allein aus meiner Heimath, sondern auch aus der

[1]) Die „Hamb. Nachr.“ brachten diese Rede zuerst im Auszuge, später im Wortlaute; sie ist ein sehr deutlicher Protest Süddeutschlands gegen die in der officiösen Presse gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe. Auch wir bringen sie aus diesem Grunde ganz.

Pfalz, aus dem Breisgau, von den Höhen des Schwarzwaldes und von den Gestaden des Bodensees. Und warum sind diese Frauen und Männer hier erschienen? Sie wollen den Mann sehen, der so viel Großes für sein Vaterland gethan hat. (Beifall.) Sie wollen ihm danken aus vollem Herzen, sie wollen, wenn sie wieder nach Hause gekommen, Denjenigen, die nur ungern daheim geblieben sind, erzählen, was sie gesehen und gehört haben. (Bravo.)

Die Thaten dieses großen Mannes aufzuzählen, halte ich für zwecklos, denn diese Thaten sind es gerade, die Sie heute hierhergeführt haben. (Beifall.) Wir Süddeutsche haben aber noch einen ganz besonderen Grund, dem Werke dieses großen deutschen Mannes unseren Dank zu zollen. Mein Heimathland erinnert sich, vor allem aber das badische Oberland, der bangen Stunden, die dem großen Entscheidungskampfe vorangegangen sind. Sie wissen, daß wir dort einen bösen Nachbar haben. Bei jedem Feuer, das in diesem Nachbarhause entbrannte, und deren hat es schon viele gegeben, flogen die ersten Funken in mein Heimathland. Das französische Ausfallsthor ist jetzt gottlob für immer geschlossen, und dieser große Mann hat den Schlüssel abgezogen (Beifall) und einem mächtig gewordenen Kaiser hat er ihn zur treuen Bewahrung in die Hände gegeben.

„Seit diesem großen Entscheidungskampfe ist ein machtvolles Regiment in Deutschland erwachsen, von dem wir wünschten, daß es langen Bestand haben möge. Unsere Träume und Hoffnungen sind durch diesen Mann in kaum geahnter Größe in Erfüllung gegangen!

„Zwanzig Jahre hat dieser deutsche Heros an der Spitze der deutschen Geschäfte gestanden; im Innern und nach Außen hat er unserem Vaterlande Ruhm und Ehre verschafft! (Beifall.) Was aber später gekommen ist, darüber wäre es wohl das Klügste, zu schweigen; aber ich gehöre nicht zu diesen Klugen, und diejenigen, die mich hierher gesandt haben, haben gewußt, wenn ich einmal hier bin, daß ich nicht schweigen werde.

„Das was im Jahre 1890 geschah, und viel von dem, was später geschah, ist unserem süddeutschen Kopf und unserem süddeutschen Herzen unverständlich (Bravo) und bis zu dieser Stunde unverständlich geblieben! (Lebhafter Beifall.)

„Es gilt ein alter Satz, der lautet: Norddeutschland besitzt den Kopf, Süddeutschland das Herz. Diesen Satz kann ich nicht ganz anerkennen. Bei dem Anblick dieses großen Mannes muß ich sagen, daß er von jeher gezeigt hat, wie man neben dem Verstande auch Gemüth und Herz besitzen kann. — Wir in Süddeutschland ehren aber gerade deshalb den Mann, weil wir wissen, daß bei ihm nicht bloß der Kopf, sondern auch das Herz auf dem rechten Flecke sitzt.

„Wir in Süddeutschland wissen aber auch mit dem Verstande zu rechnen, wir wissen Manches, was man, wie ich fast fürchten muß, in Nord-

deutschland nicht so genau weiß, — wir wissen, daß es in der Weltgeschichte nichts Selbstverständliches giebt, sondern daß hinter jeder großen That auch ein großer Mann stehen muß (Beifall), und leider wissen wir auch, daß man sich nicht scheut, von gewisser Seite aus der eigenen Nation ihn zu verunglimpfen. (Zurufe.) — Gegen diese Art von Volksbelehrung und Volkserziehung wollen wir aber heute einen energischen Protest einlegen. (Lebhafter stürmischer Beifall). Ich denke, Ihr Beifall ist für die Gegner nicht bloß ein deutlicher Protest, er wird auch nicht der letzte sein. (Bravo.)

„Aber mit dem Protestiren allein ist es nicht gethan. Der Mann ist uns vorangegangen als ein Beispiel der Pflichttreue und der heißesten Vaterlandsliebe. Sie sind mit mir einverstanden, wenn ich sage, wir wollen ihm danken — das wird ihm aber nicht genügen; denn er wünscht auch, daß sein großes Werk, das er geschaffen und das einzig in der Weltgeschichte dasteht, erhalten bleibe! (Lang andauernder Beifall.) Ich glaube deshalb, wie auch mein Vorredner erwähnte, daß der heutige Tag nicht ganz seinen Zweck erfüllt hat, wenn ihm nicht das Gelöbniß zur Seite steht, daß wir treu an diesem Werke festhalten!

„Dazu bietet sich aber Gelegenheit nicht nur für die Männer, sondern auch für die Frauen. Den Ersteren traue ich nicht so ganz. Ich bin zwar mit dem gefeierten Manne damit einverstanden, daß bei einem Angriff von außen der furor teutonicus fortwährend seine Kraft ausüben wird, aber ich fürchte auch den clamor teutonicus, das Gezänke und die Parteisucht des deutschen Volkes, die uns schon Tacitus zur Freude der Römer vorgehalten hat und die geeignet ist, im Innern Unheil zu stiften. Es wäre an der Zeit, in diesem Punkte in uns zu gehen und bestrebt zu sein, das mit allen unseren Kräften zu erhalten, was zu erreichen viele mit ihrem Leben bezahlt haben. Wir wissen, was die Erziehung für eine Macht ist, wenn sie in den Dienst des Vaterlandes gestellt ist. Mit Stolz blicken wir auf die Frauen, wenn sie mit der Erziehung den Zweck verbinden, in den Herzen der Kinder den guten Samen zur Vaterlandsliebe zu legen und die Kinder zu den Kriegsdenkmälern hinzuführen, wo Diejenigen bestattet liegen, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben. (Beifall.) Wenn das nicht mehr hilft, so gebe ich jede Hoffnung verloren.

„Der heutige Tag, die begeisterte Menge und die zündenden Reden werden uns mit neuem frohen Muth beseelen. Ich fasse Alles in dem einen Wunsche zusammen: Es möge eine gütige Vorsehung den Hauptmitarbeiter an dem deutschen Werke — den ersten Kanzler des neugeschaffenen Reiches — uns und dem Vaterlande noch lange Jahre gesund und frisch erhalten! (Langer stürmischer Beifall und Hochrufen).

„Meine Herren, es wollen noch Andere nach mir zum Worte kommen — obwohl es nicht möglich, daß Jeder sprechen kann. Ich glaube, daß ich im Allgemeinen Das gesagt habe, wozu mich viele Tausende beauftragt haben. Ich sage dem großen Manne nochmals den innigsten und unauslöschlichen Dank und bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein tausendstimmiges Hoch auf den Fürsten Bismarck!"

Ein unbeschreiblicher Jubel brach hier los, und zugleich entwickelte sich ein allerliebstes Bild. Die Damen, die in der Nähe des Fürsten auf der linken Seite des freien Weges Aufstellung genommen hatten, eilten auf den Fürsten zu und überreichten ihm geschmackvolle Bouquets, so daß, als der Platz wieder frei geworden war, der Fürst von einem Walle prachtvollster Blumen umgeben war.

Der dritte Redner, Herr Rechtsanwalt Schmehl aus Darmstadt, überbrachte die Glückwünsche seiner Freunde aus Hessen und forderte auf, die alte deutsche Treue dem Fürsten Bismarck zu bezeugen. Auch seine Rede schloß mit einem Hoch auf den großen Staatsmann und Patrioten. Der vierte Sprecher, ein Herr aus der Pfalz, forderte die Anwesenden auf, auf den Gründer des Deutschen Reiches ein Hoch auszubringen, unter Hinweis auf den Spruch: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Der fünfte Redner aus Coburg brachte die Grüße aus Nordfranken und Thüringen, woher 700 Theilnehmer gekommen. Auch sein Hoch galt dem Fürsten Bismarck. Der sechste Redner, Herr Oberstlieutenant a. D. Enneccerus aus Frankfurt a. M., hebt die Frankfurter Vergangenheit des Fürsten Bismarck hervor, und fährt dann fort: ein Blatt im Ruhmeskranze des Fürsten trage den Namen Frankfurt; hier wurde nach dem glorreichen Kriege der Friede geschlossen, und zwei verlorene Provinzen wurden dem Vaterlande zurückgegeben. Redner erinnert hier noch an das Wort des Fürsten, daß, wenn wir einig sind, wir den Teufel aus der Hölle treiben. Zum Schluß mahnt Redner, treu zu bleiben dem Deutschen Reiche und dem Fürsten Bismarck.

Herr Dr. Wörter aus Karlsruhe gedachte in herzlichen Worten der Fürstin Bismarck, die es verstanden hat, dem Fürsten ein Heim zu bereiten, in dem er die Kraft zu seinen großen Thaten habe gewinnen können. Die Hochrufe auf die Fürstin wurden nach dem Fenster hinaufgerichtet, wo die Gefeierte saß und sich dankend verneigte. Der Fürst hatte die Lorgnette herausgezogen, sah freundlich nach seiner Frau hinauf, winkte mit der Hand und stimmte sichtlich erfreut in die Kundgebung für die liebe Genossin seines großen Lebens ein.

Als das Hoch verklungen war, erhob sich der Fürst unter lautloser Stille der großen Menschenmasse zu etwa folgender Ansprache:

Ich habe zuvörderst meinen Dank zu sagen für die glänzende und großartige Begrüßung, die mir hier von Ihnen zu Theil wird, eine Begrüßung von einer Großartigkeit, wie ich glaube, daß sie niemals einem deutschen Minister in neuerer Zeit zu Theil geworden ist; ich füge hinzu, wie auch mir nicht zu Theil geworden ist, so lange ich im Dienste war. Aber ich habe das Gefühl, daß ich Ihre Anerkennung doch nicht in ihrem ganzen Umfange entgegennehmen kann, sie gilt natürlich nicht meiner Person (lebhafter Widerspruch), sie gilt dem Werke, an dem ich mitgearbeitet habe. Ich bin der Ueberlebende von allen meinen Mitarbeitern, jünger ans Werk gegangen als die meisten von ihnen. Nun wird mir das Verdienst, das den Verstorbenen gebührt, mit zu Theil. Ich habe mir die Mitarbeiter in langen Jahren geworben, namentlich Diejenigen, von deren Mitwirkung das Gelingen des Werkes hauptsächlich abhing.

Bei einem Rückblick auf die Vergangenheit darf man nicht vergessen, daß zu Anfang dieses Jahrhunderts noch die dynastische Politik geherrscht hat und die nationale Politik erst im vorigen und diesem Menschenalter sich zu entwickeln angefangen. Der Einzelne kann den Strom der Zeit nicht herstellen, nicht einmal lenken, er kann das Steuer des Staatsschiffes nur nach fester Ueberzeugung führen; wenn er dabei Glück hat, so hat er seinem Lande gedient; thut er es mit Ungeschick, geräth er in Vergessenheit. Das Drängen der deutschen Nation entstand, als ich geboren wurde, in den Freiheitskriegen, es wurde wieder belebt und galvanisirt 1830 und 1848 bei der Bewegung im westlichen Nachbarlande. Es gelangte nur nicht zum Durchbruch beim Volke, es gelang nicht, diesem Strome freien Lauf zu gewinnen. Die ersten Versuche brannten von der Pfanne, um mich als Jäger auszudrücken.

Wenn wir zurückdenken an die Bestrebungen von 1830, 1833 und 1848, und gerade die Anwesenden wissen das noch, an den Kampf in Baden und der Pfalz um die Reichsverfassung 1848, so können wir sagen, daß diese Bestrebungen verfrüht und zum Glück nicht siegreich waren. Wären die Preußen von den Aufständischen geschlagen worden, so hätte doch kein haltbarer Zustand geschaffen werden können. In Gottes Vorsehung lag es, daß auch 1866 die unitarischen Bestrebungen nicht die Oberhand gewannen. Es wäre damals unter dem Eindruck eines Gottesurtheils, das man in der Lage der Dinge hat erblicken wollen, die volle Einheit, die man gesucht, nicht so befriedigend und dauernd geworden wie heute.

Gott hat es so eingerichtet, daß alle deutschen Völker den Hammer nach dem Amboß geschwungen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. Wir haben uns das Deutsche

Reich und die Kaiserkrone so zu sagen aus den französischen Bataillonen herausgeholt, und daran haben auch Hessen und Badenser ehrenvollen Antheil. Der Krieg war nöthig, wir konnten das Verhältniß zum Deutschen Bund, das unter der übelwollenden Fürsorge Frankreichs geschlossen war, nur mit dem Schwerte lösen. In diesem Sinne war es eine meiner Aufgaben, dem deutschen Schwerte zum Losschlagen Bahn zu brechen, was mir auch bei meinem alten Herrn gelungen ist.

Schon als Bundestagsabgeordneter in Frankfurt hatte ich das Gefühl, daß die nationale Politik nur gelingen könne, wenn der König von Preußen und seine Armee dafür gewonnen sei. Im Anfang allerdings habe ich mit Vorsicht darauf hinarbeiten müssen, aber schließlich doch mit Erfolg. Es wurde meinem alten Herrn der Kampf mit Oesterreich außerordentlich schwer, und doch war er nicht zu vermeiden. Er hatte im Jahre 1870 als Dreiundsiebzigjähriger ebenfalls keine große Kriegslust gegen Frankreich, und doch war der Krieg zur Herstellung des Deutschen Reiches nothwendig. So lange Frankreich Elsaß und damit Straßburg besaß, hatte es eine große Macht, die ihm über Paris genommen werden mußte. Es war ein Glück, daß wir diesen Krieg allein führen konnten; denn es war damals in Europa keine Macht, der es erwünscht gewesen wäre, eine neue Großmacht erstehen zu sehen. Man mußte in der politischen Thätigkeit auch Coalitionen entgegengehen, denen unsere militairische Macht nicht gewachsen war. Heute ist das, so hoffen wir zu Gott, nicht mehr der Fall. Der französische Krieg mußte geführt werden, nur mußte abgewartet werden, bis die Franzosen die Geduld verloren, und das haben wir abgewartet.

Ich beabsichtigte, darzulegen, was nothwendig für die Herstellung des Deutschen Reiches war, und wie die Einigung herbeigeführt wurde. Es gilt ein alter Spruch, der lautet: Wenn man Eierkuchen backen will, muß man Eier zerschlagen. Das geht nicht immer ohne Verstimmung ab, es ist nicht möglich, alle Interessen und alle Wünsche zu schonen; es ist das bedauerlich, aber unvermeidlich. Ich bin in Folge dessen in die Nothwendigkeit versetzt worden, mir noch mehr, wie das jedem leitenden Minister geschieht, Feinde zu schaffen, im Auslande wie im Vaterlande. Die Interessen sind so verschieden, abgesehen von der politischen Meinungsverschiedenheit, die dem deutschen Volke mehr eigen ist als anderen Nationen. Die nothwendige Verletzung der Interessen machte die Zahl meiner Gegner nothwendigerweise noch größer als bei einem Minister, der weniger Eier zu zerschlagen hat. Diese Gegner sind mir treu geblieben. Es ist mir das eine befriedigende Quittung für meine Vergangenheit und mein Wirken. Es würde mich beunruhigen in meiner jetzigen bürgerlichen Stellung, die Zustimmung von

Leuten zu finden, die ich als Reichskanzler unausgesetzt heftig zu bekämpfen genöthigt war.

Ich möchte auf die Geschichte der Vergangenheit nicht näher eingehen. Ich möchte aber noch auf einige Bemerkungen eingehen, die einer meiner Herren Vorredner über die auswärtige und die innere Politik gemacht hat. Wir Deutsche sind in der Mitte von Europa gelegen, und dabei haben wir Eigenschaften, die andere Völker nicht haben; die anderen sind fügsamer, gehen besser ins Dutzend. Deshalb stößt eine politisch einheitliche Führung bei uns auf sehr viel mehr Schwierigkeit als bei den slawischen und romanischen Völkern, die andererseits günstiger situirt sind als wir. Rußland ist gedeckt durch Asien, es hat nur eine dem Angriff ausgesetzte Front gegen Westen; Frankreich hat den Ocean hinter sich, und die Vogesengrenze ist die einzige, wo man ihm beikommen kann. Wir sind dagegen von allen Seiten Angriffen exponirt. Deshalb müssen wir selbst immer Rücken an Rücken stehen, und wenn wir das nicht thun, so kann uns nichts helfen. Die Einheit ist die erste Bedingung unserer nationalen Wohlfahrt, andererseits aber ist das Parteiwesen im deutschen Volke sehr tiefgehend. Einer meiner Vorredner hat die Frauen als Gattinnen und Mütter aufgefordert, gegen diese Eigenthümlichkeit anzukämpfen; ich hoffe, daß es gelingen wird, aber ich bin dessen nicht sicher, naturam expellas furca, tamen usque recurret.

Wir müssen die Gefahren, die uns drohen, stets zu erkennen und zu beseitigen bemüht sein. In der auswärtigen Politik wird das der Fall sein, in der inneren Politik ist die Sache sehr viel schwerer. Die Selbstständigkeit der Parteien trägt sehr viel Schuld daran; jede Partei glaubt, daß sie die Alleinherrschaft erwerben kann im Deutschen Reiche, und lehnt es ab, mit der nächststehenden Partei Compromisse zu schließen. Die extremen Parteien sind in Deutschland nicht regierungsfähig. Das ist weder praktisch noch theoretisch möglich. Wie wir weltlich und nicht nach kirchlichen Gesichtspunkten regiert werden können, so theilt auch jeder gebildete Deutsche den Standpunkt, daß nicht von unten herauf regiert werden darf. Aber bedauerlicherweise ist bei den Wahlen die Begierde nach Stimmen stärker als diese Einsicht und das Nachdenken über das, was zu thun ist.

Ich habe, als ich noch Minister war, versucht, durch eine Verschmelzung der mittleren Parteien diesem Uebelstande abzuhelfen. Es giebt doch Vieles, worüber man einig werden kann, und da sollte man nicht zögern, einig zu sein. Ich habe mich mit dem Cartell bemüht, dies zu erreichen und eine Einigung zu stiften. Die Sache ist im Reichstag nicht von Dauer gewesen. Nichtsdestoweniger glaube ich, daß die Befestigung unseres Verfassungslebens nur auf diesem Wege möglich ist. Sobald der Reichs-

tag ohne feste Majorität ist, so können die acht oder neun Fractionen, die er hat, nicht hindern, daß seine Autorität zurückgeht. Wir brauchen den Reichstag, wir müssen ihn zu stützen und zu fördern suchen; das können wir nur durch eine Verschmelzung der Parteien, die dem gebildeten Bürgerthum angehören. Wenn es uns gelingt, neue Bahnen hierfür bei den Wahlen zu finden und auf dieser Basis zu arbeiten, so würde ich das als den größten Vortheil für den Reichstag und das Reich betrachten. Wenn aber der Reichstag in Mißachtung der vorliegenden Nothwendigkeiten diesen Weg verläßt und einen Mangel an Selbstständigkeit kundgiebt, so sehe ich das als eine große nationale Calamität an.

Ich möchte deshalb an die hier anwesenden Herren die Bitte richten so viel sie Einfluß haben, in der Heimath dafür zu sorgen, daß die Unterschiede zwischen den verwandten Parteien verschwinden. Es ist überhaupt schwierig, den Unterschied zwischen denselben mit Worten richtig zu bezeichnen. Es wird, die Theologen ausgenommen, kaum jemand von uns im Stande sein, sofort mit Sicherheit zu sagen, was der Unterschied zwischen der reformirten und evangelischen Confession ist. So ist es auch mit den politischen Fractionsunterschieden. Die Fractionsführer müssen ihrer eigenen politischen Existenz wegen ihre Programme künstlich aufstellen, unterscheiden und vertreten, ohne daß ein wirkliches Bedürfniß obwaltet. Das ist unser Unglück.

Ich muß um Entschuldigung bitten, in meinem Vortrage so weitläufig gewesen zu sein, aber wovon das Herz voll ist, geht der Mund über. Ich kann mich von der Politik, die ich vierzig Jahre getrieben, nicht lossagen, und ich werde mich auch nicht lossagen. Ich werde mir den Mund nicht verbieten lassen, und ich werde den Mund nicht halten, wenn man es auch noch so sehr von mir verlangt. Alle meine Gegner finden, ich würde mich in der Geschichte besser ausnehmen und eine vornehmere Erscheinung sein, wenn ich still schwiege und kein Wort mehr sprechen würde; und mein Widerstreben hiergegen giebt ihnen Veranlassung, die übelsten Urtheile über meine Person und meinen Charakter zu fällen, namentlich die officiösen Blätter behandeln mich als einen gefährlichen und verdächtigen Menschen, vor dem gewarnt werden müsse. Wenn sie das schon gethan haben, nachdem ich kurz zuvor erst aus dem Dienst geschieden war, so finde ich, daß damit dem Reiche ein schlechter Dienst erwiesen wird. Es ist unvermeidlich, daß das Amt, welches ich kurz vorher verlassen hatte, mit verdächtigt wird. Es schadet dem Buche, wenn man seinen Verfasser schlecht macht. Sie können mich nicht herunterreißen, wie sie es thun, ohne daß das Gift überspritzt auf das Ergebniß unserer gemeinschaftlichen Arbeit, auf Kaiser und

Reich. Wenn sie den thätigsten Mitarbeiter an der Herstellung des Reiches und seiner inneren Einrichtungen in dieser Weise herabsetzen, so vergessen sie, daß sie auch dessen Werk beschimpfen und Alle, die an demselben mitgearbeitet haben. Das ist eine bedauerliche Thatsache, die ich aber nicht ändern kann.

Ich möchte meine Wünsche für die Zukunft zusammenfassen, indem ich vorschlage, unsere Zusammenkunft damit zu schließen, womit wir begonnen haben, mit einem Hoch auf Kaiser und Reich; aber mit dem Zusatz, daß ich unter dem Reich die Gesammtheit der Fürsten und den Reichstag mit inbegriffen habe. In diesem Sinne ersuche ich Sie, nochmals Ihre Stimme zu erheben: Kaiser und Reich, sie leben hoch!

Der Beifall und das Hochrufen, die diesen Worten des Altreichskanzlers folgten, waren unbeschreiblich. Nach seiner Rede bedeckte der Fürst das Haupt mit dem großen schwarzen Schlapphut und nahm aus der Hand des Professors Schweninger einen erfrischenden Trunk entgegen.

Nun ergreift Herr Fabrikant Thorbecke aus Mannheim das Wort:

„Ich bezweifle, daß das die Interessen des Deutschen Reiches fördert, wenn die Person des Fürsten Bismarck herabgewürdigt wird; wir fühlen das weniger in Deutschland selbst, aber unsere Landsleute im Auslande wissen es. Wer wie ich im Auslande gelebt hat, weiß das zu beurtheilen. Der Deutsche wurde erst geachtet von dem Moment an, als dieser Mann an die Spitze der Regierung trat. Aber er hat nicht allein das Reich politisch geschaffen, sondern er hat auch unsere deutsche Industrie zu Ansehen gebracht. Das wird ihm unvergessen bleiben. Wir Industriellen und Handelsleute werden uns bestreben, das zu erhalten, was er geschaffen und zwanzig Jahre in Frieden und Gedeihen erhalten hat.

„Der Friede ist das Wichtigste. Der Dreibund, den er ebenfalls geschlossen hat, verbürgt ihn uns. Wir sehen in dem Bande, das Graf Herbert mit seiner jungen Gattin geschlossen hat, eine neue Verbindung mit Oesterreich; wir ehren nicht allein den Fürsten, sondern nehmen auch Theil an den Leiden und Freuden des fürstlichen Hauses. Der Hochzeit des Grafen Herbert verdanken wir den Triumphzug des Fürsten durch Deutschland. Ehren wir Vater und Mutter, indem wir rufen: Graf Herbert und seine Gattin, sie leben hoch!“

Das Hoch fand lebhaften Beifall. Der Fürst schüttelte seinem Sohne die Hand, welcher sie küßte. Die junge Gräfin oben am Fenster erhob sich und dankte. Die Rede des Herrn Thorbecke gab dem Fürsten Anlaß, nochmals das Wort zu ergreifen und Folgendes auszuführen:

Die Erwähnung unseres Bündnisses mit Oesterreich hat mich auf eine Unterlassung in meiner Rede aufmerksam gemacht. Es ist eine der

größten Verleumdungen, die gegen mich gerichtet worden sind, daß ich ein Gegner des Bündnisses geworden sei. Man hat dafür einen Artikel, der in einem Wiener Blatt erschienen ist, geltend gemacht. Gerade das Umgekehrte war meine Absicht, nämlich geltend zu machen, daß wir an dem Bündniß unter allen Umständen festhalten müssen. Es liegt in ihm eine wesentliche Verbesserung gegen das alte Bundesverhältniß. So lange wir den alten Bund hatten, hatten wir, wenn ich nicht irre, von Oesterreich auf 95000 Mann Anspruch, wenn wir angegriffen würden. Jetzt können wir auf den Beistand von ganz Oesterreich rechnen. Auch für Oesterreich ist ein weit günstigeres Verhältniß entstanden. Im alten Bunde war Oesterreich von uns nur bis an die Leitha gedeckt, jetzt umfaßt diese Deckung ganz Oesterreich-Ungarn. Beide Bündnißstaaten stehen sich jetzt besser dabei.

Ich habe im Jahre 1879 dies Bündniß nicht ohne große Anstrengungen zu Stande gebracht, und ich erkläre es als eine grobe Lüge, wenn gesagt wird, ich wäre dessen Gegner. Ich habe als Minister in Wien stets dafür plaidirt, die Oesterreicher sollten es ihren eigenen Interessen entsprechend finden, wenn wir mit Rußland Fühlung hätten und den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland zu erhalten suchten. Ferner wird behauptet, ich hätte Oesterreich-Ungarn die Handelsverträge übel genommen. Das ist ebenfalls unwahr. So leichtfertig bin ich nicht, daß ich auf diese Weise das Größere dem Kleineren nachwerfe; ich habe nur gesagt, daß ich den Sieg, den Oesterreich in dieser Sache über uns davongetragen hat, den Oesterreichern nicht übel nähme und daß ich das Nämliche gethan hätte, wenn ich die Gelegenheit dazu gehabt hätte. Uebel genommen habe ich nur unseren Unterhändlern ihre Ungeschicklichkeit. Das ist es, was ich gesagt habe.

Nachdem er geendet, wandte sich der Fürst zu den Damen, um ihnen nochmals persönlich für ihre Huldigung zu danken. Unterdessen ergriff Graf Bismarck das Wort, um mit laut hinschallender Stimme seinen Dank für das Hoch auf ihn und seine Frau auszusprechen. Nach den vielen interessanten Reden, die schon gehalten seien, wolle er sich darauf beschränken, ein Hoch auszubringen, das überall beliebt sei und immer wieder gern ausgebracht werde. Man habe vorhin seine Frau hoch leben lassen, er erwidere das mit einem Hoch auf die Frauen aller Anwesenden und die deutschen Frauen überhaupt.

Herzlicher Beifall für den Grafen klang aus dem brausenden Hoch heraus, das Graf Herbert in so liebenswürdiger und zugleich so schneidiger Weise ausgebracht hatte. „Aus dem Jungen kann noch was werden!“ äußerte inmitten des Jubels der Fürst scherzhaft zu den ihn umdrängenden Damen.

Alsdann unternahm er, geleitet von Prof. Schweninger und Dr. Chrysander, einen Rundgang durch die Schaaren der Tausende, die ihm gehuldigt hatten. Wohl zehn Minuten dauerte der Rundgang, und ebenso lange erschallte ununterbrochenes Hochrufen. Als der Fürst endlich seine Wohnräume wieder erreicht hatte, war es Graf Herbert, auf den sich die allgemeine Begeisterung richtete, er hatte sich die Herzen aller Anwesenden wie im Sturm erobert, ebenso wie seine junge Gemahlin, die durch ihre Anmuth allgemein entzückt hatte.

Unterdessen war der Fürst selbst wieder an einem Fenster der Vorderfront der Saline sichtbar geworden, und die jetzt durch den Thorweg abziehenden Schaaren hatten die Freude, den Gefeierten nochmals alle aus nächster Nähe zu sehen. Ohne Unterbrechung ertönten die Rufe: „Hoch, hoch unser Bismarck!“ „Auf Wiedersehen!“ So endete die Ovation, wie sie begonnen hatte, in Jubel und Begeisterung.

Um halb fünf Uhr hatte die Feier ihr Ende erreicht, und vom Eintreffen des Festzuges an über zwei Stunden gedauert. Die größte Schaar der Theilnehmer zog über die Saalebrücke zum Altenburger Hause, einer am Eingange des Cascadenthals reizend gelegenen Wirthschaft. Auf den Wiesen, welche sich am Saume des Waldes hinziehen, waren Hunderte von Tischen aufgeschlagen, und Dank einer flinken Bedienung blieben die Wünsche der Tausende nicht lange unbefriedigt. Von vornherein herrschte die fröhlichste Stimmung über den herrlichen Verlauf des denkwürdigen Festes, Ansprachen wurden gehalten, und unter Begleitung der Regimentsmusik patriotische Lieder gesungen. Und wenn von vielen Seiten der Besorgniß Ausdruck gegeben wurde, die außerordentliche Anstrengung werde auf des Fürsten Befinden vielleicht nachtheilig wirken, so wurden diese Befürchtungen auf die handgreiflichste Weise entkräftet, als gegen sechs Uhr mit einem Male der Ruf ertönte: Der Fürst kommt! Das hellblaue Gefährt kam in schlankem Trabe die Chaussee daher, und bevor die Mitglieder des Comités Zeit hatten, sich zu sammeln und einen regelrechten Empfang vorzubereiten, hielt der Wagen.

Neben dem Fürsten saß Professor Schweninger. Beide stiegen sofort aus und traten über den Chausseegraben hinüber auf die Wiese. Tausendstimmiges Hurrah empfing sie dort, und Alles drängte sich heran. Der Fürst ging zwischen den Tischreihen hindurch und war dabei mehrmals in der Lage, einen Graben zu kreuzen. Meist war schnell ein Brett zur Stelle, auf welches er beim Ueberschreiten des Grabens trat, einmal aber war ein solches, da die Menschenmassen den Fürsten dicht umgaben, nicht zur Hand, und ohne lange zu warten sprang er über den Graben. Man kann sich den Jubel der Versammelten denken, den ehrwürdigen Helden in solcher körperlichen Rüstigkeit zu sehen, der hochaufgerichtet und mit dem Hute freundlich dankend durch die rasch improvisirten Spaliere schritt. Oft zwar gab es Aufenthalt; manche der Anwesenden trugen Kriegsdecorationen und

wurden vom Fürsten, sobald er ihrer ansichtig wurde, nach dem Erwerbsorte derselben gefragt.

Herr Thorbecke aus Mannheim trat endlich mit einem Kruge Bier auf den Fürsten zu; mit einem schalkhaften Blick auf Schweninger nahm der Fürst den Krug und trank ihn an mit folgenden Worten:

„Von meinem Fenster da drüben habe ich gesehen, wie hübsch Sie sich hier gelagert haben; das hat mich hergelockt, und außerdem hatte ich das Bedürfniß, den Besuch, welchen Sie mir dort oben so freundlich abgestattet haben, hier auf dem Platze sogleich zu erwidern und Ihnen nochmals zu sagen, wie sehr ich Ihnen für die glänzende und, ich kann wohl sagen, mich fast überwältigende Kundgebung danke. Ich trinke den Krug auf Ihrer Aller Wohl."

Und nachdem er den Maßkrug abgesetzt, fügte er hinzu: „Die sieben üblichen Schluck, nicht mehr."

Das Gedränge Derer, die mit ihm anstoßen wollten, ward sehr arg, und Professor Schweninger und die Gensdarmen hatten Mühe, den Weg frei zu machen. Manche besondere Ovationen wurden dem Fürsten dargebracht; Darmstädter brachten ihm als ihrem Ehrenbürger ein Hoch, ebenso eine Schaar Duisburger Herren als dem Ehrenbürger ihrer Stadt. Gruß aus Leipzig! Gruß aus Amsterdam! Gruß aus Charkow! erscholl es.

Ein Herr aus Rostock brachte Gruß aus Mecklenburg!

„Rostock," sagte der Fürst, „ist ja nicht weit von Friedrichsruh. Wi spräkt ok Platt."

„En bannigen Kerl," sagte der behäbige Mecklenburger, als der Fürst vorbei war.

Unter stürmischen Hochrufen des Publicums fuhr der Fürst endlich davon.

* * *

Ueber die Weiterreise des Fürsten melden die „Hamb. Nachr." am 26. Juli (A.-A.):

Durch die Presse geht die Mittheilung, daß Fürst Bismarck auf seiner Reise von Kissingen nach Varzin einen Tag in Berlin verweilen werde. Das ist ein Irrthum; ein solcher Aufenthalt war überhaupt nicht beabsichtigt, sondern es hatte sich immer nur um ein Nachtquartier in Berlin gehandelt. Die Frage war, ob dem Fürsten unmittelbar nach der Kissinger Kur eine Nachteisenbahnfahrt gestattet sei, oder ob er eine Nacht in Berlin schlafen müsse. Voraussichtlich wird auch letzterer Fall nicht eintreten, da sich der Fürst von Jena direct nach Schönhausen begeben wird, von wo aus Varzin in einem Tage zu erreichen ist. Der Tag dieser Reise steht noch nicht fest.

* * *

Mehrere persönliche Bemerkungen und Richtigstellungen bringen die „Hamb. Nachr." am 27. Juli (A.-A.); zunächst gegen die „Nordd. Allg. Ztg.":

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat augenscheinlich Auftrag, Alles, was in ausländischen Blättern zu Ungunsten des Fürsten Bismarck aufzufinden ist, an hervorragender Stelle abzudrucken, selbst wenn es noch so thöricht ist. So hat das Berliner officiöse Organ erst kürzlich wieder aus dem „Neuen Wiener Tgbl." den Bericht über ein angebliches Interview mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Szapary sich angeeignet, um ihm weitere Verbreitung zu geben.

Wir nehmen Act von der Intention, welche in dieser Publication der „Nordd. Allg. Ztg." liegt, halten aber den Bericht des „Neuen Wiener Tgbl." für erfunden, da wir bei einem Herrn wie dem Grafen Szapary nicht an die Möglichkeit glauben, daß er gesagt haben könne, Ungarn stehe fest zum Dreibunde, und dies sei der Grund, weshalb es mit dem Fürsten Bismarck nichts zu thun haben wolle. So wunderliche Aeußerungen gehören für einen praktischen Staatsmann wie den Grafen Szapary zu den Unmöglichkeiten.

* * *

Eine zweite gegen die „Liberale Correspondenz":

Die deutschfreisinnige „Liberale Correspondenz" bespricht die „Wallfahrt der badischen Nationalliberalen nach Kissingen" und äußert dabei, „die Veranstalter seien übrigens keineswegs die hervorragenden Politiker Bismarck'scher Observanz, sondern Personen zweiten und dritten Ranges, ganz besonders keine Parlamentarier und solche, die es in der Kürze werden wollten." Ein besseres Zeugniß des parlamentarischen Hochmuthes als vorstehendes kann namentlich vom liberalen Standpunkte dem deutschen Volke nicht geliefert werden. Also Alle, die nicht Parlamentarier sind oder es in Kürze zu werden Aussicht haben, sind nach freisinniger Auffassung Leute zweiten Ranges! Diese anmaßende Einschätzung aller Deutschen, die nicht zu den parlamentarischen Strebern gehören, also der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes durch ein freisinniges Preßorgan verdient doch zu den Acten genommen zu werden! Wir kennen die Rangelassen nicht, nach denen die „Lib. Corr." die deutsche Bevölkerung eintheilt; aber wer die Kissinger „Wallfahrt" am vorigen Sonntag mit eigenen Augen gesehen hat, wird den Eindruck gehabt haben, daß die Theilnehmer, mögen sie einen Rang haben, welchen sie wollen, wohlerzogene und gebildete Leute waren, die sich während des ganzen Verlaufes der Demonstration mit Ruhe und Anstand zu benehmen wußten. Auch im Uebrigen ist keinerlei Störung vorgekommen, obwohl die herbeigeströmten vielen Tausende die

Bevölkerung Kissingens für die Zeit der Kundgebungen auf mehr als die doppelte Zahl gesteigert hatten.

* * *

Hieran schließt sich eine Abwehr der Angriffe englischer Officiösen:

Die englischen Blätter, namentlich die Salisbury befreundeten, fahren fort, den Fürsten Bismarck mit Heftigkeit anzugreifen. Das Motiv dazu liegt, wie wir wiederholt hervorheben zu sollen glauben, in der englischen Empfindung, daß der frühere Reichskanzler der entschiedenste Gegner einer Politik ist, welche die deutsche Armee den englischen Machtbestrebungen zur Verfügung gestellt wissen will. Es giebt in England Leute, die es heute noch wie zur Zeit des Krimkrieges als eine Auflehnung betrachten, wenn Deutschland nicht die Kriege Englands führen und nicht dessen Feindschaften in Europa auf sich nehmen will. Sie schließen die Augen vor der Thatsache, daß Deutschland mit seiner Militairorganisation niemals Kriege für fremde Zwecke führen kann, sondern nur solche, zu denen es durch directe Verletzung deutscher Interessen gezwungen ist, also wesentlich defensive Kriege, wie sie dem publicirten Texte des deutsch-österreichischen Bündnisses entsprechen, der hoffentlich inzwischen keine Abänderung erfahren hat. Wir wollen abwarten, ob die Gladstone'sche Presse sich in ähnlicher Tonart, in welcher der „Standard" und die officiösen englisch-deutschen Organe die Polemik gegen den Fürsten Bismarck persönlich geführt haben, äußern und welche Politik Gladstone selbst einschlagen wird. Einstweilen läßt sich das noch nicht berechnen.

* * *

Die „Straßburger Post" tritt der Meldung einiger, namentlich französischer Blätter entgegen, wonach die Begrüßung des Fürsten Bismarck durch reichsländische Verehrer vereitelt worden sei. Ein Blatt behauptete, es sei nicht möglich gewesen, eine Anregung zur Veranstaltung einer solchen Begrüßung in einem elsässischen Blatte unterzubringen, und man habe sich deshalb an ein lothringisches wenden müssen. Der Pariser „Temps" ließ sich sogar schreiben, die Generaldirection der elsaß-lothringischen Bahnen habe unter dem Vorwande, es mangle an Zeit, die Veranstaltung eines Sonderzuges nach Kissingen abgelehnt. „Alle diese Nachrichten", bemerkt die „Straßb. Post", „sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Jedes elsässische Blatt würde, deß sind wir sicher, eine desfallsige Anregung ohne jedes Bedenken aufgenommen haben; und was die Generaldirection der elsaß-lothringischen Bahnen angeht, so ist sie gar nicht in die Lage gekommen, sich über ein Gesuch zur Veranstaltung eines Sonderzuges zu äußern, weil Niemand ein solches Gesuch an sie gerichtet hat." — Wie das Blatt weiter mittheilt, war

an seine Redaction die Aufforderung gelangt, durch eine Anzeige oder einen redactionellen Hinweis darauf einen Besuch in Kissingen anzuregen, „vorausgesetzt, daß Fürst Bismarck am Sonntag den 31. Juli noch in Kissingen sei." Die Erkundigungen der Redaction ergeben indeß, daß das nicht der Fall sein würde.

* * *

Endlich finden wir an derselben Stelle noch folgende Mittheilung:

Dem Fürsten Bismarck ist während seines diesmaligen Aufenthalts in Kissingen eine so große Anzahl von schriftlichen und telegraphischen Begrüßungen zugegangen, daß es ihm unmöglich ist, die Beantwortung derselben mit der Kur zu vereinigen.

* * *

Zu einer neuen „Enthüllung" geben die „Hamb. Nachr." am 28. Juli (A.-A.) die gebührende Beleuchtung:

Durch die Presse läuft eine „Enthüllung" aus dem „Niederschlesischen Anzeiger" über die Entlassung des Fürsten Bismarck. Kaiser und Kanzler werden darin wörtlich sprechend angeführt und zwar auf Grund von Mittheilungen einer Gardinenstopferin und einer Reinmachefrau, die, durch den plötzlichen Eintritt des Kaisers in die Wohnung des Grafen Herbert Bismarck überrascht, in ihren Verstecken unfreiwillige Zeugen gewesen seien. Erfindungen ähnlichen Kalibers haben wir bisher nur in der französischen Presse erlebt, in specie beim „Figaro". Die obige Enthüllung wäre vollständig würdig, in Paris übersetzt und den dortigen Lesern mitgetheilt zu werden. Vielleicht aber ist sie selbst dem „Figaro" zu abgeschmackt. Das hindert aber natürlich die Berliner „Liberale Correspondenz" nicht, sie als baare Münze zu nehmen und sie der weiteren freisinnigen Presse zugänglich zu machen. Die genannte Correspondenz theilt auf Grund der niederschlesischen „Enthüllung" mit, daß Fürst Bismarck bei seiner letzten Unterredung mit Windthorst, im März 1890, den Verzicht auf die Sperrgelder zugesagt habe. Wir wiederholen, daß weder diese Frage noch überhaupt irgendwelche gegenseitige Concession mit einer Silbe zwischen beiden Herren damals zur Sprache gekommen ist. Es ist auch eine Erfindung, welche die „Liberale Correspondenz" leichtfertig sich aneignet, wenn sie sagt, Minister von Goßler habe in den Verhandlungen angedeutet, daß schon Fürst Bismarck die Auslieferung der Sperrgelder beabsichtigt habe. Wir ersuchen die „Lib. Corr.", in dem protocollirten Verhandlungsberichte diejenige Stelle anzugeben, worauf sich ihre Behauptung betreffs der Goßler'schen Andeutung gründet.

* * *

Zwei kurze, aber inhaltsreiche Bemerkungen entnehmen wir den „Hamb. Nachr." vom 29. Juli (M.-A.). Die eine:

Die „Germania" sagt in einem Artikel aus bekanntem Anlaß:

„Gesandte, die heute noch im Bismarck'schen Ideenkreise sich bewegen, dürften in der That absolut ungeeignet sein, die Interessen des Deutschen Reiches im Auslande zu vertreten."

Im Munde der „Germania" deckt sich diese Aeußerung mit der bekannten Diction eines Moskauer russischen Blattes: Das Hauptunglück für Deutschland sei seine Einigung gewesen!

Und die andre:

In mehreren Blättern findet „sittliche Entrüstung" gegen die unritterliche Hineinziehung von „Frauen" in die politische Discussion statt. Diese Entrüstung hat zur logischen Voraussetzung, daß Frauen keinen Einfluß auf die Politik haben. Das ist irrthümlich. Der Satz „Cherchez la femme!" gilt nicht nur im Privatleben, sondern auch in der Politik.

* * *

Die „Kreuz-Ztg." hatte vor einiger Zeit (vgl. unter dem 14. Juli S. 57 ff.) gewünscht, Fürst Bismarck möchte sein gewichtiges Urtheil etwas mehr zurückhalten. Darauf kommen die „Hamb. Nachr." am 29. Juli (A.-A.) noch einmal zurück und bemerken:

Wie bereits erwähnt worden ist, hat neulich die „Kreuz-Ztg." geäußert, die Meinung des Fürsten Bismarck sei zu wichtig, als daß er sie wie jeder andere Staatsbürger frei äußern dürfe. Wir würden den betreffenden Satz des Berliner Blattes unterschreiben, wenn statt wichtig richtig in ihm stände. Meinungen, die kein Fundament haben und von der Wahrheit entfernt sind, können schwerlich eine bedenkliche Wirkung für den Staat haben, mag sie aussprechen wer will. „Was andere dii minorum gentium sagten oder schrieben," fuhr die „Kreuz-Ztg." fort, „werde heute beachtet, morgen wieder vergessen; was aber der Fürst Bismarck sage oder schreibe, hätte bleibenden Werth." Letzteres kann doch nur dann richtig sein, wenn das, was Fürst Bismarck sagt oder schreibt, zutrifft. Wenn der frühere Reichskanzler leichtfertige oder unrichtige Urtheile fällte, so würden sie auch aus seinem Munde keinen bleibenden Werth haben.

* * *

Auch die gleich darauf folgende Auslassung wendet sich an die Adresse der „Kreuz-Ztg.":

In einer vom 19. Juli datirten Berliner Correspondenz der „Neuen Züricher Zeitung" lesen wir in Bezug auf den Fürsten Bismarck:

„Die ‚Kreuz-Ztg.' hat heute früh ein Moskauer Blatt (vgl. oben die erste Notiz aus der M.-A. des 29. Juli) citirt, das die unverschämte Aeußerung gethan hat, die Deutschen fingen jetzt an einzusehen, daß die Politik Bismarck's, die Einigung Deutschlands, ein Fehler gewesen sei. Wenn dies heute von russischer Seite so unumwunden gesagt wird, wie vielleicht vorher nicht, so erklärt sich dies wohl daraus, daß ein sehr großer Theil der deutschen Presse gar kein Maaß in den Schmähungen gegen Bismarck findet, was allerdings im Auslande die Ansicht hervorrufen muß, das deutsche Volk sei zu der Ansicht gekommen, daß die Politik Bismarck's ein großer Fehler gewesen sei.

„Die Blätter, welche heute Bismarck in der geschilderten Weise angreifen und sich dabei offenbar der Huld und Gnade der Regierung erfreuen, würden wohl eine solche Interpretation ihrer Artikel mit Entrüstung ablehnen; aber sie ist die ganz nothwendige Consequenz ihrer Haltung! Ist Bismarck der schwachköpfige und verächtliche Mensch gewesen, als welchen sie ihn darstellen, so muß auch seine Politik eine verkehrte gewesen sein, und war es eine große Narrheit, daß das deutsche Volk ihr so lange zugejubelt hat."

So das schweizerische Blatt. Wir möchten noch eine Bemerkung an die Adresse der „Kreuz-Ztg." richten: Wenn die deutschfeindliche, von polnischen Einflüssen beherrschte russische Hetzpresse den neuen Cours in Deutschland dem alten vorzieht, so liegt darin nichts Anderes als eine Anerkennung des letzteren. Auf Seiten der russischen Polenpresse wird die heutige politische Leitung in Deutschland natürlich lieber gesehen als die frühere, aber nicht aus Zuneigung zu uns und auch nicht in dem Bestreben, den Frieden zwischen Deutschland und Rußland zu erhalten. Im Uebrigen fürchten wir nicht ein directes Zerwürfniß zwischen Deutschland und Rußland als vielmehr die Thatsache, daß Deutschland nicht mehr so wie früher in der Lage ist, den Frieden zwischen Rußland und Oesterreich zu pflegen, und die Möglichkeit, daß Deutschland aus Schwäche in etwaige österreichische Balkanhändel sich mit hineinziehen läßt.

* * *

Die „Rheinisch-Westfäl. Ztg." sagt in einem Artikel über den Fürsten Bismarck:

Man hat dem Fürsten Bismarck als Muster dafür, wie ein entlassener preußischer Minister sich zu benehmen habe, den Freiherrn vom Stein vorgehalten. Als Stein aber lebte, gab es in Preußen noch keine Verfassung. Preußen war damals ein absolut regierter Staat. Das Muster Stein's kann also für die heutige Zeit nicht maßgebend sein.

Aber war denn in Wahrheit Stein als entlassener Minister ein wohlwollender Kritiker seiner Nachfolger im Amte? Er schrieb im Jahre 1807:

„Ich verspreche mir Nichts von den Ingredienzien de la cour de Memel; es ist eine geistlose, geschmacklose Zusammensetzung, keiner als der fäulenden Gährung fähig. Herr von Hardenberg scheint noch einiges Günstige zu erwarten; ich bewundere seine Langmuth, wünsche, daß sie begründet sei, erwarte aber von leeren, trägen und platten Menschen Nichts."

Daß diese Kritik de la cour de Memel eine bitterböse Kritik sei, wird man wohl zugestehen müssen. Den Freiherrn Stein dem Fürsten Bismarck als Muster dafür anzuempfehlen, wie sich entlassene Minister zu benehmen haben, beweist daher nur Unkenntniß der preußischen Geschichte seitens der Empfehlenden.

* * *

Am 30. Juli lesen wir in den „Hamb. Nachr." (M.-A.) Folgendes:

Nochmals die Erlasse. Es ist bereits mehrfach auf die auffällige Erscheinung hingewiesen, daß — wie aus dem im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Erlaß vom 23. Mai 1890 an die auswärtigen Missionen hervorgeht — schon zwei Monate nach der Zeit, bis zu welcher Fürst Bismarck die Geschäfte und die Politik des Deutschen Reiches verantwortlich geleitet hatte, der diplomatische Apparat eben dieses Reiches aufgeboten wurde, um den ersten Kanzler im Auslande herabzusetzen und zu verdächtigen. Für die darin liegende wunderliche Insinuation, daß Fürst Bismarck in den zwei Monaten seit seiner Entlassung ein ganz anderer Mensch geworden sei, als er im Amte war, hatte man keine Empfindung, und daß man sich dabei sagen mußte, eine solche Kritik der Person des eben erst aus dem Amt geschiedenen ersten Kanzlers treffe nothwendig auch dessen frühere Arbeit, richte sich gegen die ganze Regierung Kaiser Wilhelm's I., erhöhte die Seltsamkeit des Vorganges! Es bleibt nichts übrig, als in dem Erlaß vom 23. Mai 1890 den Beweis dafür zu erblicken, wie stark der Einfluß persönlicher Stimmungen und Verstimmungen die Politik des Reiches beherrscht.

Noch stärker wird man hiervon überzeugt, wenn man den Erlaß vom 9. Juni d. J. nach Wien und dessen amtliche Veröffentlichung ins Auge faßt. Es liegt hier die Thatsache vor, daß das Ansehen eines Weltreiches, wie des Deutschen, aufgeboten wurde, um die Feier der Hochzeit eines Privatmannes, die Einladungen zu derselben zu beeinflussen. Es ist ein eigenthümlicher Contrast, die deutsche Reichsgewalt, die deutsche Großmacht im Kampfe zu sehen mit den Grafen Hoyos und Palffy, um diesen die Zahl der Gäste zu beschränken, die sie zu einer Privatfeierlichkeit eingeladen hatten, um einige derselben, welche die Einladung bereits angenommen hatten, zur Absage zu nöthigen!

Wir sagten es schon: hätte man den Grafen Herbert Bismarck sich

ruhig verheirathen lassen, ohne sich um die Hochzeit und deren Gäste zu kümmern, so glauben wir nicht, daß irgendein Interesse des Deutschen Reiches dadurch geschädigt worden wäre, wohl aber, daß die Arbeitskraft unserer Vertretung in Wien für wichtigere Zwecke geschont worden wäre. Es ist ein Unicum in den diplomatischen Annalen, daß die Botschaft eines so großen Reiches, wie es das Deutsche ist, der Hochzeit eines Privatmannes gegenüber in der bekannten Weise in Thätigkeit gesetzt worden ist. Wir sind der Ansicht, daß die Controlle privater Geselligkeit im Auslande und die Einwirkung auf private Diner-Einladungen nicht zu den Aufgaben gehören, zu deren Lösung hochgestellte Staatsmänner berufen und Botschaftsgehälter bewilligt werden; ebenso wenig wie wir es ihres Dienstes erachten, dem Auslande eine geringere Meinung von der Qualität eines einzelnen deutschen Staatsangehörigen beizubringen. Das Budget für den diplomatischen auswärtigen Dienst des Reiches wird für Zwecke dieser Art vom Reichstage nicht bewilligt.

In der officiösen Presse wird der Versuch gemacht, die Annahme festzuhalten, als ob außer dem Erlasse vom 9. Juni 1892 in Wien keine weitere Einwirkung in Betreff des Fürsten Bismarck ausgeübt worden sei. Selbst wenn das nachgewiesen werden könnte, wäre damit vollständig genug geschehen, um den Eindruck zu befestigen, daß die ergriffenen Maßregeln außer jedem Verhältnisse zu dem erstrebten Zwecke standen, und daß dergleichen Einwirkungen nicht zu den politischen Geschäften der auswärtigen Diplomatie des Deutschen Reiches gehören. Aber, wie wir nur immer wiederholen können, ist der Nachweis in keiner Weise geführt, daß anderweitige Mittheilungen als die im „Reichsanzeiger" publicirten anläßlich des Wiener Aufenthalts des Fürsten Bismarck nach Wien und Pest nicht ergangen, und daß also unsere Wiener Angaben, wonach noch anderweitige Pressionen geübt worden wären, falsch seien.

Die Sache läge schon anders, wenn die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" von der amtlichen Versicherung begleitet gewesen wäre — daß *andere* Mittheilungen in dieser Sache nicht ergangen seien. Diese Erklärung ist aber nicht erfolgt und auch nicht nachgeholt worden, obwohl sie, wenn man einen Beweis nach dieser Richtung hin hätte führen wollen, das Minimum des vorhandenen Beweismaterials hätte bilden müssen.

Wir legen indeß hierauf kein Gewicht weiter; der Erlaß vom 9. Juni 1892 und seine amtliche Veröffentlichung genügt vollständig, um die Urtheile zu rechtfertigen, welche über die amtliche Einmischung in diese Angelegenheiten vom Standpunkte der auswärtigen Politik gefällt worden sind. Wir glauben nicht, daß die auswärtigen Acten irgendeiner anderen

Großmacht, wenn sie veröffentlicht würden, ein Analogon dieses deutschen Vorganges aufzuweisen hätten.

* * *

Ueber einen Passus aus der Rede des Fürsten am 24. Juli bemerken die „Hamb. Nachr." am 30. Juli (A.-A.):

Fürst Bismarck hat neulich bei der Huldigung der Süddeutschen in Kissingen die Mahnung ausgesprochen, die gemäßigten bürgerlichen Parteien möchten das, was sie trennt, zurücktreten lassen und sich auf dem Wege zu einigen suchen, wie er dies durch das Cartell angestrebt habe. Ein halb unbewußter Versuch hierzu lag vielleicht schon in der Kissinger Demonstration vom 24. Juli vor, an der nicht nur nationalliberale Elemente theilgenommen haben, sondern sogar Elemente von gemäßigt demokratischer und clericaler Gesinnung. In der Ovation für den Fürsten Bismarck trat unverkennbar auch das Bestreben der reichsfreundlich gesinnten Bevölkerung hervor, sich im Sinne des alten Cartells zu consolidiren. Allerdings haben die Beschimpfungen und Verleumdungen, welche gegen den ersten Reichskanzler gerichtet worden sind, und namentlich die officiöse Betheiligung sowie in letzter Linie die amtlichen Erlasse, die vor ihm warnen sollten, und deren Veröffentlichung erheblich dazu beigetragen, die Energie der Entrüstung in die Kissinger Begrüßung hineinzutragen.

* * *

Wie erinnerlich, wurde im Jahre 1892 in Berlin sehr lebhaft der Plan einer dort im Jahre 1897 abzuhaltenden Weltausstellung discutirt; er scheiterte an der Platzfrage und wurde außerdem durch das fait accompli einer Pariser Weltausstellung für 1900 überholt. Ehe es aber noch so weit war, stellen die „Hamb. Nachr." interessante Erwägungen darüber an, wie ein solches Unternehmen in Berlin wohl einschlagen würde. Sie sind für die Regierung nicht sehr schmeichelhaft. Es heißt an der zuletzt citirten Stelle:

In der Presse findet zur Zeit die Weltausstellungsfrage lebhafte Erörterung. Unserer Ansicht nach wird der Erfolg der Ausstellung wesentlich von dem Geschick und der Energie der leitenden Kräfte bei uns abhängen. Wenn diese dieselben sein sollten, die wir bei den Handelsverträgen am Werk gesehen haben, so drängen sich uns Zweifel auf. Aber wer weiß, welche Leute wir in mehreren Jahren an der Spitze haben; schlimmer als jetzt kann es in dieser Beziehung allerdings kaum werden. In anderen Ländern, namentlich in Frankreich und England, hängt das Schicksal eines Unternehmens wie eine Weltausstellung ist, nicht entfernt in dem Maaße von der Regierung ab wie bei uns. Für Frankreich z. B. ist der Vortheil von Paris allein entscheidend. Wenn

Paris zufrieden ist, ist es das Land auch. Paris hat keine Opposition zu erwarten. Alles was Paris in solchen Dingen vorschlägt, gewinnt sofort einen nationalen Charakter und reißt alle Franzosen mit sich fort. Das ist in Deutschland bezüglich Berlins in keiner Weise der Fall. Bei uns ist die Haltung der Regierung für den Erfolg ausschlaggebend. Haben wir eine kümmerliche Regierung, so wird die Weltausstellung sicher mißlingen; aber freilich wird auch beim Vorhandensein einer energischen das Gelingen sehr viel mehr Schwierigkeiten als in Frankreich unterworfen sein.

* * *

Eine wichtige Ergänzung zu den Berichten über den 1892er Aufenthalt des Fürsten Bismarck in Kissingen wurde erst sehr viel später, im Februar 1896, durch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bekannt. Die Rede des Fürsten, um die es sich dabei handelt, ist dann in gleichem Wortlaut auch von den „Hamb. Nachr." übernommen worden und hat damit die Authenticität gewonnen, von der wir im Vorwort zu Band I des vorliegenden Werkes die Aufnahme abhängig machten.

Unter der Ueberschrift „Eine Ansprache des Fürsten Bismarck" schrieben die „Leipz. Neuesten Nachr." im Februar 1896 Folgendes:

Der Sommer 1892 bildet in den Jahren, welche der Verabschiedung des ersten Reichskanzlers folgten, denjenigen Zeitpunkt, in dem der große Staatsmann seinen Gedanken und Empfindungen am rückhaltlosesten Ausdruck gab.

Zu den Auslassungen des Fürsten, die in Folge ihres intimen Charakters besonders hohes Interesse erregen, gehört auch die, mit der er auf die Begrüßung seitens einer Anzahl gelehrter Herren antwortete, die aus Schwaben erschienen waren, um dem Fürsten ihre Huldigungen darzubringen. Nach den Aufzeichnungen eines damals Anwesenden lautete die bisher noch nicht veröffentlichte Ansprache des Fürsten Bismarck folgendermaßen:

Ich danke Ihnen von Herzen für die Worte, mit denen Sie Ihre Aeußerungen schlossen, und für die gute Meinung, die Sie in Bezug auf mich hegen. Sie haben Recht, die Arbeit war schwer und sehr complicirt, sie ist mit Gottes Hülfe gelungen über menschliches Verstehen und Weisheit und hat in höherem Maaße zur nationalen Einigung geführt, als nach den gegebenen Prämissen von Hause aus zu erwarten war. Auch im Norden war der Particularismus stark, nur war er dort anders fundamentirt als in Süddeutschland. Meine preußischen Landsleute waren zufrieden mit dem Namen und Staat, den sie hatten. Je weiter man nach Osten ging, desto schwächer wurde das Gefühl für die Eigenschaft als Deutsche. Ich selbst bin einerseits ein Product der Berliner Schule, andererseits aber des Geistes, wie er im preußischen

Officier-Corps herrschte; letzterer war der des ganzen preußischen Landadels. Wenn eine nationale deutsche Ader in mir schlug, so lag das an der Berliner Schule. Als ich sie verließ, war ich national ziemlich empfänglich, aber im Innern republicanisch und Atheist. Den Gott hatten sie mir ausgetrieben. Insoweit war die Wirkung zwiespältig, und es hat der Kampf des Lebens dazu gehört, hier Aenderung zu schaffen zur Zeit, als ich besonnen genug war, meine Erziehung selbst zu leiten.

Als ich in die Politik zuerst hineinkam, ohne mein Zuthun, von der 1847er Anregung ergriffen, da stand ich schon wieder ganz bei der altpreußischen Partei. Man wird politisch oft erzogen durch Abschreckung. In Göttingen war die Burschenschaft das erste, in das ich hineinkam. Der Mangel an gesellschaftlicher Erziehung und die Enge des Gesichtskreises schreckten mich ab; dadurch bin ich vielleicht der Gefahr entgangen, in die Untersuchungen gegen die Burschenschaft 1833 verwickelt zu werden. Jene zwei Seelen, die in mir kämpften, waren das preußische Soldatengefühl und das Bewußtsein, einem größeren Vaterlande anzugehören. Auch beim stärksten preußischen Particularisten, den wir hatten, beim König, war Aehnliches der Fall. Er hielt auf sein Deutschthum im Bunde und fragte mich einmal bei Gelegenheit der Augustenburger Sache: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ Aber der Preuße in ihm verlor nichts dabei. Es war dem Könige schwer; es gab indeß keinen anderen Weg. Selbst wenn wir geschlagen wurden, war's nicht schlimmer wie im damaligen Zustande. Es würde eine Verschmelzung auf anderer Basis gegeben haben, vielleicht keine so haltbare, aber ich glaubte nicht, daß wir geschlagen werden würden. Der Krieg von 1870 war nöthig, aber er wurde uns gebracht, wir wären ohne ihn in eine Art Olmütz gerathen. Umtriebe höfischer und anderer Art waren in diesem Sinne thätig. Im ganzen kann ich sagen: es war eine beträchtliche moles von Arbeit, germanam condere gentem, ich danke Gott, daß er es mich hat überstehen lassen, und ich würde gern das Werk noch weiter gepflegt haben. Aber unser junger Kaiser will es allein machen. Nachdem die Deutschen geeint sind, lassen sie sich so leicht nicht trennen. Auch die Fürsten, früher meist Particularisten, sind zufrieden mit der Bürgschaft, welche sie in der Reichsgemeinschaft für den Bestand ihrer Herrschaft finden. Wenn der Reichsschutz wegfiele, so würden die einzelnen Staaten an der freien Luft Europas nicht die Bedingungen zum Gedeihen haben.

Also ich glaube, daß alle Vorbedingungen vorhanden sind, um nach meinem Ausscheiden die neuen Einrichtungen zu sichern. Die beiden Hauptklammern unserer nationalen Einheit sind Bundesrath und Reichs-

tag. Der Bundesrath hat die Geltung, die ich von ihm hoffte, nie ganz erreicht. Ob die Zulassung der Oeffentlichkeit da nützen würde, ist ein Gedanke, der mir mehrmals gekommen ist. Der Reichstag kommt herunter durch den Kampf der Parteien, der in ihm stattfindet. Jede von den Fractionen hofft auf Alleinherrschaft, besonders die drei großen Fractionen: Centrum, die Nationalliberalen und Conservativen. Da herum gruppiren sich die, deren Interessen quer treiben: Polen, Welfen, Franzosen, Dänen, Socialdemokraten. Letztere rechne ich zu den fremden Völkerschaften. Ihre Behandlung ist eine Kriegsfrage. Unser Reichstag als Brennpunkt des nationalen Lebens erfüllt die Erwartungen nicht, die ich bei seiner Herstellung gehegt habe. Wenn man den einzelnen Fractionen Versprechungen macht, kann man alles durchsetzen, jedes sacrificium intellectus erhalten. Das Volk selbst wird aber zusammenhalten; den Fraktionen kommt das Zusammenhalten erst in zweiter Linie, jede will zuerst herrschen, d. h. Einfluß, Stellung haben. Wie man da abhelfen könne? Ja, das ist bald gesagt, aber nicht gethan. Wenn man den Reichstag stärken muß, so muß man die Verantwortlichkeit der Minister verschärfen. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist in Preußen durch die Verfassung versprochen, aber bisher nicht erlassen, im Reiche nicht. Ein Jeder kann also Reichskanzler werden ohne Beruf dazu, und das Amt des Reichskanzlers kann zu dem eines Cabinetssecretairs herabgedrückt werden, dessen Verantwortlichkeit sich auf Ausführung des ihm Befohlenen beschränkt, ohne Prüfung und Auswahl des Nützlichen. Wenn das Haus, an dem ich habe bauen helfen, ins Wanken kommt, oder wenn sein Dach durchregnet, so erfüllt mich das mit Sorge, daher rede ich Ihnen von diesen Dingen anstatt z. B. vom heutigen schlechten Wetter. Der Gedanke, daß ich überhaupt schweigen sollte, ist eine der größten Verrücktheiten, die mir zugemuthet worden sind. Von keinem Anderen würde man verlangen, daß er nur im Walde spazieren gehe, nichts denken und sprechen solle. Von mir erwarten es viele Leute, sie muthen mir dies zu im „Interesse meines Ansehens, meines Ruhms, den ich Blatt für Blatt zerpflücke". Wenn ich schweige und zusehe, so ist das für mich viel bequemer, auf die andere Weise ziehe ich mir viele Feindschaften zu. Ich würde aber vom Feigheitsgefühle nicht frei bleiben, wenn ich anders mich verhielte, als ich es thue. Ohne eine gewisse Bitterkeit läßt sich nicht Kritik üben, da man doch voraussetzen muß, daß fähige Leute in die höchsten Aemter kommen, solche, die das Geschäft, welches sie übernommen haben, einigermaßen kennen. Wenn wir ein Verantwortlichkeitsgesetz hätten, würde Einer, der die Fähigkeiten nicht hat, auch die Stelle nicht übernehmen.

Ich habe mit dem Reichstage jahrzehntelang aufs Blut gekämpft; aber ich sehe, daß diese Institution sich gerade im Kampfe mit Kaiser Wilhelm I. und mir abgeschwächt hat. Das Zollparlament hatte damals mehr Gewicht, seine nationalen Discussionen machten mehr Eindruck als jetzt die des Reichstages. Als ich Minister wurde, war die Krone bedrängt, der König war entmuthigt, weil die Minister ihm versagten und wollte abdiciren. Da habe ich gestrebt, die Krone gegenüber dem Parlamente zu stärken. Vielleicht habe ich dabei zu viel gethan. Wir brauchen ein Gleichgewicht, und die freie Kritik halte ich für die monarchische Regierung unentbehrlich, sonst verfällt sie dem Absolutismus der Beamten. Es sind heutzutage nicht die Monarchen, welche in absoluten Staaten regieren, sondern die Bureaukratie! Der verständigste Absolutismus, der je geherrscht hat, bestand bis 1847 in Preußen; aber doch fiel das ganze Gebäude des absoluten Staates in einer Nacht und zwar in sich selbst zusammen: der Aufstand war vollständig geschlagen, der König konnte Gericht halten, wenn er wollte, auch im Lande waren damals keine Verzweigungen. Das Bedürfniß nach Aenderung steckte tief im Volke, namentlich aber in den Beamten bis in die Ministerien hinein; und sowie der kalte Luftstrom hereinbrach, trat eine ähnliche Erscheinung ein, wie 1806 die Demoralisation der Armee und die Capitulation der Festungen. Wir brauchen die frische Luft der öffentlichen Kritik, unser ganzes Verfassungsleben beruht darauf. Wenn die Volksvertretung kraftlos wird und nur zum Organ des höheren Willens, so kommen wir, wenn das so weiter geht, zum aufgeklärten Absolutismus zurück. In thesi mag das die geeignetste Staatsform sein, ich möchte sagen: die göttliche; aber die Gründe, welche sie unannehmbar machen, liegen in der menschlichen Schwäche.

Das Centrum ist ja jetzt die regierende Partei. Ich habe gestrebt, mit den Katholiken in Frieden zu leben, und als die Fortschrittspartei zum Centrum überging, da war der Kampf gegen dieses nicht mehr haltbar. Ich glaube überhaupt, daß er zu juristisch betrieben wurde, zu sehr in den Details. Kurz, ein modus vivendi mußte gefunden werden. In neuester Zeit complicirt sich die Sache dadurch, daß der Papst aufhört, ein Hort der monarchischen Institutionen zu sein, daß er gewissermaßen Opportunist wird und acceptirt, was der Strom der Zeit ihm antreibt. Dies liegt in dem Bruche mit den monarchischen Parteien in Frankreich, und es ist bemerkenswerth, daß der Papst als praktischer Politiker keine Hoffnung mehr auf die Restituirung einer Monarchie dort setzt. Die Bestrebungen der französischen Monarchisten lassen allerdings an das alte Sprichwort denken: Man macht keinen

Hasenpfeffer, wenn man nicht erst einen Hasen hat; so macht man keine Monarchie ohne einen Monarchen.

Der päpstliche Einfluß wendet sich bei diesem Vorgange vom Dreibund einigermaßen ab, wenn er sich Frankreich zuwendet, und es scheint, daß der Wunsch nach Herstellung des Kirchenstaates unter diesem Papste jetzt ebenso hervortritt wie unter seinem Vorgänger. Wenn der Papst aber gegen unseren Bundesgenossen Italien auftritt, so zieht er uns mit in den Kampf. Und dabei ist das Centrum die Hauptstütze des jetzigen Reichskanzlers! Er hält es, und es hält ihn, in Art einer gegenseitigen Assecuranz. Wenn der Papst nun andere Wege der auswärtigen Politik geht, so steht der Kanzler vor der Frage, ob er ihm dahin folgen kann!

* * *

Am 30. Juli traten das fürstliche und das gräfliche Paar Bismarck die Reise von Kissingen nach Jena an. Die „Hamb. Nachr." berichten darüber:

Die Abreise des Fürsten Bismarck aus Kissingen erfolgte programmmäßig mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 2 Uhr 40 Minuten. Die Fahrt der fürstlichen Familie durch die Stadt hatte Tausende Einheimischer und Kurgäste auf die Straßenzüge zum Bahnhof und auf diesen selbst geführt, welche die hohen Herrschaften fortwährend jubelnd aufs Herzlichste begrüßten. Rufe aller Art und „Auf frohes Wiedersehen!" ertönten. Der Salonwagen des Fürsten war in seiner ganzen Ausdehnung mit Guirlanden, Fahnen und Emblemen geschmückt; über dem mittleren Fenster hing ein großer Kornblumenkranz. Die ganze Ausschmückung des Wagens rührte von den Kissinger Kurgästen her. Am Ausgangsportal des Fürstenzimmers befand sich ein bekränzter Schild mit der Inschrift: „Der in Not uns und Gefahr, Thatenbringer, Führer war — Bismarck — bleibt sich immer gleich — allezeit und immerdar — für den Kaiser, für das Reich!" — Der ganze Bahnhofperron und eine ganze Strecke darüber hinaus waren mit Menschenmassen bedeckt, welche den langsam abfahrenden Zug ununterbrochen mit Hurrahrufen begleiteten. Sie gaben der fürstlichen Familie unter Händedrücken und Blumenwerfen bis etwa zweihundert Meter mitlaufend das Geleit, so daß es des energischen Einschreitens der Polizeigewalt bedurfte, um Schaden zu verhüten. Die ganze Reise von Kissingen nach Jena glich in Wahrheit einem Triumphzuge und überbot an Großartigkeit die analogen Vorgänge auf der Fahrt nach Dresden, München ꝛc. Auf jeder Station waren je nach der Größe Hunderte und Tausende von Menschen versammelt, welche ihrem innigsten Bedürfnisse, dem Fürsten Bismarck ihre Treue, Liebe und Anhänglichkeit zu bezeugen, in jeder möglichen Weise Ausdruck zu geben suchten. Besonders geschah dies in Ritschenhausen, Suhl, Oberhof, Plaue, Arnstadt, Neudietendorf, Erfurt und Weimar.

Aus Ritschenhausen, der Eisenbahnstation Meiningens, wird der „Rhein.-Westf. Ztg." u. A. berichtet:

Da erscheint der Zug. Der Wagen des Fürsten ist mit Guirlanden und Fähnchen in den deutschen Reichsfarben prächtig geziert. Der Wagen hält, und das mächtige Haupt des Altreichskanzlers wird in dem geöffneten Fenster sichtbar; der Fürst sieht gut aus. In einem anderen Fenster sieht man den Grafen Herbert und ihm zur Seite in einfachem Reisekleide seine jugendliche Gemahlin, deren glückstrahlendes Gesicht die Freude über den Empfang verräth. Auch die Fürstin wird von Zeit zu Zeit einen Augenblick sichtbar. Mit brausendem Jubel und kräftigstem Hoch empfängt das Publicum den einfahrenden Zug. Man muß solche Begeisterung einmal selbst beobachtet haben, um überzeugt zu sein, daß hier nichts Gemachtes vor sich geht, daß der Jubel von Herzen kommt und auch zu Herzen Derjenigen geht, denen er gilt. Ueber das ernste, aber milde Antlitz des gewaltigen Mannes, des Fürsten, legt sich ein Zug der Rührung, als er dankend sich verneigt, während die Zuschauer das Haupt entblößen. Es treten einige Herren aus der Menge vor, welche dem Fürsten für seine Gemahlin und Schwiegertochter zwei prächtige Bouquets überreichen. Dann richtet der frühere Vertreter des Meininger Wahlkreises im Reichstage, Herr Brauereibesitzer Zeitz aus Meiningen, eine Ansprache an den Fürsten, die in ein Hoch auf ihn und seine Familie ausklingt.

Nachdem das brausende Hoch verhallt ist, folgt ehrerbietiges Schweigen; denn der Fürst hat sich erhoben und beginnt zu sprechen:

„Es freut mich, hier an der Schwelle Thüringens so herzlichen Empfang zu finden."

Hier wird der Fürst unterbrochen, da sich der Wagen in Bewegung setzt. Der Zug muß hier, am Ende der bayrischen Staatsbahn, neu formirt werden, und der dienstthuende Beamte, der sich auf der anderen Seite des Zuges befindet und das Rangiren zu besorgen hat, hat offenbar nicht bemerkt, daß der Fürst redet. Doch bald kehren die Wagen zurück. Der Fürst erhebt sich wieder und fährt nun fort:

„Ich wurde vorhin unterbrochen, als ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für die überaus freundliche Begrüßung sagen wollte, welche Sie mir hier zu Theil werden lassen. Seit fünf Wochen hatte ich, so zuletzt wieder in Bayern, den wärmsten und herzlichsten Empfang gefunden, und ich kann sagen, es hat dies meinem Herzen wohlgethan. So darf ich denn auch glauben, daß das, was ich im Dienste des Vaterlandes geleistet, im deutschen Volke Anerkennung gefunden, daß es Wurzel geschlagen hat im Herzen des deutschen Volkes.

(Lebhafteste Zustimmung von allen Seiten. Der Fürst nimmt den Hut ab und fährt entblößten Hauptes fort:)

„So darf ich denn wohl auch hoffen, daß diese Wurzeln so festen Boden gefaßt, daß aller Neid, aller Haß und alle Verleumdung und Verhetzung, welche sich in letzter Zeit so vielfach gegen mich gerichtet, nicht hinreichen, um dies aus dem Herzen des deutschen Volkes zu verdrängen."

(Stürmische Zurufe der Näherstehenden: „Nein, nimmermehr! Treue für immer!" und stürmisches Hoch der Entferntesten unterbrechen hier den Fürsten und hindern ihn, weiter zu reden.)

Nun ergreift Herr Steuerrath Ginsberg aus Meiningen das Wort:

„Eure Durchlaucht! Wir geloben Ihnen und Ihrem Werke Treue und Hingebung bis an den Tod! Wir alle, die wir in der Zahl von über Tausend hierhergekommen sind, wollen dem Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung Ausdruck geben, indem wir wiederholt rufen: Seine Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch, hoch, hoch!"

Es erschallt wieder jubelndes, brausendes Hoch. Dabei reichen die Umstehenden dem Fürsten die Hände; die Damen und Kinder suchen ihre Sträuße abzugeben, die der Fürst mit rührender Aufmerksamkeit, soweit er reichen kann, sammelt. Wer den Wagen nicht erreichen kann, wirft sie ihm zu, so daß das Blumenwerfen zuweilen wie ein regelrechtes Bombardement aussieht.

Zur Freude der Jugend erscheint kurz vor der Abfahrt in einem Fenster des Wagens der treue Begleiter seines Herrn, der Reichshund Tyras, seine Pfoten auf die Fenstereinfassung legend und das Publicum betrachtend. Er verhält sich dieses Mal ganz ordentlich, während er es sich vor einigen Jahren herausnahm, auf dieser Station aus dem Wagen herauszuspringen und in tollen Sprüngen über den Bahnhof zu laufen, bis er endlich wieder eingefangen wurde. Doch nun wird lange nach der fahrplanmäßigen Zeit das Abfahrtssignal gegeben. Der Zug setzt sich langsam in Bewegung und entführt den Fürsten unter donnernden Hochrufen der Menge zu weiteren Ehren nach Jena.

Bald darauf hält der Zug in Plaue. Hier ist die ganze Umgegend zusammengeströmt; besonders haben sich auch fast sämmtliche Badegäste aus Ilmenau und Elgersburg zur Begrüßung eingefunden.

Als der Schnellzug mit dem Fürsten sichtbar wurde, war die Erregung des Publicums nicht mehr zu meistern. „Hoch" und „Hurrah" erscholl es aus Aller Munde, und erwartungsvoll richteten sich aller Augen nach dem fürstlichen Salonwagen, ob der Altreichskanzler sich zeigen werde. Und jetzt wurde ein Fenster herabgelassen. Zunächst erschien im Rahmen desselben Graf Herbert Bismarck, einen Moment später aber trat der Fürst an dessen Stelle. Der Jubel, der jetzt die Menge ergriff, läßt sich nicht beschreiben. Alle Welt war an den Wagen herangedrängt; Jeder suchte dem Fürsten die

Hand zu drücken und eine nicht mehr zählbare Menge kostbarer Blumenbouquets wurden ihm zugereicht.

Nun trat der jugendliche evangelische Pfarrer von Plaue heran, um an den Fürsten eine Ansprache zu halten. „Durchlaucht," sagte er unter völliger Stille der immer mehr heandrängenden Menge, auf dieselbe zeigend, „das ist das Denkmal, was Eure Durchlaucht sich durch Thaten gesetzt haben, das einzig in der Geschichte sein wird, durch die Thaten, die uns das Deutsche Reich gebracht haben. Euer Durchlaucht Wort hat es geschmiedet."

Sichtlich bewegt dankte der Fürst.

„Meine sechswöchentliche Reise", sagte er ungefähr, „gleicht einem Triumphzuge, wie ich ihn so erhebend nicht zu träumen gewagt hatte. Ich bin durch Sachsen, durch Bayern, Franken gekommen, und überall hat mich das Volk jubelnd begrüßt. Und besonders freue ich mich auch in Thüringen, dem Wohnsitz echt deutscher Männer, mein Wirken anerkannt zu sehen. Ich werde mich nicht mehr ändern, meine Gesinnungen bleiben dieselben."

Kaum hatte der Fürst die kurze Rede geschlossen, die auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck machte, so brach das Hoch- und Hurrahrufen von Neuem los. Jetzt gab der Zugführer aber das Signal zur Abfahrt, und Bismarck setzte sich nieder, nachdem er nochmals nach allen Seiten hin gedankt hatte. Während der Zug sich aber in Bewegung setzte, sang das Publicum „Deutschland, Deutschland über Alles!" was den Fürsten veranlaßte, sich abermals zu erheben und nochmals mit den Händen winkend zu danken.

Aus Weimar wird berichtet:

Der Aufenthalt des Fürsten Bismarck hier war nur kurz bemessen; der Schnellzug, der den Fürsten und seine Gemahlin, sowie den Grafen Herbert Bismarck und Gemahlin brachte, hatte auf fast allen Stationen Aufenthalt gehabt in Folge der dem Fürsten dargebrachten Huldigungen; der festlich geschmückte Salonwagen zeigte eine massenhafte Aufthürmung von Blumenspenden. Der Bahnsteig des hiesigen Bahnhofs war von einer für weimarische Verhältnisse ganz ungewöhnlich zahlreichen und erregten Menge gefüllt, die sofort, als die Gestalt des Fürsten am Fenster sichtbar war, ihn mit unaufhörlichen Hochrufen begrüßte. Bürgermeister und Gemeinderath, Abordnung und junge Damen mit zierlichen Rosenspenden aus den Gärten unserer Dichterheroen, hatten an dem Salonwagen, den der Fürst alsbald verließ, um die Blumenspenden sichtlich erfreut entgegenzunehmen, Aufstellung genommen.

Der Bürgermeister begrüßte den Fürsten mit einer Ansprache, auf die dieser, auf den Stufen des Wagens stehend, in längerer Rede erwiderte.

Er dankte herzlich für den ihm bereiteten Empfang, der sich den Kundgebungen in Franken anschließe und ihm besonders lieb sei; habe er doch Weimar als dem geistigen Mittelpunkt Deutschlands stets die lebhafteste Theilnahme zugewendet; auch in politischer Beziehung habe Weimar ihm in Folge der nationalen Haltung seiner Regierung stets nahe gestanden, und zu besonderer Dankbarkeit fühle er sich verpflichtet dem Großherzog gegenüber.

Die Rede endete mit einem Hoch auf den Großherzog, worauf ein Hoch auf den Fürsten Bismarck, den Schöpfer des Deutschen Reiches und Paladin Kaiser Wilhelm's des Siegreichen, ausgebracht wurde. Die Menge brach in gewaltige Jubelrufe aus, die sich ständig wiederholten und leider eine zweite kurze Ansprache des Fürsten völlig übertönten. Unter erneuten Hochrufen setzte sich der Zug in Bewegung, der den Gast, geleitet von Gemeinderath und Empfangsdeputation aus Jena, dorthin führte. Allgemein wird das überaus kräftige Aussehen des Fürsten bemerkt.

In Jena langte der prachtvoll geschmückte fürstliche Zug unter heftigem Platzregen und Gewitter an. Der Fürst verließ unter strömendem Regen den Salonwagen und wurde von einer Deputation der städtischen und akademischen Behörden in das Fürstenzimmer des Bahnhofes geleitet, wo Geheimrath Lipsius eine Ansprache hielt, auf welche der Fürst herzlich dankte:

Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf classischem Boden zu empfangen. Warum ich diesen Boden einen classischen nenne, geht aus Ihrer Rede hervor. Die Universität Jena ist klein, aber berühmt und auch im Ausland bekannter als manche andere Universität. Der Ruhm Jenas und Thüringens beruht auf ihrem deutschen Herzen. Thüringen, selbst im Herzen Deutschlands, hat stets ein warmes nationales Empfinden bewiesen trotz seiner verschiedenen Territorien. Auch diese Spaltung ist eine echt deutsche Eigenthümlichkeit, aber sie hat die Thüringer nie dem Gefühl für das große Allgemeine entfremdet.

Thüringens Lande sind umrankt von Gesängen und Sagen aus ursprünglicher Zeit; vor und nach Luther können sie auf ein reiches dichterisches Leben zurückblicken. Ohne Poesie und Romantik, centralisirt, würde der Deutsche zum Franzosen hinabsinken. Es ist erfreulich, daß die Bildungsstätten in Deutschland nicht wie in manchen centralisirten Ländern in einer Stadt vereinigt sind. So verbreiten sie überall Aufklärung im Volk und sind Pflegerinnen urdeutscher Eigenschaften in seiner Mitte. Aber auch dafür muß man dankbar sein und der deutschen Eigenheit Rechnung tragen, das Vaterland in der nächsten Umgebung zu suchen.

Ich könnte hier noch viel sagen, aber ich weiß nicht, ob Sie nicht über uns ein andres Tagewerk beschlossen haben, weshalb ich Sie nicht länger aufhalten will. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundlichen Worte und bitte noch um Entschuldigung, daß ich so schlechtes Wetter mitgebracht habe.

Dann folgte die Abfahrt der angekommenen Herrschaften. Die Fahrt durch die Stadt war von unbeschreiblicher Großartigkeit und nach Aussage der nächsten Umgebung des Fürsten den Dresdener Eindrücken mindestens an die Seite zu stellen. Der ganze Straßenzug vom Bahnhof bis zum „Hotel zum schwarzen Bären" war von einer Menschenmenge erfüllt, welche man ohne Uebertreibung auf 20- bis 30000 schätzen kann. Jedes einzelne Haus der alten Universitätsstadt war in sichtlicher Liebe mit Guirlanden, Fahnen, Widmungen und Emblemen geschmückt, die öffentlichen Gebäude prangten ebenso wie die privaten im reichen Flaggenschmucke. Einzelne Gebäude und Straßenprospecte boten in der seltsamen Beleuchtung des hereinbrechenden Abends, des abziehenden Gewitters, der bengalischen Lichter und Fackeln malerisch höchst wirkungsvolle Anblicke. Der Zug durch die Stadt erfolgte im offenen Wagen mit Vorreitern, Musikcorps und Aufzügen der in vollem Wichs erschienenen studentischen Verbindungen, welche zugleich mit den übrigen Vereinen Spalier gebildet hatten. Während des ganzen Zuges erfüllte ununterbrochenes Hoch- und Hurrahrufen der vielen Tausende die Luft. Alle Häuser waren an allen Fenstern und Thüren mit festlich gekleideten, begeisterten, dem vorüberfahrenden Fürsten huldigenden Menschen besetzt. Auf dem Lutherplatz, wo das Hotel zum schwarzen Bären steht, war bei Ankunft der fürstlichen Wagen jeder Zoll Raum dicht besetzt. Der Eindruck, den die hurrahrufende, tücherschwenkende, die Arme begeistert emporhebende Menschenmenge hervorbrachte, war im höchsten Maaße ergreifend. Der Fürst trat alsbald auf den Balcon hinaus und dankte in kurzer markiger Rede für die ihm gezollte Liebe und Verehrung.

Meine Herren! Ich bin stolz auf den Empfang, den Sie mir in der thüringischen Universitätsstadt bereitet haben. Er ist ebenbürtig der wohlwollenden Aufnahme, die ich in der letzten Zeit im Süden des Vaterlandes gefunden habe. Er liefert mir den Beweis, daß auch nördlich vom Thüringer Wald meine Beziehungen zum deutschen Volke nicht erschüttert sind, sodaß ich über Verdächtigungen, die meine Person betreffen, hinwegsehen kann. In solcher Anhänglichkeit finde ich den schönsten Lohn meines Lebens. —

Bei diesen Worten erhob sich ein Hoch und ein Hurrah, das den Fürsten am Weiterreden hinderte.

Ich bin dankbar für die Liebe, die mir bis zu meinem letzten Tage bleibt.

Die wiederholten Kundgebungen veranlaßten den Fürsten später nochmals am Fenster zu erscheinen.

„Ich danke Ihnen", sprach er etwa, „für den freundlichen Empfang, den mir die Stadt Jena bereitet hat, und ich freue mich, daß in Thüringen, also auch nördlich des Mains, so viele Herzen für mich schlagen trotz der Verdächtigungen und Erschütterungen (lang anhaltender stürmischer Zuruf), denen ich ausgesetzt gewesen bin. Ich hoffe, daß ich morgen einen Theil von Ihnen hier wiedersehen werde. (Laute Zurufe: „Alle, Alle!") Für heute entschuldigen Sie mich wohl."

Der Jubel wurde hier so stürmisch, daß der Fürst sich nur wiederholt verneigte.

Auch Graf Herbert sprach vom Balcon aus einige Worte und dankte für die Freundlichkeit, mit der man in Jena seine junge Frau als neue deutsche Landsmännin aufgenommen habe.

Inzwischen hatte sich im unteren Saale des Hotels die große Senats-Deputation, der Prorector und die vier Decane an der Spitze, zur Begrüßung des Fürsten versammelt. Fast alle Lehrer der Hochschule hatten sich angeschlossen. Die Frau Fürstin, Graf und Gräfin Herbert Bismarck wohnten dem feierlichen Acte bei. Der Prorector Professor Dr. Brockhaus richtete eine Ansprache an den Fürsten, die mit folgenden Worten schloß:

„In dem Hause, in welchem einst der reformator Ecclesiae gewohnt, dürfen wir heute den reformator Germaniae begrüßen. Die Jahrhunderte reichen sich die Hand, und die leuchtende Fackel der Vaterlandsliebe, die vor drei Jahrhunderten ein Deutscher entzündete, ist unverlöscht in die Hand des Deutschen übergegangen, dem wir heute die Versicherung unserer treuen Verehrung darbringen.

„Möge die Fackel der Begeisterung für unser Volk und seine Zukunft niemals erlöschen, und möge die starke Hand, welche in rastloser, opfervoller Arbeit das Deutsche Reich zu errichten vermochte, sie uns noch viele Jahre vorantragen. Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck lebe hoch!"

Der Fürst antwortete:

Meine Herren! Dieses Hoch, das mir soeben von so autoritativer Stelle und mit so erhebenden Worten gebracht worden ist, könnte mich nach allen Ovationen, die ich in den letzten Wochen erfahren habe, stolz machen, wenn ich es für meine Person mir allein anziehen dürfte. Ich habe schon neulich bei einer ähnlichen Begrüßung gesagt: ich bin der Erbe des Verdienstes meiner Mitarbeiter geworden, weil sie vor mir gestorben sind; in erster Linie mein alter Herr, Kaiser Wilhelm I., der nicht für den deutsch-nationalen Gedanken erzogen und nicht in diesem aufgewachsen war, den aber das angeborene deutsche Gefühl nie verlassen

hat, und dem man nur allmählich und langsam den Weg zeigen durfte, den er zu gehen hatte, um zu der Stelle zu gelangen, in der er gestorben ist, und gegen deren Annahme er sich in seiner Bescheidenheit lange gewehrt hat, obschon er das Ziel wollte, das erreicht worden ist. Ich habe Mühe gehabt, ihm klar zu machen, welcher Zauber in dem Titel des Kaisers liegt, in der ganzen Repräsentation des Kaiserthums und der historischen Beziehung, welche im deutschen Geiste mit dem Kaisertitel und der Stellung des Kaisers verbunden war. Es ist mir gelungen, ihn davon zu überzeugen.

Diese Arbeit, hinter den Coulissen sozusagen, ist schwieriger für mich gewesen, und die Diplomatie im eigenen Hause fast complicirter als die mit dem Auslande, dem gegenüber ich von Haus aus wußte, was ich zu thun hatte. Ich kann in dem ganzen Gange, den uns Gottes Vorsehung geführt hat, doch nur eine besondere Vorherbestimmung erkennen. Selbst die Schlacht, die für ein preußisches Herz mit dem Namen Jena schmerzliche Erinnerungen weckt, war nothwendig, wenn die geistige Reaction in Preußen erfolgen sollte, wenn das in Preußen überhaupt möglich sein sollte, was ich erstrebte, das heißt ein Königlich preußisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Das alte friedericianische Heer wäre schwerlich ein Pfleger des heutigen verfassungsmäßigen und nationalen Staatslebens gewesen.

Wir haben nachher erlebt, daß die unzeitigen Anfänge von der Leitung, die hoch über uns schwebt, immer rechtzeitig zurückgeschlagen worden sind, die nur zu unvollkommenen Gebilden hätten führen können, bis der Moment kam, wo wir unsere Streitigkeiten in einem bedauerlichen Bruderkrieg, wenn ich den von 1866 erwähnen darf, erledigen mußten. Es ging aber nicht anders. Auch der französische Krieg war nothwendig; ohne Frankreich geschlagen zu haben, konnten wir nie ein Deutsches Reich mitten in Europa errichten und zu der Macht, die es heute besitzt, erheben. Frankreich würde vielleicht später Bundesgenossen gefunden haben, um uns daran zu hindern. Auch der französische Krieg war ein nothwendiger Abschluß. Diese ganze Entwickelung müssen Sie nicht meiner vorausberechnenden Geschicklichkeit zuschreiben; es wäre eine Ueberhebung von mir, zu sagen, daß ich diesen ganzen Verlauf der Geschichte vorausgesehen und vorbereitet hätte. Man kann die Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen. Man kann die Politik eines großen Staates, an dessen Spitze man steht, seiner historischen Bestimmung entsprechend leiten, das ist das ganze Verdienst, was ich für mich in Anspruch genommen habe. Es gehört allerdings noch mehr dazu — Vorurtheilslosigkeit, Bescheidenheit, Verzicht auf gewisse

Lieblingsideen und auf eigene Ueberhebung, und zwar dies in höherem Grade als eine überlegene Intelligenz, die Alles voraussieht und beherrscht.

Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen, und das Abwarten des rechten Moments ist in beiden Situationen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe. Ich habe oft lange auf dem Anstand gestanden und habe mich von Insecten umschwärmen und zerstechen lassen müssen, ehe ich zum Schuß kam. Ich möchte von mir nur den Verdacht abwehren, daß ich unbescheiden gewesen bin, daß ich Verdienste in Anspruch nehme, die mir nicht beiwohnen. Das Verdienst, das ich beanspruche, ist: Ich habe nie einen Moment gehabt, in dem ich nicht ehrlich und in strenger Selbstprüfung darüber nachgedacht, was ich zu thun habe, um meinem Vaterland, und ich muß auch sagen, meinem verstorbenen Herrn, König Wilhelm I., richtig und nützlich zu dienen. Das ist nicht in jedem Augenblick dasselbe gewesen, es haben Schwankungen und Windungen in der Politik stattgefunden; aber Politik ist an sich eben keine logische und keine exacte Wissenschaft, sondern es ist die Fähigkeit, in jedem wechselnden Moment der Situation das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßigste zu wählen. Es ist mir das nicht immer gelungen, aber überwiegend doch in den meisten Fällen. Man hat von mir gesagt, ich hätte außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik. Das ist richtig, aber ich kann dem Deutschen Reiche nur wünschen, daß es Kanzler und Minister haben möge, die immer Glück haben.

Es hat das eben nicht Jeder. Meine Vorgänger im Amte, im Dienste des preußischen Staates, haben es nicht so gehabt. Ich glaube nicht, daß irgend einer von ihnen, wenn er nach Jena gekommen wäre, den Empfang gehabt hätte, wie er mir heute zu Theil geworden ist. Ich will wünschen, daß ihn mein Nachfolger hat, daß Sie ihm in derselben freudigen und spontanen Begeisterung dermaleinst entgegenjauchzen mögen, wie ich es heute, nachdem ich nichts mehr in der Politik zu thun habe, erlebt habe. Es ist das für mich ein erhebendes und freudiges Gefühl gewesen, und ich wüßte nicht, was man mir in diesem Leben mehr anthun könnte, was irgendwie ins Gewicht fiele neben dem Wohlwollen und der freudigen Liebe meiner Mitbürger, wie sie mir heute entgegengetreten ist. Daß Sie mir dieses Gefühl hinterlassen, und daß Sie, nachdem es in Dresden, München und Augsburg angeregt worden ist, es verstärkt und vertieft haben, dafür bin ich Ihnen von Herzen dankbar.

In meinem Herzen lebt dieselbe Liebe zum Vaterlande wie vor zehn Jahren, wo ich den entscheidenden Einfluß auf die Politik hatte. Meine Ansichten über die Zweckmäßigkeit und Nichtzweckmäßigkeit dessen, was wir zu thun haben, sind heute noch dieselben. Warum ich sie nicht

aussprechen sollte, sehe ich nicht ein. Das Wesen der constitutionellen Monarchie, unter der wir leben, ist eben das Zusammenwirken des monarchischen Willens mit den Ueberzeugungen des regierten Volkes. Die gegenseitige Verständigung ist nothwendig, um unsere Gesetze zu ändern, sonst verfallen wir dem Regiment der Bureaukratie. Allerdings kann ja, was der Geheimrath vom grünen Tisch aus entwirft, die Presse corrigiren, wenn sie frei ist — aber sie bleibt nicht immer frei. Es ist dies ein gefährliches Experiment, heutzutage im Centrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. Die Gefahr ist immer die gleich große und im ersteren Falle eine noch größere, weil man sich täuscht über die einfache Situation der Sache und glaubt Gott zu gehorchen, wenn man dem Geheimen Rath gehorcht. Wir haben ja die Ansicht gehört, daß ein Unterofficier den Soldaten gegenüber an Gottes Stelle stehe, warum also nicht auch ein gebildeter Geheimrath? Ich bin nie ein Absolutist gewesen und werde es am allerwenigsten auf meine alten Tage werden.

Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Ueberzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament. Dazu ist nothwendig, wie ich mir neulich zu sagen erlaubt habe, daß namentlich im Parlament die Meinung des Volkes einheitlicher zum Ausdruck komme, als sie bisher sich darstellte. Wenn verschiedene Meinungen der Regierung gegenübertreten, und sie hat die Auswahl, welche sie sich aneignen, welcher Partei sie Versprechungen machen will, so kann von keiner parlamentarischen und verfassungsmäßigen Beeinflussung mehr die Rede sein. Wollen wir ein Parlament haben, in dem sich unser nationales Empfinden und unsere öffentliche Meinung zum richtigen Ausdruck bringt, so müssen wir in Bezug auf die einzelnen Unterschiede, die die Fractionen von einander trennen, nachsichtiger sein als bisher. Jetzt strebt jede Fraction, allein zu herrschen, ohne an den nächsten Nachbar zu denken. Außerdem ist das Unglück, daß die Parteiführer, die zum großen Theil ihre persönlichen Ziele und Zwecke haben, die Fractionen fast absoluter beherrschen als ein absoluter Monarch seine Unterthanen, und daß der Wähler außerordentlich wenig erfährt, wie sein Abgeordneter stimmt.

Ich bin ein Parlamentarier seit fünfundvierzig Jahren, vom Provinziallandtage her gerechnet. Ich glaube, der Wähler hat beinah immer eine unrichtige Ansicht von der Thätigkeit seines Abgeordneten, und die unrichtige Ansicht beruht in der Regel auf den Mittheilungen, die der Abgeordnete im Wahlkreise macht. Kommt er in denselben zurück, so glaubt man ihm gern, seine Freunde wollen ihn gern behalten, er hütet sich, den Wählern Klarheit über alle Dinge zu verschaffen. Das war nicht im

Anfang unseres parlamentarischen Lebens. Der Wähler war mißtrauischer, er that sich zusammen, controllirte und brachte ein Mißtrauensvotum ein. Um ein solches zu geben, muß man wissen, was der Abgeordnete thut. Das wissen jetzt die wenigsten Wähler. Ich möchte wünschen, daß das Parlament, dessen Gewicht vielleicht in der Vergangenheit zu sehr heruntergedrückt war, nicht auf demselben Niveau bleiben möge. Ich möchte, daß das Parlament zu einer constanten Majorität gelangt, ohne diese wird es nicht die Autorität haben, die es braucht.

Aber, meine Herren, ich komme mehr und mehr in den Nimbus der Akademie und habe die Einbildung, als wenn ich hier auf dem Katheder stehe. Ich halte mich aber für verpflichtet, da ich glaube, in der größeren Politik unter unseren Landsleuten Derjenige zu sein, der die meiste Erfahrung — haben sollte, über die Eindrücke nicht zu schweigen, die Maßregeln, die ich für irrthümlich halte, auf mich machen. Das wäre gegen mein Gewissen. Ich habe als Reichskanzler nach meinem Gewissen gehandelt, bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem Gewissen und meinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, was auch immer die Folgen für mich sein könnten. Die sind mir völlig gleichgiltig.

Aber ich fürchte, es wird hier für uns in diesen Räumen zu warm, wir wollten ja noch eine Fahrt zur Besichtigung der Bergfeuer machen.

Als der Empfang geendet hatte, wurden dem Fürsten die Decane und der 87jährige Senior der Universität, Geheimrath Stickel, vorgestellt. Der Fürst fragte diesen nach seinem Alter. Herr Stickel entgegnete: „Ich habe noch Napoleon I. gesehen, Deutschland im Zustande tiefster Erniedrigung. Ich habe auch Goethe gesehen und damit Deutschland auf der Höhe literarischer Entwickelung, und sehe nun in Euer Durchlaucht den, der unser Vaterland auf den Gipfel politischer Entwickelung gehoben hat. Nun will ich gerne sterben!“ Der Fürst dankte dem alten Herrn mit der liebenswürdigen Bemerkung, er hoffe, daß es mit dem Sterben noch gute Weile haben werde.

Alsdann fand eine Fahrt des Fürsten zur Besichtigung der auf den Jena umgebenden Höhen angezündeten Bergfeuer statt, welche einen überaus imponirenden Eindruck hinterließ. Nach der Rückkehr fand der von der Studentenschaft dargebrachte großartige Fackelzug vor den Fenstern des Fürsten statt. Unermeßlicher Jubel und Hochrufe ertönten ununterbrochen. Der Fürst trat noch einmal auf den Balcon hinaus und sagte:

Ich danke Ihnen nochmals; wenn Sie aber erst einmal 78 Jahre alt sind, werden Sie nach einem so aufregenden Tage auch das Bedürfniß nach Ruhe haben. Ich wünsche Ihnen eine gute Nachtruhe.

„Gute Nacht, Durchlaucht!“ ertönte es aus der Menge zurück, und nach wenigen Minuten war der weite Platz menschenleer.

Den folgenden Sonntag charakterisiren die „Hamb. Nachr.“ vom 1. August (A.-A.) mit folgenden Sätzen:

Der heutige Tag hat die großartigen Erwartungen, die nach dem gestrigen Empfangsabend gehegt werden konnten, noch weit übertroffen; die Volkskundgebungen in der thüringischen Universitätsstadt haben Dimensionen angenommen, welche ihre Beschreibung mit der Feder fast unmöglich machen. Die große Demonstration der süddeutschen Volksstämme am vorigen Sonntag in Kissingen ist, was die Zahl der Theilnehmer und den entfalteten äußeren Glanz betrifft, mit der Jenenser fast nicht mehr in Parallele zu stellen; man muß in die Tage Kaiser Wilhelm's I., in die Zeit des Einzugs der siegreichen Truppen in die großen Hauptstädte zurückgreifen, um einen Maßstab dafür zu gewinnen, was gestern und heute in Jena geschehen ist. Es waren so zahlreiche Menschenmengen aus Thüringen, Sachsen und den angrenzenden preußischen Gebietstheilen zusammengeströmt, daß Jena statt seiner sonstigen 14000 ortsanwesenden Bevölkerung vielleicht 40000 und mehr zählte. Das läßt sich schwer abschätzen; die Eisenbahndirectionen werden aber in der Lage sein, die Ziffern wenigstens annähernd festzustellen.

Die Jenenser Kundgebung war sowohl ihrem Umfang als ihrer Art nach ein noch weit nachdrücklicherer Protest des deutschen Volkes als der Kissinger gegen die unglückseligen Versuche, den Einiger Deutschlands, den gewaltigen eisernen Kanzler Wilhelm's I., in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Jena kann stolz darauf sein, für eine so große, überwältigende Reaction des deutschen Geistes gegen die Unbill, die dem Schöpfer des neuen Reiches anzuthun versucht worden ist, eine Stätte gewesen zu sein, so würdig, so schön, so großartig, daß die traurigen historischen Erinnerungen, die sich an den Namen Jena knüpfen, für alle Zeiten ausgetilgt sind und überstrahlt werden von einer patriotischen Kundgebung, die dem deutschen Volke zur höchsten Ehre gereicht.

Nicht „loyaler“, auf Vortheil durch Huldigung an die derzeitigen Machthaber bedingter Enthusiasmus in herkömmlicher Art war es, der heute die Herzen der vielen, vielen Tausende in Jena bewegte, das war eine mächtige Kundgebung des Volksgewissens, die Alles niederwirft, was sich ihr entgegenstellt, und es gäbe im Interesse des Vaterlandes nichts Beklagenswertheres, als wenn diese Sprache da nicht verstanden würde, wohin sie sich richtet. Es gab unter den Tausenden der glühenden Patrioten, die heute dem Fürsten Bismarck in Jena und auf seiner weiteren Reise nach Schönhausen ihre begeisterten Huldigungen aus tiefstem Herzen jubelnd dargebracht haben, wohl keinen einzigen, der nicht, von der Gewalt der Kundgebung im tiefsten Innern ergriffen, sich gefragt hätte: Was würden die gegenwärtigen Leiter der Geschicke

Deutschlands sagen, wenn sie dies sehen, wenn sie dies erleben könnten? Würde der officiösen Presse auch dann noch das Recht eingeräumt werden, die Bismarckverehrung des deutschen Volkes als etwas, das eigentlich nicht vorhanden ist, als eine „Schrulle" einzelner Dichter, hinter denen keine Bevölkerungsziffer stehe, zu behandeln? Caveant consules!

Während der Morgenstunden des Sonntags ging abermals ein heftiges Gewitter über Jena nieder; aber das Wetter klärte sich bald wieder auf, so daß, als gegen 9 Uhr die Ansammlung der Festtheilnehmer auf dem Lutherplatze abermals begann, der Himmel wieder hell geworden war. Der Fürst hatte trotz der Anstrengung des Tages eine ziemlich gute Nacht verbracht und empfing Morgens zeitig mehrere Besuche.

Als sich die Familie und die geladenen Gäste im Empfangszimmer versammelt hatten, begannen unten auf dem Platz Gesangsvorträge. Zuerst erschien die Jenaer Currende, Knaben in mittelalterlicher schwarzer Manteltracht, die das alte Lutherlied „Ein' feste Burg ist unser Gott" in entzückender Reinheit und mit vorzüglichem Vortrag sangen. Dem folgten Vorträge thüringischer Gesangvereine, die ebenfalls großen Beifall errangen. Es wurde gesungen: „Wie könnt' ich Dein vergessen!" und „Auf den Bergen die Burgen". Der Fürst dankte vom Balcon aus mit folgenden Worten:

> Ich freue mich, daß man in Jena über der Pflege der Wissenschaft die Pflege der Kunst nicht vergißt. Die thüringischen Fürsten und das thüringische Volk haben Kunst und Wissenschaft von je her gepflegt und deutsche Wissenschaft, deutsche Kunst und deutschen Sang hochgehalten und geschützt; ich erinnere an die Wartburg und die Meistersinger. Was Korinth für das Alterthum war, das bedeutet für das Mittelalter die Wartburg. Ihre Ovation ist mir ein Beweis hierfür, daß in dem Lande der Sagen und Burgen auch heute noch der edle Gesang gepflegt wird. Ich danke Ihnen.

Dann erfolgte unter großem Geleite abermals eine Fahrt durch die Stadt. Der Zug ging über den untern Graben, durch die Saalgasse, Leutrastraße, Teich- und Löbdergraben, Paradiesgasse, Paradies, Neugasse, Engelplatz, Johannisthor, Johannisstraße zum Markt. Den hohen Gästen sollte Gelegenheit gegeben werden, einen Blick zu thun in die festlich geschmückten Straßen der inneren Stadt, die eine einzige Via triumphalis bildeten. Der gewissenhafte Chronist könnte von mancher durch die Wucht der Begeisterung überwältigenden Scene berichten, wie Männer und Frauen dem Manne zujubelten, dessen Thatkraft Deutschland seine Einigkeit dankt, wie Väter und Mütter ihre Kinder hoch hoben, damit sie ihr Lebelang der großen Stunde nicht vergäßen, da sie einst dem eisernen Kanzler Wilhelm's I. ins Auge gesehen.

Die Fahrt durch das Paradies, unsere von uralten Bäumen gezierte

Promenade längs der Saale, bot dem Fürsten, da die Menschenmassen inzwischen zum Markte geströmt waren, um sich Plätze zu sichern, eine angenehme Ruhepause, inmitten der zahllosen auf ihn einstürmenden Ovationen, mit Behagen erfreute er sich an dem wunderbaren Zauber dieses idyllischen Fleckchens Erde, auf das der Jenenser mit Recht stolz ist. Am Hause der Burschenschaft Teutonia wurde dem Fürsten als Erinnerungsgabe der Jenenser Burschenschaft mit kurzer Ansprache eine Lichtenhainer Kanne überreicht, an der „Rose“ im Namen der Jenaer S. C. eine lange Pfeife mit den Wappen der vier hiesigen Corps, und Frau Braumeister Köhler widmete dem Fürsten, der Fürstin und der Gräfin Blumen aus ihrem Garten der „Schönen Aussicht“. Der Rosenwirth bot dem Fürsten einen Trunk Bieres. Am Burgkeller sodann hatten die Mitglieder der Burschenschaft Arminia sich aufgestellt. Herr stud. chem. Axt sprach folgende Worte:

„Eure Durchlaucht! Die älteste Burschenschaft, sind wir hier vor dem alten Burgkeller erschienen, Eure Durchlaucht festlich zu begrüßen. Was in unserem Bunde unsere Väter und Großväter erstrebt, das haben Sie erstritten und errungen. Seien Sie von uns in Dankbarkeit begrüßt. Wir bieten Ihnen als Labetrunk ‚die Blume des Elsterthals‘.“

Der Fürst ergriff den Humpen und entgegnete:

„Meine Herren, ich trinke Ihnen gerne zu, doch nicht aus. Ich wünsche der Burschenschaft ein fröhliches Gedeihen; sie hat eine Vorahnung gehabt, doch zu früh. Schließlich haben Sie doch Recht bekommen. Prosit, meine Herren!“

Unmittelbar darauf lenkte der Wagen des Fürsten nach dem Markte ein. Und nun begann das große Marktfest, der Glanzpunkt der Jenaer Huldigung, von dem die „Hamb. Nachr.“ sagen, es sei in allen seinen Theilen so glänzend, so entzückend schön verlaufen, daß die Erinnerung in Jena und bei allen Theilnehmern bis in die fernste Zeit lebendig erhalten bleiben wird.

Der sehr große Marktplatz war mit einer vieltausendköpfigen Menschenmenge, bestehend aus academischen und nichtacademischen Festtheilnehmern, alle in Festschmuck, ganz angefüllt. Die anliegenden alten Häuser waren aufs prächtigste mit Fahnen, Guirlanden und Emblemen geschmückt, alle Fenster bis in die Mansarden hinauf waren mit begeistert froh und stolz dreinblickenden Menschen bedeckt. Auf der einen Seite des alten Platzes war eine große und geschmackvolle Tribüne errichtet, auf welcher der Fürst und die Fürstin, das gräflich Bismarck'sche Paar und die geladenen Gäste mit ihren Damen Platz nahmen. Unten saßen an langen Tischen die Professoren, die verschiedenen Verbindungen, in der Mitte des Platzes hatte eine Musikcapelle Aufstellung genommen. Der ganze Platz mit seinem prächtigen Häuserschmuck, seinen wehenden Fahnen, mit der vielleicht 20000 Köpfe zählenden Festversammlung bot ein überwältigendes Bild. Vorn auf der

Tribüne war ein Tisch aufgestellt, auf dem sich verschiedene Geschenke für den Fürsten befanden, resp. nach ihrer Ueberreichung niedergelegt wurden, so z. B. eine lange Pfeife, ein Lichtenhainer Krug, ein Stock, eine prachtvolle Blumenspende aus Erfurt.

Nachdem die Herrschaften ihre Plätze eingenommen und die Musik verklungen war, hielt Herr Oberbürgermeister Singer folgende Ansprache an den Fürsten:

„Durchlauchtigster Fürst! Durchlauchtigste Fürstin! Hochgeehrte Festgenossen!

„Der unbeschreibliche Jubel und die immer von Neuem emporlodernde Begeisterung von Seiten der ungezählten Volksmenge, welche am gestrigen Abend und in den heutigen Vormittagsstunden Eure Durchlaucht bei der Rundfahrt durch die Stadt begleiteten, sprechen eine laute Sprache von der ungetheilten, aufrichtigen und herzlichen Freude unserer Mitbürger und all' der zahlreichen Gäste von nah und fern und den freudigstolzen Gefühlen aller Festgenossen: In Jenas Mauern weilt der gewaltigste Mitbegründer des Deutschen Reiches, unser Bismarck.

„Wenn es mithin einer weiteren Kundgebung kaum bedurft hätte, so mochten es sich doch die beiden städtischen Behörden sich nicht nehmen lassen, in ihrer Gesammtheit vor Euer Durchlaucht zu erscheinen, um auch ihrerseits frei und öffentlich den Gefühlen der Freude und Dankbarkeit lebhaften Ausdruck zu verleihen, daß Eure Durchlaucht vor anderen deutschen Städten gerade unser Jena mit der hohen Ehre eines längeren Aufenthaltes beglückt haben.

„Mag auch unsere beinahe tausendjährige Stadt mit ihren festen Thürmen und Thoren, den ehrwürdigen Kirchen und Klöstern, dem altersgrauen Rathhause, den zahlreichen mächtigen Burgen auf den Bergen in der frühesten Zeit nicht ohne Bedeutung für das Thüringer Land gewesen sein, wir wissen doch, daß seit dem Zeitalter der Reformation der politische Einfluß unserer Stadt geschwunden ist und wir uns nur freuen konnten an dem Glanze, der mit der Universität und ihren Sternen über uns aufgegangen war.

„Eure Durchlaucht haben gestern Abend in Bezug auf unsere Hochschule ausgesprochen, wir befänden uns auf classischem Boden; gestatten Sie mir hinzuzufügen: auch auf historischem. Freilich sind die weltgeschichtlichen Ereignisse, die sich an unsere Stadt knüpfen, nur ein treues Spiegelbild der Jämmerlichkeit des alten deutschen Kaiserreiches.

„Wenn alte Pergamente uns Kunde geben, wie Jena eine Zeit lang zur Hälfte thüringisch, zur Hälfte hessisch gewesen, so wissen Eure Durchlaucht, wie ich mit billigem Staunen gestern von Ihnen selbst gehört habe, daß Jena einst einen eigenen Herzog gehabt, der drüben schlummert in der Kirche zu St. Michael.

„Im Burgkeller weilte vor drei und einem halben Jahrhundert ein deutscher Kaiser, der einen deutschen Fürsten gefangen durch unsere Stadt führte;

hundert Jahre später plünderten und brandschatzten die Stadt und das Rathhaus kaiserlich deutsche Truppen, während schwedisch Fußvolk die wichtige Brücke über die Saale in die Luft sprengen durfte. Und hier auf dem Marktplatze loderten vor beinahe 90 Jahren französische Wachtfeuer zum Himmel in jener entsetzlichen Octobernacht, die der unseligen Schlacht von Jena voraufging.

„Wahrlich, unsre Stadt ein Bild im Kleinen von deutscher Zerrissenheit, von deutscher Ohnmacht, deutscher Schmach!

„Und heute! Auf unserm Marktplatz steht der gewaltige deutsche Mann, der mit Meisterhand des Reiches Einheit, des Reiches Größe schuf!

„Heil uns zu dieser glücklichen Stunde! Dem Enkelsohne wird's mit stolzer Freude der Vater künden: Hier weilte Bismarck!

„Heil uns, die wir den größten Sohn unseres Vaterlandes einen Tag lang beherbergen und aus seinen prophetischen Worten die zuversichtliche Hoffnung für die Zukunft unseres neugeeinten Reiches schöpfen durften: Nach Bismarck kein Jena!

„All' unsere Verehrung, unsere Liebe und Dankbarkeit für diesen theuren Mann wollen wir in den Ruf zusammenfassen: Allzeit und immerdar lebe Fürst Bismarck hoch! hoch! hoch!"

Die Begeisterung, mit der dies Hoch von den vielen Tausenden ausgebracht wurde, läßt sich mit der Feder nicht wiedergeben.

Dann brachte Namens der Studentenschaft der Sprecher der Burschenschaft Teutonia dem Fürsten seine Huldigung dar und ließ einen Salamander auf den Fürsten reiben. Der Fürst reichte dem Redner erfreut die Hand und beauftragte ihn, den Commilitonen seinen Dank auszusprechen.

Nach dem Gemeindevorstand und Gemeinderath und der Studentenschaft erschienen Vertreter der aus Erfurt, Weimar, Gera, Rudolstadt, Leipzig, Werdau, Crimmitschau gekommenen Deputationen. Um dem Fürsten möglichst die Anstrengungen solcher Empfänge zu ersparen, ward Herr Justizrath Huschke aus Erfurt gebeten, im Namen der Abordnungen der genannten Städte zu sprechen. Auch die Deputation des Vereins weimarischer Landwirthe und des Landwirthschaftlichen Hauptvereins wurde aus dem gleichen Grunde gebeten von einer persönlichen Begrüßung des Fürsten Abstand zu nehmen. Herr Winzer aus Erfurt überbrachte der Fürstin eine wundervolle Blumenspende, wie sie eben nur die berühmte Blumenstadt geben kann.

Nach einiger Zeit erhob sich der Fürst und nahm das Wort zu der nachfolgenden, 32 Minuten währenden Rede:

Meine verehrten Mitbürger vom Thüringer Lande!

Ich danke Ihnen zuvörderst herzlich für den überaus freudigen Empfang, den ich bei Ihnen gefunden habe, und kann die Gedanken, die mich bewegen, nicht besser bethätigen, als indem ich meine Be-

ziehungen zu diesem schönen Lande aus früheren Zeiten her Ihnen schildere. In Thüringen habe ich als Kind zuerst — das nordische Flachland in Brandenburg und Pommern sieht ja ganz anders aus — Felsen, Berge und Burgen mit ihren geschichtlichen Erinnerungen kennen gelernt. Diese großen Eindrücke der Kindheit haben um den Begriff Thüringen in meinen Empfindungen einen Nimbus der Romantik gewebt, der getragen wurde namentlich durch die Erinnerungen an die Wartburg, an ihre Vorzeit, an Luther, an die Reformation und auch an die Entwickelung unserer deutschen Sprache. Die lutherische Bibelübersetzung ist der erste Anfang einer Einigung unserer Schriftsprache, die bis dahin in Dialekte zersplittert war.

In reiferer Jugend mußte ich lernen, welche Bedeutung für unsere geistige und nationale Entwicklung das Thüringer Land in Gestalt von Weimar und Jena gehabt hat, einer Universität, an der Schiller Professor war, und welche unter der Leitung Goethe's lange Zeit gestanden hat. Der Name Jena hat für mich als Sohn einer preußischen Militairfamilie einen schmerzlichen und niederdrückenden Klang. Es war das natürlich, und ich habe erst in reiferen Jahren einsehen gelernt, welchen Ring in der Kette der göttlichen Vorsehung für die Entwickelung unseres deutschen Vaterlandes die Schlacht von Jena gebildet hat. Mein Herz kann sich nicht darüber freuen, mein Verstand sagt mir aber: wenn Jena nicht gewesen wäre, wäre vielleicht Sedan auch nicht gewesen.

Die fridericianische preußische Monarchie war eine großartige, in sich einige Schöpfung, aber sie hatte ihre Zeit ausgelebt. Und ich glaube nicht, wenn sie bei Jena siegreich gewesen wäre, daß wir in einen gedeihlichen Weg nationaler deutscher Entwickelung geleitet sein würden. Ich weiß es nicht. Aber die Zertrümmerung des morsch gewordenen Baues — morsch, wie die Capitulationen unserer ältesten und achtbarsten Generale bewiesen haben — schuf einen freien Platz zum Neubau; und das zerschlagene Eisen der altpreußischen Monarchie wurde unter dem schweren und schmerzlichen Hammer zu dem Stahl geschmiedet, der 1813 die Fremdherrschaft mit scharfer Elasticität zurückschleuderte. Ohne Zusammenbruch der Vergangenheit wäre das Erwachen des deutschen nationalen Gefühles im preußischen Lande, welches aus der Zeit der tiefsten Schmach und Fremdherrschaft seine ersten Ursprünge zieht, kaum möglich gewesen. Warum es tot discrimina rerum durchzumachen hatte, kann ich Ihnen nicht weiter entwickeln, ohne mich von Neuem dem Vorwurf der „greisenhaften Geschwätzigkeit“ [1]) auszusetzen. Ich will

[1]) Ein Vorwurf der „Freisinnigen Zeitung“; vergl. S. 53.

nur erwähnen, daß ich 1832 die Universität bezogen habe mit mehr burschenschaftlichen wie landsmannschaftlichen Empfindungen, daß es äußere Umstände waren, die mich davor bewahrt haben, in die späteren Gefahren der burschenschaftlichen Thätigkeit verflochten zu werden. Es war doch damals auf dem märkischen Sandboden das Gefühl der deutschen Nationalität nicht so absolut fremd, daß nicht ein irgendwie lebendiger Geist in seinem Sinne empfunden und gewirkt hätte.

Ich bin einigermaßen gehindert worden in der Entwickelung dieser Empfindung durch die Ereignisse vom Jahre 1848. Der Kampf gegen unsere eigenen Landsleute in den Berliner Straßen, gegen die Farben, die ich als Offizier mit Stolz trug, hatte einen erbitternden Rückschlag auf meine Gefühle, der noch nicht vollständig überwunden war, als wir zum Erfurter Parlament vereinigt waren; da habe ich Thüringen zum ersten Male auf längere Zeit wiedergesehen, wenn ich einen kurzen Aufenthalt in Jena, den der damalige Senat noch abzukürzen das Bedürfniß hatte, abrechne. In Erfurt war die Frucht der deutschen Einheit noch nicht reif. So lange wir im Dualismus mit Oesterreich lebten, konnte die Entwicklung dieses Dualismus doch höchstens zu einer Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands führen. Das wäre das Ende vom Liede gewesen, wenn das Band des Dualismus nicht durch das Schwert gelöst worden wäre. Ich erwähne dieses, um daran die Behauptung zu knüpfen, daß der Bruderkrieg, den wir 1866 geführt haben, ganz unvermeidlich war. Wir mußten uns nach deutscher Art und Gesinnung einmal im Gottesurtheil schlagen, um zu wissen, auf welche Seite sich die Entscheidung der höheren Gewalt stellen würde. Das ist geschehen und mit der Zurückhaltung geschehen, die Landsleute einander schuldig sind. Wir haben bei unserm damaligen Gegner keine unversöhnliche Stimmung hinterlassen. Es ist uns gelungen, mit Oesterreich in ähnliche Beziehungen zu kommen, wie diejenigen waren, die von den Frankfurter Verfassungsentwürfen vergebens erstrebt wurden. Wir haben sie heute reifer, vollständiger und wirksamer, als sie damals erstrebt wurden. Man muß also nur dem lieben Gott Zeit lassen, seine deutsche Nation durch die Wüste zu führen, und die Ankunft in dem gelobten Lande, in dem wir uns zu befinden glauben, abwarten.

Wir haben außer dem österreichischen Kriege den französischen absolut führen müssen, denn wir brauchten nicht bloß die Zustimmung Oesterreichs, sondern wir brauchten die Zustimmung des europäischen Seniorenconvents zu unseren neuen Einrichtungen. Es war deshalb ein Bedürfniß, den französischen Krieg isolirt führen zu können. Gegen eine Coalition von ganz Europa, eine Coalition, wie sie der siebenjährige

Krieg kannte, wäre unsere Aufgabe eine viel schwierigere und mißlichere gewesen. Es gehörte zu der göttlichen Fügung der deutschen Nation, auf die ich für die Zukunft Vertrauen habe, daß politische Zufälle, die Niemand voraussehen konnte, den engen Zusammenhang zwischen Oesterreich und Rußland, der uns zur Zeit von Olmütz gegenüberstand, sprengten und zwar in einer Weise, daß wir die Trennung der Olmützer Verbindung für unseren nationalen Zweck politisch benützen konnten. Hätten uns 1866 Oesterreich und Rußland in derselben Geschlossenheit gegenüber gestanden wie zur Zeit von Olmütz — Gott weiß allein, ob der Erfolg derselbe gewesen wäre und ob wir heute auf derselben Stufe ständen. Wir hätten im Kampfe mit Frankreich, der so wie so nothwendig war, wie er ja in jedem Jahrhundert zwei- bis dreimal vorkam, in wesentlich minderer Macht gegenübergestanden und vielleicht nicht glücklich.

Diese Kriege waren nothwendig; nachdem sie aber geführt waren, halte ich es für nicht nöthig, daß wir weitere Kriege führen. Wir haben in ihnen nichts zu erstreben. Ich halte es für frivol oder ungeschickt, wenn wir uns in weitere Kriege hineinziehen lassen, ohne durch fremde Angriffe dazu gezwungen zu werden. Dann allerdings werden wir auch in der Mitte von Europa unseren Nachbarn, auch wenn sie sich verbinden, gewachsen sein, aber nur defensiv. Aggressive Cabinetskriege können wir nicht führen. Jede Nation, die in der Lage ist, sich zu einem Cabinetskrieg zwingen zu lassen, hat nicht die richtige Verfassung. Ein Krieg, auch ein siegreicher, hat für die Nation keine wohlthuenden Folgen. Wir haben uns seit 1870 angelegen sein lassen, weitere Kriege zu vermeiden, vor allem dem neuen Deutschen Reiche den Frieden zu erhalten, weil der innere Ausbau unsere Thätigkeit voll und ganz in Anspruch nahm, ja sogar eine gewisse dictatorische Thätigkeit verlangt wurde, die ich als dauernde Institution eines großen Reiches nicht betrachten möchte.

Wir haben unsere ganze Aufmerksamkeit im Innern der Consolidirung der Reichseinrichtungen zugewendet in dem Sinne, daß alle Deutschen in ihnen sich wohlbefinden sollten, daß die Reichseinrichtungen ihnen wohlgefallen sollten als ein Besitzthum, was zu vertheidigen und zu vertreten sie alle bereit sein würden. Fertig ist die Aufgabe vielleicht noch nicht. Aber sie kann nur fertig werden, wenn wir ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Ein Parlament kann nicht stark sein, wenn es von Parteien zerrissen ist. Es wird dann in der Hand jedes Ministers stehen, aus den Fractionen und Fractiönchen diejenigen herauszupflücken, deren Ueberzeugung und Votum für irgend welche Fractionsvortheile zu haben sind, und das ist das Unglück, wenn wir in das Fractionswettkriechen, in

den Fractionshandel — do ut des-Tendenz — verfallen. Ohne einen Reichstag, der vermöge einer constanten Majorität, die er in seinem Schooße birgt, im Stande ist, die Pflicht einer Volksvertretung dahin zu erfüllen, daß sie die Regierung kritisirt, controllirt, warnt, unter Umständen führt, der im Stande ist, dasjenige Gleichgewicht zu verwirklichen, was unsere Verfassung zwischen Regierung und Volksvertretung hat schaffen wollen, ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Dauer und die Solidarität unserer nationalen Institutionen.

Wir können heutzutage nicht mehr einer rein dynastischen Politik leben, wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Es ist das das Ergebniß der politischen Entwickelung, die in dem letzten halben Jahrhundert in Europa stattgefunden hat. Um nationale Politik treiben zu können, müssen wir aber eine nationale Volksvertretung haben, die in erster Linie die Bedürfnisse und Wünsche der Nation zu berücksichtigen hat. Wir können nicht regiert werden unter der Leitung einer einzelnen der bestehenden Fractionen, am allerwenigsten unter der des Centrums.

Ich glaube, daß selbst unsere katholischen Landsleute in ihrer Mehrzahl das Bedürfniß haben, unabhängig von der Doctrin der Centrumsleitung in Berlin regiert zu werden. Ich glaube, daß wir mit unseren katholischen Fragen leichter fertig werden würden, wenn wir mit der römischen Curie durch Vermittelung eines Nuntius in Berlin zu verhandeln hätten, als wenn die Stelle des Nuntius bei Beeinflussung des Papstes durch das Centrum in Fühlung mit der Regierung eingenommen wäre. Ich halte das letztere für gefährlicher für unsere nationalen Ziele, als uns ein Nuntius sein könnte. Ich will damit nicht die Berufung eines Nuntius befürworten. Ich sage diese Worte nur als Ausdruck des Urtheils, das ich über die heutige Leitung des Centrums mit mir herumtrage. Ich halte sie für gefährlich, nicht bloß in confessionellen Fragen, sondern hauptsächlich in nationalen Fragen. Sie bröckelt uns Alles ab, was wir im Osten unserer Grenzen, in Polen, germanisch angebaut haben und anbauen haben wollen.

Den ganzen Culturkampf konnten wir entbehren, wenn die polnische Frage nicht daran hing. Sie hing daran. Damals, in der Zeit der sogenannten katholischen Abtheilung, hatten wir den Nuntius nicht als fremden Diplomaten, sondern inmitten des preußischen Ministeriums, eine Abtheilung, die ursprünglich gestiftet war, die Rechte des Königs der Kirche gegenüber zu vertreten, und die schließlich dahin gekommen ist, thatsächlich die Rechte der Kirche und der Polen dem König gegenüber zu vertreten. Das ist ein Rückblick.

Manche von Ihnen werden Geschichte studiren. Dieses Licht zurück-

zuwerfen, konnte ich nicht unterlassen. Aber eins können wir vom Centrum lernen, das ist die Disciplin und die Aufopferung aller Neben- und aller Parteizwecke für einen großen Zweck. Wir sehen im Centrum die heterogensten politischen Elemente vereinigt. In allen Zeiten meiner Erinnerung nach waren reactionäre Edelleute, Absolutisten, Conservative und Freisinnige bis zu den Socialdemokraten darunter, und sie alle stimmten wie ein Mann über Dinge, von denen ihr Verstand sagt, das Interesse der Kirche erfordere es. Könnten wir nun nicht, da wir eine nationale Kirche nicht besitzen, eine ähnliche dominirende Ueberzeugung über eine Parteiregierung hinaus bei uns festhalten, daß wir entschlossen sind, für Alles zu stimmen, was unsere nationale Festigkeit und Sicherheit fördert, und gegen Alles, was sie untergräbt und hindert, so daß darüber kein Streit zwischen denjenigen Fractionen stattfindet, die überhaupt das Deutsche Reich fördern und erhalten wollen? Das sind durchaus nicht alle.

Wir wollen die Interessen des Vaterlandes zu oberst stellen und jede Frage unter diesen Gesichtspunkt stellen analog der Prüfung des Centrums aus dem römisch-kirchlichen Gesichtspunkt, für den der größte Widerspruch und die größte Inconsequenz vom Centrum verlangt werden kann, wenn die Autorität, die dazu berufen ist, erklärt: die kirchlichen Interessen verlangen es; dann zaudern sie keinen Augenblick: sese subiciunt.

Warum sollten wir nicht unseren nationalen Ueberzeugungen mit derselben Energie und ausschließlich Folge leisten und, wie die Mitglieder des Centrums von Lieber und Hitze bis zum Herrn von Schorlemer hinauf Alles über den nationalen Kamm scheeren? Es ist das von den Selbstständigen unter unseren Freunden nicht in demselben vollen Maaße zu erwarten; aber man muß sich das immer vorhalten. Vom Feinde soll man lernen, und das Centrum halte ich nach wie vor für einen Gegner des Reichs in seiner Tendenz, nicht in allen seinen Mitgliedern. Es giebt ehrliche Deutsche in Masse unter ihnen, aber die leitende Tendenz ist eine solche, daß ich es als ein Unglück und eine Gefahr für das Reich betrachte, wenn die Regierung ihre leitenden Rathgeber der Centrumsrichtung entnimmt und ihre Tendenz hauptsächlich darauf zuspitzt, dem Centrum zu gefallen.

Es ist das keine dauerhafte Stütze. Ich will in Frieden mit unseren katholischen Mitbürgern leben, aber will mich nicht einer solchen Leitung unterziehen. Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaiserthums, und dem hange ich treu an, und wenn man mir in jedem Falle, wo ich nach meiner fünfzigjährigen

Erfahrung in der Politik glaube, daß die Rathgeber meines Monarchen besser andere Wege einschlagen würden, den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so möchte ich doch einmal auf unsere bestehende Verfassung aufmerksam machen, nach welcher die Verantwortlichkeit für alle Regierungsmaßregeln nicht bei dem Monarchen, sondern bei dem Reichskanzler und den Ministern ruht.

Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen eine altgermanische, aber — eine uns in Fleisch und Blut liegende, lange, ehe wir Verfassungen hatten, gewesen ist. Ich will Sie nur an ein Beispiel aus den Werken des großen Geistes, dessen Manen hier auf dieser Stätte uns umschweben, erinnern. Goethe stellt uns in seinem Götz von Berlichingen einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Verehrung und Anhänglichkeit hat, daß er einen kaiserlichen Rath mit den Worten bedrohte: Trügest Du nicht das Ebenbild des Kaisers, das ich in dem gesudeltsten Conterfey verehre! Dieser Ritter trug kein Bedenken, als ihn der Hauptmann zur Uebergabe auffordern ließ, diesem eine scharfe Kritik aus dem Fenster entgegen zu rufen. Es zeigt das klar, daß Götz von Berlichingen und Goethe beide Sachen nicht zusammengeworfen und identificirt haben. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie, des Königs und des Kaisers sein, ohne von der Weisheit der Maßregeln seiner Commissare — wie es im Götz heißt — überzeugt zu sein. Ich bin letzteres nicht und werde diese meine Ueberzeugung auch nicht zurückhalten.

Kaum hatte der Fürst geendet, so brach ein gewaltiger Beifallssturm los. Rührend war das Bild, wie die Frau Fürstin besorgt ihrem Gemahl die Stirn trocknete und ihm Erholung zu schaffen suchte; dann nahm der Fürst einen Krug Bier von dem Wirth des Weimarischen Hofes, Herrn Kämmer, entgegen und trank, gegen die Menge sich verneigend, mit tiefem Zuge. Jetzt wurde das erste Lied, E. M. Arndt's herrliches: „Sind wir vereint zur guten Stunde“ gesungen. Der Fürst unterhielt sich in der liebenswürdigsten Weise mit seiner Umgebung und äußerte mehrfach seine Freude über das Fest. Noch einmal nahm er das Wort, als Herr stud. chem. Goebel (Corps Thuringia) einen Salamander auf die Frau Fürstin reiben ließ, und erwiderte etwa:

Ich sage meinen herzlichen Dank im Namen meiner Frau, deren Stimme nicht über den Markt reicht. Nehmen Sie mich in Vertretung an. Ich bin ja dazu berechtigt. Ich danke Ihnen herzlich in ihrem Namen.

Nachdem das zweite Lied: „Und in Jene lebt sich's bene“ verklungen war, äußerte der Fürst den Wunsch, einen Rundgang durch die Festversammlung machen zu wollen. Die Chargirten der Corporationen und einzelne

Comitéemitglieder gingen zur Seite, um durch die Menschenmassen den Weg zu bahnen, die trotz des begreiflichen Wunsches, den Fürsten möglichst nahe zu sehen und ihm die Hand zu drücken, in der zartfühlenden Art des thüringer Volkes sich nicht unbescheiden herandrängten. Es war der Höhepunkt des Festes. Man muß es sich erzählen lassen, wie der Fürst für jede Bewillkommnung freundliche Worte fand, mit welcher Liebenswürdigkeit er bald an diesem, bald an jenem Tische Begrüßungen entgegennahm, wie er bald ernste, bald heitere Worte an seine Begleitung richtete, die in Jena von Munde zu Munde gehen. Am Denkmal des Herzogs Johann Friedrich, der während seiner Gefangenschaft die Gründung der Universität beschloß, bemerkte der Fürst: „Das ist eine große That gewesen." Nach der Rückkehr ins Zelt wurde als drittes Lied: „Frei und unerschütterlich stehen unsre Eichen" gesungen, dann erhoben sich der Fürst und die Seinen zur Abfahrt nach dem Bären. Wohlthuend berührte auch jetzt wieder, wie während des ganzen Festes überhaupt, die musterhafte Ordnung, die trotz der Ueberfülle von Einheimischen und Fremden und trotz der stürmischsten Begeisterung ohne Aufbietung einer Polizeimacht lediglich das Publicum selbst, von der Größe des Tages durchdrungen, würdig aufrecht erhielt: eine Erscheinung, die vom Fürsten nicht unbemerkt blieb.

Nach der Rückfahrt ins Hotel rastete der Fürst etwa eine viertel Stunde, und dann begann in den unteren Räumen ein geselliges, ungezwungenes Frühstück, an dem sämmtliche geladenen Gäste Theil nahmen. Dieses nahm einen überaus hübschen Verlauf; alle Anwesenden befanden sich in der ungezwungensten Stimmung, und der Fürst selbst, der den Toast auf die Damen ausbrachte, war sehr heiter gestimmt.

Nach dem ersten Gange brachte Professor Delbrück (Jena) ein Hoch aus auf den Fürsten Bismarck und dessen ganzes Haus; er erinnerte in seiner Rede an eine angebliche Aeußerung Bismarck's im Reichstage, „daß man ohne weibliches Gepäck leichter durch die Welt komme".

Daran knüpfte der Fürst sofort an, indem er erwiderte:

> Ich bin dem Herrn Vorredner sehr dankbar für den Gesammtinhalt seines Toastes bis auf das Citat von dem weiblichen Gepäck. Ich glaube, das ist ein Mißverständniß. Wenn ich den vorerwähnten Ausspruch gethan habe, so konnte ich mit demselben immerhin doch nur die „Ueberfracht" gemeint haben, die man zu fürchten hat, wenn man mit Damen reist. (Heiterkeit.) Das „Freigepäck" wird stets sehr angenehm sein. Im Uebrigen bin ich keineswegs gesonnen, das Cölibat zu empfehlen, da ich ein zu großer Verehrer des weiblichen Geschlechts bin, schon aus staatlichen, militairischen und privatrechtlichen Gründen nicht.
>
> Um mich von solchem Verdachte um so mehr zu reinigen, bitte ich, mit mir anzustoßen auf das Wohl der anwesenden Damen, sowohl der

verheiratheten als der unverheiratheten. Mögen diese dazu beitragen, die Erinnerung an den heutigen Tag in ihre Häuser, in ihr Heim zu verpflanzen und sie den Kindern einzuprägen. Die heutigen Beweise der Sympathie wären ohne die Betheiligung der Frauen unvollkommen gewesen. Die Thatsache, daß die mir von Dresden bis Jena gespendete Anerkennung Anklang bei den Frauen findet, giebt mir die Sicherheit für die Dauer des Deutschen Reiches (Beifall). Was unsere Frauen sich angeeignet haben, das werden unsere Kinder vertheidigen, wenn sie Mädchen sind, durch das Familienband, wenn sie Männer sind, wenn es Noth thut, auf dem Schlachtfelde. In dem Sinne dieser Tradition trinke ich als Politiker und Verehrer des weiblichen Geschlechts auf das Wohl der Damen.

Mit großem Beifall stimmte die Versammlung ein, Damen und Herren drängten sich herzu, um mit dem Fürsten anzustoßen; den aus Leipzig gekommenen Herren, den Professoren Credner, Ribbeck, Sievers und den Verlagsbuchhändlern Dr. von Hase und Hans Meyer, erwiderte er auf ihre Bitte, auch der Stadt Leipzig, deren Ehrenbürger Fürst Bismarck ist, die Ehre seines Besuches zu schenken, daß er nach den patriotischen Kundgebungen in Dresden gemäß seinem Grundsatze ne bis in idem seinen Besuch vorläufig aufschieben müsse, doch versprach er, bevor er sterbe, noch zu kommen.

Ueber den Schluß des Festes und die Weiterreise nach Schönhausen berichten die „Hamb. Nachr.“:

Den Schluß der Frühstücksreden machte Prof. Heckel in längerer humoristischer Rede. Er wollte, führte er aus, keine Rede halten. Die Universität Jena habe nachgedacht, wie sie den Fürsten ehren könne. Dies sei schwer, da der Fürst bereits im Besitze der Doctordiplome sämmtlicher Facultäten sei. Jena habe jedoch eine Specialität. Es habe den einzigen phylogenetischen Lehrstuhl. Es besitze dafür allerdings einen Professor, aber keinen Doctor. Die Lehre von der „Stammes-Geschichte“ sei dem Fürsten keine „unbekannte Größe“. Wer kennt die deutschen Stämme besser als er, der es sogar zu Stande gebracht hat, sämmtliche deutschen Stämme unter einen Hut zu bringen. Er halte die anwesenden Vertreter der Universität für berechtigt, einen neuen Doctor zu creiren, wenn sie einstimmig vorgehen, und schlage deshalb vor, den Fürsten zum Doctor der phylogenetischen Facultät zu ernennen. — Die sofort vorgenommene Abstimmung ergiebt unter allgemeiner Heiterkeit die einstimmige Annahme des Vorschlags, worauf dem Fürsten allseitig gratulirt wird.

Nach Schluß des Frühstücks erfolgte die Abfahrt zum Bahnhofe in ähnlicher Weise und unter denselben Ovationen der begeisterten Menge durch

die geschmückten Straßen, wie bei der Ankunft am Abend vorher. Nur nahmen diesmal auch Hunderte von kleinen Mädchen in weißen Kleidern, mit schwarz-weiß-rothen Schärpen und Eichenlaubzweigen im Haar an der Ovation Theil.

Am Bahnhof, wo eine Abschiedshuldigung der Frauen in heller Festtoilette stattfand, entfaltete sich ein großartiges, farbenprächtiges Bild. Es standen wohl zehn bis fünfzehn Tausend Menschen auf dem Perron, und als der bekränzte Zug mit der welthistorischen Gestalt des Altreichskanzlers abfuhr, erscholl ein Hoch- und Hurrahrufen, so gewaltig, wie wir es niemals gehört haben.

* * *

Auf der Fahrt von Jena nach Schönhausen wurden dem Fürsten auf allen Stationen großartige Ovationen dargebracht, namentlich in Großheringen, Naumburg, Weißenfels, Merseburg, Halle, Cöthen, Schönebeck und Magdeburg. Die Scenen auf den Bahnhöfen von Halle, Cöthen und Magdeburg, wo unberechenbare Menschenmassen den Zug erwarteten und dem Fürsten huldigten, zu beschreiben, wäre vergebliches Bemühen. So etwas kann nur erlebt, nicht beschrieben werden.

Der Fürst dankte regelmäßig und in bester Laune. Er hob stets hervor, wie sehr er sich über die Einmüthigkeit freue, die sich in diesen Kundgebungen offenbare, die er nicht auf seine Person beziehe, sondern, wie er schon mehrfach ausgeführt habe, auf die Vergangenheit und die verstorbenen Mitarbeiter, deren Erbe er sei. In Großheringen äußerte der Fürst in Anknüpfung an den Text der „Wacht am Rhein“: „Ja, ich glaube selbst, daß sie fest steht und das Reich auch!“

Besonders lebhaft gestaltete sich die Kundgebung beim Passiren der Städte, deren Ehrenbürger Fürst Bismarck ist: Merseburg, Schönebeck, Magdeburg, Stendal. In Schönebeck sagte der Fürst:

> „Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung, die wie auf allen Stationen seit Jena so auch hier mich erfreut hat. In Schönebeck bin ich jedesmal, wenn ich durchkam, freundlich begrüßt worden; im übrigen Deutschland war das früher nicht immer so der Fall. Daß sich das geändert hat, ist das Verdienst der Männer, die ich hier mit dem eisernen Kreuz decorirt vor mir sehe.“

In Magdeburg, wo mindestens zehntausend Menschen auf dem Bahnhof den fürstlichen Zug begrüßten, dankte der Fürst abermals in längerer Ansprache.

Am Abend traf der Fürst endlich zu kurzem Aufenthalte in Schönhausen ein. Fast als ob es gegolten hätte, den tiefen Eindruck vom Dank und von

der Liebe des Volkes im Fürsten noch zu befestigen, wurden in Halle und Magdeburg allerlei Chicanen gegen die Verehrer des Fürsten seitens höherer Bahnbeamten in Anwendung gebracht; wir berichten unten darüber (S. 132 ff.).

* * *

Auf das Verhältniß zwischen dem Grafen Caprivi und dem Centrum kommen die „Hamb. Nachr." am 31. Juli (M.-A.) abermals zu sprechen:

Graf Caprivi und das Centrum. Angeblich um unsere Behauptung zu entkräften, daß Graf Caprivi im März 1890 der Candidat des Centrums für den Reichskanzlerposten gewesen sei, berichtet die „Freisinnige Zeitung" Folgendes:

„Caprivi's Name ist bei einer ganz anderen Gelegenheit genannt worden. Im Jahre 1888 ist bei dem zweimaligen Thronwechsel in vielen Kreisen von der Möglichkeit gesprochen worden, Bismarck könne abgehen; so auch im Frühjahr 1888 eines Tages im Foyer des Reichstags. Dabei wurde erklärlicherweise die weitere Frage erörtert, wer wohl den Kanzlerposten übernehmen könne. Windthorst, der sich an dieser Unterhaltung betheiligte, sagte, es müsse ein General sein, und nach einigem Ueberlegen nannte er Caprivi, der auch um deswillen sich eigne, weil er in parlamentarischen Formen gewandt und beim Reichstage von der Zeit, da er Staatssecretair der Marine war, wohlgelitten sei."

Ferner hat der Centrumsabgeordnete Dr. Lieber in seiner neulichen Rede in Neisse u. a. geäußert:

„Die Aufgabe Windthorst's bestand darin, dem herrschgewaltigen Manne (Bismarck) gegenüber die gesammte Kraft katholischen Wollens und Könnens in einem Einzigen zu verkörpern."

Auf Grund dieser beiden Zeugnisse und sonstiger Vorgänge vor der Entlassung des Fürsten Bismarck läßt sich die Behauptung fest aufstellen, erstens, daß die Beseitigung des Fürsten Bismarck als Reichskanzler nach Lieber's öffentlicher Anerkenntniß die Aufgabe Windthorst's gewesen ist, der sich dieser Führer des Centrums seit Jahren gewidmet hatte, und zweitens, daß schon nach Aussage der „Freisinnigen Ztg." des Abg. Richter die Candidatur des damaligen Generals Caprivi für den Fall des Kanzlerwechsels vom Centrum in Aussicht genommen war. Man kann daraus also für die Geschichtsschreibung den Schluß ziehen, daß der 1890 erfolgte Kanzlerwechsel ein seit Jahren von Windthorst und dem Centrum erstrebtes Ziel gewesen ist, das in erster Linie in der Beseitigung des Fürsten Bismarck, in zweiter Linie in dessen Ersetzung durch den dem Centrum genehmen General von Caprivi bestand. Der Umschwung im März 1890 erscheint dadurch geschichtlich mehr im Lichte

einer siegreichen Centrumsaction, und es ist wohl anzunehmen, daß allmählich immer mehr Indicien darüber gesammelt werden, eine wie große Rolle bei der Beseitigung des alten Kanzlers und des alten Courses das Centrum unter den hierzu vereinigten Kräften gespielt hat. Es ist danach auch sehr erklärlich, wenn das Centrum an seinem, nach dem sorglich vorbereiteten Feldzugsplan von Windthorst's Zeiten her erstrebten und im März 1890 erreichten Besitzstand mit der dieser Fraction eigenen Zähigkeit festhält.

Wenn Dr. Lieber in etwas weniger geschickter und höflicher Weise, als Windthorst das gethan haben würde, in Verbindung mit den alten Centrumsanhängseln Freisinn und Socialdemokratie für die Befestigung der nach dem Kanzlerwechsel gewonnenen Position in so lebhafter Weise eingetreten ist, so liegt darin ein neues Anerkenntniß der vollen Berechtigung unserer Auffassung, daß der jetzige Reichskanzler als Vertrauensmann des Centrums auf seinem Posten steht.

Wir constatiren dies lediglich im Interesse der geschichtlichen Wahrheit und haben am allerwenigsten die Absicht, uns dadurch etwa in irgendwelchen Gegensatz zu unseren katholischen Landsleuten zu setzen. Im Gegentheil, wir wünschen mit ihnen in Frieden zu leben und auch ihnen die Existenz im Reiche behaglich zu machen, wenn sie nur darauf verzichten wollten, Elemente, die das Bedürfniß, im Deutschen Reiche als Bürger desselben zu leben, überhaupt nicht haben, wir meinen insbesondere die Polen und die nationalpolnischen Bestrebungen, durch ihre parlamentarische Vertretung zu stärken und aufzuregen. Wir sehen die Gefahren, mit denen uns das Centrumsregiment bedroht, nicht sowohl in den inneren deutschen Angelegenheiten als in der Behandlung der polnischen Frage. Daß unsere Befürchtung keine unbegründete ist, haben die Ergebnisse des neuen Courses bei Behandlung der polnischen Frage bis nach Oberschlesien hinein uns gezeigt.

* * *

Im „Hannov. Cour." lesen wir über den Grafen Caprivi:

„Der Berliner Officiosus des ‚Pester Lloyd' tritt für den Grafen Caprivi ein. Das Colonialabkommen mit England und die Handelsverträge, meint er, bedürften kaum noch einer Rechtfertigung."

Es liegt außerhalb unserer Absicht, bemerken dazu die „Hamb. Nachr." am 4. August (A.-A.), auf die Einzelheiten des Pester Artikels einzugehen; wir halten uns an die Thatsache, daß auch ein Blatt, wie der „Pester Lloyd", das alle anderen Interessen, nur keine deutschen vertritt, den Grafen Caprivi vertheidigt. Im Inlande: Centrum, Polen, die sonstigen Reichsfeinde und die Demokraten, im Auslande: diejenigen Elemente, die für sich Vortheile von

der jetzigen Regierung in Berlin erhoffen — alle halten sie schützend die Hände über das jetzige deutsch-preußische Ministerium und bitten die Vorsehung, daß sie es ihnen erhalten möge!

* * *

Von den Veranstaltern des letzten Bismarck-Commerses in Magdeburg war eine größere Huldigung geplant für den Fall, daß der Fürst auf seiner Reise von Kissingen den Magdeburger Bahnhof passiren würde. Dieser öffentlichen Feier stellten sich aus „betriebstechnischen" Rücksichten Schwierigkeiten entgegen. Daher begaben sich die Herren Dr. Eduard Fischer, Kaufmann Wilhelm Fliegenschmidt und Kaufmann Paul Gerike zur Uebergabe der Ehrenspenden am 2. August nach Schönhausen. Obgleich der Abordnung gesagt war, daß der Fürst in Folge der vielen freudigen Aufregungen und Anstrengungen keine gute Nacht gehabt habe, erschien der Fürst doch bald in bester und prächtigster Stimmung. Dr. Fischer hielt eine kurze Ansprache an ihn.

> Der Fürst dankte herzlich und gab besonders seiner Freude darüber Ausdruck, wie ungemein ihm der unvorbereitete Empfang in dem alten guten Magdeburg gefallen hätte, zu dem er schon ganz alte Beziehungen habe; er sei zur 500jährigen Domfeier auch zugegen gewesen und habe in dem Gedenkbuche bei der Einschreibung seines Namens auch einen von Bismarck gefunden, der sich 500 Jahre früher, als er selbst, eingetragen hätte.

Der Fürst lud dann seine Besucher zum Frühstück ein.

Am 3. August empfing Fürst Bismarck in Schönhausen den früheren russischen Militairbevollmächtigten Graf Kutusow und machte ihm gleich darauf einen Gegenbesuch im Gasthofe.

* * *

Mit der Veröffentlichung der Erlasse im Reichsanzeiger, mit seinen sonstigen nach Wien ertheilten Directiven hat Graf Caprivi gegen den Fürsten Bismarck nichts ausrichten können. Er greift deshalb zur Politik der kleinen Mittel und versucht es — der Kanzler des großen Deutschen Reiches gegen seinen Vorgänger Fürsten Bismarck! — mit Chicanen. Wir lesen am 5. August in den „Hamb. Nachr." (A.-A.) Folgendes:

> Auch auf dem Bahnhofe zu Halle sind, wie wir bereits gemeldet haben, dem Fürsten Bismarck auf der Durchreise von dem Publicum großartige Ovationen bereitet worden, obwohl nach einem Bericht der „Saale-Ztg." die Eisenbahndirection bemüht gewesen war, dieselben zu verhindern. Von zuverlässiger Seite wird dem Blatte geschrieben:

„Nachdem der Magistrat der Stadt Halle abgelehnt hatte, den Fürsten Bismarck bei seiner Durchreise am letzten Sonntag zu bewillkommnen, war am Freitag auf Anregung des Vorstandes des nationalliberalen Vereins ein Ausschuß von Bürgern zusammengetreten, um durch Entsendung einer Deputation den Fürsten zu ehren. Aus privaten Mitteln wurde ferner ein ansehnlicher Betrag aufgebracht, um den Bahnsteig an der Empfangsstelle festlich zu schmücken. Für die Ausschmückungsarbeiten gewonnene Kräfte harrten von Sonnabend Mittag ab an der Bahn, um bei Eintreffen der telegraphisch erbetenen Genehmigung der höheren Eisenbahnbehörde die Arbeit sofort zu beginnen. Die Eisenbahndirection lehnte aber durch ein 7 Uhr Abends eintreffendes Telegramm die Genehmigung zur Ausschmückung ab, ohne die dem Gesuche beigefügte Bitte erfüllt zu haben, im Ablehnungsfall die Entscheidung des Ministers herbeizuführen.

„Schon am Vormittag erfolgte auf die der Stationsverwaltung gemachte Mittheilung, daß in der Studentenschaft eine corporative Betheiligung am Empfang angeregt sei, die Eröffnung, es seien laut Verfügung der Eisenbahnverwaltung alle Corporationen vom Empfange ausgeschlossen und kleinere Deputationen nur nach Genehmigung der vorgesetzten Behörde zuzulassen. Hierauf wurde — Sonnabend Mittag — telegraphisch um Zulassung der Bürgerdeputation gebeten. Auf diese Bitte erging kein Bescheid, bis am folgenden Mittag, drei Stunden vor Eintreffen des Fürsten, ein von der Eisenbahndirection in Magdeburg entsandter Commissar die Eröffnung machte, daß er Befehl habe, jeden feierlichen Empfang zu verhindern, und daß der Fürst gebeten werden würde, seinen Salonwagen sofort nach der Ankunft unter Benutzung des abgesperrten Postperrons zu verlassen, sich in die sog. Fürstenzimmer zu begeben und daselbst bis zur Weiterfahrt zu verweilen.

„Tags zuvor hatte die Stationsverwaltung die Zulassung der Deputation, sowie einer bestimmten Anzahl anderer Damen und Herren zu dem Ankunftsperron unter der Bedingung höherer Genehmigung in der Weise gestattet, daß die Betheiligten durch Erkennungsmarken sich ausweisen. Solche Marken waren ausgetheilt; die Inhaber mußten aber zurückgewiesen werden. Denn der vorerwähnte Commissar cassirte die getroffenen Maßnahmen und gestattete nur, daß eine bestimmte geringfügige Personenzahl innerhalb des Corridors der Fürstenzimmer Aufstellung nehmen und daß innerhalb des Corridors eine kurze persönliche Begrüßung unter Ausschluß jedes ‚officiellen Charakters' stattfinden dürfe. Erläuternd wurde bemerkt, daß die Eisenbahndirection auch für Magdeburg gleiche Anordnungen zur Verhinderung eines feierlichen und

geräuschvollen Empfanges getroffen habe. Uebrigens seien in Halle socialdemokratische Demonstrationen zu erwarten. Die Vorstellung, daß durch Fernhalten der zuverlässigen Elemente solchen feindlichen Demonstrationen Raum geschaffen werde, blieb erfolglos. Alle weiteren Vorstellungen wurden mit Hinweis auf die strikten Befehle der Direction zurückgewiesen. Trotz dieser Anordnungen gelang es in Folge unzureichender Controlmaßregeln vor der Ankunft des Zuges mehreren hundert Personen, in die Corridore und von dort in dem Augenblicke der Ankunft des Zuges auf den Perron zu gelangen."

Die mehreren Hundert Personen, von denen hier die Rede ist, waren aber, wie wir mit eigenen Augen gesehen haben, viele Tausende. Auch von anderen Stationen der berührten Strecke kommen eigenthümliche Meldungen über falsche Gerüchte betreffs der Durchreise des Fürsten, die, wenn man sie zusammenhält, den Eindruck erwecken, als ob auch mit solchen Mitteln gearbeitet worden sei, alles in der wunderlichen Tendenz, die Bevölkerung von der Begrüßung zurückzuhalten.

Zur Vervollständigung dieses Bildes dient dabei, daß auch auf die weimarische Regierung ein starker diplomatischer Druck geübt worden ist, um die Betheiligung der Bevölkerung an der Begrüßung des alten Kanzlers abzumindern. Es ist bekannt, daß diese Pression dort nicht denselben Erfolg gehabt hat, wie seiner Zeit in Wien.

* * *

Die Times erfahren Seitens des „Hannov. Courier" folgende kurze Abfertigung:

Ihrem großmütterlichen Wesen entsprechend, bekümmert sich das sogenannte englische Weltblatt, die „Times", häufig um Dinge, die sie gar nichts angehen. So halten sie sich für berufen, dem Fürsten Bismarck vorzuschreiben, wie er sich zu verhalten habe. Wir empfehlen den „Times", sich um englische Angelegenheiten zu kümmern, mit unseren werden wir schon allein fertig werden. Fürst Bismarck aber bedarf sicher nicht des aufdringlichen Rathes der „Times", um zu wissen, was er zu thun und zu lassen habe.

* * *

Ueber die Durchreise des Fürsten Bismarck durch Berlin berichten die „Hamb. Nachr.":

Seitdem Fürst Bismarck Jena verlassen, verlebten die Berliner Verehrer des großen Mannes, das heißt, alle diejenigen Bevölkerungselemente, welche das Gedächtniß an die unsterblichen Verdienste des ersten Kanzlers im dankbaren Herzen bewahren, Tage gespannter Erwartung. Daß man dem Fürsten bei seiner Durchfahrt durch die Hauptstadt des von ihm neugeschaffenen

Deutschen Reiches begeisterte Willkommensgrüße entbieten würde, verstand sich von selbst; Ungewißheit herrschte nur über Tag und Stunde seines Eintreffens, und so ließen es sich denn Tausende und Abertausende der Mühe nicht verdrießen, seit einer vollen Woche zu jedem Zuge des Lehrter und Stettiner Bahnhofes hinauszupilgern, dessen mögliche Benutzung Seitens des sehnsüchtig erwarteten Reisenden vermuthet werden konnte.

Der heutige Sonnabend (6. August) nun sollte endlich dem ungeduldigen Sehnen der Berliner Getreuen Befriedigung bringen. Als wollte der Himmel selbst aus diesem Anlaß sein Bestes thun, hatte er sein leuchtendes Festgewand hervorgesucht. Schon von den frühesten Morgenstunden an strahlte die Sonne in sommerlicher Kraft auf die Straßen und Plätze Berlins. Dem kundigen Beobachter wurde alsbald klar, daß heute etwas Besonderes im Werke sein mußte. Der Lehrter und besonders der Stettiner Bahnhof zeigte sich von dichten, fortwährend neuen Zuwachs erhaltenden Massen umlagert, deren äußeres Erscheinen, deren ganzes Auftreten und Benehmen ohne Weiteres die Zugehörigkeit zu den besseren und besten Kreisen der Gesellschaft verrieth, wiewohl der Werktagsrock des schlichten Bürgers und Handwerkers, die einfache Bluse des Arbeiters keineswegs fehlten.

Den Hauptanziehungspunkt bildete von Anfang an der Stettiner Bahnhof, wohin sich auch, je mehr der Tag vorrückte, die Schaaren concentrirten, welche Anfangs vor dem Lehrter Bahnhof Aufstellung zu nehmen gewillt waren, da sich schnell das Gerücht verbreitete, der Salonwagen des Fürsten würde bereits in Spandau von dem fahrplanmäßigen Zuge abgehängt und auf die Verbindungsbahn übergeführt werden. So verhielt es sich auch in der That. Pünktlich um 11 Uhr 37 Minuten Vormittags traf der vom Fürsten benutzte fahrplanmäßige Zug, von Schönhausen kommend, auf dem Spandauer Bahnhofe ein. Dort harrte des Fürsten die Elite der Spandauer bürgerlichen wie militairischen Gesellschaft, durch zahlreiche Zuzügler aus Berlin und den benachbarten Vororten verstärkt. Donnernde Hurrahs und Hochrufe riefen den Fürsten an das Fenster seines Salonwagens. Wiederholt verneigte er sich entblößten Hauptes dankend für die ihm dargebrachten, immer wieder aufs Neue anhebenden Ovationen. Sobald der Zug stillstand, drängte Alles dem Wagen des Fürsten zu, voran ein reizender Damenflor, der den greisen Kanzler mit Blumenspenden prachtvollster Art förmlich überschüttete.

Der sichtlich frohgelaunte Empfänger, dessen frisches und rüstiges Auftreten alle Anwesenden mit Bewunderung erfüllte, äußerte, daß sein Zug heute auf einem ganz anderen Strange eingelaufen sei, als dies früher der Fall gewesen, und meinte, als eine junge Dame bemerkte, man habe die Ankunft Sr. Durchlaucht nun schon drei Tage hindurch erwartet:

> Die Verzögerung sei ihm leid, doch habe er in Schönhausen so vielerlei zu erledigen gefunden, daß er von dort nicht eher habe auf-

brechen können. In Schönhausen habe es ihm wohlgefallen, doch hoffe er, daß es in Varzin noch schöner werde.

Der Zug hatte inzwischen, unter Zurücklassung des fürstlichen Salonwagens, seine Fahrt gen Berlin fortgesetzt, und nun ward auch des Fürsten Gemahlin den Blicken sichtbar. Mehrere Damen mit duftigen Rosensträußen in der Hand näherten sich und überreichten ihre Gabe der gerührt dareinblickenden Fürstin, für die begeisterte Menge das Zeichen, auch der treuen Gefährtin des eisernen Kanzlers ein dreifaches Hoch zu widmen, dem sofort ein ähnlicher Gefühlsausbruch zu Ehren des Begründers der nationalen Einheit folgte.

Während nun der Fürst noch eine Weile mit den Umstehenden sich in leutseligster Weise unterhielt, auch nach allerlei Internem der Stadt und Garnison Spandau sich erkundigte, nahte schon die Maschine, welche den Salonwagen über die Gürtelbahn nach dem Stettiner Bahnhofe entführen sollte. Noch ein kurzer Augenblick und unter dem tausendstimmigen Rufe: „Auf Wiedersehen! auf recht baldiges Wiedersehen!“ glitt der Wagen mit seinen gefeierten Insassen von dannen. Hinzufügen wollen wir, daß die Scene photographisch fixirt und sogleich eine Unmasse Bestellungen auf das Momentbild gemacht wurden.

Auf dem Stettiner Bahnhof war schon vor 11 Uhr Alles Leben und Bewegung. Das ganze academische Jung-Berlin hatte sich daselbst ein Rendezvous gegeben, insbesondere war der Verein deutscher Studenten vollzählig am Platze. Gegen halb zwölf Uhr nahmen zwei Polizei-Hauptleute, mehrere Lieutenants und etwa ein halbes Hundert Schutzmannschaften in der westlichen Bahnhofshalle Aufstellung, während berittene Schutzleute vor dem Bahnhofsgebäude mit der Front nach dem Platze Posto faßten. Inzwischen strömten immer neue Volksmassen herzu. Die Billetschalter wurden gestürmt auf die Kunde, daß Bahnsteigkarten nicht respectirt würden, und im Nu waren sämmtliche Vorräthe an Vorortsbillets nach Bernau, Biesenthal, Eberswalde ausverkauft an Nachfrager, die nicht entfernt eine Eisenbahnfahrt beabsichtigten, sondern nur sicher sein wollten, auf den Perron gelassen zu werden.

Kurz nach $12^1/_4$ Uhr lief der von Spandau kommende Extrazug mit dem fürstlichen Salonwagen, von der Menge Anfangs unbeachtet, weil unerkannt, auf dem leeren Mittelperron ein und wurde unverweilt nach dem Abfahrtperron umrangirt. Erst jetzt fiel es den Leuten wie Schuppen von den Augen, aber nun war auch des Jubelns und Willkommenrufens kein Ende mehr. Ein förmlicher Blumenregen ergoß sich auf den langsam vorgeschobenen Wagen, an dessen zweitem Fenster die imponirende Gestalt des Fürsten, mit dem Schlapphut auf dem mächtigen Haupte, sichtbar wurde. An den übrigen Fenstern zeigten sich die Frau Fürstin, das jungvermählte gräfliche Paar und des Fürsten getreuer Eckart, Professor Schweninger.

Sobald der Wagen zum Stehen gebracht war, erhob sich der Fürst und trat entblößten Hauptes an des Mittelfenster, von Neuem mit Hochrufen und dem Gesang „Deutschland, Deutschland über Alles" begrüßt. Kaum hatte sich der Jubel gelegt, als eine junge Dame sich an den Fürsten mit der Bitte wandte: „Ein Wort zum Andenken!" Sofort wurde überall der stürmische Wunsch laut, daß der Fürst ein Abschiedswort rede. Bismarck entgegnete lächelnd: „Ich soll schon jetzt reden?" „Ja, Ja!" ertönte es von allen Seiten, und energisch wurde Silentium geboten. Der Fürst hatte sich währenddem vorgebeugt und begann nunmehr wie folgt:

Ich möchte Ihnen einen herzlichsten Dank für den freundlichen Empfang sagen, den Sie mir hier in der Reichshauptstadt bereitet, und der sich anschließt an die wohlwollenden Begrüßungen, die ich in allen übrigen Theilen Deutschlands in den sieben Wochen erfahren, seit ich in Berlin war. Ja, es sind heute gerade sieben Wochen, als ich durch Berlin nach Wien fuhr, und ich kehre zurück von dieser Reise in wesentlich befriedigenderer Stimmung und freudiger als ich hinfuhr. (Bravo.) Ich bringe ein neues und liebenswürdiges Mitglied meiner Familie nach Hause. (Beifall.)

Und ich bringe auch den erfreulichen Eindruck mit, daß wir in dem, was man früher das Reich nannte, im ganzen außerpreußischen Deutschland, über ein mächtiges Reservecapital von Reichstreue gebieten in einer Stärke und Ausdehnung, an die man kaum geglaubt hat. Alle haben die Gemeinschaft mit uns lieb gewonnen und halten fest an ihr unter allen Umständen (Beifall), davon kann ich Zeugniß ablegen nach den Erlebnissen auf meiner Reise, auch von dem Wohlwollen unserer österreichischen Bundesgenossen (Beifall).

Als ich vor sieben Wochen hier durchfuhr, da wußte ich noch nicht, wie gut ich in Wien empfohlen war. (Hört, hört! Heiterkeit.) Ich fürchte, ich bin mißverstanden . . . ich meine, empfohlen durch die Erinnerung an meine letzte Reise vor dreizehn Jahren, als ich behufs Herstellung des heute noch gültigen und hoffentlich lange noch geltenden Bündnisses zwischen uns nach Wien kam. Die Erinnerung daran ist nicht erstorben, wie denn überhaupt in Oesterreich und im übrigen Deutschland die Erinnerung an 1866 verblaßt ist, die aber an 70 und an unsere gemeinschaftlichen Kämpfe in voller Stärke auf unsere politischen Beziehungen noch einwirkt und das feste Band bietet, was uns mit unseren Bundesgenossen zusammenhält und dauernd zusammenhalten wird. (Beifall.)

Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Begrüßung, die für mich ein wohlthuender Abschluß meiner Reise ist, meiner Reise, die lediglich aus Familienrücksichten und zu meiner Gesundheit unternommen wurde, aber die mir auch als Politiker — ich kann doch immer mich nicht ganz

lossagen von dem Interesse, das ich an dem Reich genommen, das wird auch nie geschehen — die also mir auch als Politiker zu großer Freude gereicht. Ich danke Ihnen nochmals herzlichst. (Stürmischer Beifall.)

Als nach und nach die Wogen der Begeisterung sich ein wenig gesänftigt hatten, ergriff einer der dem Fürsten Nächststehenden zu einer vom Augenblick eingegebenen kernhaften Erwiderung das Wort: „Hehrer Fürst" — begann er — „wir jubeln Dir zu. Die heutigen Machthaber müßten mit Blindheit geschlagen sein, wollten sie nicht in der Volksseele lesen: die Verunglimpfungen, die Dir sind zugefügt worden auf der Reise nach Wien, das deutsche Volk hat sie empfunden, die Antwort darauf hat man Dir in Dresden, München, Kissingen und Jena zu Theil werden lassen. Unsere heutigen Machthaber können nichts Besseres thun, als die Brücke, die sie heute hinter Dir abgebrochen, wieder aufzubauen."

Laute Hochrufe folgten. Dann wurde: „Deutschland, Deutschland über Alles" und die „Wacht am Rhein" gesungen. Als man dem Fürsten die Hand reichen wollte, wehrte er im Interesse der Ordnung ab; er unterhielt sich dann leutselig mit einem jungen Cadetten und mit dem in Uniform erschienenen früheren Major von Kardorff vom 19. Regiment, der den Fürsten daran erinnerte, daß er morgen vor 22 Jahren auf dem Mainzer Bahnhof mit ihm zusammengetroffen sei. Fürst Bismarck erinnerte sich, daß er damals gerade die Siegesnachricht von Weißenburg erhalten. Er erkundigte sich zugleich nach einem Freund, dem späteren General von Wedel, der damals beim Regiment gestanden. Währenddem ertönten fortgesetzt Hochrufe auf den Fürsten, die Fürstin, den Grafen und dessen junge Gemahlin.

Es traten nunmehr fünf Chargirte des Vereins deutscher Studenten in vollem Wichs vor, und der Sprecher derselben von Vietinghoff begrüßte den Fürsten mit der Versicherung unverbrüchlicher Treue. Gerührt dankte der Fürst:

> Meine Universitätsjahre zählen zu den angenehmsten meines Lebens, und ich freue mich, wenn ich junge Herren sehe, die mir ihre Sympathien bewahrt haben. Ihre Commilitonen in Halle und Jena und auch die süddeutschen Studenten haben mich begrüßt; ich freue mich, daß Sie ihrem Beispiele gefolgt sind.

Der Fürst erkundigte sich noch eingehend nach dem Verein.

Es erfolgte dann aus der Menge heraus die Verlesung eines Gedichtes, dessen Schluß lautete: „O Herr und Held, komm wieder nach Berlin." Das Gedicht fand brausenden Beifall.

Von einem der Herren aus dem 19. Hannoverschen Wahlbezirke wurde nun die Frage an den Fürsten gerichtet, wann er die dortigen Deiche besichtigen wolle, was der Fürst für den Herbst zusagte. Buchhändler Warncke widmete sodann dem Fürsten ein weiteres Gedicht, das die Treue der Norddeutschen bezeugte. Endlich wurde noch ein drittes Gedicht verlesen, das die deutsche

Treue verherrlichte. Der Fürst nahm nunmehr nochmals das Wort, um auf eine Wendung eines der Gedichte über die Presse sich zu äußern:

Sie sprachen vorher in Ihrem Gedicht von der Presse; die ist so besonders schlecht jetzt nicht; vor 30 Jahren bin ich von einem Theile der Presse genau so behandelt wie heute (Leider!). Sagen Sie nicht „leider"; das hat mich so abgehärtet, daß mir die Druckerschwärze nicht mehr durchkommt (Heiterkeit). Wenn ich die Presse heute ansehe, die vor 10, 20, 30 Jahren erschien, da finde ich fast noch viel schlimmere Dinge darin, wie heute. Daher ist es eine unberechtigte Meinung, von der besonderen Schlechtigkeit der heutigen Presse im Vergleich mit der vor 30 Jahren zu sprechen, sondern ich nehme die heutige Presse in Schutz. Sie ist jetzt nicht schlechter wie früher, es sind jetzt dieselben Worte, Redensarten, oft auch dieselben Verfasser. Sie brauchen sich darüber aber keine Sorgen zu machen; im Gegentheil, ich lese Artikel, die mich kritisiren, mit Vorliebe, aber das stört weder Schlaf noch Appetit. (Beifall).

Wieder ertönten stürmische Hochrufe. Auf eine Frage, ob Fürst Bismarck wieder durch Berlin komme, antwortete er launig:

Es führt kein anderer Weg nach Küßnacht.

Dann ergriff der Fürst ein Glas Wein:

Erlauben Sie mir, daß ich zum Dank für Ihre freundlichen Wünsche dieses Glas deutschen Weines trinke. Auf die Gesundheit meiner Berliner Mitbürger! Denn ich bin heute noch Bürger von Berlin und bin in keiner Stadt so lange gewesen, wie gerade in Berlin. Ich würde auch gern wieder einmal eine Zeit lang in Berlin wohnen (Beifall), wenn ich nur gewiß wäre, daß ich mich ruhig auf der Straße bewegen — (Zuruf: Jeder Berliner schützt Ihr Haupt!). . . . Gewiß ja, aber ich bin schon, als ich noch Minister war, oft „gewrangelt" worden. Ich glaubte, ich würde, nachdem ich Privatmann bin, etwas in Vergessenheit kommen (Nie, Nie!), aber nach der Begrüßung heute fürchte ich mich doch die Linden lang zu gehen. (Beifall.)

In einem Zuge leerte er dann das Glas, das er auf Bitten dem Verein deutscher Studenten zum Andenken verehrte. Es entwickelte sich nun ein längeres Gespräch zwischen dem Fürsten und den Herren aus dem 19. Wahlbezirk, namentlich über die Deichverhältnisse. Der Wahlbezirk werde ihn als alten Deichhauptmann besonders freudig begrüßen, auch gehören zum Wahlbezirk Theile des alten Herzogthums Lauenburg. Damals sei es Sitte gewesen, eine Einlage zu trinken. Zu einer solchen Einlage lade man den Fürsten ein. Der Fürst versprach zu kommen, bezüglich des Trinkens liege aber der Knüppel beim Hunde. —

Fürst und Fürstin, sowie die junge Gräfin theilten nunmehr Blumen aus, die stürmisch begehrt wurden. Als die Zeit der Abfahrt herannahte, wuchs

die Sehnsucht der mehr rückwärts aufgestauten Menschenmassen, dem Gefeierten auch ihrerseits aus der Nähe Auge in Auge zu schauen, derart, daß die polizeilichen Absperrungsmaßregeln versagten. Man versuchte, durch Dazwischenschieben von Postkarren eine Art Barrière zu improvisiren — umsonst. Da verfiel der commandirende Polizeiofficier auf einen rettenden Ausweg. Er ersuchte die heandrängenden Massen ebenso höflich als bestimmt, sich des Drängens zu enthalten, dafür wolle er gestatten, daß man, drei Mann hoch, in geordnetem Zuge vor dem Fürsten defilire. Begierig griff das Publicum diesen praktischen, allseitig befriedigenden Vorschlag auf. Der Fürst selbst gab das Commando zur Eröffnung des sectionsweisen Rechtsabmarsches, bis auch der letzte Bismarckverehrer seinen Herzenswunsch erfüllt sah. Dann setzte sich unter den Ausbrüchen eines elementaren Volksjubels der Zug in Bewegung und eilte dem nächsten Reiseziele des Fürsten entgegen.

Auf den Gesichtern der langsam von dannen Ziehenden aber lag es wie der Abglanz eines weihevollen geschichtlichen Moments, dessen Erinnerung in den Herzen der Augen- und Ohrenzeugen unauslöschlich fortleben wird. („Hamb. Nachr." vom 6. Aug., A.-A., und 7. Aug., M.-A.)

* * *

Mit dem Warten war es den Freunden des Fürsten in Stettin fast ebenso gegangen wie denen in Berlin. Aus Stettin wird vom 6. August berichtet:

Nachdem am 30. Juli die städtischen Behörden zu Naugard den Fürsten Bismarck und dessen daselbst wohnhaften Bruder, Geh. Reg.-Rath v. Bismarck, zu Ehrenbürgern der Stadt Naugard ernannt hatten, bereiteten sie sich vor, ihren großen Ehrenbürger in den Mauern der Stadt festlich zu begrüßen, denn Fürst Bismarck hatte zugesagt, am Mittwoch seinem Bruder einen Besuch abzustatten, ehe er Varzin aufsuche. Am Mittwoch aber hatte Naugard vergebens Festschmuck angelegt und an der Straße von Freienwalde eine Ehrenpforte errichtet, der Fürst kam nicht. Auch in Stettin hatten sich seit Mittwoch an jedem aus Berlin eintreffenden Zuge zahlreiche Verehrer des Alt-Reichskanzlers auf dem Bahnhof eingefunden.

Heute endlich sollte ihre Ausdauer belohnt werden. Es mochten etwa 1500 Damen und Herren anwesend sein, als der fahrplanmäßige Zug um 4 Uhr 50 Minuten Nachmittags hier eintraf und mit ihm in eigenem Salonwagen Fürst Bismarck und seine Gemahlin. Kaum war die Menge des Fürsten ansichtig geworden, als sie sofort in begeisterte Hurrahrufe ausbrach, die sich immer wiederholten. Unzählige, theils prachtvolle Blumensträuße wurden von zarter Hand dem Fürsten entgegengehalten, der, nachdem der Zug gehalten, sich aus dem Fenster lehnte, mit freundlicher Miene die Blumen entgegennahm und verbindlich nach allen Seiten dankte. Bald darauf begannen einige Herren „Deutschland, Deutschland über Alles" anzustimmen, und alle Anwesenden fielen kräftig ein.

Der Fürst richtete sich bewegt auf und ließ seine großen durchdringenden Augen befriedigt über die sonst so kalten und nun so warm begeisterten Pommern schweifen. Dann strömte die Menge wiederum unter brausenden Hochrufen immer aufs Neue zum Wagen, um wenn möglich dem großen Einiger Deutschlands die Hand zu reichen. Doch nur wenigen gelang das, denn neue Verehrer drängten heran.

Ein guter Bekannter der fürstlichen Familie, Herr v. Blumenthal-Staffelde, bestieg den Wagen und wurde von den Herrschaften aufs Freundlichste begrüßt. Nachdem noch die „Wacht am Rhein" gesungen und auch der Fürstin ein Hoch gebracht worden war, für das diese verbindlichst dankte, setzte sich der Zug wieder in Bewegung, ohne daß der Fürst ihn verlassen oder vom Wagen aus eine Ansprache an das Publicum gerichtet hätte. Auch der „Reichshund" blickte aus dem Fenster. Donnernde Hurrahrufe begleiteten den Zug, bis er über die Oderbrücke den Blicken entschwunden war.

Von Stettin ging die Fahrt weiter nach Naugard zu des Fürsten Bruder auf dem benachbarten Külz. Der dortige Bericht vom 7. August lautet:

Gestern Abend traf mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 7 Uhr 43 Min. Fürst Bismarck hier ein und wurde festlich empfangen, nachdem er auf telegraphische Anfrage sich bereit erklärt hatte, das ihm von der Stadt verliehene Ehrenbürgerrecht, sowie eine Begrüßung anzunehmen. Der Bahnsteig und der Platz vor dem Bahnhofsgebäude waren reich geschmückt; hier hatten die städtischen Behörden, sämmtliche Vereine der Stadt und die Schuljugend Aufstellung genommen. Ein zahlreiches Publicum aus Stadt und Umgegend war versammelt. Nachdem der Fürst seinen Salonwagen verlassen, wurde er von dem Bürgermeister in den Kreis, der sich gebildet, geführt und Namens der Stadt mit einer Ansprache begrüßt.

Fürst Bismarck erwiderte:

> Ich danke Ihnen, meine Herren, für die freundliche Begrüßung und die hohe Ehre, die Sie mir durch Verleihung des Bürgerrechts in Naugard erweisen. Als alter Mann hat man die Neigung, die Orte wiederzusehen, wo man die ersten Kindereindrücke erhalten; und bei der hiesigen Gegend kann ich auf 70jährige Erinnerung zurückblicken, ich habe hier die Zeit erlebt, als der See abgelassen wurde und als noch der alte Herr von Kamecke hier Landrath war. Viele der liebsten Erinnerungen knüpfen sich für mich an diese Orte seit dem Tage, wo ich mit meinen Eltern zum ersten Male dort durch das hübsche Buchholz fuhr und die Stadt vor mir liegen sah.
>
> Jetzt ist es eine große Freude nach der Rundreise, die ich fast durch ganz Deutschland gemacht, an diesen mir so vertrauten Stätten denselben freudigen Empfang zu finden, wie in Dresden, Wien, Bayern und Jena.

Je näher ich meiner alten Heimath aus der Kinderzeit kam, desto wohlthuender empfand ich dies herzliche Willkommen meiner alten Kreisgenossen. Ich kann wohl sagen, daß ich zu Ihnen gehöre, denn bis zu meinem 32. Lebensjahre habe ich die Luft des Naugarder Kreises geathmet.

Nehmen Sie Alle nochmals meinen warmen Dank für den glänzenden Empfang, den Sie mir bereitet haben.

Dann erinnerte er an Verschiedenes aus alter Zeit, erkundigte sich auch nach Persönlichkeiten, die er einst gekannt, als er nun die Reihen der Vereine und der Schuljugend entlang ging, einzelne mit freundlichen Worten anredend, besonders wenn die Decorationen von der Theilnahme an den Feldzügen zeugten. Nachdem der Fürst den offenen Wagen, in welchem die Fürstin bereits Platz genommen hatte, bestiegen, richtete er, in demselben stehend, noch Worte des Abschieds und des Dankes an die Versammelten, indem er die Hoffnung aussprach, nicht zum letzten Male in Naugard gewesen zu sein, sondern seinen Bruder noch öfters besuchen zu können.

Unter lebhaften Hochrufen wurde dann die Reise nach Külz fortgesetzt.

In Külz ist Fürst Bismarck von Sonnabend Abend bis Montag, den 8. August, Vormittag geblieben. Dann erfolgte die Weiterreise mittels Extrazuges bis Colberg und von da über Belgard nach Varzin, wo die Ankunft um 6 Uhr Abends stattfand.

Auf der Fahrt nach Colberg fand auch in Treptow an der Rega festliche Begrüßung statt. Es wird von dort berichtet:

Heute Mittag $1^1/_4$ Uhr kam Fürst Bismarck auf der Durchreise von Naugard nach Varzin hier an. Auf dem Bahnhofe harrte seiner eine dichtgedrängte Menge, nach mäßiger Schätzung weit über tausend Menschen. Als der Zug hielt, stimmte der Sängerchor des Gymnasiums die „Wacht am Rhein" an, die Menge stimmte ebenfalls ein. Darauf hielt Herr Bürgermeister Demuth eine kurze Ansprache und brachte ein Hoch auf den Fürsten aus. Blumenspenden wurden ihm in den Wagen gereicht.

Der Fürst, sichtlich erfreut über die ihm dargebrachte Ovation, lehnte sich aus dem Wagenfenster und sprach etwa Folgendes:

Er sei erfreut, daß ihm auf seiner ganzen Reise vom Süden Deutschlands bis zum Norden, „vom Fels zum Meer", überall dieselbe dankbare und wohlwollende Gesinnung entgegengebracht worden sei. Ich bin sicher, wir halten fest zusammen, und bitte Sie, das fest im Herzen zu bewahren und auch Ihren Kindern zur Lehre einzuprägen, daß der Deutsche, sobald er seine Grenzpfähle verläßt, an Ansehen verliert, wenn er nicht sagen kann: 50 Millionen meiner Landsleute stehen geeinigt hinter mir."

Nachdem der Fürst geendet, wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ von der Menge angestimmt. Alles drängte heran, um die Hand des Fürsten zu drücken. Scherzhaft warnte der Fürst, hierbei die Ordnung zu durchbrechen und so mit den Organen der Polizei in Conflict zu gerathen. Unter den Hochrufen der Anwesenden setzte sich der Zug wieder in Bewegung.

In Colberg wird der Fürst auf der Durchfahrt begeistert begrüßt. Der Bürgermeister, das Officiercorps des in Colberg garnisonirenden 54. Infantrie-Regiments, der Kriegerverein, zahlreiche Badegäste, viele Einwohner sind auf dem Bahnhofe anwesend und bringen stürmische Hochs auf den Fürsten aus. Dieser ist sichtlich von den unaufhörlichen und völlig improvisirten Ovationen bewegt und versucht vergeblich der Bevölkerung seinen Dank in Worten auszusprechen. Von Blumen wird der Fürst fast überschüttet.

Der Vollständigkeit wegen müssen wir den Bericht der „Nat.-Ztg.“ aber doch durch eine Mittheilung der Post ergänzen über eine Thatsache, deren intellectueller Urheber den Lesern dieser Blätter ja hinreichend bekannt ist:

Die Begeisterung war eine so große, daß man das Fehlen der bereits erschienen gewesenen und plötzlich wie in eine Versenkung verschwundenen Capelle des Infanterie-Regiments Nr. 54 kaum bemerkte; eine Maßregel, die erst später einem nicht gerade sehr schmeichelhaften Commentar unterzogen wurde, zumal die Officiere selbst fast vollzählig in Helm und Waffenrock erschienen waren und einige von ihnen selbst noch einige Stationen mitfuhren.

* * *

In der „Rheinisch-Westf. Ztg.“ lesen wir über die Haltung der Deutschfreisinnigen dem Fürsten Bismarck gegenüber:

Daß der rohe Ton, den die meisten Freisinnsorgane gegen den Fürsten Bismarck anzuschlagen belieben, im eigenen Lager nicht überall gebilligt wird, beweist die (wenigstens relativ und zeitweise) anständige Haltung der „Vossischen Zeitung“ gegenüber dem früheren Reichskanzler. Aber auch sonst fehlt es nicht an Stimmen von dieser Seite, die angenehm von der Richter'schen Tonart abweichen. So hat der bekannte Schriftsteller Fritz Mauthner, sonst ein leidenschaftlicher Anhänger Eugen Richter's, in der von einem Redacteur des gleichfalls bismarckfeindlichen „Berl. Tageblattes“ herausgegebenen Zeitschrift „Magazin für Literatur“ der freisinnig-demokratischen Presse gehörig den Text gelesen. Er bemerkt mit treffender Ironie:

„So lange das allgemeine Gerücht nicht widerlegt ist, Bismarck habe das neue Deutsche Reich geschaffen, so lange werden sich hoffentlich immer noch Leute finden, welche sonst keine Hurrahrufer zu sein brauchen, die ohne Götzendienst und ohne Preisgebung ihrer Anschauungen von Gott und Menschen froh werden bei dem Gedanken, daß so ein Monumentalmensch gelebt und gewirkt hat und noch immer dasteht, machtlos zwar, aber

doch auch ohne jede Herrschaft immer er selbst. Wäre er gelassen, er wäre nicht Bismarck geworden."

Mauthner sagt zum Schluß:

„Dafür (nämlich für die Einigung Deutschlands) danken wir ihm alle, Hand aufs Herz, auch die wildesten freisinnigen Gegner möchten nicht um dreißig Jahre zurück tauschen. Vor dem aufmerksamen Ausland aber macht es sich schon lange nicht mehr schön, wenn angesehene Blätter den Mann, der Europa Respect vor Deutschland gelehrt hat, als einen Menschen schildern, der silberne Löffel gestohlen hat. Das Ausland glaubt es nicht, hat aber doch seine Freude daran."

„Hand aufs Herz!" Man sieht, daß der Verfasser dieser Strafpredigt mit der Parteipolitik wenig vertraut ist, sonst würde er von den freisinnigen Machern nicht verlangen, daß sie einmal ausnahmsweise aufrichtig ihre innersten Gedanken verrathen möchten. Ihnen kommt es lediglich darauf an, durch Fechterstückchen so viel Parteivortheile, als nur irgend möglich, herauszuschlagen!

* * *

Recht zutreffend ist eine Abfertigung, die die „Rhein.-Westf. Ztg." der „Köln. Volks-Ztg." ertheilt.

Die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung" ist sehr erregt darüber, daß Fürst Bismarck bei seiner Durchreise durch Spandau von einer großen Anzahl von Officieren in Uniform begrüßt worden ist. Vielleicht beruhigt sich das Kölner Jesuitenblatt, wenn wir es darauf aufmerksam machen, daß Fürst Bismarck königlich preußischer Generaloberst ist. Einem Generaloberſten ihrer Armee zu huldigen, wird preußischen Officieren schwerlich verwehrt werden können. Uebrigens hat auch die Colberger Garnison es sich nicht nehmen lassen, den Fürsten bei seiner Durchreise zu begrüßen.

Männer von Ehre, wie unsere preußischen Officiere, lassen sich durch das Geschwätz clerico-demokratischer, socialdemokratischer und sonstiger Bismarckhasser, die unserem Fürsten Bismarck dargebrachten Huldigungen seien antimonarchische Kundgebungen, in ihrem Handeln glücklicherweise nicht beeinflussen. Es giebt auch gar keine größere Lächerlichkeit als die Behauptung, daß die Kundgebungen zu Ehren Bismarck's „antimonarchisch" seien. Gerade die Anhänger Bismarck's sind „Monarchisten" vom Scheitel bis zur Zehe, wie Fürst Bismarck es selbst ist. Daß sie nicht in absolutistischen „Velleitäten" befangen sind, kann ihrer „monarchischen" Gesinnung nur zur Empfehlung gereichen.

# VII. Periode:

## Varzin 12. August — 3. December 1892.

Wieder eine — Chicane des Grafen Caprivi! Die „Hamb. Nachr." vom 12. Aug. (A.-A.) schreiben:

Ueber die diplomatischen Einwirkungen in Weimar (vgl. oben S. 134) gegen den Fürsten Bismarck finden wir in der „Nat.-Ztg." folgende Notiz:

„Mehreren Blättern wird übereinstimmend aus Weimar geschrieben: Die Mittheilung der ‚Hamb. Nachr.', daß auch auf unsere Regierung ein Druck dahin ausgeübt worden sei, bei Gelegenheit der Rückreise des Fürsten Bismarck größere Ovationen nach Möglichkeit zu verhindern, hat uns Veranlassung gegeben, nähere Erkundigungen über den Sachverhalt einzuziehen. Nach unseren Informationen bestätigt sich die Nachricht des Hamburger Blattes völlig, und zwar ist es der hiesige preußische Gesandte von Derenthall, welcher mit dieser Mission beauftragt worden war. Das weimarische Staatsministerium hat sich aber dem ihm gestellten Ansinnen gegenüber etwas ‚achselzuckend' gezeigt und sich darauf beschränkt, in einer Verfügung an den Prorector der Universität Jena zu betonen, daß die Begrüßung des Fürsten Bismarck durch die Angehörigen der Hochschule naturgemäß nur einen privaten Charakter haben dürfe. Im Uebrigen erklärte die Regierung sehr zutreffend, daß bei dem thüringischen Volkscharakter hier jede staatliche Maßnahme zur Einschränkung der geplanten Feier gerade die entgegengesetzte Wirkung haben würde. Auch seien die in Betracht kommenden beiden Bahnhöfe in Jena Eigenthum von Actiengesellschaften, deren Organe aus naheliegenden Gründen wenig geneigt sein dürften, eine Absperrung eintreten zu lassen."

Dergleichen Verbote und diplomatische Pressionen, wie sie in Weimar geübt wurden, sind allerdings geeignet, das Gegentheil von der beabsichtigten Wirkung zu erzielen. Diese Maßregeln gehören eben zu den

Kriterien, nach denen die öffentliche Meinung das Verständniß beurtheilt, welches die Urheber jener Maßregeln für die Aufgaben ihres Berufs haben. Die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger", die diplomatischen Erlasse, welche den Gegenstand derselben bildeten, die directe Einwirkung auf die Regierung in Weimar, die Bahnhofspolitik in Halle, Magdeburg und anderen Stationen machen in der öffentlichen Meinung den Eindruck, als ob diese Maßregeln nicht ausschließlich durch politische Erwägungen unserer Politiker bestimmt würden.

* * *

Zu derartigen Regierungsacten des Grafen Caprivi bemerkt die „Bad. Landes-Ztg.":

Das ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit, daß man sich jetzt in Berlin selbst nicht mehr scheut, zu derartigen kleinlichen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen, um dem Wiedererrichter des deutschen Kaiserreiches, dem in den letzten Wochen erst wieder Hunderttausende der treuesten Vaterlandsfreunde dankerfüllt zugejubelt haben, Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Ein solches Vorgehen kann wahrhaftig nicht dazu beitragen, die Freude der süddeutschen Bevölkerung am neugeeinten deutschen Kaiserreiche zu erhöhen.

Wir halten diese fortgesetzten Intriguen gegen Deutschlands größten Mann für geradezu unwürdig und den Urheber derselben für unfähig, noch länger eine maßgebende Stellung in der Leitung der Geschicke des deutschen Volkes einzunehmen. Es ist die höchste Zeit, daß diesem sinnlosen und von jedem Vaterlandsfreund tief zu beklagenden Verhalten dem Reichsbegründer gegenüber endlich Einhalt geboten wird!

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 13. Aug. (A.-A.) finden wir folgende beiden Berichtigungen:

Einige Blätter sagen, für den Fürsten Bismarck sei Jena anscheinend sein Damaskus geworden. Das beruht auf einer irrthümlichen Auffassung. Als der Fürst von Damaskus sprach, hatte er nur den Bundestag in Frankfurt im Auge, zu dessen Zeit er zur richtigen Erkenntniß des Nothwendigen gekommen sei.

Dann: Das „Berl. Tagebl." behauptet, der jetzige ungenügende Reichstag sei unter dem Einflusse des Fürsten Bismarck gewählt worden. Das ist ganz unrichtig; der jetzige Reichstag ist hauptsächlich unter dem Einflusse der socialpolitischen Situation gewählt worden, wie sie im Februar 1890 im Gegensatze zu der vom Fürsten Bismarck verfolgten Politik vorlag.

* * *

Am 14. August lesen wir in den „Hamb. Nachr." (M.-A.) Folgendes:

Die „Freisinnige Ztg." schreibt, daß die Pietät gegen den Kaiser Friedrich den Fürsten Bismarck schwerlich abgehalten habe, dem jetzigen Kaiser nach dessen Thronbesteigung die von ihm beabsichtigte Wiederanstellung des Ministers von Puttkamer zu widerrathen; habe er doch sehr bald darauf den von Angriffen gegen Kaiser Friedrich strotzenden Immediatbericht in der Geffcken-Angelegenheit im „Reichs-Anzeiger" veröffentlichen lassen.

Das thatsächlich stattgehabte Widerrathen der Wiederanstellung des Herrn von Puttkamer ist an sich ja kein Zeugniß für die Pietät, die Fürst Bismarck gegen den verstorbenen hohen Herrn gehegt hat, sondern es war eine einfache Rücksicht auf den öffentlichen Anstand. Selbst ein Ministerium, das ganz pietätlos gegen Kaiser Friedrich gewesen wäre, hätte es nicht rathsam finden können, daß gewissermaßen noch bei offenem Sarge die jüngsten Anordnungen des Verstorbenen aufgehoben würden. Beim Immediatberichte und bei der Geffckensache konnte ein Angriff auf den Kaiser Friedrich gar nicht beabsichtigt sein; denn zur Zeit, als der Immediatbericht geschrieben und veröffentlicht wurde, herrschte allgemein der Glaube, daß die Veröffentlichung auf Erfindung aus dem demokratischen Lager beruhe, und man vermuthete nicht entfernt in dem conservativen hanseatischen Diplomaten den Urheber. Erst nachdem dieser ermittelt war, wurde, zur allseitigen Ueberraschung, die Authenticität der Veröffentlichung constatirt.

* * *

Aus der Geneigtheit Rußlands, in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland einzutreten, wurden in der Presse vielfach optimistische Folgerungen über die politischen Beziehungen beider Reiche zu einander gezogen. Die „Hamb. Nachr." erklären solchen Optimismus an letztgenannter Stelle für unberechtigt und sagen:

Bei Besprechung einiger Bemerkungen der „Hamburger Nachrichten" zu den zollpolitischen Verhandlungen mit Rußland stellen die „Frankf. Ztg." und andere demokratische Blätter die Sache so dar, daß aus den von Rußland angeblich angeknüpften Verhandlungen der Schluß gezogen werden müsse, unsere Beziehungen zu Rußland seien nicht ungünstiger als früher. Die „Frkf. Ztg." ist doch wohl zu einsichtig, um nicht zu wissen, daß Rußland verschiedene Gründe hat, eine Politik zu vertagen, die seinen Frieden mit den im Orient interessirten Mächten gefährden könnte. Zu diesen Gründen gehört einmal die vorher nothwendige Vollendung seiner Bewaffnung und sodann das Bedürfniß, zu diesem und zu andern Zwecken im Auslande Geld aufzu-

nehmen, sowie die Heilung der Schäden abzuwarten, welche es durch Nothstand und Cholera erlitten hat. Es ist deshalb noch kein Beweis von vertrauensvollen Beziehungen zu uns, wenn Rußland den Versuch macht, auch seinerseits eine Epoche auszunutzen, während derer die deutsche Politik unter einer zu wirthschaftlichen Concessionen geneigten Leitung steht. Nachdem der Inhalt der bisher geschlossenen deutschen Handelsverträge bekannt geworden ist, wird in Rußland der Wunsch rege geworden sein, auch seinerseits die gegenwärtige Situation zu erfassen, um gute Geschäfte mit Deutschland zu machen.

* * *

Die Centrumspresse springt dem Grafen Caprivi bei und sucht zu beweisen, daß er nicht der Candidat des Centrums gewesen sei — als ob diese Hülfe und dies warme Interesse nicht schon ein neuer Beweis für die Gemeinsamkeit der Interessen wäre! In den „Hamb. Nachr." vom 18. August (A.-A.) lesen wir:

Die „Tremonia" veröffentlicht zum Beweise, daß Windthorst nicht am Sturze des Fürsten Bismarck gearbeitet habe und daß Graf Caprivi nicht der Candidat des Centrums sei, den Wortlaut eines Gespräches, das im Sommer 1890 „ein Pfarrer" mit Windthorst in Ems gehabt haben soll. Die Mittheilungen der „Tremonia" erhalten den Stempel der Ungenauigkeit schon durch die Behauptung, Fürst Bismarck habe bei seiner Begegnung mit Windthorst im März 1890 diesem „selbst seine Entlassung mitgetheilt". Der Fürst hatte damals noch durchaus keinen Grund zu dem Glauben, daß ihm der Rücktritt geboten werden würde, und er selbst war der Ueberzeugung, daß dies in Betreff der reichskanzlerischen Stellung überhaupt nicht stattfinden werde und daß bezüglich des Ministerpräsidiums die Entscheidung bis nach den ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage vertagt sei. Geradezu lächerlich ist in dieser Erzählung der Windthorst in den Mund gelegte Satz: „als mir Bismarck mit Thränen in den Augen sagte, man will mich nicht mehr". Fürst Bismarck am Halse des Herrn Windthorst sich ausweinend über seinen politischen Kummer — das ist ein Bild, welches man nach Allem, welches über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Herren bekannt ist, nur als eine urtheilslose Erfindung bezeichnen kann, und das einigermaßen an die Schlußverse aus Schiller's Bürgschaft erinnert, in denen der Tyrann und Möros sich gerührt umarmen; als Dritter würde dann Geffcken im Hintergrunde zu denken sein.

Im Uebrigen geht aus den posthumen Erzählungen des fraglichen Pfarrers ja gerade hervor, daß Herr Caprivi bereits 5 Jahre vor der Zeit, in der die Unterredung spielt, also etwa 1885, der Candidat des

Herrn Windthorst und also des Centrums gewesen ist, und daß diese Candidatur zwischen ihm und dem Professor Geffcken damals besprochen wurde. Letzterer gehörte seit 1866 zu den thätigen Gegnern des ersten Reichskanzlers und war als solcher schon in der Zeit bekannt, als er noch hanseatische Geschäfte dem Kanzler des Norddeutschen Bundes gegenüber zu betreiben hatte. Eine weitere ratio dubitandi gegenüber den Erzählungen des „Pfarrers" liegt in der Andeutung, „übrigens stutzte Bismarck nicht wenig, als ich ihm als seinen wahrscheinlichen Nachfolger Caprivi bezeichnete"; denn es ist heutzutage kein Zweifel mehr, daß derselbe Gedanke, Ernennung eines Generals und eventuell des Herrn von Caprivi als Nachfolger, nicht im Reichskanzleramte, wohl aber im Ministerpräsidium dem Fürsten Bismarck gegenüber verhandelt und daß ihm dieser Gedanke also vollständig vertraut war, so daß er nicht „stutzen" konnte, als Windthorst jenen nannte. Die Art, wie Windthorst nach Angabe des Pfarrers auf Caprivi gekommen ist, beweist von Neuem, daß das Auge der Centrumspolitik schon vor 7 Jahren auf den heutigen Kanzler gerichtet war und daß darüber zwischen Windthorst und Geffcken eine Aussprache stattgefunden hatte.

* * *

An gleicher Stelle lesen wir über die Cabinetsordre von 1852:

In der Presse wird zur Zeit die Cabinetsordre von 1852 reproducirt, welche die Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber den Ressortministern regelt. Die Ordre lautet:

„Ich finde es nöthig, daß dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die nothwendige Einigkeit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich: 1. Ueber alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Berathung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzutheilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegen-

heiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntniß zu setzen, damit derselbe, wenn er es nöthig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen. Charlottenburg, den 8. September 1852. gez. Friedrich Wilhelm. gegengez. Manteuffel."

Aus dem Text geht hervor, daß es unzutreffend ist, wenn behauptet wird, die Ordre verböte den Verkehr der Minister mit dem Monarchen. Die Ordre hat nur den Sinn, daß der Ministerpräsident stets in Kenntniß der Vorgänge gesetzt und daß nicht ohne sein Zuthun die Direction des Staatsministeriums dem Monarchen gegenüber von einem seiner Collegen in die Hand genommen werde. Daß ohne solche Einrichtung ein Ministerpräsidium überhaupt thatsächlich nicht vorhanden ist, liegt klar. Wir vermuthen auch, daß die fragliche Ordre heute so wenig aufgehoben ist wie früher.

Vgl. übrigens die Aeußerung über diese Ordre Band III, S. 212.

* * *

Auch eine Auslassung über die vor der Regierung kriechende Presse begegnet uns da, eine Auslassung, die an Deutlichkeit nichts vermissen läßt:

Die Organe der Clerico-Demokratie befinden sich dem Fürsten Bismarck gegenüber zur Zeit in einem an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Zustande der Erregung. Man kann keine Nummer der „Frankf. Ztg.", der „Volks-Ztg." oder auch der „Germania" in die Hand nehmen, ohne den gröbsten, gehässigsten Schmähungen gegen den früheren Kanzler zu begegnen. Stehen wir diesen Ausbrüchen mit der Empfindung gegenüber, daß sie neue Quittungen für die Richtigkeit der Politik des Fürsten Bismarck sind, so erfüllt uns die fernere Wahrnehmung, daß die nämlichen Organe für demokratisches Selbstbewußtsein und Gewissensfreiheit sich im Wettkriechen vor der jetzigen Regierung und selbst vor der „Nordd. Allg. Ztg." überbieten, mit einem Gefühle, für dessen Charakterisirung wir uns auf den bekannten Ausruf Friedrichs des Großen nach der Schlacht bei Zorndorf beim Anblick der Gefangenen beziehen.[1])

Für die Gesinnungslosigkeit dieser Organe ist es auch bezeichnend, daß sie bei Lebzeiten Kaiser Wilhelm's I. ihren Haß und ihre Verleumdungen gegen den damaligen Reichskanzler unter dem Vorgeben äußerten, daß

[1]) Der König warf verächtliche Blicke auf die gefangenen Generale und sagte: „Ich habe kein Sibirien, wohin ich sie schicken könnte; sie sollen in die Casematten in Cüstrin gesteckt werden.

jedes von ihnen die Person des Monarchen verehre. Damals also machten sie einen Unterschied zwischen dem Könige und dem verantwortlichen Minister; jetzt behaupten sie dem Fürsten Bismarck gegenüber, daß die an den Leistungen der verantwortlichen Minister geübte Kritik unbedingt die Krone selbst träfe! Wir glauben, daß hiernach über Sinn und Adresse des neulichen Citats aus dem Götz Niemand mehr in Zweifel sein kann.

(Vgl. den Schluß der Rede des Fürsten auf dem Marktplatz in Jena, S. 126. D. Verf.)

* * *

Endlich bringt dieselbe Nummer auch noch folgende Notiz:

In mehreren Blättern ist die wiederholt vorgekommene Ablehnung des Fürsten Bismarck, ihm dargebotene Hände zu ergreifen, dadurch motivirt worden, daß er zu energische Händedrücke fürchte. So z. B. schreibt die „Neue Bayer. Landes-Ztg." in einem Artikel über den Berliner Empfang: „Die Begrüßung muß sehr stürmisch gewesen sein, denn der Fürst scheute sich, den Berlinern seine Hand zum Schütteln darzureichen, damit sie ihm nicht ausgekegelt und zerkratzt werde." Das ist unserer Meinung nach ein Irrthum. Die Zurückhaltung des Fürsten Bismarck in dieser Beziehung wird lediglich durch die Nothwendigkeit geboten sein, in großer Menschenmenge Gedränge zu hindern. Ein Händedruck hat bei solcher Gelegenheit die Folge, daß sich sofort sechs oder zehn Hände über die Schultern der vorn Stehenden ausstrecken und diese aus der Reihe drängen, so daß alle polizeilichen Versuche, eine geordnete Aufstellung zu erhalten, fruchtlos werden. Der Fürst hat deshalb auch Freunden, die ihm die Hand entgegenstreckten, dann nicht selten gesagt, die Polizei leide das nicht.

* * *

Auf die von Berlin aus in Weimar versuchte Pression gelegentlich der Durchreise des Fürsten Bismarck nach Jena (vgl. oben S. 134 und 145 f.) kommen die „Hamb. Nachr." am 17. August (A.-A.) zurück:

Die „Nordd. Allg. Ztg." bestreitet, daß in Weimar eine diplomatische Pression gegen den Fürsten Bismarck stattgefunden habe. Das Berliner Blatt schreibt:

„Auf die Autorität der ‚Hamb. Nachr.' hin soll ein Gewährsmann sächsischer und thüringischer Zeitungen sich erkundigt haben, ob in der That, wie die ‚Hamb. Nachr.' behauptet hatten, auf die Weimarische Regierung von Preußen ein Druck dahin ausgeübt worden sei, größere Ovationen zu Gunsten des Fürsten Bismarck möglichst zu verhindern.

„Der erwähnte Gewährsmann will die Mittheilung der ‚Hamb. Nachr.'

bestätigt erhalten haben. In keinem Falle kann der ‚Gewährsmann' sich an zur Sache zuständiger Stelle erkundigt haben, sonst würde er erfahren haben, daß die Behauptung der ‚Hamb. Nachr.' nebst allen daran geknüpften Commentaren vollständig aus der Luft gegriffen ist. Der königlich preußische Gesandte Herr von Derenthall hat weder im Auftrage noch aus eigener Initiative Schritte in der gedachten Richtung gethan."

Dieses Dementi wird in den betheiligten Kreisen von Jena und Weimar viel Heiterkeit erregen, aber schwerlich dazu beitragen, das Vertrauen auf die officiöse Berliner Presse zu steigern. Wir nehmen an, daß die „Nordd. Allg." ihrerseits schlecht unterrichtet ist und nicht nach dem si fecisti nega verfährt. Man wird ihr eben nicht alles mittheilen, was geschieht. Ihre Ableugnung ist ähnlich wie die in dem analogen Wiener Fall von ihr gegebene: wie dort der Widerspruch auf die Tragweite des Wortes „Anfrage" gestützt wurde, so hier auf die Nichtbetheiligung des Gesandten von Derenthall. Nun existiren aber unabhängig von der preußischen Gesandtschaft in Weimar noch andere Mittel, um die Wünsche der Berliner Regierung zur Kenntniß der von Weimar zu bringen. Daß die Pression stattgefunden hat, darüber liegen von Seiten Derer, auf die sie geübt wurde, authentische Aeußerungen vor. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist ihrerseits vielleicht beauftragt, aber nicht unterrichtet.

* * *

Aus Kissingen wird berichtet: Die Anzahl der in den letzten Jahren bei der Telegraphenstation Saline (Wohnung des Fürsten Bismarck) angekommenen Telegramme betrug durchschnittlich 180 Stück mit 3240 Worten innerhalb 4 bis 5 Wochen. Diesmal sind 320 Depeschen mit 10000 Worten eingelaufen. Die angekommenen Telegramme waren zum größten Theile Huldigungstelegramme.

* * *

Am 18. August (M.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Artikel:

Zur Cabinetsordre von 1852. Der „Hann. Cour." bemerkt, es sei bisher nicht bekannt geworden, ob die königliche Cabinetsordre vom 8. September 1852 noch zu Recht bestehe. Sei sie aufgehoben, so dürfe die Behauptung zutreffen, daß die Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums in Wahrheit nicht mehr bestehe, und wenn deshalb von der preußischen Volksvertretung verlangt werde, daß sie Aufklärung über Bestehen oder Aufgeben der Verfügung von 1852 und damit der Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums fordere, so erscheine solche Aufklärung aus verschiedenen Gründen allerdings sehr erwünscht. Das Blatt fährt fort:

„Auch wenn die Cabinetsordre nicht mehr besteht, würde es Aufgabe des Ministerpräsidenten sein, auf eine einheitliche und zusammenhängende Politik des Staatsministeriums zu wirken. Eine solche Politik, von selbstständig denkenden Ministern geführt, würde auch wohl der sicherste Schutz gegen jede ‚Camarilla' sein."

Im Anfang wohl, aber auf die Dauer würden dem Ministerpräsidenten die Mittel dazu fehlen, welche ihm gerade in der Ordre von 1852 nach reiflichen Erwägungen gegeben wurden. Zur Zeit der beiden ersten Kaiser bedurfte es keiner Bezugnahme auf diese Ordre, und die Autorität des damaligen Ministerpräsidenten reichte hin, um die Einheit im Collegium zu erhalten. Nur dem Handelsminister Herrn von Berlepsch war sie bei seinem Eintritt nicht bekannt, und deshalb entstand nach Jahrzehnten zum ersten Mal wieder das Bedürfniß, sie expressis verbis in Erinnerung zu bringen.

Auch die „Germania" befaßt sich in mehreren Artikeln mit der Cabinetsordre. Das ultramontane Blatt schreibt dabei in Bezug auf den Fürsten Bismarck:

„Der Mann, der gerade kurz zuvor, December 1889 und Januar 1890, zur Verzweiflung der Cartellparteien Wochen auf Wochen vergebens in Berlin erwartet worden war, um seine Directiven wegen der damaligen Krisis des Socialistengesetzes zu geben; der Mann, welcher also meistens persönlich gar nicht zu haben war und auch im schriftlichen Verkehr so oft auf sich warten ließ — der Mann versuchte durch Auffrischung jener Cabinetsordre den Verkehr des Monarchen mit den übrigen Ministern von sich abhängig zu machen und seiner Controle zu unterwerfen."

An den Directiven, von denen die „Germania" spricht, hat es niemals gemangelt, auch ehe der Kanzler nach Berlin zurückkehrte. (Fürst Bismarck verweilte damals vom 16. October 1889 bis zum 24. Januar 1890 in Friedrichsruh. D. Verf.) Der Minister von Boetticher war stets im Besitz nicht nur der Ansichten des ihm vorgesetzten Kanzlers, sondern auch der Weisungen desselben. Wir vermuthen, daß letztere mit den persönlichen Ueberzeugungen des Staatssecretairs des Innern und mit seinem Wunsche sich den Allerhöchsten Ansichten zu accommodiren, im Widerspruch standen; aber er war als Staatssecretair des Innern unzweifelhaft verpflichtet, die Ansichten des Kanzlers und namentlich die amtliche Instruction desselben sowohl im Reichstage wie auch dem Kaiser gegenüber nach besten Kräften zu vertreten. Herr von Boetticher war lediglich aus denselben Gründen wie früher Delbrück zum Mitglied des preußischen Ministeriums ernannt, nicht mit einem besonderen Ressort, sondern um im Collegium die Ansichten des abwesenden Vorsitzenden zu

vertreten, bezw. ihn zu unterstützen, wenn er anwesend war. Letzteres geschah von allen übrigen Mitgliedern des Cabinets zur beregten Zeit in höherem Maaße als von Seiten des Mannes, der in Preußen der Adlatus und im Reich der dem Kanzler untergebene Beamte war.

Im schriftlichen Verkehr hat Fürst Bismarck niemals auf sich warten lassen; die Erledigung war im Gegentheil von Friedrichsruh aus prompter und schneller, als es bei Anwesenheit des Reichskanzlers in Berlin die Gewohnheit der Dienststunden und der Canzleidiener mit sich brachte. Die Behauptung, Fürst Bismarck habe im schriftlichen Verkehr oft auf sich warten lassen, ist eine ungerechte Verleumdung.

Es ist eine weitere Verdrehung der Thatsachen, wenn die „Germania" den Fürsten beschuldigt, er habe den Verkehr der Minister mit dem Kaiser von sich abhängig machen und controliren wollen. In der Zusammenstellung dieser beiden Begriffe liegt eine Entstellung derselben. Abhängig vom Ministerpräsidenten war der Verkehr des Königs mit seinen Ministern niemals; zur Controle dagegen hatte jener das volle Recht und die verfassungsmäßige Pflicht, und die Schlagworte von Ministerialmacht und Hausmeierthum sind nicht anwendbar auf Einrichtungen, die nahezu 40 Jahre in voller Geltung gestanden haben und so unentbehrlich sind, daß sie noch heute bestehen müssen, wenn die Frage, ob in Preußen überhaupt ein Ministerpräsidium besteht, in bejahendem Sinne soll beantwortet werden.

Die „Germania" schreibt ferner:

„Als der Kaiser nun überhaupt mehr, und ganz mit Recht, auf eine positive Behandlung der Arbeiterfrage, insbesondere der Arbeiterschutzgesetzgebung, hindrängte und darüber vor Allem mit Herrn von Boetticher verhandelte u. dgl., da — wurde vom Fürsten Bismarck dem Ministerium ohne Wissen des Kaisers die Cabinetsordre von — 1852 in Erinnerung gebracht."

Die Berufungen auf zweifellos zu Recht bestehende Cabinetsordres bedürfen nach preußischen Traditionen keiner Allerhöchsten Ermächtigung für den einzelnen Fall, sonst würde der König täglich mit den wunderlichsten Anfragen belästigt werden müssen. Cabinetsordres gelten so lange, bis sie aufgehoben werden, und wenn über ihre Gültigkeit bei jeder Berufung darauf vom Minister beim Souverain angefragt werden müßte, so würde das zu Zuständen führen, welche die „Germania" selbst nicht für dauernd möglich halten kann.

* * *

Gegen die „Germania" richtet sich auch eine Notiz, die wir an demselben Tage (A.-A.) in den „Hamb. Nachr." finden:

Die „Germania" behauptet, daß Camphausen durch „öffentliche Angriffe Bismarck's" zum Abgange gezwungen worden sei. Das ist vollständig unwahr. Dieser Abgang fand vielmehr statt wegen der öffentlichen Angriffe, die im Parlamente gegen Camphausen erfolgten und die er selbst als „Abschlachtung" bezeichnete.

Man vergleiche damit die inhaltlich gleiche Angabe Band III, S. 32, die die Germania in den „Hamb. Nachr." seiner Zeit übersehen zu haben scheint.

* * *

Am 20. August (A.-A.) werden die Nachrichten über die Pression in Weimar auch gegenüber dem „Reichsanzeiger" aufrecht erhalten:

Der „Reichsanzeiger" versucht in seinem nichtamtlichen Theile unsere Mittheilung über die auf Weimar geübte Pression zu dementiren. Auf Grund der uns vorliegenden schriftlichen, von Ende Juli datirenden Aeußerungen dabei betheiligter Personen halten wir unsere Mittheilung aufrecht und auch die Redaction des „Reichsanzeigers" für mangelhaft unterrichtet.

* * *

Die „Tägliche Rundschau" berichtet:

„Wie behutsam auch die Berliner Theatercensur Allem, auch dem Unverfänglichsten, aus dem Wege geht, wobei der Name Bismarck genannt wird, dafür wird uns aus dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater folgendes Beispiel mitgetheilt. Dort wird zur Zeit in der Operette „Methusalem" ein Couplet gesungen mit dem Kehrreim „das Tipferl auf dem J", und der Coupletdichter hatte jüngst der Behörde eine Reihe neuer Strophen pflichtgemäß unterbreitet. Eine der letzteren nun verfiel dem Rothstift der Censur, sie lautete:

„Seitdem dem Cours, dem neuen, ward
Der alte Cours zu alt,
Spricht Der begeistert, Jener hart
Vom Mann im Sachsenwald.
Es stimmen aber die Partei'n
In Einem überein:
Die Schlafmütz' mit dem Zipferl
Trug Michel spät und früh,
Bis Bismarck ward zum Tipferl,
Zum Tipferl auf dem J."

* * *

Band III, S. 258 ff. berichteten wir von der Huldigung, die dem Fürsten Bismarck im Sachsenwalde vom Gau I des „Deutschen Radfahrerbundes" bereitet wurde. Auch daran haben sich falsche Gerüchte geknüpft; sie werden von den „Hamb. Nachr." am 25. August (A.-A.) widerlegt:

Nach einer Mittheilung der „Westdeutschen Allgem. Zeitung“ hätte Fürst Bismarck zur Erinnerung an den 26. Mai, an welchem die dem deutschen Radfahrerbunde angehörigen Vereine ihm in Friedrichsruh eine Ovation darbrachten, goldene Ehrennägel anfertigen lassen und den beiden Kölner Radfahrvereinen „Kölner Bicycle-Club“ und „Colonia“ je einen derselben übersandt. Die Nägel trügen die Aufschrift: „Zur Erinnerung an die Huldigungsfeier vor Fürst Bismarck in Friedrichsruh. 26. Mai 1892.“ Diese Meldung des Blattes ist irrthümlich; schon der Wortlaut der Aufschrift läßt erkennen, daß die betreffenden Nägel nicht vom Fürsten selbst gestiftet sein können.

* * *

Die „Post“ erfährt aus Jena, daß dort zur dauernden Erinnerung an den Besuch des Fürsten Bismarck und besonders an das feierliche Marktfest auf dem Marktplatze ein Monumentalbrunnen errichtet werden soll; man will ihm den Namen „Bismarck-Brunnen“ beilegen.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 4. September (M.-A.) folgende Erörterung über eine Frage in der Verfassung des Deutschen Reiches:

In verschiedenen Blättern findet ernstliche Discussion darüber statt, ob nach unserer Verfassung der Reichskanzler vom Kaiser entlassen werden kann oder nicht. Wir glauben, daß die Frage sich einfach nach Art. 15 der Verfassung erledigt, nach dem der Reichskanzler, wenn er überhaupt Beamter ist, ein Reichsbeamter und der Kaiser also zweifellos berechtigt ist, seine Entlassung zu verfügen. Der Satz von der Ungültigkeit nicht contrasignirter kaiserlicher Anordnungen, wenn er theoretisch mit haarspaltender Genauigkeit ausgelegt wird, kann allerdings zur Stellung der schwierigsten Doctorfragen Anlaß geben. Schon die Ernennung des ersten Kanzlers ist mit buchstäblicher Beachtung dieser Theorie nicht möglich gewesen, da ein Kanzler, welcher diese Anordnung durch seine Gegenzeichnung hätte zur Gültigkeit bringen können, nicht existirte, und beim Kanzlerwechsel kann man gegen die Contrasignatur der Neuernennung durch den neuen Kanzler die analoge Einwendung machen. Wenn der abgehende Vorgänger die eigne Entlassung gegenzeichnet, so erscheint uns das anständig und auch buchstäblich einwandfrei.

In der Contrasignatur der Stellvertreter können wir dagegen keinen Ersatz finden, denn deren Vollmacht erlischt juristisch mit dem Ausscheiden ihres Vollmachtgebers. Außerdem könnte ein widerspenstiger Kanzler nach § 3 des Stellvertretungsgesetzes sich vorbehalten, diese Amtshandlung selbst vorzunehmen. Wie entsteht aber der neue Kanzler,

wenn der alte vor dessen Ernennung in gültiger Weise ausgeschieden ist? Es giebt dann keinen Reichsbeamten, der verfassungsmäßig die Gültigkeit der kaiserlichen Verfügung, durch welche wieder ein Kanzler ernannt wird, durch Gegenzeichnung herstellen könnte. Das Auskunftsmittel, jederzeit Entlassung und Neuernennung in eine Ordre zusammenzufassen, ist theoretisch ebenfalls anfechtbar, denn wenn sie der bisher im Amte befindliche Kanzler noch unterzeichnet, so übernimmt er damit die Verantwortlichkeit für die Wahl seines Nachfolgers, und dagegen kann er berechtigte Bedenken haben. Zeichnet sie aber der neue Kanzler, so ist dieser im Augenblick der Unterzeichnung noch nicht Reichskanzler und kann also auch nicht mit dem Effect des Art. 17 gegenzeichnen.

Wir halten aber alle diese Doctorfragen für überflüssig, und der anscheinende Hiatus der Verfassung muß sich je nach den Umständen in allen constitutionellen Verfassungen wiederfinden und wird überall ohne Anstand gewohnheitsrechtlich überwunden. Es ist staatsrechtlich nicht möglich, anzunehmen, daß der Kanzler, der politische Premierminister des Reichs, ein richterlich unabsetzbarer Beamter sei.

* * *

Am 12. April 1893 (M.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgende Veröffentlichung:

Anknüpfend an die freundnachbarliche und theilnahmsvolle Gesinnung für Hamburg, welcher Fürst Bismarck heute wiederholt Ausdruck gegeben hat,[1]) bringen wir nachstehend das Schreiben zur öffentlichen Kenntniß, das der Fürst im Sommer des vorigen Jahres während der schweren Heimsuchung Hamburgs an den damals präsidirenden Bürgermeister Dr. Petersen gerichtet hat, und dessen Publication seiner Zeit in Folge der Krankheit des inzwischen Dahingeschiedenen unterblieben ist:

Varzin, den 11. September 1892.

Geehrter Freund!

Ich bedaure, daß meine Abwesenheit von Friedrichsruh mich der Möglichkeit beraubt, Ihnen mündlich die herzliche Theilnahme auszusprechen, mit der ich seit den jüngsten traurigen Wochen an Sie und an Hamburg denke. Es ist hart, in unserem Alter eine solche Calamität der Heimath erleben zu müssen und der vis major der anonymen Seuche gegenüberzustehen, eines ungreifbaren Feindes. Ich kann in meiner

[1]) Die Hamburger Bürgerschaft hatte den seit 1890 am Geburtstage des Fürsten üblich gewordenen Fackelzug, weil der 1. April auf den Sonnabend vor Ostern fiel, erst am 11. April, dem Geburstage der Fürstin Bismarck, dargebracht. Auf die hierbei vom Fürsten gehaltene Ansprache (vgl. unten) wird Bezug genommen.

heutigen privaten Stellung den Antheil, den ich an diesen Vorgängen nehme, nicht öffentlich zum Ausdruck bringen; es gehört weniger Uebelwollen als meine Feinde hegen, dazu, um mich der Ueberhebung und Falschwerbung zu bezichtigen, wenn ich dem Staate Hamburg meine persönlichen Gefühle mittheilen wollte; es würde auch, wenn ich noch Reichskanzler wäre, Geschick und Bescheidenheit der Fassung erfordern, wenn ich die Sandbank der Ueberhebung vermeiden wollte. In meiner jetzigen Stellung wäre es taktlos und ein Vergnügen für meine Feinde.

Ich beschränke mich darauf, Ihnen, verehrter Freund, vertraulich meine Gefühle für unsere Mitbürger und insbesondere für Sie und die Ihrigen persönlich auszusprechen, damit Sie wissen, daß wir Ihrer in Liebe gedenken. Die Noth der Armen wird erst nach dem Erlöschen der Seuche zur vollen Wirkung kommen, und ich hoffe, daß alle Deutschen im Reiche dauernd bereit sein werden, sie mit zu tragen, nachdem die pharisäische Kritik gegen Hamburg anfängt, der Beschämung über die feige und gesetzwidrige Boycottirung leidender Mitbürger Platz zu machen.

In Friedrichsruh hat hoffentlich Lange die Thüren offen gehalten.

Mit den herzlichsten Wünschen für rasches Ende der Plage und mit der Bitte um verbindliche Empfehlung an Ihr Haus

der Ihrige

v. Bismarck.

Sr. Magnificenz Herrn Bürgermeister Dr. Petersen,

Hamburg.

* * *

Ueber die in Hamburg wüthende Cholera-Epidemie bringen die „Hamb. Nachr." am 15. September (M.-A.) an hervorragender Stelle folgende Kundgebung:

Hamburg und die Cholera. Man wird unserem Blatte das Zeugniß nicht versagen können, daß es seit Ausbruch der Cholera in Hamburg bemüht gewesen ist, von behördlichen Anordnungen abweichende Auffassungen der hiesigen Bevölkerung zur Kenntniß der amtlichen Stellen zu bringen. Das war unser gutes Recht und unsere Pflicht als einheimisches Preßorgan, dem die Aufgabe am Herzen liegt, die Interessen der Vaterstadt nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Je rückhaltloser wir uns auf diesen Standpunkt gestellt haben, um so stärker ist einerseits die Legitimation und andererseits die Verpflichtung unseres Blattes, den Invectiven entgegenzutreten, mit denen ein Theil der auswärtigen Presse Hamburg, seine Behörden und seine Bevölkerung wegen ihrer Haltung der Choleragefahr gegenüber überschüttet hat.

Es ist immer sehr billig, Jemandem, der sich in großer Gefahr befindet, Vorhalte zu machen, wie er die Gefahr kluger Weise hätte ver-

meiden sollen, und ihn zu schelten. Die hamburgische Bevölkerung hat sich in erfreulichem Gegensatze zu der Theilnahmlosigkeit und Liebllosigkeit, die ihr während ihrer schweren Heimsuchung von außen her anfänglich bezeugt wurde, mit einzig dastehender Ruhe, Verständigkeit und Opfermuth benommen; was aber die Maßnahmen der hamburgischen Behörden betrifft, so hat, wo ein wirklicher Fehler vorzuliegen schien, dieser bereits seinen Ausgleich gefunden. Im Uebrigen vermissen wir bei vielen Kritikern Hamburgs jedes loyale Maß von Berücksichtigung der Schnelligkeit und Heftigkeit, mit der sich die Epidemie in Hamburg zuerst und plötzlich ausgebreitet hat und wodurch die Möglichkeit, ihr sofort in umfassender und völlig genügender Weise entgegenzutreten, erschwert wurde. Aber schon nach wenigen Tagen ist Außerordentliches geschehen und aufgeboten worden, um den berechtigten Anforderungen des hiesigen wie des auswärtigen Publicums, so weit als dies überhaupt möglich war, zu entsprechen. Was anfänglich zu rügen war, ist seitens der hamburgischen Presse sofort mit mehr Berechtigung und mit mehr örtlichem Sachverstand, als er auswärts vorhanden sein kann, gerügt worden, sodaß die verspäteten und unberechtigten Angriffe vollkommen überflüssig sind. Wir vermissen bei ihnen aber auch jede auch nur annähernd genügende Berücksichtigung der ganz exceptionellen Verhältnisse Hamburgs.

Hamburg ist durch seine Eigenschaft als große Hafen- und Handelsstadt, durch seine Wasserverhältnisse, seine Lage und Bauart und durch die Lebensgewohnheiten breiter Bevölkerungsschichten weit mehr der Infection durch Seuchen ausgesetzt als jede andere Stadt des Reiches, und die Ausbreitung einer einmal eingeschleppten Epidemie findet hier einen weit günstigeren Boden als anderswo. Die nämlichen Factoren und Verhältnisse, die bei normalen Zeiten Handel und Wandel der Stadt, das Wohl seiner Bevölkerung und das dem Reiche so nützliche Aufblühen seines ersten Seehandelsplatzes fördern, müssen der Stadt bei Ausbruch einer Epidemie naturgemäß zum stärkeren Schaden gereichen, als er bei Inficirung einer andern Stadt eintreten würde. Außerdem ist Hamburg ein freies Gemeinwesen und kein so bureaukratisch geleiteter und eingerichteter Staat wie z. B. Preußen. Das hat unter Umständen Nachtheile, bei Hamburgs Charakter als Handelsstadt aber noch größere Vortheile; ja es ist nothwendig, und zwar auch für Deutschland. Wir erinnern in dieser Beziehung an ein Wort des Fürsten Bismarck, das er im Jahre 1884 sprach, zu einer Zeit, wo in der Stadt Besorgnisse über die Gefährdung von Hamburgs Selbstständigkeit aufgetaucht waren, und wo vor der Reichstagswahl der Candidat Woermann gefragt worden war, ob er auch unter allen Umständen für Hamburgs Selbstständigkeit

eintreten würde. Fürst Bismarck nannte damals die kleineren deutschen Staaten den Mörtel, der die größeren zusammenhalte, und fügte hinzu, für das Reich sei es ein Glück, daß die großen Handelsstädte selbstständige Staatswesen seien; Deutschland könne anstatt dreier die doppelte Zahl davon gebrauchen. Dies nebenbei.

Für Hamburg ist es in Folge des Mangels eigener umfassender Einrichtungen, wie sie ein Großstaat besitzt, ungemein schwierig, den Gang der Cholera und die daraus drohenden Gefahren stets so genau zu verfolgen, wie es wünschenswerth und nöthig wäre, um rechtzeitig gegen jede Eventualität geschützt zu sein; außerdem wird Hamburg nicht ohne dringende Gefahr dazu kommen, seinen Handel durch Absperrungsmaßregeln zu unterbinden. Zur Beobachtung des Herannahens derartiger Gefahren, wie der jetzigen Seuche, ist das Reich als Ganzes befähigter durch die große Zahl seiner diplomatischen Vertreter im Auslande und durch seine sonstigen Mittel.

In Hamburg ist die Bombe der Cholera-Epidemie geplatzt; Stadt und Behörden waren gleichermaßen überrascht und wie überrumpelt. Die Cholera war noch fern gewähnt worden. Gesetzt, eine andere Stadt sei von der Seuche zuerst heimgesucht worden, würde es dort mit den sanitairen Einrichtungen anders ausgesehen haben? Weiß man das so genau? Jetzt haben alle Städte das Beispiel Hamburgs vor Augen und Zeit gehabt, sich auf die Abwehr der Seuche einzurichten, Baracken und Personal stehen bereit. Welche von diesen Städten aber ist in der Berechtigung, von ihren Einrichtungen als vollkommenen zu sprechen? Möchte die Probe ausbleiben.

Es ist, nachdem 20 Jahre lang die Cholera von Hamburg fern geblieben ist und sie auch in den Jahren 1883—1885, trotz des regen Schiffsverkehrs zwischen hier und den inficirten Häfen in Frankreich, Spanien und Italien, in Hamburg nicht eingeschleppt worden war, für die hamburgischen Behörden nicht thunlich gewesen, zu einem Zeitpunkt, wo nach ihrer Kenntniß die Seuche noch fern war, jeden ankommenden Fremden auf Cholera zu untersuchen. Das käme doch dem im Kladderadatsch erwähnten Falle nahe, wo die Verordnung eines königlichen Regierungspräsidenten angeführt wird, nach der die Cholerafälle ihm „am Tage vorher" anzumelden sind.

Zum Schluß möchten wir denjenigen Blättern, welche fortfahren wollen, die Cholera-Epidemie und deren Begleiterscheinungen zum Gegenstand ihrer Kritik zu machen, empfehlen, ihre Aufmerksamkeit doch noch mehr als bisher auf die rechtlich höchst anfechtbaren und menschlich betrachtet barbarischen Maßregeln zu richten, welche auswärtige Regierungs- und Gemeindebehörden gegen die Obdach suchenden Hamburger anfänglich

zu erlassen sich für berechtigt gehalten haben. Die Fälle, wo ganz unverdächtige Personen, nur weil sie das Unglück hatten, Hamburger zu sein, auf die Straße zurückverwiesen worden sind, wo sie Leiden und Strapazen und somit Krankheitsgefahr in verstärktem Maße ausgesetzt waren, zählen nach Tausenden, und es finden sich unter diesen ungesetzlichen Beschränkungen der Freizügigkeit wahrhaft unglaubliche Vorgänge. Wir führen das Beispiel von Peine bei Braunschweig an, dessen Polizeibehörde die ankommenden Reisenden nicht aus dem Bahnhofe herausließ, sodaß sie wieder zurückkehren mußten; unter ihnen befand sich ein Arzt, der eilig gerufen worden war, und ein Notar, der ebenfalls dringende Geschäfte hatte. Wenn es überall zum Einklagen des Schadenersatzes käme, so würden die betreffenden Behörden dort und anderswo wohl beträchtliche Summen zu zahlen haben.

* * *

Am 16. September (M.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Die „Nordd. Allg. Ztg." hat vor einiger Zeit einen „Huldigungsartikel" für das Centrum veröffentlicht. Bei der bekannten Stellung des jetzigen Reichskanzlers zur clericalen Partei mußte zunächst officiöser Ursprung des Elaborats angenommen werden. Später stellte sich heraus, daß der famose Sonnabendartikel der „Nordd. Allg. Ztg.", wie die „Freisinnige Ztg." ihn nennt, eine Privatarbeit des Redacteurs der „Nordd. Allg. Ztg." war, und das Blatt mußte dies selbst eingestehen.

Diesem Vorgange gegenüber bringen wir in Erinnerung, daß, als die „Nordd. Allg. Ztg." im Juni dieses Jahres einige ebenfalls „famose" Artikel über die Wiener Einwirkungen zu Ungunsten des Fürsten Bismarck brachte, wir diese Artikel zunächst nicht der Regierung, sondern Herrn Pindter in Anrechnung gebracht haben. Daß dies das Natürliche war, sieht man jetzt an dem neuen Beispiele, und die Qualität der damaligen Ausarbeitungen war ebenfalls danach angethan, unsere Vermuthung der Pindter'schen Autorschaft zu rechtfertigen.

* * *

In derselben Nummer des Blattes heißt es:

Die „Lüb. Anz." besprechen die Mittheilung aus Moltke's Denkwürdigkeiten betreffend die Luxemburger Angelegenheit im Jahre 1867 und vertreten die Ansicht, daß es vom damaligen Bundeskanzler Grafen Bismarck richtig gewesen sei, den Krieg mit Frankreich so lange als möglich zu vermeiden. Das Blatt bemerkt u. A.:

„Menschenleben hat der deutsch-französische Krieg freilich genug gekostet, es fragt sich nur, ob ein bereits im Frühjahr 1867 unternommener Krieg nicht gerade so viel Opfer erfordert hätte und — was die Haupt-

sache ist — vielleicht nicht bei dem gleichen Erfolge! Es dürfte somit doch der Standpunkt des großen Staatsmannes der richtige gewesen sein."

Dem ist zuzustimmen. Der Erfolg des Krieges wäre 1867 zudem weniger sicher gewesen. Man kannte damals das Verhältniß beider Armeen gegen einander noch nicht, und was dem Bundeskanzler den Aufschub hauptsächlich wünschenswerth erscheinen ließ, war die Thatsache, daß wir 1867 Aussicht hatten, in jedem folgenden Jahre 100000 Mann preußisch geschulter Soldaten mehr zu gewinnen. Die Truppen unserer süddeutschen Bundesgenossen und die der annectirten Länder waren, wie wir uns 1865 hatten überzeugen können, bei Weitem nicht auf der Höhe der militairischen Ausbildung wie die unserigen und konnten es auch 1867 noch nicht sein. 1870 dagegen war es schon anders. Eine solche Vermehrung unserer Aussichten auf Sieg blieb uns erwünscht bei der Bedeutung des damals bevorstehenden Krieges.

* * *

Endlich findet sich an derselben Stelle auch noch folgende Notiz:

Der „Hann. Cour." schreibt in einem Artikel, worin er seine politischen Freunde auffordert, die Zeichen der Zeit zu verstehen, u. A.: „Durch die Uneinigkeit der Liberalen ist das Centrum groß geworden." Einem ähnlichen Gedanken begegnen wir noch in einem anderen Blatte. Wir nehmen hiervon als von einem bemerkenswerthen Zugeständniß Act. Die zugegebene richtige Thatsache ist in den Blättern der Parteien, um die es sich hier handelt, sonst selten erwähnt und gern todtgeschwiegen worden. Wir wollen aber keine Untersuchung darüber anstellen, wie die Uneinigkeit der Liberalen entstanden ist, sondern nur die Hoffnung aussprechen, daß baldigst Restitution erfolgt, soweit dies möglich ist.

* * *

Am 25. September wurde das Bismarck-Denkmal in Düren feierlich enthüllt. Auf den Bericht darüber richtet der Fürst an Herrn Philipp Schöller dort folgendes Dankschreiben:

Varzin, 26. September. Euer Hochwohlgeboren telegraphische Mittheilung und patriotische Worte haben mir hohe Freude bereitet, als Zeichen des Wohlwollens, das Sie und Ihre Herren Mitbürger mir so warm bewahrt haben. Die Errichtung des Denkmals in Ihrer Stadt und die bei der Feier kundgegebene Gesinnung meiner dortigen Landsleute gereichen mir zur höchsten Ehre, und bitte ich Sie und alle Betheiligten, den Ausdruck meines herzlichen Dankes wiederholt entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

Im Anschluß an den oben mitgetheilten Artikel „Hamburg und die Cholera" bringen die „Hamb. Nachr." am 26. September (A.-A.) noch den folgenden:

Die Cholera und das Reich. Die Preßmittheilungen über brutale Behandlung, welche viele reisende Hamburger anläßlich der hiesigen Cholera-Epidemie in allen Gegenden des Deutschen Reiches erlitten haben, sind zahlreich genug gewesen, gewähren aber trotzdem ein vollständiges Bild aller dieser betrübenden Vorgänge noch lange nicht. Dasselbe wird in seiner Wirkung noch verstärkt durch Kundgebungen von Pharisäismus gegen Hamburg und durch die gleichzeitigen Versuche anderer Städte, aus Hamburgs Unglück eigenen Vortheil zu ziehen. Wir haben uns neulich schon hierüber geäußert und fügen heute hinzu, daß es uns sehr fraglich erscheint, ob, wenn die Cholera anderswo als in Hamburg in so heftiger und plötzlicher Weise zum Ausbruch gelangt wäre, man sich dort eben so schnell zurechtgefunden hätte wie hier, obwohl die Bedingungen zur Bekämpfung der Epidemie in jeder anderen deutschen Stadt entschieden günstiger liegen als gerade in Hamburg mit seinem überseeischen Welthandelsverkehr. Einstweilen glauben wir, daß die auswärtigen Kritiker Hamburgs nicht minder auf dem Wege der Sorglosigkeit ertappt worden wären, den sie Hamburg zum Vorwurf machen.

Was die Absperrungsmaßregeln betrifft, so ist Aehnliches bei früheren Cholera-Epidemien allerdings ebenfalls vorgekommen, aber eben so schnell wieder unter dem Druck der öffentlichen Meinung beseitigt worden. So z. B. befürwortete im Jahre 1831 der damalige einflußreichste Rathgeber in sanitairen Sachen, der Leibarzt Dr. Rust in Berlin, die strengsten Abschließungsverordnungen gegen die Choleraorte, und seine Rathschläge wurden auch ausgeführt. Daraufhin erschien in den Bilderhandlungen eine Caricatur, welche einen Sperling mit dem Kopfe Rust's darstellte und die Unterschrift trug: passer rusticus, gemeiner Land-Sperrling. Diese Caricatur trug wesentlich zur Aenderung der Maßregeln, die schlimmer waren als die Cholera, und zu ihrer gänzlichen Beseitigung bei. Aber inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert und, was damals lediglich Spott hervorrief, erregt jetzt schwerere Bedenken. Was von privater Seite, von Gastwirthen u. s. w. gegen Reisende aus und über Hamburg in den letzten Wochen gesündigt worden ist, kann aus übertriebener Aengstlichkeit, aus Egoismus und ähnlichen Motiven erklärt, wenn auch nicht entschuldigt werden. Ruhige Ueberlegung pflegt bei ausbrechender Panik so wenig Stand zu halten wie die christliche Nächstenliebe; man kann die Rohheit, mit der Aufnahme suchenden Hamburgern diese so häufig versagt worden ist, nach Verdienst einschätzen, ohne in ihr Anlaß zu weitergehenden Befürchtungen finden zu müssen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn man das Verhalten zahlreicher localer Behörden im Reiche den Reisenden aus Hamburg gegenüber in Betracht zieht. Dasselbe hat vielfach die Boycottirung und Brutalisirung, die überall gegen die Hamburger Reisenden geübt worden ist, noch an Härte übertroffen. Die Beispiele von unnöthiger, zweckloser Härte in behördlichen Maßregeln gegen reisende Hamburger sind so massenhaft zur Kenntniß unserer Leser gelangt, daß wir nicht nöthig haben, solche hier anzuführen. Sie sind aber nicht nur menschlich betrübend, sondern haben auch eine sehr ernsthafte politische Seite aufzuweisen und zwar wegen der Rücksichtslosigkeit, die bei den Anordnungen der betreffenden Behörden gegen die Reichsgesetzgebung nicht nur fahrlässiger, sondern stellenweise in sehr bewußter Weise an den Tag gelegt worden ist.

Die Verstöße gegen das Freizügigkeitsgesetz und gegen die Verfassung, welche sich Behörden bei Maßregelung der Reisenden erlaubt haben, sind, selbst als über ihre Ungesetzlichkeit längst kein Zweifel mehr bestehen konnte, in der Erwägung aufrecht erhalten worden, daß sie zunächst ihren Zweck erreichten, daß es bis zu ihrer Anfechtung im Instanzenwege, oder bis Erhebung von Klagen bei den Gerichten gute Wege haben und die Gefahr dann vorüber sein würde. Vorläufig wurde die Befolgung der ungesetzlichen Vorschriften polizeilich erzwungen, was später geschehen würde, wurde als cura posterior behandelt, und wir haben nur abzuwarten, was die Gerichte entscheiden, wenn Hamburger, die durch ungesetzliche behördliche Anordnungen eine pecuniaire Schädigung in ihrem Erwerbsleben oder gar eine Freiheitsberaubung erlitten haben, ihre daraus resultirenden Ansprüche im Wege der Klage verfechten. Einstweilen aber sehen wir in der von den magistratualen Stellen gegen die Reichsgesetzgebung bekundeten Nichtachtung, in den willkürlichen, widersinnigen Interpretationen, die ihre Bestimmungen bei den Absperrungsmaßregeln gefunden haben, einen schlagenden Beweis dafür, wie wenig der reichsbrüderliche Gedanke in Wirklichkeit noch Wurzel geschlagen hat, daß er in der Stunde der Gefahr versagt. Wir sind dadurch von der fortdauernden Macht der Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Gemeinwesen dem Reiche gegenüber überzeugt worden, denen Deutschland in früheren Zeiten die massenhafte Existenz von Reichsstädten, Reichsdörfern, Reichsrittern zu verdanken hatte; wir meinen den teutonischen Selbstständigkeitstrieb der einzelnen Gemeinwesen, der sich nur schwer in das große Ganze einfügt und sofort wieder seine eigenen Wege einzuschlagen trachtet, sobald man einen Vorwand dazu findet.

Die alte deutsche Sucht, zunächst nur sich selbst zu schützen und sich um das Wohl und Wehe der übrigen Deutschen nicht zu kümmern, gewinnt, wie das Hamburger Beispiel zeigt, sofort wieder Herrschaft

über die Gemüther, sobald Gefahr droht. Es äußert sich hier ein Particularismus, den wir dem Auslande gegenüber glücklicherweise nicht mehr zu fürchten haben, der aber sehr beschämend für uns ist. Die einzelnen localen Behörden haben sich bei ihrer Behandlung der Hamburger von der Landsmannschaft mit ihnen absichtlich losgesagt, pestbehaftete Barbaren hätten nicht roher behandelt werden können, wie dies stellenweise den Hamburgern geschehen ist. Es zeigt sich eben bei solchen Heimsuchungen, wie die Cholera eine ist, daß alle alten, mühsam verkitteten Risse am deutschen Reichskörper nur zu leicht wieder aufbrechen; sobald eine innere Calamität eintritt, von welcher die Einen sich freihalten zu können glauben, wenn sie die Andern preisgeben, sehen sie in letzteren nicht mehr Landsleute; das Gefühl der Zusammengehörigkeit versagt, sobald es auf die Probe gestellt wird.

Das Allerschlimmste an der Sache aber scheint uns die Enthaltsamkeit im Einschreiten zu sein, welche das Reich dieser fortgesetzten Nichtbeachtung seiner Gesetze durch locale Behörden den Einzelstaaten gegenüber bisher beobachtet hat. Da nach Art. 17 der Verfassung die Ueberwachung der Reichsgesetze dem Kaiser zusteht, hätte man eine reichspolitische Kundgebung gegen die Verletzung der Reichsgesetze erwarten sollen.

* * *

In der politisch stillen Zeit lenken die „Hamb. Nachr." die Aufmerksamkeit auf die Militair-Vorlage und führen am 27. September (M.-A.) Folgendes aus:

Zur Militair-Vorlage. Die innere politische Situation wird zur Zeit von der bevorstehenden Militair-Vorlage beherrscht. Wir können darüber so lange nicht urtheilen, als sie nicht vorliegt. Die Discussion, die in der Presse stattfindet, bezieht sich einstweilen auf die finanzielle Seite der Maßregel und auf deren Verbindung mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Wir glauben nicht, daß dabei die Fragestellung eine richtige ist. Sie muß zunächst die sein: Können wir überhaupt eine höhere finanzielle Leistung für militairische Zwecke ohne Schaden, ohne Staatsbanquerott tragen? Erst wenn diese Frage bejaht wird, kann man zu der anderen übergehen: Ist nach der europäischen Lage eine Verstärkung unserer Wehrkraft geboten? Wird auch diese bejaht, so gelangt der Weg zur Prüfung, auf dem diese Verstärkung zu erstreben ist, resp. überhaupt gefunden werden kann.

Daß die Einführung einer zweijährigen Dienstzeit statt der dreijährigen an sich eine Verstärkung der deutschen Wehrkraft sei, wird Niemand behaupten wollen; im Gegentheil, es liegt darin eine Erschwerung der

Ausbildung der Wehrpflichtigen zur vollen militairischen Leistungsfähigkeit. Die facultative zweijährige Dienstzeit besitzen wir bereits für alle Diejenigen, die für eine schnellere Ausbildung geeignetes Material bilden, d. h. die, ähnlich wie die Einjährig-Freiwilligen, durch ihre körperliche und geistige Aneignungsfähigkeit rascher denjenigen Grad von soldatischer Ausbildung erlangen, der in Friedenszeiten überhaupt erreicht werden kann. Die Ansicht, daß in dieser Beziehung Gleichheit für Alle herrschen solle und auch möglich sei, ist einer der Irrthümer der Socialdemokratie, welche die Menschen ohne Rücksicht auf deren körperliche und geistige Befähigung als gleich und gleichberechtigt ansieht und darauf die Forderung gründet, daß der ungeschickte oder träge Arbeiter im Erwerb mit dem geschickten und fleißigen pari passu gehen müsse.

Das jetzige System der facultativen zweijährigen Dienstzeit gewährt die Möglichkeit, die leichter ausgebildeten Mannschaften früher, die für die militairische Ausbildung minder Zugänglichen einige Monate später zu entlassen. Diese Einrichtung hat zur Folge, daß stets etwa 45000 Soldaten unter der Fahne versammelt sind, die annähernd volle drei Jahre dienen. Die meisten Compagnien weisen einen Bestand von 22—25 Soldaten von dieser Dienstzeit auf. Das ist eine Thatsache, die wir nicht unterschätzen möchten, und zwar zunächst wegen der Hülfe, welche diese ausgedienten Mannschaften bei Ausbildung der Rekruten den Unterofficieren bieten, deren Leistungsfähigkeit schon jetzt in körperlicher wie in geistiger Hinsicht aufs Aeußerste angespannt wird, und zwar auf die Gefahr hin, daß sie für die Verwendung, die ihnen als Versorgung nach 12jähriger Dienstzeit zu Theil wird, unter allen Umständen nicht geeignet bleiben. Der Rekruten erziehende Unterofficier hat heute an dem mäßigen Procentsatz der Dreijährigen einen wesentlichen Beistand, der gerade deshalb um so wirksamer ist, weil diejenigen Soldaten, die wegen schwierigerer Aneignung des zu Erlernenden die volle Zeit gedient haben, die ersten Anfänge der militairischen Erziehung sich noch fester einprägen und noch besser im Stande sind, sie einfach zu übertragen, als manche besser begabte und frühzeitiger entlassene Kameraden.

Diese Erwägung gilt für Friedenszeiten und für den Exercirplatz; für den Krieg aber und für das Gefecht unter schwierigen Umständen noch mehr. Jeder, der unsere letzten großen Kriege mitgemacht hat, wird bestätigen, daß z. B. bei der preußischen Armee in Frankreich gerade das Element der alten Dreijährigen für die Festigkeit der Disciplin bei schwierigen Situationen, im Feuer und bei Strapazen, wie bei Hunger, Schnee und Frost sich ebenso nützlich erwiesen hat, wie der geistige Sporn des Ehrgefühls, unter welchem Truppentheile fochten, die eine überwiegende Anzahl gebildeter Einjährig-Freiwilliger in ihrer Mitte

zählten. Beide Elemente, der Sporn der Bildung beim Einjährigen und die Festigkeit der eingelernten Disciplin beim Dreijährigen, haben neben der unvergleichlichen Qualität des Officiercorps aus dem deutschen Heere von 1870/71 eine Truppe gemacht, wie sie in gleicher Vollkommenheit in der neueren Kriegsgeschichte vielleicht niemals existirt hat, eine Truppe, von der man unter dem Drucke ihrer eigenen Ambition und des Befehls von oben das Unmögliche jederzeit, Tag und Nacht, verlangen und erwarten konnte, eine Truppe, die, wenn es befohlen wurde, nach dem trivialen Ausdrucke die Wände hinauflief und auch wirklich oben ankam, wie z. B. bei Spicheren.

Wenn wir über diese militairischen Fragen mitzuentscheiden hätten, so würden wir nicht den Muth haben, an der erprobten Ausbildung dieser Truppe nach eigenem Ermessen zu ändern. Es kann unserer Meinung nach auch nicht Sache militairisch unerfahrener, civilistischer Neuerer sein, dieser erprobten Einrichtung gegenüber ihre eigenen Conjecturen und Vermuthungen über deren Zweckmäßigkeit zu substituiren. Wir würden, wenn wir darüber mitzureden hätten, es nicht verantworten zu können glauben, in einer so wichtigen Frage bloßen theoretischen Erwägungen den Vorrang vor der selbsterlebten Praxis zuzugestehen; wir möchten allen Denjenigen, die darüber ihr Votum abzugeben haben, doch wiederholt die genaue Prüfung der Verhandlungen über die zwei- oder dreijährige Dienstzeit aus dem Anfang der sechziger Jahre empfehlen. Wir glauben nicht, daß Jemand bei dieser Prüfung zu der Ueberzeugung kommen wird, die Verminderung der gesetzlichen Dienstzeit auf zwei Jahre stelle eine Erhöhung unserer Wehrkraft dar. Wir sind der Ueberzeugung, von welcher zu unserer Freude und Beruhigung behauptet wird, Se. Maj. der Kaiser habe sie ausgesprochen: daß eine Armee mit geringerer Kopfstärke und besserer Ausbildung dem Massenaufgebot vorzuziehen sei. Wir glauben, daß im Jahre 1870/71 eine deutsche Truppe von 60 000 Mann stärker war, als eine Gambetta-Bourbaki'sche von 150 000 Mann, wobei wir nicht übersehen, daß die Soldaten der letzteren noch weniger als 2 Jahre Dienstzeit hatten. Eine Abminderung dieser Ueberlegenheit aber fände bei dem Rückgange der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre ganz zweifellos statt, weil die Ausbildung der Mannschaften eine geringere sein würde und weil die Möglichkeit bestände, daß der Krieg in einem Momente losbricht, wo der älteste der bei der Fahne befindlichen Soldaten eine Dienstzeit von dreizehn Monaten hat.

Wenn aber die Ersetzung der facultativen zweijährigen Dienstzeit durch die obligatorische von allen Sachverständigen als Abminderung unserer Wehrhaftigkeit anerkannt werden muß, wie kann man sie dann

für eine Befriedigung des Bedürfnisses der Verstärkung unserer Wehrkraft ausgeben? Die Frage, ob die letztere stärker sein muß, als sie es ist, lassen wir offen; wird sie aber bejaht, dann darf man doch nicht mit der Verstärkung zugleich zu einer Abschwächung schreiten, sonst nimmt man mit der einen Hand wieder, was man mit der anderen giebt. Es ist ein Widerspruch in sich, zu behaupten: wir sind nicht so stark, wie wir es nach dem Bedürfniß der europäischen Politik sein müßten, dabei aber die Abschwächung unserer Wehrkraft, die in der Einführung der zweijährigen Dienstzeit liegt, gleichzeitig zu acceptiren. Wenn die gesetzliche Statuirung der zweijährigen Dienstzeit an sich und ohne Aequivalent eine Abschwächung unserer Wehrkraft bildet, warum sollen wir sie überhaupt auf uns nehmen lediglich als Ergebniß eines Handelsgeschäftes zwischen den parlamentarischen Fractionen, als Kaufpreis hoher Finanzbewilligungen für die Armee, während zugleich die innere Festigkeit und Leistungsfähigkeit derselben Armee vermindert wird? Es liegt in dieser Combination der Verstärkung und der Abschwächung unserer Wehrkraft ein vollkommener logischer Widerspruch; die eine Seite einer solchen Vorlage würde die Wirkung eines erheblichen Theiles der anderen vollkommen neutralisiren und zwar vielleicht ganz ohne Sicherheit eines anderweitigen Aequivalents.

Wenn das Deutsche Reich höhere finanzielle Lasten für seine Armee tragen kann, und wenn dies in Folge der europäischen Verhältnisse nöthig ist — was wir einstweilen nicht bejahen — so sollten wir doch glauben, daß das Nöthige ohne gleichzeitige Abschwächung der geforderten Verstärkung der Wehrkraft, ohne zwangsweise Reduction der zur Ausbildung brauchbarer Soldaten erforderlichen Dienstzeit geschehen müsse. Wir halten die beiden Forderungen: Erhöhung der Wehrkraft und Einführung der zweijährigen Dienstzeit für heterogen und nicht für zusammengehörig. Ist die zweijährige Dienstzeit ohne Schaden für die Festigkeit unseres Heerwesens möglich, so hätte man sie längst mit den dazu nothwendigen Einrichtungen einführen sollen; liegt aber in ihr eine Schwächung unserer Wehrkraft, so ist es unserer Ansicht nach eine der Logik und der Vernunft widersprechende Procedur, sie aus dem Grunde einzuführen, weil eine Verstärkung unserer Wehrkraft erforderlich ist. Wir würden es dann für viel natürlicher halten, wenn man die 120 oder 150 Millionen, welche zur Verstärkung der Wehrkraft unter Belastung der steuerpflichtigen Bevölkerung bewilligt werden sollen, einfach auf Verbesserung der Armee unter Beibehaltung der jetzigen Dienstzeit verwendete, in erster Linie auf bessere Dotirung und numerische Verstärkung des Unterofficiercorps behufs Diensterleichterung, und auf auskömmlichere Pensionen für Invaliden, für Wittwen und Waisen des

Heeres. Die heutige Höhe derselben ist gegenüber den gesetzlichen Arbeiterpensionen u. s. w. nicht mehr haltbar.

Wir nehmen gerne an, daß das Wort des Kaisers gesprochen sei, welches die Tüchtigkeit der Armee mehr accentuirt als die Kopfstärke derselben, und wir glauben, daß die Tüchtigkeit derselben durch Vermehrung der Officiere und namentlich der Unterofficiere besser gefördert werden kann, als durch Steigerung der Aushebungsziffer und durch rascheren Wechsel des Bestandes unter der Fahne.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 30. September (M.-A.) folgenden Artikel:

Aus der Vergangenheit. I.[1]) Das bekannte Memoirenwerk des Generals von Gerlach[2]) ist beim Erscheinen seines ersten Theiles an anderer Stelle unseres Blattes besprochen worden. Auch der zweite Theil bietet so zahlreiche und interessante Enthüllungen, daß er für alle Parteien von Interesse ist und wir die öffentliche Aufmerksamkeit darauf hinlenken zu müssen glauben. Er umfaßt die Erlebnisse und Beobachtungen des Autors vom Jahre 1853 bis zu seinem Tode im Jahre 1861 und bietet ein außerordentlich reichhaltiges Repertorium dem Forscher dar, der sich mit der preußischen Geschichte dieser Jahre beschäftigen will. Die Ausführlichkeit der Darstellung erschwert ihre Benutzung, führt zu mehrfachen Wiederholungen gleichartiger Situationen gegenüber den damaligen Zeitereignissen, deren wichtigstes der Krimkrieg bildet mit seiner Genesis und seinem Verlaufe. Die Haltung des Verfassers zu diesen Ereignissen ist wesentlich beherrscht durch die Eindrücke seiner Jugend, wo er als Officier im Blücher'schen Hauptquartiere den Feldzügen der Freiheitskriege beiwohnte. „Bonaparte", wie Napoleon III. ebensowohl wie Napoleon I. im Stile des Blücherschen Hauptquartieres ausschließlich bezeichnet wird, bildet die Incarnation des revolutionairen Gedankens in Europa, und seine Bekämpfung ist allen übrigen politischen Beziehungen untergeordnet. So oft der General auch seinen Kummer über die preußenfeindliche Perfidie der österreichischen Politik des Grafen Buol-Schauenstein und über die verletzenden Anmaßungen der damaligen englischen Regierung und Lords Clarendon Ausdruck giebt, so tritt dies doch stets in den Hintergrund gegen das Bedürfniß, Bonaparte und in ihm die Revolution zu bekämpfen und die Hoffnung neu zu beleben,

[1]) Ein II. Artikel ist nicht erschienen.

[2]) Denkwürdigkeiten aus dem Leben L. von Gerlach's, Generals der Infanterie und Generaladjutanten König Friedrich Wilhelm's IV. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. 2 Bände. Berlin, Besser'sche Buchhandlung. Erster Band (848 Seiten) 1891, zweiter Band (788 Seiten) 1892, à 11.—, geb. 13.50 Mk.

daß Oesterreich und England durch geschicktes und tapferes Benehmen mit Preußen zu einem Dreibunde gegen Frankreich würden vermocht werden können, einem Bunde, von dem zugleich die Rückführung Rußlands in die Wege der Heiligen Allianz erwartet wurde.

Die Memoiren vervollständigen die Geschichte der „Camarilla", durch welche Friedrich Wilhelm IV. in entscheidenden Fragen wirksamer als durch das verantwortliche Ministerium Manteuffel berathen wurde. Diese Cabinetsberathung war wesentlich in den Händen des Generals, des Cabinetsraths Niebuhr, des Grafen von Dohna, des Grafen von der Gröben, nachdem der General von Rauch inzwischen gestorben war, des Oberkammerherrn Grafen Stollberg und des Flügeladjutanten von Manteuffel, des späteren Statthalters der Reichslande. Neben dieser Camarilla hatte aber der König ein Bedürfniß des persönlichen Verkehrs und der politischen Fühlung mit Personen, die der Neigung des geistreichen Monarchen nach Meinungsaustausch mit geistvollen Männern entsprachen, ohne daß in deren Auffassung die kühlen Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit das ausschlaggebende Moment gebildet hätten. Es waren dies Persönlichkeiten, zum Theil geistreiche, welche diese ihre Eigenschaft beim König geltend zu machen wußten, indem sie den hohen Herrn gleichzeitig zum Bewußtsein seiner eigenen Begabung brachten im Gegensatz etwa zu der Trockenheit des verkörperten gesunden Menschenverstandes, wie ihn der wissenschaftlich weniger gebildete verstorbene General von Rauch vertreten hatte. Radowitz, Humboldt, Bunsen, Usedom und andere dii minores auf diesem Gebiete machten als politische Dilettanten der conservativen Camarilla bei dem König Concurrenz, gelegentlich im Bunde mit praktischen und strebsamen Diplomaten wie Graf Albert Pourtalès und Graf Robert von der Goltz. Es ist für das geschichtliche Studium von hohem Interesse, in dem Gerlach'schen Buche selbst nachzulesen, wie diese Einflüsse auf den König sich bekämpften und kreuzten, wie der König, ohne die stetige Folgerichtigkeit seines nach ihm regierenden Bruders zu haben, doch allen diesen Einflüssen gegenüber die Entscheidung, man kann sagen mit absolutistischer Sicherheit in der Hand behielt und wie die amtliche Politik schließlich auch den wechselnden und einander widersprechenden Entschließungen des Monarchen gemäß ausfiel, wie deshalb der Kampf aller der heterogenen Elemente und namentlich auch die Arbeiten der verantwortlichen Minister sich hauptsächlich um die Frage drehten, wer schließlich die Stimmung des Königs entscheidend beeinflussen und seine Unterschrift gewinnen werde. Es fiel die letztere nicht immer und in allen Fragen zu Gunsten derjenigen Politik aus, die wir im Rückblick auf die damaligen Zeiten für die richtige halten würden, und den fremden Mächten,

insbesondere dem Grafen Buol sowie dem Wiener Cabinet, fehlte der Glaube an die Festigkeit der Berliner Entschließungen und an die Entschlossenheit ihrer Durchführung.

Der schließliche Eindruck aller der in oft täglichem Wechsel geschilderten Situationen und Anschauungen ist der, daß Preußen dem westmächtlich-österreichischen Bunde gegen Rußland im Krimkriege beigetreten sein würde, wenn das verantwortliche preußische Ministerium die Geschäfte allein und unabhängig geführt hätte; daß Preußen vielleicht, und wir müssen sagen: wahrscheinlich wenn nicht ein Bündniß, so doch einen wohlwollenden Neutralitätsvertrag mit Rußland abgeschlossen hätte, wenn die „Camarilla", in specie der das Amt eines Cabinetsministers versehende Generaladjutant von Gerlach allein die Entscheidung in der Hand gehabt hätte. Daß Preußen während des ganzen Krieges seine Neutralität durch alle Gefahren, denen sie ausgesetzt war, bewahrt hat, erscheint wesentlich als ein Ergebniß der persönlichen Politik des Königs, der dem Bruche mit Rußland ebenso abgeneigt war, wie der Gefahr, von den Westmächten die Rheinprovinz angegriffen und die preußischen Häfen blockirt zu sehen. Wir glauben, daß der König in dieser Richtung den Interessen Preußens, dem er die Opfer des Krieges oder auch nur die der Rüstung ersparte, den besten Dienst geleistet hat. Wir glauben, daß dieser Eindruck noch allgemeiner gewürdigt werden würde, wenn Preußen auf seine Zulassung zu den Wiener Conferenzen, von denen es ausgeschlossen blieb, und zu den Pariser Friedensverhandlungen, zu denen es in würdeloser Weise zugelassen wurde, weniger Gewicht gelegt hätte. Es würde für Preußens weitere Stellung in Europa vielleicht nützlicher gewesen sein, wenn es nicht zu den Mächten gehört hätte, die den Inhalt des Pariser Friedens mitunterzeichnet und also gleichsam verbürgt hätten. Preußen hatte an der Gestaltung der orientalischen Dinge nicht das gleiche Interesse wie die übrigen großen Mächte und seine Würde als Großmacht beruhte auf seiner militärischen Leistungsfähigkeit, nicht auf seiner Theilnahme an den Pariser Verhandlungen, namentlich nicht unter der Bedingung einer für das preußische Selbstgefühl wenig erhebenden Form der Zulassung.

Wir schließen hier vorläufig ab und behalten uns vor, in einem zweiten Artikel auf die interessanten Gerlach'schen Darstellungen zurückzukommen.

* * *

Ueber das Verhältniß der Conservativen zum Centrum sagen die „Hamb. Nachr." am 30. September (A.-A.):

Die „Kreuz-Ztg." behauptet, das Verhältniß der conservativen Partei zum Centrum sei stets ein völlig freies und unabhängiges

gewesen, es sei auch in Zukunft keine Abhängigkeit der ersteren von letzterem zu fürchten. Direct kann das Centrum den Conservativen allerdings nicht vorschreiben, wie sie zu stimmen haben. Aber zwischen der Regierung und dem Centrum können, wie es z. B. bei Bewilligungen für die Flotte geschehen ist, bestimmte Abmachungen stattfinden. Wenn diese einmal feststehen, ist die Regierung in der Lage, einen Druck auf die Conservativen zu Gunsten dieser Abmachung auszuüben. Die Conservativen aber werden in Zukunft ebenso wie in früheren Jahren dem Druck der mit dem Centrum verbündeten Regierung weichen müssen. Daß umgekehrt die Regierung sich mit den Conservativen einigen könnte, um dem Centrum Vorschriften zu machen, ist nach allen Erfahrungen sehr wenig wahrscheinlich.

* * *

An derselben Stelle wird eine Aeußerung der „Frankf. Ztg." citirt und dazu bemerkt:

Die „Frankf. Ztg." schreibt bei Erörterung der Stellung des Centrums zur Militairvorlage:

„An seine alten, gegen die Unersättlichkeit des Militarismus scharf zugespitzten Programme, an seine neueren, in den bekannten Windthorst'schen Resolutionen niedergelegten Forderungen und Verwahrungen braucht sich das Centrum nicht zu kehren, vorausgesetzt, daß es für sich Geschenke mitbringt, die den Wählern seine Macht und seinen Einfluß beweisen. Unter dieser Bedingung, aber auch nur unter dieser kann das Centrum, ohne für seine Einheit und seinen Bestand fürchten zu müssen, die Unpopularität ins Ungeheuerliche gesteigerter Militairlasten auf sich zu nehmen."

Wir glauben, daß die Unpopularität von ins Ungeheuerliche gesteigerten Militairlasten das Centrum ziemlich kalt lassen könnte. Die Unpopularität der Regierung aber kann das Centrum bis ins Aschgraue auf sich nehmen, da dem Centrum überhaupt nicht daran liegen wird, die gegenwärtigen Reichseinrichtungen, die gegen seinen Willen und seine Grundsätze zu Stande gekommen sind, aufrecht zu erhalten.

* * *

Obgleich der Inhalt der neuen Militairvorlage erst am 24. October durch die „Köln. Ztg." und das „Berl. Tagebl." bekannt wird, nimmt sie das Interesse der Presse mit Beginn des Herbstes immer mehr in Anspruch. Die „Hamb. Nachr." sagen am 4. October (A.-A.):

Die Militairvorlage scheint zum Prüfstein für die Frage ausersehen zu sein, ob und in wieweit die Trennung der Reichskanzlerschaft vom Präsidium im preußischen Staatsministerium sich bewährt. Die

„Nat.-Ztg." hatte der Leitung der Reichsgeschäfte den Vorwurf gemacht, das preußische Staatsministerium nicht rechtzeitig über die Militairvorlage gehört zu haben. Darauf ist von der „Nordd. Allgem. Ztg." officiös u. A. erwidert worden:

„Es ist diesmal nicht anders verfahren worden wie seither bei allen Militairvorlagen. Hat der preußische Kriegsminister die Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers zur Ausarbeitung erhalten, so setzt er sich zunächst mit den übrigen deutschen Kriegsministern in Verbindung, um deren Ansichten und Wünsche kennen zu lernen. Ist seine Arbeit so weit gereift, daß sich übersehen läßt, ob und welche finanzielle Wirkung sie haben würde, so tritt er mit dem Reichsschatzamt in Verkehr, welches nun seinerseits in wichtigen Fällen ebenfalls zunächst die Verständigung mit den correspondirenden Finanzbehörden der Einzelstaaten durch schriftlichen Verkehr oder durch mündliche Rücksprache zu suchen pflegt. Ist dann ein Einverständniß erzielt oder ein Entschluß gefaßt, so wird die Genehmigung des Kaisers zur Einbringung der Vorlage in den Bundesrath als Präsidialvorlage durch den Reichskanzler erbeten. Dieser Weg ist von Anfang an in der Reichsgesetzgebung ungleich häufiger beschritten worden, als der der Einbringung von Gesetzentwürfen durch die Einzelstaaten."

Die „Nordd. Allgem. Ztg." zählte Beispiele hierfür auf und fuhr dann fort:

„Es lag kein Grund vor, von diesem gesetzlichen und praktisch bewährten Verfahren im vorliegenden Falle abzuweichen. An einer Fühlung der Reichsbehörden mit denjenigen Organen der hervorragendsten Einzelstaaten, welchen die ‚National-Zeitung' ein competentes Urtheil über wirthschaftliche und finanzielle Fragen nicht wird absprechen wollen, hat es daher nicht gefehlt, ohne daß auch nur die mindeste Differenz zwischen Preußen und dem Reich störend eingewirkt hätte. Im Gegentheil glauben wir versichern zu können, daß das Reichsschatzamt bei der Ausgestaltung seiner finanziellen Pläne im Einvernehmen mit dem preußischen Finanzministerium handelt."

Die „Voss. Ztg." äußert sich zu dem Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg." wie folgt:

„Graf Caprivi hat mit der Vertheidigung vollkommen Recht und vollkommen Unrecht; vollkommen Recht, denn seine Ausführungen über die Kanzleigewohnheiten und den Geschäftsgang entsprechen den Thatsachen; so wie er verfährt, ist zumeist verfahren worden, und kein Gesetz zwingt ihn, anders zu handeln; vollkommen Unrecht, denn er vergißt, daß, wenn zwei dasselbe thun, es nicht dasselbe ist. Neben dem Fürsten Bismarck gab es kein selbstständiges Staatsministerium. Das Staatsministerium that, was er wollte. Er war der allein herrschende Ministerpräsident, vor allen Dingen also doch Ministerpräsident. Graf Caprivi hat nicht die historischen Verdienste und daher

auch nicht die historische Stellung des Fürsten Bismarck, und er ist überhaupt nicht Ministerpräsident. Und wenn das formale Recht noch so unzweifelhaft auf Seite des Reichskanzlers wäre, so bliebe es geradezu unverständlich, wie er sich über eine Vorlage, die die Präsenzziffer des Heeres um 90000 Mann erhöhen und die dauernden Reichsausgaben um 65 Millionen, die einmaligen um 80 Millionen steigern will, nicht mit dem Staatsministerium des größten Einzelstaates rechtzeitig ins Einvernehmen setzte. Daß er dazu keinen Versuch machte, ist ein Beweis für den Mangel an ausreichender Harmonie zwischen der Reichsregierung und der Staatsregierung."

Der Eindruck, daß die Behandlung der Militairvorlage eine Kraftprobe zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Staatsministerium, in specie Herrn Dr. Miquel ist, läßt sich kaum abweisen. Der Schwerpunkt der Frage liegt darin, daß die Genehmigung des Kaisers, der zugleich König von Preußen ist, von dem Reichskanzler zu der Vorlage nachgesucht worden ist, bevor das preußische Staatsministerium in die Lage gekommen war, sich über die Vorlage zu äußern. Die Präsidialvorlage ist im Bundesrath aussichtslos ohne die Unterstützung der preußischen Stimmen; die preußischen Stimmen jedoch sind abzugeben nach der Instruction des preußischen Staatsministeriums. Das preußische Staatsministerium aber wird in die Zwangslage versetzt, entweder gegen den Monarchen zu votiren oder sich ohne weiteres dem Reichskanzler zu fügen. Man darf gespannt sein, wie sich Graf Eulenburg und Herr Dr. Miquel verhalten werden.

* * *

Am 7. October besucht der Fürst von Varzin aus mittels Sonderzuges seine Besitzung Reinfeld. Als Ehrenmitglied des dortigen Kriegervereins wird er von diesem festlich empfangen. In seiner Ansprache an den Verein sagt der Fürst,

er hoffe, daß die alte Treue zu Kaiser und Vaterland fortbestehe und im Falle eines Krieges, den Gott verhüten möge, die jüngeren Soldaten den älteren es nachmachen möchten.

Am Abend kehrt der Fürst von Barnow aus zurück nach Hammermühle.

* * *

Wir finden in den „Hamb. Nachr." vom 8. October (M.-A.) Folgendes:

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und die Militairvorlage" veröffentlicht die „Zukunft" einen Artikel, dem wir nachfolgende Ausführungen entnehmen:

... Die Regierung, die den Wunsch des Kaisers nach einer Truppenvermehrung den thatsächlichen Machtverhältnissen im Reichstag zu accommodiren sucht, wird vermuthlich, wenn sie im letzten Augenblick nicht wieder dem Treffen

noch ausbiegt, ihren schwersten parlamentarischen Strauß zu bestehen haben. Ob sie den Reichstag, wenn die Herren Lieber und Ballestrem sich nicht vertragen, unter dieser Parole auflösen wird, erscheint zweifelhaft. Die Militairvorlage ist unpopulair, und sie wird an Popularität schwerlich gewinnen, wenn man erfährt, daß Fürst Bismarck jedes Experimentiren mit unserem in Schlachten erprobten Heer nicht günstiger betrachtet als die Versuche eines neugierigen Kindes, das an der blanken Weihnachtsuhr so lange herumbohrt, bis sie entzwei ist.

Es bedarf kaum noch des besonderen Hinweises, daß Maximilian Harden, der Herausgeber der „Zukunft", in der vorstehenden Aeußerung direct die Ansichten des Fürsten Bismarck reproducirt.

* * *

Am 8. October feierte das Großherzogliche Paar in Weimar seine goldene Hochzeit. Unter den Glückwünschenden befand sich auch Fürst Bismarck. Die Münchener „Allg. Ztg." berichtet, daß der Großherzog und die Großherzogin dem alten Kanzler in einem langen und sehr herzlichen Telegramm gedankt haben.

* * *

Die zweite directe Auslassung über die Militairvorlage bringen die „Hamb. Nachr." am 11. October (M.-A., vgl. oben S. 166 ff.):

> Zur Militairvorlage. Der Berliner parlamentarische Mitarbeiter der „Hamb. Nachr." führte in einem neulichen Artikel aus, daß das Centrum seinen Wählern sehr viel zumuthen kann, wenn es ihnen Compensationen auf dem Gebiete der ultramontanen Interessen bietet. Wir geben den Gedanken in soweit zu, als das Centrum den Leitern und Inspiratoren seiner Wähler annehmbare, den Wählern selbst, wenn verstanden, kaum willkommene Compensationen in jeder Schädigung des neuentstandenen Reiches und seiner Bundesgenossen bieten kann. Ob die geplanten Militairvorlagen nothwendig und militairisch zweckmäßig sind, wollen wir nicht erörtern, bevor wir sie authentisch kennen; aber nach dem, was aus dem zu erwartenden Inhalte bereits bekannt ist, werden sie, wenn sie angenommen werden, bei vielen Steuerzahlern die Popularität der heutigen Einrichtungen im Vergleich mit den weniger anspruchsvollen früheren gewiß nicht vermehren, im Gegentheil, die vergleichende Prüfung wird die Liebe zu unseren neuen Reichseinrichtungen abschwächen. Wenn aber die neue Vorlage nach ihrer Annahme Unzufriedenheiten und Verstimmungen zum Ergebniß haben sollte, so werden diese Verstimmungen nicht das Centrum und dessen Leitung, sondern unsere bestehenden weltlichen Einrichtungen treffen. Und auf diesem

Gebiete vermag die Centrumsleitung allerdings ein erhebliches Maaß zu vertragen. Mangel an Popularität unserer kaiserlichen Reichseinrichtungen wird an sich mit den politischen Zwecken der Centrumsleitung nicht in Widerspruch stehen. Wir glauben, daß die Verminderung der Popularität unserer heutigen Einrichtungen an sich auch ohne neues Jesuitengesetz und dergleichen für die Centrumspolitik eine hinreichende Compensation für die Gefälligkeiten bieten würde, welche sie der Regierung leistet. Jede Politik, welche dahin führt, die Reichsregierung in ihrer Popularität und in der Anhänglichkeit der Nation zu schwächen oder schwach zu erhalten, scheint uns in der Richtung der Politik zu liegen, welche das Centrum seit der Gründung des neuen Reiches unterstützt hat.

Wenn das Verfahren der Reichsregierung in den vorbereitenden Stadien der Militairvorlage Bedenken und Verstimmungen in regierungsfreundlichen Kreisen und Uneinigkeit in den letzteren erregt, so wird auch in diesem Ergebnisse eine Schädigung der Centrumspolitik nicht zu suchen sein. Wir haben auch nicht davon gehört, daß die Verstimmungen, welche die Handelsverträge und die Form der Durchbringung derselben an verschiedenen Orten erregt haben, sich gegen das Centrum richten, wohl aber haben sie der kaiserlich deutschen Regierung manches abfällige Urtheil zugezogen, und die Taktik, mit welcher die Verträge dem Reichstage eilfertig aufgenöthigt wurden, ist der Autorität des letzteren nicht förderlich gewesen, und würde weder das Ansehen des Reichstags noch das des preußischen Staatsministeriums verstärken, wenn sie sich in der Militairvorlage wiederholen sollte. Bei den Handelsverträgen wurden im vorbereitenden Stadium vollendete Thatsachen hergestellt, deren Vorhandensein, nachdem sie einmal vorlagen, den parlamentarischen Körperschaften die Ablehnung wesentlich erschwerten. Dieselbe Strategie läßt sich in der Militairsache anwenden gegen diejenigen mitwirkenden Factoren, von welchen man Widerstand erwarten könnte.

Wenn im Bundesrathe eine in der Reichsverfassung unseres Erachtens nicht begründete „Präsidialvorlage“ eingebracht wird, so mögen das preußische Ministerium und dessen nichtmilitairische Mitglieder von der Richtigkeit derselben überzeugt sein oder nicht, unsere heutigen Minister werden immerhin schwerlich zu dem Entschlusse gelangen, gegen eine Vorlage zu stimmen, welche zwar nicht im Namen des Königs von Preußen, aber doch in dem des Kaisers eingebracht ist; sie werden sich nicht für berufen halten, die Verfassungsmäßigkeit einer solchen kaiserlichen oder kanzlerischen Bundesrathsvorlage ihrerseits zu prüfen. Zur Beurtheilung der verfassungsrechtlichen Frage braucht man nur den

Fall zu setzen, daß der König von Preußen seine Vertretung im Bundesrathe nicht dem von ihm ernannten Kanzler, sondern einem andern sein Vertrauen besitzenden preußischen Minister übertrüge, so daß der Kanzler zwar verfassungsmäßig den Vorsitz im Bundesrathe, aber nicht die preußische Stimme in demselben zu führen hätte; würde ein solcher Kanzler ohne preußische Stimmführung verfassungsmäßig in der Mög lichkeit sein, Präsidialanträge einzubringen?

Abgesehen von einer solchen Fiction ist Thatsache, daß die Verfassung und ihr legislativer Apparat Präsidialvorlagen als integrirenden Theil unserer Gesetzgebung nicht kennt, sondern nur „Anträge von Mitgliedern" (Art. 7), und „Mitglied" ist eben nach Art. 1 Preußen, nicht aber das Präsidium an sich und als solches. Wenn nun aber der stimmführende preußische Bevollmächtigte, nach bisherigem Brauche, mit dem Reichskanzler identisch ist, so ist ja schon dadurch für ihn jede Möglichkeit, gegen eine von ihm selbst eingebrachte Gesetzvorlage zu votiren, ausgeschlossen, und das Einbringen der Präsidialvorlage schließt bei dieser Sachlage die preußische Zustimmung zu derselben schon in sich und setzt die preußischen Minister, welche aus wirthschaftlichen oder politischen Gründen die lediglich militairisch erwogene Vorlage angebrachter Maßen für unrichtig halten, in die Zwangslage, zu schweigen oder zu gehen.

Eine weitere Zwangslage wird, wenn die militairisch festgestellte Vorlage demnächst durch den Reichstag nach Analogie der Handelsverträge durchgedrückt werden sollte, für die nächste Zukunft in Betreff der Steuerbewilligung geschaffen. Wird die Militairvorlage mit ihrem Geldbedarf Gesetz, so muß letzterer in der einen oder andern Weise beschafft werden. Wenn die entsprechende Steuervorlage fiele, so würden die großen Summen, welche nothwendig sind, durch Matricularbeiträge aufgebracht werden müssen. Diese Alternative würde für den Reichstag die Zwangslage erzeugen, auch solche Finanzvorlagen anzunehmen, welche ohne Zwang seine Zustimmung nicht gefunden haben würden. Wenn, wie es früher und, wie wir glauben, sachgemäß beabsichtigt war, zuerst die Steuerfragen erledigt und die Mittel zum gesteigerten Militairaufwande beschafft würden, so wäre die Freiheit der Beschlußfassung in keinem dieser Stadien beeinträchtigt. Wenn aber umgekehrt verfahren und die Bewilligung durch vorgängige gesetzliche Herstellung eines unabweislichen Bedürfnisses erzwungen wird, so ist für die Beschaffung der Mittel zur Befriedigung desselben wiederum eine Zwangslage für den Reichstag geschaffen. Der darin zu Grunde liegende strategische Gedanke, den Reichstag des nächsten Jahres durch ein umfassendes Manöver dieses Jahres zur Capitulation zu nöthigen, mag für ein militairisches Auge etwas Bestechendes haben, vom politischen Standpunkte aber halten wir

ihn für unrichtig berechnet, und seine Durchführung, auch wenn sie glücken sollte, der Befestigung und dem Ansehen unserer Reichseinrichtungen schädlich, wenn nicht gefährlich.

* * *

Zu diesem Artikel des Hamburger Blattes paßt vortrefflich folgende staatsrechtliche Belehrung der uns bereits bekannten „Düsseldorfer Zeitung" (vgl. Band II, S. 287 f. und 309):

Die „Düsseldorfer Zeitung" schreibt in einem Artikel „Hie Reichskanzler — hie preußisches Staatsministerium" u. A.:

„Der Herr Reichskanzler hat, indem er die (Militair-)Vorlage dem preußischen Ministerium überwies, lediglich correct und auf directes Geheiß gehandelt. Der diesbezügliche Immediatvortrag des Herrn Kanzlers fand die volle Zustimmung des kaiserlichen Herrn. Das preußische Ministerium ist nicht zuständig, über eine der Reichslegislative zustehende Vorlage Beschlüsse zu fassen, es ist verfassungsrechtlich dazu nicht befugt, denn das Reich steht, soweit die Sonderconventionen dem nicht widersprechen, einfach über den Einzelstaaten. Die Aufwendungen für das Reichsheer werden durch das Reich und nicht durch den Bundesstaat aufgebracht. Diesen wesentlichen und ausschlaggebenden Umstand hat man auf Seiten der publicistischen Herren Kritiker einfach übersehen und ist deshalb zu ganz verfehlten Schlußfolgerungen gelangt."

Nach dieser Leistung, sagen die „Hamb. Nachr.", wäre es schnöde, der „Düsseldorfer Ztg." die Anerkennung als Musterreptil vorenthalten zu wollen.

* * *

Am 12. October 7 Uhr Morgens stirbt in Glion bei Territet am Genfer See der Wirkliche Geheime Legationsrath Lothar Bucher (geb. 25. October 1817 in Neustettin). Am 13. October (A.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Einem Privatbriefe aus der Umgebung des Fürsten Bismarck entnehmen wir folgenden Satz über den Tod Lothar Bucher's: „Der Fürst verliert in Bucher seinen treuesten, seinen selbstlosesten Freund. Wir alle sind unsagbar betrübt."

* * *

Am 17. October (A.-A.) bemerken die „Hamb. Nachr.":

Nach Zeitungsberichten hat der österreichisch-ungarische Reichskriegsminister erklärt, der Zustand der österreichisch-ungarischen Armee sei ein sehr guter, allen Eventualitäten gewachsener, Militarismus gebe es in Oesterreich-Ungarn nicht, seine Forderungen seien, mit den deutschen verglichen, minimale. Wenn dies richtig ist, so scheint man in Ungarn von der Ueberzeugung auszugehen, daß die politische Situation nicht von

der Art sei, eine Verstärkung der militairischen Kräfte des Dreibundes zu einer Nothwendigkeit zu machen. Oesterreich ist der Kriegsgefahr noch mehr oder noch früher ausgesetzt als Deutschland, und wenn man in Oesterreich, namentlich in Ungarn, kein besonderes Bedürfniß hat, die eigenen Streitkräfte zu verstärken, so darf daraus geschlossen werden, daß die österreichische Politik die europäische Lage anders beurtheilt, wie Deutschland mit seiner neuen Militairvorlage.

* * *

Zu der Abberufung des vom Fürsten Bismarck besonders hochgeschätzten Gesandten beim Vatican, des Herrn von Schlözer, äußern die „Hamb. Nachr." im Anschluß an eine Bemerkung der „Voss. Ztg." am 19. October (A.-A.):

Die „Voss. Ztg." schreibt über Herrn von Schlözer:

„In diplomatischen Kreisen ist es nicht unbemerkt geblieben, daß sich in letzter Zeit italienische Blätter mit der Person des bisherigen preußischen Gesandten beim Vatican, von Schlözer, lebhaft beschäftigt haben. Man ist über eine, übrigens ganz untergeordnete, auch in deutsche Blätter übergegangene Mittheilung der ‚Ag. Ital.' verwundert, daß die Abberufung des Herrn von Schlözer erfolgt sei, weil er zu intime Verbindungen mit dem Vatican unterhalten habe. Die Gründe der Abberufung Schlözer's, welche in der That Aufsehen gemacht hat, liegen, wie man uns schreibt, jedenfalls auf einem anderen Gebiete. Die Regierung hatte nur Gelegenheit, zufrieden zu sein, daß ihr Gesandter die päpstlichen Amtsträger an sich heranzuziehen und an sein Haus zu gewöhnen wußte. Wie sehr Schlözer allerdings bei dem Vatican persona gratissima war und geblieben ist, beweist der Umstand, daß ihn der Papst auch jetzt, wo er als Privatmann in Rom lebt, am letzten Mittwoch zu einer längere Zeit währenden Privataudienz zu sich eingeladen hatte."

Gerade das Ansehen, welches Herr Schlözer sich beim Papste und dessen Umgebung erworben hatte, war vom Centrum seit langem als eine Unbequemlichkeit empfunden worden, und in unterrichteten Kreisen sah man in der Abberufung Schlözer's ein Symptom des Einflusses, den das Centrum auf unser Auswärtiges Amt übt. Das Centrum kann in Rom einen in allen schwierigen Lagen bewährten preußischen Gesandten, der das Vertrauen des Papstes besitzt, nicht brauchen, es fühlt sich durch diesen bei der Curie concurrirenden Einfluß naturgemäß sehr beengt.

* * *

Ueber den verstorbenen Lothar Bucher und sein Verhältniß zum Fürsten und dem Grafen Herbert Bismarck schreiben die „Hamb. Nachr." am 21. October (M.-A.):

Fürst Bismarck und Lothar Bucher. Die geistige Bedeutung von Bucher ist so gewichtig, daß auch die Gegner der Politik, an welcher dieser seit 1864 mitgearbeitet hat, sich gedrungen fühlen, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es liegt in ihrer Natur, daß sie auch das nicht vermögen ohne Seitenhiebe auf den Fürsten Bismarck und den Grafen Herbert. Es ist unwahr, daß Letzterer in seiner Stellung als auswärtiger Minister Bucher's Neigung, aus dem Dienste zu scheiden, irgendwie verstärkt habe. Bucher ist mit dem Grafen Herbert befreundet geblieben bis an sein Ende und hat auch, so lange Beide im Dienste waren, mit ihm keine Differenzen gehabt, wohl aber mit seinem Vorgänger, Herrn von Bülow, noch mehr mit dem Grafen Hatzfeldt, und am meisten vielleicht mit intriganten Collegen gleichen Ranges. Um im letzten Punkte ein Urtheil zu haben, muß man mit der arbeitslustigen Rivalität geheimräthlicher Decernenten vertraut sein.

Die bescheidene und vornehme Natur Bucher's litt unter den Kämpfen mit Collegen, die zur Kategorie der sogen. Actentiger gehörten, und die Vorgesetzten waren nicht immer im Stande, das Bucher'sche Decernat gegen Uebergriffe von Mitarbeitern zu schützen, welche mehr Unverfrorenheit und Gewandtheit im gesellschaftlichen Verkehr besaßen, als unser verewigter Freund.

Gänzlich aus der Luft gegriffen ist die Insinuation, welche die „Weser-Zeitung" in ihrer unehrlichen Gehässigkeit bietet, wenn sie den früheren Reichskanzler beschuldigt, daß er seinen treuen Berather „kühl fallen gelassen" habe. Bucher hat niemals einen Augenblick die Empfindung der Kälte dem Reichskanzler gegenüber haben können, aber es lag außerhalb der Möglichkeit für Letzteren, ihn gegen bureaukratische Unannehmlichkeiten jeder Zeit zu schützen, namentlich weil das Selbstgefühl und die Abgeschlossenheit Bucher's diesem nicht gestatteten, in persönlichen Fragen sich jemals klagend an die Vorgesetzten zu wenden. Es kam dazu die Thatsache, daß Kaiser Wilhelm I. bis an sein Ende diesem treuen und hervorragend brauchbaren Beamten die Zeit der Steuerverweigerung und seine damalige Haltung niemals vergessen hat.

Fürst Bismarck hat seinen Freund und Mitarbeiter in allen amtlichen Beschwerden jederzeit mit Wohlwollen vertreten, und unzweifelhaft würde ein Mann von so stolzem Selbstgefühl, wie Bucher mit Recht besaß, niemals die Neigung gehabt haben, die letzte Zeit seines Lebens zum größten Theile in dem Hause und dem Familienkreise des Exkanzlers zuzubringen, wenn er das Gefühl gehabt hätte, von demselben „kühl fallen gelassen" zu sein; und er würde diese selbe Zeit nicht in freundschaftlichem Verkehr mit dem Grafen Herbert zugebracht haben, wenn es dieser gewesen wäre, der ihm die Fortsetzung amtlicher Thätigkeit

verleidet hätte. Nur ein Blatt von der Gehässigkeit der „Wes.-Ztg." gegen Alles, was Bismarck heißt, kann es übersehen, daß seine Verdächtigungen durch diese Thatsachen vollständig entkräftet werden.

* * *

Eine recht scharfe Kritik des Regiments Caprivi knüpfen die „Hamb. Nachr." am 22. October (A.-A.) an einen officiösen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten":

Ein bemerkenswerthes Eingeständniß. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen zur Militair-Vorlage einen Berliner officiösen Artikel. Wir entnehmen daraus folgende Ausführungen:

„... In Wahrheit stehen die Aussichten der Militairvorlage sehr gut. Die Reichstagsabgeordneten, welche die Hand dazu bieten möchten, den Kanzler von Caprivi zu stürzen, um den Grafen Waldersee als Kanzler und den Grafen Herbert Bismarck als auswärtigen Staatssecretair einzutauschen, dürften mit der Laterne zu suchen sein... Bis jetzt steht soviel fest, daß ungefähr 140 Stimmen der alten Cartellparteien die Vorlage annehmen werden, nachdem sie sich von der Nothwendigkeit überzeugt haben. Zu ihnen werden etwa 50 Stimmen des Centrums hinzutreten unter derselben Voraussetzung, und dann noch die Stimmen der Polen. Denn es ist einmal so: den zuverlässigsten Instinct in Deutschlands auswärtigen Angelegenheiten besitzen heute die Polen... Was das Centrum betrifft, so ist ein großer Theil von Mitgliedern dieser Partei einsichtig und weitsichtig genug, um den Vortheil zu begreifen, den die Partei gewinnt, wenn sie an der Spitze des Patriotismus steht. Was hätte aber andererseits die Partei von dem Grafen Waldersee und seinen Schildträgern zu hoffen, die jetzt Caprivi verdächtigen, er wolle ein clerical-conservatives Regiment herstellen?"...

Selbst dem Münchener Blatte scheinen diese Sätze einige Beklemmungen verursacht zu haben; es bemerkt ausdrücklich, seine Auffassung damit nicht identificiren zu wollen, erklärt aber zugleich, daß ihm der Artikel „aus sehr wohl informirten politischen Kreisen" (Berlins) zugegangen sei. Der Artikel ist augenscheinlich officiöser als der Münchener Redaction selbst wünschenswerth ist, indem er die Thatsache nackt hinstellt: „daß die Polen den zuverlässigsten Instinct in den deutschen auswärtigen Angelegenheiten haben und daß das Centrum an der Spitze des Patriotismus steht!" Diese unglaublichen Sätze sind werthvoll, denn sie enthalten die Quintessenz der officiösen Weisheit von heutzutage.

Die Bestätigung unserer Ansicht, daß in der officiösen Presse neuerdings persönliche Interessen von größerem Gewichte sind als politische,

ergiebt sich auch aus der Erscheinung, daß die ganze Militairvorlage nur auf die Personenfrage: Caprivi oder Waldersee gedreht wird in den Worten: „Reichstagsabgeordnete, die Caprivi stürzen möchten, um den Grafen Waldersee und den Grafen Herbert dafür einzutauschen, dürften mit der Laterne zu suchen sein." Also handelt es sich nicht mehr um sachliche Auseinandersetzungen, sondern nur darum, ob Caprivi beizubehalten oder Graf Waldersee zuzulassen sei. Daß der Officiosus noch den Trumpf vom Grafen Herbert darauf wirft, ist bezeichnend für die kleinen Mittel, mit denen in dieser Region gearbeitet wird.

Wenn dieser Artikel, wie man von einem officiösen es annehmen muß, die Regierung hinter sich hat und die dort bestehende Auffassung in der That wiedergiebt, so handelt es sich bei dem ganzen Meinungskampf der letzten Zeit nicht etwa, wie man bisher geglaubt hat, darum, ob die dreijährige Dienstzeit fallen soll, für die König Wilhelm mit Moltke und Roon ihrerseits bis zum Conflicte gekämpft haben, sondern nur darum, ob Caprivi Kanzler bleiben soll, damit auch ferner Polen und Centrum unsere auswärtige Politik bestimmen.

* * *

Ueber die Entlassung des Gesandten beim Vatican von Schlözer heißt es in den „Hamb. Nachr." am 28. October Abends weiter:

Als Ursache für die Abberufung des Herrn von Schlözer von dem preußischen Gesandtenposten beim Vatican hatten wir kürzlich in dem Umstande gesucht, daß Herr von Schlözer zu große Intimität mit den vaticanischen Kreisen unterhalten und daß das Centrum, welches hievon wenig erbaut gewesen sei, deshalb seinen Sturz beim Auswärtigen Amt bewirkt habe. Hierzu bemerkt die „Kreuz-Ztg.":

„Die ‚Hamb. Nachr.' sind überaus schlecht unterrichtet, sowohl was die Person des Herrn von Schlözer als die Ursache seiner Abberufung und die Lage in Rom betrifft. Mag die Vergangenheit auf sich beruhen. Wir sind durchaus geneigt, dem beizustimmen, daß die preußische Regierung nur Anlaß zur Zufriedenheit hat, wenn ihr Gesandter die päpstlichen Amtsträger an sich heranzuziehen und an sein Haus zu gewöhnen weiß; aber Voraussetzung ist doch dabei, daß derselbe bei dieser, wie wir nicht bezweifeln, graziös geübten Gastlichkeit sich nicht dupiren läßt. Und gerade das war der Fall bei Herrn von Schlözer in seinem intimen Verkehr mit den Monsignori, die sich seine Weine vortrefflich schmecken, aber dabei sich in ihren höheren Zielen nicht beirren ließen. Die Encyklika vom 16. Februar 1892, durch die der Papst sich thatsächlich in die Arme der französischen Republik warf, indem er dem Clerus befahl, sich ihr anzuschließen, überraschte Herrn von Schlözer

vollkommen, der in seinem angenehmen Austausch von Höflichkeiten mit den päpstlichen Würdenträgern keine Ahnung von dieser entscheidenden Wendung hatte, noch weniger derselben vorzubauen gewußt hatte. Unsere Regierung mußte hiervon peinlich überrascht sein, und als ein aus Rom zurückkehrender deutscher Professor der Theologie dem Kaiser über diese Thatsachen Gewißheit gegeben hatte, wurde die Abberufung des Herrn von Schlözer beschlossen."

Wenn sich die Sache wirklich so verhält, wie die „Kreuz-Ztg." angiebt — was uns ausgeschlossen erscheint —, so würde dadurch der Regierung ein noch viel ungünstigeres Zeugniß ausgestellt, als wir neulich angenommen haben. Wenn nach dem Ermessen seiner Vorgesetzten in Berücksichtigung der Wünsche einer unter Umständen ausschlaggebenden Partei ein Beamter seine Stelle verliert, so ist das bei Weitem nicht so schlimm, als wenn ein Professor der Theologie zum Inspirator so wichtiger Entschließungen der Regierung hat werden können; denn das Wesentliche dessen, was er auf seiner Reise gehört und mitgebracht hat, mußte, wenn es überhaupt wahr und nicht Klatsch war, dem Auswärtigen Amte längst sowohl aus Rom wie aus Paris auf dienstlichem Wege bekannt sein.

* * *

In seiner „Zukunft" (Band 2) veröffentlicht Maximilian Harden Mittheilungen über Gespräche mit dem Fürsten Bismarck in Varzin. Danach hat der Letztere über seine Haltung der Hamburger Cholera-Epidemie gegenüber gesagt:

> Da schreiben die Zeitungen jetzt, es wäre meine Pflicht gewesen, ein officielles Beileidschreiben an den Hamburger Senat zu richten. Den Leuten kann ich nur antworten, was der alte Wrangel zum Sultan sagte, als der ihn nicht ins Serail lassen wollte: „Majestät überschätzen mir!" Ich bin heute nichts als ein particulier de distinction, und es wäre eine lächerliche Wichtigmacherei von mir, wenn ich da offene Briefe losließe. Das können und sollen officielle Persönlichkeiten thun; ich habe mich damit begnügt, dem mir befreundeten Oberbürgermeister und anderen Bekannten privatim meine Theilnahme auszusprechen. Hätte ich mehr gethan, dann hätten es meine guten Freunde in der Presse und — anderswo mit einiger Berechtigung als Vordringlichkeit bezeichnet. Ich sehe die Notizen ordentlich: „Nichts ist dem Alten heilig, heute der Marktplatz von Jena, morgen die Cholera, er ist nur zufrieden, wenn recht viel von ihm geredet wird." Jetzt können sie wenigstens ausschreien, ich sei ängstlich. Du lieber Gott, ich habe in meinem Leben so manchen Cholerakranken gepflegt und bin angstfrei; vor Jahren

bekam ich mal aus Nizza ein sehr schönes Spitzentuch geschickt, in dem Koch dann Bacillen fand; übrigens eine recht entwickelungsfähige Art, seine Feinde aus der Welt zu schaffen ... Aber ich spräche gern wieder mit meinen Hamburgern. Man hat ihnen mit dem pharisäischen Geschimpfe schweres Unrecht gethan; der Boycott der Hamburger war ungesetzlich, und die Regierung hatte die Pflicht, sofort und wirksam die Freizügigkeit zu schützen. Ebenso wäre es ihre Pflicht gewesen, nachdem sie von ihren Consuln in Rußland längst die Choleraberichte empfangen hatte, öffentlich vor der Seuche zu warnen; besonders Preußen als Grenznachbar mußte den Verkehr überwachen. Wenn die officiösen Blätter Recht haben, that man aber gerade was man jetzt Hamburg vorwirft: man wollte die Handelsinteressen schonen und schwieg.

Ueber die Polenpolitik sprach sich der Fürst auf eine Bemerkung seines Besuchers bezüglich der Versöhnlichkeit des neuen Erzbischofs von Posen u. A. wie folgt aus:

Die Tonart kenne ich! die ist nur für den Anfang, um den Kaiser und die Regierung zu beschwichtigen. Ledochowski hat das eine Weile auch sehr geschickt gemacht; aber mein Herr Nachfolger brauchte mich doch nicht gerade da zu copiren, wo ich einen Fehler begangen habe. Wir haben ja seit 48 immer polnische Sympathien im Lande gehabt, trotzdem wir doch sehen, wie schon die polnischen Arbeiter überall sich durch Gewaltthätigkeit hervorthun. Nur bei uns findet man die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen zu begeistern, die am Ende doch nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können. Die anderen Völker haben sich viel mehr gesunden Egoismus angeschafft, und ein Mieroslawski würde heute nicht mehr die Unterstützung der internationalen Revolution finden. Gerade wir aber hätten nicht die geringste Veranlassung zur Polenschwärmerei; denn wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, wie die Polen im fünfzehnten Jahrhundert, nach dem Frieden von Thorn, namentlich in Westpreußen gehaust haben. Da wurde mit Feuer und Schwert polonisirt und — gegen die Verträge, die volle Religionsfreiheit verbürgten — rücksichtslos katholisirt.

Die Polen haben erst Rußland und später die Besitzthümer des Deutschen Ordens angeschnitten, und überall, wohin sie kamen, haben sie den Bauernstand einer schrankenlosen Adelstyrannei unterjocht. Und daß sie heute nicht auf die Wiederherstellung des Polenreichs speculiren, das glaubt ihnen kein vernünftiger Mensch. Sie zeigen uns freundliche Gesichter, weil sie wünschen, wir möchten Rußland schlagen und dann den siebenundeinhalb Millionen Polen — mehr giebt es überhaupt nicht auf der Welt — das ganze Gebiet der Ruthenen und Weißrussen restituiren, so etwa das, was sie im vierzehnten Jahrhundert bei der Theilung Ruß-

lands in die Tasche steckten, bis über Kiew, Tschernigow und Smolensk hinaus. Das Volk, das jetzt da lebt, will aber von einer polnischen Herrschaft gar nichts wissen, es ist kernrussisch im Denken und Glauben; wo man den Polen als Herrn kennen gelernt hat, da ist man nach einer Erneuerung dieser Bekanntschaft überhaupt nicht begierig; der polnische Bauer, der sich auf unseren Schlachtfeldern als ein tapferer Soldat bewährt hat, wird sich für eine Wiederkehr der Adelsdictatur bestens bedanken, er ist ganz zufrieden mit den Vortheilen der germanischen Cultur, und nur die Adligen und die Priester machen den Lärm. Das sind aber zwei sehr intelligente und rührige, und deshalb besonders gefährliche Factoren; sie haben auch in Rußland, durch die Presse und durch die Frauen, mehr Einfluß, als man gewöhnlich glaubt.

Ich will mit allen meinen Mitbürgern in Frieden leben, aber in seiner exponirten Stellung kann Deutschland sich den Luxus slawischer oder römischer Nebenregierungen ungestraft nicht gestatten, und schließlich wollen wir doch Alle, glaube ich, nicht einen Krieg mit Rußland führen, nur um die Republik Polen unseligen Angedenkens wiederherzustellen. Darauf läuft die ganze Geschichte aber hinaus: die Polen betrachten Posen und Westpreußen nur als ein Uebungsterrain, wo sie ihre nationalen Besonderheiten bewahren können, um sie dann, wenn wir, wie sie hoffen, Rußland geschlagen haben, in aller Ruhe in einem slawischen Staat mit antigermanischer und antiprotestantischer Spitze weiter zu pflegen. Darum macht unsere neueste polnische Wirthschaft auch in Rußland so viel böses Blut, weil man da gleich den Glauben verbreitet, wir speculirten auf die Revolution der russischen Polen.

Auf die jetzige Regierung und ihr durch die Polenfrage bedingtes Verhältniß zu Rußland übergehend bemerkte der Fürst:

Bei uns scheint man von alledem gar nichts zu merken. Man hält es mit dem Hofmeister des Candide und glaubt, daß wir in der besten aller Welten leben. Es fehlt an Rückgrat und auch an Detailkenntniß. Leute, die ich als wandelnde Repertorien benutzte, juristisch sattelfeste Menschen, die man nachschlagen konnte, werden als Repräsentanten der germanischen Vormacht in die Welt geschickt und sollen mit ihren beschränkten Mitteln womöglich wilden Völkern imponiren. Andere wieder werden durch die Rücksicht auf eine große Familie und dergleichen zu einer besonders starken Klebung gezwungen und wollen um keinen Preis von dem Posten weichen, der sie nährt. Außerdem ist die Sorte zu zahlreich vertreten, von der Friedrich der Große zu sagen pflegte: „Amusant bei Tische, dann rausschmeißen!" Jetzt werden sie nicht immer rausgeschmissen. Und aus diesen Kreisen rührt zum Theil auch die Verstimmung mit Rußland her, deren Gründe ganz ähnlich denen sind, die

zum siebenjährigen Kriege führten: Klatschereien, angebliche oder wirkliche Bonmots Friedrich's über die Kaiserin Elisabeth und die Pompadour.

Man läßt sich jetzt durch die Ruhe täuschen. Aber in solchen Situationen muß ich immer an die Geschichte von dem Bataillon denken, das 48 mit den Barrikadenleuten fraternisirte. Großes Erstaunen. Plötzlich wurde dem Commandeur eine Meldung gebracht und sofort hieß es: „So, Kinder, nun haben wir wieder Patronen, nun geht's los!" Auch Rußland kann nicht eher an eine active Politik in großem Stile denken, als bis es Geld und die richtige Waffe hat. Aber die Verstimmung ist da, und doch wäre sie gerade jetzt sehr leicht zu vermeiden gewesen. Rußland hat das natürliche Bedürfniß, sich durch Liebenswürdigkeiten über die Schwierigkeiten im Innern hinwegzuhelfen. Wir geben ihm keinen Anlaß dazu, deshalb ist es liebenswürdig mit Italien, mit Oesterreich, mit dem Papst, vielleicht allzusehr mit Rumänien, und es tändelt mit Frankreich wie Don Juan mit einer neuen Schönen. Ein aggressives Vorgehen in Europa oder in Asien entspricht wohl bestimmt nicht den Absichten des Zaren, der ein ruhiger, besonnener und im familiären Glück behaglicher Herr ist; wenn er aber auf deutscher Seite eine unfreundliche Gesinnung und eine Stärkung des Polenthums zu erkennen glaubt, dann kann er schließlich auch im Hieb die beste Parade sehen.

Die Sehnsucht nach dem Besitz Konstantinopels ist unter Alexander dem Zweiten etwas zurückgetreten; er fürchtete eine Schwächung des Reiches — von Byzanz ist noch Niemand fett geworden — und eine Erschwerung der Verwaltung, die jetzt schon fast unübersehbar ist. Für die rein deutschen Interessen kann es im Grunde gleichgültig sein, ob Rußland eines Tages den Schlüssel zu den Dardanellen in die Tasche steckt, dem Sultan sein Serail und seine Sicherheit garantirt und dann abwartet, bis ihm Europa den Krieg erklärt. Ich weiß nicht, ob Frankreich diese Probe bestehen würde, denn im Orient hat es doch eigene Ambitionen; und ein Bündniß mit den Mohammedanern würde in Rußland, wo das religiöse Empfinden immer noch das stärkste Movens ist, sicher nicht besonders populär sein. Meine Politik ist heute noch dieselbe wie im Krimkrieg; ich würde sagen: Laßt mich mit euren Geschichten zufrieden, sie gehen mich nicht an und ich will damit nichts zu thun haben. Ich bin stets dafür, sich nicht einzumischen, dann laufen Einem die Andern nach. Aber bei uns möchte man jetzt am liebsten überall die Hand im Spiel haben und nur ja nicht allein bleiben. Das erinnert mich an ein Hausmädchen, das meiner Frau den Dienst kündigte mit der Motivirung: „An Allem kann ich mir gewöhnen, nur an dem Einsamen nicht."

Ueber die jetzige innere Lage ließ sich der Fürst folgendermaßen vernehmen:

Das Schlimmste ist, daß die jetzige Regierung das Rechte zu thun glaubt, weil sie Unterstützung findet. Wer unterstützt sie denn aber? Doch zunächst die Parteien, die mit den historisch gewordenen Verhältnissen unzufrieden sind. Wir werden das bei der Militairvorlage vielleicht wieder erleben. Die Conservativen betheuern ihre Unabhängigkeit vom Centrum, aber sie werden dem Druck der Regierung nachgeben, und die Regierung wird sich vom Centrum stimmen lassen, das mit seinen polnischen und welfischen Dependancen gern jede Unpopularität trägt, wenn diese Unpopularität in erster Reihe die bestehenden Reichsinstitutionen trifft. Die Regierung weiß auch ganz genau, daß sie auf das Centrum angewiesen ist; daher in der Norddeutschen der Artikel über den Katholikentag, zu dem allerdings Herr Pindter als Katholik und mit der leisen Rancune gegen Preußen, die auch ich stets zu überwinden hatte, noch einigen eigenen Honig gethan haben mag. Zur Klärung der Situation, wie die Zeitungen sagen, werden ja die Militair- und Steuergeschichten immerhin etwas beitragen.

Schließlich erklärte der Fürst über sein Erscheinen im Reichstage:

Ich werde nur dann im Parlament erscheinen, wenn es unumgänglich nothwendig ist. Berlin ist Garnisonstadt, und ich müßte als Einziger in des Königs Rock nach Pflicht und Gewissen Seiner Majestät Regierung Opposition machen. Das ist eine fatale Rolle für mich, und ich habe eine Scheu davor, wie früher, als ich noch im offenen Wasser badete, wenn ich auf dem Sprungbrett stand. Auch würde die Presse ja doch Alles entstellen, was ich sage. Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redacteur der Emser Depesche, mit der die Socialdemokraten seit zwanzig Jahren krebsen gehen. Der König schickte sie mir mit der Weisung, sie ganz oder nur theilweise zu veröffentlichen, und als ich sie nun durch Striche und Zusammenziehungen redigirt hatte, rief Moltke, der bei mir war, aus: „Vorhin war's eine Chamade, jetzt ist's eine Fanfare." Vor allen Dingen aber erschwert eine Wahrnehmung mir das Hervortreten im Parlament. Die Persönlichkeiten der jetzigen Minister sind dünn, die deckende Scheibe, die sie bieten, ist so durchsichtig, daß die Person des Monarchen immer hindurchscheint. Ich sehe für die Zukunft des monarchischen Gedankens eine Gefahr darin, wenn ein Herrscher, selbst in der besten Absicht, allzu häufig vor der Oeffentlichkeit sich ohne ministerielle Bekleidungsstücke zeigt. Und weil mir diese Gefahr nahe scheint und ein Kampf mit Strohmännern mich nicht lockt, deshalb sage

ich wie Chamisso, als die Franzosen in Deutschland waren: „Für mich hat die Situation kein Schwert."

Zu dem letzten Passus, über das Verhältniß der gegenwärtigen Minister zum Monarchen, sagt die „Voss. Ztg.":

„Fürst Bismarck sagt in diesen Worten, was zahlreiche Deutsche oft empfunden, auch nicht wenige Blätter eindringlich genug der heutigen Staatsregierung vorgehalten haben. Die Hofluft muß wie lähmend auf die Willenskraft der Minister wirken, daß sie nicht die Festigkeit zeigen, ihre Ansicht durchzusetzen oder ihre Stellung aufzugeben. Aller Ruhm dem Monarchen, alle Verantwortung seinen Räthen! Aber dieser Grundsatz des Verfassungsstaates hat zur unerläßlichen Voraussetzung, daß die Kundgebungen und Entschließungen des Herrschers im Einvernehmen mit seinen Räthen, der Außenwelt gegenüber durch ihren Schild gedeckt, erfolgen. In der That ist das Verhalten der Minister mit der constitutionellen Verantwortlichkeit schwer verträglich. Bald wird eine schriftliche Mittheilung des Herrschers, ohne Beglaubigung durch einen Minister, der Oeffentlichkeit unterbreitet; bald gehen Reden des Kaisers durch die Presse, ohne daß ihr Text auch nur durch das amtliche Blatt verlautbart würde. Die Nation, die über solche Auslassungen, wenn sie nicht die Bedeutung der Krone unterschätzen will, nicht theilnahmlos hinwegsehen kann, ist genöthigt, mit dem Monarchen persönlich zu rechten, was immer noch besser als peinliches Stillschweigen ist. Aber haben nicht die Minister die Aufgabe, solchen Erörterungen mit der Krone, die dem monarchischen Gedanken Abbruch thun müssen, vorzubeugen, indem sie die Form finden, um etwaige Mißstimmung der Nation ausschließlich auf ihre Personen abzulenken?

„Sicherlich ist die Lage der Minister in der Gegenwart schwieriger denn je. Aber Niemand kann die Minister zwingen, im Amte zu bleiben, wenn sie ihr Ziel nicht erreichen und was nicht heute gelingt, kann morgen gelingen. Der Zustand, in welchem die Minister, wie der Varziner Spötter sagt, durchsichtig scheinen, trägt den Keim mancher Gefahr in sich. Es ist nichts verhängnißvoller, als wenn jede wichtige Anregung oder Entscheidung als Ausfluß des persönlichen Willens des Monarchen erscheint. Große und kleine Dinge im Staatsleben werden auf ihn zurückgeführt, so daß sich zwar nicht das persönliche Königthum, wohl aber die Verantwortlichkeit der Minister verflüchtigt. Man hat zu besorgen, daß man im Fortgange dieser Entwickelung bei den Nachtheilen des absoluten Systems ankäme, ohne dessen Vortheile zu empfinden."

Niemand, bemerken dazu die „Hamb. Nachr.", kann die Minister zwingen, im Amte zu bleiben; das ist zutreffend, hat aber zur Voraussetzung, daß die Minister unabhängige Leute sind.

* * *

Die Vertreter der deutschen Eisenindustrie bewahren ihren Dank für die nationale Wirthschaftspolitik und ihre begeisterte Verehrung dem Fürsten Bismarck unerschütterlich. Das zeigt auch wieder nachstehende Meldung aus Hannover vom 28. October:

Bei dem Festmahl, das der heutigen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien folgte, wurde nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf den Fürsten Bismarck, von Handelskammersecretair Bernhardi in Dortmund ausgebracht, folgendes Telegramm abgesandt:

Durchlaucht Fürst Bismarck, Varzin.
Dem Meister, dem des Reiches Guß
Durch Feuers Kraft gelang,
Ihm deutscher Gießer wärmsten Gruß
Und heißen, ewgen Dank!
Verein deutscher Eisengießereien.
Tenge. Scherenberg.

* * *

In Kehlheim ist Dr. Sigl aus München in den Reichstag gewählt worden. Die „Hamb. Nachr." bringen am 31. October (A.-A.) mit Bezug darauf folgende Notiz:

Die „Neue Bayerische Landesztg." schreibt zur Kehlheimer Wahl u. A.:

„Man hofft in Bayern, daß auch das preußische Volk gemeinsam mit ihm gegen die jetzige verdrehte Reichspolitik Front machen werde. Unsere bayrischen Landwirthe führen alles Unheil auf das Verlassen der Bismarck'schen Zollpolitik zurück, worüber sie den Centrumspreußen die Schuld geben, weil sie für die neuen verderblichen Handelsverträge gestimmt haben."

Letzteres ist glaubhaft. Wir haben diese Wirkung der Annahme der Handelsverträge oft genug vorausgesagt. Es ist nur natürlich, wenn die ländlichen Centrumswähler Unzufriedenheit darüber äußern, daß ihre Interessen von der Partei bei den Verträgen durchaus nicht gewahrt worden sind. Es herrscht unter ihnen offenbar die Befürchtung, daß das Centrum bei den neuen Fragen in ähnlicher Weise rücksichtslos gegen seine Wähler verfahren werde, und es würde uns nicht wundern, wenn es daraufhin zu kräftigen Reactionen der clericalen Wähler gegen ihre eigene Fraction kommen sollte.

* * *

Wie Fürst Bismarck von Friedrichsruh aus an den Kreistagssitzungen in Ratzeburg und Wandsbeck theilnahm, so thut er es jetzt von Varzin aus auch in Rummelsburg. Nach der dortigen Zeitung berichten die „Hamb. Nachr." am 2. November (A.-A.) Folgendes:

Zu der auf den 28. October d. J. angesetzten Sitzung des Kreistages Rummelsburg in Pommern traf am gedachten Tage Mittags $11^1/_2$ Uhr Se. Durchl. der Fürst v. Bismarck, welcher Mitglied des Kreistages ist, von Varzin aus zu Wagen hier ein. Die Häuser der Stadt waren mit Fahnen, Guirlanden und Kranzgewinden geschmückt, auch mehrere Ehrenpforten in den Straßen, die der Fürst zu passiren hatte, errichtet.

Zunächst wurde der Fürst auf dem Marktplatze, wo die Behörden der Stadt und der Kriegerverein Aufstellung genommen hatten und eine große Menschenmenge versammelt war, durch den Bürgermeister Zillmer, Stadtverordneten-Vorsteher Fabrikbesitzer Klatt und den Superintendenten Rewald begrüßt und seitens des Bürgermeisters ein Hoch auf Seine Durchlaucht ausgebracht. Der Fürst dankte für die freundliche Begrüßung und hob hervor,

daß er sich eigentlich als Schuldner der Stadt Rummelsburg gegenüber fühle, indem er dem Kreise Rummelsburg mit der einzigen Stadt schon so lange Zeit angehöre, die Stadt aber noch nicht früher besucht habe. Grund hierfür sei sein früheres Amt und jetzt sein hohes Alter. Wenn er auch wisse, daß er viele Gegner habe, die heute noch dieselben seien wie früher, so sähe er doch aus dem ihm gewordenen freundlichen Empfange, daß er doch auch noch manchen Freund hätte.

Darauf schritt der Fürst die Front des Krieger-Vereins ab, wobei er mehrere Kameraden, namentlich die decorirten, durch Ansprachen auszeichnete und ungefähr Folgendes sagte:

Ich danke Ihnen, meine Herren Kameraden, für Ihre freundliche Begrüßung. Ich weiß, daß Sie alle bereit sein werden, dem Rufe des Königs Folge zu leisten! Hoffen wir zu Gott, daß uns der Friede, der uns so noth thut, auf Menschenleben erhalten bleibe. Mögen Sie, die Sie bereits mehrfach dem Vaterlande gedient haben, nicht genöthigt sein, noch einmal die Waffen zu ergreifen. Ich danke Ihnen nochmals herzlich.

Hierauf begab sich der Fürst zu Fuß und in Begleitung der zu seinem Empfange auf dem Marktplatze erschienenen Herren, gefolgt von dem Publicum, durch die nach dem Kreishause führende Straße, in welcher sich die Schulen und die Präparanden-Anstalt zu beiden Seiten aufgestellt hatten und Hochs auf den Fürsten ausbrachten. Am Kreishause wurde der Fürst durch den Landrath v. Weiher und den bereits versammelten Kreistag empfangen und in den Sitzungssaal geleitet. Hier hielt der Vorsitzende des Kreistags, Landrath v. Weiher, eine Begrüßungs-Ansprache, in welcher die Freude über das Erscheinen des Fürsten Ausdruck fand, worauf der Fürst etwa Folgendes erwiderte:

Ich fühle mich beschämt, daß ich, als langjähriges Mitglied des Kreistages erst heute hier unter Ihnen erscheine. Als Entschuldigungs-

gründe bitte ich mein früheres Amt, welches mich in eine entfernt gelegene Gegend führte, und mein jetziges hohes Alter gelten zu lassen. Meine 77 Jahre, welche ich mit mir herumtrage, sind mir schon oft recht unbequem. Meine frühere Amtsthätigkeit ist auch nicht spurlos an mir vorübergegangen, die oft rapide auf mich einstürmenden verantwortungsvollen Momente haben häufig in vierundzwanzig Stunden Nerven-Eindrücke bei mir hervorgerufen, wie sie mancher Sterbliche in einem Jahre nicht erleben mag. Ich habe mich stets mit meiner ganzen Persönlichkeit für dasjenige verantwortlich gefühlt, was mir in meinem Amte zu thun oblag, und habe niemals geglaubt, daß ich meiner Verantwortung für die Folge enthoben sei, wenn ich die Unterschrift Seiner Majestät erlangt hatte. Nun ist es doch immer ein schweres Ding, für Sachen verantwortlich zu sein, deren Entwickelung und Ende man von vorne herein zu übersehen nicht im Stande ist. Als Sie mich hier zum Kreistagsabgeordneten wählten, habe ich gleich angenommen, daß Sie von mir große Leistungen nach dieser Richtung hin nicht erwarten würden; an Kräften fehlt es hier ja wie ich sehe (der Kreistag war vollzählig versammelt), auch nicht. Ich habe in dieser Wahl eine Auszeichnung und Ehrenbezeugung erblickt, die Sie mir erweisen wollten, und bin bereit, in diesem Sinne an Ihren heutigen Berathungen theilzunehmen.

Der Fürst hat auf Ersuchen des Kreistages das Protocoll mitvollzogen. Nach beendeter Sitzung sprach der Fürst mit jedem Kreistagsabgeordneten, erkundigte sich nach Namen, Wohnort und Verhältnissen und unterhielt sich dann noch mit einigen Herren eine Weile auf das liebenswürdigste.

Demnächst begab sich der Fürst zu Wagen nach Schlegners Hotel, wo von den Kreistagsabgeordneten ein gemeinsames Mittagsmahl eingenommen wurde. Bald nach Beginn des Diners brachte der Landrath v. Weiher ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, demnächst sprach der älteste Kreisdeputirte, Landschaftsrath von Puttkamer-Barnow. Er betonte namentlich die durch den Wohnsitz des Fürsten in Varzin und die Abstammung der Fürstin von einer im hiesigen Kreise ansässigen Familie begründete engere Zugehörigkeit Seiner Durchlaucht zu dem Kreise und schloß mit einem Hoch auf den Fürsten. — Bald hierauf toastete der Reichstags-Abgeordnete Major v. Massow-Rohr auf die Fürstin v. Bismarck und feierte dieselbe als Gattin, Mutter und Hausfrau.

Demnächst erhob sich der Fürst und sagte ungefähr Folgendes:

Meine Herren! Man hat soeben die Fürstin eine gute Mutter genannt. Wir hier haben alle dieselbe treue Mutter, das ist die pommersche Erde, von welcher wir uns nähren müssen. Wir alle, Sie und ich, haben die gleichen Interessen, und ich freue mich, hier vor Landwirthen so ohne Besorgniß, irgend wohin Anstoß zu erregen,

sprechen zu können; denn in der lieben alten Stadt Rummelsburg, die den Vorzug hat, im Kreise die einzige zu sein, steht das landwirthschaftliche Interesse ja auch obenan! Hier im Kreise führt also die Landwirthschaft mit Recht die erste Stimme. Es gehören aber zwanzig Millionen Menschen der Landwirthschaft an, und man müßte demzufolge auch in den anderen Theilen des Vaterlandes viel von der Landwirthschaft hören. Die von der Landwirthschaft bis dahin stets geübte Bescheidenheit dürfte für immer nicht am Platze sein; denn: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen!“ Wir wollen und dürfen uns aber nicht grün machen, wenn wir bestehen wollen! Tritt mir Jemand auf die Zehe, dann schreie ich, aber nicht allein, weil mich der Tritt schmerzt, sondern damit sich der Andere für die Zukunft vorsieht. Wir Landwirthe müssen uns rühren und auch laut unsere Stimme erheben, wenn wir unsere Interessen wahren wollen!

Die Rede endete mit einem Hoch auf die Landwirthschaft.

Auch während der Tafel zeigte der Fürst die beste Laune, was auch dadurch documentirt wurde, daß der Fürst, nachdem er aus der Hand eines Kreistagsabgeordneten eine Cigarre, wie er sagte, seit vielen Jahren zum ersten Male, angenommen und über die Hälfte geraucht hatte, die von seinem Kammerdiener überreichte lange Pfeife rauchte und sich leutselig mit den Anwesenden unterhielt. Nach beendetem Mahle sprach der Fürst noch über den Bauernstand, wobei er hervorhob, daß durch die Gesetzgebung zwischen Groß- und Kleingrundbesitz ein Unterschied nicht mehr bestehe, beide vielmehr eng zusammengehörten. Die Rede endete mit einem Hoch auf den Bauernstand.

Die Rückreise erfolgte mit dem fahrplanmäßigen Zuge, welchem der Salonwagen des Fürsten angereiht war. Auf dem Wege zum Bahnhofe wurde der Fürst überall jubelnd begrüßt, und eine für das Städtchen große Menge Publicums hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden. Als der Fürst den Salonwagen bestiegen hatte, erschollen unter den endlosen Hochs Rufe, wie „Wiederkommen!“ „Bald wiederkommen!“ Der Fürst erschien am Fenster des Wagens und dankte. Während das Lied: „Deutschland, Deutschland über Alles“ ertönte, setzte sich der Zug in Bewegung.

* * *

Am 30. October wurde Rechtsanwalt Dr. Hans Blum aus Leipzig vom Fürsten in Varzin empfangen. Er veröffentlichte über seine lange Unterredung einen ausführlichen Bericht in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Diesen übernahmen die „Hamb. Nachr.“ (4. November, A.-A.):

Ueber die Militairvorlage spricht sich der Fürst etwa folgendermaßen aus:

Grade die erste Voraussetzung für eine unbedingte Annahme der Militairvorlage ist nicht vorhanden: die Nothwendigkeit. Womit wird denn die Vorlage begründet? Mit der großen Vermehrung der Kriegsstärke unserer Nachbarn im Osten und Westen. Man will uns so stark machen, als beide zusammen sind, oder daß wir an zwei Fronten zugleich schlagen können. Warum an zwei Fronten und nicht lieber gleich an dreien? Wir werden höchst unwahrscheinlicher Weise den Krieg an zwei Fronten zugleich haben. Denn Rußland wird keineswegs den Kriegsfall für gegeben sehen, wenn ihn Frankreich vom Zaun brechen sollte, und für den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß Rußland uns allein angriffe, wird Frankreich erst mal zusehen, wie sich die Sache entwickelt und dann entweder mitthun oder nicht. Und warum sollen wir nun diese ungeheure Friedenspräsenzstärke bewilligen? Wer wird denn in dem künftigen Kriege siegen? Derjenige, der die ersten zwei bis drei Schlachten gewinnt. Und diese Schlachten werden doch nicht, so wenig wie bisher, von Millionen gleichzeitig auf einem Schlachtfelde geschlagen, sondern höchstens von 2—300000 Mann. Eine größere Zahl von Menschen, von Kämpfern, läßt sich ja gar nicht gleichzeitig leiten, auch nur übersehen, nicht auf einem Schlachtfelde aufstellen. Selbst diese Massen könnte man nur von einem Luftballon übersehen. Es kommt also, wie bisher, auf gute Führung, auf überlegene Taktik an, und die wird nicht gewährleistet durch eine ungeheure Vermehrung der Heere. Mit unserer jetzigen Heeresstärke können wir bei richtiger Führung sehr wohl, sogar an zwei Fronten, erfolgreich operiren. Graf Caprivi selbst hat sich ja schon überzeugt und überzeugend vor unlanger Zeit gegen die „rage des nombres“ ausgesprochen. Weshalb soll also die Zahl, die Ueberzahl, plötzlich den zukünftigen Sieg verbürgen?

Ueber die Begründung der Vorlage mit der angeblich gesteigerten Kriegsgefahr äußerte der Fürst:

Ich vermag durchaus nicht zu erkennen, was diese Gefahr jetzt dringlicher erscheinen läßt, als im Jahre 1888. Im Gegentheil. Ich glaube, daß der Krieg (wenn überhaupt) vor zwei bis drei Jahren keinesfalls ausbricht. Denn Frankreich ist heute ungleich friedlicher gesinnt und weniger schlagbereit als 1888. Damals trieb „die Boulange“ ihr Unwesen in Frankreich. Boulanger war unmittelbar daran, eine Dynastie Boulanger zu gründen. Er brauchte nur an den Knopf zu drücken, so war er Herrscher Frankreichs, und dann gab es Krieg. Die Franzosen lassen sich von solchen Abenteurern sofort mitreißen. Ich erinnere mich eines Falles aus dem Anfang des Jahres 1871, als Gambetta den Abschluß der Friedenspräliminarien verzögern wollte, da

kam eines Tages ein bekannter Bonapartist zu mir und sagte: Er sei entschlossen, nach Bordeaux zu reisen und dort Gambetta mit dem Revolver niederzuschießen, dann werde er an den Knopf drücken und den Dienern befehlen: „Schafft das Schwein hinaus!“ und den Besitz der Regierung ergreifen für den Kaiser. Er brauche nur sechs Leute, die so dächten wie er, um unter dem ersten Schrecken die Macht zu ergreifen. Ich glaube, daß der Mann Recht hatte. Wir ließen uns aber doch auf das Abenteuer nicht ein. Denn jede Monarchie in Frankreich ist für den Frieden mit Deutschland gefährlicher als die Republik. Die Monarchie findet leichter Bündnisse mit den monarchischen Staaten, namentlich mit Rußland, und besitzt an sich selbst mehr kriegerischen Explosionsstoff. Daß die jetzigen französischen Machthaber nicht an Krieg denken, verräth uns am deutlichsten die Thatsache, daß sie den päpstlichen Segen für ihre Republik erbeten und erhalten haben — der Papst hat uns damit gar keinen Tort angethan! Denn das geschah doch nur, um die inneren Gegensätze und Spannungen in Frankreich auszugleichen, zu beseitigen, dem großen lebhaften und allgemeinen Friedensbedürfniß des französischen Volkes zu entsprechen und den Machthabern Frankreichs ein möglichst bequemes, friedliches Leben zu bereiten. Außerdem wissen diese Herren ganz genau, daß der erste bedeutendere General sie mit seiner Dictatur sofort endgültig ablösen und hinwegfegen würde.

In Bezug auf Rußland sagt der Fürst:

Rußland schildert man immer so, als ob dort nahezu die ganze Bevölkerung in blindem Ungestüm einen Krieg mit Deutschland verlange. Aber wer will denn eigentlich in Rußland den Krieg? Der Zar nicht. Denn er ist ein bedächtiger Herr, der nichts mehr liebt, als seinen ruhigen, bequemen Hausfrieden, so lange er ihn nur haben kann. Das russische Volk in seiner ganz überwältigenden Mehrheit will den Krieg auch nicht. Es sind nur drei Elemente, welche in Rußland zum Krieg hetzen: die Presse, die Polen und die Juden. Die Presse nur insoweit, als sie vom Auslande, von Polen und Juden beeinflußt ist oder von Polen und Juden bedient wird. Die Seele aller Kriegshetzerei in Rußland sind die Polen. Und nicht etwa deshalb, weil sie meinen, daß Rußland in dem Kriege siegen werde, sondern weil sie denken, daß Rußland geschlagen und zerschlagen werde und es dann den Polen möglich werde, ihr Polenreich wieder aufzurichten. Die Juden, welche in der russischen Presse und sonst mit in das Kriegsgeschrei einstimmen, thun dies aus demselben Grunde wie die Polen: ihnen geht es in Rußland schlecht, und sie hoffen, daß, wenn es Rußland im Kriege schlechter geht, es dann den russischen Juden besser gehen werde.

Wie viele Polen in der russischen Presse, in hohen russischen Aemtern, selbst in der russischen Armee sich einzunisten verstanden haben, das wäre genauer Forschung werth. Ich halte ihre Zahl für sehr bedeutend und auch ihren Einfluß. Viele haben freilich, um sich als Polen unkenntlich zu machen, ihre Endsilben „owski" abgelegt, aber z. B. Wannowski ist ein echter Pole, auch der Chef des russischen Generalstabes — freilich fällt mir augenblicklich sein Name nicht ein — und selbst der General Gurko entstammt einer polnischen Familie Westrußlands. Rußland ist aber — ganz abgesehen von seiner Hungersnoth, seinen Choleraverheerungen und seiner Finanzlage — für mindestens drei Jahre am Kriege verhindert, weil es eher seine Ausrüstung mit dem neuen Gewehr und Pulver nicht vollendet hat. Es kann also von unmittelbarer Kriegsgefahr von diesen beiden Seiten gar keine Rede sein.

Der Fürst kam dann auf die Frage der zweijährigen Dienstzeit zu sprechen:

Nun soll die Militairvorlage schmackhaft gemacht werden durch die zweijährige Dienstzeit. Ich halte diese Operation für höchst bedenklich. Man sollte doch meinen, daß der alte Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon auch etwas von der Sache verstanden haben und nicht gegen Windmühlen kämpften, nicht grundlos dreißig Jahre lang mit aller Kraft an der dreijährigen Dienstzeit unerschütterlich festhielten, als Grundlage der deutschen Wehrkraft. Man sollte sich doch daran erinnern, welche Opfer unser hochseliger Kaiser und König Wilhelm es sich hat kosten lassen, um diese Grundlage unserer Wehrverfassung zu behaupten. Als ich, aus Paris von ihm berufen, am 19. September 1862 nach Berlin kam und Audienz bei ihm erlangte, da hatte er bereits seine Abdankung unterzeichnet! Die Urkunde lag vor ihm, als ich eintrat und er mir sein Ministerium anbot. Er war Willens, den Kronprinzen rufen zu lassen und die Abdankungsurkunde und die Regierung in dessen Hand zu legen, falls ich mich dem königlichen Rufe versagte. Ich aber sagte ihm sofort zu. „Ja, wollen Sie denn auch gegen die Majorität des Landes Ihr Amt antreten und führen?" fragte mich der König. „Ja", erwiderte ich. „Und auch ohne Budget?" „Ja, Majestät."

Nun zerriß er die Abdankungsurkunde, und später auch ein Programm von 16 Seiten, welches er entworfen hatte, um meinem „Junkerthum" einige Zügel anzulegen, und war wieder voller Muth und Hoffnung. Aber ein vierzehntägiger Aufenthalt in Baden-Baden bei seiner Gemahlin veränderte seine Stimmung wieder durchaus. Er schrieb mir äußerst niedergeschlagen. Ich reiste ihm bis Jüterbogk entgegen, dessen Bahnhof damals noch gar nicht fertig war. Als ich ankam, war alles dunkel. Niemand wußte Bescheid, nicht einmal ob der König komme. Ich setzte

mich auf eine umgestülpte Karre und wartete auf den Zug, mit dem der König kommen wollte. Der Zug fuhr ein. Immer noch kein Licht. Ich lief den Zug entlang, Niemand wollte vom König wissen. Es war ein gewöhnlicher Zug — damals fuhr man noch nicht im Sonderzug, wie man's jetzt nennt —, endlich fand ich den König in einem Coupé erster Classe.

Er war fast noch gebeugter, nach den zwei Wochen Baden-Baden, als zuvor. Seine Gemahlin hatte ihn beim Rüffel der Weltgeschichte gefaßt. Ich faßte ihn nun beim preußischen Portepée. „Ja, was soll denn werden?" fragte er mich. „Ich sehe weit genug von meinem Schlosse, um auf dem Platz davor Ihr Haupt fallen zu sehen, und dann fällt das meinige." — „Nun, was mich betrifft, Majestät, kann ich mir denn einen schöneren Tod denken, als diesen und den auf dem Schlachtfelde? Ich würde dann fallen wie Lord Strafford, und Eure Majestät nicht wie ein Ludwig der Sechzehnte, sondern wie ein Karl der Erste. Das ist doch eine ganz anständige historische Figur." „Et après?" fragte er. „Würden Eure Majestät als Compagnieführer denn Ihre Compagnie im Gefecht im Stiche lassen wollen?" fragte ich zurück. „Nein!" rief er gerade und fest aufspringend. Damit hatte ich ihn wiedergewonnen. Das preußische Portepée hatte gesiegt! — So ernst waren jene Tage, und so viel hat mein hoher Herr für die Grundlage der deutschen Wehrverfassung gewagt und gethan, die jetzt in Frage gestellt wird.

Und wie denkt man sich diese zweijährige Dienstzeit? Jetzt bilden unsere Elitetruppe die dreijährig Gedienten. Diese Truppe soll in Zukunft zu einer Art von „Strafbayern" gemacht werden — der Herr (Rödiger) aus Hessen wird den Ausdruck ja von 1850 hier in Erinnerung haben und verstehen — in welchem Ansehen werden diese Leute in Zukunft bei den Rekruten stehen? Jetzt betrachtet der Rekrut sie mit Achtung, als die im Dienst Erfahrensten, welche statt der Unterofficiere die Rekruten militärisch ausbilden. In Zukunft sähe er in den Leuten, die ihn ausbilden, in den Dreijährigen, nur Leute mit einer Nota levis maculae, Leute, die wegen ihres schlechten und straffälligen Verhaltens länger als zwei Jahre bei der Fahne festgehalten sind.

Endlich, wie soll die ungeheure Mehrausgabe von wahrscheinlich 90 Millionen jährlich, welche die Militairvorlage verlangen würde, aufgebracht werden? Diese Frage findet keine Antwort in dem Entwurfe und dessen Begründung. Eines nur ist gewiß: durch Matricularbeiträge ist das nicht zu machen; die Einzelstaaten sind dazu nicht im Stande, und der bloße Versuch schon, ihnen eine so große Mehrbelastung aufzubürden, würde eine Mißstimmung im ganzen Reiche hervorrufen, die der nationalen Sache äußerst gefährlich wäre.

Die Mängel unserer jetzigen militairischen Einrichtungen erkenne ich vollständig an. Sie bestehen aber nicht in einer zu kleinen Zahl der Mannschaft, im Vergleich zu der Zahl der Mannschaften in Frankreich und Rußland, sondern in einer zu geringen Zahl von Unterofficieren, Officieren und Friedenspferden, namentlich bei der Artillerie. Es wäre meines Erachtens die richtige Lösung der ganzen Frage, die hier aufgeworfen wird — und zwar aufgeworfen wird mit einer unglaublichen Durchsichtigkeit der Männer, die sie vortragen —, daß der Reichstag nicht etwa die Vorlage unbedingt ablehnt, sondern sich bereit erklärt, diesen wirklich vorhandenen Mängeln unserer Heeresverhältnisse abzuhelfen, sobald man ihm die richtigen Quellen nachweist, aus welchen die Mehrbedürfnisse für diese Verbesserungen entnommen werden können, ohne die Einzelstaaten des Reiches unerträglich zu belasten. Diese Nothwendigkeit: erst die Quellen für neue Steuern zur Deckung der Militairlasten nachzuweisen, ehe die erhöhten Militairbedürfnisse bewilligt werden können, hat namentlich Miquel genauer nachgewiesen.

Auf eine nach dieser Auseinandersetzung an den Fürsten gerichtete Frage, ob er nicht in diesem Sinne seine gewichtige Stimme im Reichstage vernehmen lassen und abgeben wolle; dort könne der Fürst wohl den Krystallisationspunkt für die große Mehrheit bilden, rief der Fürst:

Nein! da kennen Sie die Mehrheit des jetzigen Reichstags nicht! Die Mehrheit würde mich meiden wie einen Pestkranken. Ein Hamburger Cholerakranker wäre im Vergleich zu mir eine begehrte Persönlichkeit. Die Allermeisten würden die Befürchtung hegen, daß der Umgang mit mir sie der Einladung zu Hofe beraube, der Beförderung ihrer Söhne nachtheilig sei — und was sich die Leute sonst einbilden würden. Außerdem würde ich im Reichstag einige Stunden warten können, bis ich zu Worte käme, und dann nochmals einige Stunden, ehe ich meinen Gegnern antworten könnte. — Der Schmutz, mit dem mich meine Feinde bewerfen würden, wäre mir zwar ganz gleichgültig. Mein Erscheinen in Berlin brächte aber die größten Unannehmlichkeiten: das Leben im Hotel. Auch kann ich dort ohne Belästigung nicht auf die Straße gehen. Ich müßte aber vor Allem als Officier, der ich ja doch bin, in Uniform im Reichstag erscheinen und, voraussichtlich als der einzige Officier des Hauses, dem Ministerium Seiner Majestät Opposition machen. Das möchte ich nicht ohne äußerste Noth. Wenn die aber vorläge, würde ich im Reichstag erscheinen.

Der Fürst berührte hierauf bei einem geschichtlichen Rückblick auch die Friedensverhandlungen des Jahres 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes und entwickelte in sehr interessanten und theilweise neuen Ausführungen die Gründe, welche Preußen 1866 veranlaßten, das

Königreich Sachsen in vollem Umfange und in voller Selbstständigkeit innerhalb des Norddeutschen Bundes fortbestehen zu lassen. Der Fürst sagte etwa:

Seine Majestät König Wilhelm war geneigt, ein Stück von Sachsen zu nehmen, aber auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen. Von Hannover wollte er nur den nördlichen Theil in Preußen einverleiben, den Süden, sogar den für unsere Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreis Göttingen, dem König Georg überlassen. Ebenso wollte er nur die Hälfte von Kurhessen nehmen und den Kurfürsten als souverainen Herrn mit der Residenz in Hanau fortregieren lassen. Entscheidend für eine andere — die geschichtlich feststehende — Lösung der Frage war für mich die Frage nach der Bundestreue der Fürsten, um deren Land es sich hier handelte. Diese Bundestreue hätten wir bei den Herren von Hannover und Kurhessen nach 1866 keineswegs mit völliger Sicherheit gefunden. Dagegen war sie sicher zu erwarten von dem ehrwürdigen, aufrichtigen König von Sachsen. Zudem hätte, wenn wir Sachsen genommen hätten — außer Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt —, von einem norddeutschen „Bunde“ eigentlich nicht mehr die Rede sein können. Denn dann hätte nur ein sehr großes Preußen einer Anzahl von Kleinstaaten gegenüber gestanden. Auch wäre die französische Kriegslust ebenso wie die Neigung Oesterreichs, ein zweites Mal das Glück der Waffen gegen uns zu versuchen, bei Weitem größer gewesen, wenn wir Sachsen genommen hätten.

Ja, Oesterreich — Graf Karolyi — erklärte mir mit wackerer Gesinnung geradezu, daß Oesterreich den Krieg fortsetzen werde, wenn wir nicht die Selbstständigkeit und Integrität Sachsens zusagten, denn Sachsen sei der einzige deutsche Staat, der mit rühmlicher Tapferkeit und Treue an Oesterreichs Seite gekämpft habe, und diesen Bundesgenossen könnte Oesterreich nicht im Stiche lassen. Oesterreich hatte deshalb von uns in den Friedensverhandlungen in Nikolsburg die gewünschte Zusage bezüglich Sachsens erhalten.

Durch das Ungeschick der österreichischen Unterhändler war allerdings diese Zusage nicht so scharf formulirt worden, daß es nicht in unserer Hand gelegen hätte — auch dieser Vorschlag tauchte damals auf —, „das Unrecht“, welches einst der Ernestinischen sächsischen Linie zur Zeit Karls V. und des Kurfürsten Moritz zugefügt worden war, „wieder gut zu machen“, indem man etwa den Großherzog von Weimar oder den Herzog von Coburg-Gotha auf den sächsischen Königsthron setzte. Aber so zweifelhaft die betreffende Clausel auch lauten mochte, wir hielten uns an eine ehrliche Auslegung gebunden und dazu verpflichtet, die Clausel so auszuführen, wie Oesterreich sie zweifellos verstanden hatte, und Preußen und Deutschland hat es nie zu bereuen gehabt!

Ein Artikel in der „Deutschen Revue" hatte dem Fürsten vorgeworfen, er habe im Frühjahr 1875 den Krieg mit Frankreich geplant, und sei nur durch das entschiedene Machtwort Kaiser Wilhelm's davon abgehalten worden. Das sei aber für Deutschland verhängnißvoll geworden, weil die Einmischung Rußlands zur Aufrechterhaltung des Friedens von eben diesem Jahre 1875 an Rußland und Frankreich einander genähert hätte. Es sei daher unwahr, wenn Fürst Bismarck in seiner Wiener Ansprache im Jahre 1892 geäußert habe: die Beziehungen Deutschlands zu Rußland seien erst seit seinem Ausscheiden schlechter, den Franzosen günstiger geworden. Hiergegen sprach sich der Fürst wie folgt aus:

Der Anonymus, der das zu drucken wagt, hat, nach vielen seiner Mittheilungen, scheinbare Beziehungen zum Auswärtigen Amte. Aber Alles, was er vorbringt, sind nur unrichtige Schlüsse aus falschen Behauptungen. Das Auswärtige Amt verwahrt die vollständigen urkundlichen Nachweise, um diese Lügen als solche festzunageln. Ich besitze diese Urkunden natürlich nicht einmal in Abschrift. Aber ich kann eine Fülle anderer Zeugnisse und Beweismittel gegen diese Verleumdung anrufen. Frankreich war im Frühjahr 1875 so schwach, daß, als das Kriegsgeschrei sich erhob, die französischen Generale nach amtlichen Versicherungen offen erklärten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, gar nicht schlagen, um die Frivolität des deutschen Angriffs vor aller Welt zu beweisen. Ich habe nun immer den Beginn eines Krieges, den wir anders als gezwungen und gedrungen aufnähmen, für eine Ruchlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend gehandelt. Ich habe das bewiesen 1867 bei der Luxemburger Frage, wo ich gegen starke Strömungen den Krieg vermied, in der Meinung, daß beim Tode des Kaisers Napoleon — der damals früher erwartet wurde, als er wirklich eintrat — der Widerstreit aller französischen Parteien an seinem Sarge sich ein mehr oder minder freundliches Rendezvous geben würde und uns dadurch vielleicht überhaupt den Entscheidungskrieg gegen Frankreich ersparen könne.

Im Gegensatze zu dieser meiner Auffassung ging der deutsche Generalstab 1875 von der Ansicht aus, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, so lange es unvorbereitet sei. Ich dachte gar nicht an Krieg — ich war damals vom Culturkampf vollständig in Anspruch genommen, der auf seiner Höhe stand — und verlangte sehr entschieden vom König, daß er dem Generalstab erkläre, er habe sich nicht in die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, nicht in die auswärtige Politik zu mischen, und ich erreichte das, wenn auch auf Umwegen und nach einigem Widerstreben Seitens des Königs.

Die Sendung des Herrn von Radowitz nach St. Petersburg hatte

einen ganz anderen Zweck, als den, welchen der kundige Thebaner der „Deutschen Revue“ ermittelt hat. Diese behauptet, ich hätte den Herrn von Radowitz beauftragt, dem Fürsten Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß meiner Ansicht nach Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane und letzteres in die Nothwendigkeit sich versetzt sehen könne, demselben zuvorzukommen; in diesem Falle hoffte ich, daß Rußland dieselbe wohlwollende Neutralität beobachten werde wie 1870, zumal es dann in der Lage sein werde, seine großen Projecte im Orient auszuführen. „Es ist schwer zu begreifen, wie der Kanzler an den Erfolg eines solchen Schrittes glauben konnte!“ ruft Anonymus der „Deutschen Revue“.

Ja, ich würde mich selbst nicht begriffen haben, wenn ich an den Erfolg eines solchen Schrittes hätte glauben können. Aber ich habe ihn nicht gethan, sondern Herr von Radowitz sollte unserm Vertreter in St. Petersburg, dem Stellvertreter des Prinzen Reuß, unseres Botschafters, der beurlaubt war, und unserm Militairbevollmächtigten, dem General von Werder, vorstellen, ich müsse mir entschieden verbitten, daß sie sich von dem Fürsten Gortschakow so wie bisher mißbrauchen oder geradezu nothzüchtigen ließen, um mir alle indiscreten Fragen, welche der russische Premier an mich zu richten für gut finde, auf Kosten des preußischen Staates zu telegraphiren. Fürst Gortschakow hatte nämlich im russischen Budget ein Pauschquantum zur Deckung seiner Auslagen für amtliche Depeschen zugewiesen erhalten. Was er an dieser Pauschsumme sparte, fiel in seine Tasche. Und nun benutzte er in unbeschränktester Weise unsere Botschaft und Militairvertretung in St. Petersburg, um auf preußische Kosten Telegraphenauslagen zu sparen. Ich ließ also den Herren sagen, wenn ihnen Gortschakow wieder so unzüchtige Zumuthungen mache, so sollten sie ihn einfach an den russischen Botschafter in Berlin verweisen. Durch diesen allein habe mir Gortschakow Fragen vorzulegen.

Außerdem aber sollte Herr von Radowitz dem Zaren die Freude des Königs und mein Empressement ausdrücken, den Kaiser Alexander im Mai in Berlin begrüßen zu dürfen. Auch für den Fürsten Gortschakow führte Herr von Radowitz eine größere Sauce diplomatischer Schmeichelei bei sich. Gortschakow war damals noch nicht mein persönlicher Feind, wie nach dem Berliner Congresse, sondern nur mein boshafter Neider, weil ich ihm etwas über den Kopf gewachsen war. Denn ich hatte ihn — seit unserem dreijährigen Zusammen- oder Nebeneinanderwirken im diplomatischen Rollenfach in Petersburg während der Zeit meiner Petersburger Gesandtschaft — ich hatte ihn daran gewöhnt, von mir als mein Meister in der diplomatischen

Kunst verehrt zu werden. Ich habe auch nie versäumt, ihm zu versichern, daß ich alle guten Eigenschaften, die ich etwa besäße, allein ihm zu verdanken hätte. Aber mit diesen Tugenden ausgerüstet, wurde ich ihm auf die Dauer doch ziemlich unbequem, und schon damals suchte er mich bei seinem Kaiser als Friedensstörer zu verdächtigen und sich selbst, wenn irgend möglich, als Friedensstifter hinzustellen und preisen zu lassen.

Es war für ihn nicht schwer, diese Absichten auch in Berlin, mit den entsprechenden Verdächtigungen meiner Friedensliebe, an den richtigen Mann zu bringen — bei seinem Kaiser fiel es ihm weit schwerer, denn der hatte bis an sein tragisches Ende ein unbegrenztes Zutrauen zu mir —, aber der französische Botschafter in Berlin, Herr von Gontaut-Biron, war sehr bereit, mich und Gortschakow die von diesem gewünschte Rolle spielen zu lassen. Denn Gontaut-Biron hatte gute Beziehungen mit den mir wenig geneigten Kreisen der Kaiserin Augusta und des Centrums. Er war außerdem guter französischer Legitimist, und als solcher hatte er ein lebhaftes Interesse, dem legitimen monarchischen Rußland gefällig zu sein und bei seinen Landsleuten den Schein zu erwecken, nur ein Legitimist habe die bisherige abgeneigte Zurückhaltung des Zaren gegen das republikanische Frankreich überwinden und Rußland zum Vermittler des von den Franzosen damals so hochgeschätzten Friedens machen können. Herr von Gontaut-Biron reiste also im thunlichsten Incognito nach Petersburg, um Gortschakow zu einer mise en scène für den Frieden Gelegenheit zu geben, die dann auch recht fadenscheinig aufgeführt wurde.

Ich beschwerte mich bei meiner ersten Zusammenkunft mit dem Zaren — die nach meinen Aufzeichnungen in meinen Erinnerungen am 10. Mai stattfand — über die Unredlichkeit von Gortschakow, der genau wisse, daß ich gar nicht an Krieg denke und sich so aufspiele, als danke Europa ihm allein die Aufrechterhaltung des Friedens. „Mais vous savez bien, qu'il est fou de vanité," antwortete mir der Zar. Nach dieser Unterredung erließ dann Gortschakow ein Rundschreiben an sämmtliche diplomatische Vertreter Rußlands, in dem es hieß: „Maintenant la paix est assurée" — jetzt ist der Friede gesichert — „man hat sich von der Nothwendigkeit seiner Aufrechterhaltung überzeugen lassen" — mit dem „man" war natürlich ich gemeint.

Selbstverständlich wird in der „Deutschen Revue" auch der bekannte „Krieg-in-Sicht"-Artikel in der „Post" meiner Anregung zugeschrieben und behauptet, dessen muthmaßlicher Verfasser, Herr Dr. Constantin Rößler, sei damals „Chef des Preßbureaus" gewesen, während derselbe

damals ganz einfacher Preß-Condottiere war und ich den Artikel sofort entschieden desavouiren ließ.

Auch die ungeschickten und gröblichen Noten, welche nachmals von Berlin ausgingen — keine einzige dürfte meine Unterschrift tragen —, werden mir mit großem Unrecht auf meine Rechnung gesetzt. Ich war für deren Verfasser nicht einmal als Chef verantwortlich, da das bekannte Stellvertretungsgesetz — erlassen, um mich im Culturkampf, der meine ganze Kraft absorbirte, zu entlasten — die Herren ziemlich selbstständig gemacht hatte. Ich für meine Person bin an höfliche Formen von Jugend auf gewöhnt und habe sie nie verletzt. Aber das Stellvertretungsgesetz hat die internationale Höflichkeit entschieden auf eine tiefere Stufe gebracht. Denn der eine der Herren war von Natur, Gemüthsanlage und Erziehung grob, der andere aus Faulheit.

Ich sagte schon, daß ich das Vertrauen des Zaren Alexander des Zweiten bis an sein Lebensende in unbeschränktem Maaße genoß, und das vornehmlich führte auch Rußland jahrelang unerschütterlich mit den zwei anderen Reichen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, zu dem Dreikaiserbündniß zusammen. Ich stellte den drei hohen Herren bei ihren Zusammenkünften jedesmal mit Erfolg vor, daß sie im monarchischen Interesse gegen die Revolution unendlich viel mehr Gemeinsames zu vertheidigen hätten, als sie getrennt durch Einzeleroberungen gewinnen könnten. Ich hielt diese Verbindung für eine von Natur und aus Naturnothwendigkeit eigentlich noch festere, als den jetzigen Dreibund, der freilich auch nur gegen den Willen und gegen die Einsicht der politisch Urtheilsfähigen in den drei verbundenen Völkern gelöst werden könnte. Aber immerhin ist ja leider die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß wenn Frankreich einmal mit der rothen Fahne gegen Deutschland heranrückte, es noch mehr Freunde dieser rothen Fahne bei uns finden könnte, als vor hundert Jahren bei uns Freunde der über unsere Grenzen schwebenden dreifarbigen französischen Fahne sich meldeten. Und was Italien anlangt, so ist eigentlich nur Savoyen streng monarchisch gesinnt, im Norden liebäugelt man vielfach mit dem „blutsverwandten republikanischen Frankreich", und im Süden ist man vielfach päpstlichem Einfluß zugänglich.

Bis zum Berliner Congresse überwog also des Kaisers Alexander Vertrauen und Wohlwollen für mich alle Abneigung Gortschakow's — und zwar auch beim russischen Volke. Hauptsächlich von da an stellt sich der Deutschenhaß und die Kriegshetzerei in einem Theile der russischen Presse ein. Die Feinde des Friedens mit Deutsch-

land sind aber in Rußland in Wahrheit nur die Juden und namentlich die Polen. Die Polen sind gescheiter, gebildeter und gewandter als die Russen. Sie sind auch Meister der Verschwörung und Verstellung. Sie verstehen zu schweigen zwanzig Jahre lang, bis sie endlich die russische Maske abwerfen und als Polen dastehen. Die Russen haben nur Talent für novellistische Leistungen, Romane und dergleichen, aber nicht für Politik. Sie wissen ganz genau, was sie sich Seitens der Polen zu versehen haben. Aber sie sagen: nous les voyons bien arriver, mais nous les penderons. Indessen ist noch nicht gewiß, wer hängt und wer gehangen wird. Mit unglaublicher Geschicklichkeit haben sich die Polen in alle Stellungen des russischen Reiches hineingebracht. Ihre alleinige Hoffnung ist der Krieg gegen Deutschland, bei dem Rußland den Kürzeren zieht und das polnische Reich wiedererstehen soll. Freilich würden wir auch bei einem sehr glänzenden Siege dazu am wenigsten die Hand bieten, dieses Reich wiederaufzurichten.

Dann ist ein weiterer Kriegsfreund in Rußland der Nihilismus. Er denkt, er könne seine Pläne auf den Trümmern eines Rußland nachtheiligen Schlachtfeldes verwirklichen. Dann sind dort in demselben Sinne thätig die Geldmittel der Franzosen, Engländer und Polen — die ja theilweise noch Geld haben. Das Interesse der Franzosen, Rußland zu einem Kriege zu drängen, an welchem sie sich je nach dem Verlaufe desselben entweder betheiligen können oder nicht, liegt ja auf der Hand. Auch die Engländer sähen es sehr gern, daß wir uns mit Rußland schlügen, um den Engländern ihre indischen Sorgen für immer abzunehmen. Wenn sich nun diese colossale vereinigte Kaufkraft auf die russischen und polnischen Preßleiter stürzt, so ist es erklärlich, daß diese Cincinnatusse erliegen, zumal da sie auch sonst nicht gerne mit einem Rübengericht sich begnügen.

Hier brechen die „Hamb. Nachr." vorläufig ihre Wiedergabe ab und setzen hinzu:

Wir schließen unsere Reproduction mit der Bemerkung, daß wir durch dieselbe keineswegs eine Bürgschaft für die auch nur völlig sinngetreue Wiedergabe der Aeußerungen übernehmen wollen. Wir drucken den Text seines hervorragenden Interesses halber ab und behalten uns etwaige Berichtigungen und Ergänzungen vor. (Außer zwei Selbstberichtigungen Blum's ist aber keinerlei Berichtigung erfolgt. D. Verf.)

Was die Enthüllung der „Deutschen Revue" betrifft, so trug sie für Jeden, der der zeitgenössischen Geschichte etwas gefolgt ist, den Stempel der Erfindung an der Stirn. Ein solcher Druck, den Krieg zu erneuern, wie er dem Fürsten Bismarck in jenem Artikel zugeschrieben wird, ist, wie der Fürst Herrn Blum gegenüber bestätigt hat, nur von militairischer Seite geübt worden.

Daß die Aussicht, später einen Krieg wahrscheinlich führen zu müssen, genügenden Grund abgebe, denselben früher, unter günstigeren Umständen selbst zu beginnen, diese Folgerung ist zuweilen in militairischen Kreisen gezogen worden, und ein Hauptgrund der Verstimmung dieser gegen den damaligen Reichskanzler bildete der Umstand, daß der letztere gegen solche anticipirte Kriege jederzeit sehr bestimmt aufgetreten ist. Dies ist aus allen parlamentarischen Verhandlungen, in welchen diese Frage berührt wurde, ersichtlich und sollte, wie wir erwartet hatten, besonders aus der Rede vom 6. Februar 1888, aus der so häufig citirt wird, in Erinnerung sein. Es ist ein Zeichen der überhasteten und kritiklosen Arbeit vieler deutscher Zeitungen, daß selbst in wohl gesinnten Blättern oft unmittelbar nach einem unanfechtbar geschriebenen Leitartikel, ausgeschnittene Notizen ohne eine den unbefangenen Leser orientirende Kritik gegeben werden, welche das Gegentheil und oft noch Aergeres besagen.

Der Gedanke, daß Herr von Radowitz 1875 nach Petersburg geschickt worden sei, um Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß Frankreich einen Angriff auf Deutschland plane, und letzteres in die Nothwendigkeit sich versetzt sehen könne, diesem Angriffe zuvorzukommen, erinnert an das einmal vom Fürsten Bismarck citirte Urtheil eines Lehrers an der Kriegsschule über Napoleon I.: „Sie wissen ja, wie dieser Napoleon war, ein seelenguter Kerl, aber dumm, dumm!“ Dem Fürsten Bismarck eine solche Albernheit, wie sie in obiger Eröffnung gelegen haben würde, bei der damaligen Situation zuzutrauen, bedeutet eine verletzende Unterschätzung seiner politischen Fähigkeit.

Ueber alle in dem Artikel der „Deutschen Revue“ schief dargestellten Dinge wird es übrigens den Besitzern der auswärtigen Archive leicht sein, die erwünschte Richtigstellung zu geben, wenn sie dazu Neigung haben; vielleicht erfolgt eine solche auch von Seiten des jetzigen Botschafters von Radowitz.

Unter demselben Vorbehalt wie oben geben die „Hamb. Nachr.“ am 7. November (A.-A.) auch den zweiten Artikel Blum's aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wieder:

Ueber den Rücktritt des Herrn von Schlözer sagte der Fürst:

> Herr von Schlözer hat durchaus nicht seinen Rücktritt genommen. Es giebt Leute, welche behaupten, man habe ihn beseitigt, weil er das Unrecht begangen habe, Sachkenntniß und Erfahrung in seinem Beruf auf seinem Posten zu zeigen. Sicherlich hat man aber davon dem Betheiligten nichts gesagt. Denn man hat Herrn von Schlözer überhaupt keine Gründe für seine unfreiwillige Entfernung von Rom, für die Maßregelung eines der verdientesten und tüchtigsten Diplomaten Preußens angegeben. Vielmehr hat die Münchener „Allgemeine Zeitung“ den Wortlaut der höchst einfachen geschäftlichen Anzeige des

Grafen von Caprivi an Herrn von Schlözer schon mitgetheilt, aus welcher dieser Gesandte, so „unvorbereitet wie er sich hatte", die Neuigkeit erfuhr, daß er in Rom überflüssig sei. Es ist nämlich das bekannte Schreiben, in welchem Herr von Schlözer unterrichtet wird: daß bei dem allgemeinen diplomatischen „Revirement", welches Graf Caprivi vorhabe, auch der preußische Gesandtschaftsposten beim Vatican eine andere Besetzung zu gewärtigen habe.

Der Fürst legte dar, in wie rücksichtsvollen Formen für den Nächstbetheiligten solche Dinge früher behandelt worden seien, und gab dann der Herrn von Schlözer widerfahrenen Behandlung das zutreffende Eigenschaftswort.

Auf eine Erwähnung Lothar Bucher's antwortete der Fürst:

Ja, ich habe viel an ihm verloren! Lothar Bucher war eine stille, bescheidene, tiefe Natur, mein treuer Freund, manchmal mein Censor, mein Mitarbeiter an Allem, was Herzblut, gesunden Menschenverstand, klares, scharfes Denken erforderte. Viel zu gut war er für die gewöhnliche Depeschenarbeit. Dafür hatten wir die diplomatische Häckselmaschine Abeken. Der war im Stande, in ein paar Viertelstunden mit der größten Wucht über Alles zu schreiben, was man von ihm verlangte. Sagte man ihm dann: „Sehr schön, Herr Geheimer Rath, aber in der Hauptsache haben Sie mich mißverstanden, ich habe gerade das Gegentheil sagen wollen," so entschuldigte er sich und brachte nach einer Viertelstunde die Depesche wieder, die nun mit derselben Wucht der Ueberzeugung das Gegentheil verfocht.

Für alles, was Phrasen erforderte, wie z. B. Thronreden u. dergl., war Bucher absolut nicht zu haben. Er verstand sich nicht bloß nicht auf Phrasen, er haßte sie geradezu. Für diesen Bedarf hatten wir außer Abeken auch Wagener, den „Kreuz-Zeitungs-Wagener", dessen Sie sich ja aus dem Reichstag erinnern werden.

Ich bejahte und bemerkte, wie sehr mich die von Poschinger herausgegebene Biographie Lothar Bucher's erfreut habe. Der Fürst aber sagte:

Bucher war ganz unglücklich darüber, daß das Publicum sich mit ihm beschäftigte. Ich fühle mich sehr vereinsamt durch Lothar Bucher's Tod, fuhr Bismarck tief aufathmend fort. Meine Freunde, die es wirklich waren, gehen, Einer nach dem Andern, mir voraus in den Tod, und Diejenigen, die meine Freunde zu sein behaupteten, wenden sich ab von mir. Bucher hatte seine unversöhnlichen Gegner in der zopfigen Bureaukratie unserer Ministerien. Da war vor allem im Ministerium des Innern ein Geheimer Rath von X., ein stöckerbeiniger Gesell, der Bucher grimmig haßte und ihm alles mögliche Herzeleid anthat. Der Mann war so conservativ, daß er sich

im Wandel aller Ministerien selbst zu conservieren verstanden hatte. Und er war so reactionär, daß er mir sagte: „Nein, Herr Minister-präsident, so eine Minister-Plenarsitzung ist nichts für mich, da dürfen sich ja die Bürgerlichen setzen in meiner Gegenwart!"

Ueber den deutsch-englischen Vertrag betreffs Ostafrikas und Helgolands sagte der Fürst etwa:

Ich würde diesen Vertrag nie geschlossen haben. Sansibar war bereits halb deutsch, als es den Engländern von uns überlassen wurde. Der deutsche Handel hatte den englischen dort schon völlig verdrängt, in 5—10 Jahren wäre die wichtige Stadt, der wichtigste Hafen vollkommen deutsch gewesen. Und was Helgoland anlangt, so ist dies in meinen Augen eher eine Last und Schwächung, als eine Stütze und Stärkung für Deutschland in einem etwaigen Kriege mit Frankreich. Denn bisher konnte die uns an Zahl und Stärke überlegene Flotte Frankreichs aus dem einfachen Grunde in der Nord- und Ostsee sich nicht halten, weil es ihr an einem Hafen fehlte, wo sie sich mit Kohlen versorgen konnte. Sie mußte immer wieder nach Cherbourg zurückdampfen, um dieses Bedürfniß zu befriedigen. So lange Helgoland in englischem Besitz war, in der Hand einer neutralen Macht, war dieses Kohlendepot der französischen Flotte völlig verschlossen. In Zukunft braucht die französische Flotte nur die paar Befestigungen von Helgoland, die keine Kunst stark genug machen kann gegen die zerstörende Kraft der modernen Geschütze, zum Schweigen zu bringen, dann ist das Kohlendepot der Nordsee für weitere Streifzüge der französischen Flotte gegen unsere Küsten in französischer Hand!

Dann äußerte sich der Fürst über Ostafrika, die Verwaltung des Herrn von Soden. Die Frage, ob nicht Wissmann dort besser am Platze sei, bejahte er unbedingt:

Der Fürst erklärte, daß Herr von Soden ein vortrefflicher Gouverneur von Kamerun gewesen, aber leider mit den ostafrikanischen Verhältnissen offenbar nahezu ganz unbekannt, und daher den schwierigen ihm dort gestellten Aufgaben in keiner Weise gewachsen sei. Das erinnert mich an eine andere Versetzung, die aber glücklicherweise nicht ausgeführt wurde, sagte der Fürst ungefähr. Es handelte sich darum, einen Vertreter nach Apia zu senden, auf die Samoainseln. Und dazu wurde ausersehen ein Mann, der sich — sagen wir in Japan oder in der Havanna — als außerordentlich tüchtig bewährt hatte! Ich konnte zwischen den beiden Posten keine andere Aehnlichkeit — und demgemäß für die Befähigung des Herrn zu dem Posten in Apia keine andere Begründung — entdecken, als daß beide Orte außerordentlich weit von Berlin entfernt seien. Was nun Herrn Major von Wissmann anlangt,

so besitzt dieser unter allen unseren Afrikamännern jedenfalls die genaueste Kenntniß und die reichste Erfahrung betreffs der Verhältnisse Ostafrikas, wenn nicht Afrikas überhaupt, denn er hat Afrika zweimal durchquert, und außerdem hat er außerordentlich viel Tapferkeit und Tact bewiesen. Bevor er von Berlin abreiste, um Buschiri zu bekriegen, trat er bei mir ein und ersuchte um Instructionen. „Instructionen?" sagte ich, „ich bin doch nicht der selige österreichische Hofkriegsrath. Ein Brief geht schon sechs Wochen bis Sansibar, wie soll ich Ihnen da Instructionen zukommen lassen? Ich kann Ihnen nur eine Instruction mitgeben: die, zu siegen!" Und diese Instruction hat Wissmann glänzend durchgeführt. Er ist mit einer vollständig tadellosen weißen Weste aus Afrika zurückgekommen.

Ueber den Berlin-Wiener Distanzritt sprach sich der Fürst abfällig aus:

Eine derartige Leistung, sagte er ungefähr, kommt im Felde gar nicht in Frage, und daher ist es sehr schade um die edlen Thiere, die dieser Spielerei geopfert worden sind. Ich erinnere daran, daß im deutsch-französischen Kriege ein Gardereiterregiment von der Grenze der Normandie plötzlich nach der Linie vor Paris zurückbeordert wurde. Obwohl die Entfernung viel kleiner ist als die zwischen Berlin und Wien, kamen doch von 600 Pferden nur 18 intakt an.

Das letzte ist ein Mißverständniß, das Hans Blum in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 9. November selbst berichtigt: Der Fürst erklärte:

Im Ernstfall, d. h. im Kriege, komme eine solche Leistung gar nicht in Frage; und um das zu beweisen, nahm er Bezug auf den Ritt eines deutschen Gardereiterregimentes während des französischen Krieges von den Grenzen der Normandie bis vor Paris, d. h. auf eine bei weitem kleinere Entfernung als die zwischen Wien und Berlin. Ich hatte ihn so verstanden: es seien von 600 Pferden nur 18 zurückgekommen, während er im Gegentheil sagte: von 600 Pferden seien nur 18 zurückgeblieben und die übrigen, wie die Mannschaften alle, in gefechtstüchtigem Zustande vor Paris angekommen, was bei solchen Leistungen immer die Hauptsache sei.

* * *

Die Carolinenfrage berührt eine Notiz der „Hamb. Nachr." vom 6. November (M.-A.):

Der Verfasser der Lebensgeschichte Leo's XIII., Boyer d'Agens, hat eine Flugschrift über die Stellung des Papstes zu der deutschen Politik veröffentlicht, in der auch eine Mittheilung Professor Geffcken's ent-

halten ist. Professor Geffcken geht darin besonders auf die Carolinenfrage ein. Seinen diesbezüglichen Ausführungen entnehmen wir nach der „Voss. Ztg." folgende Stelle:

„Ein italienischer Journalist, den Bismarck aus Berlin hatte ausweisen lassen, da er sich einige wenig schmeichelhafte Bemerkungen in Bezug auf den Kanzler hatte zu Schulden kommen lassen, war nach Rom zurückgekehrt und schrieb von dort aus für eine Berliner Zeitung. Nur um einen schlechten Witz zu machen, meldete er diesem Blatte durch den Draht, daß Spanien vorschlagen würde, den Zwischenfall dem Schiedsgericht des Papstes zu unterbreiten. Die Madrider Minister hatten nicht einmal an einen derartigen Vorschlag gedacht, aber Bismarck nahm diese Meldung dennoch ernsthaft und beschloß dem spanischen Cabinet zuvorzukommen, indem er selbst dem Vatican den gedachten Vorschlag unterbreitete."

Von schlechten Witzen irgend eines ausländischen Journalisten ist damals nichts zur Kenntniß des auswärtigen Amtes gekommen; das Ganze ist eine flache Erfindung und nur der Ausdruck Geffcken'scher Böswilligkeit.

* * *

In derselben Nummer führen die „Hamb. Nachr." Folgendes aus:

Die „Freisinnige Ztg." stellt Betrachtungen darüber an, daß bei der Steigerung der Einkünfte nach Ermittelung des thatsächlichen Einkommens in Preußen das Grundvermögen einen geringeren Zuwachs an Steuerkraft zu Tage gebracht habe als das Capital-Vermögen, Handel, Gewerbe u. s. w. Diese Wahrnehmung kann Niemanden überraschen, der sich vergegenwärtigt, daß das Grundvermögen auch ohne Selbsteinschätzung schon immer erkennbarer gewesen ist als jedes andere. Die Quellen dieses Einkommens liegen eben klar an der Sonne, und es existiren über dasselbe vielfache Schätzungen, aus denen sein wirklicher Werth berechnet werden konnte. Es wird dadurch nur bestätigt, daß das Einkommen aus Grundbesitz jederzeit verhältnißmäßig schärfer zur Besteuerung herangezogen war, als jedes andere, und außerdem, daß dieses Einkommen durch die Conjuncturen und durch anderweite Belastungen in den letzten Jahren geringer geworden ist, als es früher war. Durch diese Vorgänge werden aber die Thatsachen nicht entkräftet, daß bei dem Einkommen aus Grundvermögen ein größerer Antheil der Bevölkerung Deutschlands betheiligt ist, als bei jedem andern, und daß der Rückgang desselben einen Theil der Bevölkerung trifft, der verhältnißmäßig der größte ist, wenn auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung der einflußloseste. Den Leuten, welche von der Landwirthschaft leben

fehlt es im großen Durchschnitt an der gleichen Gewandtheit und Dreistigkeit, wie den in Schrift und Rede erfahrenen und geübteren Staatsangehörigen, von welchen die Gesetzgebung in der Regierung und dem Parlament geleitet wird.

* * *

Am 8. November (M.-A.) lesen wir in den „Hamb. Nachr.":

Aus Valparaiso wird uns eine vom 24. September datirende Nummer der dort erscheinenden Zeitung „Deutsche Nachrichten" zugesandt, die einen Artikel über die diesjährigen Sommerreisen des Fürsten Bismarck und über die bekannten Wiener Einwirkungen enthält. Im Anschluß an die Erwähnung der Huldigungen, die dem Fürsten auf der Heimreise in Berlin dargebracht worden sind, heißt es:

„Freilich liegt dazwischen die schier unglaubliche Veröffentlichung des fast ebenso unglaublichen Caprivi'schen Erlasses an die auswärtigen Vertreter und jenes Uriasbriefs nach Wien, der dem Wiener Botschafter und seinen Untergebenen stricte Order ertheilte, den Altreichskanzler gesellschaftlich auszuhungern. Der gegenwärtig leitende deutsche Minister ist durch diese verhängnißvollen Schriftstücke und durch ihre Publication in eine außerordentlich ungünstige Beleuchtung getreten."

Es scheint danach, daß auch unter den Deutschen an der Küste des Stillen Oceans Besorgniß darüber vorwaltet, daß die Leitung unserer Reichspolitik sich in den Händen von Staatsmännern befindet, deren Augenmaaß für auswärtige Politik nicht nur durch den Inhalt der beiden Erlasse gegen den früheren Kanzler, sondern noch mehr durch die amtliche Veröffentlichung derselben, also durch den Glauben an ihre Zweckmäßigkeit und günstige Wirkung gekennzeichnet wird.

* * *

Ebenda wird über die Ausweisung russischer Unterthanen aus dem Deutschen Reiche im Jahre 1887 Folgendes mitgetheilt:

Die „Kölnische Zeitung" beruft sich in ihrem neulich schon von uns zurückgewiesenen Artikel über die deutsch-russischen Beziehungen auf den Fürsten Bismarck:

„Fürst Bismarck zog damals (1887) ehrlich und offen die Schlußfolgerungen aus dieser Lage; die Austreibung der russischen Polen aus Preußen, das Verbot der Lombardirung russischer Werthe bei der deutschen Reichsbank machten der Welt klar, daß die deutsche Regierung trotz aller russischen Herausforderungen sich nur abwehrend verhalten werde."

Wenn die „Kölnische Zeitung" unter den seiner Zeit angeblich gegen Rußland getroffenen Maßregeln auch die Austreibung der russischen Unterthanen anführt, so müssen wir ihr entgegnen, daß es sich dabei

allein um Maßregeln gegen unsere inneren Polen gehandelt hat. Die „Köln. Ztg." spricht vorsichtig von russischen Polen. Das Bestreben der preußischen Regierung damals war ausschließlich auf Verhinderung der Vermehrung der rein polnischen, des Deutschen unkundigen Bevölkerung innerhalb Preußens gerichtet. Ganz dieselbe Politik, die den Ankauf polnischer Güter nützlich erscheinen ließ, suchte auch die Verstärkung des polnischen Elements durch das jährliche starke Zuströmen aus Rußland und Galizien zu verhindern. Die russische Regierung hat nicht daran gedacht, dies als eine russenfeindliche Maßregel zu betrachten; sie erregte daher bei ihr keine Verstimmung. Letzteres mag durch das Verbot der Lombardirung der russischen Werthe der Fall gewesen sein; aber bei dem damaligen Bestreben der deutschen Capitalisten, sich von Werthpapieren frei zu halten, deren Verzinsung bei einer Krisis aufhören konnte, hatte jenes Verbot an sich keine Spitze gegen Rußland, sondern nur die Fürsorge für die eigenen Unterthanen und den Schutz vor Geldverlusten zur Ursache.

* * *

Nach Lothar Bucher's Tode war unter anderem auch das Gerücht verbreitet worden, die Ernennung des Grafen Herbert Bismarck zum Staatssecretair des Auswärtigen hätte ihm das Verbleiben im Dienste verleidet; in Wirklichkeit war aber durch den Eintritt von Bülow's und später noch mehr durch den des Fürsten Hatzfeldt der directe Verkehr der Räthe mit dem fürstlichen Chef eingeschränkt worden. Dieser Umstand, in Verbindung mit seinem zunehmenden körperlichen Leiden (Gicht), reifte bei Bucher den Entschluß, sich vom Amte zurückzuziehen. Den Gerüchten über seine Beziehungen zu Graf Herbert treten die „Hamb. Nachr." in der zuletzt citirten Nummer entgegen:

> Bei Lothar Bucher's Tode wurden, wie erinnerlich sein wird, über die Gründe seines Ausscheidens aus dem Dienste die wunderlichsten Conjecturen gemacht. Mit Vorliebe ward dabei von einigen Preßorganen behauptet, Graf Herbert Bismarck, der damals in das Auswärtige Amt eingetreten war, trüge eigentlich die Schuld an dem Verluste einer so hervorragenden Kraft wie der Bucher's. Wir sind heute in der Lage einen Brief wiederzugeben, mit dem Bucher im Sommer dieses Jahres dem Grafen Herbert für die Einladung zur Hochzeit dankte und der ebenso wie das sehr werthvolle Geschenk, welches ihn begleitete (ein silberner Tafelaufsatz), einen Beweis des herzlichen Verhältnisses bildete, welches zwischen jenen beiden Männern bis zuletzt bestand. Der Brief lautet mit Hinweglassung der Formalien:

„Baden-Baden, den 8. Juni 1892.

Ich danke aufrichtig für die Ehre, welche Sie mir freundlichst zugedacht haben, und weiß die Auszeichnung zu würdigen, einem Acte beizuwohnen, welcher die Augen zweier Völker auf sich zieht und vielleicht die Gedanken der Nachwelt beschäftigen wird. Aber ich würde eine gewisse zunehmende Menschenscheu, zu der ich mich bekennen muß, zu überwinden und die mir dringend nöthige Cur vorzeitig abzubrechen haben und bitte deshalb von dem Feste, zu welchem meine herzlichen guten Wünsche Sie begleiten werden, fern bleiben zu dürfen. Der Entschluß hat mich eine recht ernste Ueberlegung gekostet, mit der ich die Verspätung dieser Antwort zu entschuldigen bitte."

Weder Brief noch Geschenk würden existiren, dessen kann man bei Bucher's Denkungsart gewiß sein, wenn die Verleumdungen gegen den Fürsten Bismarck und seine Familie im Geringsten begründet wären, zu denen man Bucher's Vergangenheit benutzt hat. Das wird übrigens Jeder wissen, der Bucher auch nur oberflächlich kannte. Zu der Ablehnung der Einladung ist noch zu sagen, daß Bucher schon zu jener Zeit sehr krank war und bereits Todesahnungen hatte, die er einem seiner vertrauten Freunde gegenüber damals auch ausgesprochen hat.

* * *

Die A.-A. desselben Tages (8. November) enthält folgende Notiz:

Die Wiener „Deutsche Ztg." schreibt in einem Artikel über die Zeitungsberichte betreffs der dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen politischen Aeußerungen der letzten Zeit:

„Tief bedauerlich ist die schwere Schädigung, die das Ansehen der deutschen Reichsregierung im In- und Auslande durch die fortgesetzte, immer rücksichtsloser werdende Kritik seitens des größten deutschen Staatsmannes erleiden muß."

Das Blatt vergißt dabei in beklagenswerther Weise, daß nach amtlicher Veröffentlichung der höchsten Stelle der Reichsregierung „den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauung des Fürsten Bismarck ein actueller Werth nicht beigelegt werden kann".

(Erlaß des Reichskanzlers von Caprivi vom 23. Mai 1890 an sämmtliche kaiserlich deutsche und königlich preußische Missionen.)

* * *

Am 9. November bringen die „Hamb. Nachr." noch eine Reihe von anekdotischen Details, die Dr. Hans Blum in einem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten" über seinen Besuch in Varzin mittheilt:

Unter Anderem erzählte die Frau Fürstin eine hübsche Geschichte betreffs Lothar Bucher's. Ein Gast fragte sie einst, auf Bucher deutend, der mit an

der fürstlichen Tafel saß: „Was macht denn eigentlich dieser Herr hier?“ — „Dasselbe wie mein Mann,“ erwiderte die Fürstin. — „Wieso?“ — „Im Augenblick gar nichts.“ — „Aber sonst? Durchlaucht arbeiten doch sonst — aber dieser Herr?“ — „Der arbeitet auch,“ versicherte die Fürstin ernsthaft. — „Was denn?“ — „Er schreibt Novellen!“ — „Novellen — davon habe ich aber ja noch gar nichts gehört! Wo erscheinen denn die?“ — „Wohl in Zeitungen, aber auch jeder Buchhändler kennt sie. Fragen Sie nur nach den Novellen von Lothar Bucher.“ — „Das werde ich gleich thun.“ — Die Fürstin lachte noch jetzt über das Gesicht des dreisten Fragers, als dieser von seiner vergeblichen Forschungsreise nach den „Novellen von Lothar Bucher“ zurückkehrte.

Wir waren, erzählt Blum weiter, am Herrenhause angelangt und begaben uns mit der übrigen Gesellschaft — die heute durch zwei geistliche Herren vermehrt war — sofort zum Frühstück. Gegen das Ende desselben erhob Fürst Bismarck seine Stimme und sein Glas und sprach etwa:

> Wir sind hier heute bei einander aus vielen deutschen Stämmen: Sachsen, Thüringer, Hessen, Franken. Vor fünfzig Jahren wäre es wohl unmöglich gewesen, hier in diesem stillen hinterpommerschen Winkel Vertreter aller deutschen Stämme zu versammeln, eines Sinnes, in friedlicher Eintracht. Ich bringe mein Glas auf die einzigen Stämme, die hier fehlen: auf die wackeren Bayern und Schwaben!

Sofort erhob sich Professor Dr. Kaemmel zu einem schwungvollen Toast auf den „Einsiedler von Varzin“ und das ganze Bismarck'sche Haus, die Anwesenden und Abwesenden, die lebenden und künftigen Glieder desselben. Fürst Bismarck nickte dem Redner freundlich zu, rief dann aber launig über den Tisch: „Ich bin gar kein Einsiedler, ich bin ein Zweisiedler!“

Nach Aufhebung der Tafel wurde sofort aufgebrochen, um in einstündiger Entfernung vom Herrenhause die Fischbeute zu besehen, welche einer der Waldteiche ergeben würde, der heute abgelassen wurde. Die Damen, unter Dr. Chrysander's und des jungen Grafen Rantzau Führung, gingen zu Fuß, der Fürst und wir vier Sachsen fuhren in zwei Zweispännern nach der Stelle, wo wir fast gleichzeitig wieder mit den Damen und ihren Begleitern zusammentrafen. Das Schauspiel, welches sich nun an den Ufern dieses abgelassenen Teiches entfaltete, war überaus ergötzlich. Der Fürst war in fröhlichster Stimmung über die guten Erfolge, welche die Anlage einer Fisch- und Krebszucht seit drei Jahren hier ergeben hatte. Die besonders großen Hechte, Karauschen, Karpfen und Krebse, die einzeln oder mehrfach aus dem seichten Schlammwasser gezogen oder aus den bereits gefüllten Fischkübeln herausgehoben wurden, betrachtete er mit Wohlgefallen. Alle Krebse und alles halbwüchsige Fischvolk ließ er jedoch wieder frei. Um ihn drängten sich seine Enkel, die Damen, der Oberförster, die Fischleute. Laute Heiterkeit

erscholl, so oft ein besonders kräftiger Fisch dem Fangnetz entschlüpfte und durch das Zuleitungswasser einem tiefer gelegenen, noch gefüllten Teich zustrebte. Im Hintergrunde schnaubten und stampften die Rosse. Der Fürst reichte dem Oberförster ein großes Silbergeldstück für die Leute und sagte: „Lassen Sie's die Leute aber lieber in die Stiefel gießen als hinter die Binde, es hält wärmer!" Der Oberförster dankte und sagte:

„Zum Hinterdiebindegießen bekommen die Leute beim Fischfang auch ohnehin schon genug." Als Herr Roediger einige fast erstickende kleine Hechte aus seichten Wasserstreifen herauslangte und in tieferes Wasser setzte, sagte der Fürst zu ihm: „Sie haben ein gutes Herz — Sie müssen wiederkommen, ehe diese Hechte ausgewachsen sind."

Die Sonne neigte sich zum Sinken, als wir nach Varzin zu Wagen heimkehrten und die zurückgebliebene Fürstin wieder begrüßten. Die letzte Stunde unseres Varziner Aufenthaltes war angebrochen, denn nach sechs Uhr ging der Zug von Hammermühle ab. Aber diese letzte Stunde sollte für uns noch sehr genußreich werden. Wir saßen um den großen runden Tisch des Damenzimmers, der Fürst neben einer Verwandten seiner Gemahlin, Frau von Puttkamer, auf dem Sopha, die Frau Fürstin unter uns Gästen. Der Fürst schenkte uns eigenhändig echtes Spatenbräu ein — das auch an den Mahlzeiten immer zuerst gereicht wird — unmittelbar nachher Champagner, dann erst Roth- und Weißwein und Sherry, und hob sein Glas auf unser Wohl. Nun entspann sich eine Fülle von ernsten und launigen Gesprächen.

Neben den ernsten Äußerungen des Fürsten in dieser letzten Stunde dankten wir aber auch seiner guten Laune einige der reizendsten Blüthen. „Die Zeitungen behaupten, wenn ich incognito reisen wollte, so würde ich mich ‚Herzog von Lauenburg' nennen", sagte er u. A. Zufälligerweise erhielt die Frau Fürstin wenige Minuten später eine Geschäftsanzeige unter der Adresse: „An Ihre Durchlaucht die Frau Herzogin von Lauenburg". Sie reichte dieselbe ihrem Gatten über den Tisch hinüber. Er las und rief dann, indem er die Rechte, militairisch grüßend, an die Stirn hielt, seiner Gemahlin feierlich zu: „Freut mich, Sie kennen zu lernen."

Aus seinem Leben erzählte er Vieles.

Als ich noch keine andere Auszeichnung besaß, als die Lebensrettungsmedaille, deren Band genau so aussieht wie der Adlerorden vierter Klasse, und in Berlin rasch in der Richtung eines Bahnhofs dahinschritt, rief mir ein Junge zu: „Kann ick Ihnen nich eene Droschke besorjen, Herr Baurath!" — Als ich dann den Majorsrang erworben hatte und einmal in Uniform ausging, hielt mich ein Schutzmann für einen ernsthaften Major und ersuchte mich, dienstlich gegen eine Menschenansammlung einzuschreiten, die den Verkehr sperrte und mit der er allein nicht fertig wurde. Ich that das bereitwillig, erklärte ihm dann

aber, als er noch andere derartige Wünsche zu haben schien, doch, daß es mir leid thue, nebenher noch preußischer Ministerpräsident zu sein und als solcher nicht weiter zur Verfügung des Herrn Schutzmannes stehen zu können. — Später habe ich es dann allerdings auch zum General gebracht und komme in Berlin an einem Schutzmann vorbei, der mich nicht grüßt. „Grüßen Sie denn nicht Offiziere?“ fragte ich ihn. „O ja, Herr,“ versetzte er treuherzig, „aber nur die höheren.“ „Na, rechnen Sie einen General nicht zu den höheren Offizieren, guter Mann?“ „Das wohl, aber Sie sind doch —“ „Sie wissen wohl nicht, daß ich der Reichskanzler bin?“ — „Nein, woher sollt ich das wissen?“ rief er betroffen, „ich bin eben erst vom äußersten Osten nach Berlin versetzt worden.“ Ich war so erfreut, daß mich einmal Jemand in Berlin nicht erkannte, daß ich gegen den Mann durchaus keine Anzeige erstattete. —

In Ferrières im Rotschild'schen Schlosse kommt während des Krieges der Großherzog von Oldenburg ins Vorzimmer, um mich zu besuchen. „Was will denn der hier?“ ruft mein schneidigster Diener dem anderen zu. „Ist denn der gemeldet?“ — „Besinnst du dich an unseren tüchtigen mecklenburgischen Diener, Johanna?“ fragte er die Fürstin. Sie nickte. Nun, der diente bei mir eine Zeit lang zugleich mit einem Westpreußen, fuhr der Fürst gegen uns gewendet fort. Eines Tages hörte ich, daß die Beiden im Vorzimmer in lebhaften Wortwechsel gerathen und scharf ausfällig gegeneinander werden. Schließlich spielt aber doch mein Westpreuße den höchsten Trumpf aus, indem er dem Mecklenburger verächtlich zuruft: „Was will denn der da — der hat ja nicht mal einen König!“

Hier mögen nun auch die hübschen Bemerkungen Platz finden, welche Bismarck am Abend zuvor über seine „Reichshunde“ Sultan und Tyras machte. Sultan war nach einem dazwischen geworfenen Wort der Fürstin, „der rührendste Hund, den ihr Gemahl besessen“.

Wenn ich verreiste, bestätigte Bismarck, so suchte er mich überall mit großer Traurigkeit. Endlich ergriff er dann zu seinem Troste meine weiße Militairmütze und meine hirschledernen Handschuhe, trug diese in den Zähnen nach meinem Arbeitszimmer und blieb dort, mit der Nase an meinen Sachen, liegen, bis ich wieder kam. — Auch der alte Tyras war sehr intelligent und treu. Wenn ich nach dem Reichstage ging, so nahm ich den Weg durch den Garten hinter dem Reichskanzlerpalais, öffnete hier die Pforte nach der Königgrätzerstraße, drehte mich gegen Tyras um und sagte bloß „Reichstag“! Sofort ließ der Hund Kopf und Schwanz hängen und verzog sich niedergeschlagen. Einst hatte ich meinen Stock, den ich auf die Straße nicht mitnehmen konnte, da ich in Uniform ging, an die Innenmauer des Gartens gestellt, ehe ich durch

die Pforte schritt. Nach vier Stunden kam ich aus dem Reichstag zurück. Tyras begrüßte mich nicht beim Eintritt ins Haus, wie sonst stets, und ich fragte daher den Schutzmann, wo der Hund sei? „Der steht seit vier Stunden hinten an der Gartenmauer und läßt Niemand zu Euer Durchlaucht Stock," erwiderte der Wachtposten.

Ein ander Mal ging ich hier in Varzin in Begleitung von Tyras spazieren und sehe auf einer Karre eine Fuhre Holz liegen, das ich für gestohlen hielt, weil es aus grünem Holze gehauen war. Ich gebot dem Hund, bei der Fuhre zu bleiben und entfernte mich, um einen Mann zu holen, der die Sache aufklären könne. Als ich zurücksah, gewahrte ich aber, daß Tyras mir leise und geduckt nachschlich. Ich kehrte zurück und legte einen Handschuh auf die Karre. Da blieb mein Tyras dort stehen wie angewurzelt.

Ueber das Ende des tüchtigen Tieres erzählte der Fürst auf mein Befragen: Er war nicht krank, er ist an Altersschwäche eingegangen. Einen Tag vor seinem Tode war er schon so steif, daß ich ihn wie einen Hammel von oben in mein Arbeitszimmer tragen lassen mußte. Dann, als ich nach Hause kam, wedelte er noch. Das nächste Mal, an seinem Todestage, konnte er auch nicht mehr wedeln und gab nur durch seinen Ausdruck zu verstehen, daß er mich erkannt habe. Während ich dann am Tische schrieb, sah ich ihn plötzlich lautlos in mein Schlafzimmer sich schleppen, und gleich darauf sagte mir der Diener, der ins Schlafzimmer getreten war: „Der Tyras liegt todt ausgestreckt im Schlafzimmer". Von meinen jetzigen Hunden kann ich dagegen rühmen, daß sie wie wild aus ihren verschiedenen Winkeln auffahren und gegen die Thüre stürmen sobald der Diener meldet: „Das Essen ist aufgetragen."

Nun war das letzte Glas ausgetrunken, die Bereitschaft der Wagen gemeldet, die uns nach Hammermühle von dannen fahren sollten. Wir mußten scheiden! Der Fürst reichte Jedem von uns die Hand und begleitete uns barhäuptig bis an die Hoftreppe, hier die letzten Scheidegrüße uns nachwinkend. Die Rosse zogen an — zum letzten Mal erblickten wir die hohe, edle Gestalt, vom Lichtschein des gastlichen Hauses umflossen. Ich schloß die Augen. Als ich sie wieder öffnete, lag nächtliches Dunkel um mich, und die Hufe flogen über die Dorfstraße von Varzin. Wie ein Traum lag der große Tag beim Fürsten hinter mir, aber wie ein schöner, unvergeßlicher Traum!

* * *

Am 10. November (A.-A.) und 11. November (M.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgende beide durch den Druck auffällig hervorgehobene Artikel:

Zur Militairvorlage. I. Die Armee, welche unsere

Schlachten im letzten französischen Kriege geschlagen hat, dürfen wir nach ihren Leistungen als die beste bezeichnen, welche in der neueren Zeit in großen Kriegen im Felde erschienen ist. Sie bildet einen nationalen Besitz, den das Reich den Schöpfern ihrer Organisation, Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon, verdankt, und an die man zur weiteren Ausbildung in der Richtung mit Schonung die Hand legen, an der man aber nicht leichten Herzens Versuche machen sollte, welche ihren Charakter von Grund aus ändern würden. Wird sie in ihrer Qualität geschädigt, so kann keine Vermehrung der Kopfzahl diesen Schaden aufwiegen. Der jetzige Reichskanzler selbst hat in überzeugender Weise noch am 27. November vorigen Jahres ausgeführt:

„Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Heerführern einer da ist, der im Stande wäre, diese Massen, mit denen zu rechnen man sich jetzt gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zum gemeinsamen Schlagen zu bringen, das ist bei solchen Zahlen ausgeschlossen. Es hat also diese Zahl an sich, selbst wenn sie aus lauter guten Soldaten zusammengesetzt wäre, ihr Bedenkliches. Dieses Bedenkliche steigt nun aber noch, wenn man die Qualität dieser so und so vielen Millionen — denn unter Millionen rechnet kein Staat mehr, der etwas auf sich hält, — wenn man die Qualität dieser Soldaten ansieht."

Wenn wir einem neuen französischen Angriffe gegenüber vier-, sechs- oder achthunderttausend Mann, also den vierten oder fünften Teil der Millionenziffern, mit denen neuerdings hantirt wird, zunächst in die Feuerlinie bringen, so kommt Alles auf die Qualität der Truppe an. Die Ziffer wird auf beiden Seiten ungefähr gleichmäßig beschränkt werden durch „die Härte, mit der die Dinge sich im Raume stoßen," während in den Gedanken die Millionen „leicht bei einander wohnen".

Daß aber die Qualität unserer Truppen durch die neuen Entwürfe an sich verbessert werden würde, behauptet Niemand.

Wir glauben im Gegentheil, sie würde geringer werden, und es ist ein Widerspruch in der Sache selbst, eine Verstärkung unseres Heeres in der Verminderung seiner Tüchtigkeit zu suchen. Wir werden uns über wirkliche Verbesserungen des Vorhandenen freuen, wie wir sie in reicher Completirung des Standes der Offiziere und Unteroffiziere, in ansehnlicher Verstärkung des Friedensstandes der Artillerie, der Pferde und der dadurch bedingten Mannschaften erblicken würden, aber nicht in einer Steigerung der Kopfzahl über das Maaß der Leistungsfähigkeit unseres militairischen „Lehrstandes", der Avancirten, hinaus, und nicht in dem Wegfalle der etwa 45000 Mann — einige 20 auf die Compagnie —, die nach dem bisherigen Brauche als unbestrafte, vielleicht auch als besonders befähigte Dreijährige der Truppe erhalten wurden und ihr in schwierigen Lagen, in Gefechten und Entbehrungen, einen Halt gewährten, bei der Rekrutenausbildung den Unterofficieren Beistand leisteten und selbst Material zukünftiger Unterofficiere gewähren konnten. Werden wir den Franzosen und Russen gegenüber dadurch stärker, wenn wir alle Dreijährigen grundsätzlich eliminiren, dabei aber die Arbeit der Officiere und Unterofficiere nahezu verdoppeln, obgleich wir schon jetzt bei geringerer Rekrutenziffer die nothwendige Zahl an Subaltern- und Unterofficieren nicht zu beschaffen vermögen? Welche Sicherheit haben wir dafür, daß letzteres in der Zukunft möglich sein werde, welche Verbesserungen der Stellung, des Avancements kann man bieten, um die Bewerbung auf so viele Tausende, die uns fehlen und die wir nach den neuen Vorschlägen mehr brauchen würden, zu steigern? Haben wir sie aber nicht, müssen wir uns behelfen mit unzureichenden Leistungen in dieser Richtung, so wird die Brauchbarkeit der vergrößerten Massen in der ersten Schlacht natürlich um so viel geringer sein, als die militairische Erziehung der eingestellten Leute hinter den bisherigen Ansprüchen zurückbleibt.

II. Wir erkennen die Nothwendigkeit einer Verstärkung

unseres nationalen Heeres bereitwillig an, glauben aber nicht, daß sie auf dem in Aussicht gestellten Wege erreicht werden würde, und daß die dem Lande zugemutheten Opfer im ganzen Umfange für die Abhülfe des vorhandenen Bedürfnisses erforderlich oder auch nur nützlich sind. Wir glauben nicht, daß unsere Armee, wenn die geplante Reform auf sie Anwendung fände, ebenso stark wie heute sein würde; wir haben im Gegentheil zu der Leistungsfähigkeit des beabsichtigten Heeres nicht das Zutrauen, welches die 1870er Thaten der bisherigen Armee der Bevölkerung gewähren. Wir sehen in den Neuerungen Verluste in der Qualität, welche durch Gewinn in der Zahl nicht ausgeglichen werden. Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon, welche für die dreijährige Dienstzeit gekämpft haben und sie nie aufgegeben haben würden, flößen uns mehr Vertrauen ein, als die jetzigen Vertreter der neuen Vorlagen. Wenn Graf Moltke noch im Reichstage wäre, so würden diese an ihm einen Gegner haben.

Wenn ein Feind uns angreifen will, wird er dazu die Zeit wählen, wo das Heer aus Rekruten und einjährig Gedienten besteht; dagegen giebt es keine Vorbeugungsmaßregel, die nicht mit Zeitverlust für unsern Aufmarsch verbunden wäre, wenn der Feind seine Zeit mit Berechnung wählt und den Bruch schnell und geschickt einleitet.

Es ist für uns bisher nicht möglich, die militairischen Lehrer für die neuen Massen zu stellen, da wir für die heutige geringere Zahl schon nicht genug Unterofficiere, ja nicht einmal Officiere finden. Welche Mittel, dieselben aufzutreiben, hat man nachher, zumal der Dienst und die Aufreibung der bisher schon bis aufs Höchste gespannten Kräfte noch gesteigert werden soll? Wenn man die dreitausend bisher fehlenden Unterofficiere überhaupt beschaffen kann, so ist es auffällig, daß dies nicht längst geschah; ist es aber nicht möglich, wie will man die sechs- oder neuntausend neuen nun dazu beschaffen? Dazu fallen die Leute des dritten Jahrgangs fort, die den Unterofficieren einen wesentlichen Teil

der Arbeit abnehmen. Unsere Unfähigkeit, die Zahl der Lehrer auf den Bedarf zu steigern, ist allein schon hinreichend, eine Verschlechterung der Ausbildung und eine Schwächung des Heeres zu bewirken.

Daß wir im ersten Ausmarsche bei der Kriegserklärung mehr Truppen verwenden könnten als 1870, ist kaum wahrscheinlich, und der Ausfall der Schlachten wird davon nicht abhängen, ob wir 2 oder $2^1/_2$ Millionen exercirte Reserven hinter der Front haben; die ersten Schlachten aber werden die entscheidenden, und in ihnen wird die qualitativ bessere Armee die siegreiche sein.

Die Hauptwirkung der ganzen Maßregel, die ziffernmäßige, die Wirkung der rage des nombres, wie Caprivi 1891 sagte, würde ja erst in Jahrzehnten ihre Bethätigung finden. Werden die Kriege so lange warten? Und wenn sie überhaupt nicht in nächster Zeit bevorstehen, hat die Maßregel solche Eile, daß man nicht wenigstens vorher sich klar macht, wie wir die Kosten aufbringen und wie wir die Officiere und Unterofficiere schaffen, ohne welche die Rekruten eine unerzogene Masse bleiben? Wüchsen wir durch die Vorlage wirklich in eine überlegene Stärke hinein, so werden unsere Gegner mit dem Kriege schwerlich bis dahin warten.

Das Argument eines Krieges gegen zwei Fronten sollte ganz außer Spiel bleiben. Nur einer Großmacht brauchen wir ebenbürtig zu sein; die Verhinderung der Coalition gegen uns und die Bildung des Gegenbundes ist Sache der Diplomatie; sie ist der deutschen Politik in den letzten Jahren unter sehr schwierigen Stimmungen und Situationen gelungen, und früher dem schwächeren Preußen; sie hängt eben von richtiger und geschickter Politik ab. Wenn man so stark sein will, daß man einen Krieg gegen zwei Mächte führen kann — weshalb nicht ebenso gut gegen drei, da das kleine Preußen im siebenjährigen Kriege gegen mehr als drei Mächte zu fechten hatte? Dabei steht die dritte dem Deutschen Reiche feindliche Macht schon in den Thoren, nämlich die Socialdemokratie,

welche ihrerseits die beabsichtigte Neuerung principiell bekämpfen, aber nicht unglücklich darüber sein wird, wenn sie dennoch angenommen würde; denn der unzweckmäßige Druck würde dann die Wirkung einer chronischen Krankheit auf unsere inneren Organe und unser wirthschaftliches Leben üben, und uns damit den Zielen der Socialdemokratie näher bringen.

Der Krieg mit zwei Fronten wäre wahrscheinlich, wenn der Bruch zuerst mit Rußland erfolgte; Frankreich würde uns dann anfallen. Wenn letzteres isolirt, durch gallischen Ausbruch, geschähe, so ist noch nicht gesagt, daß Rußland uns oder Oesterreich angreifen würde; es würde vielleicht die Gelegenheit wahrnehmen, um andere Pläne auszuführen, und abwarten, ob und von wem es deshalb belangt werden würde.

Man lobt die alte Armee, und gewiß hat man Ursache, auf sie in ihrer jetzigen Organisation zu vertrauen. Was ihr fehlt, sind in erster Linie Artillerie, Pferde, Officiere und Unterofficiere. Aber die Mannschaft über die Zahl zu steigern, welche man mit dem vorhandenen Material von Officieren und Unterofficieren überhaupt bilden kann, und den bewährten Charakter des Heeres funditus zu ändern, in der Richtung der Heeresbildungen Gambetta's und Bourbaki's, das wäre ein gefährlicher Versuch. Das richtige Verhältniß, mindestens das jetzige, kaum genügende des lehrenden Personals zum lernenden, ist der Armee unentbehrlich, seine Erhaltung sollte die erste Sorge sein und näher liegen als die Frage, wie stark in 20 Jahren unsere ausgebildete Mannschaft sein kann.

Zweifellose Verstärkungen unserer Wehrkräfte werden auch wir rückhaltlos befürworten; aber die angekündigte Vorlage halten wir für verfehlt, für ein Product der rage des nombres und für eine Schädigung im Krieg und Frieden.

* * *

Die oben (S. 187) citirte Aeußerung des Fürsten Bismarck über die Emser Depesche („Chamade" — „Fanfare") hat eine Fluth von Preßleistungen zur Folge gehabt. Besonders die „Voss. Ztg." und der „Vorwärts" erwiesen

sich schreibselig, jene durch die immer wiederholte Behauptung, daß die beiden Worte „Rückzugs"- und „Angriffs"-Signal bedeuten, dieser durch die Lüge, daß Graf Bismarck die Depesche gefälscht habe.[1]) Da ergreifen nun am 11. November (A.-A.) auch die „Hamb. Nachr." das Wort zu dieser Frage und stellen Folgendes fest:

Die Emser Depesche. Die Vorgänge bei der Publication der Emser Depesche sind aus bekanntem Anlasse in der Presse aufs Neue discutirt worden; dabei hat man das Verhalten des Grafen Bismarck häufig als eine bedenkliche und tadelnswerthe Sache dargestellt. Logisch wäre daraus zu schließen, daß alle Diejenigen, die so sprechen, es lieber sehen würden, wenn der Krieg überhaupt nicht geführt worden wäre. Wenn Graf Bismarck damals durch die Veröffentlichung der Depesche darauf hingewirkt hat, die Franzosen bis zur vollen Uebernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so glauben wir, daß der damalige Leiter der Politik sich damit um Deutschland wohl verdient gemacht hat.

Wäre die französische Kriegserklärung damals nicht erfolgt, wäre der ganze Krieg unterblieben, so blieb die Thatsache bestehen, daß Deutschland in einer spanischen Angelegenheit von Frankreich grundlos bedroht, in öffentlichen französischen Verhandlungen beschimpft und herausgefordert war und sich vor diesen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen hätte. Es wäre in eine ähnliche Lage gekommen, wie sie 1850 den nationalen und liberalen Politikern als das Ergebniß von Olmütz erschien. Thatsächlich wäre die Lage von 1870 aber demüthigender gewesen als die der Olmützer Zeit, weil in Olmütz Oesterreich im Bunde mit Rußland auftrat und der österreichischen Politik wirkliche österreichische Interessen zu Grunde lagen, während die französischen Herausforderungen 1870 rein muthwillig und händelsüchtig waren. Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte der Kampf nicht, so hatte Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und seiner nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehrverletzten Lage nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegsfragen retten, die nicht bloß im Auslande unverstanden geblieben oder unliebsam aufgenommen worden wären.

Nicht um „den Krieg noch heißer zu entflammen", wie sich ein nationalliberales Blatt ausdrückt, sondern um demüthigende Friedenssituationen

[1]) Recht gut orientirend über die ganze Frage ist ein Vortrag Hans Blum's, der in den „Leipz. Neuesten Nachr." erschien und noch jetzt als Separatabdruck unter dem Titel „Die Emser Depesche" bei Edgar Herfurth u. Co. in Leipzig zu haben ist. Vgl. unten S. 228 ff.

und die Lahmlegung der nationalen Entwickelung zu hindern, und um diese nationale Entwicklung in den günstigen Weg gemeinsamer Kämpfe aller Deutschen gegen erneute französische Uebergriffe zu leiten, war der Krieg nothwendig. Wäre er unterblieben und an seine Stelle ein fauler Friede mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit auch die junge Blüte des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich geknickt gewesen, ohne die Frucht der Reichs-Einigung zu bringen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 13. November (M.-A.) reproduciren an hervorragender Stelle nachstehende beide Artikel unter der gemeinsamen Ueberschrift: Zur Geschichte der 1875er Kriegs-Affaire. Der „Braunschweiger Landes-Ztg." wird „von gut unterrichteter Seite" geschrieben:

Die verstärkten französischen Rüstungen, namentlich das Cadregesetz vom 12. März 1875, wodurch das französische Heer mit einem Schlage um 144000 Mann vermehrt wurde, hatten nicht bloß die Berliner Militairpartei beunruhigt. Auch Fürst Bismarck selbst war, wie actenmäßig feststeht, der Ansicht, daß die Franzosen durch dieses Gesetz einen Rahmen herstellen wollten, um nach Gambetta'schem Recepte gewaltige Volksmassen in die neue militairische Organisation hineinzuwerfen und so mit überwältigenden Zahlen den Rachekrieg zu beginnen. Es geht dies deutlich aus einer Depesche des damaligen deutschen Botschafters in St. Petersburg, Prinzen Reuß, vom 22. April 1875 hervor. Der Botschafter berichtet darin über eine Unterredung des Generals v. Werder mit dem Zaren. Letzterer erzählte, der französische Botschafter, General Leflô, habe sich ihm gegenüber sehr erregt über feindliche Absichten Deutschlands gegen Frankreich beklagt. Darauf habe der Zar ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die deutsche Regierung durchaus friedlich gesinnt sei und keineswegs mit Angriffsplänen umgehe. Indessen habe General v. Werder die Gelegenheit benützt, um die Bedeutung des neuen französischen Cadregesetzes hervorzuheben und die riesenhaften Ziffern anzugeben, welche die französische Armee auf Friedensfuß in etwa zwei Jahren erreichen werde. Diese Depesche ist besonders durch die Bemerkung wichtig, daß General v. Werder genau der ihm vom Fürsten Bismarck ertheilten Weisung gefolgt sei.

Es ergiebt sich daraus erstens, daß Kaiser Alexander II. bereits am 22. April 1875 von den friedlichen Absichten der Berliner Regierung vollständig durchdrungen war, und zweitens, daß Fürst Bismarck die Besorgnisse der sogenannten Militairpartei, an deren Spitze sich Graf Moltke befand, bezüglich des Cadregesetzes theilte. Während aber die Militairpartei damals die Auffassung vertrat, daß entweder Frankreich veranlaßt werden müßte, seine Heeresziffern beträchtlich herabzusetzen, oder Deutschland einem französischen Angriff zuvorzukommen hätte, vertrat Fürst Bismarck einen ganz anderen Standpunkt. Ihm genügte es, den französischen Machthabern durch die Vermittelung der

officiösen Presse zu zeigen, daß die deutsche Regierung „toujours en vedette“ und vollauf vorbereitet sei, einem etwaigen französischen Angriff wirksam zu begegnen.

In diesem Sinne konnte bald darauf der „Reichsanzeiger“ folgende bedeutsame Erklärung veröffentlichen: „Daß die Vermehrung der Cadres hier eine gewisse Beunruhigung erzeugt hat, ist richtig. Diese Beunruhigung hat aber nicht im Entferntesten zu kriegerischen Entschließungen oder auch nur Erwägungen in Deutschland geführt, und hat bei der Reichsregierung zu keiner Zeit die Absicht bestanden, eine Aufforderung zur Reduction der Armee-Reorganisation an die französische Regierung zu richten. Es ist zu keiner Zeit auch nur der Gedanke an eine solche oder ähnliche Maßregel zur Erwägung gezogen oder überhaupt erwähnt worden.“

Kaiser Alexander II. selbst hatte keinen Anstand genommen, die kriegerischen Absichten der Berliner Regierung in das Reich der Fabeln zu verweisen. Vor seiner Abreise aus Berlin, am 13. Mai 1875, äußerte er wörtlich: „Rußlands Friedensaufgabe ist leicht, denn kein Staat will den Krieg. Ich habe hier die friedlichsten Absichten bei Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck gefunden. Die Mitwirkung Deutschlands für die Erhaltung des Friedens ist niemals fraglich gewesen und darf als vollständig gesichert angesehen werden.“

Indessen beobachtete der russische Kanzler gegenüber dem deutschen nicht dieselbe Loyalität. Aus Haß gegen den größeren und erfolgreicheren Nebenbuhler spielte sich Fürst Gortschakow als den Friedensstifter und Retter Frankreichs auf. Das ist allgemein bekannt. Unbekannt dürfte dagegen sein, daß die englische Regierung, an deren Spitze damals Disraeli stand — Lord Derby war Minister des Auswärtigen —, die gute Gelegenheit benützen wollte, um das Dreikaiserbündniß zu sprengen und Deutschland zu isoliren. Gegenüber der angeblichen Berliner Kriegslust wollte das englische Cabinet eine Friedensliga stiften und forderte die anderen Mächte zur Unterzeichnung einer „Friedensmediation“ auf. Der Plan mißlang, weil Graf Andrassy, der damalige Leiter der österreichisch-ungarischen Politik, rundweg erkärte, er sehe keinen Anlaß, Deutschland eine friedensstörende Tendenz zuzuschreiben, zumal er vom Fürsten Bismarck officielle Zusicherungen über die gemäßigten Absichten der deutschen Regierung habe. Als Lord Derby ihm bald darauf mittheilte, daß er nun nach den ihm von Berlin aus zugekommenen Aufklärungen selbst den Frieden für gesichert betrachte, erwiderte Andrassy, das englische Cabinet habe damit nur eine Ueberzeugung gewonnen, in deren Besitz man sich in Wien schon vor dem Beginn der diplomatischen Thätigkeit Englands befunden habe.

Endlich sei noch folgende Stelle aus einem Schreiben des St. Petersburger Botschafters Prinzen Reuß an den Fürsten Bismarck vom Beginn des Jahres 1876 angeführt: „Der Kaiser erzählte mir von den sehr befriedigenden Gesprächen, die er in Berlin mit Eurer Durchlaucht gehabt; wie

er Sie gebeten habe, im Amte zu bleiben, wie er noch heute denselben Wunsch hege. Daß es ein Unglück für die leider noch schlecht gekittete deutsche Einheit wäre, wenn Sie sich von den Geschäften zurückziehen wollten. Und wenn, was Gott verhüten wolle, ein Regierungswechsel bei uns eintreten sollte, dann würden Sie dem Reiche noch viel nöthiger sein, als jetzt. — Wie gesagt, er habe Vertrauen in Eure Durchlaucht, er sei im vorigen Jahre sehr isolirt mit der Ansicht dagestanden, daß Sie gar nicht daran gedacht hätten, den Krieg mit Frankreich zu wollen, und allen denen, die ihm nachträglich für das gedankt hätten, was er für die Erhaltung des Friedens gethan, habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts thun können, weil Sie ebenso friedliebend gewesen wären, als er selbst."

Wir glauben, dies genügt. Ein besseres Zeugniß für seine damalige Politik kann sich Fürst Bismarck nicht wünschen. Der „Krieg-in-Sicht-Artikel" und ähnliche officiöse Preßkundgebungen sollten lediglich die französische Kriegslust dämpfen und zugleich gewissen Berliner Militairkreisen eine kleine Genugthuung verschaffen. Weiter hatten sie keinen Zweck!

Die deutschfreisinnige „Weser-Ztg." stellt dem Fürsten Bismarck folgendes Zeugniß aus:

Daß es auch zwischen Männern von der Größe und Eigenart des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, die im allgemeinen vortrefflich zusammen arbeiteten, an ernsten Meinungsverschiedenheiten nicht immer gefehlt hat, ist den Zeitgenossen längst bekannt. Jetzt enthüllt Fürst Bismarck (in seinem Gespräch mit Hans Blum) selber ganz offen, daß im Jahre 1875 allerdings eine Kriegspartei in Berlin bestanden habe, und daß es der Generalstab gewesen sei, der eine Kriegserklärung an Frankreich für nöthig erachtete. An der Spitze des Generalstabes aber stand Graf Moltke, gegen dessen Einmischung in die Politik der damalige Kanzler sehr lebhaft bei dem Kaiser Protest einlegte. Ueberraschen können diese Enthüllungen nicht. Glauben werden sie mehr finden als die Darstellung jenes ungenannten Diplomaten der „Deutschen Revue", der gerade den Fürsten Bismarck bezichtigt, damals den Krieg betrieben zu haben. Das ist sicherlich unrichtig. Fürst Bismarck gilt zwar bei vielen Geschichtsschreibern, namentlich im Auslande, als ein Mann, der mit Leichtigkeit die Kriegsfurie entfesselt. Thatsächlich ist er sehr bedächtig gewesen, an die ultima ratio zu appelliren. Er war keineswegs gesonnen, einen Krieg nur deshalb zu führen, weil er später unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden müßte, deshalb hat er auch schon im Jahre 1867 einen ernsten Conflict mit Moltke gehabt; denn damals wollte der Generalstabschef bei dem Luxemburger Handel sofort den Krieg gegen Frankreich beginnen, während der damalige Graf Bismarck weit über seine Neigung hinaus Nachgiebigkeit zeigte, weil er den Krieg für ein Unglück ansah. (Vor Allem aber auch, weil jedes weitere Jahr 100 000 Mann nach

preußischem System ausgebildete Soldaten mehr brachte. Red. der „Hamb. Nachr.“.) Ebenso hat Fürst Bismarck dem Treiben der sogenannten Kriegspartei im Jahre 1877 widerstanden, als hohe Militairs nicht müde wurden, den Präventivkrieg gegen Rußland zu predigen und die auswärtige Politik des Reiches geradezu der Furchtsamkeit, der Marklosigkeit angeklagt wurde. Es ist deshalb ganz wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck auch im Jahre 1875 sehr weit davon entfernt war, einen Kriegsplan gegen Frankreich auszuhecken.

Bereits im Jahre 1876 kam Fürst Bismarck im Reichstage auf das Kriegsgeschrei zurück. Und damals erinnerte er daran, daß er schon früher erklärt habe, so sicher durchschaue Niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung bezüglich der Zukunft, daß er die Würfel rollen dürfe, und auch ein siegreicher Krieg sei immer noch ein Uebel, das die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein müsse. Wörtlich führte Fürst Bismarck dann über den Krieg aus Vorsicht aus:

„Denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre vor Sie getreten wäre und hätte nun, ähnlich wie Anno 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt: Meine Herren, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich. Wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn. Die französische Armee reorganisirt sich in einer Weise, die wirklich beunruhigend ist. Ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thalern oder 600 Millionen Mark, um zu rüsten. Würden Sie dann nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meinen langen politischen Erfahrungen die colossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: Es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden. Damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen, gewissermaßen Selbstmord aus Besorgniß vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte. Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir sind zufrieden mit dem, was wir haben, und es ist Verleumdung, wenn man uns irgend einer Eroberungssucht, einer Ausdehnungssucht beschuldigt.“

Diese Ausführungen richten sich bis zu einem gewissen Grade ohne Zweifel auch gegen den Grafen Moltke und diejenigen Militairs, welche allerdings dem Präventivkriege zuneigten. Daß damals thatsächlich Aeußerungen über die Nähe eines Krieges mit Frankreich erfolgt waren, kann man nach den Actenstücken, die vorliegen, nicht gut bezweifeln. Auch findet man in

officiösen Broschüren über jene Zeit reichlich auf eine einflußreiche Kriegspartei am Berliner Hofe hingewiesen, gegen welche Fürst Bismarck zu kämpfen gehabt hat.

* * *

Die Artikel von Dr. Blum in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" beschäftigen die Presse noch fort und fort. In ihren Aeußerungen läuft erklärlicherweise auch manches Falsche mit unter. Dagegen wenden sich die „Hamb. Nachr." vom 16. November (M.-A.):

> Haltlose Kritiken. Der „Berl. Börs.-Cour." bezichtigt den früheren Reichskanzler eines „Gedächtnißirrthums"; er habe Hans Blum gegenüber bei Erwähnung der Vorgänge des Jahres 1875 von „ungeschickten und gröblichen Noten" gesprochen, die damals zu Unrecht auf seine Rechnung gesetzt worden seien, weil er für deren Verfasser nicht einmal als Chef verantwortlich gewesen wäre, nachdem das bekannte Stellvertretungsgesetz die Herren selbstständig gemacht habe. Letzteres Gesetz ist aber, fügt der „Börs.-Cour." hinzu, erst im Jahre 1878 erlassen worden und nicht im Jahre 1875.
>
> Daß der Irrthum über das Datum des Stellvertretungsgesetzes in den Veröffentlichungen Blum's nicht vom Fürsten Bismarck herrührt, ist inzwischen von den „Leipziger Neuest. Nachr." schon festgestellt worden. Aber auch ohne Berücksichtigung dieses Umstandes ist es eine übelwollende Ungerechtigkeit, den auswärtigen Minister resp. Reichskanzler für die Stilistik von Noten und amtlichen Erlassen verantwortlich zu machen, die eine andere Unterschrift als die des Chefs tragen. Es ist anzunehmen, daß der Chef des Ministeriums diejenigen amtlichen Erlasse, deren Text er liest und revidirt, in der Regel auch selbst unterzeichnet, so daß bei denen, welche die Unterschrift eines gesetzlichen oder auch nur geschäftlichen Stellvertreters tragen, der Stil und Wortlaut dem Unterzeichner angehören, der immerhin zum Erlasse eines Actenstücks in der fraglichen Richtung nicht bloß Vollmacht, sondern ausdrücklichen Auftrag haben mag, dessen Concept aber in solchem Falle nicht stilistisch revidirt wird, sondern in der Fassung des Unterzeichners abgeht. Es gehört die ganze verbissene Neigung, dem früheren Kanzler etwas am Zeuge zu flicken, dazu, über solche Fragen gegen ihn zu polemisiren. Der „Berl. Börs.-Cour." sagt: „Sind damals ‚ungeschickte und gröbliche Noten' von Berlin ausgegangen, so hat Fürst Bismarck sie verfaßt." Es fehlt nur noch der Zusatz: „Dagegen sind geschickte und höfliche Noten nicht von ihm verfaßt, auch wenn sie seine Unterschrift tragen." Auch Letzteres wird vielfach insinuirt durch Andeutungen, daß amtliche Schriftstücke, welche sich der Anerkennung erfreuen und die Unterschrift des Fürsten tragen, von seinen Hülfs-

arbeitern, die ungeschickten aber mit anderer Unterschrift von ihm selbst herrühren.

Derselbe Artikel sagt, es sei die Schuld des Fürsten, wenn er im Auswärtigen Amte Stellvertreter gehabt habe, die grob waren. Das Blatt zeigt neben seiner Unerfahrenheit keine Vorstellung von den Schwierigkeiten, mit denen die Auswahl und die Anstellung der Candidaten gerade für die hier in Frage kommenden höheren Aemter in der Regel verbunden ist; das Blatt weiß nicht, daß ein Minister in unseren Verhältnissen froh sein kann, wenn es ihm gelingt, Mitarbeiter ins Amt zu bringen, bei denen „nach Natur und Gemüthsanlage" die Eigenschaften vorwiegen, welche ihre Befähigung für das betreffende Amt begründen. Ganz vollkommene Candidaten für höhere Stellungen im Auswärtigen Dienste mögen vielleicht in der Redaction des „Börsen-Courier" zu finden sein; alle übrigen Menschen sind nicht frei von Mängeln, auch die Minister und Kanzler nicht.

Eine haltlose Kritik liegt ferner in den Andeutungen über die Neigung Wilhelm's I. zur Abdication im September 1862. Thatsache ist, daß der König am 17. und 18. September von seinen Entlassungsgedanken nicht zurückgekommen war, wie denn auch ein Theil der Minister, unter ihnen der des Auswärtigen, Graf Bernstorff, in der Stellung der Cabinets-Frage noch nach dem 19. beharrte, und Letzterer, Graf Bernstorff, dann durch Herrn von Bismarck ersetzt wurde. Die Anführungen des „Berl. Börs.-Cour." und anderer Blätter gleicher Farbe sowie die von ihnen angezogenen Aufzeichnungen befinden sich mit der geschichtlichen Thatsache in Uebereinstimmung und widerlegen sie nicht, daß König Wilhelm die am 17. kundgegebenen Rücktrittsgedanken am 19. dem Herrn von Bismarck gegenüber mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Meine Minister versagen mir, und ich finde keine, welche mit mir so regieren wollen, wie ich es vor Gott verantworten kann. Deshalb habe ich mich zur Abdication entschlossen, und hier liegt meine Urkunde darüber." Darauf folgten die weiteren bekannten Erörterungen, in denen Herr von Bismarck sich bereit erklärte, dem Könige als Ministerpräsident in der Politik beizustehen, die der König glaubte vor Gott verantworten zu können, und die demnächst zu seiner Ernennung führten. Das Raisonnement, durch welches die liberalen Blätter diese Thatsache in hämischer Weise anzuzweifeln suchen, liefert im Gegentheil wider Willen der Verfasser die indirecte Bestätigung derselben; sie citiren amtliche Zeugnisse dafür, daß der König am 17. September hat entsagen wollen wegen einer Situation, die am 19. virtuell nicht geändert war, da die Ministerien außer dem Kriegsministerium vacant blieben und der König am 19. vor denselben Schwierigkeiten stand wie am 17.

Diese Erinnerungen sind ja heutzutage ohne alles politische Interesse; wir wünschen nur, daß ein wichtiger Theil unserer Zeitgeschichte nicht frivolen Fälschungen unterliege.

* * *

In derselben Nummer findet sich folgende Feststellung:

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht in seiner Morgenausgabe vom 8. November einen Artikel über die Kriegsgefahr im Jahre 1875, der deshalb unser Interesse erregt, weil das Blatt die Einzelheiten seiner Ausführungen nur aus den Archiven des Auswärtigen Amtes erhalten haben kann. Die Sache ist um so auffälliger, als kürzlich in der „Allgem. Ztg." darauf hingewiesen wurde, daß das „Berl. Tagebl." die richtigen Ziffern aus der streng geheim gehaltenen Militairvorlage lange vor den entsprechenden Mittheilungen in den „Berl. Polit. Nachr.", der „Post" u. s. w. gebracht habe. Es hat den Anschein, daß neuerdings die freisinnige Presse zu officiösen Functionen benutzt wird und sich benutzen läßt.

* * *

Aus dem oben (S. 221 Anm.) erwähnten Vortrage von Dr. Hans Blum über die Emser Depesche geben die „Hamb. Nachr." am 15. November (A.-A.) nach dem Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" folgenden Auszug:

Von diesem Abschnitte der Verhandlungen unterrichtete der König selbst in einem von ihm herrührenden und vollzogenen Telegramm den Bundeskanzler Grafen Bismarck, welcher vom König „angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse" von Varzin nach Ems beschieden worden, aber nach Empfang der Nachricht vom Rücktritt des Prinzen Leopold in Berlin geblieben war. Dem Bundeskanzler war es überlassen, diese Depesche ganz oder theilweise zu veröffentlichen. Sie war von einem Schreiben Abeken's begleitet. Es war die berühmte „Emser Depesche". Der Wortlaut dieser Depesche, welche im Auswärtigen Amt in Berlin sich befindet, ist bis heute noch nicht veröffentlicht.

Es befanden sich beim Eintreffen dieser Depesche in Berlin Moltke und Roon zufällig als Gäste an Bismarck's Tafel. Der Sohn des Kriegsministers von Roon, Herr Graf von Roon-Krobnitz, hat 1891 Aufzeichnungen seines Vaters unter dem Titel „Aus dem Leben des Grafen Albrecht von Roon" im Maiheft der „Deutschen Revue" veröffentlicht und diese Mittheilungen in der „Kreuz-Zeitung" vom 14. Mai 1891 ergänzt und erläutert und dadurch festgestellt:

„1. Daß die Depesche in Ems redigirt und vom Kaiser an Bismarck gerichtet war, mit der Ermächtigung, den Text nach Ermessen ganz oder theil-

weise zu veröffentlichen. — 2. Daß Bismarck die Depesche empfing, während er mit Roon und Moltke — allein mit diesen Beiden — bei Tische saß. In ihrer Gegenwart hat Graf Bismarck das, was unwesentlich oder zur Publication nicht geeignet erschien, gestrichen. Den Rest ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelesen und Beide damit einverstanden gefunden."

Die eigensten Worte König Wilhelm's in der Urdepesche wurden stehen gelassen, kein Zusatz gemacht, nur Unwesentliches oder zur Veröffentlichung nicht Geeignetes gestrichen.

Nach dieser Redaction hatte die „Emser Depesche", welche bereits am Spätnachmittag des 13. Juli von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" als Extrablatt in Berlin ausgegeben und an alle Vertreter Preußens und des Norddeutschen Bundes im Auslande zu ihrer Information verschickt wurde, folgenden Wortlaut:

„Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgetheilt worden, stellte der Botschafter in Ems an den König die Forderung, ihn zu ermächtigen, daß er nach Paris telegraphire: Der König verpflichte sich für alle Zukunft, niemals wieder zuzustimmen, wenn die Hohenzollern auf diese Candidatur zurückkämen. Der König lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen: Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen."

Der Inhalt dieser Worte entspricht genau den Vorgängen in Ems, wie sie auf Grund der deutschen wie französischen amtlichen Berichte über die Emser Geschehnisse bis etwa Nachmittags 3 Uhr festgestellt wurden.

Die Verleumder des Fürsten Bismarck, voran Herr Liebknecht, behaupten nun aber, Bismarck habe am Nachmittag des 13. Juli nicht bloß vom König, sondern auch vom Prinzen Radziwill eine Depesche erhalten, in welcher angezeigt worden sei, daß Benedetti sich bei der oben erwähnten letzten Erklärung des Königs „beruhigt" habe, womit, nach Herrn Liebknecht's Ansicht, der ganze Streitfall mit Frankreich „erledigt" gewesen sei. Bismarck aber habe trotz dieser Radziwill'schen Depesche die von ihm „redigirte" Emser Depesche veröffentlicht und dadurch, nach Herrn Liebknecht's Kenntnissen von den „Gebräuchen des Völkerrechts", Frankreich zur Kriegserklärung gezwungen.

Leider erhebt sich aber diese Verleumdung nicht bloß aus dem socialdemokratischen Lager. Auch ein Theil der freisinnigen Presse fühlt sich berufen, mit Hilfe ihrer grenzenlosen Unwissenheit auf dem Gebiete der vaterländischen Geschichte den Fürsten Bismarck zu verleumden. So schreibt das Berliner „Kleine Journal" in den jüngsten Tagen: „Vor einigen Jahren ist die echte, von Bismarck nicht redigirte Emser Depesche durch den Prinzen Radziwill,

den Generaladjutanten des Königs Wilhelm, veröffentlicht worden." (Folgt die angebliche Emser Depesche.)

Diese angeblich „echte Emser Depesche" oder die angeblich „Radziwill'sche Depesche" aus Ems, von welcher Herr Liebknecht fabelt, sie habe dem Grafen Bismarck bei der Redaction der Emser Depesche des Königs schon am Nachmittag des 13. Juli in Berlin vorgelegen, ist aber nun gar nichts Anderes als der schon am 20. Juli 1870 dem Reichstage von Bismarck mitgetheilte amtliche und schon damals gedruckte Bericht des Prinzen Radziwill über die verschiedenen Verhandlungen, welche er als Flügeladjutant des Königs am 13. Juli 1870 mit dem französischen Botschafter in Ems geführt hatte: „gegen 2 Uhr Nachmittags", gegen 3 Uhr (vor Absendung der echten Depesche des Königs) und dann noch einmal „gegen 6 Uhr Abends" — d. h. lange nach Absendung der echten Emser Depesche nach Berlin, die zu dieser Stunde schon im Druck verbreitet war!

Die socialdemokratischen, freisinnigen und ultramontanen Verleumder des Fürsten Bismarck hätten sich von dieser unumstößlichen Thatsache überzeugen können, wenn sie einen einzigen Blick in die Verhandlungen und Drucksachen des Reichstages vom Juli 1870 gethan hätten, die ja in jeder größeren Bibliothek zu haben sind. Sie würden daraus ersehen haben, daß Bismarck schon in seiner Reichstagsrede vom 20. Juli (Stenogr. Ber. S. 8—10) versicherte, daß er „außer der bekannten Emser Depesche" am 13. Juli keine Depesche aus Ems erhalten habe. Sie würden aus dem Wortlaut des schriftlichen Berichts des Prinzen Radziwill aber auch erkannt haben, daß dieser Bericht erst am Spätabend des 13. Juli 1870 von Ems abgegangen sein kann, da in demselben noch über Vorgänge berichtet ist, die erst „gegen 6 Uhr Abends" stattfanden. Ueber diese Vorgänge — die letzte Besprechung Radziwill's mit Benedetti — hatte der Adjutant selbstverständlich erst noch seinem König Meldung zu machen, dann den Bericht — der reichlich eine Druckseite in Großoctav füllt — niederzuschreiben, auch diesen Bericht dem König vorzulesen und von ihm genehmigen zu lassen, ehe der Bericht von Ems abgehen konnte. Darüber ist es mindestens 8 Uhr Abends geworden, während die „Emser Depesche" schon am Spätnachmittag in Berlin von der „Nordd. Allg. Ztg." gedruckt ausgegeben wurde.

Endlich genügt auch ein einziger Blick in den Bericht des Prinzen Radziwill zur Widerlegung der albernen Behauptung, daß die dort ausgesprochene „Beruhigung" Benedetti's irgendwie den französisch-deutschen Streitfall zur „Erledigung" gebracht hatte. Vielmehr hatte Radziwill bei seiner letzten Unterredung mit Benedetti, „gegen 6 Uhr Nachmittags", den Botschafter darauf hingewiesen, daß alle ferneren Verhandlungen durch die Regierung des Königs geführt werden müßten, da die bisherigen Verhand-

lungen in Ems nach dem Völkerrecht und Geſandtſchaftsrecht nur als rein private Geſpräche anzuſehen waren. Benedetti hatte dieſe Bemerkung als eine vollkommen zutreffende anerkannt, und keinerlei Beleidigung in der Verſagung einer Audienz erblickt, auf welche er keinerlei Recht hatte — da er vom Völkerrecht eben doch weit mehr verſtand als Herr Liebknecht. Er richtete daher nur die Frage an den Prinzen Radziwill, ob Graf Bismarck nicht nach Ems komme. Und „auf die Verſicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächſten Tag beſtimmt nicht zu rechnen ſei", erklärte Graf Benedetti, ſich ſeinerſeits bei dieſer Erklärung Sr. Maj. des Königs beruhigen zu wollen". So ſchließt der Bericht des Prinzen Radziwill. Dieſe „Beruhigung" hatte alſo nicht entfernt die Bedeutung einer „Beilegung des Zwiſchenfalls", wie Herr Liebknecht behauptet. Im Gegentheil waren — Dank der Standhaftigkeit und Würde des Königs — alle franzöſiſchen Zumuthungen abgewieſen, und es mußte ſich nun zeigen, wie Frankreich dieſe Abweiſung aufnahm! Jedenfalls verräth nicht eine einzige der zahlreichen Depeſchen zwiſchen Gramont und Benedetti vom 13. und 14. Juli, daß irgend einer der beiden Herren in der „Behandlung" des Grafen Benedetti in Ems eine Beleidigung Frankreichs, eine Veranlaſſung zur Kriegserklärung erblickt hätte.

Die Blum'ſche Darſtellung, der wir hier nicht in allen Einzelheiten folgen können, reſumirt die Thatſachen wie folgt:

Die „Emſer Depeſche" wurde am 13. Juli 1870 etwa um 3 Uhr Nachmittags vom König an Bismarck gerichtet und enthielt einen treuen Bericht über die Vorgänge bis zu dieſer Stunde. Bismarck ſollte die Depeſche nach ſeinem Ermeſſen ganz oder theilweiſe veröffentlichen. Er that dies, nachdem er unweſentliche oder zur Veröffentlichung nicht geeignete Stellen weggelaſſen (und nachdem Moltke und Roon dieſe Kürzungen gebilligt hatten), ohne irgend einen Zuſatz oder irgend eine Veränderung an den Worten des Königs zu machen. Eine andere Depeſche als dieſe eine war dem Grafen Bismarck am Nachmittag des 13. Juli 1870 aus Ems nicht zugegangen; namentlich iſt der Bericht des Prinzen Radziwill über die Vorgänge in Ems vom 13. Juli erſt Abends zu einer Stunde von Ems abgegangen, als die „Emſer Depeſche" in Berlin bereits gedruckt ausgegeben war. Die „Emſer Depeſche" war in der von Bismarck redigirten und veröffentlichten Form weder für Frankreich beleidigend, noch meldete ſie eine „Beſchimpfung" des Königs in Ems — wie Herr Liebknecht unterſtellt — und zwang daher auch Deutſchland nicht zum Kriege. Als Kriegsvorwand ſeitens Frankreichs konnte ihre Veröffentlichung und Verſendung nur dadurch benützt werden, daß die franzöſiſchen Miniſter ihren Kammern vorlogen, dieſe Depeſche ſei eine „amtliche preußiſche Note" geweſen und dieſe ſei „an die europäiſchen Cabinette" verſendet worden.

* * *

Gegen den „Hamb. Corresp." führen die „Hamb. Nachr." am 16. November (A.-A.) Folgendes aus:

Zu der Mittheilung, Fürst Bismarck habe sich deshalb gegen eine unbedingte Annahme der Militairvorlage ausgesprochen, weil zur Steigerung der deutschen Heeresmacht keine politische oder militairische Nothwendigkeit vorliege, wird dem „Hamburgischen Correspondenten" officiös aus Berlin geschrieben:

„Diese angebliche Aeußerung muß einstweilen als unglaubhaft bezeichnet werden, denn es steht, wie uns versichert wird, nicht nur durch mündliche Zeugnisse, sondern auch actenmäßig fest, daß der active Staatsmann Fürst Bismarck schon im Winter 1889/90 eine außerordentliche, durch das Militairgesetz vom Frühjahr 1890 keineswegs erschöpfte Verstärkung unserer Wehrmacht unter Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aus politisch-militairischen Gründen für unbedingt erforderlich erachtete."

Aber doch nicht die jetzt in Frage stehende Militairvorlage hat Fürst Bismarck damals empfohlen. Eine Verstärkung unserer nationalen Wehrmacht hielt er 1890 allerdings und hält sie gewiß noch heute für geboten, jedoch nicht die, welche jetzt erfolgen soll. Und sich „unbedingt" für irgend eine demnächst einzubringende Vorlage auszusprechen, war er nach Allem, was über die damaligen Vorgänge bekannt ist, schon deshalb nicht in der Lage, weil sein Ausscheiden aus dem Dienste zu Anfang Februar 1890 absehbar, wenn auch bereits früher ohne seine Mitwirkung vorbereitet worden war, und sein Widerspruch gegen oder sein Eintreten für kriegsministerielle Vorlagen, welche mit kaiserlicher Genehmigung an das Staatsministerium gelangten, für die Mehrheit seiner Collegen in demselben nicht mehr entscheidend war. Soviel wir wissen, hat es sich damals in der Hauptsache nur um Feststellung der Höhe gehandelt, bis zu welcher die Finanzverwaltung Preußens und des Reichs sich den kriegsministeriellen Absichten glaubten verbindlich machen zu können, und wir zweifeln daran, daß die einzelnen Ressorts, mit Ausnahme der des Krieges und der Finanz, mit den Einzelheiten der Vorlage bereits bekannt gewesen sind.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 17. November (A.-A.) folgende Mittheilung:

Der geschäftsführende Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Verbandes hat das nachfolgende Schreiben an den Fürsten Bismarck gerichtet:

„Der geschäftsführende Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Verbandes erlaubt sich, Eure Durchlaucht ehrfurchtsvollen Dank auszusprechen, daß Eure Durchlaucht Gelegenheit nahmen, auszusprechen (vgl. oben S. 206 f.), daß, so

lange Eure Durchlaucht die Politik des Deutschen Reiches geleitet haben würden, Sansibar niemals englisch geworden wäre. Diese Erklärung Eure Durchlaucht hat in nationalen Kreisen des deutschen Volkes gerade zu einem Zeitpunkte um so größere Befriedigung hervorgerufen, wo durch die Preisgabe Damaralandes[1]) an die Engländer die durch das deutsch-englische Abkommen von 1890 beschrittene Bahn der Abbröckelung unseres colonialen Besitzes in so beklagenswerther Weise fortgesetzt wird."

* * *

Gegen Legenden, die die „Frankf. Ztg." verbreitet, wenden sich die „Hamb. Nachr." vom 18. November (A.-A.):

Fürst Bismarck und die baltische Frage. Die „Frankf. Ztg." verbreitet dieselben Angaben wie der Londoner „Speaker" über angebliche Aeußerungen des Fürsten Bismarck betreffend die Balten in Rußland. Danach hätte der frühere Reichskanzler Anfangs der siebziger Jahre in Gegenwart des Kaisers Alexander II., des jetzt regierenden Zaren, des Fürsten Gortschakow, des Grafen Peter Schuwalow und noch anderer hoher russischer Würdenträger gesagt:

„Selbst wenn Sie in den Ostseeprovinzen alle bestehenden besonderen Rechte ohne Ausnahme abschafften und durch russische ersetzten, überall und in der letzten Behörde und Schule die russische Sprache gewaltsam einführten, so könnten Sie an demselben Tage, wo etwa eine hierauf bezügliche Reclamation unsererseits erfolgte, sich einfach auf uns und unser Verfahren in den neuen Landestheilen berufen, und wir müßten dies gelten lassen."

Das ist vollständig aus der Luft gegriffen. Für Jeden, der die in maßgebenden Kreisen üblichen politischen Verkehrsformen kennt, trägt das Citat nicht nur den Stempel der Erfindung, sondern auch der Unbekanntschaft mit jenen Formen an sich. In kleinstädtischen und sonstigen unkundigen Leserkreisen mögen dramatisirte Gespräche, wie sie „Speaker" und „Frankf. Ztg." auftischen, Eindruck machen, für jeden Politiker, der die geschäftlichen Gewohnheiten der Regierungen kennt, verfallen solche Mittheilungen der Lächerlichkeit schon wegen der Angabe, daß die betreffenden Gespräche in Gegenwart dritter Personen statt-

[1]) Mit Genehmigung der deutschen Reichsregierung übertrugen Mitte September 1892 deutsche Concessionare ihre Grundeigenthums- und Bergwerksgerechtigkeiten in Damaraland auf eine in England zu bildende Gesellschaft. Zwar wurde deutschen Ansiedlern und deutschen Lieferanten bei gleichen Bedingungen der Vorzug vor anderen zugesagt; aber in zarter Fürsorge für die Sicherheit des englischen Capitals in deutschen Colonien wurde von der Reichsregierung den Engländern auch noch eine Zinsgarantie von 4 Procent auf die Gesammtkosten anzulegender nothwendiger Eisenbahnen zugesagt.

gefunden hätten. Kein Diplomat, und wenn er auch nur kurze Zeit Secretair an einem kleinen Hofe gewesen ist, wird es für möglich halten, daß der Kaiser von Rußland in Gegenwart verschiedener Personen mit einem fremden Staatsmanne, wie Fürst Bismarck für ihn war, sich in eine Erörterung seiner inneren Politik einlassen sollte, noch dazu in einer für beide Theile so kitzligen Frage wie der baltischen. Dieselbe ist weder zwischen dem Kaiser Alexander und dem Fürsten Bismarck, noch zwischen diesem und seinem russischen Collegen Gortschakow jemals mündlich erörtert worden.

Aber auch die angeblichen Besprechungen, die im Jahre 1865 der damalige Herr von Bismarck mit dem russischen Botschafter von Oubril in Berlin über die baltische Frage gepflogen haben soll, und die der „Reichsbote" in seiner Nummer vom 13. d. M. wiedergiebt, würden, wenn sie wirklich stattgefunden hätten, da sie nicht stenographirt sein können, keinen Anspruch auf Genauigkeit haben. Die baltische Frage ist im Sinne dieser Auslegungen zwischen dem deutschen und dem russischen leitenden Minister nur einmal schriftlich zur Sprache gekommen, indem Herr von Bismarck seine vertraulichen Beziehungen zu seinem russischen Collegen, die damals noch als Ergebniß seines Petersburger Aufenthalts ungetrübt bestanden, zur Anregung der Sache glaubte benutzen zu können; die eigenhändige Antwort Gortschakow's war aber in dem Grade von Entrüstung über fremde Einmischung in innere russische Angelegenheiten gefärbt, daß man sich diesseits überzeugen mußte, den leidenden Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen durch Betonung landsmannschaftlicher Interessen nur zu schaden. Die Befürchtung, daß jede reichsdeutsche Einmischung Vorwände zur Verschärfung der Verfolgungen bieten würde, wurde von seinen baltischen Freunden, mit denen Fürst Bismarck jederzeit in Beziehung gelebt hat, seither stets aufs Lebhafteste getheilt, und Fürst Bismarck von diesen dringlich und wiederholt gebeten, ihre Lage nicht durch politische Einmischung zu verschlimmern und ihren Feinden in Rußland nicht neuen Stoff zu Verdächtigungen und Angriffen zu liefern.

Wenn sich die „Frankf. Ztg." übrigens selbst als Quelle der im Londoner „Speaker" aufgewärmten Erfindungen citirt, indem sie anführt, daß sie dieselben schon im Jahre 1887 gedruckt habe, so kann diese Priorität bei einem Blatte nicht Verwunderung erregen, das bekanntlich von jeher französischen Interessen mehr gedient hat als deutschen; im französischen Interesse lag im Jahre 1887 die Verleumdung der deutschen Reichspolitik. Der Verfasser der Enthüllungen im „Speaker" wird in den „Augsb. Neuest. Nachr." ein „dreister Stümper" genannt. Wir glauben, daß dieser Ausdruck richtig gewählt ist; nur ein „dreister

Stümper" in der Politik kann solchen Nonsens überhaupt produciren und von sich geben.

* * *

Ebenda findet sich auch eine Mittheilung über den Wortlaut der ursprünglichen Emser Depesche:

„Berliner Tageblatt" und andere Blätter reproduciren den angeblichen Wortlaut der „echten" Emser Depesche und stellen ihn in Vergleich mit dem in der Extraausgabe der „Nordd. Allg. Ztg." vom 13. Juli 1870 veröffentlichten Texte. Die ursprüngliche Depesche aus Ems, welche durch die damalige Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg." in nuce wiedergegeben wird, ist sehr viel länger und inhaltreicher als die Andeutungen, die der Bericht des Prinzen Radziwill darüber enthält. Sie war von Abeken redigirt, ihr Original wird sich in den Archiven des Auswärtigen Amtes ohne Zweifel vorfinden, ist aber bisher nicht publicirt worden. Zur Kenntniß des Prinzen Radziwill wird ihr Wortlaut schwerlich gekommen sein, so daß dieser sie bei seinen Aufzeichnungen, die jetzt irrig als die echte Emser Depesche bezeichnet werden, nicht benutzen konnte.

* * *

An die Adresse des „Berliner Börsen-Cour." werden dann noch folgende Zeilen gerichtet:

Der „Berl. Börsen-Cour." behauptet, Fürst Bismarck habe mit seinen Vorlagen in der Regel Geheimnißkrämerei geübt und sich in seinen Organen derselben mit Hinweis darauf gerühmt, daß die frühere Veröffentlichung der Vorlagen nur der oppositionellen Kritik bequemere Handhaben biete und ihr erleichtere, diejenigen Stellen zu finden, wo sie wirksam einsetzen könne. Es dürfte dem Berliner Blatte schwer werden, auch nur ein einziges Beispiel für seine Behauptung anzuführen, da im Gegentheil zu Fürst Bismarck's Zeit das System frühzeitiger Veröffentlichung der Vorlagen, wie in unserm neulichen Artikel betont, herrschend war, und vom Kanzler, wie aus seinen Reden ersichtlich ist, seinen Gegnern oft empfohlen wurde, die Vorlagen möglichst lange Zeit vor der Einbringung ins Parlament in ausgedehnter Publicität zu erörtern. Bei im Grunde guten Vorlagen könne das, so führte er oftmals aus, ihren Nutzen nur steigern, unzweckmäßigen Entwürfen gegenüber aber trage die öffentliche Besprechung dazu bei, daß die Schäden rechtzeitig erkannt und Abhülfe getroffen werde.

* * *

Zu den beiden Artikeln über die Militairvorlage (vgl. oben S. 215 ff.) bringen die „Hamb. Nachr." am 20. November (M.-A.) einen dritten:

III. Die „Nordd. Allg. Ztg." bespricht unsere Artikel vom 10. und 11. d. M. und äußert sich dabei in folgender Weise:

Die Abendausgabe der „Hamb. Nachr." vom 10. und die Morgenausgabe vom 11. d. M. bringen bemerkenswerthe Artikel „Zur Militairvorlage". Die Bedeutung derselben wächst durch den Umstand, daß man sich gewöhnt hat, in der Stimme der „Nachrichten" die des Altreichskanzlers hindurchtönen zu hören. Dadurch ist es doppelt werthvoll, bestätigen zu können, daß besagtes Blatt unumwunden durch seine Artikel die Nothwendigkeit der Verstärkung unserer Heeresmacht und den Willen dazu bethätigt.

Nur die Wege, welche die Militairverwaltung zur Erfüllung ihres Zwecks wandelt, sind von denen der „Hamb. Nachr." verschieden. Hoffentlich führen beide nach Rom. Die „Nachrichten"-Artikel verwerfen die nicht strict eingehaltene Durchführung der dreijährigen Dienstzeit in erster Linie als ein Abgehen von bewährten Ueberlieferungen unserer Armee und bezweifeln die Möglichkeit, für die verstärkte Kopfzahl das Lehrpersonal bereitstellen zu können. Hierdurch werde die Quantität vor der Qualität bevorzugt.

Warum handelt es sich denn eigentlich? Nach eigener Angabe des Blattes sind es per Compagnie etwa zwanzig Mann des dritten Jahrganges, welche mehr zur Entlassung nach zweijähriger Dienstzeit kommen sollen als bisher.

Bisher wurden etwa 60 Procent nach zweijährigem Dienst entlassen; jetzt sollen es 80 Procent sein, und zwar unter Fortfall der bisherigen Rekrutenvacanz. Dieses Plus von 20 Procent soll die gesammte Kriegstüchtigkeit unseres Heeres in Frage stellen können! Dabei übersieht das Blatt den Umstand, daß der neuen Einrichtung quasi als Aequivalent der Fortfall der ungenügenden Einrichtung der Ersatzreservisten zu gute kommt, ganz abgesehen von der Verjüngung aller Theile der Armee, welche zunächst an den Feind kommen. Auch ist es falsch, Kaiser Wilhelm I., Moltke, Roon unter die Verfechter der strict durchgeführten dreijährigen Dienstzeit bei der Infanterie zu stellen. Zu ihrer Zeit wurde bereits die Einrichtung der Dispositionsurlauber, d. h. der Zweijährigen bei der Infanterie, eingeführt und später erweitert. Die Armeeleitung hat nie Vortheile abgeleugnet, welche die stricte Durchführung der dreijährigen Dienstzeit einseitig militairisch bietet, sie hat aber schon längst von ihr aus Rücksicht auf den Steuersäckel absehen müssen. Eine Armee, welche annähernd der Durchführung der allgemeinen Heerpflicht entspricht mit dreijähriger Präsenz bei der Infanterie, wird zu kostspielig, und ihre Vortheile entsprechen heutzutage den pecuniairen Opfern nicht.

Da die dreijährige Dienstzeit schon längst nicht mehr bei der Infanterie zur Durchführung gekommen ist, sollte man bei der Besprechung der neuen Militairvorlage doch nicht immer wieder, wie es geschieht, vom Aufgeben alter bewährter Ueberlieferungen sprechen, sondern den Thatsachen gemäß nur von einer Erweiterung der Einrichtung der mit zwei Jahren zur Entlassung kommenden Mannschaft um etwa 20 Prozent.

Daß die Infanterie durch diese Erweiterung keine Einbuße an ihrer Qualität erleidet, und hierauf kommt es an, müßte schon aus dem einen Umstand hervorgehen, daß in Zukunft jeder Infanterist mindestens volle zwei Jahre bei der Fahne behalten wird, während bisher etwa 60 Prozent mit ca. einem Jahr und zehn Monaten loskommen. Die etwa doch vorhandene Einbuße der Infanterie an innerem Werth sollen überdem umfangreiche Uebungen im Beurlaubtenstand reichlich ausgleichen.

Nur dann würde unsere Infanterie bei der neuen Ordnung der Dinge leiden, falls die gründliche Ausbildung derselben durch Mangel an Lehrkräften nicht gewährleistet wäre.

Wie steht es nun hiemit? Die Unteroffiziersfrage ist unseres Erachtens lediglich eine Geldfrage. Verbessern wir das Loos der Unterofficiere während ihrer Dienstzeit und nach Ausscheiden aus demselben, und die Unterofficiersfrage ist gelöst. Schnell werden sich die vorhandenen Vacanzen füllen, denn einem ehrenvollen Stand, mit guten Existenzbedingungen ausgestattet, wird es nie an Bewerbern fehlen, und die Lust zum Waffenhandwerk lebt Gott sei Dank noch in deutschen Landen. Hierin kann die verbessernde Hand an die Vorlage gelegt werden, welche vielleicht noch nicht genügend den Gesichtspunkt der unbedingten Sorge für die gesicherte Zukunft der Unterofficiere vertritt.

Zur Besetzung der Bataillonscommandeur- und Compagniestellen für die zu errichtenden Bataillone steht ein reichliches und vortreffliches Material zu Gebote, und mit der Zeit werden sich die fehlenden Subalternofficiere auch finden. Der Uebergang wird Schwierigkeiten bieten, aber nicht so heikle, um ihretwegen die ganze Vorlage zu Fall zu bringen.

An Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit wird es in der Armee nicht fehlen, und schließlich genügen zur äußersten Noth zur Ausbildung einer Compagnie deren Chef und die Officiere, falls nur die nöthigen guten Unterofficiere vorhanden sind.

Mit der Erweiterung der Cadettenanstalten wird sich allmählich der Officiersmangel abschwächen und die Lust zum Officierstande bei der deutschen Jugend wieder zunehmen, falls nur die Gehälter der Hauptleute und Stabsofficiere und besonders deren Pensionen zeitentsprechend erhöht werden. Denn jeder Officier kann nicht Feldmarschall werden, aber auf eine Pension, die ihn befähigt, nach seiner Verabschiedung ein-

fach, aber standesgemäß weiter zu leben, sollte er Anspruch haben. Im Uebrigen wird die Aussicht auf Avancement bis zu den mittleren Sprossen der militairischen Stufenleiter durch die Vorlage im Verhältniß zu den hinzutretenden Officieren mindestens nicht verschlechtert.

Die „Hamb. Nachr." führen schließlich die Rede des General-Reichskanzlers vom 27. Nov. v. J. gegen jene Vorlage in den Kampf.

Was der General damals über Verwendung und Ernährung der Millionenmassen gesagt hat, wird er noch heute unterschreiben. Kein Mensch bestreitet, daß die Massen Begrenzungen nach Zeit und Raum unterworfen sind. Doch die Kriege der Zukunft werden Volkskriege in des Wortes wahrster Bedeutung sein und werden die Millionen nach und nach auf den Kampfplatz führen. Die gewonnenen ersten Schlachten mögen wohl den Keim des schließlichen Erfolges zuweilen im Schooße führen, den letzten Trumpf im Volkskriege spielt indessen die Zähigkeit, der letzte Mann und die letzte Kanone aus. Die gewonnenen Feldzüge und Schlachten eines ersten Napoleon konnten jenen Umschwung nicht hemmen, sobald die Völker beschlossen hatten, ihren letzten Blutstropfen an die Befreiung zu setzen. Nach den ersten großen Schlägen werden im Zukunftskriege immer neue Reserven die Stellen der Gefallenen ausfüllen müssen. Hüten wir uns, in die Lage zu kommen, in welcher Frankreich sich 70 und 71 befand, mit unausgebildeten Rekruten ins Feuer rücken zu müssen.

Wir bemerken dazu, daß wir allerdings, soweit Deutschland einer Verstärkung seiner Wehrmacht bedarf, zunächst mehr Gewicht auf die Qualität als auf die Masse der Truppe legen. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg." dafür eintritt, daß die Qualität unseres Heeres bei der Annahme der neuen Vorlage die gleiche bleibe, wie sie 1870 war und wie sie noch heute ist, so wollen wir den Beweis für das Gegentheil hier des Raumes wegen nicht weiter ausführen, da wir bisher bei Sachkundigen die Verminderung der Qualität durch die neuen Vorschläge von keiner Seite angezweifelt gefunden haben.

Wir haben nicht behauptet, daß der Ausfall eines Plus von 20 Prozent Dreijähriger „die gesammte Kriegstüchtigkeit unseres Heeres in Frage stelle", aber wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Ausfall von 23 älteren Soldaten —

soviel sind es bei den uns bekannten Compagnien — für den Dienst in Krieg und Frieden ein Nachtheil sei.

Für einen sehr viel stärkeren und für unser Urtheil entscheidenden Nachtheil aber halten wir das Mißverhältniß, welches bei so gewaltiger Steigerung der jährlichen Rekrutenzahl zunächst zwischen dieser und der Zahl der vorhandenen und bis jetzt in Aussicht stehenden Officiere und Unterofficiere eintritt. Es ist unmöglich, mit dem vorhandenen Lehrpersonale die dergestalt vergrößerten Massen in gleicher Güte wie bisher auszubilden. Die officiöse Presse geht in verschiedenen Artikeln über diese Frage mit Zusicherungen und Hoffnungen für die Zukunft hinweg. Mit Ueberraschung lasen wir darin die Behauptung, daß unser Officiercorps augenblicklich vollzählig sei. Wenn das der Fall wäre, so müßten die Ranglisten von 1892 einen erheblichen Procentsatz der vorhandenen Officiere verschwiegen haben; wir wollen von der Cavallerie nicht reden, aber bei der Infanterie sind nicht einmal alle Garderegimenter complet, wenn auch einige derselben Ueberschuß haben; bei der Linien-Infanterie aber zeigt die Rangliste fast durchgängig ein Manco in der Front, auch wenn man die zahlreichen Abcommandirten im Kriegsfalle sämtlich als zur Fahne eintretend ansehen wollte. Wir sehen in der Rangliste den Beweis, daß der Officierstand schon für den jetzigen Stand der Mannschaften unzulänglich ist, und würden nur nach vorgängiger Sicherstellung des vollen bisherigen und zukünftigen Bedarfs an Officieren und Unterofficieren für eine irgendwie erhebliche Erhöhung der Rekrutenzahl die Mitverantwortung zu tragen geneigt sein. Wir sind bereit, unter den beabsichtigten Verstärkungen und darüber hinaus diejenigen zu befürworten, von welchen wir annehmen dürfen, daß sie in den ersten Schlachten unseres nächsten Krieges zur Geltung gebracht werden können. Diese liegen aber heute ausschließlich auf dem Gebiete der Qualität, nicht dem der Quantität unserer Heere.

Der Artikel der „Nord. Allg. Ztg." legt unserer Ansicht nach zu wenig Gewicht auf die Bedeutung der ersten großen

Schlachten, die wir zu schlagen haben werden, und zu viel auf das, was er mit einem auf dem Papier vielleicht populairen Worte als den „zähen Volkskrieg" bezeichnet. In den Kriegen der Neuzeit, die wir erlebt haben, sind die ersten großen Schlachten durchweg maßgebend für den Erfolg des Feldzugs gewesen. Wenn wir 1870 die großen Schlachten an der Grenze und bei Metz nicht gewonnen hätten, so würde die Thatsache, daß wir damals im Lande viel mehr ausgebildete Mannschaften als Frankreich besaßen, uns doch kaum zu entscheidenden Erfolgen in einem „zähen Volkskriege" verholfen haben, den wir innerhalb der deutschen Grenze zu führen gehabt hätten und in welchem beide Armeen, auch die französische, auf unsere Kosten gelebt haben würden. Aehnliche Aufgaben faßt der Artikel ins Auge für den Fall, daß wir im nächsten Kriege anfangs geschlagen würden, wenn in der That unsere Truppen in der Qualität einem gleich starken französischen Heere sich nicht gewachsen erweisen sollten. Ihr innerer Halt und ihr Geist würden durch eine verlorene Schlacht nicht gefestigt und gehoben werden. Wir legen einen ganz entschiedenen Werth auf die Siegesbürgschaft, die im Gewinne der ersten Schlacht liegt. Der französische Volkskrieg, der unsere Invasion begleitete, war zähe genug, und den Gambetta'schen Rekruten hat es in der Regel auch nicht an Tapferkeit gefehlt, aber an Officieren und Unterofficieren, welche den Dienst kannten und sie auszubilden vermochten. Mit unserem jetzigen Bestande an führendem Personal würden wir auch unseren Bedarf für einen nach verlorenen Schlachten zu führenden „Volkskrieg" nicht decken können, auch wenn wir unser fechtendes Material vorher im Frieden militairisch ausgebildet haben. Dasselbe wird unvollkommen bleiben, soweit ihm der nöthige Etat an Unterofficieren und Officieren nicht geliefert werden kann.

Auch der böhmische Krieg wurde entschieden durch die ersten großen Schlachten, und ist in einen „Volkskrieg" so wenig übergegangen wie der italienische Krieg 1859 nach der Schlacht

bei Solferino. Selbst im Balkankriege hat der kriegerische Stamm der Türken vor dem Frieden von San Stefano bei allem Fanatismus einen Volkskrieg zur Abwehr der Russen nicht geführt. Auch für die Zukunft sind wir überzeugt, daß der Krieg in den ersten großen Schlachten die Chancen des Feldzuges präjudicirt und daß alle Kosten, die wir überhaupt in unserer jetzigen bedrückten Finanzlage aufzuwenden vermögen, ausschließlich auf die Qualität des Heeres zu verwenden sind, von welcher die Entscheidung beim ersten Zusammenstoße allein abhängen wird.

Der besprochene Artikel weist außerdem darauf hin, daß die „etwa doch vorhandene Einbuße der Infanterie an innerem Werthe" durch umfangreiche Uebungen im Beurlaubten-Stande reichlich ausgeglichen werden solle. Der Herr Verfasser ist wahrscheinlich Militair und unterschätzt deshalb die Lasten, mit welcher die Einziehung der Beurlaubten für das wirthschaftliche Leben nicht nur dieser und ihrer nächsten Angehörigen, sondern für die bürgerlichen Geschäftskreise, in denen sie thätig sind, und oft für ihre Zukunft verbunden ist. Es ist nicht nützlich, diese Lasten zu steigern.

Der Verfasser sagt ferner, „nur dann werde unsere Infanterie leiden, falls die gründliche Ausbildung aus Mangel an Lehrkräften nicht gewährleistet sei". Er nimmt aber an, die Unterofficiersfrage sei lediglich eine „Geldfrage" und die fehlenden Subaltern-Officiere „würden sich mit der Zeit auch finden". Wir glauben, daß in so entscheidenden Fragen, von denen gerade der Gewinn der ersten Schlacht abhängen kann, man sich nicht bei Conjecturen und Hoffnungen beruhigen, sondern absolut sicher gehen muß. Wir glauben mit dem Herrn Verfasser, daß zur Ausbildung einer Compagnie „deren Chef und die Officiere genügen, falls nur die nöthigen guten Unterofficiere vorhanden sind". Ja, wenn nun aber diese nicht vorhanden sind und auch die Officiere in zu geringer Zahl, dann kann auch der Artikel-Verfasser die Zuversicht zu den neuen Einrichtungen wohl nicht besitzen, mit der wir

wünschen, daß alle Militairs und das ganze Land dem nächsten Kriege entgegensehen.

Wir fürchten, daß die Vorlage in ihrer Gesammtheit, wenn sie jetzt trotz unserer schwierigen finanziellen Lage durchgedrückt werden sollte, keine Verbesserung, sondern eine Schädigung unserer Wehrfähigkeit herbeiführen würde. Wir glauben, daß es Aufgabe der Fractionen, welche überhaupt zur weiteren Verstärkung unserer Wehrkraft mitwirken wollen, sein wird, aus der Regierungsvorlage durch Anträge aus dem Hause alle diejenigen Positionen, welche zur Verbesserung der Qualität unseres Heeres dienen, behufs ihrer Bewilligung auszusondern, also in groben Umrissen: in erster Linie die Vervollständigung der Artillerie, die Erhöhung der Präsenz des Pferdestandes, und die Sorge für überschüssige Completirung unseres gegenwärtigen Bedarfs an Officieren und Unterofficieren. Erst wenn diese thatsächlich sicher gestellt ist, und nach Maßgabe der wirklich erreichten Verstärkungen unseres Officier- und Unterofficiercorps, würden wir es an der Zeit halten, an die Frage einer Erhöhung der Rekrutenzahl, also an die Vermehrung der Mannschaften heranzutreten. In militairischen Dingen möchten wir uns nicht mit Hoffnungen begnügen, sondern nur mit Sicherheiten rechnen. Die finanzielle Frage läßt sich ja dabei gleichzeitig im Lichte der Hoffnung auf Besserung ins Auge fassen; ihre Erledigung hätte logischer Weise der der militairischen vorhergehen müssen.

Bedenkt man die Folgen, welche ein für uns ungünstiger Anfang des Krieges für Deutschland haben könnte, macht man sich die Möglichkeiten und Consequenzen eines Einbruchs siegreicher französischer Heere in das Reichsgebiet klar, so wird man auch zu der Ueberzeugung gelangen, daß wir vor Allem dahin streben müssen, in den ersten großen Völkerschlachten zu siegen und zu dem Zweck jede finanziell mögliche Verbesserung der Qualität und der Kriegsbereitschaft des Heeres zu erstreben, unabhängig von der Frage, ob wir in 20 Jahren $^1/_2$ Million gedienter Leute mehr haben werden. Es ist zu

wünschen, aber nicht wahrscheinlich, daß der Krieg so lange ausbleibt.

* * *

Gleichzeitig mit Dr. Blum war der Rector der Nicolaischule in Leipzig, Professor Dr. Kaemmel, als Gast des Fürsten in Varzin gewesen, aber schon einige Stunden früher dort eingetroffen. Er veröffentlicht in den „Grenzboten" unter der Ueberschrift „Herbsttage in Varzin" eine anziehende Schilderung des patriarchalischen Lebens im Bismarck'schen Hause und der Eindrücke, die er dort empfangen hat. Wir citiren aus dem Artikel nur folgende Sätze:

Der Fürst sprach mit verhältnißmäßig hoher und nicht besonders starker Stimme ziemlich rasch, fließend und gleichmäßig; er stockte nur ein wenig, wenn ihm während des lebhaften Sprechens die Pfeife auszugehen drohte, dann hielt er an, setzte sie wieder in hellen Brand und hüllte sich in Rauchwolken, oder wenn sich ein besonders bezeichnender, kräftiger Ausdruck in ihm bildete, den er dann energisch hervorstieß. An solchen Wendungen war, wie immer, seine Rede besonders reich, und die Lebendigkeit seiner Darstellung erhöhte er noch dadurch, daß er Personen, mit denen er verkehrt hatte, bei der Schilderung einer solchen Unterhaltung stets redend einführte; es war dann als ob man die ganze Scene vor sich hätte. Fast noch merkwürdiger war mir der ruhig behagliche Plauderton, mit dem er auch Dinge behandelte, die ihn offenbar aufs Tiefste berührten. Selbst über seine Entlassung sprach er völlig ruhig und leidenschaftslos in so objectiver Weise, als ob er die Geschichte eines ganz anderen Menschen erzählte und nicht seine eigene; nur sehr selten zeigte er eine gewisse Erregung, nämlich da, wo er von Undank und Unwahrhaftigkeit berichten mußte. Dann hatte er etwas von einem grollenden Löwen. Wahrhaft hochherzig aber erschien mir die rückhaltlose Offenheit, mit der er zu mir sprach, wie zu einem Freunde, dem er ganz vertrauen könne. Aber er kann offenbar gar nicht anders, es wäre einfach wider seine ehrliche, grade, furchtlose Natur, zurückhaltend und wortkarg zu sein, und er müßte sich von allem Verkehr mit Fremden völlig abschließen, wenn er jeden Mißbrauch seiner Worte verhindern wollte, und das wäre ihm in seiner Landeinsamkeit und nach seinem Wesen doch auch unmöglich. Er darf aber doch wohl auch von seinen Gästen — und nur als sein Gast und Hausgenosse kann man in Varzin sein — erwarten, daß sie das Vertrauen ihres Wirthes zu schätzen wissen und es sich eben so wenig gestatten werden, Aeußerungen, die persönlich verletzen könnten, zu veröffentlichen, wie sie etwa solche aus dem vertraulichen Gespräche mit ein paar guten Freunden in die Presse bringen würden. Eine Aeußerung derart, auch die schärfste, nimmt sich völlig anders aus, wenn sie der Fürst im engsten Kreise im leichten

Gesprächstone giebt, als wenn sie schwarz auf weiß urbi et orbi verkündigt und nun von Hassern und Neidern bekrittelt und verdreht wird. Das leidige Sensationsbedürfniß hat diesem Manne gegenüber kein Recht.

Während er sprach, mußte ich immer wieder mit heimlicher Bewunderung auf den stolzen, charaktervollen Kopf blicken. Dabei hatte er auch noch Zeit, auf die kleinen Bedürfnisse seines Gastes zu achten, und er erhob sich selber, um nach der Klingel zu gehen und dem Diener zu schellen. Denn gütiges Wohlwollen ist ein Grundzug seines Wesens.

Er besprach anfangs die sociale Frage, verurtheilte jede Nachgiebigkeit gegenüber der Socialdemokratie, die sich selbst außerhalb des Rechts gestellt habe und deshalb nach dem Satze, den er als Deichhauptmann oft gehört habe: „Wer nicht will mitdeichen, muß weichen", behandelt werden müsse. Dabei wies er warnend hin auf die nach seiner Kenntniß keineswegs erfolglosen Versuche der Socialdemokratie, die Unterofficiere zu gewinnen, und auf die auch in dieser Beziehung besonders bedenklichen Verhältnisse in Hamburg, über die er ganz genau unterrichtet sei, und bezeichnete endlich die gegenwärtige Behandlung der socialdemokratischen Bewegung rund heraus als „leichtsinnig". Dann ging er auf die Entstehung der Arbeitererlasse Kaiser Wilhelm's II. ein, auf die Berathungen des Staatsraths und der internationalen Arbeiterschutzconferenz im Februar 1890, die er beide herbeigeführt habe, weil er gehofft habe, damit mäßigend zu wirken, doch darin bekannte er sich getäuscht zu haben. Im Zusammenhange damit entwickelte er die Geschichte seiner Entlassung und gab dabei mit wenigen Strichen eine Reihe haarscharf gezeichneter Portraits. Trotz allem äußeren Gleichmuth aber ging es doch fast wie ein Zug von Wehmuth durch das Ganze, und erschütternd wirkte es, als er rasch und scheinbar leichthin bemerkte: „Ich sehe sehr trübe in die Zukunft." Daß ihn die reinste Vaterlandsliebe bei jedem Wort erfüllte und daß sein Urtheil nicht etwa von dem Groll über seinen Sturz beherrscht wurde, sondern von der Sorge um des Reiches Wohl und Wehe, das trat mit greifbarer Deutlichkeit hervor. Er erschien mir wie ein erfahrener Steuermann, der das Ruder seines Schiffes anderen Händen hat anvertrauen müssen und nun sorgenvoll seinem Laufe mit den Augen folgt, weil er die Klippen und Untiefen sieht, die in der Ferne lauern.

* * *

Am 23. November bringt der Reichskanzler Graf Caprivi die Militairvorlage in dem Reichstag ein und giebt bei dieser Gelegenheit folgende actenmäßige Erklärung über die Emser Depesche ab:

Ich komme von hier auf eine Bewegung, die die Gemüther jetzt vielfach erregt hat, dadurch, daß in Bezug auf den Beginn des Krieges 1870/71 Publicationen und Aeußerungen stattgefunden haben, die geeignet sind, das

öffentliche Urtheil zu verwirren. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland und in erster Linie der Fürst Bismarck habe durch gewisse Manipulationen — man ist selbst bis zum Ausdruck „Fälschungen" gegangen, die in einer Depesche vorgenommen wären — fälschlich den Glauben erregt, daß Frankreich uns zum Kriege provocirt habe, während factisch wir und zunächst der Fürst Bismarck der Provocirende gewesen seien. Die ausländische Presse hat daran einen Entrüstungssturm geknüpft, der, wenn man diesen Zeitungen glaubt, die Ueberzeugung zurücklassen mußte, daß Alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug gewesen wäre.

Dem ist nicht so. Ich bin in der Lage, auf Grund actenmäßigen Materiales den Beweis zu führen, erstens, daß Deutschland Frankreich nicht provocirt hat, zweitens, daß der Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht hat, und drittens, daß, wenn von einigen Journalen behauptet, angedeutet worden ist, weil sie sich einen Vers aus der Sache nicht machen konnten, daß der alte Kaiser Wilhelm zu versöhnlich gewesen sei, oder vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entsprach, falsch ist. Ich rufe ins Gedächtniß zurück, daß der hochselige Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli 1870 in Ems befand, daß er da auf der Morgenpromenade von dem französischen Botschafter Graf von Benedetti angeredet wurde, daß der König ihm eine abweisende Antwort gab, daß der Graf Benedetti den Versuch, sich dem Könige zu nähern, wiederholte und der König seinen Flügeladjutanten schickte und sagen ließ, daß, wenn er nochmals eine Audienz nachsuchte, um auf die Sache zurückzukommen, der König sie ihm nicht gewähren werde.

Die Erzählung dieser Dinge ist niedergelegt in einem Promemoria, das der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet hat. Dieses Promemoria ist erst am 17. Juli in Berlin eingegangen, wie das Präsentat in den Acten ergiebt — und ich bin bereit, den Herren, welche es sehen wollen, die Acten hier vorzulegen —, dieses Promemoria des Flügeladjutanten ist dem Auswärtigen Amte nicht telegraphisch zugegangen, sondern am 17., also nach der Rückkehr des Königs, mit andern Dingen, die den Emser Aufenthalt betrafen, Dingen, die also schon überholt waren, überliefert worden.

Ich will mir jetzt erlauben, Ihnen zunächst die Depesche vorzulesen, die aus Ems am 13. Juli an den Fürsten Bismarck ergangen ist, also die sogenannte echte Depesche, die bisher nie publicirt worden ist, während die zweite, die der Fürst Bismarck dann auf Grund dieser echten an das Ausland gehen ließ, in der deutschen Presse schon früher publicirt worden ist. Diese erste Depesche trägt — und ich lege auch darauf Werth — die Actennummer A 2301. Es ist jedem Geschäftsmann bekannt, daß der Eingang und der Ausgang auf dieselbe Nummer kommt, daß also, wenn die zweite

Depesche dieselbe Nummer trägt, das auch ein Beweis dafür ist, daß die zweite Depesche unmittelbar aus der ersten hervorgegangen ist, ein Beweis, der übrigens auch durch die Sache geführt wird.

Seine Majestät der König Wilhelm I. war in Ems begleitet von dem Wirklichen Geheimen Legationsrath Abeken, und diese erste Depesche, die ich die Ehre haben werde vorzulesen, ist von dem Herrn Geheimrath Abeken abgefaßt. Ich habe hier in den Acten ein Concept von der Hand des Herrn Abeken und die Dechiffrirung, die daraufhin in Berlin vorgenommen worden ist. Die Depesche ist aufgegeben am 13. Juli 1870 3 Uhr 50 Minuten Nachmittags in Ems und angekommen in Berlin 6 Uhr 9 Minuten Nachmittags. Die Entzifferung lautet:

„Seine Majestät der König schreibt mir:

Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei."

Es bezieht sich dies darauf, daß Benedetti dem König gesagt hat, er wisse aus Madrid über Paris, daß die Hohenzollern'sche Candidatur zurückgezogen sei. Um die Zeit, als Benedetti das dem König sagte, hatte der König noch keine Nachricht darüber.

Nun fährt Herr Abeken fort:

„Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen."

— Nämlich der Fürst ist der alte Fürst von Hohenzollern. —

„Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

„Seine Majestät stellt Eurer Excellenz

— das ist der damalige Bundeskanzler Fürst Bismarck —

anheim, ob nicht die neue Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden sollte."

Der hochselige König Wilhelm läßt dem Grafen Bismarck den Sachverhalt darlegen und stellt ihm anheim, ob nicht zwei Dinge geschehen sollten,

die Forderung Benedetti's und ihre Zurückweisung den Gesandten und der Presse mitzutheilen. Das letztere ist geschehen.

Ich finde hier in den Acten eine Depesche, die Graf Bismarck Vater einem Beamten dictirt hat. Sie lautet:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Seine Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter weiter nichts mitzutheilen habe."

Also, nachdem Seine Majestät der König Wilhelm dem Kanzler anheimgegeben hat, diese zwei Dinge mitzutheilen, führt der Graf Bismarck diesen Auftrag aus und erläßt am 13. Juli 11 Uhr 15 Min. Abends die Depesche, die ich eben vorgelesen habe und die nun der anderen gegenüberzustellen ist und die sich lediglich als eine Ausführung der königlichen Anheimgabe charakterisirt, an die Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Hamburg. Noch in derselben Nacht aber, am 14. Juli früh 2 Uhr 13 Minuten geht in demselben Wortlaut die Depesche an die Gesandten in London, St. Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Konstantinopel. Es kann hier von einer Fälschung keine Rede sein; der Bundeskanzler führt aus, was der Monarch ihm aufgetragen hat, und führt das vollkommen correct aus.

Um nun aber die Insinuation, als sei der hochselige Kaiser Wilhelm nicht mehr der Mann gewesen, der selbst für seine Ansichten eingetreten wäre, entgegenzutreten, will ich noch einen zweiten Beweis liefern, einen Beweis von demselben Tage.

Nach der Unterhaltung mit Benedetti bekam der König Wilhelm ein Schreiben von dem damaligen Gesandten, Herrn von Werther aus Paris vom 12. Juli — ging ein in Ems am 13. Juli —, in welchem Herr von Werther eine Unterhaltung schildert, die er mit französischen Ministern gehabt hat, und die auch darauf hinauskommt, daß man sich mit der Hohenzollern'schen Entsagung auf den spanischen Thron nicht zufrieden geben könne, sondern noch einen weiteren Schritt verlange. Es ist hier ein eigenhändiges Billet des Kaiser Wilhelm an Herrn Abeken in den Acten enthalten von demselben 13. Juli:

„Es ist doch nothwendig, an Werthern zu chiffriren, daß ich indignirt sei über die Grammont-Ollivier'sche Zumuthung und mir das Weitere vorbehalte." (Lebhaftes Bravo.)

Es bleibt mir nun noch übrig, nachdem ich von dem Grafen Bismarck den Verdacht der Fälschung abgelenkt habe, nachdem ich gezeigt habe, daß Kaiser Wilhelm nicht der schwache Mann war, sondern daß er in seiner treuen Pflichterfüllung auch hier das Richtige getroffen hat — (Bravo!) —, der Beweis dafür, daß Europa damals die Sache so auffaßte, wie Deutschland und wie Kaiser Wilhelm.

(Es folgt noch eine Depesche des deutschen Botschafters in London Grafen Bernstorff und eine des deutschen Botschafters in St. Petersburg Prinzen Reuß an das Auswärtige Amt, in denen diesem mitgetheilt wird, daß Lord Granville und Fürst Gortschakow Frankreich für befriedigt halten und Deutschlands versöhnliche Haltung anerkennen. D. Verf.)

* * *

Die neue Militairvorlage will versuchsweise die zweijährige Dienstzeit einführen und damit eine Aenderung von grundlegender Bedeutung an der Armeeorganisation König Wilhelm's I. vornehmen. Angesichts dieses Planes bringen die „Hamb. Nachr." vom 27. November (M.-A.) folgende Mittheilungen:

> Kaiser Wilhelm I. und die dreijährige Dienstzeit. Der Kampf für die dreijährige Dienstzeit zieht sich durch die gesammte militairische Laufbahn Kaiser Wilhelm's I. wie ein rother Faden. Aus den Denkwürdigkeiten des General von Natzmer wissen wir, daß der damalige Prinz von Preußen als Corps-Commandeur schon im Jahre 1833 zum ersten Male gegen eine projectirte Herabminderung der Präsenzzeit nicht nur energisch Front machte, sondern sich sogar in ausgesprochenster Opposition zu seinem Königlichen Vater befand. An klarer Entschlossenheit läßt ein Brief des Prinzen an den General von Natzmer nichts zu wünschen übrig. In Bezug auf die erwähnte und geplante Herabsetzung der Dienstzeit heißt es wörtlich:
>
> „Ich habe mich sehr offen und bestimmt gegen den König über dies heillose Project ausgesprochen. Der Kronprinz und Prinz Karl desgleichen. So haben wir reussirt, daß die Sache in nähere Ueberlegung genommen wird."
>
> Die Vorgänge des 17., 18. und 19. Septembers 1862 sind erst kürzlich erschöpfend besprochen worden. Sie bilden den Höhepunkt des Kampfes, der Herrscher war eher zur Abdankung bereit, als dazu, seine Ueberzeugung zu opfern. Der König erklärte, nach seiner militairischen Erfahrung könne er es nach Pflicht und Gewissen nicht verantworten, auf die dreijährige Dienstzeit zu verzichten.
>
> Auch nach dem Jahre 1862 fanden mehrfach vergebliche Bemühungen statt, Aenderungen in der Dauer der gesetzlichen Dienstzeit herbeizuführen.

Eine der interessantesten, bis jetzt wenig bekannten Episoden fand im Jahre 1857 statt.

In der zu Anfang jenes Jahres tagenden zweiten Kammer bestand zu dieser Zeit große Neigung, die zweijährige Dienstzeit einzuführen, ein Umstand, der sogar zeitweise durch einflußreiche Unterströmungen vom Hofe Unterstützung und Nahrung erhielt. Selbst hochstehende Militairs erwärmten sich für die Idee und vertraten sie mehr oder minder offen. Die Mehrzahl dieser Officiere gehörte allerdings zu denjenigen, die in der Stunde der Gefahr am 18. März 1848 ihrem Könige zwar persönlich unbedingt treu und ergeben geblieben waren, indessen vom militairischen Standpunkte aus vollständig versagt hatten. Dies Factum erhärtet selbst der damalige Generaladjutant von Gerlach in seinen kürzlich erschienenen Memoiren, und dieser Herr hatte sicherlich keinen Grund, die Stützen seiner kleinen, aber mächtigen Partei unberechtigt anzuklagen. Mit tiefstem Kummer beobachtete der Prinz von Preußen die Vorgänge im Landtage, und er entschloß sich zunächst, eine Denkschrift über die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit auszuarbeiten. Diese Schrift wurde später nur in sehr wenigen Exemplaren gedruckt, aber sowohl das Manuscript wie der Druck befindet sich zweifellos im Staats- oder im Archive des Königlichen Hauses.[1])

Zu den höheren Officieren, welche für die zweijährige Dienstzeit Stimmung machten, gehörte auch der General von Prittwitz in Berlin. Er ließ eine von ihm anonym verfaßte, lithographirte Schrift in der zweiten Kammer vertheilen. Der Präsident von Schleinitz, der als Mitglied der Kammer gleichfalls ein Exemplar erhalten hatte, übergab letzteres dem Prinzen von Preußen, zu dem er in Folge der Ereignisse des 18. März 1848 in naher Beziehung stand. Der Prinz von Preußen schreibt nun unterm 6. Februar 1857 folgende Zeilen an den Präsidenten von Schleinitz:

„Sehr oft habe ich schwache Vertheidigungen einer schlechten Sache gelesen, aber das mir eingesandte — hierbei zurückfolgende Schriftstück ist doch zu schwach! Ich habe eine Widerlegung aufs Papier geworfen, vielleicht findet sich Jemand, der Ihrem Wunsche gemäß, der sehr, sehr richtig ist, eine Widerlegung der Schrift oder eine Vertheidigung der dreijährigen Dienstzeit schreibt und mein Werk als Material benutzt.

Ihr Prinz von Preußen."

Welche Unruhe und Sorge den Prinzen in dieser Angelegenheit er-

[1]) Sie ist gelegentlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. veröffentlicht worden: „Militairische Schriften weiland Kaiser Wilhelm's des Großen Majestät. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs herausgegeben vom Königlich Preußischen Kriegsministerium." Berlin, E. S. Mittler u. Sohn. 2 Bände. Mk. 16.—, geb. Mk. 20.

faßt hatte, beweisen die nächsten 4 Wochen, in denen er abermals eine neue Schrift gegen die zweijährige Dienstzeit selbst ausarbeitet und auch den Legationsrath Küpfer, einen früheren Militair, mit einer ähnlichen Arbeit betraut. Letzterer war zugleich Großgrundbesitzer im Kreise Wirsitz, Regierungsbezirk Bromberg, und hatte im Einverständniß mit dem Prinzen dessen Wahl zum Abgeordneten der Nationalversammlung für obigen Kreis durchzusetzen vermocht. Bekanntlich nahm der Prinz von Preußen zum ersten Male seinen Sitz in der Nationalversammlung am 8. Juni 1848 ein. Der Legationsrath Küpfer wurde später als Stellvertreter für den Prinzen einberufen. Unausgesetzt beschäftigt den Prinzen die Bekämpfung der zweijährigen Dienstzeit, wie die drei nachfolgenden Schreiben an den Präsidenten von Schleinitz bekunden.

„Berlin, 6. 3. 57.

Cito.

„Senden Sie doch auf meinen Wunsch dem Herrn Küpfer, Legationsrath a. D., meine heutige Beleuchtung der lithographirten Denkschrift und diese vertraulich mit, da derselbe einen Aufsatz der Art geschrieben hat. Wenn Sie diese Zusendung sogleich vornehmen, so kann sie dem Küpfer noch Anhaltspunkte geben.

Ihr Prinz von Preußen."

„Berlin, 7. 3. 57.

„Wenn Sie die lithographirte Pièce und meine Bemerkungen zu derselben noch nicht anderweitig zur Verwendung abgegeben haben, so wünsche ich sie wohl noch einmal zu besitzen, um sie wieder zu benutzen.

Ihr Prinz von Preußen."

In Folge des entschiedenen Auftretens des Prinzen fing die Stimmung an, sich zu wenden, und man begann einlenkende Entschuldigungen an ihn zu richten, wie nachstehendes Schreiben an Herrn von Schleinitz weiter erklärt:

„Coblenz, 23. 3. 57.

Was die Prittwitz'sche Affaire betrifft, so sind Sie meiner Ansicht nach außer aller Schuld. Sie haben mir diese Schrift übergeben als eine, die in der zweiten Kammer einzeln vertheilt wurde, doch natürlich, um die Mitglieder derselben gegen die längere Präsenzzeit zu stimmen. Denn wenn dies nicht die Absicht gewesen ist, warum wäre sie geschrieben und vertheilt? Was lithographirt und vertheilt wird, ist eine halbe Oeffentlichkeit. Warum soll nun die andere Seite schweigen, die in dieser Schrift einen Nachtheil für eine wichtige Sache findet? Diese

Logik und Consequenz verstehe ich nicht. Ich habe sehr eilig eine Widerlegung aufgesetzt, sie Ihnen gesendet und dann zurückgefordert, um sie zu einer anderweitigen Vertretung benutzen zu lassen, was von meinem Standpunkte aus eine Pflicht für die Armee ist. Und da ich hörte, als ich am 10. abreiste, daß am 13. die Discussion der neuen Vorlage beginnen werde, so war keine Minute zu versäumen, um vorwärts zu gehen, um den nachtheiligen Einfluß, den die Schrift in meinen Augen hervorbringen konnte, möglichst zu bekämpfen. Daß ein Militair und sage ein General der Autor der Schrift sei, erfahre ich zuerst aus seinem und Ihrem Brief; ich hatte keine Ahnung davon, da Sie mir den Namen expreß verschwiegen, so daß ich sie als von einem Laien geschrieben annahm. Warum indessen der General von Prittwitz übrigens so piquirt scheint, daß seine Schrift bekannt geworden ist, sehe ich nicht ein. Wer mit seiner Ansicht auftritt, namentlich um dieselbe im Abgeordnetenhause zu vertreten, muß dieselbe auch zu vertreten die Absicht und den Willen haben. So habe ich gehandelt, und das ist gewiß keine Kleinigkeit. Entschieden, dauernd und energisch bin ich für meine Ansicht aufgetreten und aus Popularitäts-Jagd von der Landesvertretung angegriffen worden, unbekümmert ob dem Kleinod Preußens, seiner Armee, ein unberechenbarer Nachtheil geschaffen wird. Will jetzt Herr v. P. seine Ansichten nicht vertheidigen, so muß ich ihm dies überlassen; wenigstens hätte er dann ganz schweigen sollen. In meinen Augen würde er viel besser thun, für seine Ansicht einzutreten, die ja, wie er schreibt, viele gewichtige Stimmen theilen, mit denen er Chorus machen würde. Die Entscheidung ist dann abzuwarten, die auch ich und Sie freilich mit großer Bangigkeit erwarten!

Ihr Prinz von Preußen."

Denjenigen, die heute die zweijährige Dienstzeit für nöthig halten, kann es nicht schwer werden, sich die betreffenden Ausarbeitungen des damaligen Prinzen Wilhelm zur Einsicht und zum Studium zu verschaffen. Die Behauptung, Kaiser Wilhelm I. sei unter Umständen geneigt gewesen auf die dreijährige Dienstzeit zu verzichten, ist unrichtig, durch Nichts erwiesen und eine willkürliche Auslegung einer aus dem Zusammenhange herausgerissenen Bemerkung.

* * *

Dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr." enthält eine scharfe Abwehr gegen das „Conservative Wochenblatt":

Ein mit G. unterzeichneter Artikel des „Conserv. Wochenbl." beschäftigt sich u. A. mit den Aeußerungen, die Fürst Bismarck in Be-

zug auf die Mühe gethan haben soll, die es ihm im September 1862 gemacht habe, um den König Wilhelm von seinen Thronentsagungs-Absichten zurückzubringen. Das genannte Wochenblatt schreibt:

„Man hörte hier (aus dem Hans Blum'schen Bericht), daß die Abdankungsurkunde schon unterzeichnet dagelegen hätte, bis sie der König auf die Bereitwilligkeitserklärung Bismarck's, das Ministerium zu übernehmen, zerriß, und man las ein Mal über das andere in dem Blum'schen Bericht von dem ‚äußerst niedergeschlagenen' oder ‚noch gebeugteren' König, den sein neuer Minister nur mit äußerster Anstrengung mit ‚Muth und Hoffnung' erfüllte, und dem er endlich durch ein glücklich getroffenes bon mot die feste Haltung wiedergab. Allerdings stehen dieser dramatisch bewegten Darstellung neben anderen Thatsachen die Mittheilungen des verstorbenen Consistorialpräsidenten Hegel entgegen, nach denen die Abdicationsabsichten des Königs schon in einer am 18. September, einen Tag vor der Ankunft Bismarck's in Berlin, abgehaltenen Kronrathssitzung (bei der Herr Hegel als Protocollführer fungirte) ihre Erledigung fanden und zwar in einer für das Andenken des Königs Wilhelm in keiner Weise empfindlichen Art — so daß bei dieser Partie der gesprochenen Memoiren des Fürsten Bismarck doch etwas von dem System der Lebensbeschreibung in Form von ‚Wahrheit und Dichtung' untergelaufen zu sein scheint."

Der Artikel beschuldigt den Fürsten Bismarck der „Wahrheit und Dichtung", indem er selbst an der Wahrheit vorbeigeht. Es ist Thatsache, daß am 19. September, als der König Herrn von Bismarck empfing, die wichtigsten Ministerposten außer dem Roon's erledigt blieben und daß der König in der That kein Mittel hatte, seine Politik durchzuführen. Der Artikel begeht eine insolente Verdächtigung der Wahrheitsliebe des Fürsten Bismarck, und wir richten an die Redaction des „Cons. Wochenbl." die Frage, ob sie Beweise für ihre Behauptung anführen kann. War etwa die Krisis zur Zeit der Besprechung des Königs mit Herrn von Bismarck beigelegt? Wollten an dem Tage die Minister von Bernstorff und von der Heydt etwa nicht demissioniren? Wahrheit und Dichtung ist ein Ausdruck, den man auf den Artikel des „Cons. Wochenbl." anwenden kann Angesichts der von seinem Verfasser erzeugten böswilligen Verleumdung.

* * *

Gewissermaßen eine Ergänzung zu dem oben (S. 236 ff.) mitgetheilten III. Artikel der „Hamb. Nachr." ist nachstehende Zusammenstellung, die sie am 25. November (M.-A.) veröffentlichen:

Der Mangel an Subaltern-Officieren. Officiös wird der schon jetzt fühlbare Mangel an Subaltern-Officieren mit Stillschweigen über-

gangen, oder behauptet, daß die Armee in dieser Beziehung versorgt sei. Letzteres ist indeß keineswegs der Fall. Es sollen für den Dienst in der Front bei jedem Linien-Infanterie-Regiment im Maximum vorhanden sein

| | |
|---|---|
| Hauptleute | 12, |
| Premierlieutenants | 12, |
| Secondelieutenants | 36, |
| zusammen | 60. |

Diese Zahl wird aber thatsächlich bei keinem Regiment auch nur annähernd erreicht. Wir haben auf Grund der preußischen Rangliste pro 1892 für jedes Linien-Infanterie-Regiment diejenige Zahl von Subaltern-Officieren festgestellt, die nach Abzug der (als Regiments- und Bataillons-Adjutanten, zur Kriegsschule u. s. w.) abcommandirten für den Frontdienst übrig bleiben. Wir wollen uns darauf beschränken, die Ziffern der ersten dreißig Regimenter der Reihenfolge nach, also nicht etwa unter Aussuchung derjenigen, welche die wenigsten Officiere im Dienst haben, hier folgen zu lassen:

| | Effectiv-Bestand: | Mithin fehlen: |
|---|---|---|
| 1. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 1 | 41 | 19 |
| 1. Pomm. Gren.-Regt. Nr. 2 | 47 | 13 |
| 2. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 3 | 42 | 18 |
| 3. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 4 | 38 | 22 |
| 4. Ostpr. Gren.-Regt. Nr. 5 | 41 | 19 |
| 1. Westpr. Gren.-Regt. Nr. 6 | 35 | 25 |
| 2. Westpr. Gren.-Regt. Nr. 7 | 37 | 23 |
| 1. Brandb. Gren.-Regt. Nr. 8 | 39 | 21 |
| 2. Pomm. Gren.-Regt. Nr. 9 | 40 | 20 |
| 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10 | 39 | 21 |
| 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11 | 43 | 17 |
| 2. Brandb. Gren.-Regt. Nr. 12 | 39 | 21 |
| 1. Westf. Gren.-Regt. Nr. 13 | 39 | 21 |
| 3. Pomm. Gren.-Regt. Nr. 14 | 41 | 19 |
| 2. Westf. Gren.-Regt. Nr. 15 | 38 | 22 |
| 3. Westf. Gren.-Regt. Nr. 16 | 34 | 26 |
| 4. Westf. Gren.-Regt. Nr. 17 | 41 | 19 |
| 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18 | 44 | 16 |
| 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19 | 45 | 15 |
| 3. Brandb. Inf.-Regt. Nr. 20 | 40 | 20 |
| 4. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 21 | 33 | 27 |
| 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22 | 39 | 21 |

| | Effectiv-Bestand: | Mithin fehlen: |
|---|---|---|
| 2. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 23 | 44 | 16 |
| 4. Brandb. Inf.-Regt. Nr. 24 | 40 | 20 |
| 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25 | 44 | 16 |
| 1. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 26 | 38 | 22 |
| 2. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 27 | 43 | 17 |
| 2. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 28 | 43 | 17 |
| 3. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 29 | 42 | 18 |
| 4. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 30 | 40 | 20 |

Bei den übrigen Regimentern ist das Ergebniß ähnlich. Es ergiebt sich daraus, daß die Linien-Infanterie-Regimenter jetzt statt der 60 Ausbildungsofficiere durchschnittlich nur 40 für den Dienst in der Front zur Verfügung haben.

Aus der Broschüre des Majors Keim geht (S. 33) hervor, daß das Verhältniß der Officiere zu den Mannschaften im deutschen Heere sich im Vergleich mit anderen Armeen wie folgt stellt:

Deutschland 1 : 24
Oesterreich 1 : 17
Italien 1 : 15
Frankreich 1 : 19

Dies für Deutschland ungünstige Verhältniß zwischen der Officiers- und Mannschaftsziffer wird sich im Kriege noch mehr zu Ungunsten der ersteren erhöhen, etwa auf das Doppelte, also:

Deutschland 1 : 48
Frankreich 1 : 38 u. s. w.

Bei den Berathungen im Reichstage über die Militairvorlage werden diese Zahlen nicht unbeachtet bleiben dürfen.

* * *

Am 28. November heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der officiöse „Hamburgische Correspondent" verbreitet folgende Wiener Depesche des officiösen Telegraphenbureaus über die Rede des Grafen Caprivi weiter:

„Wien, den 24. November. (Reut. Bur.) Das „Fremdenblatt" schreibt, die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers müsse einen tiefen Eindruck nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hervorrufen, sie sei imponirend durch ihren weiten Gesichtskreis, der sich darin eröffne, wie durch die natürliche Offenheit und patriotische Wärme, die sie von Anfang bis zu Ende durchdringe und sich stellenweise zu fortreißendem Schwunge erhebe. Die große Rede des Reichskanzlers fahre wie ein Sturmwind in die Bedenken, die gegen den Ausgangspunkt der

Militairvorlage seit Wochen erhoben worden, es werde für die Gegner der Militairvorlage eine schwere Aufgabe sein, die durch die Rede geschaffene Stimmung wieder zu verwischen."

Jeder, der diese Sätze liest, wird zu der Ueberzeugung kommen, daß die deutschen Officiösen noch Manches von ihren österreichischen Collegen lernen können.

* * *

An der gleichen Stelle wird eine phantasiereiche Aeußerung Liebknecht's etwas tiefer gehängt:

Auf dem socialdemokratischen Parteitage hat „Genosse" Liebknecht u. A. in Bezug auf den Fürsten Bismarck geäußert:

„Es ist nicht gelungen, den Socialismus vor den Wagen des militairischen Junkerthums zu spannen. Bismarck hatte Alles versucht, uns zu gewinnen. Marx sollte an die Spitze des ‚Staats-Anzeigers' treten, ich an der ‚Norddeutschen Allgemeinen' bleiben. Ich sollte alles Mögliche schreiben, sogar für Anarchismus. Das Bürgerthum sollte zwischen den Wogen des Despotismus und des Proletariats zerrieben werden. Darauf sollte das absolute Regiment erstehen."

Die Erfindung ist von verblüffender Dreistigkeit und verdient die Heiterkeit, mit der sie überall aufgenommen worden ist. Herr Liebknecht ist Socialdemokrat und braucht es als solcher mit dem Zeugniß nicht so genau zu nehmen; er sollte aber doch seiner Phantasie auf der Rednertribüne nicht gar zu weit die Zügel schießen lassen. Derartige persönliche Beziehungen zum Fürsten Bismarck, wie er sie fingirt, haben weder ihm noch Marx gegenüber jemals bestanden.

* * *

Neben dem soeben nach dem „Hamburgischen Corresp." citirten Dithyrambus des Wiener officiösen Telegraphenbureaus macht nachstehende Aeußerung der freisinnigen „Voss. Ztg." einen eigenthümlichen Eindruck:

„Noch sind keine drei Jahre hingegangen, seit auch langjährige Freunde des früheren Kanzlers jede Regung des Bedauerns über seinen Rücktritt sorgsam im Schrein ihres Herzens bewahrten und die entschlossene That des Kaisers als eine Nothwendigkeit, als einen Schritt zur Besserung anerkannten. Und heute? Fürst Bismarck wird gefeiert in Wort und Schrift wie nie zuvor. Die Regierung aber, der man ohne Voreingenommenheit, ohne Mißtrauen entgegenkam, deren Schwierigkeiten zu erleichtern nahezu alle Parteien beflissen waren, steht einer Opposition gegenüber, die nahezu von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten geht, ohne daß der Leiter der Politik von einer einzigen Partei sagen könnte, daß er sich auf sie verlassen darf."

* * *

Mancherlei Notizen bringen die „Hamb. Nachr." am 29. November (A.-A.). Die erste behandelt wieder ein erdichtetes Interview:

Man liest in den Blättern von einem französischen Interviewer Le Roux, der in einem Pariser Blatte „Journal" eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck publicirt haben soll. Der Bericht beruht durchweg auf Erfindung. Le Roux ist allerdings in Varzin gewesen, hat aber den Fürsten überhaupt nicht gesehen, sein Aufenthalt hat im Ganzen nur etwa zehn Minuten gedauert. Es scheint sich um einen zweiten Abranyi zu handeln, dessen Irrfahrt nach Schönhausen vor zwei Jahren von sich reden machte. (Vgl. Band I, S. 207 f.)

* * *

Gegen die „Köln. Volks-Ztg." wird bemerkt:

Bezüglich der Stellung des Fürsten Bismarck zur Militairvorlage schreibt die „Köln. Volks-Ztg.":

Neuerdings geben die „Hamb. Nachr." zu, daß Fürst Bismarck um die Verdy'schen Pläne gewußt habe, aber die Sache wird so dargestellt, als ob die Einzelheiten der Vorlage nur im Kriegs- und Finanzministerium bekannt gewesen seien, während sein Interesse in der Hauptsache auf die finanzielle Tragweite beschränkt geblieben sei. Es liegt indessen auf der Hand, daß bei der Stellung des früheren Reichskanzlers kein Kriegsminister es gewagt haben würde, an die Ausarbeitung eines so großen Planes heranzugehen, ohne dessen grundsätzliches Einverständniß."

Das clericale Kölner Blatt thut sehr unbekannt mit den Verhältnissen, die damals der Entlassung des Fürsten Bismarck voraufgingen; es sollte aus den vielen seitdem erfolgten Veröffentlichungen wissen, wie die Stellung des Kanzlers den Ministern und gerade gegenüber dem Kriegsminister war. Daß General von Verdy gegen dringendes Abrathen des Kanzlers zum Minister ernannt wurde, ist längst bekannt, und schon diese Thatsache genügt, um die haltlose Combination über die damalige Allmacht des Ministerpräsidenten richtig zu stellen.

* * *

Die dritte Notiz gilt dem „Berliner Tageblatt":

Das „Berl. Tagebl." veröffentlicht eine ihm angeblich aus Hamburg zugegangene Zuschrift über den Fürsten Bismarck, worin es u. A. heißt:

„Es ist in der That kaum glaublich, was der Fürst unternommen hat, um den Beweis seiner Unentbehrlichkeit zu erbringen. Offen und im Geheimen, in der Presse und in Privatkreisen, in Berlin und an vielen anderen Stellen, auch im Auslande sind Ränke gesponnen worden. Sollten dieselben einmal aufgedeckt werden, so wird man erst würdigen, wie unerschöpflich die Geduld der Regierung, wie groß die Dankbarkeit des Kaisers gegen den Rathgeber seines Großvaters ist."

Danach kann es nur dringend erwünscht sein, daß das „Berl. Tgbl." die Aufdeckung der „Machinationen" des Fürsten Bismarck möglichst bald vornimmt. Warum denn mit diesen Geschichten hinter dem Berge halten? Es empfiehlt sich doch, die verheißenen Schändlichkeiten ans Tageslicht zu bringen, anstatt sie dunkel anzudeuten. Mittelst allgemeiner Umschreibung en bloc läßt sich allerdings viel leichter lügen als mit Behauptung einzelner unwahrer Thatsachen.

* * *

Der „Frankf. Ztg." und ihren Gesinnungsgenossen auch aus dem ultramontanen Lager wird in den „Hamb. Nachr." vom 30. November (M.-A.) Folgendes entgegengehalten:

Die „Frankf. Ztg." bedient sich des Ausdrucks „Fanfaronade" in Bezug auf den Ursprung der letzten Zeitungs-Erörterungen über die Emser Depesche. Damit stellt die Zeitung in Frage, ob die Aeußerung des Grafen Moltke überhaupt stattgefunden hat. Man könnte dann ja auch in Zweifel ziehen, ob Graf Bismarck am 13. Juli 1870 mit seinen beiden Freunden Moltke und Roon überhaupt eine Besprechung gehabt hat, und man könnte auch noch weiter gehen in der Anzweiflung des Geschehenen. Hat aber Graf Moltke diese Aeußerung wirklich nicht gethan, so könnte daraus die „Frankf. Ztg." schließen, daß ihr eine vollständige Darstellung der Situation, wie sie Graf Moltke am Nachmittage des 13. Juli aufgefaßt hat, nicht vorliegt. Auf eine schärfere Beleuchtung derselben einzugehen, enthalten wir uns.

Jedenfalls ergiebt sich aus den Behauptungen, welche die Blätter von der Farbe der „Frankf. Ztg." und die ultramontanen von der Caprivi'schen Rede so lebhaft vertreten haben, von Neuem, daß alle diejenigen Elemente, für welche die Herstellung des Deutschen Reichs in seiner jetzigen Gestalt unwillkommen gewesen ist, gewünscht haben würden, daß der Krieg von 1870 mit allen seinen Consequenzen überhaupt nicht geführt, sondern der Friede auf der Basis der Emser Besprechungen erhalten worden wäre. Die kriegerische Wendung und deren Ergebnisse haben der demokratischen Politik, mag sie auf weltlicher oder confessioneller Basis stehen, und insbesondere den Sympathien der „Frankf. Ztg." nicht entsprochen; nicht nur der französische Krieg, sondern schon der von 1866 mit seinen Erfolgen paßte nicht in die Wünsche und Bestrebungen der Parteien, deren Blätter ihren Zorn über die von ihnen fingirte Fälschung so leidenschaftlich die Zügel schießen ließen. Wir wundern uns darüber nicht, wohl aber über die sittliche Entrüstung, mit welcher sie bei solchen Auffassungen das Prädikat reichsfeindlicher Parteien zurückzuweisen pflegen.

* * *

Am 3. December siedelt das fürstliche Paar von Varzin über Berlin nach Friedrichsruh über. Aus Berlin bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Bericht über den dortigen Aufenthalt (4. December, M.-A.):

Schon vor einiger Zeit war die Nachricht durch die Blätter gegangen, daß es in der Absicht des Fürsten liege, in den ersten Tagen des December von Varzin nach Friedrichsruh überzusiedeln. Heute Nachmittag nun erfuhr das Berliner Publicum, der Fürst würde einige Minuten vor 6 Uhr auf dem Stettiner Bahnhof eintreffen und, nach Ueberführung seines Salonwagens vom Stettiner nach dem Lehrter Bahnhofe, kurz nach 7 Uhr von letzterem die Fahrt nach Friedrichsruh fortsetzen. Trotzdem die Kunde des vorübergehenden Aufenthalts unseres größten Staatsmannes in der Reichshauptstadt so zu sagen erst im allerletzten Augenblicke weiteren Kreisen zugänglich wurde, hatte sich dennoch auf dem Stettiner Bahnhofe eine nach vielen Hunderten zählende Schaar von Verehrern und Verehrerinnen des Altreichskanzlers eingefunden. Hell und freudig richteten sich die Augen der erwartungsvoll Harrenden dem präcise in die hohe Halle einlaufenden Bahnzuge entgegen, dessen Beschluß der Salonwagen des Fürsten bildete. Die Schaaren des Publicums hatten sich inzwischen noch ununterbrochen vergrößert, denn Alles, was mit Local- oder Fernzügen auf dem Stettiner Bahnhofe ankam oder von dort abzureisen plante, drängte herzu, um wenigstens einen Blick auf die bewegte Scene vor dem Salonwagen des Fürsten zu erhaschen. Noch war der Zug nicht völlig zum Stehen gebracht, als auch schon die Begeisterung sich in Ausbrüchen des Jubels Luft machte. Im Nu war der Wagen umringt und blieb es, bis er sich zur Weiterfahrt nach dem Lehrter Bahnhofe in Bewegung setzte.

Man sah hinter dem dicht beschlagenen Spiegelglase des Waggonfensters die markigen Züge des Fürsten zum Vorschein kommen; er ließ mit eigener Hand die trennende Schranke herab und tauschte Gruß um Gruß. Seine mächtige Gestalt umhüllte ein bequemer Reiseanzug, auf dem Haupte trug er die bekannte Schirmmütze. Mit einem kräftigen „Guten Abend" und einigen Worten des Dankes für den ihm gewordenen freundlichen Empfang wandte sich der Fürst an die ihm Zunächststehenden. Er sah ungemein frisch und wohl aus; seine Stimme hatte von ihrer alten Kraft und Klarheit nicht das Mindeste eingebüßt. Obwohl der Fürst ohne jede besondere Anstrengung sprach, wurden seine Worte von den Anwesenden, auch denen, die im zehnten, zwölften Gliede Posto gefaßt hatten, völlig deutlich und scharf vernommen.

Für die nächsten Minuten hatte der Fürst Bismarck beide Hände voll zu thun mit der Entgegennahme der herrlichen Blumenspenden, die ihm von den anwesenden Damen dargereicht wurden. Auch die Fürstin Bismarck und die Gräfin Rantzau, die gleichfalls am offenen Fenster erschienen, wurden mit reizenden Blumensträußen bedacht. Die zwischen dem Fürsten und dem

Publicum in seiner unmittelbaren Nähe gepflogene Unterhaltung trug einen durchweg zwanglosen Anstrich. Auf die Frage: „Werden Durchlaucht in den Reichstag kommen?“ antwortete der Fürst:

„Warten wir es ab, es ist das eigentlich nichts für einen alten Mann.“

„Durchlaucht sehen aber prächtig aus,“ meinte ein anderer Sprecher.

„Ja, mir geht es auch ganz gut, aber wenn man alt wird, wird man steif, körperlich und geistig erst recht.“

„Na, na!“ wurde gerufen. „Man ärgert sich im Reichstag auch zu sehr,“ rief ein Anderer.

„Ach, ärgern thue ich mich nicht,“ entgegnete Fürst Bismarck.

„Aber wir,“ rief es aus der Menge.

„Das sollte mir leid thun.“

Demnächst ließ der Fürst sich mit einem ihm näher bekannten Herrn in ein längeres Gespräch ein, wandte sich dann zu dem mit Ueberbringung der Grüße des Landwehrvereins betrauten Dr. Weise, um von diesem zu vernehmen, daß der Landwehrverein einen alten festen Stamm von Bismarckverehrern umschließe.

„Das ist erfreulich,“ meinte lächelnd der Fürst.

So war unter Rede und Gegenrede im Fluge die fahrplanmäßige Zeit verstrichen. Wenige Minuten nach 6 Uhr setzte sich der Salonwagen des Fürsten unter den brausenden Hochs der Versammelten nach dem Lehrter Bahnhof in Bewegung.

Hier hatte der Zudrang des Publicums, das inzwischen aus den Berliner Abendzeitungen Näheres über die Durchreise des Fürsten erfahren hatte, noch, ganz andere Dimensionen gewonnen. Verhältnißmäßig nur Wenigen aber wurde es vergönnt, den Wunsch ihres Herzens erfüllt zu sehen, da die Polizei umfassende Absperrungsmaßregeln getroffen hatte. Der ganze Perron war dem gewohnten freien Verkehr entzogen und nur ein beschränkter Kreis konnte dem einlaufenden fürstlichen Sonderzuge sein Willkommen entgegenjubeln. Auch hier fehlten die Blumengrüße nicht, und dankend nahm der Fürst die Sträuße — „Knopflochrosen“, wie er sie nannte — in Empfang.

Der Erste, der sich dem Fürsten vorstellte, war der Abg. Enneccerus der seinen Namen nannte. Anscheinend hatte der Fürst ihn auch sofort erkannt, denn er sagte, während er ihm die Hand schüttete:

„Eigentlich hätte ich Sie schon an der Höhe erkennen sollen.“

Es folgte der Abg. Schoof und der Consul a. D. Weber, im Landtag Vertreter des Wahlkreises Jerichow II, in dem Schönhausen liegt:

„Ich freue mich, daß Sie sich hier eingefunden haben,“

sagte der Fürst. Mittlerweile waren die Thüren geöffnet worden, und nun eilten etwa 300 Personen, deren Zahl bis zur Abfahrt des Zuges noch erheblich anwuchs, auf den Salonwagen zu. Die Ersten, welche ihn erreichten,

waren zwei junge Damen mit Blumensträußen. Sie reichten kaum bis zum Fenster hinauf und mußten von den Umstehenden ermuthigt werden, sich bemerkbar zu machen. Bald hatten sie Courage genug, um „Durchlaucht, Durchlaucht!“ zu rufen, und als der Fürst, dem Rufe folgend, die Sträuße entgegennahm, sagte er anscheinend sehr erfreut:

„Rosen? wahrhaftig Rosen! das ist doch wirklich etwas Schöneres als das langweilige Chrysanthemum.“

Die Hochrufe wurden durch die Frage eines Bahnhofsbeamten unterbrochen, ob Fürst Bismarck nicht eine Erfrischung wünsche.

„Ein wenig Grog könnte Nichts schaden nach der langen Fahrt,“ meinte er dann, „wir bleiben ja wohl noch etwas hier, da kann ich ja inzwischen ein wenig aussteigen.“

Unter Vorantritt eines Polizeihauptmannes, geleitet von zahlreichen Damen, gefolgt von der jubelnden Menge begab sich Fürst Bismarck dann in die hellerleuchteten Kaiserzimmer, in welchen ihm die bereits genannten Abgeordneten Gesellschaft leisteten.

Der Fürst begann das Gespräch mit den Worten:

„Nun, die Herren haben ja jetzt in den parlamentarischen Körperschaften viel zu thun?“

und wandte sich dann zunächst an Herrn Schoof:

„Ich fühle, daß ich eigentlich meiner Pflicht als Vertreter meines Wahlkreises nicht ganz genüge, aber in meinem Alter habe ich mich so sehr an das ruhige Leben gewöhnt, daß es mir schwer fallen würde, jetzt nach Berlin zu kommen. Mit einer Wohnung in Berlin würde sich das wohl schon machen, aber ich scheue auch etwas die Anstrengungen. Ich stehe jetzt ganz allein und muß alles selbst machen. Früher hatte ich Mitarbeiter, und wenn ich etwas nöthig hatte, wie z. B. statistisches Material, so brauchte ich mich nur an den betreffenden Herrn zu wenden, der damit zu thun hatte. Mir fehlen jetzt die Hülfskräfte, um mir das nöthige Material für die Debatten, das ich doch wohl haben müßte, zu beschaffen.“

Hier warf der Abgeordnete Schoof ein: „Ich kann Eurer Durchlaucht versichern, daß unser Wahlkreis vollkommen beruhigt ist, so lange Eure Durchlaucht es nicht für nöthig halten, in dem Reichstag zu erscheinen.“

Als einer der Herren die Rede auf den Tod Lothar Bucher's brachte und auch des kürzlich verstorbenen Hamburger Bürgermeisters Petersen[1]) gedachte, fuhr der Fürst fort:

„Ich habe in diesem Jahre zwei meiner besten älteren politischen

[1]) Starb am 14. November 1892.

Freunde verloren, Petersen und Bucher, bei denen ich mir oft Rath geholt habe. Sie waren beide sehr kluge Leute, an denen ich viel verloren habe. Ich habe jetzt wenig Gelegenheit mich politisch zu unterhalten, namentlich nachdem auch meine Söhne mein Haus verlassen haben."

Humoristisch fügte er hinzu:

„Man kann sich in der Politik im Allgemeinen von seinen Söhnen ja auch weniger Rath holen, als umgekehrt." —

Das Gespräch blieb zunächst noch bei der Politik. Fürst Bismarck gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Militairvorlage nicht ohne Aenderungen angenommen werden würde, und fragte dann die Anwesenden:

„Was sagen Sie zu der Wahl in Arnswalde?"[1])

Einer der Herren antwortete, es müßten unter den für Ahlwardt abgegebenen Stimmen viele freisinnige gewesen sein, was schon daraus hervorgehe, daß die Deutschfreisinnigen über 3000 Stimmen weniger gehabt hätten, als bei der letzten Wahl, und die könnten doch nicht ohne Weiteres in die Erde gesunken sein. Der Fürst aber war der Meinung:

„Es werden sich wohl alle Parteien dabei betheiligt haben",

und äußerte nach der weiteren Bemerkung, daß der Rückgang der freisinnigen Stimmen um so auffälliger wäre, als der freisinnige Candidat ein sogenannter „guter Candidat" gewesen sei, die Ansicht:

„Die Wahl Ahlwardt's scheint mir ein Symptom der immer weiter um sich greifenden Unzufriedenheit zu sein."

Auf den Hinweis eines der Herren, daß bei der Wahl mit demagogischen, die Leidenschaften aufreizenden Mitteln gearbeitet worden sei, nickte der Fürst mit dem Kopfe und machte dann noch einige treffende Bemerkungen über seinen alten Freund und Gegner Herrn von Meyer-Arnswalde', der aber immer seine eigenen Wege gegangen sei und ihm auch manchen Kummer gemacht habe.

Consul Weber erzählte nun dem Fürsten: „Ich war im Kreise Jerichow, wo eine Kleinbahn gebaut werden soll. Ich habe mich gewundert, daß so viele Menschen in den Versammlungen waren, und habe den Eindruck gewonnen, daß dort die Leute im Großen und Ganzen recht wohlhabend sind."

Fürst Bismarck erkundigte sich, wie die Bahn gelegt werden solle, stimmte dem Consul bei:

„Sie haben Recht, dort ist noch solider bäuerlicher Wohlstand," und

[1]) Am 5. December war im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde an Stelle des verstorbenen Landrath Meyer in der Ersatzwahl Rector a. D. Ahlwardt mit 11206 von 14512 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden.

fuhr zu Herrn Schoof gewandt fort: „Aber so wohlhabend wie im „Alten Lande“ [1]) sind die Leute doch wohl nicht.“

Professor Enneccerus nahm dieses Wort auf und fragte den Fürsten, ob er schon einmal im 19. hannoverschen Wahlkreise gewesen sei. Auf die verneinende Antwort, die er erhielt, erzählte er dann, daß er den Wahlkreis bei der Wahl des Fürsten kennen gelernt habe, und rühmte die Naturschönheiten des Alten Landes und die Wohlhabenheit der Leute.

Fürst Bismarck wußte über das Alte Land gut Bescheid, namentlich über seine Obstcultur, und meinte von den Einwohnern:

„Das sind feste, prächtige Menschen, nicht wahr?“

Abgeordneter Schoof stimmte ihm bei: „O, das geht wohl an,“ und Prof. Enneccerus fiel ein: „Ja, das ist ein treuer und freiheitsliebender Menschenschlag.“ Der Fürst fuhr nun fort:

„Die Marschbewohner haben in früheren Zeiten schwere Kämpfe mit der Geistlichkeit zu bestehen gehabt, und die Kehdinger sind dabei fast zu Grunde gerichtet worden! Jetzt geht's ja wohl besser?“

Herr Schoof versicherte: „Von der haben wir jetzt nichts mehr zu leiden,“ und Prof. Enneccerus fügte hinzu, die Marschen seien von Alters Bennigsen's Wahlkreis gewesen. Durch die Wahl des Fürsten hätten sie ja auch jetzt wieder gezeigt, daß sie sich ihren selbstständigen und unabhängigen Standpunkt zu wahren wüßten.

Herr Schoof gab dem Prof. Enneccerus Recht und erzählte, wie der frühere hannoversche Minister Stüve mit dem König von Hannover einmal nicht zurecht kommen konnte und sich auf die freiheitsliebenden Marschbewohner berief, denen gegenüber er so etwas, wie der König wollte, nicht wagen könne, worauf der Fürst durch mehrmaliges freundliches Nicken seine Beistimmung ausdrückte. „Wir haben eigentlich,“ fuhr Herr Schoof fort, „die Hoffnung gehabt, Eure Durchlaucht hätten sich diesen vergangenen Herbst unsere Gegend mal angesehen, aber leider ist bei uns ja die Cholera dazwischen gekommen, und dadurch sind Eure Durchlaucht wohl am Kommen verhindert worden.“

„Ich wollte eigentlich im September kommen,“ erklärte der Fürst, „aber man konnte ja damals nicht reisen ohne Gefahr, daran gehindert zu werden. Nun, ich hoffe noch so lange zu leben, daß ich doch noch einmal hinkomme und Ihre Gegend besuche, wenn's geht, in der Zeit der Kirschenblüthe, wo sie ja am schönsten sein soll.“

Der Fürst ging dabei augenscheinlich von der Annahme aus, daß Herr Schoof im „Alten Lande“ zu Hause sei. Das „Alte Land“ ist ihm, als am nächsten bei Hamburg gelegen, gewiß am häufigsten von allen Bezirken, die zum 19.

[1]) „Altes Land“ ist Bezeichnung des im 12. Jahrhundert trocken gelegten Marschlandes in Kehdingen (Hauptort Jork), es gehört zum Wahlkreise des Fürsten Bismarck.

hannoverschen Wahlkreise gehören, genannt worden, zumal auch gerade von dort aus im vorigen Winter mehrere Vertrauenskundgebungen an ihn gelangten.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs bedauerte der Fürst Hamburg, das unter der Cholera so schwer gelitten habe.

„Wenn sich in dieser Zeit auch viel Mitleid gezeigt hat, so war doch auch viel Schadenfreude dabei, die zum Theil wohl aus Eifersucht entstanden sein dürfte und manches harte Urtheil über Hamburg hervorgerufen hat. Wenn andere Städte ein solches Unglück so plötzlich überfallen hätte, so würde es ihnen schwerlich viel besser gegangen sein."

Consul Weber beklagte, daß in Folge der Cholera das Geschäft sich theilweise von Hamburg weggezogen habe, aber Fürst Bismarck beruhigte ihn:

„Ich sehe die Cholera mehr wie eine Ueberschwemmung an, deren Folgen nach zwei Jahren verschwunden sein werden!"

Als zum zweiten Male zur Abfahrt des Hamburger Zuges, in den der Wagen des Fürsten eingereiht worden war, geläutet wurde, meldete der stellvertretende Inspector des Lehrter Bahnhofs, daß der Zug zur Abfahrt bereit sei. Fürst Bismarck verabschiedete sich mit den Worten:

„Ja, meine Herren, jetzt muß ich weiter. Ich freue mich, Sie gesehen zu haben und danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung!"

Im Salonwagen rief er nun zunächst ritterlich seine Gemahlin an das Fenster, die ihm in der Entgegennahme inzwischen neu angekommener Blumenspenden behülflich war. Der Ruf „Auf Wiedersehen! wiederkommen!" u. s. w. erhielt nur, wie auf dem Stettiner Bahnhof, eine Unterbrechung durch den lauten Zuruf: „Reichstag".

„Meine Herren, ich bin nicht vergnügungssüchtig," antwortete Fürst Bismarck schnell und fuhr fort: „Ich will jetzt lieber meinem Alter leben. Wenn man 55 Jahre dem Staate gedient hat und, wie ich glaube sagen zu dürfen, nicht ohne einige Anstrengung und einige Erfolge, dann hat man wohl das Recht, seine Tage ohne neue Arbeit beschließen zu dürfen. Ich meine, Sie gönnen mir das, und werde —"

die Fortsetzung ging der lauschenden Menge leider verloren. Denn plötzlich ließ die Locomotive ihren Pfiff ertönen und gleichzeitig setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Die Schutzleute sprangen hinzu, um zu verhüten, daß das nachdrängende Publicum unter die Räder gerathe, die Hochrufe schwollen mächtig an, durch den die Halle füllenden Rauch sah man das Tuch des Fürsten winken; nach wenigen Augenblicken lag die Halle wieder vereinsamt da.

Die Herren, die im Fürstenzimmer mit dem Fürsten gesprochen hatten, waren einig darin, daß er einen ausgezeichnet frischen Eindruck gemacht habe und vortrefflich bei Stimmung gewesen sei. Die wenigen Aeußerungen, die

über die eigentliche Politik fielen, that der Fürst in freundlichem und wohlwollendem, durchaus nicht aggressivem Tone.

* * *

Ueber die Ankunft in Friedrichsruh wird gemeldet:

In Friedrichsruh erfolgte die Ankunft des Zuges um 10 Uhr 20 Min. Der Bahnhof und der Vorplatz des Schlosses waren hell erleuchtet. Auf dem Perron hatte sich trotz des schlechten Wetters eine größere Anzahl von Personen eingefunden, um die hohen Herrschaften bei ihrer Rückkehr nach nahezu halbjähriger Abwesenheit zu begrüßen. Das frische Aussehen des Fürsten erregte allgemeine Freude, und sein guter Humor, der sich sofort beim Verlassen des Salonwagens äußerte, bewies, daß ihn die Reise von Varzin nicht im Mindesten ermüdet hatte. Die Herrschaften begaben sich sogleich in den bereitstehenden Wagen und fuhren unter den Hurrahrufen der Versammelten und der Zuginsassen nach dem Schlosse. Die ganze Reise ist, da über ihren Zeitpunkt nichts Bestimmtes bekannt war, ziemlich ruhig verlaufen.

# VIII. Periode:

## Friedrichsruh 4. December 1892 — 29. Juli 1893.

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 4. December (M.-A.):

Wir haben neulich die Unterredung, die ein französischer Publicist, Namens Le Roux, in Varzin mit dem Fürsten Bismarck gehabt haben will, für erfunden erklärt und hinzugefügt, daß er den Fürsten überhaupt nicht gesehen hat; sein Aufenthalt in Varzin hat überhaupt nur 10 Minuten gedauert, er ist nicht einmal ins Schloß gekommen, sondern draußen abgewiesen worden. Inzwischen liegt uns der Wortlaut des Berichtes vor, welchen Monsieur Le Roux in dem Pariser Blatt „Le Journal" über seinen Besuch in Varzin veröffentlicht hat; wir haben uns die Mühe gemacht, ihn zu übersetzen, weil es nützlich ist, einmal an einem eclatanten Beispiel zu zeigen, mit welcher verblüffenden Ungenirtheit in der Presse gelogen wird. Als Beweis der edlen Dreistigkeit, die speciell Monsieur Le Roux beseelt, theilen wir mit, daß dieser Herr sein Phantasie-Interview auch noch persönlich nach Varzin eingesandt hat!

Der Bericht ist in Form eines Briefes an den Herausgeber des „Journal" gekleidet und lautet mit geringen Streichungen in der Uebersetzung wie folgt:

Mein lieber Freund!

Am vorigen Donnerstag sprachen Sie mit mir von der Aufregung, welche die Offenbarungen, mit denen Fürst Bismarck Herrn Max Harden soeben beehrt hat,[1]) in der europäischen Presse hervorgerufen haben. Es würde gewiß von Interesse sein, die Ansicht eines gewissen Jemand über die Emser Depesche zu erfahren....

— Welches Jemand?

— Des Fürsten Bismarck selbst.

[1]) Von uns oben S. 183—188 wiedergegeben.

Ich muß gestehen, ich forderte fünf Minuten Bedenkzeit. Ich erinnerte mich nämlich einer Anekdote, die einmal durch die deutsche Presse die Runde machte. Ein ziemlich anständiger Herr von correcter Haltung hatte sich einst an der Pforte des Fürsten Bismarck eingestellt, um eine Audienz zu erbitten: „Aber wenn ich Ihnen nun sage, daß der Zutritt verboten ist," erwiederte der Cerberus. Indeß der Herr von correcter Haltung bestand etwas schüchtern auf seinem Verlangen und sprach: „Es muß doch angehen, weil ich der König von Sachsen bin!...." „Der König von Sachsen! Dann warten Sie einen Augenblick..."

Ich, Hugues Le Roux, bin nun freilich nicht der König von Sachsen und fürchtete, daß mein Schildwachstehen an der Bismarck'schen Pforte sich etwas verlängern könnte. Aber fünf Minuten Bedenkzeit sind wohl geeignet, im menschlichen Temperament die möglichen Hindernisse zu beseitigen, und mir steht, wenn ich mich nicht irre, der Instinct eines Jägers zu Gebote. Und somit antwortete ich Ihnen: „Nun gut, morgen reise ich ab."

Am Sonnabend Morgen stieg ich im Bahnhof zu Hamburg aus. Gut unterrichtete Leute hatten uns versichert, daß ich den Fürsten in unmittelbarer Nähe von Hamburg, in Friedrichsruh, antreffen würde. Aber diesmal hatten die gut unterrichteten Leute sich geirrt. Fürst B. war noch nicht in seinem Winterquartier Friedrichsruh eingetroffen. Gegen seine Gewohnheit hatte er seinen Aufenthalt in Varzin verlängert.

„Wo liegt das, Varzin?"

Tief in Hinterpommern. Uebrigens bereue ich sie nicht, diese fünfzehnstündige Eisenbahnfahrt von Hamburg nach Schlawe; denn die Eisenbahn hat doch einen echt pommerschen Reiz. Die Trostlosigkeit dieser Einöde hat mir Geist und Sinn auf die Eindrücke vorbereitet, die ich für den nächsten Tag zu erwarten hatte. Dieses Pommern ist das reine Nichts. Die bleiche Erde wird hie und da unter dem Grase sichtbar, und es sieht aus, als litte das Land am Aussatz. Von Lübeck an liegt der Nebel so tief, daß ich auf den Stationen, wo ich ausstieg, mit dem Hut an die Himmelsdecke stieß. So gleitet man stundenlang, meilenlang zwischen dem düstern Erdboden und dem niederdrückenden Gewölk dahin. Die Decoration ist so unveränderlich, daß der Zug sich kaum zu bewegen scheint; auf ein Tannengehölz folgt sandiges Haideland; dann eine unter Wasser stehende Wiese, dann wieder ein Sumpf mit schmutzfarbigen Binsen. Man wundert sich, daß man nicht eine Meute von Hunden erblickt, in deren Mitte ein mit dem Tode ringender Hirsch verendet. Wo die Augen des Körpers nichts Lebendes finden, haben die Augen des Geistes ihre Visionen: auf diesen endlosen Flächen spielt die Sage von den Walküren. Unter Geschrei und Hörnerklang jagen sie Tag und Nacht dahin, während die Kämpfer sich ausruhen. Und dort hinten am Horizont ziehen grauliche Schwärme von Krähen eiligen Fluges ihrer grausamen Beute entgegen.

Hinter allen diesen Nebeln und allen diesen Erscheinungen haust der alte Herr, selbst eine Gestalt der Sage. Diejenigen, die ihn vom Schauplatz der Geschichte mit ihrem grellen Lichte fortgewiesen, haben geglaubt, daß der Nebel, der manchen Menschen zu den Göttern erhebt, diesem Manne etwas von seiner infernalischen Willenskraft rauben

würde. Der Rückschlag hat indeß die Gestalt des Kanzlers noch erhöht, ohne seine Kraft zu schwächen. Er hat noch immer Gedanken und denkt bisweilen laut. Dann übertönt der Klang dieser Stimme, der durch das Schweigen der pommerschen Wildniß verzehnfacht wird, sogar die gebieterischen Worte des jungen Kaisers.

Endlich, am Sonntag Abend um Mitternacht, habe ich Schlawe erreicht. Der Gastwirt stellt mir für den nächsten Tag einen Wagen mit Pferden in Aussicht, von denen er mir Wunder verspricht. — „Denn der Weg bis Varzin (spr. Farzin) ist wenigstens drei Stunden lang, und es wird eine kalte Partie werden." —

Was mich aber warm hält, ist ein Brief, den man mir von Hamburg an eine vertraute Person aus der Umgebung des Fürsten mitgegeben hat. Und unter meiner Reisedecke zusammengekauert, lasse ich die Landschaft an meinen Blicken vorübergleiten. Es sind immer dieselben mageren Culturen, derselbe kahle Erdboden, dasselbe Panorama heraldischer Jagden. Der Schmuck der Edelsitze, an denen ich vorüberkomme, besteht aus Hirschgeweihen mit den Daten der Jagden. Einige der Jäger begegnen mir in offenen Jagdwagen: Herren mit lachsroten Wangen und blonden Schnurrbärten, die aus mächtigen Pelzkragen hervorstarren. Auf dem Bock sitzt der Kutscher in militairischer Haltung, und die hochbeinigen Gäule traben über den gefrorenen Boden. Von Zeit zu Zeit taucht auch ein Bauerwagen auf — es ist schon der echt russische Karren, ein Korbkasten auf vier fast gleich großen Rädern. Die Frauen sind in wollene Tücher gehüllt, die Männerköpfe bis an die Augenbrauen in Pelzmützen vergraben. Die Bauerjungen, die auf den Sumpflachen schlittern, sehen aus wie Päckchen von grellrother und kastanienbrauner Strickwolle.

Mein Wagen lenkt in ein kleines Gehölz ein, auf einen Fahrweg mit stark ausgefahrenen Geleisen. Bald zeigen sich landwirthschaftliche Gebäude, eine Remise, ein Pferdestall. Auf eine Wendung des Kutschers zur Rechten erscheint ein verfallenes Haus. Ich klopfe ans Wagenfenster und sage: „Fahrt doch weiter!" — „Aber hier sind wir ja zur Stelle." Hier? Hier wohnt er, der Mann, der in seiner Hand die Karte von Europa zurechtgeknetet hat? — Man hatte mir schon vieles von seiner Einfachheit, von dem bäuerlichen Anstrich seines Lebens erzählt; aber in der That diese ärmliche Schlichtheit hat doch meine Erwartung übertroffen. Stellen Sie sich ein kleines Gartenhaus vor mit zwei kurzen Flügeln und einem einzigen Stockwerk; inmitten der Fassade eine schlechte Markise und ein paar Stufen. Frische Tünche überkleidet kaum die Risse und die Feuchtigkeit des Gebäudes; Fensterladen und Rahmen sind hellbraun gestrichen. Zur Linken bemerke ich in einer halb offenen Thür einen Mann mit rothem Gesicht in grünen Sammet gekleidet, gestiefelt bis an den Bauch für die Jagd. Ueberreste von Blumensträußen hängen am Balkon der Veranda, deren Bänder vom Regen verblaßt sind. Das sind die berühmten Blumensträuße, welche junge Mädchen auf die Bahnhöfe brachten, als der alte Kanzler auf seiner Rückreise aus Oesterreich seinen Triumphzug durch Deutschland hielt.[1])

[1]) Hierin irrt sich der Verfasser; es sind die Blumen und Kränze vom Erntefeste gewesen, die die Veranda schmückten.

Jetzt sind von diesen Huldigungen nur noch das Stroh und die Drahtfäden übrig. Man könnte sie auch mit Kränzen vergleichen, die auf Gräbern verwittern.

Indessen habe ich meine Karte abgegeben, und es kommt Jemand drinnen die Treppe herunter. Es scheint, daß ich zur rechten und doch wieder zur unrechten Stunde komme: zur unrechten, insofern der Fürst seit vierzehn Tagen in ganz verwünscht schlechter Laune ist. Seine üble Gesundheit hat ihn verhindert, sich zur gewohnten Jahreszeit nach Friedrichsruh auf die Reise zu machen; andrerseits hat er allen eingeladenen Freunden abgesagt. Gleichwohl komme ich wieder zur rechten Zeit; denn es ist gerade die Stunde, wann der Fürst ausgeht, um seinen einsamen Spaziergang zu machen. Man weiß indeß nicht, ob er heute frische Luft schöpfen wird; das sagt er Niemand vorher, aber wenn er überhaupt ausgeht, muß er jede Minute kommen.

Und gerade in diesem Augenblick richtet der große Hund, der seit einigen Minuten um uns herumstreicht, den Kopf empor und wendet das unruhige Ohr der Markise zu, weil er einen Tritt gehört hat. Da kommt sein Herr und Meister.[1])

Warum soll ich es nicht gestehen? Mir flößte diese Begegnung ebenso viel Furcht ein, wie ich mich darnach gesehnt hatte. Mir sind viele Größen der Erde ganz nahe zu Gesicht gekommen, ich habe sie immer wie Menschen unseres Gleichen angesehen. Aber für uns alle, die wir in der schrecklichen Kriegszeit kleine Kinder waren, ist er der Menschenfresser geblieben. Wir hatten in unseren Betten bei dem Gedanken gezittert, daß er sich mit seinen Riesenschritten nähere; auf den Knieen unserer weinenden Mütter hatten wir Gott um seinen Tod angefleht. Und diese ganze Kinderangst lag mir wieder auf dem Herzen, als ich hörte, wie er mit seinem schweren und langsamen Riesenschritt herankam.

Er gehört zu denjenigen Menschen, deren unbewegliche Züge den Zeichner in Versuchung führen; aber kein Bild von ihm kann das Leben dieses Auges wiedergeben. Vom Augenlid nach oben umrandet und ohne sichtbare Wimpern unter Augenbrauen hervortretend, die ebenso struppig sind wie der Schnurrbart, sieht dieses Auge uns um die Ecke an, mit einem schrägen Blick, den die Lateiner mit torvus bezeichneten. Heute, in vorgerücktem Greisenalter ist dieses Auge noch so glänzend, daß der Glanz die Farbe desselben zurücktreten läßt. Aber der Blick des Auges ist hart, weil es eine grimmige Seele widerspiegelt.

Der breite Rand des grauen Filzhuts, den er sich aufgestülpt hatte, hatte mich anfangs verhindert, seine Stirn zu sehen. Er lüftete ihn, und da gewahrte ich die tiefen Furchen, in welche die Geschichte eines halben Jahrhunderts sich eingegraben hat. Diese Stirn übertrifft alle anderen Stirnen; sie neigt sich schräg herab inmitten der gewaltigen Brauen und verbindet die parallellaufenden Runzeln der Stirn mit den Falten der Nase: es sieht aus, wie ein vernarbter Messereinschnitt in einem Baume. Wenn Unmut oder

---

[1]) Bekanntlich hat Fürst Bismarck zwei Hunde (Tyras und Rebekka) stets um sich; daß Monsieur Le Roux nur von einem spricht, genügt für Jeden, der mit diesen Verhältnissen vertraut ist, die Erzählung als unwahrscheinlich zu erkennen.

auch nur eine Aeußerung der Willenskraft diese Furchen in Bewegung setzt, so möchte man sagen, daß die Stirn sich hebt und die Brauen in Wirklichkeit sich emporsträuben.

Der Fürst, der in seinem Anzug sehr vernachlässigt war, trug an der Stelle eines Hemdkragens eine ziemlich lose und schlaff umgebundene weiße Halsbinde; am Leibe trug er einen weiten Ueberrock und einen langen, eisenbeschlagenen Stock in der Hand. Von Hamburg aus hatte ich ihm den Zweck meines Besuches angekündigt, und daran hatte man den Fürsten erinnert. So redete er mich denn in sehr reinem Französisch an: „Wie? Dieser Artikel von Harden? Darüber habe ich schon alles Nöthige gesagt, und Weiteres giebt es nicht." — Dann die Achsel zuckend: „Kindisch ist es, wie diese Diplomaten und Zeitungsschreiber sich darüber aufgeregt haben. Wer glaubt denn im Ernst, daß man wegen einer Depesche den Krieg erklärt? Narren sind es, die keine Geschichte kennen und nicht einmal wissen, was das Leben ist! Ich brauchte einen Krieg, um alle deutschen Münzen im Feuer umzuschmelzen. Der erste Vorwand, der sich mir bot, war willkommen . . . Wenn's mit diesem nicht gegangen wäre, hätte sich ein anderer gefunden." . . .

Wir stiegen den ziemlich steilen Weg hinan, auf dem ich herabgekommen war, und der Fürst sprach in kurzen Sätzen, indem er beim Steigen etwas außer Atem kam. Vor uns lief der große Hund und raschelte im dürren Laube. Dann kehrte er wieder springend zu seinem Herrn zurück und bellte ihm ins Gesicht.

Plötzlich fiel es mir auf, wie beide einander ähnlich sahen; ohne Zweifel verdeckt dieser auf beide Lippen herabwallende Schnurrbart die Spitzzähne einer Ulmer Dogge; dasselbe weiße Haupt, von dem greise Haare herabhängen. Und wenn das Thier aus dem Schlummer erwacht, knurrend von den Pfoten das finstere Haupt erhebt, füllt sich das Auge mit Blut, es zeigen sich die Schneidezähne, und der alte Hund erkennt Niemand, nicht einmal seinen Herrn.

Indessen steckte mir eine Frage in der Kehle; aber wie sollte ich sie formuliren? Durfte ich sagen: Wie kommt es, daß Sie diese Lüge gewagt haben? Er kam zum Glück selbst darauf; denn Greise schwatzen gern, und der Kanzler, der auf den Bahnhöfen über die Blumensträuße junger Mädchen geweint hat, ist jetzt nicht mehr jener eiserne, von einem fehlerlosen Panzer umgürtete Mann.

„Ich mußte den König zum Entschluß bringen. Er hielt etwas auf sein Recht, aber lange Zeit verschloß er die Augen; man mußte sie ihm also mit Gewalt öffnen. Dann faßte er die verzweifelten Entschlüsse eines unentschlossenen Mannes. Wenn man ihn erst auf die rechte Fährte gebracht hatte, konnte man ihn seinen Weg gehen lassen". . .

Wir waren an eine früher weiß angemalte Bank gekommen, die jetzt feucht überzogen war. Herr v. Bismarck setzte sich schwerfällig nieder und hielt beide Hände über den Stockknopf gekreuzt. Sein Gedanke war uns ausgegangen; er grinste bei irgend einer Erinnerung an die Vergangenheit. Ohne Zweifel stand ihm der alte Kaiser vor der Seele. Und indem er sich den Schnurrbart über den furchtbaren Schneidezähnen in die Höhe strich, that ich einen Einblick in das Innerste dieser Seele. Herr v. Bismarck hat seinem König gedient, weil das königliche Vertrauen den Nachdruck seines Handelns

verzehnfachte — weil die Mittelmäßigkeit der liberalen Opposition ihn in der Dunkelheit gelassen hätte. Keine Secunde hatte er ihn geliebt, weder ihn noch sonst Etwas, nicht einmal sich selbst. Man würde das Genie des Herrn v. Bismarck verkennen, wenn man ihn als ehrgeizig hinstellte. Er ist etwas mehr gewesen, als stolzerfüllte Intelligenz, er war eine Kraft.

Die Naturforscher lehren uns, daß der Kampf ums Dasein, der Sieg des stärkeren Elements sich auch bei den niedersten Lebewesen in der Meerestiefe als das göttliche Gesetz des Fortschritts offenbart. Bismarck ist für das umgestaltete Deutschland zum natürlichen Sauerteig geworden, der jede Lebensäußerung dahin bringt, aus der Nacht zum Licht, aus der Bewußtlosigkeit zum Bewußtsein, aus der Verzettelung der Kräfte zur gewollten Einheit emporzusteigen. Mit der Unverantwortlichkeit der Schicksalsbestimmung hat er dies Werk zu Stand gebracht. Und wir Andern, die er bei Seite gestoßen, ja beinahe zermalmt hat, wir denken mitunter: wenn es einen Gott giebt, was wird ihm dieser Mensch für eine Rechenschaft ablegen können?

Die Vorsehung wird ihm jene Nachsicht schenken, die sie einem Flusse gewährt, der die Ernte hinwegschwemmt, oder dem Vesuv, der Pompeji und Herculanum verschüttet hat. Er wird seinen Platz unter den Elementargewalten einnehmen, unter Attila, der Gottesgeißel, oder dem Schwarzen Tode des Mittelalters. Wir wollen nur hoffen — und die Hoffnung erleichtert das Leben —, daß es eine der letzten Zuckungen des Gottes Ahriman ist, des bösen Geistes, der seit Anbeginn der Tage die Gerechtigkeit des Lichtgottes bekämpft. Ja, das wollen wir hoffen.

Auf dem Wege nach Schlawe begegneten mir viele kleine Kinder; sie kamen aus der Schule. In Anbetracht dieses ärmlichen Landes waren sie warm angezogen, was für die Sorgfalt ihrer Mütter zeugte. Es waren blonde Kinder mit Rosenwangen, und sie lächelten mir zu. Wenn sie einst zu Männern und Frauen herangewachsen sein werden, wird der Tod längst das allzu glänzende Auge des Einsiedlers von Varzin geschlossen haben. Gebe Gott, daß sie dann nicht zu Werkzeugen seines Hasses werden! Ich wäre gern abgestiegen und hätte ihre Bücher aufgeschlagen, um die häßliche Seite herauszureißen, auf welcher es heißt, daß die Menschen einander morden müssen und daß die Geschichte mit Blut geschrieben sei. Ich hätte ihnen sagen mögen, daß die Einsamkeit des Alten von Varzin mein Herz vor Schrecken hat erkalten lassen. Aber warum sollte ich die Kinder mit dem Gespenst des Menschenfressers erschrecken? Lassen wir sie friedlich sich weiter tummeln. Hinter diesen pommerschen Winter, unter dieser hartgefrorenen Erde wird einst ein Frühling erwachen. Und noch einmal sei es gesagt: Wenn die Prüfung ihr Ende erreicht haben wird, wird das Geheimniß des Lebens nicht mehr vom Haß verkündet werden. Hugues Le Roux.

Das Ganze wird, so hoffen wir, ein heiteres Stückchen für unsere Leser sein. Die Schilderungen der Fahrt durch Mecklenburg und Pommern und der Eindruck, welchen der Franzose vom „Ogre“ erhalten hat, sind charakteristisch. Auch daß Herr Roux mit seinem Hut an den in Norddeutschland so niedrigen Himmel gestoßen ist, wird Effect machen.

Charakteristisch war übrigens das Verhalten der deutschen Presse gegenüber den ersten Pariser Nachrichten über die Aeußerungen, die Monsieur Le Roux dem Fürsten in den Mund gelegt hatte. Der conservative „Reichsbote" schrieb in einem sehr erregten Artikel:

„Man steht starr vor diesem Cynismus — fragt sich: wie ist es möglich, daß dieser Mann sein Vaterland, seinen König und sein eigen Werk in dieser unerhörten Weise und sogar einem Franzosen gegenüber compromittiren kann!"

In der „Germania" hieß es:

„Fürst Bismarck wüthete also weiter gegen seinen Namen, gegen seinen König und gegen sein Vaterland. Wir hoffen jetzt, gegenüber den neuen Enthüllungen Bismarck's, in dieser Frage sogar durch Franzosen, giebt es für Deutsche nur noch die eine Haltung: schärfste Zurückweisung der Franzosen, wenn sie Deutschland mit Bismarck identificiren."

Die „Nat.-Ztg." sagt:

„Es bleibt abzuwarten, ob Fürst Bismarck sich wirklich in den dem Mißbrauch durch die Franzosen und andere Feinde Deutschlands so sehr ausgesetzten Worten geäußert hat, welche das Journal berichtet."

Die „Berl. Börs.-Ztg." äußert:

„Die Worte, die er dem Altreichskanzler in den Mund legt, tragen so sehr den Stempel der Erfindung an sich, daß wir auf deren Wiedergabe verzichten. Der Fürst wird es an einem unzweideutigen Dementi nicht fehlen lassen."

Die Citate aus der „Nat. Ztg.", namentlich aber aus der „Berl. Börsen-Ztg." liefern den Beweis, daß die Falschheit des Berichtes erkennbar war.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 6. December (M.-A.) folgenden Artikel:

Fürst Bismarck und die Militair-Vorlage. Wir haben die Behauptung für unzutreffend erklärt, daß Fürst Bismarck die Verdy'sche Militair-Vorlage vertreten habe. Der frühere Reichskanzler betrachtete es im März 1890, wo es schon feststand, daß er gehen müsse, um so weniger als seine Aufgabe, den Verdy'schen Projecten entgegenzutreten, als der Kriegsminister in Preußen am meisten der specielle Minister des Königs ist, und als der gegen den Rath des Fürsten zum Kriegsminister ernannte General zu jener Zeit das kaiserliche Vertrauen in höherem Maaße besaß als der leitende Staatsmann. Der Reichskanzler war außerdem der Ansicht, daß die Opposition gegen die Pläne des Kriegsministers, soweit sie nothwendig, Sache des Finanzministers, des Reichstages und des Bundesrathes sei. Er hegte die Hoffnung, daß, wenn die Vorlage durch die verschiedenen Siebe gegangen wäre, das,

was er für nothwendig hielt und noch hält, als Residuum zurückbleiben werde: Vermehrung der bespannten Geschütze, und zwar über das Maaß der jetzt verlangten hinaus, sowie Verstärkung des Officier- und Unterofficier-Corps.

Aus dem Verhalten des Fürsten Bismarck während der letzten Wochen seiner Amtsführung abzuleiten, daß er die heutige Vorlage nicht nur im Princip, sondern angebrachtermaßen im Detail gebilligt hätte, ist ein unberechtigtes Verfahren. Die Stellung des Fürsten Bismarck zu der Verdy'schen Vorlage war außerdem weit mehr auf das nichtmilitairische Gebiet der Politik und der Personalfragen basirt, als auf Meinungsverschiedenheiten über Forderungen, deren Verfallzeit zehn Jahre nach seinem bevorstehenden Rücktritte ablief. Dem Fürsten lag die socialdemokratische Gefahr und die Stellung, welche die Reichsregierung zu derselben zu nehmen hatte, dringlicher nahe als die Kriegsgefahr, wie sie sich damals und heute darstellt und der wir durch die Verbesserungen der Wehrkraft vom Jahre 1888 gewachsen waren und noch gewachsen sind. Die Verhältnisse, auf denen die Kriegsgefahr zu jener Zeit beruhte, haben sich seitdem nicht wesentlich geändert, wenigstens nicht in pejus, und was den damaligen militairischen Autoritäten genügend schien, wird auch heute noch Geltung haben. Wir beabsichtigen nicht, dem technischen Urtheile unserer heutigen militairischen Autoritäten weniger Gewicht beizulegen als dem ihrer Vorgänger, aber wir glauben, daß die Vorgänger, die militairischen Berather Kaiser Wilhelm's I., sich in der Aeußerung ihrer Ueberzeugung sicherer fühlten, und daß auch Diejenigen, die mit den ministeriellen Auffassungen nicht einverstanden waren, ihrer abweichenden Ansicht unbefangeneren Ausdruck gaben. Wir glauben nicht, daß die heutige Vorlage die Zustimmung des Grafen Moltke und anderer früher maßgebender Autoritäten gefunden haben würde, namentlich nicht die Kaiser Wilhelm's I.

Wir waren angenehm berührt von der Mißbilligung, die Graf Caprivi vor zwei Jahren über die rage des nombres aussprach. Große nationale Kriege können nicht durch die Auszählung der beiderseitigen gefechtsfähigen Mannschaften im Voraus entschieden werden; die Kopfzahl spielt für die kriegerische Entscheidung eine verhältnißmäßig untergeordnete Rolle neben der Qualität des Heeres, und unsere Siegeshoffnungen für den Fall des Conflictes werden geschmälert durch jede, auch vorübergehende Minderung der überlegenen Qualität, die uns in früheren Kriegen den Sieg verschafft hat und an deren Besitz nur mit pietätvoller Schonung gerührt werden sollte. Die Erhöhung der vorhandenen Millionen ausexercierter Leute um eine halbe Million im Laufe eines Viertel-Jahrhunderts hat für uns nicht so viel Bedeutung wie die

Beschaffenheit unserer Armee in den Schlachten, die wir, was Gott verhüte, sehr viel früher zu schlagen haben werden. Es kommt nach unserer Auffassung darauf an, daß wir beim ersten Zusammenstoß der wesentlich verbesserten französischen Armee mindestens in der gleichen Qualität wie 1870, womöglich aber in einer verbesserten gegenüber stehen. Hierzu ist vor Allem nöthig die Erhöhung der Kriegsbereitschaft durch Vermehrung der bespannten Geschütze, sowie durch Vervollständigung des Officier- und des Unterofficier-Corps. Letztere Vermehrung muß erfolgen, bevor die Erhöhung der Kopfzahl der schon jetzt unvollständig mit Ausbildungspersonal versehenen Mannschaften stattfindet. Wir sind der Ansicht, daß eine Steigerung der Aushebung vor Sicherstellung des vollen und selbst überschüssigen Bedarfs an Officieren und Unterofficieren uns schweren Nachtheil bringen muß, wenn ein Zusammenstoß — wogegen Niemand Bürgschaft leisten kann — früher stattfinden sollte als die Vervollständigung des Ausbildungspersonals. Was wir an kriegstüchtigen Leuten hinter der Front haben, ist von hoher Wichtigkeit, aber nicht für die ersten Schlachten. Nicht die Kopfzahl, sondern die Gewalt des Stoßes, den unsere Armee beim ersten Zusammentreffen mit dem Feinde ausüben kann, wird über das Schicksal der ersten Schlachten entscheiden, deren Ausfall physisch und moralisch von größerer Wichtigkeit ist, als bei Beurtheilung der jetzigen Vorlage bisher angenommen wird.

Wir halten die Vorlage, wenn wir von dem militairisch-technischen Standpunkte absehen, im weiteren Umfange ihrer politischen Wirkung in Krieg und Frieden nicht für richtig angelegt. Wir haben, wenn sie durch irgendwelchen Druck auf die Fractionen in der angebrachten Form durchgesetzt wird, nicht nur eine Verminderung der militairischen Leistungsfähigkeit, sondern auch eine Schädigung nach Art chronischer Krankheiten für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, und zwar nicht nur auf finanziellem Gebiete, zu befürchten. Darüber wollen wir uns in einem folgenden Artikel äußern.

* * *

Eine Auslassung über die Führer der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung finden wir in den „Hamb. Nachr." vom 6. December (A.-A.):

In den Blättern wird der Unterschied besprochen, der in der Tonart der beiden freisinnigen Führer Richter und Rickert dem Grafen Caprivi gegenüber besteht. Wir finden diesen Unterschied auch auffällig. Herr Rickert hat auf die Möglichkeit, Ministercollege des jetzigen Reichskanzlers zu werden, noch nicht verzichtet, Herr Richter hat dies

schon; daher der tiefe Riß in der Fortschrittspartei. In den ersten Anfängen des neuen Courses waren auch die Fortschrittler der „schärferen Tonart“ nicht sicher, ob ihre Zeit nicht gekommen sei, nachgerade haben sie den Eindruck gewonnen, daß hierzu keine Aussicht vorliegt. „Die um Rickert“ haben diesen Eindruck noch nicht, sie haben noch nicht alle Hoffnung aufgegeben; daraus erklärt sich die mildere Temperatur der Rickert'schen Reden, namentlich aber die Neigung dieses Redners, sich dem gegenwärtigen Reichskanzler durch schärferes Hervorheben seiner Kritik des früheren Reichskanzlers angenehm zu machen. Herr Rickert vernachlässigt kein Gebiet, auf dem er glauben kann, mit der jetzigen Regierung Fühlung zu gewinnen, und läßt dementsprechend keine Gelegenheit ungenützt vorübergehen, wo er glaubt, sich durch eine abfällige Kritik der früheren Regierung im Hinblick auf die besseren Menschen, die jetzt am Ruder sind, letzteren empfehlend in Erinnerung bringen zu können.

* * *

Den am Schlusse des Artikels „Fürst Bismarck und die Militair-Vorlage“ in Aussicht gestellten „folgenden Artikel“ bringen die „Hamb. Nachr.“ bereits am Tage darauf, 7. December (M.-A.):

Weitere Bedenken gegen die Militair-Vorlage. Schon das bisherige Militairsystem führt wirthschaftliche Unbequemlichkeiten von besonderer Empfindlichkeit mit sich; zunächst die Uebertragung der Arbeitskräfte aus den ländlichen Verhältnissen in die Städte, auf dem Wege der Heranziehung der ländlichen Dienstpflichtigen in die Garnisonen. Von diesen Mannschaften bleibt ein erheblicher Theil, der die Annehmlichkeiten des Lebens in der Stadt kennen gelernt hat, dort hängen. Wenn nun künftig der Procentsatz der Einstellungen um die Hälfte erhöht wird, so muß die Aufsaugung der ländlichen Arbeitskräfte durch die Städte, die sich schon jetzt immer mehr fühlbar macht, noch schneller zunehmen; es werden 50 Procent mehr als jetzt ländliche Mannschaften nach Ableistung ihrer Dienstzeit in den Städten zurückbleiben. Das Verhältniß der ländlichen Arbeiterclasse zur städtischen wird sich sonach durch die Militair-Vorlage weiter zu Ungunsten des platten Landes verändern. Das kommt um so mehr in Betracht, als die Einstellung ins Heer ohnehin mehr Landbewohner als Städter in Anspruch nimmt, da der Procentsatz der Diensttauglichen auf dem Lande, namentlich in den vorwiegend landwirthschaftlichen Provinzen, größer ist als in den Städten.

Zu den Nachtheilen, mit denen die neue Vorlage das Wirthschaftsleben der Nation bedroht, gehört ferner eine starke Erhöhung der Ein-

quartierungslast durch die vermehrten Uebungen und die größere Zahl der daran Betheiligten.

Die Vermehrung der im Heere dienenden Personen um 50 Procent muß eine entsprechende Steigerung der Einziehungen zu Reserveübungen zur Folge haben, namentlich wenn zugleich die verkürzte Dienstzeit zur Einführung gelangt. Nun sind diese Reserveübungen gewiß nothwendig, aber die davon Betroffenen werden dadurch in vielen Fällen mehr in ihrem Erwerb geschädigt, als wenn sie, einmal eingezogen, gleich ein Jahr länger bei der Fahne geblieben wären. Besonders für die Avancirten ist die Unterbrechung ihrer bürgerlichen Thätigkeit auf 1—3 Monate für ihr bürgerliches Fortkommen nachtheiliger, als die einmalige längere Dauer ihrer activen Dienstzeit.

Die bürgerliche Bevölkerung kann einer neuen Steigerung des Bedürfnisses zu Friedensübungen und Reserve-Einziehungen nur mit Sorge entgegensehen. Daß diese Steigerung eine erhebliche sein wird, ist sehr wahrscheinlich. Die Unzulänglichkeit der Zahl der Subaltern-Officiere und der Unterofficiere wird eine starke Nachhülfe in der militairischen Ausbildung durch Einziehung zu Reserveübungen nothwendig machen. Wir wiederholen, daß in Deutschland erst auf 24 Soldaten ein Officier kommt; auf wieviele Soldaten ein Unterofficier kommt, wissen wir nicht, aber sicher ist, daß die Ausbildung eines brauchbaren Unterofficiercorps wesentlich auf der wirksamen Thätigkeit eines vollzähligen Officiercorps beruht. Und wenn wir in Deutschland erst auf 24 Soldaten einen Officier haben (in Frankreich auf 19), so wird dadurch an die Leistungsfähigkeit unserer Officiere, die schon bisher aufs höchste angespannt worden ist, ein größerer Anspruch gestellt als in der französischen Armee. Was aber über die physische und geistige Möglichkeit hinaus nach Einführung der geplanten Neuerungen in der Ausbildung der Mannschaften und Unterofficiere nicht geleistet werden kann, muß durch verstärkte Einziehungen zu Reserveübungen nachgeholt werden. Wir kommen deshalb immer auf den Gedanken zurück, daß die Verstärkung des Lehrstandes in der Armee wichtiger ist, als die der Mannschaften, und daß diese nicht vor Sicherstellung jener erfolgen darf.

Das Vorstehende mag einstweilen zur Begründung der Ansicht genügen, daß die Militairvorlage, wenn sie angebrachtermaßen durchgeht, nicht nur unsere militairische Leistungsfähigkeit vermindern, sondern auch in wirthschaftlicher und persönlicher Hinsicht wie eine chronische Krankheit auf dem deutschen Volke lasten wird. Es würde der Nation damit ein Nessushemd übergeworfen werden, dessen Brennen sie fortwährend veranlassen müßte, sich wieder davon zu befreien.

Wir wollen noch einen Punkt der Beachtung empfehlen. Wenn die

Kosten für die Militairvorlage nicht früher bewilligt werden, als diese selbst, so wird bei der demnächstigen Bewilligung der Vorlagen, welche die finanzielle Deckung bringen sollen, der Reichstag in gleicher Weise, wie es bei den Handelsverträgen und anderen Vorkommnissen der Fall war, unter den Druck einer Nothwendigkeit gestellt werden, bei der er keine unbefangene Wahl mehr treffen kann. Wenn sich die Fractionen unter dem Einfluß strebsamer Führer dieser Pression fügen, so mag die Regierung, die sie ausübt, darüber momentan Befriedigung empfinden; aber wie stellt sich die Sache, wenn die jetzigen Mandate abgelaufen sind und Neuwahlen vorgenommen werden müssen? Dieser Frage gegenüber kann sich doch eine ernsthafte Regierung, der die salus publica am Herzen liegt, unmöglich le coeur léger à la Ollivier auf den Standpunkt des après nous le déluge stellen und sagen: Das ist Sache unserer Nachfolger, der Zukunft. Es ist schon heute nicht mehr zweifelhaft, daß die Abneigung gegen die Annahme der Militairvorlage in den Kreisen der Wähler viel stärker ist als bei den Abgeordneten, von denen ja wohl viele „mit sich reden" lassen werden. Aber wenn deren Mandate erloschen sind, werden bei der Neuwahl Diejenigen ihre Revanche suchen, die mit dem Votum ihrer früheren Vertreter nicht einverstanden waren. Eine vorsichtige Regierung kann jedoch unmöglich die Rücksicht auf die Wahlen der Zukunft aus den Augen setzen, wenigstens dann nicht, wenn sie entschlossen ist, an der Reichsverfassung festzuhalten.

Wir glauben, daß das politische Judicium bei der Anlage der Vorlage bisher noch nicht hinreichend zur Hebung kommt, namentlich bezüglich der Zukunft, der wir entgegengeführt werden. Es wird Sache des Reichstages sein, das nachzuholen.

* * *

Auch in der A.-A. desselben Tages beschäftigen sich die „Hamb. Nachr." mit der Militairvorlage; zuerst bei Erwähnung einer Aeußerung der „Germania":

Die „Germania" spricht in einem Artikel gegen die Militairvorlage von langsamem Ruin des deutschen Volkes, wenn der vorliegende Entwurf zur Annahme gelange. So wie letzterer jetzt aussieht, halten wir ihn, wenn auch nicht wie die „Germania" für einen Ruin, so doch für eine dauernde Schädigung des deutschen Volkes in wirthschaftlicher Beziehung und seiner Zufriedenheit mit den Reichseinrichtungen. Die Socialdemokraten würden unseres Erachtens diejenige Partei sein, die politisch die meisten Vortheile zöge, wenn der Entwurf, so wie er ist, zur Annahme gelangte; sie könnten mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Unzufriedenheit, die entsteht, wenn die Vorlage in ihrer jetzigen

Gestalt angenommen wird, ihnen zu Gute kommt. — Wir stimmen, wie wir schon gesagt haben, für die Verstärkung unserer artilleristischen Bewaffnung und für die sofortige Vervollkommnung unseres Officier- und Unterofficierstabs; aber die Annahme der Militairvorlage in unveränderter Form würden wir für eine Landescalamität halten, der gegenüber wir uns von jeder Mitverantwortlichkeit durch fortgesetzten Einspruch frei halten müssen.

* * *

Eine zweite Aeußerung bezieht sich auf die oben (S. 252 ff.) citirte Ausführung über den Mangel an Subaltern-Officieren:

Auf den Ausdruck unserer Besorgniß über den Mangel an Subaltern-Officieren, wie wir in der Morgennummer vom 25. November ausgesprochen haben, enthält die „Börsen-Zeitung" von militairischer Seite die Mittheilung, daß ungeachtet der Manquements, welche die Rangliste aufweist, der bisherige und eventuell der Neubedarf an Officieren gedeckt sei. Es heißt da:

„Bekanntlich ist seit dem Erlaß des Kaisers bezüglich der Annahme von Officiersaspiranten ein großer Andrang von letzteren eingetreten. Dem ist in letzter Zeit durch die Kriegsschulen in der Weise Rechnung getragen worden, daß die Dauer der Curse auf denselben von elf auf acht Monate ermäßigt werden mußte, um die große Zahl von Officiersaspiranten nicht in ihrer Carriere zu benachtheiligen. Da auf jeder Kriegsschule 100—120, in Hannover 150 Fähnriche Unterricht bekommen können, so ergiebt sich bei 9 Kriegsschulen eine Zahl von 950 — 1130 jungen Leuten und in zwei Jahren ein Zuwachs von 2850—3390 jungen Officieren. Die erste Rate derselben ist im April d. J. Officier geworden, steht in der Rangliste also noch nicht verzeichnet. Zu diesen aber treten noch zwei Kategorien hinzu, nämlich einmal die jungen Leute, welche, ohne eine Kriegsschule besucht zu haben, nach privater Vorbereitung vor der Ober-Militair-Examinations-Commission das Officiersexamen ablegen und deren Zahl man auf 100 jährlich berechnen kann, und zweitens die Cadetten. Von letzteren treten jährlich 100 Selectaner als Officiere in die Armee und 250 als Portepéefähnriche. Durch diese Kategorien erfolgt also ein jährlicher Zuwachs von 450 Officieren. Somit ergiebt sich bis ungefähr zu dem Termine, an welchem der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf in Kraft treten soll, ein Mehr von 3750—4290 Officieren. Rechnet man dagegen binnen zwei Jahren auf einen Abgang von 400 Officieren, so bleibt immer noch ein Ueberschuß von 3350—3800 Officieren. Eine ganze Anzahl von Regimentern besitzen jetzt schon mehr Officiere, als sie etatsmäßige Stellen haben, so

daß das Gehalt von diesen ersteren von anderen Regimentern überwiesen werden muß. Schließlich kommt noch zweierlei in Betracht, nämlich daß die zur Kriegsakademie commandirten Officiere jährlich drei Monate lang in die Front zurücktreten und daß ein weiterer Zuwachs an Officieren durch die in Bayern und Sachsen vorhandenen Kriegsschulen erfolgt, welche in der oben angegebenen Zahl von 9 Kriegsschulen nicht mitberechnet sind."

Wir können nicht leugnen, daß uns die Ziffern, welche hier angegeben sind, sehr hoch gegriffen zu sein scheinen und daß damit ein jährlicher Zuwachs von Officiersaspiranten in Aussicht gestellt wird, wie er bisher niemals stattgefunden hat. (In zwei Jahren über 3 Tausend aus den Kriegsschulen und außerdem etwa 350 Cadetten und 100 privatim Unterrichtete jährlich, also auf zwei Jahre berechnet noch 900.) Die Gesammtsumme würde einen jährlichen Zuwachs von 2000 Officieren ergeben. Wird das mit der Wirklichkeit stimmen, und wodurch ist diese plötzliche Anschwellung des Zuwachses hervorgerufen? Eine Verbesserung der Lage und der Aussichten der Officiere hat, soviel wir wissen, nicht stattgefunden, und wir möchten ungern annehmen, daß der Steigerung des Zudranges eine Verminderung der Anforderungen an die Aspiranten zu Grunde liegen könnte. Die Ueberlegenheit unserer Armee über andere beruht nicht bloß auf unserm besseren Mannschaftsmaterial, sondern in erster Linie auf der Ueberlegenheit der Qualität unseres Officiercorps und der von ihm erzogenen Unterofficiere. Diese Ueberlegenheit vor allen Dingen festzuhalten und nach Kräften zu fördern ist unserer Ansicht nach die nächstliegende Aufgabe jeder Stärkung unserer Wehrkraft, und dieselbe wird kaum anders als durch Verbesserung der dienstlichen Stellung und der Zukunft der Betheiligten erreichbar sein. Jede Herabsetzung der Vorbedingungen würde doch nur auf Kosten der bisherigen Höhe der Institution zu erreichen sein.

* * *

Der schon mehrfach genannte Herr Le Roux aus Paris, dessen fingirten Bericht wir oben mittheilten, bemüht sich erfolgreich, Herrn Abranyi immer vollständiger ähnlich zu werden. So schreiben die „Hamb. Nachr." am 8. December (A.-A.):

Das Pariser „Journal", das den Phantasie-Bericht des französischen Abranyi, Le Roux, über dessen nicht stattgefundene Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in Varzin veröffentlicht hatte, bringt jetzt einen Brief, worin zwei uns bekannte Herren dem Herrn Le Roux bestätigen, daß an seiner Wahrheitsliebe nicht zu zweifeln sei und daß er dem Fürsten Bismarck so beglaubigt gewesen sei, daß dieser genöthigt

gewesen wäre, ihn zu empfangen. Wir wiederholen, daß Herr Le Roux in Varzin gewesen ist, auch eine Empfehlungskarte vorgezeigt hat, aber sofort abgewiesen wurde, daher den Fürsten Bismarck gar nicht gesehen und erst recht nicht gesprochen hat, daß also sein Bericht eine Lüge war. Es ist charakteristisch für die Gesinnungen der „Kreuz-Zeitung" gegen den Fürsten Bismarck, daß sie französische Meldungen, die als tendenziös erfunden ohne Weiteres erkennbar sind, der augenscheinlich autorisirten Mittheilung der „Hamb. Nachr." entgegensetzt. Das Blatt stellt sich zwar scheinbar ungläubig den französischen Angaben gegenüber, überläßt es aber im Grunde doch dem Leser, noch eine Wahl zu treffen zwischen den französischen Lügen und dem Dementi der „Hamb. Nachr.". Die „Kreuz-Ztg." macht sich dadurch zum Mitschuldigen des Herrn Le Roux.

* * *

Auf den Artikel der „Deutschen Revue" über die russisch-französische Allianz, der oben (S. 199 ff.) erwähnt wurde, kommen die „Hamb. Nachr." am 9. December (M.-A.) von Neuem zu sprechen:

Es liegt uns ein Zeitungsausschnitt vor, nach welchem der Verfasser eines kürzlich in der „Deutschen Revue" erschienenen haltlosen Artikels über „die russisch-französische Allianz" an dem darin über die Sendung des Herrn Radowitz nach St. Petersburg aufgetischten Märchen festhält. Die Vergewaltigungen historischer Thatsachen, welche er sich dabei zu Schulden kommen läßt, sind in dem seit 1875 verflossenen langen Zeitraume schon wiederholt richtig gestellt, und die böswillige Wiederholung von Fälschungen, die auf das vergeßliche Publicum unserer raschlebigen Zeit berechnet ist, kann deshalb vor dem Forum der Geschichte nicht bestehen. Wir brauchen uns daher die Mühe einer erneuten Widerlegung der von der „Deutschen Revue" immer wieder aufgewärmten Fabeln nicht zu geben, und wenn wir auf die Sache überhaupt zurückkommen, so geschieht das nur, weil wir inzwischen in die Lage gekommen sind, unseren Lesern den authentischen Wortlaut der Version über Zweck und Anlaß der Sendung des Herrn von Radowitz mitzutheilen, wie dieselbe damals in den vertrauten Kreisen des Auswärtigen Amtes aufgefaßt wurde.

Es liegt uns ein Brief des Grafen Eulenburg, des damaligen Chefs des Specialbureaus des Reichskanzlers, an einen ihm befreundeten Diplomaten vor, mit dem Datum „Berlin, 2. Februar 1875". Am Schlusse dieses Briefes heißt es: „Geschäftlich ist das Wichtigste, aber noch nicht officiell, daß Radowitz nach St. Petersburg geschickt wird, um dort während der längeren Abwesenheit von Reuß den Russen alle möglichen

aufgesammelten unangenehmen Sachen zu sagen, die dem ständig dort Fungirenden die Stellung verderben würden. Zu dem Zwecke wird auch Alvensleben für die Zeit hierherberufen werden."

Der übrige Theil der Erklärung des Mitarbeiters der „Deutschen Revue" ist nichts als Klatsch und Phantasie auf windigen Unterlagen. Sollte sie aber durch einen Zufall nach England gelangt sein, so wird es dort großes Vergnügen erregt haben, daß der sehr ehrenwerthe Lord Derby darin „sicher einer der nüchternsten Staatsmänner" genannt wird.

* * *

In derselben Nummer heißt es:

Wir hatten neulich geäußert, daß sich in dem Wahlsiege Ahlwardt's eine tiefgehende Unzufriedenheit der Wähler kundgebe, die in ihrem Drange, zum Ausdruck zu gelangen, selbst die besten preußischen Traditionen über den Haufen werfe. Dazu hatte das „Conf. Wochenblatt" bemerkt:

„Nur vergißt das Hamburger Blatt hinzuzufügen, wer diese Unzufriedenheit systematisch und auch mit gröblich illoyalen Mitteln züchtet, und wer bei der Wegräumung der besten preußischen Traditionen an hervorragender Stelle und mit hervorragendem Erfolge mitthätig ist."

Der „Nordd. Allg. Ztg." hat diese Bemerkung so wohlgefallen, daß sie sich dieselbe aneignet. Dem gegenüber möchten wir an die „Nordd. Allg. Ztg." die Frage richten, was sie ihrerseits unter den „besten preußischen Traditionen" versteht und ob sie auch ihre Artikel über das Erscheinen des Fürsten Bismarck in Wien, die darauf bezüglichen Erlasse und deren Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" dazu rechnet?

* * *

An gleicher Stelle finden wir auch eine neue scharfe Auslassung gegen die „Kreuz-Ztg." wegen ihrer Haltung gegen den Fürsten Bismarck:

Die „Kreuz-Ztg." druckt unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck in russischer Beleuchtung" aus einem Artikel des Berliner Correspondenten des „Graschdanin" Folgendes ab:

„Ich selbst bin, wie Ihnen bekannt ist, längst der Ansicht gewesen, daß die russische Presse keinerlei Grund hat, den jetzigen Fürsten Bismarck ungebührlich und Gott weiß wie zu behandeln, seit er definitiv auf unsere Seite übergegangen ist und Oesterreich der Fürsorge des Grafen Caprivi überlassen hat. Was Bismarck in seinen Gesprächen über Rußland enthüllt hat, ist uns im höchsten Grade nützlich. Auch

hier kann man ausrufen: Wahrlich! groß ist der Gott des russischen Landes! Bismarck hat uns alle politischen Geheimnisse Berlins, Wiens und Londons preisgegeben. . . . . Bismarck giebt uns aufrichtig den Rath, eines schönen Tages den Schlüssel zu den Dardanellen in die Tasche zu stecken, dem Sultan Harem und Pension zu garantiren und dann wieder ruhig zu warten, bis uns Europa deshalb den Krieg erklärt u. s. w. Was er aber gerathen hat zu thun, damit wir mit den Usurpatoren von Sofia abrechnen — das ist bis zur Stunde noch nicht veröffentlicht.

Mit einem Wort, der große Bismarck gehört jetzt uns, er verdient alle Achtung und Dankbarkeit der Russen dafür. Aber das schließt nicht aus, daß wir mit Kritik und Hohn vorgehen, wenn er z. B. trotz seines Verstandes einige unserer Generale und Minister als verkappte Polen behandelt. Da ist er in seiner Verirrung einfach lächerlich. Aber Bismarck ist doch kein Monarch, kaum ein mißglückter Herzog, und zumal ist er nicht unser Nationalheld, den wir aus Dankbarkeit nicht antasten dürfen. Deshalb können es auch nur baltische Flüchtlinge sein — wir haben sie, wie Bismarck selbst sagt, leider zu zart angefaßt —, welche mit schäumendem Munde und in der groben Sprache des Marktplatzes über die russische Presse herfallen, sobald sie sich irgend eine Bemerkung über Bismarck erlaubt."

Dazu bemerkt die „Kreuz-Ztg.":

„Es ist traurig, diese russische Vertheidigung des Fürsten, die im Grunde doch nur eine Sammlung schlimmster Verdächtigungen ist, zu lesen."

Wie bei der von uns in der gestrigen Abend-Ausgabe gewürdigten Reproduction der Le Roux'schen Erfindungen, so hat die „Kreuz-Ztg." auch bei Wiedergabe des russischen Artikels offenbar keinen anderen Zweck als den, die „schlimmsten Verdächtigungen" gegen den Fürsten Bismarck weiter zu verbreiten, wie das Blatt überhaupt bestrebt ist, jede Giftmischerei gegen den früheren Reichskanzler seinem Leserkreise beizubringen. Der Zweck ist ersichtlich; aber die „Kreuz-Ztg." wird selbst kaum darauf rechnen, ihn zu erreichen. Wenn wir alle Injurien, Verdächtigungen und Verleumdungen zusammenzählten, die in der deutschen und außerdeutschen Presse — zum Theil von deutschen Mitarbeitern — seit 1862 gegen die Person des Fürsten Bismarck gerichtet worden sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sich der Fürst nicht nur als der „bestgehaßte", sondern auch als der „bestbeleidigtste" und „bestverleumdetste" Deutsche betrachten darf. Was hat es aber genützt?

* * *

Am 15. December (M.-A.) führen die „Hamb. Nachr." Folgendes aus:

Auswärtige Politik. Die „Nat.-Ztg." bezeichnet es als „Verhetzung" der Italiener, wenn Fürst Bismarck, wie Herr des Houx im „Matin" berichte, bereit gewesen sei, den Franzosen ganz Nordafrika von Tunesien bis zum Congo zu überlassen; man wisse, wie empfindlich die Italiener betreffs der Ausdehnung der Franzosen in Nordafrika seien. Dem gegenüber richten wir die Frage an die Berliner Zeitung, ob sie es für eine Aufgabe der deutschen Politik hält, die Freundschaft zwischen Frankreich und Italien zu pflegen? Es äußert sich hier wieder der dem deutschen Wesen anhaftende Mangel an nationalem Egoismus, die Neigung, nicht sowohl deutsche, wie ausländische Interessen nach Kräften zu fördern, für internationale Billigkeitspolitik einzutreten und die Advocatur für Freunde oder Nachbarn bereitwillig zu übernehmen.

Wir leben mit Frankreich in Frieden, mit Italien in Freundschaft. Frankreich hat den Wunsch, das letztere Verhältniß zu stören, und mit der Durchführung dieser Politik ist naturgemäß die Ausbreitung des republikanischen Gedankens von Frankreich nach Italien verbunden. Wie es unter diesen Umständen Sache der deutschen Politik sein soll, Liebe zwischen den beiden Staaten zu säen und keine Rivalität zwischen ihnen aufkommen zu lassen, ist unverständlich. Uns könnte es nur erwünscht sein, wenn Frankreich, durch große Unternehmungen in Afrika politisch und militairisch in Anspruch genommen, von dem Gedanken an eine Rückeroberung Elsaß-Lothringens abgelenkt und wenn dadurch gleich die Kluft zwischen Italien und Frankreich verbreitert würde. Einerseits hätten wir trotz unseres Bündnisses mit Italien letzteres nicht militairisch zu unterstützen, wenn es mit Frankreich in Afrika in Collision geriethe, und andererseits hat die Besitzergreifung von Tunis auf die französisch-italienischen Beziehungen nicht derart eingewirkt, daß wir aus ähnlichen Vorgängen Nachtheil für Deutschland befürchten müßten. Wenn Frankreich den Italienern Tunis gelassen hätte oder es ihnen jetzt wieder abträte, würde das den Beziehungen Italiens zu Deutschland förderlich sein? Italien wird sich vielleicht nicht getrauen, auf die Brücke der Freundschaft mit Frankreich zu treten, aber es kann nicht Aufgabe einer verständigen deutschen Politik sein, Schwierigkeiten, die einer Verschmelzung der italienischen und französischen Interessen entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Wer eine andere Politik treibt, dem gebricht es an staatsmännischem Blick, der sieht nur von heute auf morgen. Hat die Besitzergreifung von Tunis auf die französischen Beziehungen Italiens, das im Jahre 1870 nur durch innere Bedenken abgehalten wurde, gegen uns ins Feld zu ziehen, schädigend eingewirkt und würde eine Schwenkung

Italiens nach Frankreich hin zweifellos von republikanischen Tendenzen getragen sein, wie soll Deutschland dazu kommen, sich gegen eine französische Action ablehnend zu verhalten, die Frankreich von Elsaß-Lothringen ablenkte, die Gefahr erheblich verminderte, daß, wenn irgendwo in Europa geschossen wird, dies das Signal zum Ausbruch eines französischen Revanchekrieges gegen uns ist und jede französisch-italienische Verständigung erheblich erschwerte?

Alles, was von Italien gilt, findet, wenn auch in abgeschwächtem Maaße, auf England Anwendung und auf seine Beziehungen zu Frankreich. England steht hinter Italien. Italien und England haben in Afrika gemeinsame Interessen Frankreich gegenüber. Es ist nicht nothwendig, daß England und Frankreich in Afrika Krieg gegen einander führen; aber wenn dort ein weiteres Feld der Rivalität zwischen beiden Mächten entsteht, so ist das für unser Interesse ebenso erwünscht, wie eine englisch-französische Intimität von Nachtheil für Deutschland wäre. Jede Ausbreitung Frankreichs in Afrika, die zur Befestigung der Freundschaft Italiens und Englands führt, liegt schon deshalb im Interesse Deutschlands.

Da wir zur Zeit eine active und weiter zielende auswärtige Politik überhaupt nicht betreiben, haben diese Gesichtspunkte mehr akademisches wie praktisches Interesse; sie ändern wohl auch nichts daran, daß Frankreich seine Absicht, Italien an sich zu ziehen und zu republikanisiren, höher in Ansatz bringt, als ein Colonialreich, das es in Afrika, vis-à-vis von Marseille gewinnen könnte. Wir hatten aber das Bedürfniß, hervorzuheben, daß vom Standpunkte der national-deutschen Interessen eine Kritik, wie sie die „Nat.-Ztg." in ihrer oben citirten Auffassung übt, nicht zutreffend ist.

* * *

Hieran schließt sich eine Beobachtung über die Haltung des Grafen Caprivi im Reichstage, dessen Sitzungen am 22. November wieder begonnen haben:

Wir nehmen davon Act, daß bei den bisherigen Reichstagsverhandlungen über die Militairvorlage das Wohlwollen des Reichskanzlers sein Schwergewicht mehr nach links als nach rechts gehabt hat. Am härtesten wurde von ihm die conservative Partei behandelt. Der Ton der Regierung den freisinnigen Rednern gegenüber erscheint uns bei Lectüre der Verhandlungsberichte wärmer, als der gegen die Conservativen angeschlagene, und der Reichskanzler empfindlicher gegen Meinungsverschiedenheiten der letzteren, als gegen solche der liberalen Fractionen. Wir können die Gründe für diese Erscheinung nicht in einer Gemüthsverstimmung gegen die Conservativen suchen, denn

zu einer solchen ist kein Anlaß zu entdecken; wir sehen darin vielmehr ein Zeichen der Geschicklichkeit, welche die Regierung in der Behandlung der Parteien entwickelt. Der conservativen Partei gegenüber mag es ja psychologisch ganz richtig sein, ihr zu zeigen, daß man sie nicht braucht. „Ich kann auch anders!" Wenn die Regierung Versöhnlichkeit gegen das Centrum, gegen die Liberalen und selbst gegen die Socialdemokratie kundgiebt, so ist das vielleicht das sicherste Mittel, bei der letzten Schlußabstimmung die conservativen Voten für Alles zu gewinnen, was man wünscht.

Der Socialdemokratie gegenüber erkannte der Reichskanzler in wohlwollender Weise den Diensteifer gerade der dieser Richtung angehörenden Rekruten an. Er glaubt, daß sie „durchtränkt mit anderen Ansichten" kommen, daß sie diese aber in der Caserne verlieren und daß ihnen die Dienstzeit „wie eine Erholung" erscheint. Wir würden uns freuen, wenn dem so wäre; wir können uns aber der Befürchtung nicht erwehren, daß die Socialdemokratie vielmehr im Interesse ihrer letzten Ziele danach strebt, möglichst viele ausgebildete Soldaten und namentlich Unterofficiere zu den Ihrigen zählen zu können, und daß sie deshalb das Aufdienen zu Unterofficieren ihren Leuten angelegentlichst empfiehlt und es fördert. Der Abg. Bebel erklärt in seiner Erwiderung gegen den Reichskanzler, daß er die Bereitwilligkeit der socialdemokratischen Rekruten, sich der militairischen Disciplin zu fügen, als einen Ausfluß der „Disciplin" betrachte, welche ihr Leben, d. h. doch ihr socialdemokratisches Vorleben in der Partei, vor dem Eintritt in das Heer, ihnen beibringt. Wir sind nach unserer Ansicht über die socialdemokratische Partei nicht in der Lage, das wohlgefällige Vertrauen, mit dem der Reichskanzler auf seine socialdemokratischen Rekruten blickt, vollständig zu theilen, wir würden uns aber freuen, wenn es durch die Erfahrung bestätigt würde. Daß in den socialdemokratischen Rekruten ein „kleiner Militair-Moloch" steckt, wie Graf Caprivi meint, glauben wir auch, aber in anderer Richtung als der Reichskanzler; es ist ein Moloch und nicht ein Gott, den Graf Caprivi anbetet.

* * *

Ein Correspondent des Pariser „Matin" veröffentlicht am 12. December einen Bericht über eine Unterredung, die er thatsächlich mit dem Fürsten Bismarck in Varzin gehabt hat. Die „Hamb. Nachr." greifen aus seiner Darstellung nur einen Passus heraus und schreiben am 15. December (M.-A.):

Die deutschen Blätter veröffentlichen Auszüge aus einer Separatausgabe des Pariser „Matin", worin Herr Henry des Houx seine Reise nach Varzin, seinen dortigen Aufenthalt und Gespräche mit dem

Fürsten Bismarck schildert. Wir beschränken uns darauf, zu reproduciren, was der Fürst über die wachsenden Fortschritte des internationalen Socialismus und über die Maßregeln gesagt habe, die dagegen zu ergreifen wären:

„Es giebt noch eine andere Frage, über welche unter jetzigen Verhältnissen eine Vereinigung möglich und wünschenswerth wäre, nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland, sondern zwischen allen denjenigen Regierungen, die derselben Gefahr ausgesetzt sind und deshalb eine enge Solidarität unter einander begründen müssen. Wenn ich noch die Ehre hätte, an der Spitze der Geschäfte zu stehen, so würde ich mich bemühen, nach dieser Seite hin Unterhandlungen anzuknüpfen. Ich meine nämlich den internationalen Socialismus, der uns Alle, gerade wie Sie bedroht. Das ist eine armselige Politik, sich über das dem Nachbar zustoßende Unglück zu freuen, wenn man von der nämlichen Gefahr bedroht wird.

„Den Gedanken meines jungen Herrschers habe ich unterschrieben, als er die internationale Arbeitsconferenz nach Berlin berief. Die Regierungen müssen durch zweckmäßige Gesetze der Arbeiterclasse geben, was in ihren Forderungen Rechtens ist. Ich selbst bin den gerechten Bedürfnissen meines Vaterlandes entgegengekommen. Ich hoffte auch, daß die Berliner Conferenz die Wirkung haben würde, unter den Augen meines Kaisers weise, erfahrene Männer zusammenzubringen, welche einen kalten Wasserstrahl auf gewisse großmüthige Einbildungen richten könnten...

„Das Ziel hat nicht vollständig erreicht werden können. Die Staaten haben uns sehr feine Diplomaten gesandt, sehr geschickte Höflinge, welche sich mehr damit abgaben, der Liebenswürdigkeit des Herrschers zu entsprechen und auf seine menschenfreundlichen Gesichtspunkte einzugehen, als eng umschrieben die sociale Frage, wie sie sein sollte, zu erörtern. Alle Achtung vor dem Weihrauch erster Güte, der während der letzten Tage meiner Amtsführung von gewissen alten Bevollmächtigten Ihrer Bekanntschaft in Berlin verbrannt wurde! Jetzt aber handelt es sich nicht mehr darum, Sie haben bei sich zu Hause die Ausstände, das Dynamit, die Einschüchterung der Arbeitgeber, die unersättlichen Forderungen der Arbeiter.

„Wir haben eine mächtige socialistische Partei, die mehr methodisch ist, aber der Ihrigen verbündet, wenn auch nicht durch die Mittel der That, so doch durch die Leidenschaftlichkeit und das gemeinsame Ziel. Die Regierungen werden bei dem gegenwärtigen Zustande einander nicht unterstützen können. Sie helfen sich bei Unterdrückung und Untersuchung der von der wieder auferstandenen Internationale begangenen Verbrechen nur, wenn sie einander wohlwollen. Glauben Sie nicht, daß es da

einen Boden für Unterhandlungen, gewissermaßen für Annäherung und Einvernehmen geben könnte? Aber man beschäftigt sich mit anderen Dingen, und alle Regierungen scheinen zum Vergnügen für die Ausbreitung von Lehren zu arbeiten, welche ihr gemeinsames Verderben sind."

Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck bei anderer Gelegenheit Rußland und Oesterreich gegenüber die Ansicht vertreten hat, daß die Regierungen der socialen Revolution gegenüber viel mehr zu verlieren hätten, als sie durch Kriege gegen einander gewinnen könnten.

Die „Leipz. Neuesten Nachr." bringen am 14. December noch folgenden Auszug aus dem Bericht des Herrn des Houx:

Während der Fürst auf dem Sopha lang ausgestreckt, langsam aus seiner Porzellan-Pfeife rauchte, gleichzeitig eine endlose Zahl ausländischer und deutscher Zeitungen durchfliegend, saß die Fürstin, schweigend und den Blick auf den Gatten gerichtet, diesem gegenüber, bereit, seine leisesten Wünsche zu erfüllen, und aufmerksam in seinen Zügen den Eindruck verfolgend, welchen der Sinn der einzelnen Zeitungsartikel auf ihn machte. Während dessen spielten wir, die Gräfin Rantzau, eine Freundin der Fürstin und ich Karten; die Fürstin Bismarck bot Alles auf, um die böse Fee Politik fern zu halten. Sie hatte auch direct Chrysander bitten lassen, die schmerzlichen Aufregungen derselben dem Fürsten zu ersparen. Kam trotzdem das Gespräch hie und da, zumal bei Tisch auf die leidige Politik, so verstand sie es mit dem zartesten Tact, uns schnell auf ein anderes Thema hinüberzuführen.

Wovon soll ein Staatsmann außer Dienst anders mit einem Journalisten sprechen? sagte der Fürst; ich hatte ihn nicht über die angebliche „Fälschung" der Emser Depesche befragt, aber zu wiederholten Malen, indessen mit Unterbrechungen und ohne Zusammenhang, kam er darauf zu sprechen. Des Houx betont, daß er keinerlei Notizen sich gemacht, daß er nur aus dem Gedächtnisse heraus nach bestem Wissen und Gewissen den Sinn der Bismarck'schen Mittheilungen zu Papier bringe. Ich präsumire Ihnen daher auch nur das Wesentliche aus dem vier große Zeitungs-Seiten füllenden Memoire.

Betreffs der Emser Depesche und der Vorgänge im Juli 1870 äußerte sich der Fürst Bismarck:

Es war mir nicht in den Sinn gekommen, daß die Wahl des Prinzen von Hohenzollern Napoleon beleidigen könne. Der Vater des Prinzen war der Freund des Kaisers, sein Großvater durch die Heirath einer Prinzessin Murat mit der Familie Bonaparte verwandt, und so glaubte ich im Gegentheil, daß die Nachbarschaft der kaiserlichen Regierung angenehm sein würde. Für uns Deutsche war der Vortheil, in Madrid einen König unserer Nation zu haben, von sehr mittelmäßiger Bedeutung.

Zwischen Deutschland und Spanien liegen nicht nur die Pyrenäen, sondern auch Frankreich; wir können von Spanien nie etwas Anderes als Handelsvortheile erwarten, und niemals habe ich in meinen Beziehungen mit diesem Lande etwas Anderes gesucht, als einen leichteren Waarenmarkt für unsere nationale Production. Wenn man in Frankreich glaubte, wir suchen die Alliance Spaniens, um Frankreich an seiner Südostgrenze Verlegenheiten zu bereiten, so täuschte man sich vollständig, ebenso wie man in Paris in Alfonso XII. weniger den König von Spanien als den preußischen Officier anspfiff. Ich habe niemals geglaubt, daß im Kriegsfalle zwischen uns Spanien eine Diversion gegen die französischen Grenzen schaffen könne, welche wichtig genug wäre, um uns zu interessiren. Zwei Divisionen genügen, um die Pyrenäen-Uebergänge zu bewachen, und das ist nicht der Rede werth. Ich verstehe Ihren Schrecken dieserhalb in Frankreich nicht. In jenem Falle wie im andern haben Sie dort nicht das richtige Gefühl Ihrer Stärke. Herr von Freycinet, der gewandteste Kriegsminister, den Sie jemals gehabt haben, wird mir nicht widersprechen.

Ich war also weit entfernt davon, zu denken, daß die Annahme des Prinzen von Hohenzollern zum Vorwande für einen Krieg mit Frankreich werden könne. Am 6. Juli 1870 befand ich mich hier in Varzin ruhig wie in Arkadien. Da schickte man mir den Bericht über die Sitzung des Gesetzgebenden Körpers. Ich glaubte zu verstehen, Angesichts der Nichtigkeit des angerufenen Motivs, daß in Frankreich die Absicht bestehe, uns zu bekriegen. Ich war vom Kopf bis zu den Füßen erschüttert. Ich eilte, den König aufzufinden, legte ihm den Ernst der Lage, die Nothwendigkeit, Rüstungen vorzunehmen und den offenbaren Entschluß der kaiserlichen Regierung, mit uns Streit zu suchen, dar. Ich war durch zwei Dinge besonders irritirt: erstens mißfiel es mir, daß Graf Benedetti in Ems direct mit dem König unterhandelte. Außerdem erhielt ich aus Paris Nachrichten, welche mich reizten. Unser Botschafter dort war Freiherr von Werther, der auch 1866 Botschafter in Wien war. Er zog den Blitz an, aber nicht nach Art der Blitzableiter. Ich erfuhr, daß er den Text eines Briefes entgegengenommen, dessen Unterzeichnung man dem König aufdrängen wollte. Dieser Brief war in solchen Ausdrücken abgefaßt, daß man sagen konnte: „Preußen duckt sich“ (wörtlich: La Prusse cane; caner = heulend den Schwanz zwischen die Beine nehmen und davonlaufen).

Die Fürstin, welche der Unterhaltung beiwohnte, unterbrach uns hier. Welche wunderbare Sprache Sie sprechen?! Was bedeutet das Wort? Wie schreibt es sich? Und ich mußte der Fürstin eingehend diesen specifisch Pariser Ausdruck erklären.

Ja, fuhr der Fürst fort, Preußen durfte sich nicht ducken. Ich war der Ansicht, daß man alle mit der Ehre vereinbaren Zugeständnisse mache, um den Augenblick des Krieges noch hinauszuschieben, obwohl wir vollständig bereit waren. Ich habe diese Veranlassung niemals als genügend betrachtet, um daraufhin den Krieg zu erklären; aber andererseits hatten wir keine Ursache, vor der Drohung zurückzuweichen. Wir wußten uns stark genug, um Herren unserer eigenen Entschlüsse zu sein. Ich berief sofort Herrn von Werther ab. Man hat das für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen gehalten. Das war es durchaus nicht. Ich berief ihn zurück, weil er die Unterhandlungen in St. Cloud eine Wendung nehmen ließ, welche mir nicht zusagte und die erniedrigend für mein Land war. Inzwischen war, wie Sie wissen, Herr Benedetti beauftragt, vom Könige dessen Unterschrift für ein die Zukunft bindendes Engagement zu fordern: „Die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern." Der König weigerte sich, wie bekannt, und dieser Vorgang wurde durch eine sehr lange, recht dunkele Depesche mitgeteilt, welche mir zukam, ehe sie an die übrigen Regierungen gesandt wurde. Diese Depesche ist es, deren Redaction ich geändert, wie es mein Recht als Minister des Auswärtigen war, und zwar, indem ich sie kürzer, kategorischer und klarer machte, ohne aber irgendwie den eigentlichen Inhalt zu berühren, ohne irgend ein Wort anzufügen, das nicht wahr gewesen wäre. Ich erinnere mich nicht mehr der genaueren Ausdrücke meiner Depesche, aber sie enthielt die Zustimmung des Königs, mit welchem ich mich an jenem Tage nicht in Meinungsverschiedenheit befand. Ich habe das Bewußtsein, daß ich damals, soweit es in meiner Macht stand, die Würde meines Souverains und diejenige meines Landes geschützt habe. Waren die Debatten des Gesetzgebenden Körpers und volksthümliche Manifestationen von ganz Paris und Frankreich nicht Drohungen und Herausforderungen? Konnten wir unter solchen Umständen befehlshaberische Forderungen unterschreiben?!?

Glauben Sie, der Krieg wäre vermieden worden, wenn ich diese Depesche unverändert gelassen? Glauben Sie, das Schicksal der Welt hätte an einer redactionellen Frage gehangen? Wurde etwa der Grund der Dinge durch die Worte eines Telegramms geändert?

Des Houx hebt dann ausführlich hervor, wie man bei Wiedergabe der Unterhaltung mit Bismarck gerade durch die äußerste Genauigkeit Gefahr laufe, die Wahrheit zu verdrehen und zum Verräther am Fürsten zu werden. Die bittere Ironie, das bezeichnende Mienenspiel, welches die kurzen Paradoxen des Fürsten begleite und das eine oder andere seiner Worte gewissermaßen unterstreiche, sei nur in seiner directen Form voll verständlich für denjenigen, welcher persönlich und lange mit Bismarck sich unterhalte. So

seien gewisse Tischgespräche und Bemerkungen des Fürsten, welche Moritz Busch veröffentlichte, keineswegs verständlich, da sie eben nur einfach wiedergegeben werden. Er erzählt dann eine Episode, wie Bismarck 1871, aus Frankreich zurückkehrend, voller Sorge um die Stabilität der eben anerkannten republikanischen Regierung, ein Lager von 10000 gefangenen Franzosen besucht und die Gefangenen einzeln persönlich gefragt habe, für wen sie eintreten würden, falls er sie zurückschickte. Für den Kaiser? Es giebt keinen Kaiser mehr, hätten alle einstimmig geantwortet. Also würdet Ihr die gesetzmäßige Regierung unterstützen? Fast Alle antworteten: Ja! Nur ein Einziger, ein langer, magerer Kerl, welcher den Fürsten auch leidlich gegrüßt, behielt sich die Entscheidung vor, ob für ihn die gesetzliche Regierung die Versailler Nationalversammlung und Herr Thiers oder die Pariser Commune sei.

Bismarck erzählte dann, wie nach dem Kriege der Präsident der schweizerischen Republik intervenirt, zuerst um Mülhausen zu reclamiren, auf welches die Schweiz althistorische Rechte zu haben vorgab, dann auch, um die Einverleibung Elsaß-Lothringens in die Schweiz vorzuschlagen. Man habe eine breite, neutrale Zone zwischen Frankreich und Deutschland, gebildet durch die Schweiz, das zu derselben geschlagene Elsaß-Lothringen und Belgien herstellen wollen. Darauf aber habe er, Bismarck, nicht eingehen können, denn (und hier sagt des Houx, komme wieder eines jener Paradoxe, das nicht wörtlich zu nehmen) dann, sagte er lächelnd, hätten wir, wenn wir wieder einmal Lust gehabt hätten, uns in die Haare zu kriegen, nur noch zu Wasser an einander gerathen können, und da werden wir nie so stark sein wie Sie.

Nach dem Friedensschlusse habe Bismarck's einzige Sorge darin bestanden und seine ganze innere und äußere Politik beherrscht, die deutsche Integrität gegen Angriffe von Ost und West zu sichern. Daher der Dreibund, der kein anderes Ziel verfolgt. Es könnte von keiner territorialen Ausdehnung mehr träumen. „Nur," bemerkte Bismarck, „haben mir die Minister Italiens, als dasselbe sein Heer zur Verfügung Preußens für einen Defensivkrieg stellte, nicht gesagt, daß das italienische Volk die Lasten einer Macht ersten Ranges nicht tragen wolle." Betreffs Rußlands und Frankreichs, erzählte angeblich Bismarck Herrn des Houx, sei seine ganze Taktik darauf gerichtet gewesen, die Thätigkeit beider Mächte auf solche Punkte zu richten, wo Deutschland keine Interessen habe. Von der franco-russischen Alliance sprach Bismarck wenig.

> Erinnern Sie sich, sagte er mir, was Rußland im November 1870 that? Während wir mit den Andern beschäftigt waren, kündigte es den Vertrag von 1856. Wenn es Ihnen nun passirte, was ich nicht glaube, uns den Krieg zu erklären, denken Sie nicht, daß die erste Sorge Rußlands wäre, gen Süden zu ziehen. Ich spreche nicht nur von seinen

Armeen, welche langsam in Bewegung zu setzen sind, es würde doch noch genug übrig bleiben, um den Zug nach Konstantinopel zu unternehmen, aber von seiner Diplomatie. — — — —

* * *

Irrthümer des englischen Berichterstatters Archibald Forbes werden am 15. December in den „Hamb. Nachr." (A.-A.) berichtigt:

Archibald Forbes, der bekannte Kriegsberichterstatter, veröffentlicht in einem englischen Organe Erinnerungen an „Bismarck im deutsch-französischen Kriege". Es wird darin u. A. gesagt:

„Seine (Bismarck's) Hände waren rein, er verlangte nichts für seine Person, außer merkwürdigerweise das Einzige, was sein Herr streng genug war, ihm zu weigern, den Rang eines Feldmarschalls, die militairische Auszeichnung, die Moltke übertragen wurde."

Wo Forbes diesen Unsinn aufgefischt hat, wissen wir nicht. Seine Behauptung ist um so thörichter, als der Ministerpräsident als solcher den Rang eines Feldmarschalls schon seit 1862 unbestritten besaß. Nach dem preußischen Hofrang-Reglement gehören zur ersten Rangclasse außer dem Ministerpräsidenten der Oberstkämmerer und alle Feldmarschälle; letztere rangiren unter sich und mit den beiden Civilisten ihrer Rangclasse nach dem Alter des Patentes. Ministerpräsident war Graf von Bismarck seit 1862 und besaß seit diesem Jahre den Rang eines Feldmarschalls, konnte ihn also unmöglich als Belohnung erbitten. Es ist ihm überhaupt nicht eingefallen, irgend eine Belohnung zu erbitten.

Forbes beschuldigt ferner den Fürsten Bismarck der Grausamkeit:

„Bismarck's Motto war, besonders was die Franctireurs betraf, ‚Kein Pardon'; und dabei vergaß er die Schwärme von Freiwilligen, deren Tapferkeit in den deutschen Befreiungskriegen in Liedern und Erzählungen bis auf den heutigen Tag verherrlicht wird."

Wenn Forbes die deutschen Freiwilligen aus den Befreiungskriegen mit den französischen Franctireurs von 1870/71 auf eine Linie stellt, so ist das unberechtigt. Die deutschen Freiwilligen waren im Kriege stets in voller Uniform und daher auf Schußweite als Soldaten kenntlich. Letzteres und nichts weiter hat Graf Bismarck von den französischen Freischaaren verlangt, und er war vollständig berechtigt, die Individuen, die in Blouse und Nachtmütze aus Gebüsch und Höfen einzelne deutsche Soldaten anschossen, dann das Gewehr versteckten und Hacke oder Spaten in der Hand hielten, als Mörder zu behandeln.

Ferner berichtet Forbes:

„Als man ihm (Bismarck) sagte, daß Garibaldi mit 13 000 Freischärlern gefangen sei, rief der Kanzler aus: ‚13 000 Franctireurs, die

nicht einmal Franzosen sind, gefangen genommen! Weshalb hat man sie denn nicht erschossen?'"

Eine Meldung, daß Garibaldi gefangen sei, ist niemals erstattet und erhalten worden, noch weniger, daß er mit 13 000 Franctireurs gefangen genommen sei; was Forbes an die unwahre Mittheilung knüpft, ist also ebenfalls erfunden.

Dasselbe gilt von der Angabe, die der englische Schriftsteller über einen angeblichen „Haß" zwischen Bismarck, Moltke und Roon macht. Ein solcher Haß hat niemals bestanden trotz der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Moltke einerseits und Bismarck und Roon andererseits über die Nothwendigkeit eines schnelleren Angriffs auf Paris Monate hindurch stattfand. Die Motivirung dieses Hasses: der Kriegsheld habe dem Staatsmanne die militairische Oberherrschaft entzogen, ist nach preußischen Ansichten lediglich komisch. Wie sollte in Preußen ein Staatsmann, auch wenn er Landwehruniform trägt, die militairische Oberherrschaft überhaupt anstreben, und wenn er sie hätte, behalten können? Es ist eine gänzlich unbegründete Fiction, wenn Forbes an vielen Stellen seines sonst wohlwollend redigirten Werkes bei den damaligen „drei hohen Beamten", Bismarck, Moltke und Roon, feindliche Gefühle gegen einander voraussetzt. Roon und Moltke sind zu jeder Zeit eng befreundet geblieben, und zwischen Bismarck und Moltke hat bis zur Entlassung des Ersteren auf beiden Seiten nie etwas anderes als anerkennendes Wohlwollen geherrscht.

* * *

Am 16. December (M.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.":

Die Handelsverträge. Die „Köln. Ztg." schreibt in einem Artikel über die Verstimmung weiter Kreise gegen die jetzige Regierung:

„Es ist ein alter Satz, der wieder einmal neue Beweise erfährt, daß in das Leben des Einzelnen viel schärfer eingreift die Verwaltung als die Verfassung eines Landes. Und das wird Niemand, der Fühlung besitzt mit den erwerbenden, den wahren Fortschritt fördernden Classen Deutschlands, leugnen können, welche, man kann geradezu sagen, Erbitterung gegen das Regieren vom grünen Tische immer deutlicher hervortritt. Die maßlose Uebertreibung einer berechtigten Ansicht hat die Sonntagsruhe zu einer Gefahr für eine Masse kleiner Geschäftsleute auswachsen lassen, die einer schleunigen Gegenwehr bedarf, wenn sie nicht viele strebsame Existenzen vernichten soll, ohne der Gesammtheit irgendwelchen entsprechenden Nutzen zu bringen. Der Industrie sind durch den glücklicherweise jetzt etwas gehemmten socialpolitischen Uebereifer Lasten auferlegt, die sich in ihrer ganzen Bedeutung erst noch zeigen

werden. Sie erschweren ihr den Wettbewerb in einem Augenblick, wo durch Handelsverträge, deren politische Bedeutung die wirthschaftlichen Nachtheile ausgleichen mußten, einer Steigerung der Ausfuhr neue Hindernisse bereitet werden, und wenn dann bei Verhandlungen mit dem allezeit feindlich gesinnten (?) Nachbar im Osten berufene Vertretungen der industriellen Interessen bitten, ihr sachverständiges Urtheil nicht übersehen zu wollen, erhalten sie einfach gar keine Antwort. Ist es da ein Wunder, wenn man die Meinung aussprechen hört, in Deutschland schiene eine Zeit angebrochen zu sein, wo das alte spöttische Wort, in Preußen, dem Lande des beschränkten Unterthanenverstandes, habe der Bürger Soldat zu sein, Steuern zu zahlen und den Mund zu halten, auch im Reiche wieder die Loosung sein solle? Man würde ein gutes, dem Vaterlande wahrhaft nützliches Werk thun, wenn man von hoher Stelle herab dem Umsichgreifen des Bureaukratismus energisch Einhalt gebieten wollte. Ihn auszurotten ist unmöglich, aber ihn einzuschränken wäre des Schweißes der Edlen werth; denn große Regierungsacte sind von viel geringerem Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung als hochmüthiges Abweisen des Rathes erfahrener Männer durch juristisch vielleicht sehr gebildete Beamte, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens doch vielleicht fremd gegenüber stehen. Die Behandlung des Publicums bei den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden bringt oft den Eindruck hervor, als ob die Herren, die dort im Namen des Königs sitzen, sich mehr als Meister denn als Diener der großen Gesammtheit betrachteten, und in allem, was nicht zu ihnen gehört, nur die misera contribuens plebs sähen."

Wir kommen auf diese Beschwerden des rheinischen Blattes wohl ein anderes Mal zurück. Für heute würde uns die „Köln. Ztg." zu Dank verpflichten, wenn sie uns darüber belehrte, worin die „politische Bedeutung" der Handelsverträge bestanden hat. Der jetzige Reichskanzler hat bei der „Berathung" der Verträge im Reichstage gesagt, daß ihr Abschluß eine politische Nothwendigkeit sei; aber eine Motivirung dieser Ansicht ist nicht erfolgt, außer der durch die jetzige Militair-Vorlage ironisirten: daß man die Verbündeten stärken müsse. Wenn die „Köln. Ztg." inzwischen zur Erkenntniß der wirthschaftlichen Nachtheile der Handelsverträge gelangt ist, aber noch immer die Ansicht vertritt, daß die Nachtheile durch die „politische Bedeutung" der Verträge ausgeglichen würden, so wird sich das Blatt über diese „politische" Bedeutung, also über den Nutzen, den die Verträge dem Ansehen des Deutschen Reiches gewähren, sicherlich eine Ansicht gebildet haben und uns diese nicht vorenthalten wollen. Bisher haben wir nur den Eindruck gehabt, durch die Verträge nicht nur wirthschaftlich, sondern auch

politisch geschädigt worden zu sein. Wenn seiner Zeit geltend gemacht wurde, daß wir zur Stärkung unserer Bundesgenossen die Verträge abschließen müßten, so heißt das doch so viel, daß wir, um überhaupt Bundesgenossen zu finden, dafür bezahlen, also, wie wir uns seiner Zeit ausdrückten, Tribut entrichten müßten. Wenn das Anerkenntniß, bündnißbedürftig zu sein und dafür wirthschaftliche Opfer bringen zu müssen, „politische Bedeutung" gehabt hat, so ist diese Bedeutung jedenfalls keine solche, die einen politischen Fortschritt darstellt und auf das deutsche Nationalgefühl erhebend einzuwirken vermag.

* * *

Ein zweiter Artikel derselben Nummer der „Hamb. Nachr." beschäftigt sich mit der „Emser Depesche", und zwar auf Grund der ehemaligen halbamtlichen „Provinzial-Correspondenz":

Zur Emser Depesche. In einigen Blättern sind anläßlich der Discussion über die Emser Depesche Reproductionen aus der halbamtlichen „Provinzial-Correspondenz" aus dem Sommer 1870 erfolgt. Die „Magd. Ztg." z. B. enthält folgenden Artikel:

Die Aeußerungen der „Provinzial-Correspondenz" zu der in Rede stehenden Frage verdienen um so mehr Beachtung, als das wöchentlich erscheinende ministerielle Blatt immer am Mittwoch Nachmittag ausgegeben wurde und der 13. Juli 1870 gerade auf einen Mittwoch fiel. Die betreffende Nummer, die also der viel besprochenen Extranummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die die sogenannte Emser Depesche enthielt, nur um wenige Stunden voraufging, erschien an diesem Tage nur in halbem Umfange, war aber durch ihren Inhalt, der sich fast ausschließlich mit der brennenden Tagesfrage beschäftigte, von hervorragender Bedeutung. In einem Leitartikel wurde zunächst „Frankreichs Verhalten in der spanischen Frage" kurz, aber mit Nachdruck erörtert. Er gab im Eingange der im deutschen Volke durch das Vorgehen der französischen Regierung hervorgerufenen Stimmung mit folgenden Worten Ausdruck:

„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Candidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheines bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist."

Sodann führte der Artikel weiter aus, daß der preußische Staat und der König mit der spanischen Thronfrage durchaus nichts zu schaffen habe und alle Verantwortung ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern geruht habe, der, so hochgestellt

er sei, doch nur ein Privatmann sei. Wenn dieser inzwischen auf die Thronbewerbung verzichtet habe, so habe er dabei ebenso nur innerhalb seiner persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Ob die französische Erregung durch die Entschließung des Prinzen beschwichtigt sein werde, müsse der Erfolg lehren. Daran schlossen sich noch die durch ihre Bezugnahme auf andere Mächte bedeutungsvollen Worte:

„Deutschland ist glücklicherweise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgniß entgegensehen zu können."

Diesem Leitartikel folgte in dem halbamtlichen Blatt eine Wiedergabe der Erklärungen, die der Herzog von Gramont und Ollivier in der französischen Kammer über die Hohenzollern'sche Candidatur abgegeben hatten und das Citat einer Aeußerung „eines der vertrautesten Blätter des französischen Ministeriums", in der es hieß:

„Heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militairischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulirung des Artikels V mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, die uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen noch größer werden."

Diese unverschämten Auslassungen eines Organs der französischen Regierung dienen mit zur Würdigung des Geredes ultramontaner und socialdemokratischer Blätter, daß ohne die Emser Depesche der Friede erhalten geblieben wäre.

Die „Provinzial-Correspondenz" brachte dann noch die in jeder Nummer üblichen Mittheilungen über den König u. s. w., die aber diesmal eine hervorragende Bedeutung hatten. Sie lauteten:

„Unser König hat in der letzten Woche ungeachtet seiner Cur eine überaus angestrengte Thätigkeit zu üben gehabt. Täglich hatte der Monarch, abgesehen von den regelmäßigen Militair- und Civilvorträgen, wiederholt Conferenzen mit dem in Ems anwesenden Botschafter des Norddeutschen Bundes in Paris, Baron von Werther, und mit dem französischen Botschafter, Grafen Benedetti, sowie mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, dem Wirklichen Geh. Legationsrath Abeken, und unterhielt nach allen Seiten eine umfangreiche schriftliche und telegraphische Correspondenz."

Der Bundeskanzler Graf Bismarck war angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerthe Einberufung des Reichstages Vortrag zu halten. Graf Bismarck folgte, indem er die begonnene Carlsbader Cur unterbrach, unverweilt dem Rufe des Königs und traf am Dienstag Abend von Varzin in Berlin ein, wo er sofort eine Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern hatte, und am Mittwoch früh die Reise nach Ems fortzusetzen beabsichtigte. Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandte dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die Hohenzollern'sche Candidatur angezeigt hat, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die weitere Reise nach Ems auf und gedachte heute nach Varzin zurückzukehren.

Die letzten Worte zeigen, daß Bismarck keineswegs am Mittag — die „Provinzial-Correspondenz" wurde immer erst gegen 1 Uhr geschlossen — die Absicht hatte, Frankreich um jeden Preis in den Krieg zu treiben, sondern daß durch die am Nachmittag eingetroffene, jetzt durch den Grafen Caprivi veröffentlichte Depesche des Königs, die der „Emser Depesche" zur Unterlage diente, er erst die Ueberzeugung gewann, daß eine Beilegung des Zwistes nicht mehr möglich und, nachdem sich die Situation so zugespitzt hatte, auch im Interesse der verletzten Ehre Deutschlands nicht mehr wünschenswerth sei.

An diese beiden Mittheilungen reihte sich schließlich die kurze Notiz an: „Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg hat sich zu Sr. Majestät dem Könige nach Ems begeben."

Die in später Stunde am Dienstag erfolgte Abreise des Ministers wurde erst am Mittwoch Nachmittag durch die vorstehende Mittheilung der „Provinzial-Correspondenz" bekannt und in ihrer Bedeutung von den unterrichteten Kreisen voll gewürdigt. Denn es war bekannt, daß Graf Eulenburg I. (wie er später zur Unterscheidung von dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten bezeichnet wurde) dem König persönlich besonders nahe stand und auf ihn von großem Einfluß war. Er war offenbar berufen, die Anwesenheit des Grafen Bismarck, der mit ihm, wie oben mitgetheilt worden, gleich nach seiner Ankunft in Berlin eine Unterredung hatte, beim König zu ersetzen.

Die Reise des Grafen Eulenburg nach Ems hatte nur den Zweck, Seine Majestät auf den Rücktritt des Ministerpräsidenten vorzubereiten, wenn der König nicht unter Berufung des Reichstages nach Berlin zurückkehrte.

* * *

Ueber den angeblichen Interviewer, Herrn Le Roux aus Paris, wird an derselben Stelle noch bemerkt:

> Herr Le Roux, dessen angebliches Gespräch mit dem Fürsten Bismarck wir in der Lage waren, als gänzlich erfunden zu bezeichnen, unterscheidet sich dadurch von seinem Vorgänger Abranyi, daß er auf unser Desaveu schweigt. Es äußert sich hierin ein nationaler Unterschied zwischen dem Franzosen und dem Ungarn. Der ungarische Phantasie-Interviewer empfand den Schaden an seiner Reputation, die ihm unser Dementi verursacht hatte, so sehr, daß er das Bedürfniß hatte, durch allerhand Correspondenzen dagegen zu reagiren und den Thatbestand zu verdunkeln; der Franzose hat unser Dementi ruhig eingesteckt und begnügt sich damit, sich anderweitig bezeugen zu lassen, daß Fürst Bismarck auf die Empfehlung, die er, Le Roux, nach Varzin gebracht habe, gezwungen gewesen sei, ihn zu empfangen; er übergeht die Thatsache, daß der Empfang trotzdem nicht erfolgt ist, nonchalant mit Stillschweigen. Dieser Unterschied zwischen Abranyi und Le Roux ist immerhin geeignet, zu interessanten ethnologischen Vergleichen der beiden Nationalitäten anzuregen.

* * *

Bezüglich der deutschen Unterstützung der Orientpläne Rußlands heißt es in den „Hamb. Nachr." vom 17. December (A.-A.):

> Verschiedene Blätter behaupten auf Grund verbürgter Veröffentlichungen über Aeußerungen des Fürsten Bismarck, nach dessen Auffassung habe die deutsche Politik das Programm, das Vordringen Rußlands auf Konstantinopel zu unterstützen. Diese Behauptung ist unzutreffend. Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomatie sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein etwaiges russisches Vordringen direct verletzt werden würde. Das ist bei Deutschland nicht der Fall.

* * *

In Folge des Ahlwardt'schen Processes über die von der Löwe'schen Fabrik gelieferten Gewehre für die deutsche Infanterie ist die Judenfrage in der Presse Gegenstand lebhafter Erörterungen geworden. Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." an gleicher Stelle:

> In den letzten Tagen hat in Folge verschiedener Vorgänge die Discussion der sogenannten Judenfrage in der Presse sehr überhand genommen. Wir sehen den Nutzen davon nicht ein und müssen es daher

ablehnen, uns daran zu betheiligen. Wir sind davon entfernt, die Ansichten des Grafen Caprivi in dieser Sache, oder etwa den Standpunkt der österreichischen Regierung zu theilen, aber wir sind der Meinung, daß sich die antisemitische Bewegung auf einem Holzwege befindet und nichts erreichen kann. Gegen einen Zustand, unter dem man thatsächlich lebt, ohne die Kraft zu haben, ihn zu ändern, fortwährend mit fruchtlosen antisemitischen Renommistereien anzukämpfen, halten wir für unwürdig.

* * *

In gleichem Sinne bringt die Münchener „Allg. Ztg." am 21. December (M.-A.) folgende Auslassung:

Während das herannahende Weihnachtsfest doch vor allen Dingen daran erinnern sollte, daß die Wiege des Christenthums im Judenthum gestanden, allerdings in einem andern Judenthum als das heutige, fährt unser politischer Antisemitismus fort, den Ahlwardt-Proceß und den conservativen Parteitag als Erfolge, als hoffnungsreiche Etappen auf dem beschrittenen Wege zu feiern. Wohin diese Wege führen sollen, darüber ist von den Führern der Bewegung sich keiner klar, als nächstes Ziel ist die Aufhebung des Gesetzes vom 3. Juli 1869 über die Gleichberechtigung der Confessionen in Aussicht genommen. Daß es in absehbarer Zeit einen Reichstag und einen Bundesrath geben könnte, die solchen Bestrebungen die gesetzliche Sanction ertheilten, daran glauben auch jene Führer wohl nicht; aber es war nöthig, derartige, wenn auch unerreichbare Ziele aufzustecken, um der antisemitischen Bewegung einen bestimmten Halt zu geben und die Frage der gemäßigteren Anhänger: Wie wollt ihr es denn eigentlich anfangen? beantworten zu können. Welche Verwechslung der Begriffe die Bewegung zeitigt, hat nicht nur der conservative Parteitag und die Wahl Ahlwardt's in Arnswalde (Ahlwardtswalde war es kürzlich auf einer von der Post richtig beförderten Postkarte getauft) erwiesen, sondern fast schwerer noch fällt der Umstand in das Gewicht, daß nach den Erklärungen des Reichskanzlers, nach den scharf verurtheilenden Worten des hiesigen Staatsanwalts und des hiesigen gerichtlichen Erkenntnisses ein Staatsanwalt in Magdeburg aussprechen konnte: Ahlwardt habe aus Patriotismus gehandelt. Inzwischen haben die jüngsten Tage doch auch recht schwerwiegende Zeugnisse einer entgegengesetzten Anschauung erbracht. So hat der conservative Reichstagsabgeordnete Graf v. Holnstein-Neverstorff an seine Wähler im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise eine Erklärung erlassen, in welcher er sein Fernbleiben vom conservativen Parteitag motivirt und zum Schlusse sagt: „Man mag nun über die Judenfrage denken, wie man will: ich unterzeichne kein Programm,

in welchem sie in der Weise, wie es hier jetzt geschehen ist, hervorgehoben wird. Für solche Auslassungen muß ein conservatives Programm zu hoch stehen." —

Noch schwerer ins Gewicht fällt eine wohl auf den Fürsten Bismarck zurückgehende Erklärung der „Hamb. Nachr." (folgen die soeben auf S. 296 und 297 mitgetheilten Sätze).

Fürst Bismarck hat sich im Laufe dieses Jahres wiederholt dahin ausgesprochen, daß, wenn die Antisemiten nicht beabsichtigten, eine Bartholomäusnacht oder eine sicilianische Vesper zu veranstalten, er überhaupt ihr ganzes Treiben nicht verstehe.

Zu den Verleumdungen des alten Kanzlers, welche die Richter'sche Presse mit Vorliebe ausstreut, gehört auch die, daß Fürst Bismarck „der eigentliche Vater des Antisemitismus" sei. Diese Behauptung gehört genau in die Kategorie jener französischen Kindereien, welche zu Ende der sechziger und in den siebziger Jahren den Kanzler als den Urheber aller Unbequemlichkeiten und Nachtheile ansahen, die irgendwo auf Gottes Erdboden für Frankreich entstanden. Als einzigen Beweisgrund wissen die „Freis. Ztg." und das „Berl. Tagebl." immer nur anzuführen, daß der Kanzler einmal eine Adresse eines antisemitischen Berliner Vereins habe wohlwollend beantworten lassen. Fürst Bismarck hat in seinem langen Dienstleben bekanntlich Unsummen von Adressen erhalten, deren dankende Beantwortung nach Maßgabe der vorhandenen Arbeitszeit und Arbeitskräfte mit der ihm eigenen geschäftlichen Höflichkeit erfolgte. Wenn darunter auch eine dankende Antwort an einen antisemitischen Verein ergangen ist, dessen Tendenz dem Fürsten vermuthlich gar nicht näher bekannt war, so hat Niemand ein Recht, daraus auch die Billigung der Tendenz zu folgern. Fürst Bismarck hat in Frankfurt mit dem alten Rothschild, in Berlin mit Hrn. v. Bleichröder in sehr guten Beziehungen gestanden, und der Letztere bewahrt dem Fürsten auch heute noch eine Ergebenheit und dankbare Anhänglichkeit, an welcher viele unserer „patriotischen" christlichen Landsleute sich ein Muster nehmen könnten. Er dürfte gleichfalls wissen, wie Fürst Bismarck über die Bestrebungen des Antisemitismus denkt. „Tageblatt" und „Freis. Ztg." würden viel eher im Rechte sein, wenn sie dem Fürsten Bismarck die Vaterschaft für die Stellung zuschrieben, welche die Juden heute gesetzlich und verfassungsrechtlich in Deutschland einnehmen. Fürst Bismarck hat ihre Emancipation durch das Gesetz vom 3. Juli 1869, welches gegen seinen Willen nie zu Stande gekommen wäre, erst vollendet, wie er es gewesen ist, der in Artikel 3 der Reichsverfassung die Gleichberechtigung der Confessionen mit der verfassungsrechtlichen Bürgschaft umgab. Die Herren von der freisinnigen Presse schneiden in ihr eigenes

Fleisch, wenn sie glauben, aus Liebedienerei gegen die Gegner und Hasser des Fürsten Bismarck ihn auch nach dieser Richtung als den Urheber einer der widerlichsten Erscheinungen unserer Zeit verleumden zu können. Alle gebildeten und unterrichteten Israeliten urtheilen hierin wesentlich anders. Sie verurtheilen das Treiben jener Presse ebenso, wie sie mit dem Fürsten Bismarck bedauern, daß ein Theil der Judenschaft von jener verfassungsrechtlichen Emancipation einen so schlechten Gebrauch gemacht und dadurch den Antisemitismus erzeugt und ihm einen Kern von Berechtigungen verliehen hat.

* * *

An gleicher Stelle finden wir am 22. December (M.-A.) unter der Ueberschrift „Der 12. Juli 1870" Folgendes:

Zur großen Freude der „Freis. Ztg." hat die „Kreuzztg." einen „ehemaligen Diplomaten" entdeckt, der ihr „einen Gedächtnißfehler des Fürsten Bismarck" in Bezug auf die Emser Vorgänge nachweisen kann, und auch die „Nordd. Allg. Ztg.", die darüber besser unterrichtet sein müßte, druckt den Unsinn nach. Allerdings ist es um diese „ehemaligen Diplomaten", welche wahrscheinlich wegen mangelnder Gedächtnißstärke im Amt nicht brauchbar waren, eine eigene Sache. Auch der Gewährsmann der „Kreuzztg." hätte besser gethan, zu schweigen. Die betreffende Notiz lautet:

„Von einem ehemaligen Diplomaten werden uns in Anlaß einer Bemerkung der ‚Hamb. Nachr.', welche die Reise des Grafen Eulenburg nach Ems im Juli 1870 so darstellen, als habe er den Auftrag gehabt, Kaiser Wilhelm auf den Rücktritt des Fürsten Bismarck vorzubereiten, die folgenden Daten in Erinnerung gebracht, die es wahrscheinlich machen, daß die betreffende Notiz auf einen Gedächtnißfehler zurückgeht. Fürst Bismarck traf am 12. Abends in Berlin ein und telegraphirte Sr. Majestät dem Kaiser, daß die Reise aus Varzin ihn so sehr angegriffen habe, daß er kurzer Erholung bedürfe. Er schicke daher den Grafen Eulenburg. Am 12. Abends reiste dann auch Letzterer ab. Nun war aber damals bereits der Verzicht des Prinzen von Hohenzollern eingelaufen. Die weitere Complication trat erst am 15. ein. Für eine Pression des Fürsten, um den Kaiser zur Berufung des Reichstags zu vermögen, lag also kein Anlaß vor. Graf Eulenburg muß am 12. mit anderen Aufträgen nach Ems gegangen sein."

Der „ehemalige Diplomat" und ebenso die Redaction der „Kreuzztg." hätten aber doch selbst so viel Gedächtniß haben müssen, um zu wissen, daß an eben demselben 12. Juli, Vormittags, nach dem Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern, die französischen Minister Gramont und

Ollivier die Impertinenz gehabt hatten, dem Botschafter des Norddeutschen Bundes in aller Form zu erklären, die eingegangene Entsagung des Prinzen von Hohenzollern, sei Nebensache, da Frankreich seine Thronbesteigung doch niemals zugelassen haben würde. Hauptsache bleibe die Verletzung, welche Frankreich dadurch zugefügt sei, daß Se. Majestät der König von Preußen dem Prinzen die Annahme der Candidatur erlaubt habe, ohne sich vorher mit Frankreich zu benehmen. Gramont bezeichnete als ein befriedigendes Mittel zur Ausgleichung dieser Verletzung ein Schreiben des Königs an den Kaiser der Franzosen, in welchem ausgesprochen werde, daß Se. Majestät der König bei Ertheilung jener Erlaubniß nicht habe glauben können, dadurch den Interessen und der Würde Frankreichs zu nahe zu treten, und sich der Entsagung des Prinzen anschließe. Der Botschafter selbst sagt in seinem Bericht:

„Es könne darin nur gesagt werden, daß Eure königl. Majestät, indem Allerhöchst Sie den Prinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt hätten, nicht hätten glauben können, weder den Interessen noch der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern an und zwar mit dem Wunsche und in der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen unsern beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. Solche und ähnliche Worte, die im allgemeinen durch Publicität zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen könnten, dürfte dieser Brief enthalten, doch möchte er bevorworten, daß von den verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser darin nicht die Rede sei, dieses Argument verletze hier in eigenthümlicher Weise."

So der Botschafter in seinem amtlichen Bericht an den König. Gramont und Ollivier verlangten weiter, der Botschafter solle ihren Wunsch nach Ems sogar telegraphisch übermitteln, was Freiherr von Werther ablehnte; sie fügten hinzu, daß, falls der Botschafter nicht glaube, den Gedanken eines solchen Briefes dem König übermitteln zu können, sie den Grafen Benedetti mit der Anregung der Frage beauftragen würden. Dies geschah denn auch, obwohl der Botschafter die schriftliche Uebermittelung zugesagt hatte, denn nach der im Laufe des Vormittags stattgehabten Unterredung ergingen am Nachmittag folgende telegraphische Weisungen des Herzogs von Garmont an den Grafen Benedetti:

12. Juli, Nachmittags. Gramont an Benedetti: „Wenden Sie Ihre ganze Kunst an, um festzustellen, daß der Verzicht des Prinzen Ihnen durch den König von Preußen oder seine Regierung angekündigt, mitgetheilt oder übermittelt worden ist. Das ist von der größten Wichtigkeit für uns. Die Betheiligung des Königs muß um jeden Preis von

ihm eingestanden werden oder aus den Thatsachen genügend hervorleuchten."

12. Juli, Abends. „Wir haben durch den spanischen Gesandten den Verzicht des Fürsten Anton Namens seines Sohnes erhalten. Damit diese Verzichtleistung ihre volle Wirkung übe, ist nothwendig, daß der König sich derselben anschließe und uns die Versicherung gebe, daß der König die Candidatur nicht von neuem genehmigen werde. Gehen Sie sofort zum König, um von ihm die Erklärung zu verlangen, welche er nicht weigern kann, wenn er wirklich keine Hintergedanken hat."

Als Fürst Bismarck am 12. Juli Abends von Varzin in Berlin eingetroffen war, las er — wie Ihnen jüngst mitgetheilt — noch im Wagen unter dem Hausthor die aus Paris, Ems und wohl auch aus London eingegangenen Depeschen. Die Meldung des Botschafters in Paris, namentlich von der französischerseits von Neuem an den König gestellten Zumuthung eines Verzichts- und Entschuldigungsschreibens dürfte den Kanzler bestimmt haben, Seine Majestät um die Rückkehr nach Berlin und um die Einberufung des Reichstags zu ersuchen, um die an Frankreich zu gebende Antwort auf dem starken Hintergrunde der durch den Reichstag vertretenen öffentlichen Meinung Deutschlands, wenigstens Norddeutschlands, zu ertheilen. Von der Annahme dieses Rathes dürfte Fürst Bismarck sein Verbleiben im Amt abhängig gemacht haben. Er selbst setzte die Reise nach Ems nicht fort, sondern sandte den Minister Grafen Eulenburg dorthin, einmal um nicht einen unvermeidlichen starken persönlichen Zusammenstoß mit dem französischen Botschafter herbeizuführen und sodann, weil nach seiner Auffassung die weiteren Entschließungen überhaupt nicht mehr in Ems, sondern in Berlin zu fassen waren. Am folgenden Morgen (13. Juli) hatte der englische Botschafter Lord Loftus eine Unterredung mit dem Kanzler. Er berichtet darüber an Lord Granville:

„Ich hatte heute eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck und gratulirte Seiner Excellenz zu der bevorstehenden Lösung der schwebenden Krisis durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern. Seine Excellenz schien etwas im Zweifel darüber zu sein, ob sich diese Lösung als Beilegung der Differenz mit Frankreich ausweisen werde. Er sagt mir, daß die vom Könige von Preußen bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung in Preußen allgemeines Befremden hervorgerufen habe.... Im weiteren Verlauf der Unterredung drückte dann der Kanzler den Wunsch aus, die englische Regierung möge durch eine Erklärung im Parlamente ihre Befriedigung mit der Lösung der spanischen Schwierigkeit durch den Rücktritt des Prinzen Leopold aussprechen und öffentlich Zeugniß ab-

legen für die ruhige und weise Mäßigung des Königs von Preußen, der Regierung und der Presse. Von Paris aus sei ihm mitgetheilt, daß die französische Regierung neue Ansprüche geltend machen wolle; sei dies der Fall, dann liege klar zu Tage, daß die spanische Thronfrage nur ein Vorwand gewesen, und daß Frankreich den Krieg suche. „Wir wünschen den Krieg nicht, wir haben unsere friedliche Gesinnung bewiesen und werden auch fortfahren, sie zu beweisen, doch können wir den Franzosen, was Rüstungen angeht, nicht erlauben, einen Vorsprung vor uns zu haben. Ich habe positive Informationen, daß in Frankreich Kriegsrüstungen betrieben worden sind und augenblicklich betrieben werden. Wenn diese fortgesetzt werden, werden wir uns genöthigt sehen, die französische Regierung um Aufklärung über deren Zweck und Bedeutung anzugehen." Graf Bismarck sagt ferner, daß die preußische Regierung, falls Frankreich den europäischen Mächten jetzt nicht eine Versicherung, eine Erklärung gebe, daß es die Lösung der Frage für endgültig halte und keine anderen Ansprüche geltend machen wolle, wofern Frankreich weiter die drohende Sprache des Herzogs von Gramont nicht zurücknehme oder genügende Erklärungen abgebe — die preußische Regierung sich genöthigt sehen würde, eine Erklärung von Frankreich zu fordern. Es scheint mir — fügt Lord Loftus hinzu — gewiß, daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium die Haltung des Königs dem Grafen Benedetti gegenüber bedauern und daß sie angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entscheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für nothwendig erachten."

Diese Unterredung hat am 13. Juli vor Eintreffen der historischen Depesche aus Ems stattgefunden. Man wird nicht fehl in der Annahme gehen, daß der Inhalt der Aeußerungen des Kanzlers sich mit dem Inhalt des Auftrages deckt, mit welchem Graf Eulenburg nach Ems abgegangen war. Die französische Zumuthung vom 12. Juli unter gleichzeitigen Kriegsrüstungen und unter der herausfordernden, verhöhnenden Sprache in den Kammern und in der Presse versetzte den König in Ems in eine Situation, welche zu beendigen Deutschlands nationale Ehre gebot. Dies war der Auftrag des Grafen Eulenburg. Es ist in hohem Grade auffallend, daß weder die „Kreuz-Ztg." noch ihr angeblicher „ehemaliger Diplomat" von dieser Bedeutung des 12. Juli Kenntniß oder für die Herausforderung des deutschen Nationalgefühls und der Würde des Königs Verständniß haben. Zum Mindesten liegt wohl der „Gedächtnißfehler" bei der „Kreuz-Ztg." und ihrem „diplomatischen" Inspirator. Hinzufügen können wir noch, daß auch Fürst Gortschakow, welcher sich damals auf der Durchreise in Berlin befand und den Fürsten Bismarck am Abend des 12. Juli noch

sprach, die Auffassung der Situation, wie Fürst Bismarck sie hatte, vollständig theilte, und diesen über die eventuelle Haltung Rußlands nicht im Zweifel ließ.

* * *

Dasselbe Münchener Blatt enthält am 24. December (A.-A.) eine Erörterung über Die deutsche Botschaft in St. Petersburg:

Die Wiener „N. Fr. Presse" hat sich dieser Tage mit der Neubesetzung des deutschen Botschafterpostens in St. Petersburg beschäftigt. Sie mißt der Ernennung des Generals von Werder nach St. Petersburg ein „mehr als persönliches Interesse" bei, und folgert aus dem Verhalten des Kaisers Alexander bei der Verabschiedung des Generals von Schweinitz, sowie aus der sympathischen Stimmung, welche seinem Nachfolger in St. Petersburg entgegenkomme, auf eine Wandlung in den Gesinnungen Alexander's III. Und unmöglich sei es ja auch nicht, fügt die „N. Fr. Presse" hinzu, daß in dem Maaße, wie der deutsche Botschafterposten in St. Petersburg durch seinen neuen Inhaber an diplomatischer Bedeutung gewinnt, auch das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland eine freundlichere Wendung nehme. — Kaiser Alexander ist im Gegensatz zu anderen Monarchen außerordentlich conservativ in seinen persönlichen Beziehungen. Der bisherige Botschafter, General von Schweinitz, welcher seinen Posten seit dem März 1876 bekleidete, nachdem er bereits früher eine Reihe von Jahren Militairbevollmächtigter in St. Petersburg gewesen war, hatte ungeachtet der Abnahme der Intimität in den Beziehungen der beiden Höfe das Vertrauen und die Achtung des Kaisers Alexander in hohem Grade besessen; wird doch berichtet, daß der Zar nie einen so langen Trinkspruch ausgebracht habe wie den auf die Gemahlin des deutschen Botschafters bei dem dem letzteren in Gatschina gegebenen Abschiedsmahl. Es zeugt für den Charakter Alexander's III., daß er beim Scheiden des Generals von Schweinitz den Wunsch empfand, als Nachfolger eine Persönlichkeit zu empfangen, die Rußland gründlich kennt und demgemäß an der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen und namentlich der Beziehungen der Höfe aus eigener Kenntniß der Verhältnisse mit Erfolg arbeiten kann. So lange Fürst Bismarck im Amte war, hatte, namentlich zu Lebzeiten Alexander's II., der Botschafterposten eine so große Bedeutung nicht. Fürst Bismarck kannte die russischen Verhältnisse zur Genüge, und die Intimität zwischen den Kaisern Wilhelm dem Ersten und Alexander dem Zweiten kam bis zum Berliner Congreß den beiderseitigen Beziehungen in einer Weise zu statten, daß selbst ein in gewissen russischen Kreisen vorhandenes Uebelwollen dagegen nicht aufkommen konnte. Jetzt ist das Alles anders. Weder besteht zwischen den beiden Kaisern eine Intimität, welche ernste politische

Schwierigkeiten nicht aufkommen ließe, noch haben wir einen Reichskanzler oder einen Staatssecretair des Auswärtigen, die Rußland und russische Verhältnisse kennen.

Um so größeres Gewicht hat also in dieser gegenwärtigen Zeit der Botschafterposten, wenn er wieder mit einem Manne besetzt wird, welcher Rußland, Hof, Heer und Volk durch einen vierzehnjährigen Aufenthalt in Krieg und Frieden genau studiert und verstehen gelernt, und wie das volle Vertrauen Alexander's II., so auch einen hohen Grad persönlicher Werthschätzung seitens des jetzigen Zaren erworben hat. Die Pflege der deutsch-russischen Beziehungen, die in Folge der Unkenntniß der Eigenart russischer Verhältnisse in Berlin jetzt doch nur eine unvollkommene sein konnte, empfängt durch die Ernennung des Generals von Werder eine sehr werthvolle Ergänzung, um so werthvoller, als Kaiser Alexander diesen Botschafter selbst erbeten hat, der nach seiner ganzen Vergangenheit noch auf dem Boden der deutsch-russischen Beziehungen der Zeit Wilhelm's I. steht. Insofern hat die „N. Fr. Presse" recht, wenn sie dieser Thatsache ein „mehr als persönliches Interesse" beimißt. Nicht zutreffend dagegen erscheint es, wenn das genannte Blatt weiter sagt:

„Man würde doch wohl die Tragweite der vorhandenen Anzeichen überschätzen, wenn man dieselben mit einer entscheidenden Rückwärtsbewegung der russischen Politik in Verbindung brächte. Die Trace der deutschen Politik ist festgesetzt in den Bündnißverträgen Deutschlands, und man sieht nicht, was geschehen könnte, um die abgebrochene Brücke zwischen Berlin und St. Petersburg zu erneuern. Was man in Rußland der deutschen Politik so bitter verargt hat, daß man die diplomatische Frontschwenkung unternahm und in die weit entgegengestreckte Hand Frankreichs einschlug, war das Ergebniß des Berliner Congresses zuerst und dann die Errichtung des Dreibunds ..."

Hier übersieht der Verfasser des Artikels zunächst die Thatsache der Drei-Kaiserbegegnung in Skerniewice im Jahre 1881, welche Fürst Bismarck — der Schöpfer des Dreibundes — zu Stande gebracht und für welche Kaiser Franz Joseph ihm ganz besonders seinen warmen Dank ausgesprochen hatte. Dieser Umstand beweist zur Genüge, daß „die Festlegung der deutschen Politik in den Bündnißverträgen Deutschlands" für letzteres ehedem kein Hinderniß war, auch zu Rußland in guten und erfolgreichen Beziehungen zu bleiben, und daß somit die Bündnißverträge an sich auch heute kein Hinderniß sein würden, „die abgebrochene Brücke zwischen Berlin und St. Petersburg zu erneuern". So lange der Dreibund, insbesondere das deutsch-österreichische Bündniß, rein defensiver Natur bleibt, in dem Sinne, in welchem es ursprünglich geschlossen worden, besteht für keinen der drei Kaiserhöfe aus

dem Bündniß an sich ein Anlaß zu unfreundlichen Beziehungen. Letztere könnten erst dann eintreten, wenn man in Berlin und Wien die Gewißheit hätte, daß Rußland beabsichtigte, zu einer gegen die verbündeten Mächte gerichteten offensiven Politik überzugehen, oder wenn man in St. Petersburg der Ueberzeugung lebte, von Berlin und Wien aus bedroht zu werden. Da eine „Bedrohung" Rußlands in Anbetracht des numerischen Unterschiedes der Streitkräfte von Oesterreich nie ausgehen kann, so kommt für das Verhältniß Rußlands zu seinen beiden Nachbarn in erster Linie der Grad von Vertrauen oder Mißtrauen in Betracht, der in St. Petersburg bezüglich der Absichten der deutschen Politik besteht.

Auf den Thronwechsel in Berlin ist sehr schnell auch ein Kanzlerwechsel gefolgt. Rußland ist damit neuen und unberechenbaren Verhältnissen gegenüber gestellt worden; denn während früher die langjährige Erfahrung des Fürsten Bismarck die für Rußland ohnehin stets wohlwollende Haltung des alten Kaisers berieth, sind die Nachfolger des Fürsten Bismarck nicht in der Lage, ihrem Souverain einen auch nur annähernd ähnlichen Schatz von Erfahrung und Kenntniß von Menschen und Dingen zur Verfügung zu stellen. Mit diesen Thatsachen hat man, wie im gesammten Auslande, so auch in St. Petersburg zu rechnen, in St. Petersburg um so mehr, als auch die persönlichen Beziehungen der beiden Souveraine heute nicht mehr die gleichen wie in den Tagen Wilhelm's I. sind. Die solchergestalt in den deutsch-russischen Beziehungen entstandene Lücke kann General von Werder in sehr glücklicher Weise ausfüllen, namentlich wenn er in der Lage ist, dem Zaren, der ihm unbedingt glaubt, die Versicherung zu bringen, daß Deutschland auch heute den Bündnißvertrag von 1879 lediglich in dem Sinne und nach dem Wortlaut auffaßt, in welchem der Abschluß erfolgt ist: als Abwehr gegen russischen Angriff; eine verständige deutsche Politik wird über diesen Rahmen nie hinausgreifen und damit auch den Interessen Oesterreich-Ungarns am besten dienen.

* * *

Am 25. December (M.-A.) bringt die Münchener „Allg. Ztg." einen längeren Artikel unter der Ueberschrift: Kaiser Wilhelm I., die officiöse Publicistik und die Militairvorlage.

Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichte gestern (22. December) einen Artikel über die Militairvorlage, der zu viel Anklänge an die Reden und an die Sprachweise des Grafen Caprivi enthält, um seinen Ursprung verleugnen zu können. Aber auch abgesehen von diesem Ursprung ist der Artikel, in welchem ein leiser Anflug von Resignation

sich bemerkbar macht, in mehr als einer Richtung beachtenswerth. Zunächst durch die Erklärung, „daß Durchführung der zweijährigen Dienstzeit und Beibehalt der bisherigen Präsenzstärke Forderungen sind, die sich gegenseitig ausschließen".

Enthält dieser Satz das letzte und allerdings durchaus zutreffende Wort der Regierung, so werden Freisinn und Centrum, welche hierin angeblich ihr äußerstes Angebot sahen, die Linie ihres Verhaltens etwas weiter in der Richtung auf die Regierungsvorlage vorrücken müssen. Des weiteren werden „die Erhöhung der Etats und die Vermehrung der Cadres bei denjenigen Truppen, deren Dienstzeit herabgesetzt werden soll," als die „wesentlichsten" Bedingungen der zweijährigen Dienstzeit bezeichnet. Daran schließt sich der Satz: „Man scheint an einigen Stellen zu glauben, es müsse, da der gegenwärtige Zustand mit der verstümmelten Dienstpflicht nicht haltbar sei, ohnehin zur zweijährigen Dienstzeit kommen, gleichviel, ob man die Compensationen gewähre oder nicht." Das wäre ein bedenklicher Irrthum! Der Artikel giebt sodann zu, daß ein Ausweg aus dem militairisch auf die Dauer nicht haltbaren Zustande auch in der Richtung auf Wiederherstellung der vollen dreijährigen Dienstzeit möglich sei, wobei man sich freilich noch mehr von dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht lossagen müsse. Diejenigen, „welche in dem Kampf der Qualität gegen die Quantität die Qualität des Friedensstandes betonen", würden damit zufrieden sein. Diese Bemerkung ist insofern nicht zutreffend, als die Betonung der Qualität des Friedensstandes doch zugleich auch eine Betonung der Qualität des Kriegsstandes ist. Jeder Truppentheil, der einen dritten Jahrgang besitzt, ist doch zweifellos qualitativ besser beim Aufbruch ins Feld, als ein solcher, der nur über zwei Jahrgänge verfügt; ebenso werden alle einzuberufenden Reserven und Landwehren qualitativ bessere Soldaten sein, wenn sie drei Jahre gedient haben, als wenn sie nur zwei Jahre bei der Fahne gewesen ist. Die angefochtene Bemerkung erweist sich somit in dieser Beziehung als hinfällig.

Es folgt die Versicherung, daß die verbündeten Regierungen die Vorlage eingebracht haben, „weil sie nicht glauben, unserer äußeren Lage gegenüber die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des gegenwärtigen, im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse bei unsern Nachbarn ungenügenden Zustandes unseres Heerwesens tragen zu können"; diejenigen, „welche die Vorlage abzulehnen geneigt sind, weil sie an die Gefahr eines ernsten Krieges in absehbarer Zeit nicht glauben wollen", werden die Consequenzen der Ablehnung der Vorlage, Heranziehung der älteren Jahrgänge u. s. w., die im einzelnen aufgeführt werden, unschwer hinnehmen.

Zu denjenigen nun, „welche an die Gefahr eines ernsten Krieges in absehbarer Zeit nicht glauben", nicht glauben können und nicht glauben wollen, gehören auch wir; d. h. wir glauben nicht an eine nahe Gefahr eines gegen Deutschland geplanten politischen und militairischen Angriffs. Anders steht die Sache, wenn etwa deutscherseits eine politische und militairische Offensive nach der einen oder andern Seite den letzten Hintergedanken der Militairvorlage bildete. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß dann der ganze Reichstag die letztere einmüthig ablehnen müßte und ablehnen würde. An einen Angriff gegen Deutschland aber glauben wir deshalb nicht, weil Frankreich allein einen Krieg aller Voraussicht nach nicht beginnen wird. Sollte dies dennoch in Folge einer thörichten Politik der Fall sein, so wäre Deutschland mit einigen Verbesserungen seiner augenblicklichen Heeresverfassung vollkommen in der Lage, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Rußland wird niemals einen Krieg mit uns beginnen, um Frankreich zur Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen zu verhelfen; Rußland wird diesen Krieg nur beginnen um seiner Interessen willen. Bis jetzt fehlt jeder Nachweis dafür, daß Rußland zwingende Interessen hat, oder zu haben glaubt, denen es in einem Riesenkampfe von nichts weniger als gesichertem Ausgange gegen Deutschland und Oesterreich Befriedigung schaffen müßte, einem Kampfe, der sich wahrscheinlich auf eine vom Hellespont bis Königsberg reichende Linie ausdehnen würde. Wir glauben vielmehr, daß, wenn Rußland einmal den Moment gekommen erachtet, in Action zu treten, es seinen Stoß nach Süden richten wird, wo allein seine Interessen liegen, sich dabei allerdings gegen jeden Einspruch von Westen her durch Aufstellung starker Heere deckend. Etwa für die Aufrechthaltung des Berliner Vertrages das Schwert zu ziehen, hätte Deutschland aber ganz und gar kein Interesse. Was wir schirmen zu helfen haben, ist die Existenz Oesterreichs, sobald diese von Rußland ernstlich und angriffsweise bedroht ist; wir glauben aber, daß Rußland wie im Januar 1878, so auch bei späterer Conflagration die Verständigung mit Oesterreich vorziehen und zu finden wissen wird, mit oder ohne Hülfe Deutschlands.

Unter diesen Umständen halten wir es für mehr als gewagt, wenn die „Nordd. Allg. Ztg." am Schlusse ihres Artikels mit voller Bestimmtheit von „dem künftigen Kriege" redet. Derartige Wendungen können nur der Vermuthung Vorschub leisten, als sei dieser „künftige Krieg" deutscherseits mit größerer Sicherheit in Aussicht genommen als auf Seiten der dafür in Betracht kommenden Nachbarstaaten. Mit geringen Ausnahmen besteht in ganz Deutschland und namentlich auch im Reichstag das Gefühl, daß Deutschland bei einer friedlichen Politik nicht

in der Weise bedroht ist, um sich sofort eine so große Last auferlegen zu müssen; bestände aber diese Bedrohung, so würde eine Maßregel, welche uns thatsächlich um 26 000 Mann jährlich bereichert, doch bei weitem nicht ausreichend sein. Denn wenn die 34 000 Mann des dritten Jahrgangs der Infanterie, die jetzt noch bei den Fahnen sind, einfach nach Hause geschickt und dafür 60 000 Rekruten eingestellt werden, so ist es mehr als zweifelhaft, ob ein solches Plus von 26 000 Rekruten, diese Vermehrung der Quantität, die Qualität jener 34 000 Mann des dritten Jahrgangs aufwiegen kann. Dazu kommt, daß diese verhältnißmäßig geringfügige Verstärkung nach der Gestaltung des Entwurfs mit einer jährlichen Belastung von 70 Millionen erkauft werden muß.

Wir erblicken den Cardinalfehler der Vorlage darin, daß sie, um möglichst hohe Ziffern zu erreichen, eines der wesentlichsten Fundamente der Armee, die dreijährige Dienstzeit, preisgiebt. Auch wir teilen vollständig den Grundgedanken, daß die volle Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, die Ausbildung jedes dienstfähigen Mannes, in hohem Grade wünschenswerth und nach Möglichkeit anzustreben ist. Aber es braucht dies nicht von heute auf morgen zu geschehen. Perioden, wie die jetzige, hat die preußische Armee, um bei dieser zu bleiben, ja mehrfach durchlebt. Nach den Befreiungskriegen mußte zu einer Herabsetzung der Etatsstärken, sowie zu einer Herabsetzung der Dienstzeit auf 23 Monate gegriffen werden, weil die Mittel fehlten, die Armee in größerer Stärke zu erhalten. Schon bei der Mobilmachung von 1830 stellten sich in Folge dessen die größten Uebelstände heraus, welche Prinz Wilhelm von Preußen, unser nachmaliger Kaiser Wilhelm I., im Jahre 1832 in einer Denkschrift bekämpfte. Friedrich Wilhelm III. hatte damals vorübergehend und widerwillig dieses System angenommen, weil ein anderer, vom Kriegsminister von Haake eingeschlagener Weg sich als nicht gangbar erwiesen. Aber der König erwartete mit Ungeduld das Wachsen der Staatseinkünfte, um zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren. Im Jahre 1857 schlug das Kriegsministerium eine Verdoppelung der Infanterie-Regimenter mit Bataillonsstärke von 400 Mann und zweijähriger Dienstzeit vor. Eine zur Vertheidigung dieses Vorschlags von Generalmajor von Prittwitz verfaßte Denkschrift veranlaßte bekanntlich den damaligen Prinzen von Preußen zu jenem Aufsatz: „Die dreijährige Dienstzeit, von einem Soldaten", welchen die „Kreuz-Ztg." in Nr. 61 ihres Jahrgangs 1857 zum Abdruck brachte. Jener ganze Aufsatz ist eine scharfe und überzeugende Widerlegung auch der heutigen, auf der zweijährigen Dienstzeit basirenden Militairvorlage. Auch damals war es eine in einer Thronrede des Kaisers Napoleon angekündigte französische Armeereform, welche eine Er-

höhung der Aushebung um 20 000 Mann in Aussicht nahm, die in den diesseitigen Erwägungen eine ausschlaggebende Rolle spielte. Nun könnte man sagen: Was Friedrich Wilhelm III. nach den Befreiungskriegen gethan hat, der wegen fehlender Mittel die zweijährige Dienstzeit angenommen, kann man auch jetzt wieder thun, um so mehr, als nicht gleichzeitig eine Herabsetzung der Etatsstärken, sondern eine Erhöhung derselben beabsichtigt wird. Der Unterschied zwischen damals und jetzt ist eben der, daß der König damals in eine vorübergehende Maßregel willigte, die — sobald der Augenblick gekommen war — wieder beseitigt wurde. Jetzt würde es sich um eine definitive Maßregel handeln. Denn ist die zweijährige Dienstzeit erst einmal gesetzlich zugelassen, so giebt es keinen Reichstag, der sie wieder gegen die dreijährige vertauschen würde, es sei denn am Tage nach einer schweren militairischen Katastrophe, an welchem uns dann wahrscheinlich die Mittel für die zweijährige Dienstzeit ebenso wie für die dreijährige fehlen würden. Behalten wir, wie zu hoffen, Frieden, so wird die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nur den Ausgangspunkt für neue auf weitere Herabsetzung gerichtete Agitationen hergeben. Von socialdemokratischer Seite ist dies bereits angekündigt, und die freisinnige Partei wird sich im Gefühl des „Triumphes des Laienverstandes", wie Herr Richter die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bezeichnete, dem neuen Wettlaufen um die Gunst der Wähler nicht entziehen dürfen, im Gegentheil, nach wenigen Jahren würden weite liberale Kreise davon erfaßt sein.

Bekanntlich hat auch das „Militair-Wochenblatt", dessen frühere Jahrgänge sämmtlich Artikel enthalten, die mit größter Entschiedenheit für die dreijährige Dienstzeit eintreten, neuerdings seine Auffassung der augenblicklich maßgebenden Ansicht entsprechend geändert, und es behandelt in einem neueren Aufsatz über „Truppenwahl und Truppengüte" die dreijährige Dienstzeit in nahezu wegwerfender Weise. Käme morgen ein anderer militairischer Reichskanzler, der die dreijährige Dienstzeit als noli me tangere ansähe, so würde das „Militär-Wochenblatt" mit thunlichster Beschleunigung zu seinem früheren Standpunkt zurückkehren. Halten wir daher an Kaiser Wilhelm I. als an der in dieser Beziehung keinem Wechsel und Wandel der Anschauungen zugänglichen Autorität fest, und wer sich hierüber genau informiren will, dem empfehlen wir das Studium der kleinen Schrift: „Die zweijährige Dienstzeit, beleuchtet von Kaiser Wilhelm I.", welcher wohl zu wünschen wäre, daß sie von jedem deutschen Fürsten, Truppenführer, Bundesrathsmitgliede und Reichstagsabgeordneten genau gelesen würde. Kaiser Wilhelm I. hat nach dem dänischen Kriege sein Urtheil

über die dreijährige Dienstzeit in folgenden Worten niedergelegt: „Erst im dritten Dienstjahr fühlt der Mann seine Ueberlegenheit über den neu eintretenden Ersatzmann, dem er nun nicht nur als Vorbild aufgestellt werden kann, sondern wo er auch selbst als Instructor auftritt . . . . Kurzum, er fühlt sich nun erst als Soldat dem Geiste und der Fähigkeit nach . . . . Und nur mit einem Kern solcher durchgebildeten Soldaten kann man siegesgewiß in den Krieg ziehen. Und so waren unsere im Jahre 1864 kämpfenden und siegenden Truppen gebildet. Wenn man einen Stein aus dieser Gliederung entfernt, so muß das ganze Gebäude baufällig werden! Und man hat mehrmals eine Armee zu Grunde gehen sehen, weil man aus Nebenrücksichten falschen Theorien huldigen zu müssen glaubte. Solche Irrthümer rächen sich im Kriege nur zu rasch!"

Damals war natürlich unsere gesammte officiöse Publicistik, die „Provincial-Correspondenz", die „Nordd. Allg. Ztg.", ebenso für die dreijährige Dienstzeit montirt, wie sie es heute für die zweijährige ist. Aber Kaiser Wilhelm I. hat auch noch später, mitten im Kriege von 1871, ein beherzigenswerthes Zeugniß für die dreijährige Dienstzeit abgelegt. Der verstorbene Hofrath Schneider erzählt in seinem Buche: „Aus dem Leben Kaiser Wilhelm's", Band 3, Seite 42, Folgendes: „Am 25. October (1870) sprach mir der König, wahrscheinlich unter dem Eindrucke des gestrigen Empfanges der beiden süddeutschen Kriegsminister, seine Besorgniß aus, daß das preußische Abgeordnetenhaus, durch die Tapferkeit und die unstreitigen Erfolge der Bayern und Württemberger veranlaßt, nach dem Kriege aufs neue eine Abkürzung der dreijährigen Dienstzeit in Preußen verlangen würde, die er nach seiner Erfahrung auch in dem gegenwärtigen Kriege — nie gutheißen könne. Es ist ja keine Frage, daß man gelegentlich auch mit rascher ausgebildeten Soldaten Siege erfechten kann, ebenso, wie eine längere Dienstzeit allein nicht vor Niederlagen sichert, aber eine wirkliche Armee, die nach allen Richtungen hin dieser schweren Aufgabe entspricht, läßt sich bei uns nun einmal nicht mit einer kürzeren Dienstzeit, wie der unsrigen, herstellen. Ein Soldat ist doch noch etwas Anderes, als ein ausexercirter Mann, der mit Noth mit seinem Gewehr umzugehen versteht. Wir haben bis jetzt immer Glück gehabt und sind immer vorwärts gekommen. Gebe Gott, daß wir nicht auch noch andere Erfahrungen machen! Herr Gambetta hat wenigstens Lust und auch Geschick dazu, uns etwas einzubrocken. Dann würden wir erst erfahren, welcher Unterschied zwischen Soldaten und nur bewaffneten Menschen ist. Wer eine kürzere Dienstzeit für die preußische Armee verlangt,

leistet seinem Vaterlande keinen guten Dienst ...." So Schneider in seinem Buche, welches bekanntlich vor der Drucklegung von dem hochseligen Kaiser genau durchgesehen und approbirt worden ist.

Was soll nun geschehen? Eine einfache Ablehnung der Militairvorlage ist aus dem einen Grunde nicht möglich, weil sowohl der Herr Reichskanzler in öffentlicher Rede, als auch das „Militair-Wochenblatt" u. s. w. vorhandene Schattenseiten und Mängel unseres Heerwesens so stark betont haben, daß es vielleicht bedenklich wäre, dem Auslande, wie dem eigenen Heere gegenüber, da nicht Abhülfe zu schaffen. Wir geben ferner zu, daß angesichts des bevorstehenden Ablaufes des Septennats die legislativen Gewalten des Reiches ohnehin eine Entschließung zu fassen haben. Ob dies in dieser oder in der nächsten Session geschieht, ist für den militairischen Erfolg nicht von wesentlichem Belang; soll aber etwas verbessert werden, so thut man es allerdings je eher desto besser, zumal nachdem durch die Vorlage und die sie begleitenden Commentare eine starke Unruhe in das Heer selbst, sowie in die gesammte Bevölkerung getragen worden ist. Da von der nationalliberalen Partei an nach links hin sämmtliche Fractionen ihre Bewilligung an die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit geknüpft haben, ohne dafür die regierungsseitig als unerläßlich bezeichneten Compensationen auch nur annähernd in Aussicht zu stellen, die Regierung aber auf eine dauernde Festlegung der zweijährigen Dienstzeit unmöglich eingehen darf, so scheint es gerathen, die zweijährige Dienstzeit für die nächsten fünf Jahre völlig auszuscheiden und in dieser Zeit dem nicht nur beizubehaltenden, sondern zu verstärkenden dritten Jahrgang möglichst viele tüchtige Unterofficiere abzugewinnen, um nach Ablauf dieser Zeit für dann etwa erforderliche neue Cadrebildungen auch das erforderliche Unterofficiermaterial qualitativ und quantitativ zur Hand zu haben, was jetzt nicht der Fall ist.

Das Programm würde also sein: Ausgiebigste Verstärkung des Officier- und Unterofficiercorps bei allen Waffen; bei der Infanterie möglichst dahin, daß jede Compagnie einen Hauptmann, einen Premierlieutenant und drei Secondelieutenants außer allen Abcommandirten (Adjutanten, Schulen u. s. w.) zählt; Erhöhung der Etats sämmtlicher Fußtruppen auf 600 Mann per Bataillon, bei den Infanterieregimentern der westlichen und östlichen Grenzcorps eventuell noch darüber hinaus; Herstellung einer gleichmäßigen Organisation der gesammten Feldartillerie mit sechs bespannten Geschützen in jeder fahrenden Batterie in den Grenzprovinzen, außerdem mit vollständig bespannten Munitionswagen. Die Forderungen für Neuformationen bei der Fußartillerie, den Pionieren,

Eisenbahntruppen und dem Train werden keinen Schwierigkeiten unterliegen, wobei freilich vorauszusetzen ist, daß Officiere und Unterofficiere dafür vorhanden sind; die vorgeschlagenen neuen Stammescadronen werden weniger vom finanziellen, als vom sachlichen und praktischen Standpunkt aus angefochten.

Es würde sich somit im Wesentlichen um die Bewilligung der Vorlage mit Ausnahme der vierten Bataillone, die in der Armee ohnehin sehr wenig Anklang finden, aber unter Aufrechthaltung der dreijährigen Dienstzeit, handeln. Dafür ist durch ausgiebige Vermehrung der Officiere und Unterofficiere für deren Entlastung bei der Ausbildung der Ersatzrecruten, Einjährigen, Ersatzreserven u. s. w. gesorgt, durch die Erhöhung der Etatsstärken einem sehr empfundenen Bedürfniß abgeholfen, zugleich auch die Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung dienstfähiger Mannschaften gegeben, also immerhin ein bedeutender Schritt auf dem Wege der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht gethan; für die Feldartillerie würde so vielleicht noch besser gesorgt, als es in der Vorlage geschieht; die Organisation dieser Waffe käme damit zu einem endlichen Abschluß. Wird die Armee in solcher Formation sich während weiterer fünf Friedensjahre, bis zum 1. April 1899, innerlich consolidirt haben, wird sie an Zahl, an Intensität der Ausbildung gewachsen sein, ohne auf das werthvolle Material des dritten Jahrgangs verzichtet zu haben, und dies Alles mit einem erheblich geringeren Kostenaufwande, so mag die Lage des Welttheils an der Wende des Jahrhunderts weiter lehren, was dann zu Nutz und Frommen des Vaterlandes zu thun ist.

* * *

Am 29. December (M.-A.) bringen die „Hamb. Nachr." folgende kleine Notiz:

Aus Amerika kommt die einer Zeitung von Milwaukee entnommene Meldung, Fürst Bismarck sei an einer dortigen Straßenbahn interessirt. Nach dem Text der Originalnotiz ist dieselbe als eine neue Art Reclame für die betreffende Tram aufzufassen: die Einwohner der Stadt werden darin ermahnt, mit Freudigkeit in der Bahn zu fahren, da deren Erträgniß dem Fürsten Bismarck zu Gute komme. Für uns genügt es zu wissen, daß das Ganze amerikanische Erfindung ist.

* * *

Am 31. December (M.-A.) enthalten die „Hamb. Nachr." einen Artikel über die Beziehungen, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem verstorbenen Wirklichen Geheimen Legationsrath Bucher bestanden haben:

Fürst Bismarck und Lothar Bucher. Der Tod Lothar Bucher's wird vielseitig benutzt, um mit dem Credit des Verstorbenen auf Kosten des früheren Reichskanzlers Geschäfte zu machen. Wir haben schon einige Male Angriffe, Erfindungen und Verleumdungen, die gegen den Letzteren gerichtet waren und unter dem Namen Bucher Deckung suchten, zurückgewiesen. Neuerdings sind sie in einem Artikel fortgesetzt worden, der von anonymer Seite in „Schorer's Familienblatt" veröffentlicht und von dort auch in sonst vorsichtige Blätter übergegangen ist.

Daß der Componist des betreffenden Aufsatzes weder mit den persönlichen Beziehungen Bucher's zum Fürsten Bismarck noch mit den Verhältnissen im Hause des Letzteren vertraut ist, geht zum Theil schon aus seinen verkehrten Angaben über die Localitäten in Friedrichsruh und aus der Redensart hervor, die er dem früheren Reichskanzler in den Mund legt: „Lieber Bucher, das verstehen Sie nicht!" Hierdurch beweist der Verfasser des Artikels, daß er weder mit der Tonart wohlerzogener Leute untereinander, noch im Besonderen mit den Beziehungen der beiden in Rede stehenden Männer zu einander auch nur oberflächlich bekannt ist. Die Anrede: „Lieber Bucher!" seitens des Fürsten Bismarck ist, namentlich in Verbindung mit dem folgenden Satze, eine absolute Unmöglichkeit zwischen den beiden auf dem Fuße der Gleichheit verkehrenden Persönlichkeiten. Jemand, der die Formen der Kreise, um die es sich hier handelt, nicht kennt, mag, wenn er ein bürgerliches Drama schreibt, seinen neuen Präsidenten oder Minister sagen lassen: „Lieber Schröder, das verstehen Sie nicht" — im Verkehre des Fürsten Bismarck mit dem Geheimrath Bucher war jede derartige Anrede und Grobheit durchaus ausgeschlossen, und bei aller Anhänglichkeit an seinen früheren Chef war Bucher nicht der Mann, der eine solche Behandlung sich hätte gefallen lassen, ohne das Verhältniß, aus dem sie hervorging, abzubrechen. Der Verfasser des erwähnten Familienblatt-Artikels muß nothwendig subalternen Sphären angehören, da er, wie es scheint, die Formen des Verkehrs zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Geheimrath Bucher auch nicht einmal vom Hörensagen kennen gelernt hat.

Wir wundern uns nicht, daß Blätter, welche den Artikel des Familienblattes abgedruckt hatten, selbst das Bedürfniß empfinden, ihn zu rectificiren, wie es z. B. seitens der „Leipziger Neuesten Nachrichten" geschieht, aus deren zweitem Artikel wir weiter unten Einiges mittheilen. Wir unsererseits beschränken uns auf folgende Berichtigungen:

Der Verfasser des Familienblatt-Artikels behauptet, Fürst Bismarck habe es nicht für angezeigt gehalten, für seinen getreuen Mitarbeiter Bucher irgendeine Stellung ausfindig zu machen, welche ihn in directer Beziehung zu seinem Chef gehalten habe. Bucher war vortragender

Rath und rückte in dieser Stellung auf, so hoch er konnte; ihn zum Wirklichen Geheimen Rath zu bringen, nachdem er Rath I. Classe geworden war, ist dem Kanzler im königlichen Cabinet niemals gelungen. Daß es für den Fürsten Bismarck thunlich gewesen wäre, die allerhöchste Zustimmung zur Verwendung Bucher's in einer Stellung zu finden, die ihn mit Kaiser Wilhelm I. in persönliche Beziehung gebracht haben würde, kann nur Jemand glauben, der mit dem Charakter und den Gewohnheiten des verewigten Kaisers absolut unbekannt war. Auch hat Bucher niemals Wünsche in dieser Richtung gehabt. Wünsche, die er ausgesprochen oder angedeutet hat, sind der Erfüllung stets sicher gewesen; Bucher aber war von zu vornehmer Bescheidenheit, um einen Wunsch, der seinen Chef hätte Verlegenheit bereiten können, auch nur anzudeuten, oder auf Anerbietungen einzugehen, von deren Annahme er solche Verlegenheit voraussah. Der vorgebliche Freund und Lobredner Bucher's im Familienblatt unterschätzt diese Vornehmheit in hohem Maaße, vielleicht weil sie ihm selbst abgeht; er schildert seinen angeblichen Clienten als einen neidischen, empfindlichen bureaukratischen Streber und thut ihm damit das schnödeste Unrecht an. Es ist ein hoher Grad von psychologischer Urtheilslosigkeit erforderlich, um anzunehmen, daß das bis zuletzt freundschaftlich-intime Verhältniß des Fürsten Bismarck zu Bucher aufrecht erhalten sein würde, wenn letzterer der Mann gewesen wäre, als den ihn der übelwollende Artikelschreiber schildert.

Daß der ganze Artikel im Familienblatte auf Giftmischerei gegen den Fürsten Bismarck hinausläuft, ergiebt sich aus dem Zusammenhange, worin der Name Bleichröder erwähnt wird; dieser Banquier sei sofort vorgelassen, wenn Bucher schon stundenlang antichambrirt habe. Die Besuche Bleichröder's, der die Privatgeschäfte des Fürsten Bismarck besorgte, fanden niemals in der Vortragszeit statt; daß Bucher stundenlang im Vorzimmer habe warten müssen, ist unwahr, es sei denn, daß die Kanzleidiener vergessen hätten, ihn anzumelden. Von einer Zurücksetzung Bucher's ist nie die Rede gewesen, und wenn seine Begleitung des Fürsten aufs Land schließlich unterblieb, so geschah es nicht, weil Bucher nicht eingeladen war, sondern weil er damals von dem Aufenthalte in Varzin und in Friedrichsruh Zunahme seines Gichtleidens befürchtete.

Daß Acte der Abneigung zwischen älteren Räthen, wie z. B. Abeken und Bucher vorkamen, war natürlich, ebenso erklärlich war im Rückblick auf die Geschichte der Gräfin Hatzfeldt und Lassalle's die Schwierigkeit, die es für Bucher hatte, mit der Person des Sohnes der Ersteren als Vorgesetzten sich einzuleben. Graf Hatzfeldt war übrigens ebensowenig ein „Schüler" Bucher's wie Graf Herbert Bismarck; Bucher hatte über-

haupt keine Schüler; sein zurückhaltendes Wesen stand dem ebenso entgegen, wie der Entfaltung persönlicher Initiative. Bucher soll nach dem Familienblatt-Artikel auch gesagt haben, Fürst Bismarck hätte seinen Sturz selbst herbeigeführt. Wir sind der Ansicht, daß Bucher die Bedürfnisse der europäischen Politik zu genau kannte, um nicht zu wissen, woher die Kräfte stammten, die beim Kaiser die Neigung, sich von dem ersten Kanzler zu trennen, beförderten. Für die englische Politik ist es erwünscht, daß im Berliner Cabinet ein antirussischer Wind weht, für die deutsche ist es eine Nothwendigkeit, weder antienglisch noch antirussisch, sondern einfach deutsch und nichts als deutsch zu sein.

Es ist auch nicht richtig, daß Bucher in der Tagespresse eine hervorragende Thätigkeit entwickelt habe; letztere beschränkte sich auf die höhere Politik. Bucher war kein Artikelschreiber für den täglichen Bedarf. Ebenso ist es unzutreffend, daß Bucher von seinem Chef aufgefordert worden sei, seine alten Beziehungen zur englischen Presse wieder aufzunehmen; Fürst Bismarck hat auf die englische Presse niemals Werth gelegt und Bucher auch nicht.

Endlich ist es eine unqualificirbare Behauptung des Artikelschreibers im Familienblatt, daß Herrn von Keudel's Aufenthalt im Bismarck'schen Hause Bucher unangenehm gewesen sei. Ebenso ist die Erzählung von der Behandlung des Professors (Aegidi) vollständig aus der Luft gegriffen: Letzterer ist in Varzin gewesen und ist dort ausnahmslos mit derselben Höflichkeit behandelt worden wie jeder Gast des Fürsten.

Der Artikel der „Leipz. Neuesten Nachr." vom 30. December, den die „Hamb. Nachr." hier erwähnen und zum großen Theil abdrucken, spiegelt die Stimmung wider, die damals im Herrenhause von Friedrichsruh herrschte, er lautet:

Die Ausführungen eines Anonymus über Aeußerungen', die der jüngst verstorbene Lothar Bucher über den Altreichskanzler gethan haben soll, sind geeignet, peinlich zu berühren, um so peinlicher, als sie durchaus nicht in Einklang stehen mit den zahlreichen verbürgten Zeugnissen, die das Verhältniß der beiden bedeutenden Männer wesentlich anders, zum guten Theil sogar im entgegengesetzten Lichte erscheinen lassen. Das peinliche Gefühl schwindet jedoch, sobald man sich einige Gesichtspunkte vor Augen hält, die man bei einer kritiklosen Lectüre gar zu leicht geneigt ist, zu übersehen. Dieselben mögen als allgemeine Ausführungen voranstehen.

Zunächst steht es im Widerspruch mit der sonst üblichen Gepflogenheit, Ausführungen, die auf rein persönlichen Bemerkungen und zufälligen Interjektionen basiren, ohne Namensnennung der Oeffentlichkeit zu übergeben und doch gewissermaßen für dieselben eine historische Beglaubigung zu beanspruchen.

Je weniger in Folge jener Anonymität eine Controle möglich ist — auch der Richter prüft den Werth eines Zeugnisses nach den Zeugnißablegenden —, um so größer muß das Mißtrauen gegenüber der angeblichen Authenticität der Mittheilungen werden. Ein zweiter Gesichtspunkt aber, der nicht fortgerückt werden darf, liegt in dem Mangel jeder Angabe darüber, wo und wann Lothar Bucher sich in der von dem Anonymus geschilderten Weise ausgesprochen hat. Nach der vorliegenden Darstellung müßte der Berichterstatter sich jahrelang in der Gesellschaft Bucher's befunden haben oder doch mit ihm immer wieder zusammengetroffen und eines besonderen Vertrauens gewürdigt worden sein. Daß dieses Vertrauen im letztgenannten Falle gröblich mißbraucht worden wäre, bedarf keines Beweises. Daß Bucher zugleich trotz seiner so vielfach gerühmten Menschenkenntniß einem Gegner Bismarck's und einem Feinde seiner eigenen Person sich offenbart hätte, erhärtet den ganzen Charakter der Darstellung, die nur einem Manne ihr Entstehen verdanken kann, welcher Wasser auf die Mühlen der Bismarckfeinde schütten will.

Noch Eins aber muß vorweg bemerkt werden. Gelegentliche Aeußerungen Bucher's, aus dem Zusammenhange des Table d'Hôte-Gespräches oder der Frühstücks-Unterhaltung gerissen, würden niemals, auch bei der objectivsten Berichterstattung — und nun gar erst, nachdem sie jahrelang im Gedächtniß oder auf Merkzetteln aufgespeichert waren — irgendwelche Authenticität besitzen, zumal noch das odium hinzukommt, daß sie erst veröffentlicht werden, nachdem der Einzige, der sie controliren konnte, zu seinen Vätern versammelt wurde. Sie verlieren die letzte Bedeutung, wenn sie im Widerspruch stehen mit verbürgten Thatsachen und Urtheilen. Vor Allem aber muß selbst zur Würdigung des letzten Kerns daran erinnert werden, daß Bucher Beamter war und als solcher ein Glied jener Kette, die wir Beamtenhierarchie nennen, daß er, der mühsam nach dem Hochfluge in das Reich demokratischer Ideale an das Einerlei des Amtslebens gekettet war, jedes Hinderniß doppelt unbequem, doppelt lästig empfand, und daß er, wie fast alle Beamten, die ihm entgegentretenden Aergerlichkeiten in momentaner Erregung begründet sah in Chicanen seiner Vorgesetzten, in Intriguen seiner Collegen. Bucher erkannte, daß für sein Aufsteigen, namentlich durch die Abneigung Kaiser Wilhelm's, eine Grenze gegeben war, und in dem knurrigen Mißvergnügen hierüber, sowie über einzelne Tactlosigkeiten jüngerer, mehr begünstigter Herren, mag selbst ihm, dem Schweigsamen, einmal ein bitteres Wort entflohen sein. Fast Alles, was der Anonymus mittheilt, ist aus diesem Gesichtspunkt aufzufassen, denn durch den ganzen Artikel zieht sich wie ein rother Faden diese Mißstimmung über angebliche Bevorzugung Anderer.

Hierin aber, in einzelnen, gelegentlichen, mißvergnügt-knurrigen und geärgerten Bemerkungen Bucher's über Collegen und Vorgesetzte, Bemerkungen, wie sie Jeder einmal macht, liegt der ganze Kern der „interessanten Erinne-

rungen". Da mag denn Bucher einmal, als er sich zurückgesetzt glaubte, bemerkt haben, Bismarck beurtheile die Personen mit denen er zu thun habe, nicht richtig. Allgemein genommen hat Bucher sicherlich nicht dieses Urtheil gefällt, das nicht nur mit den historischen Thatsachen, nicht nur mit der allseitig anerkannten auffallenden Menschenkenntniß des ersten Kanzlers und seinen Erfolgen seit dem Frankfurter Parlamente in Widerspruch steht, sondern diametral entgegengesetzt ist einer Bemerkung, die er selbst zu dem Schreiber dieser Zeilen gethan hat. Als nämlich Letzterer einen Besuch beim Fürsten Bismarck nach Jahresfrist wiederholen durfte, da meinte Bucher, mit dem er das Coupé theilte: „Nun, da können Sie sich gratuliren, dann hält der Fürst etwas von Ihnen; denn er durchschaut jeden Menschen beim ersten Blick bis auf den Nabel." Und Jeder, der mit dem Fürsten in Berührung kam, wird sicherlich dieses Urtheil Bucher's für begründeter halten, als das angebliche Urtheil über des ersten Kanzlers „moralische Kurzsichtigkeit".

So liegt denn thatsächlich der bemerkenswertheste Punkt in dem anonymen Artikel in den Worten des Verfassers: „Daß Bucher eifersüchtig seinen Einfluß zu wahren suchte und jeden Mann, der sich sonst Bismarck näherte, nicht gerade mit freundlichen Augen ansah, ist menschlich begreiflich." Um so gehässiger aber ist es, Aeußerungen, die nur in dem Rahmen momentanen Aergers erklärbar sind, als allgemeine Urtheile hinzustellen. So erklärt es sich auch, wenn Bucher, der seinerseits öfters für eine größere Berücksichtigung der englischen Presse, allerdings nicht mit hinreichendem Erfolge, plaidirt hatte, dem Fürsten gelegentlich „kein rechtes Verständniß für die Tagespresse" zugesprochen haben soll. Bekanntlich ist es gerade dem Fürsten Bismarck zum Vorwurf gemacht worden, daß er die Bedeutung der Presse überschätzte, indem er sie zu einem bedeutsamen Factor in dem diplomatischen Schachspiel emporhob. Und gerade Bucher hat dies um so besser beurtheilen können und auch thatsächlich beurtheilt, als er nicht nur magere Instructionen, sondern ganze Gedankengänge an die Presse im Auftrage seines Chefs übermittelt hat.

Richtig ist es dagegen, daß Bucher die Autorschaft der socialen Gesetzgebung, die in der Versicherung für die Alten und die Invaliden der Arbeit gipfelte, wiederholt abgelehnt hat. Er hat damit nur ein Märchen der freisinnigen Presse zerstört. Denn daß der Plan in seinen großen und genialen Zügen dem Geiste Bismarck's entsprang, steht ebenso außer Zweifel, wie die Verballhornisirung desselben durch Herrn von Böttticher durch die Herren Gamp und von Woedtke, sowie vor Allem durch den Reichstag. Die Vaterschaft zu dem dann schließlich geborenen Kinde konnte Bucher ebenso ablehnen, wie Fürst Bismarck.

Peinlicher, als die hier kurz wiedergegebenen Erörterungen muß es berühren, wenn Bucher sich in bitterster Weise über die Form seiner Verabschiedung ausgesprochen haben soll. Aber auch hier darf nicht vergessen

werden, daß, selbst die eine oder andere Bemerkung als authentisch zugegeben, dieselbe nur einer subjectiven Auffassung, noch dazu unter der Wirkung momentaner Gereiztheit entsprungen sein kann. Fürst Bismarck hatte die Absicht, sich in dem Grafen Hatzfeldt, und als dessen persönliche Verhältnisse es unmöglich machten, in seinem Sohne einen Nachfolger heranzuziehen, auf den er seine persönlichen, reichen Erfahrungen übertragen konnte. Er wußte, daß einzig die Uebertragung solcher Erfahrungen den Mangel gleichgearteter Genialität zu ersetzen vermochte. Der Erwählte, ob Graf Hatzfeldt oder Graf Herbert, mußte naturgemäß einen Theil der bisherigen vertraulichen Aufgaben Bucher's erhalten, er mußte in gewisse Beziehungen zwischen den Kanzler und seinen alten Freund treten, und wiederum war es menschlich verständlich, wenn Bucher hier, wo es nicht beabsichtigt war, subjectiv eine Kränkung erblickte. Diese Kränkung ist thatsächlich nur vorübergehend gewesen, sie wird sich aber überall dort finden, wo der ehemalige Schüler, getragen durch die Gunst der Umstände, den Vorrang vor seinem früheren Lehrer erhält.

So weit handelt es sich in den Mittheilungen über Bemerkungen Bucher's lediglich um Aeußerungen, die unter dem Gesichtswinkel momentaner Verstimmung vielleicht erklärlich und daher möglich wären, wenn auch ihre Verallgemeinerung zu mehr als Augenblicksurtheilen nur auf gehässige Absichten zurückgeführt werden kann. Aber direct im Widerspruch zu den Thatsachen steht es, wenn Bucher erkärt haben soll, Fürst Bismarck selbst habe die Hauptschuld an seinem Sturze getragen, in den letzten Jahren seiner Amtsführung sei die Lage unhaltbar geworden, er sei eigentlich groß gewesen nur in der Zeit vor dem Kriege mit Oesterreich). Dem stehen diametral entgegengesetzte, wohlbegründete Aeußerungen Bucher's gegenüber. Lothar Bucher hat wohl seinerzeit das Vorgehen gegen die Schweiz in der Wohlgemuth-Affaire nicht nach seinem Geschmack gefunden, aber er hat sich durchaus einverstanden erklärt mit allen Schritten, die bis zum Beginn der Regierung des jetzigen Kaisers geschehen sind, und wenn er später bisweilen scharfe Kritik übte, so wußte er doch genau, daß der Kanzler in seinen Handlungen nicht mehr diejenige Bewegungsfreiheit besaß, die ihm die volle Verantwortung aufgebürdet hätte. Bucher hat nur insofern den Kanzler nicht von einer gewissen Verschuldung freigesprochen, als derselbe Männer als bloße Werkzeuge benutzen zu können glaubte, die, vom Ehrgeiz oder durch Geldcalamitäten getrieben, durch seinen Sturz emporzurücken meinten und ihn daher im gegebenen Momente in die Fersen stachen. Gerade aber bei der Wiedergabe der hierher gehörigen angeblichen Aeußerungen Bucher's offenbart sich die Tendenz des Anonymus am deutlichsten: „Die fortwährenden Niederlagen nach Innen und Außen, die Verhetzung aller Classen und Parteien, die zunehmende Directionslosigkeit der Regierungsorgane" sollen nach Bucher's

Ansicht „den Umschwung unvermeidlich" gemacht haben. Demnach wäre Bucher ja ein geaichter Freisinnsmann gewesen, denn denselben Passus finden wir, nur wenig variirt, von Zeit zu Zeit in allen freisinnig-demokratischen Blättern. Thatsächlich hat Bucher, völlig correct, die Ursache des Sturzes Bismarck's nicht in politischen, sondern ausschließlich in höfischen Gründen gefunden.

Demselben Repositorium aber, wie die eben erwähnten Sätze, sind die angeblichen Aeußerungen Bucher's über die jetzige Thätigkeit des Fürsten Bismarck entnommen. Hier finden sich thatsächlich feststellbare Unwahrheiten. Schreiber dieser Zeilen kennt aus eigener, mehrfacher Anschauung die Gepflogenheiten im Hause Bismarck ziemlich genau. Es ist absolut unwahr, daß der Fürst in der von dem Anonymus geschilderten Weise vom Frühstückstisch aus seine Weisungen giebt oder hinter einer Glasthüre dictire. Fürst Bismarck arbeitet ausschließlich Abends, und er macht es seinen Mitarbeitern zur ausdrücklichen Pflicht, über den Gegenstand dieser Arbeiten vollständige Discretion zu bewahren. Diese Weisung ist mit so stricter Genauigkeit erfüllt worden, daß noch jetzt jeder thatsächliche Anhalt über Charakter und Gegenstand der Bismarck'schen Thätigkeit fehlt. Und nun sollte Bucher sich in Tischgesprächen und in überaus wegwerfender Weise über eine Thätigkeit ausgesprochen haben, in der er selbst in hervorragender Weise Theil nahm? Und er, der schweigsame, ernste Mann, sollte noch dazu jene Art des Urtheils bevorzugt haben, die man sonst bei unzufriedenen, geschwätzigen Dienstboten vorfindet, die aber einem vornehm denkenden Manne, wie Bucher, so fremd sein muß, wie etwa der Gänsediebstahl einem Cardinal?

Mißverstandenes, gehässig Verdrehtes, Erfundenes und Entstelltes — das hat der Verfasser der Erinnerungen an Bucher zusammengebraut und geformt nach Zwecken, die weit außerhalb der Anschauung Bucher's lagen. Und indem der Anonymus den Fürsten Bismarck herabsetzen wollte, hat er nicht einmal für die Wenigen, die seinen Mittheilungen kritiklos glaubten, die Werthschätzung Bucher's, als eines discreten Vertrauten, herabzusetzen vermocht.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 31. December (M.-A.) heißt es des Weiteren:

> Ein Berliner Blatt läßt sich in Bezug auf eine neuliche Aeußerung des Fürsten Bismarck von einem Correspondenten aus Bern schreiben:
>
> „In seiner Unterredung mit dem Journalisten Houx hatte Bismarck behauptet, 1871 hätte der Schweizer Bundespräsident Schenk in dem Sinne bei ihm intervenirer lassen, daß die Stadt Mülhausen, die einst im Bunde mit den Schweizern gewesen sei, und ebenso Elsaß-Lothringen neutralisirt würden. Der Bundesrath hat sich

jetzt mit dem Interview befaßt. Schenk erklärte, er erinnere sich nicht an eine solche Intervention. Auch liege nichts Actenmäßiges darüber vor. Bismarck's Behauptung entbehre also jeder thatsächlichen Grundlage. Wie ich vernehme, haben im Jahre 1871 Abgeordnete von Mülhausen beim Schweizer Bundesrath antichambrirt. Sie erklärten, Mülhausen wolle bei Frankreich bleiben, der Bundesrath möchte bei der deutschen Regierung in diesem Sinne Schritte thun. Natürlich lehnte der Bundesrath eine Intervention ab. Der Bundesrath hat das Departement der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, jene Bismarck'sche Behauptung amtlich zu dementiren."

Wir kennen die Verhandlungen, die zu jener Zeit innerhalb der schweizerischen Regierung gepflogen worden sind, nicht, wohl aber diejenigen, die zwischen dem damaligen schweizerischen Gesandten in Berlin, Kern, und dem Bundeskanzler stattgefunden haben. Danach können wir versichern, daß die Ablehnung der Revindication Mülhausens für die Schweiz nicht von der Schweizer Regierung, sondern von deutscher Seite ausgegangen ist, nachdem sie von dem schweizerischen Gesandten — wir wissen nicht, ob im Auftrage, oder aus eigener Initiative — dem Grafen Bismarck gegenüber angeregt worden war. Uebrigens handelte es sich nicht um das ganze Elsaß, sondern nur um den Kanton Mülhausen.

* * *

Gerüchte über Reisepläne des Fürsten für das künftige Frühjahr werden ebenda wiederlegt:

Die Blätter berichten von einer des Reise Fürsten Bismarck nach Fiume im März nächsten Jahres. Bis jetzt ist in Friedrichsruh hiervon nichts bekannt, und wir wissen nicht, auf welche Autorität hin die betreffende Mittheilung in Cours gesetzt worden ist. So gerne Fürst Bismarck das Frühjahr im Süden zubringen würde, so ist ihm doch die Reise dahin eine zu große Beschwerniß, als daß er sie ohne Noth übernehmen würde.

* * *

Bezüglich des oben (S. 290) erwähnten Archibald Forbes finden wir hier nachfolgende Notiz:

Herr Archibald Forbes hält im Londoner „Standard" seine neulich von uns als unzutreffend bezeichnete Behauptung aufrecht, daß Fürst Bismarck im Jahre 1870 den Feldmarschallrang gewünscht, aber nicht erhalten habe. Man muß Engländer sein, um so unwissend über preußische Verhältnisse sein zu können, wie Herr Archibald Forbes; dann aber sollte man nicht darüber schreiben. Seine Weisheit gipfelt in dem Satz, daß, weil Herr von Bismarck als er im Jahre 1862

preußischer Ministerpräsident geworden, noch Landwehrlieutenant gewesen sei, nicht Feldmarschallrang erhalten haben könne. Herr Forbes weiß offenbar nicht, daß ein preußischer Minister in seinem militairischen Landwehr- oder Reserve-Verhältniß Lieutenant sein und doch den Rang eines Generals der Infanterie, und wenn er Ministerpräsident ist, den Feldmarschallrang besitzen kann, weil letzterer eben außer den Feldmarschällen in Preußen auch dem Ministerpräsidenten und den Oberstkämmerern zusteht. Es ist und bleibt also ein Unsinn, Fürst Bismarck habe im Jahre 1870 einen Rang, den er seit acht Jahren besaß, gewünscht und nicht erhalten.

# 1893.

Am 2. Januar lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Die „Köln. Volks-Ztg." schreibt über das Bewilligungsrecht des Reichstages:

„Die ‚Nordd. Allg. Ztg.' erörtert die Möglichkeit, daß die Militairverwaltung zur Durchführung der vollen dreijährigen Dienstzeit übergehen könnte, wenn die Militair-Vorlage abgelehnt werde, da der jetzige Zustand unhaltbar sei. Wenn das Blatt aber meint, gesetzlich stünde dem nicht die mindeste Schwierigkeit entgegen, so befindet es sich in einem unbegreiflichen Irrthum. Gewiß bestimmt nach der Verfassung der Kaiser den Präsenzstand des Heeres, aber das Recht des Kaisers findet seine Grenze an dem Bewilligungsrecht des Reichstags. Dieser Grundsatz gilt auch gegenüber der sonderbaren Auffassung des Blattes, daß die Mehr-Einstellung von Recruten im Verwaltungswege erfolgen könne, und daß die daraus unmittelbar sich ergebenden Mehrkosten spätestens bei Ablauf des Septennats ohne Weiteres gefordert werden könnten. Mit solchen staatsrechtlichen Auffassungen ist man auf dem besten Wege, das Budgetrecht des Reichstags in diesem Punkte lahmzulegen und treibt dem Conflict zu."

Wir halten es für wünschenswerth, das Bewilligungsrecht des Reichstages ebenso außer Zweifel zu stellen, wie es in der preußischen Verfassung für den Landtag geschehen ist. Wenn jetzt das Reich mit seinem Gelde nicht auskommt, so schreibt es Matricularumlagen aus. Diese Matricularumlagen müssen in den einzelnen Landtagen zur Verhandlung kommen und bieten dort Gelegenheit, die Verantwortlichkeit der Landesminister für die Bewilligung, die sie im Bundesrathe machen, zur Hebung zu bringen. Bisher haben wir im Bundesrathe eine nicht verantwortliche Ministerialbehörde, die per majora abstimmt, und der Ausfall des Votums jeder einzelnen Regierung kommt nicht nothwendig zur Kenntniß des Landtages des betreffenden Staates. Es drängt sich die Frage auf, ob das Bewilligungsrecht, das die „Köln.

Volks-Ztg." als vorhanden ohne Weiteres annimmt — eine Annahme, die wir nicht bestreiten —, nicht präciser und klarer festgestellt werden müßte. Wenn der Reichstag nicht bewilligt, so können keine Matricularumlagen ausgeschrieben werden, das ist zweifellos. Wenn er aber bewilligt, so findet für den Anspruch, der damit vom Reiche an die Bundesstaaten gestellt wird, eine verantwortliche Vertretung nach bisheriger Rechtslage nicht statt; es sei denn, daß man den Reichskanzler persönlich heranziehen will, daß er das Transmissiorale, durch das der Kaiser die Beschlüsse des Bundesrathes dem Reichstage übermittelt, contrasignirt. Wenn man diese staatsrechtliche Handlung aber als eine der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers unterstehende betrachtet, so legt man dadurch dem Kanzler und indirect dem Kaiser ein Veto bei, das bei der Abfassung der Verfassungsbestimmungen über das Zustandekommen der Reichsgesetze vielleicht nicht vorgeschwebt hat; aber diese Vorlegung eines Bundesrathsbeschlusses an den Reichstag bleibt immerhin eine Anordnung des Kaisers im Sinne des Artikels 16 der Verfassung, welche zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Kanzlers bedarf. Hier liegt also ein staatsrechtlicher Act vor, bei welchem der Kanzler sagen könnte, daß er für die Vorlegung eines bestimmten Beschlusses des Bundesrathes an den Reichstag die Verantwortlichkeit nicht tragen könne, die er durch seine Gegenzeichnung der kaiserlichen Transmissiorale übernehmen würde. Unserer Ansicht nach ist staatsrechtlich dagegen kaum etwas einzuwenden; ob aber in der öffentlichen Meinung diese Ansicht überhaupt zum Bewußtsein gekommen ist, wissen wir nicht, jedenfalls haben wir den Eindruck, daß die ministerielle Verantwortlichkeit in der Reichsgesetzgebung gegenüber dem zweifellosen Bewilligungsrechte des Reichstages einer Klarstellung bedarf. Die liberale Partei und auch die constitutionellen Theoretiker haben sich bisher von kritischen Erörterungen dieser Frage ferngehalten, und die ministerielle Verantwortlichkeit hat in den Jahren seit Erlaß der preußischen Verfassung keine Fortschritte gemacht, sie ist vielleicht eher in Vergessenheit gerathen, was um so leichter ist, als sie auch in Preußen nur theoretisch existirt, da das in der Verfassung vorgesehene Gesetz darüber auch heute noch nicht erlassen ist.

* * *

In derselben Nummer heißt es:

Wie uns mitgetheilt wird, war Se. Kgl. Hoheit der Prinz-Regent Luitpold von Bayern einer der ersten hohen Fürstlichkeiten, die in altgewohnter Weise und in herzlichster Form dem Fürsten Bismarck zum Jahreswechsel ihre Glückwünsche übermittelten.

* * *

Den nachstehenden Artikel bringen die „Hamb. Nachr." am 8. Januar (M.-A):

Welfenfondsquittungen. Der socialdemokratische „Vorwärts" hat kürzlich Angaben über hundert Welfenfondsquittungen veröffentlicht, die in seine Hände fielen. Wir haben uns bisher jeder Besprechung dieser frivolen Erfindung enthalten, und würden es auch ferner, wenn wir nicht mit Bedauern wahrnehmen müßten, wie viele ernsthafte Blätter den Unsinn reproducirt haben, wenn sie auch hinterher je nach der Abstufung ihrer Stellung ihre Zweifel an der Ehrlichkeit der Enthüllungen, oder selbst ihrer bestimmten Ueberzeugung von der Verlogenheit derselben zum Ausdruck brachten; sie haben eben der Versuchung nicht widerstehen können, dem Scandalartikel, weil er pikant war, weitere Verbreitung durch Abdruck des Textes zu geben.

Wir halten das ganze Manöver des „Vorwärts" nicht einmal für ein politisches, sondern für ein lediglich vorbereitendes zu Erpressungen im Sinne der Revolverjournalistik. Die Bezeichnungen der Kategorien der Empfänger von Welfenfondsgeldern sind so allgemein gehalten, daß es kaum eine politische Persönlichkeit in Deutschland geben wird, die nicht einbezogen werden könnte. Der Artikel bildet für Erpressungen eine vorbereitende Territion. Wenn man irgend Jemanden weiß, von dem man nach seiner Stellung und seinen Antecedentien conjecturiren kann, daß er möglicherweise Empfänger aus geheimen Fonds gewesen sei, so wird man ihm näher treten, nachdem er durch den allgemein gehaltenen Artikel eingeschüchtert worden ist und vielleicht glaubt, daß die Erpresser wirklich auch nur einen Buchstaben, der ihn verdächtigen könnte, hinter sich hätten. Wir sind sicher, daß Letzteres nicht der Fall ist. Zahlungen aus amtlichen Fonds, geheimen oder öffentlichen, können ja manche Leute erhalten haben, ohne daß sie sich deshalb zu unehrlichen Diensten vermiethet hätten. Durch generelle Verdächtigungen kann man aber jede Quittung, die ohne causa debendi ausgestellt wird, von Hause aus zu einem gravirenden Actenstück für den Betheiligten machen. Wir halten den ganzen „Vorwärts"-Artikel für eine plumpe Erfindung von Leuten, die von geheimen oder auch öffentlichen Fonds gar keine Vorstellung haben, und sind in der Beurtheilung des Vorganges ebenso betrübt über das Ungeschick und die Unwissenheit der Macher, wie über die Unehrlichkeit der Tendenz der Verbreiter dieser auf Scandal berechneten Publication. Sie ist absolut und ohne auch nur theoretische Sachkunde aus der Luft gegriffen. Corruption ist ohne Zweifel überall vorhanden, in der Socialdemokratie aber durchaus nicht im geringeren Maaße als in anderen politischen Parteien.

Die „Frankfurter Zeitung" sagt über die Enthüllung des „Vorwärts", daß sie nur auf Diebstahl oder Fälschung beruhen könne. Wir glauben

nicht an Diebstahl, sondern nur an Fälschung. Die Darstellung der „Frankf. Ztg.", daß die Documente vorhanden wären, deren Publication davon abhängig gemacht wurde, ob ein gerechtes Abkommen betreffs des Welfenfonds erzielt würde oder nicht, und daß darauf verzichtet worden, nachdem das wünschenswerthe Abkommen zu Stande gebracht sei, erscheint als eine Rückzugslinie aus unhaltbarer Position. Das wünschenswerthe Abkommen hat bekanntlich unter dem neuen Course stattgefunden, also auf Anlaß von Politikern, die mit der früheren Verwendung des Welfenfonds nichts zu thun hatten, und denen kaum ein Interesse beiwohnt, ihre Vorgänger durch ein solches Abkommen vor unerwünschten Veröffentlichungen zu schützen. Wir nehmen nicht an, daß die Freunde der „Frankfurter Zeitung" aus Wohlwollen für die frühere Verwaltung des Welfenfonds den Verzicht des neuen Curses auf diese Fonds zum Anlaß einer Vernichtung der Urkunden genommen haben könnten, welche ihrem Uebelwollen gegen den alten Cours hätten förderlich sein können. Die „Frankfurter Zeitung" publicirt noch eine Zuschrift des Züricher Verlegers, Cäsar Schmidt, worin dieser erklärt, daß er seinerseits auf die Herausgabe der Welfenfondsbroschüre verzichtet habe, weil der Verfasser ihm die Originale der betreffenden Quittungen nicht habe zeigen wollen oder können. Jedes weitere Wort ist überflüssig. Man sieht, mit welcher Leichtfertigkeit die Presse bei ihrer Vorliebe für Scandal bereit ist, jeder augenscheinlichen Erfindung Raum zu geben, wenn sie nur das Interesse der Leser erregen kann. Wir hoffen, daß nach Kenntnißnahme des kläglichen Rückzuges, den die „Frankfurter Zeitung" angetreten hat, sich eine Anzahl achtbarer Organe ihrer aus Sensationsbedürfniß hervorgegangenen Reproduction aus dem „Vorwärts" schämen wird.

Dazu sei erwähnt, daß der „Reichsanzeiger" vom 7. Januar eine mit zahlreichen Schriftstücken ausgestattete Widerlegung des „Vorwärts" brachte, deren einleitende Sätze lauteten:

Die hiesige Zeitung „Vorwärts" hat in ihrer Nummer vom 31. December v. J. unter dem Titel „Hundert Quittungen des Welfenfonds" den angeblichen Inhalt von Quittungen über verschiedene Beträge veröffentlicht, welche an eine größere Zahl von Persönlichkeiten innerhalb der Jahre 1868 bis 1890 aus dem gedachten Fonds gezahlt worden sein sollten.

Nach Inhalt der nachstehend veröffentlichten amtlichen Correspondenz ist die Reichsregierung bereits im Frühjahr des vorigen Jahres mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Sie ist dabei von Anfang an der Ueberzeugung gewesen, daß es sich um eine Täuschung handelte, wobei dahingestellt bleiben muß, ob und wieweit die eine oder andere der in jener Correspondenz genannten Personen sich dessen bewußt war. Von anderen Gründen abgesehen,

ging die Gewißheit, daß hier eine Fälschung vorliege, schon aus dem Umstande hervor, daß bezüglich der Verwendung von Welfenfondsgeldern zu geheimen politischen Zwecken die Empfangsbescheinigungen des Reichskanzlers bezw. des von ihm bevollmächtigten Beamten die ausschließlichen cassenmäßigen Beläge bildeten, daß diese Bescheinigungen jeweils nach ertheilter Decharge verbrannt wurden und Quittungsformulare der in nachstehender Correspondenz bezeichneten Art niemals existirt haben.

* * *

Für die Nothwendigkeit, daß die Militairvorlage angenommen werde, wird auch die der deutschen Grenze bedrohlich nahe Lage Belforts, geltend gemacht und noch dazu unter verblümten oder offenen Vorwürfen gegen den Fürsten Bismarck, daß er für Abtretung dieser Festung an Deutschland bei den Friedensverhandlungen nicht nachdrücklich genug eingetreten wäre. Dagegen wenden sich am 9. Januar die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

> Belfort. Die officiöse Presse wird betreffs der Militairvorlage zu Anstrengungen veranlaßt, wie sie früher, „zur Zeit des Welfenfonds", bei ähnlichen Gelegenheiten niemals stattgefunden haben. Motive für den Entwurf werden zum Theil von Gebieten hergesucht, die mit der Vorlage in gar keinem erkennbaren Zusammenhange stehen oder völlig ungeeignet sind, Gründe für die Vorlage zu liefern. So wird neuerdings Belfort zu Gunsten des Entwurfes von angeblichen militairischen Autoritäten vorgeführt, deren Mangel an Beruf sich sofort aus ihren Argumenten ergiebt. Wir gehen darüber hinweg, daß ihre auf die bedrohliche Wirkung Belforts gegründete Beweisführung mit retrospectiven Ausfällen gegen den Fürsten Bismarck combinirt wird, als habe der Fürst im Widerspruch mit der militairischen Autorität des Feldmarschalls Grafen Moltke auf Belfort verzichtet und als hätte Letzterer noch zur Zeit der Frankfurter Friedensverhandlungen, wo die Zukunft Belforts schon seit Monaten, seit dem Januar 1871, in den Präliminarien festgelegt war, den Krieg fortsetzen, resp. erneuern wollen, und daß hieraus eine dauernde Verstimmung zwischen dem damaligen Kanzler und dem Feldmarschall hervorgegangen sei. Eine solche Verstimmung hat niemals existirt. Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Herren haben nur in Bezug auf den schleswig-holsteinischen Canal während ihrer gemeinsamen Arbeit stattgefunden, indem Graf Moltke in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landesvertheidigungs-Commission die Zustimmung des Königs zur Inangriffnahme dieses Canals längere Zeit hindurch verhinderte, während der Reichskanzler sie seit 1864 stets mit gleicher Ueberzeugung vertrat. Zu einer persönlichen Verstimmung haben aber diese Meinungsverschiedenheiten niemals ge-

führt. Die Unwahrheit der Erfindungen über einen Streit zwischen beiden Herren wegen Belfort ging schon klar aus einer Reichstags-Reminiscenz hervor, welche die „Magdeb. Ztg." kürzlich veröffentlicht hat. Sie lautete:

„Fürst Bismarck selbst hat den Vorgang einmal später in einer Reichstagsrede wie folgt geschildert:

Es war Herr Thiers, der mir sagte: Eines können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt den Frieden nicht schließen. Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von diesen bekamen. Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genöthigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzukehren, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militairischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir sitzenden Freunde (dem Grafen Moltke, der Reichstagsabgeordneter war) besprochen: können wir darauf eingehen, eines von beiden zu missen? und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort, ja! Metz ist 100 000 Mann werth; die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht, oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz."

Wenn die oben skizzirten Behauptungen des „Neuen Courses" über die damaligen Vorgänge auch nur eine entfernte Aehnlichkeit mit der Wahrheit hätten, so ist doch zweifellos, daß Graf Moltke der Darstellung des Kanzlers, die er in nächster Nähe mit anhörte, in irgend einer, wenn auch seinem Charakter nach schonenden und höflichen Form entgegengetreten sein würde. Wir können übrigens diese Reminiscenz noch dahin vervollständigen, daß Graf Moltke auf die Anfrage des Auswärtigen Amtes wegen Metz und Belfort letzteres sehr viel geringer einschätzte, als die heutigen Publicisten. Er bezeichnete Belfort als ein unbedeutendes Hinderniß, vor welchem man unter Umständen eine Division und selbst weniger stehen lassen könne, um es unschädlich zu machen. Jetzt soll plötzlich diese Vogesen-Festung auf Deutschland noch bedrohlicher wirken, als früher Straßburg und Metz zusammengenommen, während damals die Evasion von Straßburg aus in wenig Stunden durch einen Brückenschlag zu bewerkstelligen war, wie ihn General Ducrot zur Zeit als er Commandirender in Straßburg war, vor 1870, häufig in der herausforderndsten Weise als Manöver hat ausführen lassen.

Feldmarschall Moltke war von der Stärke unserer Stellung auf der Westgrenze mit Rücksicht auf unsere Befestigungen in Straßburg, Metz,

Mainz und Coblenz so überzeugt, daß er es, wenn der Krieg mit zwei Fronten ausbräche, für möglich hielt, sich an der Westgrenze so lange auf die Defensive zu beschränken, bis der russische Krieg zu Ende geführt sei. Er war der Ansicht, daß die französische Kriegführung unfähig sei, bei unseren Eisenbahnverbindungen und Befestigungen auf der Westgrenze letztere zu durchbrechen, und glaubte daher den russischen Krieg bis zum Abschluß führen und dann erst Frankreich gegenüber von der Defensive zum Angriff übergehen zu können. Daß man die Westgrenze auch jetzt nicht für gefährdet hält, beweist die Auflassung von Rastatt.

Der ganze Hinweis auf Belfort ist, soweit er nicht einen Act der Feindseligkeit gegen den Fürsten Bismarck darstellt, ein Schreckschuß zu Gunsten der Militairvorlage, der den Anschein erwecken muß, als sei man um bessere Gründe verlegen. Wenn man die Durchsetzung der Militairvorlage vertreten will, so glauben wir, daß sich dafür ernsthaftere und ehrlichere Gründe anführen lassen, als solche Windbeuteleien, die der Sache, die man vertreten will, nur schaden.

Die „Magdeb. Ztg." ist übrigens das erste Blatt gewesen, welches die oben citirte Stelle aus den Reichstagsverhandlungen reproducirt hat; es scheint, daß die anderen Zeitungen die stenographischen Parlaments-Berichte nicht besitzen, oder doch, soweit es sich darum handelt, Steine in die Fenster des früheren Kanzlers zu werfen, bereit sind, völlig unwissend zu bleiben.

* * *

Der Kaiser hatte am Neujahrstage bei der Paroleausgabe eine Ansprache an die versammelten commandirenden Generale gehalten, darin seine bestimmte Hoffnung auf Annahme der Militairvorlage ausgedrückt und angeblich erklärt, er würde keinerlei Opposition gegen diese aus Militairkreisen dulden. Man stritt nun, wem das Wort gälte. Dazu äußern die „Hamb. Nachr." am 9. Januar (A.-A.):

Die Neujahrsansprache des Kaisers an die Generalität ist noch immer nicht in authentischem Wortlaute bekannt; auch wenn dies der Fall wäre, würden wir uns jeder Kritik darüber enthalten. Raum für die Besprechung bietet nur die Frage, gegen wen die kaiserliche Aeußerung speciell gerichtet sein könnte, resp. welche Opposition der Kaiser im Sinne gehabt hat. In wohlunterrichteten Kreisen behauptet man, daß das Centrum und seine Anhänger an der Ursache der kaiserlichen Mißbilligung nicht unbetheiligt seien, und man glaubt, daß hierzu eine von uns nicht reproducirte Notiz den Anstoß gegeben habe, die den Freiherrn von Loë, commandirenden General des VIII. Armeecorps

und einer den Anschauungen des Centrums nahestehenden Familie angehörig, mit der Eventualität eines Wechsels im Kanzlerposten in Verbindung brachte.

Andere fassen andere Adressaten der kaiserlichen Worte ins Auge: dann würde die Aeußerung, wenn ihre Tendenz richtig wiedergegeben wäre, beweisen, daß auch in den höheren und erfahreneren Kreisen des Heeres die Ueberzeugung von der Richtigkeit der Maßregeln, die der neue Militair-Entwurf vorschlägt, nicht ausnahmslos vorhanden ist, sondern die Befürchtung besteht, daß mit der Vermehrung der Kopfzahl der Aushebung ohne vorherige Sicherstellung der Ausbildung in bisheriger Weise die Qualität der Armee und daher die günstige Aussicht auf das Ergebniß der nächsten Zusammenstöße geschädigt werde.

Wir bezweifeln nicht, daß die Vorlage schließlich trotzdem zur Annahme gelangt, weil wir an die Widerstandsfähigkeit der Fractionen nicht glauben; aber dieser Ausgang würde uns mit Betrübniß erfüllen, weil wir nach wie vor die Annahme der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt als eine Schwächung der militairischen Leistungsfähigkeit betrachten.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." wird über den oben (S. 312) erwähnten Artikel in „Schorer's Familienblatt" über den Fürsten Bismarck und Lothar Bucher bemerkt:

Von mehreren Seiten wird uns Herr Generalconsul Julius Eckardt als Verfasser des neulich von uns besprochenen Artikels in „Schorer's Familienblatt" über den Fürsten Bismarck und Lothar Bucher bezeichnet. Wir können dies kaum als wahrscheinlich annehmen, da gerade von diesem Herrn nach seinem Vorleben ein so feindseliger und unbegründeter Angriff auf den früheren Reichskanzler kaum zu erwarten ist.

* * *

An derselben Stelle finden wir endlich auch noch folgende Notiz:

Am 17. Januar findet ein Capitel des Ordens vom Schwarzen Adler statt. In den Blättern wird mitgetheilt, daß im Jahre 1892 der Orden vom Kaiser zwölfmal verliehen worden ist; denselben haben erhalten:

Der am 28. März verstorbene General der Infanterie von Alvensleben am 12. Januar, der ehemalige italienische Ministerpräsident Marquis di Rudini am 5. Februar, der General der Infanterie von Grolman, zuletzt commandirender General des IX. Armeecorps, am 11. August, der österreichische Ministerpräsident Graf Taaffe und Erzherzog Friedrich von Oesterreich am 11. Oktober, Herzog Ernst Günther

von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg am 22. October, Prinz Johann von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Fürst Karl Günther von Schwarzburg-Sondershausen und Fürst Heinrich XXII. Reuß ä. L. am 31. October, Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Prinz Friedrich Carl von Hessen am 24. December.

Unter den hier aufgezählten Ausgezeichneten finden wir nur zwei Inländer, die Generäle der Infanterie von Alvensleben und von Grolman; die übrigen sind, abgesehen vom Grafen Taaffe, Mitglieder fürstlicher Häuser, welche die Aufnahme in den Orden in dieser Eigenschaft erlangt haben. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß das älteste Mitglied des Ordens gegenwärtig Fürst Bismarck ist, der denselben im Jahre 1864 erhalten hat.

* * *

Am 10. Januar bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Artikel:

Deutschland und Rußland. Die „Grenzboten" veröffentlichen einen Artikel, der das, was Fürst Bismarck in der letzten Zeit über Rußland gesagt habe, als irrthümlich oder unvollständig einzuschränken unternimmt. Der Grenzboten-Artikel verschiebt unser Urtheil über russische Stimmungen in der Art, als hätten wir für die uns feindselige Stimmung in Rußland die Polen, die Juden und die Nihilisten verantwortlich gemacht. Es ist dies eine ungenaue Wiedergabe unserer Auffassung. Wir haben die russische Presse verantwortlich gemacht, und zwischen dieser und dem russischen Volke unterschieden. Wir beschränken dabei den Begriff Volk nicht auf diejenigen russischen Unterthanen, welche Zeitungen nicht lesen, sondern wir haben gerade diejenigen russischen Zeitungsleser im Auge, deren Urtheil über auswärtige Politik nothwendig beeinflußt wird durch das Blatt, das sie täglich lesen. Gutta cavat lapidem. Ein täglich gelesenes Blatt färbt nothwendig auf seine Leser ab und besonders unter Verhältnissen, wo der Leser mehr als ein Blatt nicht hält, also keine Wahl zwischen verschiedenen Färbungen und Darstellungen hat. Die russische Presse aber, so haben wir behauptet, unterliegt zum großen Theile, und namentlich in ihren über auswärtige Verhältnisse besser unterrichteten Organen, Einflüssen, denen wir den russischen Ursprung und Charakter bestreiten.

Wir haben das Fremdgewicht, das auf der russischen Presse lastet, auch durchaus nicht auf Polen, Juden und Nihilisten beschränkt. Gewiß haben auch diese drei Kategorien keinen Anlaß, das heutige russische Regime zu lieben und werden diesem Mangel an Liebe ohne Zweifel Ausdruck in der Presse geben, nicht minder wie die baltischen Deutschen,

die mit unverdienter Härte von der russischen Regierung behandelt werden und ihrem Groll darüber in der deutschen Presse mit einer Schärfe Luft machen, durch welche die Verhältnisse ihrer heimathlichen Provinzen nicht gebessert werden. Wir haben aber außer diesen vier bezeichneten Kategorien jeder Zeit noch die französischen und englischen Einflüsse auf die russische Presse als solche bezeichnet, welche es sich zur Aufgabe stellen, die Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland zu fördern, und welche ebenso wie Polen und Nihilisten es ihrer Sache dienlich finden würden, wenn die Verhetzung zwischen Deutschland und Rußland bis zum Kriege durchgeführt werden könnte. Der Unterschied ist lediglich der, daß die Polen ihre Ziele nur erreichen können, wenn Rußland im Kriege schwere Niederlagen erleidet; für die Franzosen und Engländer liegt die Frage über den Ausfall des ihnen erwünschten Krieges anders. Den Franzosen wird der Sieg Rußlands erwünscht sein und, wenn dem entgegen Rußland geschlagen würde, die Herstellung Polens; den Engländern wird es ziemlich gleichgültig sein, wer von beiden künstlich zum Kriege gegeneinander gebrachten Nachbarn unterliegt. Für sie genügt es, daß beide im Kampfe sind oder den Ausbruch dieses Kampfes täglich zu befürchten haben, um für England einen Vortheil in seinen mit Rußland rivalisirenden Interessen sicher zu stellen. Selbst ein Deutschland gegenüber siegreiches Rußland würde nach dem Siege, wie auch der Frieden ausfallen möge, mit seinen Interessen gegen den Westen, gegen Europa festgelegt sein und sein Druck auf Asien abgeschwächt.

Wäre es bei diesen klar zu Tage liegenden Interessen verwunderlich, wenn englische und französische Mittel auf die russische Presse und auch auf die deutsche Einfluß übten im Sinne der Förderung der Spannung, der Feindschaft und schließlich des Krieges zwischen Deutschland und Rußland? Die betreffenden englischen und französischen Factoren würden nur die natürliche Politik ihrer Nationen betreiben, wenn sie versuchten, durch Geld oder geschickte Redacteure Einfluß auf die russische Presse zu üben in der Richtung der Pflege und Förderung jeder Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland. Das Unerfreulichste, was der englischen und französischen Politik passiren kann, ist ein sicherer Frieden zwischen Deutschland und Rußland, auf dessen Fortdauer in beiden Ländern mit Vertrauen gerechnet werden kann. Das Bestreben, Preußen in den Dienst der englischen Politik zu stellen, ist zur Zeit des Krimkrieges mit allen Mitteln bis zur Beleidigung und Bedrohung bethätigt worden, aber es ist damals unter einer auswärtigen Politik, die nicht gerade für energisch galt und deren Macht nicht halb so stark war wie die jetzige des Deutschen Reiches, mit Erfolg abgewehrt wor-

den; wir geben darnach die Hoffnung nicht auf, daß auch fernerhin jeder Versuch, Deutschlands Macht in den Dienst anderer Interessen als rein deutscher zu stellen, erfolglos bleiben wird.

* * *

Moderne Geschichtsfälschung. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichen die „Hamb. Nachr." am 12. Januar (M.-A.) eine Zuschrift von Horst Kohl, die hier nicht fehlen darf, weil sie ein werthvoller, wenn auch negativer Beitrag ist zur Geschichte der Emser Depesche. Kohl hat sich mit der darin enthaltenen Feststellung unleugbar ein Verdienst erworben. Die Zuschrift lautet:

Unter der Ueberschrift: Ein historischer Familienbrief Bismarck's bringt das „Berliner Fremdenblatt" vom 6. Januar 1893 Nr. 5 (nach dem B. K.) folgenden Aufsatz:

Am 13. Juli 1870, Morgens gegen 10 Uhr, schrieb Graf Bismarck an seine an jenem Tage in Berlin weilende Schwester Frau von Arnim folgendes Billet:

„Gute Nachricht bis gestern Abend 9 Uhr. Wenn Du mich haben willst, so komme ich um 5 Uhr zum Essen. Ich werde mich bei Roon, mit dem ich jetzt nach Gütergotz fahre, mit unserer gestern übersehenen vorgestrigen Abrede entschuldigen. Dein v. B."

Diese wenigen Zeilen vertraulichen Inhalts enthalten ein Stück verbürgter Weltgeschichte. Ihre Echtheit ist bezeugt durch das Facsimile in Köppen: „Der deutsche Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck" S. 145. Wir sagen: verbürgter Weltgeschichte gegenüber den Legenden, mit denen der Aufenthalt Bismarck's in Berlin unmittelbar vor dem französischen Kriege in der jüngsten Zeit bis in die verflossenen Festtage hinein sich umgeben hat. Bismarck hatte in Folge bekannter Vorgänge Varzin am 12. Juli Morgens verlassen, um über Berlin nach Ems zum Könige zu reisen. In Angermünde traf er Nachmittags 2 Uhr mit seiner Schwester zusammen, die auf der Fahrt nach Norderney begriffen war, diese aber auf den Rath ihres Bruders wegen des Kriegslärms in Berlin unterbrach, um weitere Nachrichten abzuwarten. Am nächsten Morgen 10 Uhr erhielt sie das oben mitgetheilte Billet, das unter den obwaltenden Umständen besagen wollte:

„Liebe Schwester, Du kannst ruhig nach Norderney gehen, ohne die Ankunft französischer Kriegsschiffe dort befürchten zu müssen, denn gute Nachrichten bis gestern Abend neun Uhr. Der Prinz von Hohenzollern hat verzichtet. Ich brauche nun nicht nach Ems zu gehen. Ich kehre morgen früh nach Varzin zurück, um schleunigst die Karlsbader Cur wieder aufzunehmen, mache aber unter Mittag mit Roon noch einen Abstecher nach Gütergotz, bin gegen fünf Uhr wieder in Berlin und werde, wenn Du mich haben willst, mich bei Dir zum Mittagessen einstellen."

So geschah es. Bismarck fuhr, um die durch den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern ihm geschenkte Muße auszufüllen, mit Roon nach Gütergotz, dinirte in Berlin um fünf Uhr bei seiner Schwester, bestätigte die eingelaufenen guten Nachrichten vom Abend zuvor, die also bis zu jenem Diner noch ungetrübt sein mußten, und Frau von Arnim ließ ihre Sachen wieder packen, um über Bremen nach Norderney zu reisen. Da kam die Emser Depesche. Bismarck soll sie empfangen haben, als er im Auswärtigen Amte Roon und Moltke bei sich hatte. Legende! Er dinirte bei seiner Schwester und empfing hier die Depesche. Er mag hinterher mit Roon und Moltke conferirt haben. Mit diesem einfachen, documentarisch beglaubigten Hergang vergleiche man die heutigen Berichte in den Zeitungen über die Dinge vom 12. und 13. Juli. Darnach empfängt Graf Bismarck, nach Berlin am 12. Nachmittags zurückgekehrt, noch im Wagen unter dem Hausthor Depeschen aus Paris, Ems u. s. w., welche diejenige über den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern längst überholten und bereits die neuesten Ansprüche Gramont's melden. Finster blickend läßt er Roon und Eulenburg kommen und heißt den letzteren sofort nach Ems abreisen, um dem Könige zu erklären, daß, falls Majestät nicht sofort nach Berlin zurückkehre und das Parlament berufe, er, Bismarck, auf der Stelle den Abschied fordern werde. Oho! „Gute Nachricht bis gestern Abend neun Uhr", schreibt er am nächsten Morgen an seine Schwester. Er fühlt sich durch den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern so geschäftslos, daß er mit Roon eine Spritzfahrt nach dessen Gut machte und um fünf Uhr bei seiner Schwester speiste, der er glückliche Reise nach Norderney wünschte. Denn „Krieg is nich", wie er sich berlinisch bei einer anderen Gelegenheit ausdrückte.

Der Verfasser des Aufsatzes kennt jenes Billet Bismarck's an seine Schwester Frau von Arnim offenbar nur aus meinen Bismarckregesten, wo Bd. I, S. 396 Anm. der Versuch gemacht worden ist, das im Original undatirte, nur mit „Montag" ohne Tages- und Jahresangabe versehene Billet in die chronologische Ordnung zu bringen. Ich fand das Facsimile des Billets bei Köppen und fragte bei Frau von Arnim an, aus welcher Zeit dasselbe stammen könne. Frau von Arnim glaubte, daß es im Jahre 1870 geschrieben sei und zwar während ihres kurzen Aufenthalts in Berlin vom 12. bis 14. Juli 1870. Die nähere Untersuchung ergab, daß mit dieser Angabe die Datirung von „Montag" nicht zusammenstimmte. Denn Frau von Arnim und Graf Bismarck trafen erst Dienstag den 12. Juli in Berlin ein. Da aber nach Meinung der Frau von Arnim die „guten Nachrichten" sich auf die Abdankung des Prinzen von Hohenzollern beziehen sollten, so blieb nur die Annahme übrig, daß das Billet nicht am Montag, sondern am Mittwoch den 13. Juli geschrieben sei, und unter diesem Datum

wurde es in die Regesten eingetragen. Dem Billet entnommen wurde die Angabe über einen Aufenthalt Bismarck's in Gütergotz auf Roon's Besitzung. Auch so blieben noch ungelöste Schwierigkeiten. Das Billet spricht von einer vorgestrigen Abrede; dieselbe müßte demnach, den 13. Juli als Tag der Billetniederschrift angenommen, am 11. Juli erfolgt sein; an diesem Tage war aber Frau von Arnim noch in Kröchlendorf, Graf Bismarck in Varzin. Die Lösung des Räthsels ist mir durch weitere Untersuchungen gelungen. Die bestimmte Erklärung des Fürsten Bismarck — den ich im Mai des Jahres 1892 über das Billet interpellirte —, daß es unmöglich aus dem Jahre 1870 stammen könne, die „guten Nachrichten" unmöglich auf die Abdankung des Prinzen von Hohenzollern sich beziehen könnten, da nach Lage der Dinge diese Abdankung keine gute Nachricht für den Leiter der deutschen Politik gewesen sei, veranlaßte mich zu weiteren Nachforschungen. Hier das Ergebniß derselben:

Das Billet stammt von Montag, den 6. December 1869. An diesem Tage früh acht Uhr begab sich Graf Bismarck, wie jeder aus den Zeitungen vom 7. December 1869 ersehen kann, mit Roon nach Gütergotz. Die guten Nachrichten des Billets beziehen sich auf das Befinden des Grafen Herbert von Bismarck, der wenige Tage vorher auf der Mensur in Bonn eine schwere Wunde erhalten hatte.

Und nun vergleiche man mit dieser einfachen Darlegung des thatsächlichen Verhältnisses die obige Darstellung des anonymen Geschichtsfälschers; das Bestreben, den Fürsten Bismarck zum Lügner zu stempeln, hat ihn geleitet, nicht der Wunsch, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen; sonst würde er nimmermehr einen solchen Weichselzopf von thörichten Behauptungen in gehässiger Form zusammengedreht haben.

Chemnitz, 7. Januar 1893. Dr. Horst Kohl.

* * *

Bei den Commissionsberathungen über die Militairvorlage waren auch die etwaigen deutschen Interessen im Orient zur Sprache gekommen, wie auch die Frage, ob das Deutsche Reich russischen oder österreichischen Interessen irgendwelchen Schutz zu leisten habe. Auch die „Hamb. Nachr." erörtern diese Frage am 15. Januar (M.-A.):

> Deutschland und die österreichische Orientpolitik. Ein Berliner Blatt, dem man auf Grund vorliegender Thatsachen Beziehungen zum Reichskanzler zuschreiben kann, behauptet, „die deutsch-österreichische Interessengemeinschaft erstreckt sich allerdings zum Theil auch auf den Orient". Wenn dies zutrifft, müßte der Bündnißvertrag mit Oesterreich dementsprechend erweitert worden sein; auf Grund des ursprünglichen Vertrages ist eine Verpflichtung Deutschlands, österreichische Orient-

interessen zu vertreten, in keiner Weise zu construiren. Wir haben das schon öfter ausgeführt, der alte Vertrag deckt nur das damnum emergens, nicht das lucrum cessans der betheiligten Mächte. Der casus foederis Rußland gegenüber tritt nur ein, sobald letzteres einen der beiden Contrahenten (also dessen Territorium) angreift, oder wenn Rußland, im Falle einer der Contrahenten von anderer Seite angegriffen wird, den Angreifer unterstützen sollte. Durch diese Beschränkung ist sowohl jede aggressive Tendenz wie auch die Möglichkeit ausgeschlossen, daß der Vertrag z. B. in den Dienst der eventuell kriegerischen Vertheidigung österreichischer Specialinteressen auf dem Balkan gestellt werden könnte.

Die Hinfälligkeit der Ansicht, daß Deutschland auf die österreichische Balkanpolitik durch den Bündnißvertrag verpflichtet sei, wird durch nichts so deutlich erwiesen, als durch den Vertrag selbst. Selbst wenn er Deutschland nicht nur rechtlich für den casus foederis verpflichtete, sondern auch die auswärtige Politik des Reiches entsprechend beeinflußte, wäre klar, daß diese Beeinflussung immer nur in Gemäßheit des Zweckes des Vertrages stattfinden könnte. Dieser Zweck besteht aber lediglich darin, Rußland am Kriege zu verhindern; in keiner Weise ward beabsichtigt, Oesterreich eine stärkere Position zur Betreibung seiner Sonderpolitik auf dem Balkan zu gewähren. Abgesehen davon, daß Deutschland keinerlei Interesse an einer derartigen einseitigen Ausnutzung des Bündnisses haben konnte, wäre die Vereinbarung einer solchen also dem Zwecke des Vertrages, der Erhaltung des Friedens, direct zuwidergelaufen. Je mehr Oesterreich das Recht besessen hätte, sich im Orient auf die deutschen Bajonette zu stützen, desto wahrscheinlicher würde ein Zusammenstoß mit Rußland geworden sein. Dementsprechend ist der Bündnißfall rechtlich auf die Eventualität eines russischen Angriffskrieges auf Bundesgebiet beschränkt worden; die politische Aufgabe Deutschlands als Verbündeter Oesterreichs aber bestand darin, zwischen den russischen und österreichischen Interessengegensätzen auf dem Balkan zu vermitteln. Daß diese Vermittelung nicht schlechthin als Vertretung der österreichischen Bestrebungen Rußland gegenüber aufzufassen ist, versteht sich ihres Zweckes wegen von selbst.

Wenn Oesterreich Interessen auf dem Balkan hat und wenn es nichtösterreichische Förderung derselben wünscht, wird es sich nicht an Deutschland zu wenden haben, sondern an seine Mitinteressenten an der Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Zu ihnen gehören alle Großmächte mit Ausnahme Deutschlands; abgesehen von Rußland also England, Frankreich und Italien. Zwischen Oesterreich und diesen Mächten kann stets eine Verständigung über Balkanfragen stattfinden.

Unter dem Gesichtspunkt der völligen Uninteressirtheit Deutschlands an den Balkanfragen versteht es sich von selbst, daß Deutschland auch der russischen Balkanpolitik freie Hand lassen kann, ohne gegen seine Bündnißpflicht zu verstoßen. Das ist in der gegebenen Beschränkung früher immer der Fall gewesen; ein specifisch deutsches Interesse gebietet nicht das Gegentheil. Zwischen Nichtbekämpfen und Begünstigen der russischen Bestrebungen auf dem Balkan ist ein großer Unterschied.

Man erinnert sich, daß wir früher wiederholt den Werth der russischen Freundschaft für Deutschland unter dem Gesichtspunkt erörtert haben, Deutschland sei seiner Stellung im Dreibunde nur so lange sicher, als man in Oesterreich auf Grund seiner Kenntniß der Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg wisse, daß Deutschland jederzeit in der Lage sei, sich mit Rußland zu verständigen; wir fügten hinzu, daß von dem Augenblicke an, wo man in Wien die Ueberzeugung erlange, daß die Brücke zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen sei, Oesterreich dem Deutschen Reiche gegenüber eine andere Haltung einnehmen werde und Gefahr laufe, in gewissem Sinne abhängig von Oesterreich zu werden. Es liegt uns fern, zu behaupten, daß Letzteres jetzt geschehen sei; aber wer die Erscheinungen der Zeit in ihrem Zusammenhange richtig zu erfassen in der Lage ist, kann sich in dieser Beziehung gewisser Besorgnisse doch nicht entschlagen.

* * *

Gegenüber den Zweifeln der „National-Ztg.", ob des Grafen von Moltke Urtheil über die Bedeutung Belforts von den „Hamb. Nachr." am 9. Januar (vgl. oben S. 326 ff.) richtig wiedergegeben sei, führen diese am 16. Januar (A.-A.) Folgendes aus:

Graf Moltke und Belfort. Es hat die „Nat.-Ztg." überrascht, durch die „Hamburger Nachrichten" zu erfahren, daß Feldmarschall Moltke Belfort als ein „unbedeutendes Hinderniß" betrachtet habe. Daß die „Nat.-Ztg." hiervon überrascht worden ist, daran sind wir unschuldig; aber es ist eine zweifellose Thatsache, daß Graf Moltke sich in diesem Sinne ausgesprochen hat und daß er der Meinung gewesen ist, Deutschland könne im Besitz von Metz und Straßburg mit Mainz, Cöln und Coblenz dahinter für den Fall eines Doppelkrieges die Defensive gegen Frankreich auf unbestimmte Zeit hinaus aufrecht erhalten und während dessen seine Hauptkraft nach dem Osten verwenden. Es ist eine wunderliche Ausgeburt officiöser Phantasie, daß dasselbe Belfort, von dem vor 1870 in militairischen Berechnungen nur wenig die Rede war, jetzt, wo wir Straßburg und Metz haben, plötzlich eine Wichtigkeit erlangt haben soll, die es früher nicht besaß; es ist eine Windbeutelei, diese Vogesenfestung den süddeutschen Abgeordneten als bedrohliches Gespenst in der

Absicht vorzuführen, sie zu Gunsten der Militairvorlage einzuschüchtern. Wie stark die Cernirung von Belfort im Jahre 1870 gewesen ist, fällt nicht ins Gewicht; es handelte sich damals um die Eroberung dieser Festung, nicht um die Aufgabe, sie soweit zu blockiren, daß man daran vorbeigehen konnte. Daß für letzteren Zweck der Feldmarschall Moltke eine Division und unter Umständen noch weniger für ausreichend erklärt hat, steht zweifellos fest; wer es bestreitet, der streitet gegen Moltke und nicht gegen unsere heutige Auffassung.

Wir würden es als eine Ueberhebung ansehen, wenn wir die Auffassungen des großen Strategen mit unserem Votum irgendwie unterstützen wollten; nur möchten wir den anzweifelnden Artikeln der „Nat.-Ztg." und analogen Preßäußerungen gegenüber hinzufügen, daß eine defensive Kriegführung Deutschlands gegen Frankreich, so lange wir im Besitz von Metz und Straßburg sind und so lange die Deckung durch das neutrale belgische und luxemburgische Gebiet besteht, nicht, wie die officiösen Blätter, um für die Militairvorlage Stimmung zu machen, behaupten, das linke Rheinufer, sondern allein ein Theil des Elsaß den Schutz der deutschen Truppen entbehren würde. Wenn wir im letzten Kriege die Franzosen an der Lisaine aufhalten konnten, so wird dies jetzt um so mehr möglich sein, wo wir über zahlreiche Eisenbahnen zur Truppenbewegung in den bedrohten Gebieten verfügen. Alle Darstellungen, die in dieser Beziehung von den Vertheidigern der Militairvorlage gemacht werden, gehen davon aus, daß im Kriegsfalle gar keine deutschen Streitkräfte in Südwest-Deutschland vorhanden sein würden. Dies ist aber eine irrige Annahme, und die französischen Truppen würden mit der Schweiz in der rechten Flanke, wo sie leicht über die Grenze gedrängt werden könnten, und mit Straßburg in der linken in eine schwierige Lage gerathen. Der Hauptentscheidungskampf aber dürfte wie das vorige Mal in Lothringen stattfinden, von Metz aus. Metz hat aber für Frankreich eine viel aggressivere Bedeutung, wie Belfort für Deutschland.

Die Militairs, die das ignoriren, sehen sich genöthigt, die ganz zweifellosen Aeußerungen Moltke's über Belfort zu bestreiten. Allerdings ist ihnen, sobald es sich darum handelt, officiöse Artikel für die Militairvorlage zu schreiben, selbst Moltke keine Autorität mehr, auf die Rücksicht zu nehmen sie nöthig zu haben glauben. Im Uebrigen bestätigt die Aeußerung Moltke's, die Graf Caprivi verlesen hat: daß eine Vertheidigungslinie, wie wir sie an der Westgrenze besitzen, in der Welt nicht zum zweiten Mal existire, unsere Angabe über die Moltke'schen Auffassungen vollständig.

* * *

Eine Notiz von besonderem Interesse findet sich in derselben Nummer über die Stellung des Fürsten Bismarck zum Ausbruch der Kriege 1864, 1866 und 1870:

> Der „Hamburgische Correspondent" hatte neulich geschrieben, er glaube auch, daß, wenn ein Diplomat an der Spitze der Reichsregierung stände, von keiner neuen Militairvorlage die Rede sein würde. Daraufhin wird der „Hamb. Corresp." von der „Straßburger Post" gefragt, ob er denn die Jahre 1864, 1866, 1870 schon vergessen habe, wo doch Fürst Bismarck mit der ganzen Ueberlegenheit seines staatsmännischen Genies, seiner diplomatischen Tüchtigkeit und Erfahrung an der Spitze Preußens gestanden habe, ohne daß es ihm gelungen sei, den Krieg zu verhindern? Diese Frage der „Straßb. Post" verräth eine höchst unhistorische Auffassung. Wir glauben nicht, daß es die Absicht des Fürsten Bismarck gewesen ist, jene Kriege zu verhindern. Er hat in seinen Kissinger und Jenenser Reden betont, daß diese Kriege nothwendig hätten geführt werden müssen, er wird daher eher geneigt gewesen sein, sie zu fördern und herbeizuführen, als sie zu verhindern. Der Frager in der „Straßb. Post" fiele sicher durch das Examen in der höheren Politik, wenn man ihm die Aufgabe stellte, die Herbeiführung und die Zwecke der Kriege gegen Dänemark, Oesterreich und Frankreich zu schildern. In dem letztgenannten Feldzuge galt es, wie sich Fürst Bismarck in Kissingen ausdrückte, die deutsche Kaiserkrone aus den französischen Bataillonen herauszuhauen. Jetzt allerdings hat die deutsche Politik die Aufgabe, Kriege zu verhindern, und das kann sie, wenn sie ihr Geschäft versteht, auch ohne daß dem deutschen Volk die Opfer auferlegt werden, welche die Militairvorlage in ihrer jetzigen Gestalt ihm zumuthet.

* * *

Reichskanzler Graf von Caprivi hat am ersten Berathungstage der Militairvorlage in der Commission am 11. Januar geäußert: Um über den Balkan gehen zu können, müsse jetzt Rußland erst Oesterreich schlagen und auch das mit diesem verbündete Deutschland. Deshalb heiße es bei den deutschfeindlichen Elementen in der russischen Bevölkerung, daß der Weg nach Konstantinopel nicht mehr über Wien, sondern durch das Brandenburger Thor in Berlin führe. Dagegen erhielt die „Nordd. Allg. Ztg." am 13. Januar den Auftrag zu betonen, daß dieser Bericht vollständig auf Mißverständniß beruhe, sofern dem Reichskanzler Worte in den Mund gelegt würden, die seiner eigenen Ansicht widersprächen und von ihm nur als Inhalt gegnerischer Anschauungen citirt worden wären.

Dazu führen nun die „Hamb. Nachr." am 17. Januar (M.-A.) Folgendes aus:

Zur Rede Caprivi's. Wir freuen uns, daß die Berichtigung der Aeußerungen des Reichskanzlers den Eindruck zu beseitigen gesucht hat, als ob Graf Caprivi der Ueberzeugung wäre, daß die Russen ihren Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Thor nehmen müßten. Wenn dies richtig wäre, so könnte man daraus schließen, daß eine noch unbekannte Abrede zu unserem Bündniß mit Oesterreich, wie dessen Text publicirt ist, hinzugetreten sei. Aber wenn die Aeußerung des Reichskanzlers sich darauf beschränkt, daß den russischen Kriegshetzereien die Ueberzeugung zu Grunde liege, der russische Weg nach Konstantinopel sei nur über Berlin möglich, so muß man sich doch sagen, daß diese Auffassung durch die Haltung der officiösen deutschen Presse, und vielleicht auch durch gewichtigere Stimmen provocirt worden ist. Wenn die Russen nicht glaubten, daß wir sie angreifen würden, falls sie in der Türkei die Interessen fremder Mächte, wenn auch keine deutschen, verletzten, so würden sie auf solche Gedanken überhaupt nicht kommen.

Wir wollen nicht von Neuem hervorheben, daß es im Interesse der meisten anderen europäischen Mächte liegt, in Rußland durch die dortige Presse den Gedanken lebendig zu erhalten, Rußland müsse erst Deutschland schlagen, bevor es sich mit der Türkei auseinandersetzen könne; wir beschränken uns auf den wiederholten Hinweis, daß es für diese außerdeutschen Mächte ein Bedürfniß ist, Rußland mit dem deutschen und Deutschland mit dem russischen Kriege zu belasten. Demgemäß hat der fremde Einfluß auf die russische Presse zum Ziele, bei den Russen die Vorstellung zu erwecken und zu nähren: Ihr müßt erst Deutschland schlagen, bevor ihr euch im Orient frei bewegen könnt! Ein von Deutschland nicht behinderter russischer Vorstoß nach dem Orient genügt für die Bedürfnisse der fremden Mächte nicht, wenn Deutschland ihm ruhig zusieht; sie müßten dann die Last des Kampfes gegen Rußland selbst auf sich nehmen, statt ihn auf Deutschland abzubürden. Es ist also erklärlich, daß der Satz: Der russische Weg nach Konstantinopel führt nicht bloß über Wien, sondern durch das Brandenburger Thor, von polnischen, französischen und englischen Elementen in der russischen Presse nach Kräften vertreten wird.

Von deutscher Seite ist bisher nichts geschehen, um Rußland über das Verhalten Deutschlands im Falle russisch-orientalischer Verwickelungen zu beruhigen; deshalb richtet Rußland seine Heeresaufstellungen so ein, wie es glaubt, einem deutschen Angriff, der die Folge russisch-türkischer Verwickelungen sein könnte, am besten Widerstand zu leisten. Die ganze Motivirung, welche die neue deutsche Militairvorlage in der officiösen Presse gefunden hat, ist geeignet, Rußland in dieser Beziehung zu be-

unruhigen, vielleicht bis zu dem Grade, daß man auch in Rußland glauben kann, die beste Parade sei der Hieb. Die Gefahr für Rußland, daß Preußen sich durch den scharfen Druck anderer Mächte im Krimkriege bestimmen lassen könnte, für Interessen, die Preußen fern lägen, im Schlepptau der Westmächte aggressiv gegen Rußland aufzutreten, hat doch, wie wir aus historischen Documenten wissen, sehr nahe gelegen, und ist nur an der Standhaftigkeit Friedrich Wilhelm's IV. und seiner intimeren Rathgeber gescheitert. Die Erinnerung daran kann sehr wohl in Rußland die Besorgniß erregen, daß die deutsche Politik sich durch friedliche oder militairische Pressionen in den Dienst anderer, antirussischer Großmächte stellen könnte, und daß der Krieg auf zwei Fronten gerade im Hinblick auf solche Möglichkeit bei uns so scharf, als es geschieht, in Aussicht genommen wird.

Unserer Ansicht nach würde keine sehr große diplomatische Geschicklichkeit dazu gehören und auch kein Verrath an unserm Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn dazu erforderlich sein, um den Krieg auf zwei Fronten zu hindern, indem man demjenigen gegen Rußland vorbeugte. Auch die Caprivi'sche Auffassung nimmt nicht an, daß Rußland direct Kriegsgedanken gegen Deutschland habe, sie leitet solche lediglich aus den russisch-orientalischen Beziehungen her. Der Reichskanzler führt die russisch-orientalischen Beziehungen, den russischen begehrlichen Blick nach Konstantinopel nur an, um den Krieg nach zwei Fronten in Aussicht zu nehmen und dementsprechend noch stärker, als es in dem letzten Jahrzehnt geschehen ist, zu rüsten. Die russisch-orientalischen Beziehungen berühren aber kein deutsches Interesse von der Bedeutung, daß ein so gewaltiger Krieg, wie der deutsch-russische es nothwendig sein müßte, und wie dafür die Vorbereitungen schon im Frieden den Maßstab geben, überhaupt von Rußland gesucht werden sollte.

* * *

Im Uebrigen bemerkt das Blatt zu derselben Rede noch:

In der Rede Caprivi's hat uns das Gewicht besonders befriedigt, das er „auf schnelle erste Erfolge, kurze Kriege" legt. Der von der officiösen Presse vertretene Gedanke langwieriger Volkskriege im Inland ist damit in den Hintergrund geschoben. Um aber schnelle erste Erfolge zu erzielen, ist — darauf kommen wir immer wieder zurück — die Qualität unserer Armee wichtiger, als die Kopfzahlmassen ihrer Reserven. Wir thun demgemäß besser, das Geld, das wir überhaupt noch auf weitere Rüstungen verwenden können, auf mehr Officiere, mehr Unterofficiere, mehr Corpsverbände, mehr Kanonen und mehr Pferde im Friedensbestande zu verwenden, als auf eine 24 Jahre in Aussicht nehmende Vermehrung der Kopfzahl.

* * *

Bei der Debatte über eine Interpellation Singer-Auer, betreffend die Nothstandsfrage in der Sitzung des Reichstages vom 12. Januar hatte der Abgeordnete Liebknecht geäußert, die Gesetzgebung, unter der die Bergarbeiter ständen, hätte diese geradezu herausgefordert zum Saarbrückener Ausstande. Staatsminister von Berlepsch hielt ihm entgegen: der dortige Ausstand sei nichts weiter als eine Rache des Vorstandes des Rechtsschutzvereins und seine Ausdehnung ein Beweis für den unglaublichen Leichtsinn der Arbeiter. Ueber die von dem Minister beobachtete Haltung sagen nun die „Hamb. Nachr." am 17. Januar (M.-A.):

> Uns ist die Festigkeit angenehm aufgefallen, womit der Handelsminister von Berlepsch bei der neulichen Reichstagsdebatte den Socialdemokraten widersprochen hat. Herr von Berlepsch ist damit der Verantwortlichkeit, die ihm zufällt, einigermaßen gerecht geworden, da er — nicht als Minister, aber doch als Regierungspräsident in Düsseldorf — den socialdemokratischen Bestrebungen nicht mit derselben Entschiedenheit entgegengetreten ist, wie der Oberpräsident von Westfalen. Letzterer wurde wegen seines Auftretens plötzlich abgesetzt, während Herr von Berlepsch in Folge seiner Haltung, die er als Regierungspräsident in Düsseldorf ohne Fühlung mit seinem damaligen vorgesetzten Handelsminister eingenommen hatte, zum Oberpräsidenten und in kurzer Zeit zum Minister ernannt wurde. Es ist sehr erfreulich, wenn Herr von Berlepsch die Erkenntniß gewonnen hat, daß seine amtliche Vergangenheit ihn besonders verpflichtet, den Auswüchsen der damals von ihm gepflegten Tendenzen entgegenzutreten.

* * *

Ueber das Verhalten des Frhrn. von Stumm in derselben Sitzung des Reichstages sagen die „Hamb. Nachr." am 17. Januar (A.-A.):

> Der Abg. Frhr. von Stumm hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. Januar mit Entschiedenheit ausgeführt, daß die Bergbehörden gegenüber den socialdemokratischen Führern im Strikegebiet zu nachsichtig gewesen seien. Mit Rücksicht darauf, daß Herr von Stumm unter den Ausständischen wohnt, verdient es um so mehr Anerkennung, wenn er den Muth seiner Meinung nicht verloren und sie offen ausgesprochen hat. Wir würden uns freuen, wenn Herr von Stumm das Maaß seiner Tapferkeit auf möglichst viele seiner Fractions- und Gesinnungsgenossen übertragen könnte.

* * *

Eine andere Notiz derselben Nummer gilt unserer Colonialpolitik:

> Eine von uns neulich bereits erwähnte colonialpolitische Zeitungscorrespondenz hat mitgetheilt, daß sich die deutsche Regierung nach

langem Schwanken dazu entschlossen habe, eine größere Einwanderung von Boeren in das südwestafrikanische deutsche Schutzgebiet nicht zu begünstigen. Wir bedauern diesen Entschluß, da ein günstigeres Colonisationselement wie die Boeren dort nicht aufgefunden werden kann. Fürst Bismarck ist seiner Zeit bereit gewesen, den Boeren jede Erleichterung der Einwanderung und Einrichtung in jenen Gebieten entgegenzubringen. Die Boeren sind ein Volksstamm, der mit den dortigen Verhältnissen Bescheid weiß und aus zuverlässigen, ordnungsliebenden Leuten besteht. Für die deutschen Interessen in Südwestafrika ist eine Einwanderung der holländischen Boeren im größeren Maaßstabe eine viel geringere Gefahr als die Concessionirung englischer Unternehmer.

Die Boeren haben im Transvaal eine freundliche Gesinnung für uns bethätigt und würden dies künftig um so mehr thun, wenn sie auf deutschem Territorium eine entgegenkommende Behandlung fänden. Die Boeren theilen mit uns die Gefahr, von dem englischen Einflusse in jenen Gegenden absorbirt zu werden. Wir sind im Interesse der hindernißlosen Entwickelung des deutschen Südwestafrika betrübt über die angekündigte Parteinahme der deutschen Regierung gegen die Boeren und über die Thatsache, daß auch hier der englische Einfluß stärker gewesen zu sein scheint als Erwägungen der Nützlichkeit. Den Engländern ist natürlich jede Erstarkung des holländischen Elementes in Südwestafrika unerwünscht; sie werden es gern sehen, wenn wir uns dort feindselig zu den Boeren stellen, aber danken werden sie es uns auch nicht.

* * *

Endlich lesen wir in demselben Blatte:

In der Presse finden abermals Darstellungen der Wohlgemuth-Affaire statt, welche der Wahrheit durchaus zuwiderlaufen, und die wir auch diesmal nicht unwidersprochen lassen können. Das damalige Einschreiten Deutschlands gegen die Schweiz war ein sehr unbequemes wegen der unglaublichen Ungeschicklichkeit, mit der sich Wohlgemuth als Polizeiagent benommen und in eine Falle gegangen war, die ihm die Schweizer Regierung gestellt hatte. Die deutsche Regierung würde wegen des Ungeschicks dieses deutschen Agenten der Sache keine weitere Folge gegeben haben, wenn sie damals nicht nach irgend einem Anhaltspunkte gesucht hätte, um auf die Schweiz einen Druck dahin auszuüben, daß die Schweizer Behörden gegen die dort Asyl genießenden Anarchisten strenger als bisher aufträten.

Das Bedürfniß, daß in dieser Richtung etwas geschähe, war bei conservativen Schweizern nicht geringer als bei der deutschen Regierung,

und aus diesem Umstande erklärt sich der durchschlagende Erfolg, den die deutsche Pression in der Wohlgemuth-Sache auf die Schweiz erzielte. Die Berner Regierung entschloß sich in Folge dieser Pression zu Maßregeln gegen ihre anarchistischen Gäste und zu Controlen, die sie bis dahin stets abgelehnt hatte. Etwas anderes hatte die deutsche Regierung niemals erstrebt, und wie auch die Sprache gewesen sein mag, die sie der Berner Regierung gegenüber zur Erreichung dieses Erfolges geführt hat, so hatte dieselbe doch keinen anderen Zweck, als den conservativen, wir möchten sagen: den achtbaren Einflüssen auf die Schweizer Legislative ein Uebergewicht zu geben, welches hinreichte, die jetzt noch in der Schweiz den Nihilisten gegenüber bestehenden Bestimmungen ins Leben treten zu lassen. Dies ist ein Ergebniß, das lediglich der Haltung der damaligen deutschen Regierung in der Wohlgemuth-Affaire zu danken ist, und sowohl im deutschen wie im schweizerischen Interesse gedankt werden sollte.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 18. Januar (M.-A.):

Fürst Bismarck und das preußische Wahlsystem. Der Ministerpräsident Graf Eulenburg hat sich neulich im preußischen Abgeordnetenhause bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Wahlverfahrens in einer Weise ausgesprochen, der wir nur zustimmen können. Wenn er dabei bemerkt hat, daß die Abneigung des Fürsten Bismarck gegen das Drei-Classen-Wahlverfahren eine mehr platonische gewesen sei, so hat er insoweit Recht, als der damalige leitende Staatsmann seine Verurtheilung des Drei-Classen-Systems wesentlich als ein Argument verwerthete, um zu einem Wahlgesetze mit Interessenvertretung zu gelangen. Die Möglichkeit dazu hatte er auf Grund der damaligen und späteren statistischen Aufnahmen über die verschiedenen Gruppen der wirthschaftlichen Interessen im Auge; es lag damals in der Absicht der Regierung, die Bildung von Gruppen anschaulich zu machen, innerhalb deren die socialpolitischen Aufgaben, in specie diejenigen der Altersversorgung, ihre genossenschaftliche Lösung finden konnten und die, wenn sie erst genauer definirt seien und der innere Verband jeder derselben durch die Gesetzgebung hergestellt wäre, die Unterlage für die Wahlkörper der Landesvertretung hätten bilden können. Das Streben nach diesem Ziele wird den Reichskanzler zu der scharfen Kritik der bestehenden Einrichtungen, an deren Stelle er die Interessen-Vertretung erstrebte, veranlaßt haben.

Graf Eulenburg sagt mit Recht, daß der damalige Ausspruch des Fürsten Bismarck über das Drei-Classen-Wahlsystem als geflügeltes Wort fast zu Tode gehetzt wurde. Es ist merkwürdig, wie gerade die-

jenigen Politiker, welche sonst aus jeder Aeußerung des Fürsten Bismarck ein Argument für den Gegensatz zu derselben herzuleiten pflegen, sich auf diese einzelne, aus dem Zusammenhang der damaligen Politik gerissene Kritik steifen. Sind Bruchstücke aus den Reden des damaligen Kanzlers mit dem Gewicht, wie es ihnen hier beigelegt wird, maßgebend, dann sollte man sich noch an hundert andere Stellen aus den Reden des ersten Kanzlers erinnern und sich mit derselben Folgsamkeit nach ihnen richten. Ist sein Urtheil für die Fortschrittspartei maßgebend, warum dann nur in dieser Frage? Wir erinnern uns anderer Aeußerungen des Fürsten, nach welchen die Bestimmungen der Wahlgesetze überhaupt nicht die Wichtigkeit haben, die man ihnen beilegt, weil alle Wahlvorschriften, einschließlich derjenigen zu dem Vereinigten Landtage von 1847, im Ganzen doch dieselben Persönlichkeiten in die Kammern gebracht hätten. Wir halten auch diese Auffassung nicht für eine unter allen Umständen ausschlaggebend richtige, sondern für eine cum grano salis, als rebus sic stantibus, mit Rücksicht auf die Zeit, in der sie geäußert wurde, zu verstehende. Wir glauben, daß auch das allgemeine Kopfzahl-Wahlgesetz unter dieselbe Rubrik fallen würde, wenn ihm nicht die Mitgift der geheimen Abstimmung gegeben wäre, eine Bestimmung, die aus der ersten Kampfzeit mit Oesterreich um die deutsche Verfassung herrührt, die der Ehrlichkeit des germanischen Charakters kaum entspricht und auch nicht der politischen Gerechtigkeit; denn wir glauben, daß jeder Deutsche ein Recht darauf hat, zu wissen, wie jeder seiner Mitbürger sich zu den politischen Fragen, die ihm vorgelegt werden, stellt, und daß unter Bürgern eines Landes Offenheit und Oeffentlichkeit alle politischen Verhältnisse durchdringen sollte. Die Anonymität hat niemals für eine Empfehlung einer politischen Meinungsäußerung gegolten, warum gerade bei dem wichtigen und einschneidenden Acte der Wahl?

Der Abgeordnete Rickert hält dem Fürsten Bismarck vor, er habe seinen Ausspruch über das Drei-Classen-Wahlsystem niemals widerrufen. Wenn Jemand ein Menschenalter hindurch die verschiedensten landesgeschäftlichen Phasen öffentlich vertreten hat, so ist es wohl zu viel verlangt, wenn man beansprucht, daß er jeden Zwischensatz und jedes Argument einer Rede, welches sich in der weiteren Entwickelung der Dinge nicht bewährt hat, ausdrücklich widerrufen soll. Wie wir oben angedeutet haben, hat Fürst Bismarck seine Aeußerung über das Drei-Classen-Wahlsystem seiner Zeit gethan, weil er sie zur Erreichung dessen, was er damals anstrebte, Interessenvertretung, rhetorisch für nützlich hielt, ohne sich deshalb für alle Zukunft darauf einschwören zu wollen.

* * *

Oben (S. 329) war die Vermuthung mitgetheilt worden, daß Generalconsul a. D. Eckardt den in „Schorer's Familienblatt" veröffentlichten Artikel über Fürst Bismarck und Lothar Bucher verfaßt habe. Das wird hier berichtigt:

Mit Bezug auf unsere neuliche Notiz, welche die anderweitig behauptete Autorschaft des Generalconsuls Herrn Julius Eckardt an dem Artikel in „Schorer's Familienblatt" über den Fürsten Bismarck und Lothar Bucher als unglaubhaft bezeichnete, hat sich Herr Generalconsul Eckardt direct und privatim an uns mit dem Ersuchen gewandt, zu erklären, daß er die ihm zugeschriebene Verfasserschaft als „gehässige und abgeschmackte Verleumdung" zurückweise. Zu einem persönlichen Angriff gegen den Fürsten Bismarck sei er weder dumm noch schlecht genug, außerdem habe er den verstorbenen Geheimrath Bucher viel zu gut gekannt, als daß es ihm jemals hätte in den Sinn kommen können, denselben nach intimen privaten Verhältnissen zu fragen und sich dadurch die freundlichen Beziehungen zu ihm zu verderben. — Es ist uns erfreulich, unsere neuliche Voraussetzung, daß Herr Generalconsul Eckardt nicht der Verfasser des betreffenden Artikels im Familienblatt sein könne, bestätigt zu sehen.

* * *

Am 19. Januar (M.-A.) enthalten die „Hamb. Nachr." folgende Erörterung:

Auflösung oder Rücktritt? Es ist ein allgemeines Vorurtheil, daß, wenn die Militairvorlage abgelehnt werde, entweder Auflösung des Reichstages oder Rücktritt des jetzigen Reichskanzlers erfolgen müsse. Wir bestreiten beides, weil es auf einer falschen Vorstellung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse beruht.

Um ein Gesetz im Deutschen Reiche zu Stande zu bringen, ist Uebereinstimmung der Mehrheiten des Bundesrathes und des Reichstages erforderlich. In der Militairvorlage liegt bisher nur die Uebereinstimmung der Mehrheit des Bundesrathes vor, es handelt sich noch darum, die des Reichstages zu gewinnen. Das Bestreben dazu kann aber doch nicht in der herrischen Weise beabsichtigt werden, daß man dem Reichstag sagt: „Friß, Vogel, oder stirb!" Außerdem ist der jedesmalige Kanzler nicht Träger der Verantwortlichkeit für die Vorlagen des Bundesrathes; die Behauptung, daß er gehen müsse, wenn eine bundesräthliche Vorlage vom Reichstage abgelehnt werde, ist mithin eine willkürliche Fiction. Wir können die Person des Kanzlers ganz ex nexu lassen und uns lediglich mit dem Bundesrath beschäftigen. Wenn dieser zu seinen Beschlüssen auf den ersten Anlauf die Zustimmung des Reichstages nicht findet, so liegt es nicht in der Richtung der

deutschen Verfassung, daß der Reichstag weichen müßte; das Verhältniß ist vielmehr ein analoges wie in Preußen zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Der Bundesrath hat die doppelte Eigenschaft eines Ministerial-Rathes und einer parlamentarischen Körperschaft, eines Staatenhauses; daraus schließen wir, daß, wenn er für seine Beschlüsse die Zustimmung des Reichstages nicht findet, er nicht auf Ausführung derselben bestehen, sondern sich auf ein Compromißverfahren einlassen soll. Aus den Reichstags-Verhandlungen wird sich ja mit Wahrscheinlichkeit der Durchschnitt ergeben, für den eine Majorität des Reichstages für die Militairvorlage in Aussicht genommen werden kann. Werden die zur Zeit über den Entwurf vorliegenden Beschlüsse des Bundesraths im Reichstage abgelehnt, so sollte der Bundesrath unseres Erachtens ohne Rücksicht auf die Frage, wer Reichskanzler ist, den in allen constitutionellen Verhältnissen unentbehrlichen Compromiß dadurch zu erreichen suchen, daß er seine Vorlage so modificirt, wie sie Aussicht hat, vom Reichstage angenommen zu werden. Bundesrath und Reichstag sind gleichberechtigte Factoren der Gesetzgebung, von denen nicht der Eine, wenn ihm der Andere nicht sofort zu Willen ist, auf dessen anderweitige Zusammensetzung im Wege von Neuwahlen hinarbeiten, sondern auf Verständigung mit ihm Bedacht nehmen sollte.

Wir sehen nicht ein, weshalb, wenn diese Verständigung nicht auf den ersten Wurf gelingt, sofort zu einer Auflösung geschritten werden sollte. Der Bundesrath wird mit dem gegenwärtigen Reichstage im Sinne seiner vorliegenden Beschlüsse noch immer bessere Geschäfte machen wie mit einem zukünftigen, und wer dabei Reichskanzler ist, halten wir für völlig gleichgültig im Sinne der Verfassung. Die Vorlagen, die an den Reichstag gelangen, sind keine Vorlagen des Reichskanzlers, sondern Vorlagen der verbündeten Regierungen, wie sie ihren Willen durch ihre Organe im Bundesrathe kundgeben. Die Ueberschätzung der Betheiligung des Reichskanzlers an diesen Dingen ist eine Tradition aus der Vergangenheit, die sich auf die Dauer nicht durchführen läßt. Die Verantwortlichkeit für die Vorlagen, welche infolge bundesräthlicher Beschlußnahme an den Reichstag gelangen, ruht nicht beim Reichskanzler, welcher nur für die Anordnungen des Kaisers nach Maßgabe Artikels 16 der Verfassung die Verantwortlichkeit trägt, wenn er das kaiserliche Transmissioriale gegenzeichnet, aber keineswegs für die Beschlüsse des Bundesrathes. Die ganze Reichsverfassung würde in ihrer Handhabung nach der unitarischen Seite hin gefälscht, wenn man den Reichskanzler in einer anderen Eigenschaft als in der eines preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe für die preußischen Vorlagen verantwortlich machen wollte. Das Schwergewicht der Reichsregierung liegt nicht im Reichskanzler,

sondern in den verbündeten Regierungen. Eine Verantwortlichkeit für die Beschlüsse des Bundesrathes ist beim Reichkanzler schon deshalb nicht zu suchen, weil er als solcher nicht einmal ein Votum im Bundesrathe hat, wenn er nicht zugleich preußischer Bevollmächtigter ist, sondern sie liegt ausschließlich bei den Regierungen der Einzelstaaten, nach deren verantwortlichen Beschlüssen ihre Vertreter im Bundesrathe abzustimmen haben.

Wir können uns deshalb der Ansicht nicht anschließen, daß nach Ablehnung der Militairvorlage entweder Graf Caprivi zurücktreten oder der Reichstag aufgelöst werden müßte. Wir halten es vielmehr für indicirt, daß die verbündeten Regierungen, wenn ihre Vorlage vom Reichstage angebrachtermaßen abgelehnt werden sollte, sich über eine neue Fassung derselben einigen. Die Drohung mit der Auflösung ist vielleicht ein wirksames Mittel, um Raum für eine Regierungs-Majorität zu gewinnen, aber eine Auflösung selbst wird, wie wir glauben, einer besonnenen Regierung fern liegen, und die Abgeordneten, die sich vor einer Auflösung fürchten, müssen ihren Wählern gegenüber kein ganz gutes Gewissen haben, sonst könnten sie nicht an ihrer Wiederwahl zweifeln. Wir unsererseits zweifeln nicht an der Wiederwahl Derjenigen, welche jetzt gegen die Militairvorlage stimmen; wohl aber glauben wir, daß wenn die Vorlage durchgeht, bei den ohne Auflösung bevorstehenden Neuwahlen in zwei Jahren diejenigen Abgeordneten, welche für die Annahme der Militärvorlage gestimmt haben, ihren Wählern gegenüber zum größeren Teil sehr erschwerte Stellung haben werden. Es handelt sich also bei der Furcht vor der Auflösung nur um die zwei Jahre bis zum Ablauf der gegenwärtigen Mandate.

Unter den geschilderten Umständen entbehrt auch das Kopfzerbrechen über den Nachfolger des gegenwärtigen Reichskanzlers jeder realen Veranlassung; man könnte ebenso gut verlangen, daß wie der Reichskanzler alle anderen Staatssecretaire, Herr von Marschall u. s. w. ihren Abschied nehmen müßten. Die Person des Reichskanzlers ist bei der Militairvorlage vollständig gleichgültig; ihre Tragweite liegt nicht in der Person des Kanzlers, sondern in ihrer Einwirkung auf das Leben der Bevölkerung.

* * *

Militairische Vorspiegelungen. Unter dieser Ueberschrift führen die „Hamb. Nachr." am 25. Januar (M.-A.) Folgendes aus:

Wenn man die officiösen Artikel liest, in denen angebliche Mititairs die Gefahren ausmalen, mit denen Deutschland plötzlich von Belfort her bedroht sein soll — Gefahren, von denen bis dahin die öffentliche

Meinung selbst in Süddeutschland nur sporadisch berührt war —, so sollte man glauben, daß die Bedrohlichkeit von Belfort für uns durch den Gewinn von Straßburg und Metz und durch den Besitz des ganzen Vorlandes der Vogesen eher zu- als abgenommen habe. Man kommt schließlich zu der Frage, warum wir eigentlich die Franzosen durch Wegnahme von Straßburg und Metz, von Elsaß-Lothringen gekränkt haben, wenn unsere Lage durch Zurückschiebung der französischen Grenze — wie man nach den Raisonnements jener angeblichen militairischen Schriftsteller annehmen muß — verschlechtert worden und Belfort für uns heute gefährlicher geworden ist, wie früher Straßburg und Metz es waren? Die Gefahr, welche im letzten Kriege uns aus dem Belforter Winkel her drohte, ist nicht bloß durch den Besitz der beiden großen Plätze, welche früher als die bedrohlichsten für uns galten, Straßburg und Metz, vermindert worden, sondern es ist dies auch durch die ausgedehnten Eisenbahnbauten geschehen, welche im Vergleich mit den Transportmitteln, die uns früher in dieser Richtung zu Gebote standen, die Truppenconcentration nach Belfort hin wesentlich erleichtern und beschleunigen.

Gegenüber den Einschüchterungsversuchen, welche mit Belfort zu Gunsten der Militairvorlage gemacht werden, ist es übrigens verwunderlich, daß nicht mit ähnlichen Mitteln auf die Bevölkerung von Schlesien und Posen gewirkt wird. Die schlesische und posener Grenze liegt für russische Einfälle von Krakau bis Posen beinahe dreimal so weit offen, wie unsere Westgrenze zwischen Straßburg und Basel, und die russischen Heeresaufstellungen sollen unserer Grenze ebenso nahe sein, wie die französischen. Die Heranziehung von Truppenmassen nach Ober-Schlesien aber würde kaum so schnell zu bewirken sein, wie nach den heutigen Eisenbahneinrichtungen vom Innern Deutschlands aus nach Mülhausen und Colmar. Wir wundern uns, daß das Einschüchterungs-Verfahren sich diese Seite der Sache hat entgehen lassen; nicht bloß der natürliche Reichthum Schlesiens verlangt die gleiche Deckung wie das deutsche Gebiet in der Nachbarschaft von Belfort, sondern auch unser Kohlenbedarf, der in militairischer und wirthschaftlicher Beziehung große Wichtigkeit hat, wird zum Theil von Oberschlesien aus gedeckt. Warum also der Lärm über Belfort und das Schweigen über Schlesien, wenn man den Krieg auf zwei Fronten überhaupt ins Auge faßt? Wenn wir unsererseits Beunruhigungspolitik treiben wollten, so würde uns dazu die Analyse der Möglichkeit einer russischen Invasion via Breslau und weiter sehr viel mehr Stoff geben, wie die Südwest-Ecke von Belfort; aber wir halten das Bangemachen überhaupt für keine richtige Politik und die officiösen Artikelschreiber über Belfort für keine Strategen.

Auf der nämlichen Seite bemüht man sich nach wie vor, falsche Vorstellungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Feldmarschall Moltke zu erwecken. So wird über Differenzen berichtet, die zwischen beiden Männern sowohl während des böhmischen als während des französischen Feldzuges im Hauptquartiere stattgefunden haben sollen. Auch in dieser Beschränkung sind die Darstellungen untreffend. Meinungsverschiedenheiten, die in der politischen und in der strategischen Beurtheilung des jeweilig Erforderlichen nothwendig vorkommen, wurden stets durch die Höflichkeit der beiderseitigen Spitzen, des Reichskanzlers und des Feldmarschalls, und durch ihr gegenseitiges Wohlwollen applanirt; beide waren unter den Betheiligten ohne Zweifel die wohlerzogensten, aber die Höflichkeit, dieses nützliche Oel, welches die menschliche Verkehrsmaschine am Knarren hindert, war nicht bei allen Herren in der Umgebung Moltke's vorhanden, noch weniger der Sinn für die Allgemeinheit, welcher deren Interessen höher stellt, als die der Ressorts und der Persönlichkeiten. Es mag im Großen Generalstabe seit dem Kriegsrathe im Jahre 1866, wo der damalige Ministerpräsident Bismarck den Marsch auf Preßburg erzwang und damit große diplomatische und militairische Gefahren beseitigte, eine Abneigung gegen die „Einmischung" des leitenden Staatsmannes in militairische Dinge Platz gegriffen haben, die jede Gelegenheit benutzte, um sich zur Geltung zu bringen; aber der Träger dieser Gegnerschaft war nicht Graf Moltke, sondern es waren seine unmittelbaren Untergebenen, die sogenannten Halbgötter, wie man sie damals nannte, von denen nur sehr wenige die Anlage zum vollen Gotte besaßen. In diesem unteren Olymp war starke Abneigung gegen alles vorhanden, was Civil hieß; die Anschauung war etwa die des General Pélissier: le soldat est bon, le pequin est méchant. Dieser stark entwickelte Militairparticularismus besteht allem Anscheine nach bis auf den heutigen Tag fort und richtet sich noch immer gegen den Fürsten Bismarck. Wenn die betreffenden Militairs in ihren Organen von der „streitsüchtigen und herrischen Ader der Bismarcks" reden und von deren „hämischem und selbstsüchtigem Wesen", so können sie überzeugt sein, daß nicht vom Feldmarschall Moltke, aber von den Herren der Umgebung desselben in der Diplomatie genau dieselbe Auffassung über ihre Persönlichkeiten herrschte, die sie von dem damaligen Reichskanzler haben. Sie standen auf dem Standpunkte, daß die Diplomatie überhaupt nicht in den Krieg hineingehöre, daß mit der Kriegserklärung die Heeresleitung die gesammten Staatsgeschäfte zu übernehmen und erst nach Beendigung des Krieges an das „Civil" zurückzugeben habe; selbst der Kriegsminister sollte zu Hause bleiben, für die Rekruten und Materialien sorgen, aber nicht in der Nähe des Königs sein.

Fürst Bismarck hat stets den Grundsatz festgehalten, daß der Krieg eine Fortsetzung der Landespolitik sei und daß unsere Beziehungen zu fremden Staaten während eines Krieges noch mehr der unmittelbarsten Berathung zwischen dem Monarchen und seinem auswärtigen Minister bedürftig wären, als im ungestörten Frieden. Aber nicht nur die Haltung des Auslandes, sondern auch die innere Situation kann Einfluß darauf haben, ob der Krieg schärfer oder zurückhaltender betrieben werden soll, vor allem aber auf die Frage, wann friedliche und den Frieden vorbereitende Waffenstillstands-Verhandlungen annehmbar oder zurückzuweisen sind. Die ganze Kriegsführung ist eben von der Gesammtpolitik des Staates während der Dauer des Feldzuges in keinem Augenblick zu trennen.

* * *

Ebenda lesen wir:

Die in Artikeln militairischen Ursprungs mit einer Spitze gegen den Fürsten Bismarck aufgestellte Behauptung, daß Graf Moltke ein Gegner der Regierungspolitik in der katholischen Frage gewesen sei, ist ein vollständiges Novum, das wir bis zum näheren Beweise für eine Erfindung halten. Der Feldmarschall Moltke hätte hunderte von Gelegenheiten gehabt, bei eingehenden, von dem damaligen Reichskanzler herbeigeführten politischen Besprechungen seine Meinung in dieser Richtung zu äußern; er hat aber bei allen solchen Gelegenheiten der Staatspolitik zugestimmt und ihr durch seine Haltung im Parlament und in Fractionen beigestanden.

* * *

Ueber die zu Gunsten der Militairvorlage sich erhebenden Stimmen in der Presse äußern die „Hamb. Nachr." am 25. Januar (A.-A.):

Die „Nat.-Ztg." wirft uns Schwäche der militairischen Auffassung vor und geht so weit, anzuzweifeln, ob wir wüßten, daß die Lisaine westlich von Belfort fließt. Wir könnten mit ebenso wohlfeiler Unhöflichkeit in Zweifel ziehen, ob dem Verfasser des „Nat.-Ztg."-Artikels bekannt ist, daß Straßburg östlich von Belfort liegt. Wir haben nicht die Absicht, auf die weiteren Bemerkungen der „Nat.-Ztg." einzugehen, dagegen bieten zahlreiche andere Artikel, die während der letzten Tage zu Gunsten der Militairvorlage in der deutschen Presse angeblich von militairischer Seite publicirt worden sind, um so mehr Anlaß zum Nachdenken. Die Zeitungen, die sich dazu hergeben, Gespenster in ihren Spalten zwecks Durchdrückung der Militairvorlage auftauchen zu lassen, mögen ihre Gründe dazu haben, noch mehr wird dies bei den eigentlichen Herstellern dieser „militairischen" Artikel der Fall sein. Es sind darunter ohne Zweifel Persönlichkeiten, welche in ihrem Verhältniß dienstlich zu

derartigen Veröffentlichungen angewiesen werden können, und solche, welche eine Sperre amtlicher Nachrichten befürchten müssen, wenn sie nicht sacrificium intellectus leisten; aber es giebt unter ihnen ohne Zweifel auch Leute anderen Schlages.

Wir sind weit entfernt anzunehmen, daß die geheimen Fonds, welche an Stelle des Welfenfonds getreten sind, auf Stimmungsmache für die Militairvorlage verwendet werden; aber ein anderes System als das der Speculation einerseits auf die Furcht vor unbestimmten Drohungen und Nachtheilen, sowie andererseits auf den Mangel an Bedürfnißlosigkeit nach irgend einer Richtung hin kann unseres Erachtens bei dem Umfange und der Vielfältigkeit, womit die Einschüchterungen zu Gunsten der Militairvorlage erfolgen, kaum als möglich betrachtet werden. Wir wollen uns hier auf Details nicht einlassen, aber wir sehen mit Sorge der Entwickelung entgegen, wenn in Folge dieser Bearbeitung der öffentlichen Meinung und der Fractionsstreberei die Militairvorlage, so wie sie eingebracht, oder mit nicht genügenden Abänderungen zur Annahme gelangt. Die Gefahr ist um so größer, weil die Probe auf die Richtigkeit des Exempels erst dann möglich sein wird, wenn die Remedur es nicht mehr ist.

* * *

Zu der oben (Seite 341) angeführten Notiz über Herrn von Berlepsch wird noch weiter mitgetheilt:

Wir hatten neulich daran erinnert, daß der jetzige Handelsminister, Herr von Berlepsch, wegen der Haltung, die er im Jahre 1889 als Regierungspräsident von Düsseldorf während der Strikes im Gegensatz zu seinem damaligen vorgesetzten Handelsminister eingenommen habe, zum Oberpräsidenten und später zum Minister befördert worden sei. Die „Voss. Ztg." will uns darüber belehren, daß der „vorgesetzte Handelsminister" als solcher mit dem damaligen Bergarbeiterausstande nichts zu thun gehabt habe, weil das Berg- und Hüttenwesen erst am 17. Februar 1890 dem Handelsministerium unterstellt worden sei. Wir glauben, daß die „Voss. Ztg." über die Ressort-Verhältnisse nicht genau genug unterrichtet ist; es kommt nicht darauf an, ob der damalige Handelsminister der disciplinarische „Vorgesetzte" des Regierungs-Präsidenten war oder nicht. Ein Bergarbeiter-Ausstand berührt Handel und Industrie in so einschneidender Weise, daß ein Handelsminister, der sich darum nicht bekümmern wollte, weil die Sache nicht in sein Ressort fiele, seine Aufgabe schwer verkennen würde. Das Handelsministerium führt wörtlich den Titel „Ministerium für Handel und Gewerbe", und schon der zweite Theil dieses Titels würde die Competenz des Handels-

ministers für Vorkommnisse im Betriebe des Bergbaues auch vor dem 17. Februar 1890 vollständig gedeckt haben. Wir wissen nicht, welches Ministerium die „Voss. Ztg." in erster Linie als das Ressortministerium für Arbeiterausstände betrachtet. Aber selbst wenn das Blatt das frühere Maybach'sche Ministerium in seinem größeren Umfange als dasjenige im Auge hätte, dem die Ausstände von 1889 ressortmäßig zuzuweisen wären, so ist es bekannt, daß auch der Minister von Maybach persönlich an den Verhandlungen, die das rheinische Präsidium in den Strikefragen damals nach verschiedenen Richtungen hin führte, nicht betheiligt war, sondern daß sie für ihn ein Novum bildeten, von dem er ebenso wenig wie der damalige Handelsminister Fürst Bismarck auf dem üblichen Geschäftswege Kenntniß hatte.

* * *

Die Methode der officiösen Presse bei der Vertheidigung der Militairvorlage wird ausführlich von den „Hamb. Nachr." am 26. Januar (M.-A.) charakterisirt in einem Artikel mit der Ueberschrift:

Einschüchterung und Beunruhigung. Die Thätigkeit, welche die officiöse Presse gegenwärtig mit ihren Einschüchterungs-Artikeln zu Gunsten der Militairvorlage entwickelt, steht mit den Beschwerden, die Graf Caprivi vor Jahresfrist gegen die Züchtung des Beunruhigungsbacillus im Parlamente erhoben hat, in einem wunderlichen Widerspruche. Dieser Bacillus der Beunruhigung und Einschüchterung ist nie mit solchem Eifer und soviel Aufwand an autoritativem Anstrich cultivirt worden, wie es heute von Seiten der Regierungsorgane geschieht.

Die unablässige Vorführung des Belforter Gespenstes bildet nur die eine Seite dieser Thätigkeit; noch viel stärker äußert sich dieselbe in officiösen Artikeln, welche die Abgeordneten und Wähler mit der Androhung einzuschüchtern und zu beunruhigen versuchen, daß es im Falle der Ablehnung der Militairvorlage zu „schweren Conflicten", zu „scharfen Kämpfen zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag kommen müsse", die „zu einer gewaltigen Schädigung unserer wirthschaftlichen Kräfte, unseres gesammten Handels und Wandels führen würden". In diesem Sinne äußert sich z. B. ein Artikel der „Köln. Ztg." vom 20. Januar, Abend-Ausgabe. Jedem Abgeordneten, der ein Votum hat, wird es im Namen seiner Vaterlandsliebe und seiner Vaterlandstreue zur Pflicht gemacht, den „schweren Conflict", die „scharfen Kämpfe" durch Bewilligung der Vorlage zu hindern; seine eigene Verantwortlichkeit für den Eintritt einer Krisis im Inneren wird ihm in eindringlichster Form zu Gemüthe geführt. Ist dies nicht Züchtung des Beunruhigungsbacillus in seiner höchsten Reinheit? Müssen denn

„schwere Conflicte" durchaus entstehen, wenn die Militairvorlage abgelehnt wird? In der Behauptung, daß dem so sei, liegt ein Hinblick auf den Weg eines Staatsstreiches, und wir können kaum glauben, daß die sonst so gut constitutionelle „Köln. Ztg." auf einen solchen hinwirken will. Die Ungewöhnlichkeit der angewandten Pression wird Jedem einleuchten, der sich den Eindruck vergegenwärtigt, den eine ähnliche Sprache in anderen constitutionellen Ländern, z. B. in Oesterreich-Ungarn hervorriefe, wenn sie von der Regierung der Landesvertretung gegenüber für den Fall geführt würde, daß die Parlamentsmitglieder vor ihrer ganz zweifellosen verfassungsmäßigen Berechtigung, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen, per majora Gebrauch machten und gegen die Regierung votirten. In Deutschland ist die Empfindlichkeit einer solchen Sprache gegenüber durch unser Verfassungsleben bereits einigermaßen abgestumpft; aber deshalb bleibt die Androhung von „schweren Conflicten", „harten Kämpfen" u. s. w. ebenso tadelnswerth, wie die Aeußerung des Centrumsredners: „Lieber bayrisch sterben, als kaiserlich verderben!" Es liegt in beiden die Erklärung: „Wenn es nicht nach unserm Willen geht, thun wir nicht mehr mit!"

Derartige Kundgebungen haben gegenüber den bestehenden Bundesverträgen, resp. der Reichsverfassung keinen Raum. Wenn eine Vereinbarung über irgend eine Vorlage, wie wichtig sie auch sei, nicht stattfindet, so liegt in einem solchen bei der Gründung des Reiches und seiner Verfassung vorgesehenen Ergebnisse kein Zwang zur Herbeiführung eines Conflictes. Die verbündeten Regierungen haben sich in diesem Falle vielmehr zunächst darüber zu entscheiden, ob sie die vom Reichstage abgelehnte Vorlage einem neu gewählten Parlamente unterbreiten, oder sich mit der vorhandenen Volksvertretung über diejenigen Modificationen ihrer Vorlage verständigen wollen, nach deren Annahme der Weg des verfassungsmäßigen Compromisses gangbar sein würde. Es ist zu diesem Zweck weder eine Auflösung noch ein Ministerwechsel erforderlich, am allerwenigsten aber ein Wechsel in der Besetzung des Reichskanzlerpostens. Wir haben bisher überhaupt nicht die constitutionelle Tradition angenommen, wie sie in solchen Fragen in England und in den romanischen Ländern besteht und wonach die Minister jederzeit mit ihren Vorlagen nothwendig fallen. Die Entscheidung hierüber hängt bei uns ganz von dem Ermessen des Monarchen und der betheiligten Minister ab.

Als betheiligte Minister aber sind in diesem Falle nach der Reichsverfassung nur die Minister der einzelnen Bundesstaaten, also das preußische, bayrische u. s. w. Ministerium, anzusehen, da von ihnen, und nicht

vom Kanzler die Voten im Bundesrathe und das Ergebniß des bundesräthlichen Beschlusses abhängen. Dem Reichskanzler steht nach Artikel 15 der Verfassung nur der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte zu, aber keineswegs neben der preußischen Vertretung ein von dieser unabhängiges Recht, zu votiren, oder Vorlagen für den Reichstag in Antrag zu bringen. Ebenso wenig kann der Kanzler eine Beschlußnahme des Bundesrathes, welche seiner Ueberzeugung nicht entsprechen würde, amtlich verhindern. Dem Reichskanzler liegt also eine isolirte Verantwortlichkeit überhaupt nicht ob, sondern nur eine Mitverantwortlichkeit insoweit er die preußischen Stimmen und deren Instruirung als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Verfügung hat. Die gelegentlich officiös vertretene Fiction der Zulässigkeit von Präsidial-Anträgen behufs Herbeiführung legislativer Acte findet in der Verfassung keine Unterlage; es giebt neben den 17 preußischen Stimmen im Bundesrathe keine Präsidial-Stimme, der das Recht zu legislativen Anträgen beigelegt wäre. Der Reichskanzler kann also auch nicht die Verantwortlichkeit für bundesräthliche Vorlagen im Reichstage tragen und am allerwenigsten dann, wenn sie auf ihn allein beschränkt werden soll. Er trägt die Verantwortlichkeit nur für die „Anordnungen und Verfügungen des Kaisers"; das „Recht des Präsidiums zu Anordnungen und Verfügungen" — wie es ursprünglich hieß — gewährt nach der Verfassung keinen Antheil an der Reichsgesetzgebung; dieser Antheil tritt erst bei Publication der Gesetze ein; in den vorbereitenden Stadien bis zur Fertigstellung der Gesetze ist das Präsidium nicht anders als durch die Leitung der Geschäfte im Bundesrathe betheiligt, also ebenso wenig verantwortlich für die Beschlüsse desselben, wie der Präsident des Reichstages für die Beschlüsse des Letzteren. Wir sehen also keinen Grund ein, weshalb der Reichskanzler wegen Ablehnung einer bundesräthlichen Vorlage sich der constitutionellen Gepflogenheit des Rücktritts zu unterwerfen hätte. Wenn eine solche bei uns überhaupt in Uebung wäre, so würde die Anstandspflicht des Rücktritts für die betheiligten Minister der Einzelstaaten, in erster Linie für die preußischen, in Frage kommen, niemals aber für den Reichskanzler, weil er eben nur für kaiserliche, nicht für bundesräthliche Anordnungen eine Verantwortung trägt.

Es fehlt sonach für das officiöse Rasseln mit „schweren Conflicten" und „scharfen Kämpfen" für den Fall der Ablehnung der Militairvorlage an jeder verfassungsmäßigen Unterlage; dies Rasseln kann nur den Zweck haben, die damit Bedrohten so einzuschüchtern, daß ihnen die Fähigkeit zur ruhigen Prüfung der Vorlage und das Bewußtsein ihrer eigenen Aufgabe verloren geht.

* *
*

In derselben Nummer findet sich folgender Vergleich zwischen einst und jetzt:

Wenn zur Zeit des ersten Kanzlers die Fractionen schwankten, so reichte nicht selten der Vorwurf, daß sie ministerielle Fractionen wären, hin, um sie zu einem oppositionellen Votum zu bestimmen, welches lediglich bezeigen sollte, daß sie eben nicht ministeriell, sondern selbstständig seien. Jetzt kann man umgekehrt sagen, daß die Verdächtigung, nicht ministeriell zu sein, vollständig genügt, um unabhängige Parlamentarier zum Umfallen zu bringen. Man fühlt sich geängstigt, eine Meinung oder eine Stellung zu haben, die nicht in der Anlehnung an das Ministerium Deckung findet.

Wenn diese Stimmung dauernd wird, dann muß man sich in der That fragen: wozu der Luxus der Volksvertretung, der Wahlen und der öffentlichen Discussion, wenn die Androhung einer Auflösung oder gar eines Conflictes hinter der Auflösung genügt, um jede Vorlage durchzudrücken? Mit einer chambre introuvable sind die parlamentarischen Garantien für die Entwickelung des nationalen Lebens und für die Wahrscheinlichkeit, daß die richtigen Wege für die Gesetzgebung gefunden werden, erheblich geringer, als im Zustande des reinen Beamtenabsolutismus. Letzterer tritt direct und isolirt für seine Haltung und seine Thaten ein; wenn er aber Deckung durch die äußerliche Thatsache der Zustimmung der Volksvertretung findet, so kann er sich, statt sein Verhalten direct zu rechtfertigen, immer darauf beschränken, auf den Beschluß der mitbetheiligten Volksvertretung hinzuweisen. Deshalb würden wir dem gesetzlichen, verfassungsmäßigen Beamtenabsolutismus mehr Vertrauen in Bezug auf die Richtigkeit seiner Geschäftsführung schenken können, als demjenigen, der sich seiner Verantwortlichkeit durch Hinweis auf die verantwortlichen Beschlüsse der Volksvertretung jederzeit entziehen kann.

Wir haben einen Beamtenabsolutismus in Preußen bis zum Jahre 1848 ohne Einschränkung regieren sehen und, abgesehen von dem Gebiete des Mitwirkens der Bevölkerung durch Parlament und Presse, kann man nicht sagen, daß Preußen damals in Gesetzgebung und Verwaltung schlechter gestellt gewesen wäre, als irgend ein constitutioneller Staat. Nur der Muth für die Erhaltung der Einrichtungen, auf welchen ihr Einfluß beruhte, einzutreten, fehlte der Regierung damals fast ausnahmslos, nicht nur in den Ministerien, sondern auch in den Provinzen. Mangel an Tapferkeit kann man der vormärzlichen Bureaukratie allerdings vorwerfen, ihre Verwaltung und Gesetzgebung dagegen waren in friedlichen Zeiten intelligent und pflichttreu ohne Streberei und Nebenabsichten.

* * *

Ein Artikel der Zeitschrift „Der neue Cours“ giebt den „Hamb. Nachr.“ am 1. Februar (M.-A.) Gelegenheit, noch einmal auf die Bedeutung Belforts nach Moltke's Urtheil einzugehen:

Belfort im „Neuen Cours“. Die Zeitschrift „Der neue Cours“ bringt einen „Belfort“ überschriebenen Artikel, der sich in seinem ersten Theile gegen unser Blatt, im zweiten gegen den Fürsten Bismarck persönlich richtet. Wir sind über den Ursprung dieses Artikels im Zweifel geblieben; eine Zeit lang glaubten wir, er stamme von Herrn Poultney Bigelow, der ja die Specialität der Injurien und Geschichtsfälschungen gegen den früheren deutschen Reichskanzler in erster Linie vertritt. Das Ansehen einer strategischen Autorität, welches sich der Verfasser zu geben sucht, würde uns an dieser Vermuthung nicht irre machen: Herr Bigelow kann das auch in dem gleichen Maaße und mit den gleichen Mitteln der Conjectur und der Entstellung. Aus der Empfindlichkeit, die der Artikel an mehr als einer Stelle über den von uns gebrauchten Ausdruck der „strategischen Windbeutelei“ verräth, hielten wir uns dann zu der Vermuthung berechtigt, daß der Verfasser dieses Pamphlets in der Zahl der militairischen Mitarbeiter an der heutigen officiösen Presse zu suchen sei. Diese Annahme ist uns aber unhaltbar geworden durch die für viele noch lebende Militairs sofort als lügenhafte Erfindung kenntliche Angabe, daß Graf Bismarck 1870 Alles aufgeboten habe, den König gegen den Rechtsabmarsch nach Sedan einzunehmen.

Wenn der Verfasser ein Militair wäre, so würde er wissen, daß der König auf Wunsch des Generalstabs, seit Beginn des französischen Krieges auf die Gepflogenheit des böhmischen Feldzugs, den Ministerpräsidenten zu militairischen Besprechungen zuzuziehen, verzichtet hatte und jede Erörterung der militairischen Absichten mit dem Grafen Bismarck gewissenhaft vermied. Wir wissen mit Sicherheit, daß der damalige Bundeskanzler von der Absicht des Rechtsabmarsches überhaupt keine Silbe erfahren hat, bis er sich mit seinen Beamten hinter dem königlichen Reisewagen, dem Befehle des Königs entsprechend, in Marsch befand und auch dann das Ziel und den Grund der ihm nach dem ersten Marschquartier aus der Karte ersichtlichen Rechtsschwenkung noch nicht erfuhr. Die Lüge also, welche in dieser Andeutung liegt, daß Fürst Bismarck überhaupt in der Lage gewesen sei, mit dem Könige über Rechtsabmarsch zu reden, beweist gegen den militairischen Ursprung des Machwerks, und wir dachten von Neuem an Tendenzschriftsteller wie „Bigelow“, oder an irgendwelche Giftmischer, die Haß gegen den Fürsten in der Presse zu bethätigen entweder das gemüthliche oder das finanzielle Bedürfniß haben.

Merkwürdig ist hierbei, daß alle Injurien des Artikels sich formell

zwar gegen unser Blatt und schließlich gegen Fürst Bismarck, die Tendenz derselben aber sich thatsächlich gegen den vom Autor angeblich vertheidigten Grafen Moltke richtet. Daß Letzterer Belfort so eingeschätzt hat, wie es vom Fürsten Bismarck in der bekannten Reichstagssitzung geschildert wurde, ist und bleibt Thatsache. Hätte Moltke anders gesprochen und auf den Besitz Belforts ein stärkeres Gewicht gelegt, so ist ja sehr möglich, daß der für die Folgen allein verantwortliche Bundeskanzler es auf sich genommen hätte, es darauf ankommen zu lassen, ob die französische Volksvertretung in Bordeaux bei weiterer Verschiebung der Entscheidung den Versuch wiederholt hätte, Einmischungen Fremder herbeizuführen, oder ob nicht unsere Gegner an den neutralen Höfen die Frist der neuen Verzögerung mit mehr Energie benutzt hätten, als während der unter ihrem Einflusse verschleppten Belagerung von Paris. Der Artikelschreiber ist mit der Politik unbekannt genug, um anzunehmen, daß die nächste Folge einer französischen Weigerung die Kriegserklärung einer der Neutralen gewesen sein würde. Er zeigt damit, wie fern er der Politik steht. Die Gefahr, welche Graf Bismarck befürchtete, war die in wohlwollender und friedliebender Form erfolgende Berufung eines europäischen Congresses.

Auf dem Wiener Congresse 1814/15 erschien Frankreich nach Verlust seiner ganzen Armee 1812 in Rußland, nach Vernichtung seiner sich tapfer schlagenden Rekruten von 1813, schloß dort das Bündniß mit unseren früheren Freunden England und Oesterreich und zerstörte alle Hoffnungen, welche Preußen an den Friedensschluß geknüpft hatte. Man muß die Geschichte nicht kennen und nur Fähnrichspolitik treiben, um die Wiederholung ähnlicher Dinge für unmöglich zu halten. Wir glauben nicht, daß Moltke diese Dinge mit demselben Leichtsinn wie seine heutigen publicistischen Epigonen aufgefaßt hat. Wenn man keine Verantwortlichkeit für die Folgen hat, so lassen sich Phantasiestücke in der Politik leicht componiren.

Wir glauben nicht, daß parallel mit europäischen Congreß-Verhandlungen die Herstellung des deutschen Kaiserthums sich ebenso günstig entwickelt haben würde. Muthige, aber phantastische politische Pläne, wie die Kriegführung der deutschen Armee von Versailles aus gegen neutrale Mächte, stehen einem militairischen Haudegen gut zu Gesicht, aber sie werden komisch, wenn sie mit dem Anspruche auf praktische Verwirklichung auftreten. Die militairischen Politiker hatten 1871 keine Verantwortlichkeit für die richtige Führung der Friedensverhandlungen, und sie hätten ebensogut noch Toul, Verdun, Nancy, Besançon und vieles Andere verlangen können, weil Frankreich an allen diesen Orten ebenfalls bedrohliche Lagerfestungen hätte anlegen können. Die Ver-

antwortlichkeit für den Fall, daß diese Extravaganzen zum Verluste errungener Vortheile führen konnten, wäre ja schließlich nur auf den civilistischen Leiter der auswärtigen Geschäfte gefallen.

Ebenso zweifellos wie Moltke's Schätzung Belforts ist die Thatsache, daß er in Verhandlungen mit dem Reichskanzler über die Möglichkeit eines Doppelkriegs in der unzweideutigsten und ausführlichsten Weise erklärt hat, wir würden in solchem unerwünschten Falle den Krieg im Westen defensiv führen, bis im Osten die entscheidenden Hauptschlachten geschlagen wären, und dem Zweifel an der Rathsamkeit dieses Systems den Ausspruch entgegensetzte, daß der Rhein mit seinen Festungen die stärkste Defensivstellung irgend einer Großmacht sei. Der Artikelschreiber beschimpft nun auf der Basis dieses Moltke'schen Ausspruchs den verstorbenen Feldmarschall auf das Roheste unter dem Schutze der Fiction, daß Moltke dies unmöglich gesagt habe, weil es „unmoltkisch" sei.

Das ganze Aufblasen des Belforter Gespenstes richtet sich überhaupt gegen unseren Generalstab und dessen Leitung, denn man begreift nicht, wie bei Begründung der ganz neuerdings erregten Beunruhigungen, zwanzig Jahre vergehen konnten, ohne daß der Wunsch eines besseren Verschlusses der trouée de Belfort jemals von Seiten des Generalstabs angeregt worden ist.

Wenn die Gefahr so groß wäre, so hätte man längst bei Altkirch oder Mülhausen oder wenigstens Colmar eine „Lagerfestung" herstellen müssen, und man hätte die großen Summen für die, wie jetzt behauptet wird, weniger werthvollen Metz und Straßburg und andere Festungen dafür kürzen oder darüber hinaus fordern sollen; alles was an strategischen Eisenbahnen im Südwesten verlangt wurde, ist vom Reichstage stets bereitwillig genehmigt worden; das würde auch mit der Befestigung jener Ecke der Fall gewesen sein, wenn jemals seit dem letzten Kriege von militairischer Seite eine Anregung dazu erfolgt wäre.

Der fragliche Artikel erscheint uns als der Fortschritt der Windbeutelei zu einem Schwindel, der an die Welfenfonds-Quittungen erinnert, und wir haben keinen deutschen Officier in Verdacht, ihn geleistet zu haben. Die officiöse Presse hat die Weisung, zu thun, was sie kann, und wenn man statt sachlicher Argumente für die Militairvorlage auf „Bismarck" schimpft, so gewinnt man damit doch vielleicht das Herz eines oder des anderen Abgeordneten im Centrum und in der Demokratie.

* * *

Am 26. Januar besuchte der Kaiser mit dem seit dem 24. als Gast in Berlin weilenden Großfürsten-Thronfolger die Kaserne des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 in Berlin und nahm mit ihm im Officiers-

casino mit den Officieren das Frühstück ein. Bei der Tafel brachte der Kaiser einen sehr warmen Trinkspruch auf den Zaren Alexander III. aus; dieser gipfelte in dem Satze: „Wir alle sehen in Ihrem kaiserlichen Vater, dem hohen Chef des Regiments, nicht nur unsern vornehmsten Kameraden, sondern vor allem den Träger altbewährter monarchischer Traditionen, oft erwiesener Freundschaft und innigster Bande intimer Beziehungen zu Meinen erlauchten Vorgängern, deren Erfüllung in früheren Zeiten russische sowohl wie preußische Regimenter auf dem Schlachtfelde vorm Feinde mit ihrem Blute besiegelten."

Dazu äußern die „Hamb. Nachr." am 1. Februar (A.-A.):

Der Toast, den der Kaiser bei dem Frühstück zu Ehren des Zarewitsch auf den Kaiser von Rußland ausgebracht hat, ist ohne Zweifel das wichtigste politische Ereigniß der jüngsten Vergangenheit. Die Thatsache, daß der Großfürst-Thronfolger überhaupt nach Berlin gekommen ist, und noch mehr die, daß der Kaiser ihn so freundlich und in Erinnerung an die alten Verhältnisse begrüßt hat, ist für uns im höchsten Maaße erfreulich. Wenn die zerrissenen Drähte, die Berlin und Petersburg verbanden, jetzt wieder angeknüpft werden, so wollen wir uns im Interesse ihrer neuen Befestigung für alle Zukunft gern jeder Kritik der Vorgänge enthalten, welche die Ursachen ihres Abreißens gewesen sind. Wir haben uns über die Ernennung eines in Rußland willkommenen Botschafters in der Person des Generals von Werder gefreut, und wir freuen uns noch immer über die Auffassungen, welche Se. Majestät der Kaiser nach den vorliegenden Berichten dem russischen Thronfolger gegenüber zum Ausdruck gebracht hat.

* * *

Dieselbe Nummer enthält folgende Notiz:

Es ist auffällig, daß die officiöse Presse, namentlich der „Hamburgische Correspondent", bei ausführlicher Besprechung der vom Abg. Grafen Limburg-Stirum kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause gehaltenen Rede den Passus vollständig ignorirt, der von der Publication im „Reichsanzeiger" über die Bedeutung des Fürsten Bismarck und über dessen Behandlung in Wien handelt. Es scheint danach, daß die Leistung des „Reichsanzeiger" jetzt von der officiösen Presse selbst als ein Pudendum angesehen wird, über das man aus Höflichkeit schweigt, wenn auch nicht aus Höflichkeit gegen den früheren Reichskanzler.

* * *

Weiter heißt es da:

Die in- und ausländische Presse beschäftigt sich mit einer Aeußerung, die der Abgeordnete Bebel in der Militaircommission des Reichstages

dahin gehend gethan haben soll, Fürst Bismarck habe im Jahre 1887 ein französisches Chauvinistenblatt erkauft, um durch dessen Herausforderungen den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen. Die Behauptung Bebel's ist zu absurd, als daß wir das Bedürfniß hätten, uns mit ihr zu befassen. Wir erwähnen nur noch, daß der ehemalige Herausgeber der Pariser „Revanche", Peyramont, der die Angabe Bebel's auf sich bezogen hatte, an den Fürsten Bismarck telegraphirt und darauf zur Antwort erhalten hat, daß das ganze Geschwätz ebenso albern als lügenhaft sei.

* * *

Endlich auch noch eine Bemerkung gegen das „Conservative Wochenblatt":

Das „Conservative Wochenblatt" verkündet den Satz: wenn eine Reichstagsmajorität eine Vorlage ablehne, erhebe sie damit den Anspruch, daß ihr Wille als suprema lex im Lande respectirt werden solle. Das Organ des Herrn von Helldorff ignorirt dabei die Verfassung vollständig, welche dem Reichstage die unbefangene Annahme oder Ablehnung der bundesräthlichen Vorlagen zubilligt. Die Verfassung ist vom Kaiser beschworen und wird von ihm sicher gehalten werden. Damit können wir die Auffassung des Herrn von Helldorff nicht in Uebereinstimmung bringen, daß der Reichstag nicht das Recht haben sollte, Vorlagen der verbündeten Regierungen abzulehnen, ohne sich eines Uebergriffs in deren Rechte schuldig zu machen. Die Reichsgesetze bedürfen, um zu Stande zu kommen, verfassungsmäßig der Zustimmung beider gesetzgebenden Körperschaften, des Reichstags und des Bundesraths. Läßt sich diese für irgend eine Vorlage nicht erreichen, weil der Reichstag sie ablehnt, so erfolgt dies auf durchaus verfassungsmäßigem Boden.

Wenn schon der gemäßigtere Flügel der conservativen Partei das in Zweifel zieht, den Reichstag also implicite für verpflichtet erklärt, jede Vorlage des Bundesraths anzunehmen, so könnte man fragen, welche Art von Regierungsabsolutismus schließlich für die Ansichten der Conservativen der schärferen Tonarten übrig bleibt? Aber wir beunruhigen uns darüber nicht, weil wir die conservative Partei in ihrer Mehrheit für weniger byzantinisch halten als die vom „Cons. Wochenblatt" vertretene Minderheit.

* * *

Mit Bezug auf den oben (S. 345 ff.) citirten Artikel „Auflösung oder Rücktritt" wird am 2. Februar (A.-A.) dem „Berliner Tageblatt" entgegengehalten:

Das „Berl. Tagebl." hält es für eine „wohl aufzuwerfende Frage", ob sich hinter unsern Ausführungen, daß bei Ablehnung der Militair-

vorlage weder Auflösung des Reichstages noch Rücktritt des Grafen Caprivi zu erfolgen brauche, irgend welcher Hintergedanke verberge, da zarte Besorgniß für den Grafen Caprivi nicht in unseren Gewohnheiten liege. Wir haben eine „zarte Besorgniß" für den Grafen Caprivi, bei allem Wohlwollen, das wir diesem Generale widmen, allerdings niemals kundgegeben, und es ist uns ziemlich gleichgültig, ob er Kanzler bleibt oder nicht. Die Ursache unserer Meinungsäußerung ist lediglich die, daß wir das Zustandekommen einer Verbesserung unserer Armee ebenso lebhaft wünschen wie irgend Jemand, nur nicht gerade die jetzige Vorlage für richtig, sondern im Gegentheil für eine Schädigung der Armee halten.

Wir glauben ferner, daß eine nützliche Reform des Heeres sich immer noch eher mit dem gegenwärtigen Reichstage erreichen läßt als mit einem nach Auflösung desselben neu zu wählenden. Im Interesse der Armee wünschen wir, daß die Regierung sich diesen Reichstag, der viel militairfrommer ist als sein Nachfolger wahrscheinlich sein wird, erhalten und mit ihm eine zweckmäßige Heeresreform zu Stande bringen möge. Das ist der Grund, aus dem wir die Auflösung bekämpfen. Eine Kanzlerkrisis aber halten wir nicht für erforderlich, weil es von dem Kanzler thöricht sein würde, wenn er glaubte, seinerseits sich für die Beschlüsse des Bundesraths in der Militairvorlage verantwortlich machen zu müssen. Will er es dennoch, so halten wir ihn nicht, aber wir wünschen den Reichstag zu halten, weil wir, wie gesagt, mit ihm das Zustandekommen einer zweckmäßigen Militairreform nach Ablehnung der jetzigen, die wir für ungeschickt erachten, als wahrscheinlich ansehen.

* * *

Ebenso wenden sich die „Hamb. Nachr." am 3. Februar (A.-A.) wieder gegen das „Berl. Tagebl.":

Das „Berl. Tagebl." bemerkt in Anknüpfung an unsere neulichen Aeußerungen über den kaiserlichen Toast auf den Zaren: die hauptsächlichsten Merkmale des alten Courses gegenüber Rußland hätten in der letzten Zeit unter dem Fürsten Bismarck in dem Verbot der Beleihung russischer Werthe durch die Reichsbank, sowie in der Ausweisung russischer Arbeiter und anderer russischer Staatsangehöriger bestanden. Wenn, wie nach dieser Aeußerung des Berliner Blattes anzunehmen ist, das Verbot der Beleihung russischer Werthe durch die Reichsbank als ein Nachtheil für Deutschland betrachtet wird, so fragen wir: Weshalb ist es von der jetzigen Regierung nicht längst aufgehoben worden? Sie hat ja drei Jahre Zeit dazu gehabt.

Die Berufung auf die Ausweisung russischer Arbeiter und Unter-

thanen aber entspricht ihrer Tendenz nach der Wahrheit in keiner Weise. Derartige Anweisungen sind lediglich in Verbindung mit dem Bestreben nach Förderung des deutschen Elements in den polnischen Landestheilen erfolgt, um dem Zuzuge der Tausende von Nationalpolen aus den russischen Gebieten einen Damm entgegen zu setzen. Alle Germanisirungsversuche in jenen Landestheilen würden ein Schöpfen mit Danaidenfässern geblieben sein, wenn man den starken jährlichen Zuzug von Nationalpolen — nicht bloß Arbeitern, sondern von Polen jeder Gesellschaftsklasse — hätte fortbestehen lassen. Die polnischen Arbeiter wurden zum größten Theil von den preußischen Grundbesitzern berufen, weil ihre früheren Arbeiter nach dem Westen ausgewandert waren; die dafür zuziehenden russisch-polnischen Arbeiter machten sich zum größten Theile seßhaft und verstärkten die Ziffer der rein polnischen Einwohner in Posen und Westpreußen durch ein Element, das im Vergleich mit dem vorhandenen minderwerthig war.

Russische Arbeiter, im Gegensatze zu polnischen, sowie Russen überhaupt sind niemals ausgewiesen worden, abgesehen vielleicht von einigen localen Ungeschicklichkeiten, deren Urheber kein Verständniß für die Anordnungen besaßen, die sie auszuführen hatten. Die ganze Maßregel ist auch von der russischen Regierung zu keiner Zeit als eine unfreundliche angesehen worden; im Gegentheil, die russische Regierung war sehr zufrieden damit, daß wir ihr ihre polnischen Unterthanen nicht entziehen wollten. Die Erinnerung an diese Vorgänge steht deshalb der Rückkehr zu den Traditionen des alten Courses bezüglich unserer Beziehungen zu Rußland durchaus nicht entgegen.

* * *

Ueber eine von Bulgarien geplante Anleihe äußern sich die „Hamb. Nachr." am 7. Februar (M.-A.) in folgenden Sätzen:

Die bulgarische Regierung will eine mit 6 Procent in Gold verzinsliche Anleihe von über hundert Millionen Mark zu Eisenbahnbauzwecken aufnehmen. Damit tritt Bulgarien zum ersten Male an den deutschen Capitalmarkt heran, und dieser hat sich über das Maaß von Credit, das Bulgarien beanspruchen kann, ein Urtheil zu bilden. Wir halten es nicht für wünschenswerth, daß sich die deutschen Capitalisten durch den hohen Zinsfuß verlocken lassen, ihr Geld in der bulgarischen Anleihe anzulegen. Zu den Gefahren, welche bei fremdländischen Anleihen mit hohem Zinsfuß, aber zweifelhafter Sicherheit immer vorliegen, tritt in diesem Falle noch die, daß der Staat, der die Anleihe contrahirt, von den übrigen Staaten bisher nicht anerkannt ist. Wenn bei entstehenden kriegerischen Verwickelungen der kleine bulgarische Staat zwischen

den aufeinanderstoßenden großen Mächten zerdrückt werden sollte, so würde der neue Herr von Bulgarien sich vielleicht nicht verpflichtet fühlen, Zahlung für die frühere illegitime und von ihm nicht anerkannte Regierung zu leisten. Anders läge die Sache, wenn in einem solchen Kriege ein bis dahin selbstständiger und anerkannter Staat, wie z. B. Serbien, zu Grunde ginge und einem anderen Staate einverleibt würde: dann hätten die neuen Gewalthaber wenigstens die moralische Verpflichtung, die Schulden des Landes, das sie annectirten, mit zu übernehmen.

Dazu kommt, daß Bulgarien mehr als jedes andere Land als Compensationsobject für den nächsten großen Krieg in Betracht gelangt; die Zukunft Bulgariens hängt nicht sowohl von der Arbeitsamkeit und Tüchtigkeit seiner Bevölkerung oder der Politik seiner Regierung ab, sondern von dem Ausfall des nächsten Krieges. Liegt schon in diesen Verhältnissen eine dringende Abmahnung für die deutschen Capitalisten, sich an der Anleihe zu betheiligen, so bietet die Lage der bulgarischen Finanzen auch an sich keine Sicherheit. Trotzdem Bulgarien bisher nicht in der Lage war, Anleihen aufzunehmen, und daher haushälterisch wirthschaften mußte, beträgt das Deficit pro 1893 doch annähernd neun Millionen; wie hoch sich die Steuerrückstände belaufen, entzieht sich der genaueren Berechnung. Endlich kommt in Betracht, daß das Unterpfand, das der bulgarische Staat für seine Anleihe bietet, in der Hauptsache aus Eisenbahnen besteht, die aus dem Ertrage der Anleihe erst gebaut werden sollen, und die in ihrer Rentabilität um so weniger mit Sicherheit beurtheilt werden können, als die in Bulgarien bereits bestehenden Bahnen bisher noch nicht rentiren.

* * *

Der Justizminister Leonhard feierte am 30. Januar seinen 80. Geburtstag; der Kaiser schenkte ihm sein Bildniß mit der Unterschrift: Nemo me impune lacessit. Hieran knüpft die nachstehende Notiz der „Hamb. Nachr." an:

In verschiedenen Blättern wird anknüpfend an die kaiserliche Unterschrift „Nemo me impune lacessit" daran „erinnert", daß Fürst Bismarck in seinem Wappen einen Wegedorn mit einem für diese stachelige Pflanze sehr bezeichnenden Motto führe („Das Wegekraut sollt stehen lan, hüt dich, Jung, sind Nesseln dran!" D. Verf.). Diese Gegenüberstellung beruht auf Erfindung. Das Bismarck'sche Wappen hat keinen Wegedorn und ebensowenig das angegebene Motto; es weist nur friedliebende und durchaus nicht stachelige Klee- und Eichenblätter auf mit dem ziemlich bekannten Motto: In trinitate robur. Wir lassen dahingestellt sein, welche Art von versteckter Bosheit mit der Paralleliſirung der kaiserlichen Unterschrift und der angeblichen Beschaffenheit des

Bismarck'schen Wappens verfolgt sein mag; heraldisches Interesse wird den Verfasser der Notiz schwerlich zu seiner Veröffentlichung bestimmt haben.

* * *

Ueber die Höhe der durchschnittlichen Kopfsteuer zu Zwecken der Landesvertheidigung wird in den „Hamb. Nachr." am 7. Februar (A.-A.) Folgendes ausgeführt:

Die „Köln. Ztg." rechnet aus, daß jeder einzelne Deutsche, möge er gleichzeitig Preuße oder Bürger eines anderen deutschen Bundesstaates sein, eine Steuer von 6,9 Mark „für Landesvertheidigung und Schuldenzinsen zusammen" zu zahlen habe, während in Oesterreich 13,2 in Italien gar 21,4 pro Kopf entfielen. Die Berechnung der „Köln. Ztg." wird bei den Steuerzahlern zweifelnde Verwunderung erregen und Mitgefühl mit den doppelt so hoch besteuerten Oesterreichern und den dreifach so hoch besteuerten Italienern. In beiden Ländern ist die Bevölkerung durchschnittlich nicht dementsprechend reicher als bei uns, und beide Staaten haben die Ueberzeugung, daß der Zustand ihrer Finanzen ihnen eine Steigerung ihrer Wehrkraft verbietet: sie schieben die Last auf Deutschland ab.

Die Zusammenstellung der „Köln. Ztg." zeigt aber, wie die Regierung sich die steuerliche Zukunft der Deutschen denkt. Wenn dieselbe auch nur auf die österreichische Höhe gebracht werden soll, so wird pro Kopf das Doppelte der jetzigen Steuerlast, also 13,2 statt 6,9 Mark in Zukunft zu zahlen sein. Eine wesentliche Erleichterung der Steuerlast in den außerdeutschen Ländern, namentlich in England und Frankreich, welche die „Köln. Ztg." ebenfalls mit anführt, aber liegt in dem Vorwiegen der indirecten Steuern gegenüber den directen. Die directe Steuer ist eine drückende, weil der Executor bei nicht rechtzeitiger Bezahlung sofort hinter der Thür steht, während die indirecte Steuer auf Tabak, Bier, Wein, Branntwein u. s. w. doch einigermaßen in der Hand des Besteuerten selbst liegt, da er die Steuer erst zahlt, wenn er das besteuerte Object kauft und sich beim Ankaufe von Genußmitteln nach seinem jeweilig vorhandenen Baarvorrath richten kann.

* * *

An derselben Stelle wird über die Reichstagsdebatten vom 4. Februar bemerkt:

Wir sind der Ansicht, daß von den Reden, die im Reichstage über die Socialdemokratie jüngst gehalten sind, diejenigen der Abgeordneten Freiherrn von Stumm und Bachem besondere Anerkennung verdienen. Die Ausführungen beider Redner sind sehr geeignet, irrige und schädliche

Vorstellungen über die socialdemokratischen Ziele von Grund aus zu zerstören und dem Staat aufs Neue zum Bewußtsein zu bringen, daß die sociale Frage keine Rechtsfrage, sondern eine Macht- und Kriegsfrage ist, daß sie als solche behandelt und rechtzeitig zur Entscheidung gebracht werden muß, wenn ernste Gefahr für Staat und Gesellschaft vermieden werden soll.

Der wirkliche Zweck der Socialdemokratie ist die Revolution, sie kann vernünftigerweise keinen anderen haben, und sie arbeitet auch heimlich auf denselben hin; alles andere geschieht nur vorwändlich. Die Socialdemokratie rüstet sich im Stillen so lange, bis sie die Kraft in sich spürt, der bürgerlichen Gesellschaft den Hals abzuschneiden, was sie sofort thun wird, sobald sie es vermag. Sache des Staates ist es, sie nicht die Macht hierzu erlangen zu lassen. Diese Aufgabe kann aber nicht im Wege des friedlichen Pactirens und der Compromisse, sondern nur durch Kampf gelöst werden. Je eher derselbe aufgenommen wird, um so günstiger sind die Chancen eines baldigen und nicht zu theuer erkauften Sieges.

* * *

Am 8. Februar durfte eine Abordnung der Stadt Wandsbeck unter Führung des Oberbürgermeisters Rauch dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh den Ehrenbürgerbrief überreichen. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters erwiderte der Fürst etwa Folgendes (nach den „Hamb. Nachr." vom 11. Februar, A.-A.):

Meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erzeigen, und besonders warm in der Erinnerung an die glänzende Aufnahme, die ich in Ihrer Stadt, als ich zum Kreistag dort war, gefunden habe. Sie übertraf meine Erwartungen und Hoffnungen, weil man mir gesagt hatte, daß in Wandsbeck viel Opposition gegen die jetzige und frühere Regierung zu Hause sei. Ich habe nichts davon verspürt, ich habe bei dem allgemeinen Flaggenschmuck der Häuser und dem Fackelzuge am Abend nicht das Gefühl von Uneinigkeit gehabt.

Eine Anerkennung wie die Ihrige ist für mich von besonderem Werthe, wenn sie, wie hier, aus meiner nächsten Nachbarschaft kommt. Ich bin Ehrenbürger vieler großer, berühmter, weiter entfernter Städte; das ist ein Ergebniß der Politik, die mir vergönnt war unter unserem alten Kaiser zu leiten, und ein Zeichen der Befriedigung, daß wir als Deutsche unter Einem Hute uns befinden und in geschlossener Einheit dem Auslande gegenüberstehen.

Persönliche Erwägungen treten dazu, wenn meine Kreis- und Nachbarstadt den Beschluß faßt, mich durch Ertheilung des Bürgerrechts zu ehren, nachdem ihre Bürger Gelegenheit gehabt haben, mich zwanzig

Jahre hindurch in der Nähe zu beobachten. Eine solche Anerkennung trifft neben meiner Politik auch meine Person, meinen Charakter, indem von meinen nächsten Nachbarn bekundet wird, daß ich ein so übler Mensch doch nicht bin, wie meine Feinde mich schildern, und daß man mich der Ehre für werth hält, in ihre bürgerliche Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Das giebt mir ein Zeugniß den Verleumdungen gegenüber, deren Ziel ich bin, und die für Jemanden, dem sie neu wären, verletzend und erbitternd sein würden.

Ich bin seit dreißig Jahren an diese Tonart gewöhnt; die Bitterkeit und Verlogenheit derselben ist mir eine Gewähr dafür, daß man an den Werken, bei welchen ich mitgewirkt, soviel nicht aussetzen kann, sich also an meine Person hält und mir öffentlich alle möglichen Thorheiten und Schlechtigkeiten andichtet. Wäre ich ein so übler Mensch, so würde das Unabhängigkeitsgefühl der öffentlichen Meinung im Lande, auch wenn ich noch Minister wäre, stark genug sein, um zu verhindern, daß die Hauptstädte der Kreise, in denen ich angesessen bin, und die im täglichen Leben meine nächsten Nachbarn sind, mir das ehrenvolle Zeugniß ausstellen, welches ich heute von Ihnen erhalten habe. Deshalb sage ich im Gegensatz zu dem alten Sprichwort, daß der Prophet in seinem engeren Vaterlande nichts gelte, daß dieses Ihr Attest für mich neben anderen Bürgerbriefen noch einen additionellen Werth hat, indem es mir bezeugt, daß ich in meiner häuslichen und socialen Lebensweise meinen Nachbarn, die mich näher kennen, nicht für so bösartig gelte, wie ich von meinen Gegnern geschildert werde, andernfalls würde eine Stadt wie die Ihrige meine Mitbürgerschaft nicht wünschen.

Nehmen Sie ferner meinen Dank für die hochkünstlerische Ausstattung, die Sie dem Bürgerbrief gegeben haben. Derselbe wird auch dadurch eine besondere Zierde meiner Sammlung historischer Andenken sein.

Bei dem Frühstück brachte der Oberbürgermeister Rauch ein Hoch auf den Fürsten aus.

Sofort erhob sich der Altreichskanzler, um sowohl wegen des ihm eben gewidmeten Trinkspruchs wie auch wegen der ihm dargebrachten Ehrenbezeugungen zu danken, dabei noch einmal bemerkend, daß ihn dieselben um so mehr erfreut hätten, als sie von den guten freundnachbarlichen Beziehungen zeugten, die er so hoch schätze; seien die Ehrenbürgerbriefe anderer, größerer Städte für ihn ein testimonium politicum, so gelte ihm die Wandsbecker Urkunde zugleich als ein testimonium morum. Er trinke auf das Wohl der Stadt Wandsbeck, die wie bisher kräftig gedeihen und stetig sich weiter entwickeln möge!

* * *

Am 14. Februar bringen die „Hamb. Nachr." (M.-A.) folgende Erörterung:

Landtag und Reichsregierung. Der Versuch des Abgeordneten Arendt, auf die Haltung der preußischen Stimme im Bundesrathe im Wege der preußischen Landtagsverhandlungen einzuwirken, wird von der Presse je nach dem Standpunkte der einzelnen Blätter verschiedenartig beurtheilt. Die „National-Zeitung" sagt, formell könne das Recht einer einzelstaatlichen Landesvertretung, über Reichsangelegenheiten zu verhandeln, nicht bestritten werden, sie sei befugt, dadurch auf die Haltung der Vertreter ihres Staates im Bundesrathe Einfluß zu nehmen. Wir halten diese Auffassung mit dem bestehenden deutschen Staatsrechte für übereinstimmend. So weit sie nicht zur Geltung kommt, wird der wichtige Antheil des Bundesrathes an der Reichsgesetzgebung nach der Verfassung durch eine ausreichende staatsrechtliche Verantwortlichkeit nicht gedeckt. Man fragt sich bei jeder Erwähnung des Wortes „Reichsregierung", wo die Verantwortlichkeit für das Verhalten dieser Reichsregierung überhaupt ihren Sitz habe. Die Fiction, den Reichskanzler persönlich für das Verhalten der Reichsregierung verantwortlich zu machen, findet weder in der Verfassung, noch in den thatsächlichen Verhältnissen eine Unterlage, wie wir früher erwähnt und nachgewiesen haben. Eine Reichsregierung besteht nur in Gestalt der Gesammtheit der verbündeten Regierungen, deren Vota im Bundesrathe ihren Ausdruck finden. Für diesen Ausdruck kann aber der Reichskanzler in keiner Weise verantwortlich gemacht werden, und in dem Vorschieben desselben in die erste Linie sehen wir einen nicht unbedenklichen Deckmantel, hinter dem die Verantwortlichkeit der einzelnen Regierungen für ihr Verhalten im Bundesrathe verschwindet.

Unserer Ansicht nach ist im Interesse der verfassungsmäßigen Entwickelung des Deutschen Reiches eine lebhaftere Betheiligung der Einzellandtage an dem Verhalten und der Abstimmung ihrer Regierungen im Bundesrathe ein Bedürfniß. Die Gründe, welche dagegen angeführt werden, bewegen sich auf dem Gebiete von allgemein gehaltenen Bedenken über ein mögliches Gegeneinanderwirken verschiedener Einzellandtage in Reichsangelegenheiten und über angebliche Eingriffe in die Thätigkeit des Reichstages. Um letzteren handelt es sich in dieser Frage überhaupt nicht, sondern nur um Einwirkungen der Landtage auf das Verhalten ihrer Regierung im Bundesrathe. Daß die Landtage hierzu berechtigt sind, wird von Niemandem ernstlich bestritten, und man sollte den Regungen activer Betheiligung der Landtage an der bundesräthlichen Reichspolitik um so weniger Hindernisse in den Weg legen, als die parlamentarische Einwirkung auf die bundesräthlichen Beschlüsse schon durch die Geheimhaltung der Abstimmungen im Bundesrathe wesentlich

erschwert ist. Sie würde wirksamer sein, wenn die Verhandlungen im Bundesrathe wenigstens insoweit öffentlich wären, daß die Abstimmungen und Anträge jeder einzelnen Regierung amtlich rechtzeitig bekannt gegeben würden, und wenn die Regierungen ihrerseits Werth darauf legten, sich bei ihren Abstimmungen im Bundesrathe mit ihren Landesvertretungen in Uebereinstimmung zu halten. Es würde dann so leicht nicht vorkommen, daß die bundesräthlichen Vorlagen für den Reichstag Ueberraschungen oder Zwangslagen herbeiführten, und nicht bloß die Landtage, sondern alle Theile der Nation würden in der Lage sein, die bundesräthlichen Beschlüsse mit ihrer Zustimmung bis zur Vorlage an den Reichstag zu begleiten und zu controliren.

Die Abneigung der Regierungen und zum größeren Theile auch ihrer Landtage gegen Verhandlung von reichspolitischen Fragen in den Landtagen halten wir für ein Ergebniß der centralisirenden Bestrebungen, welche seit Herstellung des Reiches auf Bildung von selbstständigen Reichsministerien gerichtet sind. Die Anhänger einer schärferen Centralisation der Reichseinrichtungen sind von der Besorgniß beherrscht und angetrieben, daß ihre Zukunftspläne durch Betheiligung der einzelnen Landtage an der Reichspolitik beeinträchtigt werden könnten. Die Erfahrung, daß die Einrichtung eines selbstständigen Reichsministeriums mit der verfassungsmäßig berechtigten Mitwirkung der einzelnen Regierungen an der Reichsregierung unverträglich sein würde und den Bundesgenossen gegenüber in schwere Krisen und Conflicte führen könnte, hat die Rückstände der unitarischen Tendenzen bisher nicht beseitigt, welche einer lebhafteren und äußerlich erkennbaren Betheiligung der Einzelstaaten an der Reichspolitik seit zwanzig Jahren bewußt oder unbewußt entgegengewirkt haben. Wir halten die Belebung der Betheiligung an der allgemeinen Reichspolitik in den öffentlichen Verhandlungen der Einzelstaaten und ihrer Parlamente nicht für ein zersetzendes Element, sondern für eine Förderung der nationalen Interessenahme an den gemeinsamen Angelegenheiten in allen Kreisen der Bevölkerung. Die Unabhängigkeit des Reichstages steht dabei nicht in Frage, und die Norm, daß Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen, bleibt davon unberührt. Wir wünschen, daß die Abstimmungen der Regierungen im Bundesrathe durch Erörterung und Verständigung jeder Regierung mit ihrem Landtage mehr als bisher auf den Einklang mit den Bedürfnissen und Gesinnungen der Einzelstaaten hingewiesen werden, und gerade verfassungsfreundliche Blätter sollten jeden Versuch, die Deckung der öffentlichen Verantwortlichkeit da herzustellen, wo sie bisher fehlte, willkommen heißen.

Die „Vossische Zeitung“ bedient sich einer Wendung, als ob eine

Particularvertretung von der Bedeutung des preußischen Landtages sich bei Aeußerungen über reichsgesetzliche Fragen ein Tadelsvotum gegen die Reichsregierung „herausnähme". Wir halten dies für eine Anwendung des Arguments vom beschränkten Unterthanenverstande auf den preußischen Landtag. Wenn die „Vossische Zeitung" den Reichstag als in das Tadelsvotum mit eingeschlossen bezeichnet, so trifft das, wie oben erwähnt, nicht zu; was aber unter „Reichsregierung" zu verstehen ist, die nach der „Voss. Ztg." vom preußischen Landtage nicht kritisirt werden darf, darüber würden wir für eine nähere Specification dankbar sein. Aber selbst wenn der preußische oder ein anderer Landtag ein Votum des Reichstages mißbilligte und sich darüber offen ausspräche, würden wir das nicht außerhalb seiner verfassungsmäßigen Berechtigung liegend finden. Wenn selbst ein Blatt wie die „Nat.-Ztg." das Recht einer einzelstaatlichen Landesvertretung, über Reichsangelegenheiten zu verhandeln, anerkennt, so ist die rechtzeitige Ausübung dieses Rechtes um so nothwendiger, als, wie die Vorgänge bei den Handelsverträgen bewiesen haben, nachträglich und hinterher nichts mehr zu bessern ist.

* * *

In derselben Nummer wird gegen die Absicht, einen Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Columbia abzuschließen, Folgendes geltend gemacht:

Zum Handelsvertrage mit Columbien ist zu bemerken, daß ein hanseatischer Vertrag, der mit diesem Staate unter dessen früherer Bezeichnung Neu-Granada am 3. Juni 1858 geschlossen ist, noch existirt. Derselbe enthält eine Clausel, welche die gesammtdeutschen Interessen am dortigen Handel vollständig deckt, indem sein Artikel 11 stipulirt, daß alle aus hanseatischen Häfen eingeführten Erzeugnisse deutscher Bundesstaaten als Erzeugnisse der Hansestädte angesehen werden sollen. Ein deutscher Verkehr, der nicht von den Häfen der Hansestädte ausginge, wird mit Columbien schwerlich oder doch nur in geringstem Maaße stattfinden.

Es ist also ein Bedürfniß nach einem Vertrage thatsächlich nicht vorhanden, und namentlich liegt kein Grund vor, daß dem deutschen Handel ungünstigere Bestimmungen als die des alten hanseatischen Vertrages, und namentlich solche, die ihn ungünstiger stellen würden als den Handel anderer europäischer Nationen, erstrebt oder durch Concessionen herbeigeführt würden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Neigung, Handelsverträge da abzuschließen, wo ein dringendes Bedürfniß oder die Gewißheit, einen Vortheil zu gewinnen, für den Handel nicht vorliegt, nach den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, in

Schranken gehalten wird. Wir hoffen, daß die hanseatischen Interessenten ihre Regierungen bewegen werden, bezüglich des columbischen Vertrages im Bundesrathe in diesem Sinne einzuwirken. Sie sind vollkommen berechtigt und nach den Interessen ihrer Staatsangehörigen ebenso berufen dazu.

* * *

Das Dankschreiben des Fürsten Bismarck auf das ihm von der Bonner Studentenschaft bei dem nicht officiellen Theile des Kaiser-Commerses übersandte Huldigungstelegramm hat folgenden Wortlaut:

„An die Burschenschaft Alemannia, Bonn. Ihre telegraphische Begrüßung vom Kaiser-Commers hat mich erfreut und geehrt; ich sage Ihnen und den Herren Commilitonen für Ihr freundliches Gedenken meinen verbindlichsten Dank.

Friedrichsruh, 27. Januar 1893. v. Bismarck."

Mit ungeheurem Jubel wurde dieses Schreiben entgegengenommen, und ebensogroß war der Beifallssturm, mit welchem dem Vorschlage der Vertreter der genannten Burschenschaft, zum bevorstehenden Geburtstage des Fürsten eine Abordnung mit einer Glückwunsch-Adresse nach Friedrichsruh zu entsenden, zugestimmt wurde.

* * *

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und die Socialdemokratie" bringen die „Hamb. Nachr." folgende Betrachtung über 1878 und 1893:

Wir halten es für lehrreich, daran zu erinnern, daß Fürst Bismarck im September 1878 sich über die Socialdemokratie in ähnlicher Weise ausgesprochen hat, wie es neulich im Reichstage von den Rednern der verschiedenen Parteien und auch von solchen geschehen ist, die sich zu jener Zeit bemüht hatten, die Socialdemokratie vor den antisocialistischen Tendenzen des damaligen Reichskanzlers zu schützen. In seiner Parlamentsrede am 17. September 1878 führte Fürst Bismarck damals aus:

„Es ist das Besprechen (des socialistischen Zukunftsstaates) außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel herumtappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in den socialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld; woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird, denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden, und der Faule und Ungeschickte wird wieder arm werden; und wenn das nicht ist, geräth man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbstständigen Beruf und seine Unabhängigkeit

hat, sondern wo jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Und jetzt im Zuchthause, da ist wenigstens ein Aufseher zur Controle, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann; aber wer werden denn die Aufseher sein in dem allgemeinen socialistischen Zuchthause? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen; gegen die wird kein Appell sein das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die anderen die Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden; ich glaube, Niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des Bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Socialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch was mir Lassalle darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen."

An einer andern Stelle heißt es:

„Ich weiß nicht, wer von Ihnen so viel Zeit gehabt hat, um den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, er in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unserer sonst so wohl gesinnten arbeitenden Classen verfallen ist. Sie haben das Angesicht von Mokam nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken."

Fürst Bismarck widerlegte dann den Vorwurf, daß er selbst die Socialdemokratie großgezogen habe und fuhr fort:

„Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um sociale Verhältnisse aufgegeben habe, und wann überhaupt meine Stellung zu der socialen Frage eine andere geworden ist — socialdemokratische mochte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im versammelten Reichstag — ich weiß nicht war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht — aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Commune als Vorbild

politischer Einrichtungen hinstellte, und sich selbst offen zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblicke an habe ich in den socialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe, bei den verschiedenen Arten der Gesetzgebung, die wir hatten, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstages; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viele Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat von dem Augenblick an Versuchen, dem Socialismus entgegenzutreten, nicht gefehlt." —

Wie schon oben hervorgehoben wurde, hat Fürst Bismarck bei seinem damaligen Vorgehen gegen die Socialdemokraten nicht die Unterstützung von Richter und Bachem, von Fortschritt und Centrum gefunden; im Gegentheil, ein erheblicher Theil der Ausführungen des früheren Kanzlers mußte sich gegen die jetzigen parlamentarischen „Vernichter" der Socialdemokratie richten, die sich damals schützend vor dieselbe stellten. Wir machen ihnen jedoch aus diesem Wechsel der Ansicht keinen Vorwurf, sondern begrüßen es als einen erfreulichen Fortschritt, wenn die nämlichen Parteiredner, die im Jahre 1878 den Vorstoß des Fürsten Bismarck gegen die Socialdemokratie abzupariren suchten, sich heute mit voller Energie gegen die Umsturzpartei wenden; es verbessert die politische Situation ohne Zweifel, wenn Centrum und Fortschritt zu der Erkenntniß gekommen sind, daß auch ihrerseits gegen die steigende Fluth der Socialdemokratie angekämpft werden muß.

Wenn aber Parteien und Redner, die vor fünfzehn Jahren die Socialdemokraten gegen die damalige Regierung in Schutz nehmen zu müssen geglaubt haben, jetzt eine Sprache führen, wie Fürst Bismarck im Jahre 1878, so erblicken wir darin einen neuen Beweis für die Richtigkeit der Anschauungen, von denen sich der frühere Reichskanzler bei Behandlung der Socialdemokratie hat leiten lassen. Wir wollen nur hoffen, daß die Ansichten, welche der Fortschritt heute der Socialdemokratie gegenüber vertritt, auch für die künftige Haltung der Partei maßgebend bleiben, und daß sich die theoretische Feindschaft gegen die Socialdemokratie nicht bei Stichwahlen u. s. w. in praktische Freundschaft verwandelt.

* * *

Verschiedene Notizen entnehmen wir den „Hamb. Nachr." vom 20. Februar (A.-A.). Zunächst über den maßgebenden Unterhändler bei Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich, Geheimrath Huber:

Es ist an sich erfreulich, wenn der Reichskanzler seine Beamten im Parlament nicht fallen läßt, aber was der Reichskanzler in dieser Rich-

tung über den Geheimrath Huber erwähnt, trifft doch nicht in dem Maaße zu, wie es von den Zuhörern verstanden werden mußte. Der genannte Beamte war als vortragender Rath definitiv angestellt, konnte also gegen seinen Willen nicht entlassen oder anderweitig verwendet werden. Er war im Reichsamte thätig, so lange die vom Minister Delbrück ausgehende freihändlerische Richtung maßgebend war; aber da er notorisch freihändlerisch dachte und fühlte, so mußte seine Verwendung eingeschränkt bleiben von dem Augenblicke an, wo die Auffassung herrschend wurde, welche gekennzeichnet ist durch den vor nicht langer Zeit veröffentlichten Erlaß des Fürsten Bismarck, nach welchem keine Hülfsarbeiter berufen werden sollten, welche freihändlerischen Tendenzen huldigten. Da dies beim Geheimrath Huber zweifellos der Fall war, so wurde seine Thätigkeit als vortragender Rath auf ein Maaß beschränkt, welches die Wirkung nach außen hin ausschloß; er fand auch fernerhin Beschäftigung, aber einen Einfluß auf Instructionen nach außen hat er nicht mehr üben können bis zum Beginn des neuen Courses, von welchem er sofort in erster Linie mit als Unterhändler verwendet wurde. Sein Einfluß auf seine Instructionen mußte natürlich mit dem Wechsel in der vorgesetzten und instruirenden Stelle ein mächtiger werden, denn seine neuen Vorgesetzten waren nach ihrem ganzen Vorleben mit den wirthschaftlichen Beziehungen persönlich nicht vertraut und in diesen wie in den politischen von dem Einflusse ihrer vortragenden Räthe abhängiger als es früher der Fall gewesen war.

Die Wahl des Geheimraths Huber zum Unterhändler in Wien bezeichnete daher eine sehr scharfe Wendung in den Tendenzen der Reichs-Handelspolitik, ungefähr ebenso, als wenn, wie neulich im Reichstage zutreffend bemerkt wurde, heutzutage an Stelle des Herrn Huber Herr von Schalscha oder Graf Mirbach zu Unterhändlern von Handelsverträgen berufen würden. Es ist ein Irrthum, wenn der Reichskanzler behauptet, der Geheimrath Huber sei vom früheren Reichskanzler immer verwandt worden, Handelsverträge abzuschließen; unter dem alten Course erfolgten dergleichen Abschlüsse durch den Minister selbst.

* * *

Eine zweite Notiz beschäftigt sich mit dem schon früher berührten staatsanwaltlichen Auftreten des Herrn von Marschall:

Die letzten Reichstagsreden des Herrn von Marschall lassen es sehr wünschenswerth erscheinen, daß der Herr Staatssecretair des Auswärtigen sich in parlamentarischer Discussion seinen parlamentarischen Gegnern gegenüber von staatsanwaltlichen Reminiscenzen mehr als bisher frei hält und sich in seine ministerielle Stellung auch in der öffentlichen

Redeform mehr einlebt. Ein parlamentarischer Gegner sitzt nicht auf der Anklagebank, wo er jede Form staatsanwaltlicher Meinungsäußerung ruhig hinnehmen muß, und wo der Staatsanwalt in seiner sachlichen und persönlichen Belastung des Angeklagten keiner Beschränkung unterworfen ist.

Wir glauben, daß Herr von Marschall sich die Vertretung seiner amtlichen Leistungen wesentlich erleichtern würde durch größere Verbindlichkeit in den Formen und durch Vermeidung von Redewendungen, welche mehr auf die Kränkung als auf die Ueberzeugung des politischen Gegners gerichtet sind. Wir wollen die einzelnen Redewendungen, welche uns zu dieser Kritik veranlassen, hier nicht wiederholen, weil sie Kränkungen der Redner involviren, gegen welche sie gerichtet waren.

* * *

Eine letzte Bemerkung gilt der „Köln. Ztg.":

Die „Köln. Ztg." meint bei Besprechung der landwirthschaftlichen Kundgebungen, die am vorigen Sonnabend in Berlin stattgefunden haben,[1]) die Landwirthe würden sich wohl kaum der Hoffnung hingeben, daß der Nothstand, über den sie klagen, durch Vermeidung des Handelsvertrages mit Rußland gehoben werden könnte. So sanguinisch, dies zu glauben, sind die Landwirthe wohl nicht; es gehört dazu noch manches Andere. Sie haben aber die Ueberzeugung, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland die Nothlage der Landwirthschaft erheblich verschärfen würde.

* * *

Am 21. Februar (M.-A.) halten die „Hamb. Nachr." betreffs des Handelsvertrages mit Columbien der „Nat.-Ztg." Folgendes entgegen:

Die „Nat.-Ztg." bemerkt zu unserer neulichen Notiz über den Handelsvertrag mit Columbien, wenn auch der Waarenverkehr mit diesem Staate durch den alten hanseatischen Vertrag ausreichend geschützt sei, so gelte das doch nicht von den sich dort aufhaltenden Deutschen, die keine Hanseaten seien. Wir fragen dem gegenüber: Deckt der neue Vertrag die deutschen Niederlassungen vollständig? Sicherlich nicht in dem Maaße, wie dies bei columbischen Verträgen mit anderen großen Nationen für die Niederlassungen der letzteren der Fall ist. Es ist aber kein Grund vorhanden, weshalb wir gegen diese anderen Staaten in unseren Forderungen zurückstehen sollen.

Wir sehen den Grund, wenn wir beim columbischen Handelsvertrage

[1]) Die von mehr als 7000 Landwirthen besuchte Tivoli-Versammlung in Berlin am 18. Februar 1893.

zu kurz kommen, auf deutscher Seite in der Ungeduld, in der Unfähigkeit, zu warten und eine politische Action sachverständig vorzubereiten, wie z. B. die Schweiz dies gethan hat. Gerade vom Schweizer Vertrage haben die deutschen Unterhändler selbst behauptet, sie würden weit größere Zugeständnisse erlangt haben, wenn man ihnen Zeit gelassen hätte; aber statt dessen sei der Befehl, abzuschließen, von Berlin eingetroffen. Die Unfähigkeit zu warten ist einer der größten Fehler, mit denen ein Politiker behaftet sein kann, namentlich, wenn er mit den Factoren und Gewohnheiten der auswärtigen Politik nicht vollständig vertraut ist.

* * *

Ueber die hülflosen Auslassungen des Reichskanzlers gegenüber der Landwirthschaft am 17. Februar bemerken die „Hamb. Nachr." am 22. Februar (M.-A.) Folgendes:

Graf Caprivi und die Landwirthschaft. Der Reichskanzler hat in seiner Rede vom vorigen Freitage sich in der Richtung geäußert, daß er nicht wisse, wie er der Landwirthschaft helfen solle, und daß die bisher erhobenen Postulate ihm dazu keine Anleitung böten. Er hat der Landwirthschaft zugerufen: „Formuliren Sie Ihre Wünsche, dann wird es unsere Pflicht sein, uns damit zu beschäftigen." Wir fragen, ist es nicht von Hause aus die Pflicht eines deutschen Staatsmannes, sich aus eigener Initiative mit den Bedürfnissen desjenigen Gewerbes zu beschäftigen, von dessen Gedeihen im ganzen Deutschen Reiche vielfach mehr Existenzen abhängen als von dem irgend eines anderen? Es liegt in diesen Worten der Beweis, daß der jetzige Reichskanzler der Landwirthschaft „kühl bis ans Herz hinan" gegenübersteht.

Denselben Eindruck hat man von der Genugthuung, mit der Graf Caprivi bekennt, daß er „keinen Ar und keinen Strohhalm besitzt". Seine ministerielle Thätigkeit brauchte nicht darunter zu leiden, wenn das Gegentheil der Fall wäre, aber es würde lehrreich für ihn sein, wenn er in seinem Leben einen Blick in die Landwirthschaft und deren Verhältnisse gethan hätte. Wir sehen keinen Ruhm, sondern eine Gefahr darin, daß er „keinen Ar und keinen Strohhalm" besitzt. Wenn er je in seinem Leben Landwirth gewesen wäre, so würde er auch nicht auf den Gedanken gekommen sein, daß die Vertretung der Landwirthschaft Geister wach rufen könne, die sich gegen den Besitz und gegen die staatliche Ordnung richten. Wir glauben, daß im neuen Cours seit 1890 solche Geister wach gerufen sind; aber nicht auf dem Gebiete der Landwirthschaft liegen die „Schleusen", welche aufgezogen worden sind, und von denen Niemand „ahnt, wohin sie führen".

Wir bedauern, daß der Reichskanzler unsere Zukunft auch im Innern

nicht vertrauensvoller ins Auge faßt als in unseren auswärtigen Beziehungen. Die Schwarzmalerei, mit welcher er die Consequenzen der landwirthschaftlichen Abwehr noch weiterer Schädigungen im Reichstage schildert, ist kaum geringer, als die auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu Gunsten der Militairvorlage ins Werk gesetzte. Wir müssen auch hier die Bemerkung wiederholen, daß kein Redner den Bacillus der Beunruhigung mit mehr Liebe und mit fruchtbarerer Phantasie im Lande verbreitet hat als der Reichskanzler in seinen Reden. Es ist natürlich, daß diese Beunruhigung, welche als Druck auf die Reichstagsabgeordneten neben der Drohung mit der Auflösung angewandt wird, das Vertrauen im Lande auf die Zukunft nicht fördern kann und eine gewisse Lähmung auf unsere wirthschaftliche Entwickelung ausüben muß.

Dem Wunsche des Kanzlers, daß die Landwirthschaft selbst die Initiative zur gesetzlichen Besserung der Lage ergreifen solle, steht die Thatsache gegenüber, daß die Gesetzgebung doch nicht der Anregung bedurft hat, als es sich um Maßregeln handelte, durch welche die Landwirthschaft geschädigt worden ist, und wenn dieselbe in der Bevölkerung das am meisten vertretene Gewerbe ist, so wäre deren Pflege doch berechtigt, die Initiative der Regierung für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn irgendwelche legislative Anregung, auch nur die geringste, in dieser Richtung erfolgte, so würde schon das auf die Beruhigung und auf das Vertrauen der Landwirthschaft zur Regierung nicht ohne Wirkung bleiben.

* * *

Die Aeußerung der „Hamb. Nachr." vom 20. Febr. (A.-A., s. oben S. 327 f.) hat den Unwillen der „Köln. Ztg." in solchem Maaße erregt, daß sie sogar von „Huber-Hetze" redet. Darauf antworten die „Hamb. Nachr." am 22. Februar (A.-A.):

Die „Köln. Ztg." spricht von einer Huber-Hetze. Dergleichen Schlagworte stellen sich ein, wenn sachliche Argumente fehlen. Der Geheime Rath Huber ist an und für sich nicht von einem politischen Gewichte, um Gegenstand einer Parteihetze zu sein; die Angriffe, in denen er genannt wird, treffen nicht seine Person und seine freihändlerische Ueberzeugung, sondern die Verwendung eines Freihändlers zur Vertretung des Deutschen Reiches in seinen Handelsvertrags-Verhandlungen. Herr Huber war im alten Cours in Unthätigkeit versetzt lediglich wegen seiner unheilbaren Anhänglichkeit an die Theorien des Freihandels, und wenn er nach dem Wechsel des Courses aus einer mehr rückwärtigen Betheiligung an den Geschäften plötzlich in den Vordergrund berufen wurde, so liegt darin ein Bekenntniß des neuen Courses zum Freihandel,

ähnlich wie die Ernennung des Herrn von Schalscha oder eines anderen ausgesprochenen Schutzzöllners den Beweis liefern würde, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit dem Auslande den Schutz einheimischer Production und Arbeit vertreten wissen wolle.

Die freihändlerische Ueberzeugung des Grafen Caprivi hat sich gleichzeitig in dem Wechsel in der Direction der Reichskanzlei kundgegeben, worin für Herrn von Rottenburg Herr Goering, soviel wir wissen ein Gesinnungsgenosse des Herrn Huber, eingeschoben wurde. Wir wollen durch diese Besprechung nur feststellen, daß der jetzige Reichskanzler nicht bloß weil er Consument ist, sondern aus politischer Ueberzeugung Freihändler ist, sonst würde er Herrn Huber so maßgebende Verhandlungen, wie die in Wien, nicht übertragen haben. Wir halten es für wünschenswerth, daß die öffentliche Meinung hierüber nicht im Zweifel bleibt.

Und wenn die „Köln. Ztg." in declamatorischer Form mit dem Worte Huber-Hetze für die Leistungen dieses Herrn eintritt, so glauben wir, auch von ihr feststellen zu können, daß sie neuerdings mehr zur Vertretung des Freihandels neigt, nachdem wir früher in ihr eins der Organe zu erblicken glaubten, denen der Schutz vaterländischer Production und Arbeit besonders am Herzen lag. Wir können ihr daraus keinen Vorwurf machen, tempora mutantur, et nos mutamur in illis; und ein freihändlerischer Kanzler hat den Anspruch, auch in der Presse nicht ohne Einfluß und Berücksichtigung zu bleiben.

* * *

Im preußischen Abgeordnetenhause fand am 15. und 16. Februar eine Debatte über die Handelsverträge im Allgemeinen, über den Handelsvertrag mit Rußland im Besonderen statt, ohne daß der Reichskanzler sich daran betheiligte. Sein Schweigen mußte der officiöse „Hamb. Corresp." vertheidigen. Gegen die Art der Vertheidigung polemisiren die „Hamb. Nachr." am 22. Februar (A.-A.):

> Der „Hamb. Corresp." sagt in einem officiösen Artikel, es sei natürlich gewesen, daß Graf Caprivi sich an der preußischen Landtagsverhandlung über die Handelsverträge nicht betheiligt habe. Der Geschäftskreis des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten beschränkt sich nach diesem Officiosus auf die Stellung des Vorgesetzten der preußischen Gesandtschaften bei den Bundesstaaten und beim Vatican; er habe also mit den Handelsverträgen nichts zu schaffen. Der Officiosus vergißt ganz, daß zu dem Ressort des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten die Gesammtheit der deutschen, also der Reichsangelegenheiten gehört, die Abstimmung Preußens in diesen

Angelegenheiten, und daß der auswärtige preußische Minister dem preußischen Landtage für diese Abstimmung im Bundesrathe die verantwortliche Rechenschaft schuldet. Es sind die Interessen von dreißig Millionen Preußen, die der preußische auswärtige Minister bei den Bundesgenossen und im Bundesrathe verantwortlich zu vertreten hat. Als Reichskanzler hat er allerdings keinen Beruf sich im preußischen Landtage zu äußern; aber die Gegenwart des preußischen Ministers für die auswärtigen, also deutschen Angelegenheiten zu fordern, ist der preußische Landtag verfassungsmäßig berechtigt, und wir wissen nicht, ob die officiöse Insinuation des „Hamb. Corresp." auf Unkenntniß der verfassungsmäßigen Zustände beruht, oder auf Fälschung derselben berechnet ist. Es ergiebt sich ein unnatürliches und selbst formell nicht logisches Verhältniß, wenn aus der Trennung des Reichskanzleramtes und des preußischen Ministerpräsidiums der Schluß gezogen wird, daß der preußische auswärtige Minister, weil er zugleich Reichskanzler ist, sich um die Stimmung des preußischen Landtages und der dreißig Millionen preußischer Landsleute nicht zu kümmern brauche.

Wenn der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in dem preußischen Landtage zu erscheinen durch seine Reichskanzlerstellung verhindert wird, so läge es im Rechte des Landtages, einen auswärtigen preußischen Minister zu verlangen, der nicht zugleich Reichskanzler wäre, der nicht durch diese Stellung abgehalten wird, die preußischen Interessen im Reiche zu wahren und vor dem preußischen Landtage zu vertreten. Ein solcher auswärtiger Minister Preußens, der nicht in Personalunion das Reichskanzleramt verwaltet, wäre dann der ressortmäßige und maßgebende Instructor der preußischen Stimme im Bundesrathe, und auch der Reichskanzler, wenn er mit der Führung dieser Stimme betraut ist, würde dadurch sein Untergebener. Wir glauben nicht, daß es sich Preußen auf die Dauer gefallen lassen kann, seinen berechtigten Einfluß auf die preußische Stimme im Bundesrathe durch die nebelhafte Fiction einer selbstständigen und von Preußen unabhängigen „Reichspolitik" verkümmern zu lassen.

* * *

Am 23. Februar (M.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.":

Handelsverträge sonst und jetzt. Die „Nordd. Allg. Ztg." citirt in ihrer Nummer vom 18. Februar ein Actenstück aus dem Jahr 1887, worin in Bezug auf die damalige Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages vom Jahre 1881 u. A. gesagt wird: „Um der drohenden Eventualität eines wenn auch nur vorübergehenden vertragslosen Zustandes vorzubeugen, welcher weder den Interessen unseres Handels und

unserer Industrie, noch den freundnachbarlichen Beziehungen beider Reiche entsprechen würde, erschien es angemessen, eine provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrags ins Auge zu fassen."

Wenn das officiöse Blatt diesen Vorgang in gesperrter Schrift als nachahmenswerth und musterhaft hinstellt, so macht es sich dabei wohl nicht klar, daß sehr viel Streit, Bitterkeit und Schädigung vermieden worden wäre, wenn den neuesten Handelsverträgen durch dasselbe praktische Auskunftsmittel vorgebeugt worden wäre, wobei die politischen Beziehungen der beiden Länder mit denselben höflichen und dilatorischen Wendungen hätten geschont werden können wie im Jahre 1887. Oesterreich hat schon damals und viel länger vorher in Zollverhandlungen analoge Ziele verfolgt wie die heute von ihm erreichten. Die Haltung der früheren Regierung dem gegenüber liefert der Richtung des neuen Courses keinen Präcedenzfall, und die Berufung auf sie findet ihre Stütze lediglich in der Aeußerlichkeit der höflichen diplomatischen Form, in welcher der alte Cours ähnliche Ansprüche Oesterreichs abzulehnen pflegte.

Wir fürchten, daß Ungeschicklichkeit und der Mangel an der Fähigkeit, zu warten, uns bei den Verhandlungen mit Rußland ähnliche Schäden wie bei den früheren Verhandlungen verursachen werden. Deutsche officiöse Blätter beginnen sich bereits darüber zu beklagen, daß das „Entgegenkommen" von deutscher Seite in Rußland nicht genügende Würdigung finde. Danach muß man bisher nicht nur bei uns, sondern auch in Rußland annehmen, daß das Bedürfniß Deutschlands, einen Handelsvertrag mit Rußland zu Stande zu bringen, ein sehr viel größeres sei, als das gegenüberstehende Bedürfniß Rußlands nach einem solchen Vertrage. Wir glauben, daß solche officiöse Artikel und vielleicht auch directe gouvernementale Aeußerungen geeignet sind, diese Meinung in Rußland zu befestigen, und damit würden wir in denselben Fehler der ungeduldigen Hast, der Jagd nach dem „Zustandekommen" verfallen, der uns in den früheren Handelsverträgen so schädlich geworden ist. Wir haben schon vor einigen Tagen die Unfähigkeit zu „warten" getadelt, und wenn man im Handel bei dem Mitcontrahenten die Ueberzeugung aufkommen läßt, daß das Bedürfniß, abzuschließen, aus gleichviel welchen Gründen bei uns sehr viel stärker sei als bei ihnen, so ist man von Hause aus in einer Lage, deren Nachtheile sich in den Unterhandlungen nicht mehr gutmachen lassen.

Es ist mehrfach in den Zeitungen die Rede davon, daß deutsche Unterhändler nach St. Petersburg gehen sollten, um die Unterhandlungen dort zu führen. Warum können wir denn nicht abwarten, daß russische Unterhändler nach Berlin kommen? Die ganze Opposition der Land-

wirthschaft in den letzten parlamentarischen Verhandlungen basirt auf der Furcht vor einem der Landwirthschaft schädlichen neuen mit Rußland abzuschließenden Vertrage. In dieser Discussion wäre eine gute Gelegenheit gewesen, durch Ablehnung des Strebens nach einem solchen Vertrage nicht nur die landwirthschaftliche Opposition zu beruhigen, sondern auch für den Fall, daß man später mit Rußland unterhandeln will, sich eine günstigere Stellung zu schaffen und den Eindruck unserer Bedürfnißlosigkeit nach russischen Concessionen in Rußland nach Möglichkeit zu festigen und zu fördern.

Wir vermissen jeden beruhigenden Widerspruch vom Regierungstische aus gegen die agrarischen Befürchtungen, und es kann nicht ausbleiben, daß in dem Schweigen über diesen Punkt die öffentliche Meinung schon eine Bestätigung der Befürchtung findet, daß ein Vertragsschluß mit Rußland auf Kosten der deutschen Landwirthschaft den Intentionen der Regierung nicht fern liege. Ganz abgesehen von den praktischen Gefahren für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, finden wir auch hier in der Haltung der Regierung denselben Mangel an geschäftlicher Routine, dem wir unsere Niederlage bei den bereits geschlossenen Handelsverträgen verdanken, wir können scheinbar nicht warten, und deshalb werden wir wieder die plectirten Achiver sein.

* * *

Ueber eine Aeußerung des Grafen Kanitz heißt es an derselben Stelle:

Es hat uns überrascht, in der Reichstagsrede des Abgeordneten Grafen Kanitz vom 14. Februar die Bemerkung zu finden, er habe sich in den Jahren 1886/87 viele Mühe gegeben, den Fürsten Bismarck für einen Schutz der Landwirthschaft zu gewinnen. Wir hatten bisher geglaubt, bei den Vertretern der Landwirthschaft sei kein Zweifel darüber vorhanden, daß Fürst Bismarck, so lange er im Amte war, die Landwirthschaft nach Kräften vertreten habe, und sind überrascht, daß Graf Kanitz sich Mühe gegeben haben solle, den Fürsten Bismarck für einen Schutz der Landwirthschaft zu gewinnen. Wir können uns kein deutliches Bild von den Bemühungen machen, die er in dieser Beziehung in den Jahren 1887/88 aufgewandt hätte, wenn er dabei nicht etwa bimetallistische Forderungen im Auge gehabt hat, denen Fürst Bismarck als Reichskanzler ein Non liquet gegenüber gestellt hat, so lange ein Einvernehmen mit England über die zu treffenden Einrichtungen unerreichbar bleibe.

* * *

In der A.-A. vom 23. Februar kommen die „Hamb. Nachr." noch einmal auf die Rede des Reichskanzlers über die Landwirthschaft zu sprechen:

Zur Rede des Grafen Caprivi. Unserer Ansicht nach hätte sich Graf Caprivi den landwirthschaftlichen Interessen gegenüber sehr einfach damit aus der Affaire ziehen können, daß er erklärte, die Regierung sei weit entfernt, einen Handelsvertrag mit Rußland zu schließen. Würde man eingewandt haben, es seien doch Sachverständige gehört worden u. s. w., so hätte er mit gutem Gewissen erwidern können, man habe sich eben nach den Aussagen dieser Herren überzeugt, daß an einen Abschluß nicht zu denken sei. Damit würde man den Vertretern der Landwirthschaft Beruhigung verschafft, ihren, wie Graf Caprivi meint, gegen den Bestand der jetzigen Regierung gerichteten Sturm gedämpft und andererseits Rußland gegenüber die Haltung der eventuellen späteren deutschen Unterhändler wesentlich gefestigt haben. Der Druck, mit welchem die agrarische Bewegung jetzt die Regierung nach dem Zeugniß der Vertreter der letzteren beengt, hätte durch eine solche Behandlung der Sache im Gegentheil den Zwecken der Regierung dienstbar gemacht und gegen die Russen verwendet werden können. Es gab nichts, was der deutschen Regierung Rußland gegenüber mehr hätte zu Statten kommen können, als diese landwirthschaftlichen Interpellationen; sie haben nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Rußland den Beweis geliefert, wie stark sich die deutsche Landwirthschaft durch den russischen Vertrag bedroht fühlt, und wie sehr die deutsche Regierung berechtigt wäre, bei ihren Verhandlungen mit Rußland dies in den Vordergrund zu stellen, wenn sie es wollte. Die parlamentarischen Debatten waren derart geeignet, die Position Deutschlands bei den russischen Handelsvertrags-Verhandlungen zu stärken, daß Graf Caprivi, wenn er sein Geschäft verstand, sich dieselben hätte bestellen müssen, wenn sie nicht von selbst gekommen wären, ebenso die späteren landwirthschaftlichen Versammlungen im Berliner Tivoli.

Von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen die Reden, die Graf Caprivi zu den landwirthschaftlichen Fragen gehalten hat, fehlerhaft. Von ihren Wirkungen ist die eine, nach der deutschen agrarischen Seite hin, mit den Berliner Versammlungen vom 18. Februar klar zu Tage getreten. Anstatt zu beschwichtigen, wie doch ihre ausgesprochene Absicht war, haben die Worte des Reichskanzlers wesentlich dazu beigetragen, die Sprache der Landwirthe entschiedener zu machen, was auch keine Verwunderung erregen kann, da die Landwirthe gerade aus den Auseinandersetzungen Caprivi's aufs Neue entnehmen mußten, daß von der Reichsregierung Verständniß, geschweige denn Unterstützung ihrer Sache nicht zu erwarten sei, und daß die Landwirthe Aussicht auf Erfolg nur haben, wenn sie sich auf Niemand anders als auf sich selbst verlassen.

Die Wirkung der Caprivi'schen Rede nach der anderen, der russischen Seite hin bedarf keiner ausdrücklichen Testirung. Es ist klar, daß

solche Worte, ein derartiger Versuch der Einschüchterung der deutschen Landwirthschaft jenseits der Grenze als Anlockung empfunden werden muß, die Forderungen zu erhöhen. Vielleicht werden die auf deutscher Seite unterhandelnden Herren den Effect der Erklärungen des Reichskanzlers an der Hinaufschraubung der russischen Ansprüche und an der Vergröberung des Tones der russischen Noten binnen Kurzem wahrzunehmen Gelegenheit haben, und ihrerseits in ähnlichem Grade wie die Landwirthe dem leitenden deutschen Staatsmanne für die sachkundige Unterstützung dankbar sein, welche er ihnen geleistet hat.

* * *

Die Versammlung der Landwirthe vom 18. Februar hat auf die gesammte Presse einen ungeheuren Eindruck gemacht. Das hatten aber die der Regierung nahe stehenden Organe doch nicht erwartet, daß so laut, wie es geschehen, das Verlangen nach der Rückkehr zum alten Course sich geltend machen würde. Die „Köln. Ztg." erblickt darin von Friedrichsruh ausgehende und auf den Sturz des Grafen Caprivi gerichtete Strömungen. Dieser Auffassung tritt ein von gut informirter Seite ausgehender Artikel der Münchener „Allg. Ztg." vom 22. Februar (M.-A.) entgegen, dem wir mit den „Hamb. Nachr." folgende Sätze entnehmen:

Graf Caprivi sieht die landwirthschaftliche Bewegung als eine zu seinem Sturze eingefädelte an, erklärt aber zugleich, daß er auf dem Posten bleiben werde, weil jeder Personenwechsel mit einer Erschütterung verbunden sei. Zu diesen Worten drängt sich wohl Jedermann die Bemerkung auf, daß, wenn das Deutsche Reich den „Personenwechsel" von 1890 ohne Erschütterung überstanden hat, überhaupt ein Personenwechsel, der noch eine Erschütterung hervorbringen könnte, nicht denkbar ist.

Wir halten die Behauptung, daß es sich in diesen landwirthschaftlichen Debatten „um eine auf seinen Sturz zielende Bewegung" handle, für eine gehässige Verleumdung. Wenn die „Köln. Ztg." vom Grafen Caprivi schreibt: „Seine Abwehrrede geht offenbar von dem Gedanken aus, daß er einer Art Verschwörung zu seinem Sturze gegenüberstehe, deren Fäden im Sachsenwalde zusammenliefen. Daß die Stöckerianer ebenso wie die der Retorte noch nicht entstiegene Nationalpartei an der Stelle des Grafen Caprivi lieber den Grafen Waldersee sehen möchten, unterliegt wohl keinem Zweifel . . . ." — so sind das so viel Buchstaben, so viel Unwahrheiten . . .

Dem Fürsten Bismarck ist es persönlich vollkommen gleichgültig, wer Reichskanzler ist; er kritisirt und bekämpft nicht die Person, sondern die Politik. Graf Caprivi würde sich das größte Verdienst um das Deutsche Reich und das Haus Hohenzollern erworben haben, wenn er vor Uebernahme seines Amtes, welches er nicht gesucht hat, die Beziehungen zu

seinem großen Vorgänger in einer seiner selbst, des Fürsten Bismarck und der Krone würdigen Weise geregelt hätte. Ist doch der Abschied dem Fürsten Bismarck in der Cabinetsordre vom 20. März „in der Zuversicht" ertheilt worden, „daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden". Pflicht des Grafen Caprivi wäre es gewesen, für diesen der Zuversicht des Kaisers, wie den Wünschen der Nation entsprechenden Gedanken die entsprechende Form zu finden, ihre Annahme mußte für ihn Bedingung seines Amtsantritts sein.

Alle die schwere Verbitterung und Verstimmung nicht nur, welche durch Deutschland hindurchgeht und deren Tiefe Graf Caprivi sich nie recht klar gemacht zu haben scheint, wäre vermieden worden, sondern auch eine Reihe von Mißerfolgen aller Art wäre unterblieben, wenn Graf Caprivi, statt bereits im Mai 1890 die deutschen und preußischen Gesandten officiell davon zu unterrichten, daß den Worten des Fürsten Bismarck keine Bedeutung beizulegen sei, lieber danach getrachtet hätte, sich und der Krone, der Gesammtheit des Deutschen Reiches in seinen verbündeten Fürsten und Stämmen das unschätzbare Capital von Weisheit, Kenntnissen und Erfahrungen — man darf es das Betriebscapital des Deutschen Reiches nennen — zu sichern, welches mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck brach gelegt und zur Unthätigkeit verdammt worden war. Dieser Fehler des Grafen Caprivi — und der zweite Kanzler war in der Lage, seinen Willen durchzusetzen — ist der größte und schwerste, der ihm von Tausenden von Patrioten, die Blut und Gut für Deutschland eingesetzt haben, zum Vorwurf gemacht wird, der Hauptfehler, aus dem die anderen naturgemäß entspringen mußten.

Die Stellung, in welche Graf Caprivi gesetzt wurde, war zu hoch und zu kostbar, als daß er das für Neulinge unvermeidliche Lehrgeld zu zahlen übernehmen durfte. Dieses Lehrgeld hat nicht er, das hat Deutschland mit auf Generationen hinausreichenden Interessen, hat das Haus Hohenzollern gezahlt, weil die ausreichende Versicherung, die es dagegen gab, nicht benutzt wurde. Ehedem dachte jeder patriotische Deutsche mit Sorge daran, wie es einmal nach dem Ableben des Fürsten Bismarck um die Geschicke des Vaterlandes bestellt sein würde! Und jetzt wird nicht nur der Lebende zum alten Eisen geworfen, sondern seine Worte werden als jeder Bedeutung entbehrend, der Gedanke wird amtlich für „ausgeschlossen" erklärt, „daß Fürst Bismarck wieder jemals Einfluß auf die Geschäfte erhalten könnte."

Als Graf Caprivi jenen Satz schrieb oder unterschrieb — ist ihm da nicht die Erwägung gekommen, daß der Einfluß des „lebendig begrabenen" Kanzlers auf die Nation doch wohl ein noch größerer sei, als der des im Amte befindlichen? daß der Zauber eines Namens, der seit einem Menschenalter mit aller Größe Preußens und Deutschlands, mit allem Aufsteigen des Hauses Hohenzollern so unauflöslich verflochten war — nicht durch

einen Ministerialerlaß zu den Acten geschrieben werden könne? Das Mißverhältniß, in welches Graf Caprivi sich so bald nach seinem Amtsantritt zu seinem großen Vorgänger gesetzt hat, anstatt die entstandene Kluft, wie es sein Recht und seine Pflicht war, zu überbrücken, bildet gleichsam den ersten Sündenfall, der sich als Erbsünde durch das ganze Regime des zweiten Kanzlers hindurchzieht und ihn jetzt in die Lage versetzt, in öffentlichem Reichstage von einer auf seinen Sturz gerichteten Bewegung zu reden . . . ."

# Register.


Abdankung 195.
Abeken, Legationsrath 205, 228, 235, 246, 294.
Abgeordnetenhaus 346.
Abranyi 256, 278, 296.
Abschlachtung 155.
Absolutismus der Beamten 104, 355.
Absolutistische Velleitäten 114.
Absperrungsmaßregeln 163.
A corsaire corsaire et demi 19.
Actentiger 180.
Aegäisches Meer 63.
Ad hominem 14.
Adelstyrannei in Polen 184.
Adriatisches Meer 63.
Afrika 207.
Agenzia Italiana 179.
Aegidi, Professor in Berlin 315.
Ahriman 270.
Ahlwardt 261, 280, 296 f.
Ahlwardtswalde (Arnswalde) 297.
Albert, König von Sachsen 11, 75, 266.
Alemannia, Burschenschaft in Bonn 370.
Alexander II. von Rußland 186, 200, 202, 222, 233, 303.
Alexander III. von Rußland 8, 27, 60, 124, 303, 359.
Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen 330.
Alfonso XII. von Spanien 287.
Allgemeine Wehrpflicht 306 ff.
Allgemeine Zeitung 11, 42, 72, 204, 228, 297, 299, 303, 305, 382.
Allgemeiner Deutscher Verband 232.
Alter Cours 20, 38, 44, 47, 52, 59, 71, 325, 361, 379.
Altes Land 262.
Altenberger Haus 91.
Altkirch 358.
Alvensleben, von, General der Infanterie 329.
Alvensleben, von, deutscher Militairbevollmächtigter in Petersburg (1870) 280.
Amboß 85.
Amerika 312.
Amsterdam 92.
Anarchismus 255.
Anarchisten 342.
Andrassy, Graf Julius, 223.
Andrassy, Gräfin 66.
Angermünde 332.
Annäherung des Fürsten 54.
Anonymität 344.
Antibismarck'sche Politik 48.
Antisemitische Bewegung 77 f., 297.
Anton Fürst von Hohenzollern 301.
Anträge von Mitgliedern (Bundesrath) 177.
Apia 206.
Après nous le déluge 276.
Ar und Halm 375 f.
Arbeiterausschüsse 76.
Arbeiterfrage 154.
Arbeiterschutzconferenz im Februar 1890 244.
Arbeiterschutzgesetzgebung 76, 154.
Archiv des Königlichen Hauses 249.
Arendt, Dr., Mitglied des Reichstags (freicons.) 367.
Arkadien 287.
Arnim, Frau von 332.
Arndt, Ernst Moritz 126.
Arnstadt 105.
Arnswalde 261, 297.
Artillerie 197, 220, 242.
Asien 87.
Attila 270.
Aufgeklärter Absolutismus 104.
Auflösung des Reichstags 345 ff., 360 ff.
Augenmaaß 66.
Augsburg 34, 113.
Augsburger Neueste Nachrichten 234.
Augusta, Königin von Preußen 195, 201.
Augustenburger Sache 102.
Ausdehnungssucht 225.
Ausstände 285.
Austreibung russischer Polen 209 f.

Auswärtige Politik 282f.
Auswärtiges Amt 2, 199.
Ausweisung russischer Arbeiter 361.
Autorschaft der socialen Gesetzgebung 307.
Axt, Student in Jena 118.

Bachem, Dr., Mitglied des Reichstages (C.) 364, 372.
Bacillen 184.
Baden 78ff.
Baden-Baden 80, 195, 211.
Badische Landes-Zeitung 72, 146.
Badisches Oberland 82.
Bahnhofspolitik 146.
Balkan 335, 338.
Balkankrieg (1878) 241.
Ballestrem, Graf, Mitglied des Reichstages (C.) 175.
Baltische Deutsche 330.
Baltische Frage 233f.
Barentheer, Dr., Mitglied des Reichsraths 11.
Barnow 174, 191.
Bartholomäusnacht 77, 298.
Basel 348.
Battenberg, Prinz von 61.
Bauernstand (allgemein) 192.
Bauernstand in Polen 184.
Bayern (Stamm) 212.
Bayern 278, 310.
Beamtenabsolutismus 104, 355.
Beamtenhierarchie 316.
Bebel 25, 284, 359, 371.
Bedrohung Rußlands 305.
Bedürfnißfrage der Erlasse 54.
Beethoven 37.
Befreiungskriege 85, 169, 290, 308.
Belfort 326ff., 336f., 347ff., 350, 356.
Belgien 289.
Benedetti, Graf, 229ff., 245, 287f., 294, 300.
Berlepsch, von, preußischer Handelsminister 153, 341, 351.
Berlin 42, 92, 134ff., 155, 181, 187, 338ff.
Berliner 35.
Berliner Börsen-Courier 58, 226, 235.
Berliner Börsen-Zeitung 271, 277.
Berliner Congreß 60ff., 200, 202, 303.
Berliner Fremdenblatt 332ff.
Berliner Politische Nachrichten 228.
Berliner Tageblatt 143, 146, 172, 228, 235, 256, 298, 360, 361.
Berliner Tivoli 381f.
Berliner Vertrag 307.
Berliner Weltausstellung 100.
Berlin-Wiener Distanzritt 207.
Bern 247, 319.
Bernau 136.
Berner Regierung 343.
Bernhardi, Handelskammersecretair in Dortmund 189.
Bernstorff, Albrecht, Graf, preußischer Botschafter in London 248; preußischer Minister des Auswärtigen 227, 252.
Besançon 357.
Bescheidenheit 112.
Beschränkter Unterthanenverstand 292, 369.
Beschränkung der Arbeitszeit 76.
Beseler 14.
Betriebscapital des Deutschen Reiches 383.
Beunruhigung 352.
Beunruhigungsbacillus 352f., 376.
Beurlaubtenstand 237, 241.
Bewilligungsrecht des Reichstages 322f.
Bielefelder Post 45.
Biesenthal 136.
Bimetallistische Forderungen 380.
Bismarck, Fürst: Interview der Neuen Freien Presse 1ff.; soll Chef der Opposition sein 8; empfängt den Botschafter von Nelidow 9; wird von Dr. Lieber beschimpft 10; schreibt an König Albert von Sachsen 11; erhält Brief von ihm 11; erhält in Kissingen ein Ständchen vom Zapf'schen Männerquartet 11f.; Caprivi's Erlasse gegen ihn 22ff.; im Reichstag Wilder 25; empfängt die Abordnung aus Jena 32ff.; die Huldigung der Württemberger 33ff.; Beziehungen zu Caprivi 38ff., 73ff.; Anmeldung in Wien 40; Reichstagsmandat 44; Begegnung mit Prinz Ferdinand von Coburg in München 45; hat die Hamb. Nachr. ersucht, Caprivi keine Schwierigkeiten zu bereiten 52; kam zu der Erkenntniß, daß eine Unterstützung des Generals von Caprivi nicht durchführbar sei 53; wird zum Besuche Leipzigs eingeladen, muß aber absagen 58f.; soll mit dem Kaiser auf Kriegsfuß stehen 71f.; empfängt in Kissingen Mitglieder vom Schweinfurter Sängerfest 68f.; ist nicht „Schloßherr" von Friedrichsruh 77; empfängt die großartige Huldigung aus Südwestdeutschland 78ff.; Kissinger Rede an gelehrte Herren aus Schwaben 101ff.; Abreise aus Kissingen 105; Aufenthalt in Jena 109ff.; wird in Jena zum Dr. der phylogenetischen Facultät creirt 128; Abreise aus Jena 128f.; Fahrt nach Schönhausen 129f.; empfängt in Schönhausen eine Abordnung aus Magdeburg 132, den Grafen Kutusow 132; Chicanen gegen ihn in Halle 132ff.; Begrüßung in Spandau 135, in Berlin 135ff.; Aeußerungen über die Presse 139; Begrüßung in Stettin 140f.; zum Ehrenbürger von Naugard ernannt 140; Begrüßung in Naugard 141f.; Aufenthalt in Külz 142; Fahrt nach Varzin 142ff.; Begrüßung in Treptow a. d. Rega 142f., in Colberg 143; weint sich an Windhorst's Halse aus 148; Brief an Bürgermeister Dr. Petersen 157f.; Schreiben an das Denkmals-Comitee in Düren 162; Glückwunsch zur Goldenen Hochzeit des Groß-

herzogs von Weimar und dessen Dank 175; Haltung gegenüber der Hamburger Cholera-Epidemie 183 f.; empfängt den Besuch Maximilian Harden's 183 ff.; hat ein Spitzentuch mit Cholerabacillen erhalten 184; erhält ein Telegramm des Vereins deutscher Eisengießereien 189; zum Kreistag in Rummelsburg 189 ff.; empfängt den Dr. Blum 192 ff.; Schreiben des Vorstandes des Alldeutschen Verbandes 232 f.; Unterhaltung mit Director Dr. Kämmel 243 f.; Uebersiedelung nach Friedrichsruh 258 ff.; Unterredung mit Henry des Houx 284 f., 286 ff.; soll 1870 Feldmarschallsrang verlangt haben 290; angebliche Reisepläne 320; wird vom bayrischen Prinz-Regenten zu Neujahr beglückwünscht 323; ältestes Mitglied des Ordens vom Schwarzen Adler 330; das Bismarck'sche Wappen 363; Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes von Wandsbeck 365 f.; Dankschreiben an die Bonner Studentenschaft 370; Verhältniß zur Socialdemokratie 370 ff.
Bismarck, Fürstin 34, 55, 80, 84, 106, 136, 191, 211, 258.
Bismarck, von, Geh. Reg.-Rath, auf Külz 140 ff.
Bismarck, Graf Herbert 2, 23, 31, 80, 89, 90, 106, 111, 179, 181, 210, 314, 334.
Bismarck, Graf und Gräfin Herbert 64.
Bismarck-Brunnen in Jena 156.
Bismarck-Caprivi 73 ff.
Bismarck-Commers in Magdeburg 132.
Bismarck-Denkmal in Düren 162.
Bismarck-Fehde 65.
Bismarck'sche Zollpolitik 189.
Bismarckwoche 1
Bleichröder, von 298, 304.
Blind 41.
Blücher 169.
Blücher'sches Hauptquartier 169.
Blum, Dr. Hans, in Leipzig 192 ff., 221, 224, 226, 228, 252.
Blume des Elsterthals 11*.
Blumenthal, von, auf Staffelde 141.
Bodensee 82.
Boeren 342.
Böhmischer Feldzug (1866) 240, 356.
Bonaparte (Familie) 169, 286.
Bonn 334.
Bonner Studentenschaft 370.
Bordeaux 194, 327, 357.
Bosheit Bismarck's 653.
Boetticher, von 153, 317.
Boulange 193.
Boulanger 193.
Bourbaki 167, 220.
Boycott der Hamburger 184.
Boycottirung Bismarck's 30, 52, 67.
Boyer d'Agens, Biograph Leo's XIII. 207.
Brandenburg 121.
Brandenburger Thor 338.
Braunschweig 161.
Braunschweigische Landeszeitung 222.
Breisgau 82.
Bremen 333.
Breslau 348.
Brockhaus, Professor in Jena 111.
Bromberg, Regierungsbezirk 250.
Brüssel 247.
Bucher, Lothar 178, 180 f., 205, 210, 260 f., 313 ff., 329, 345.
Budapest 33.
Budgetrecht des Reichstages 322.
Bühl 80.
Bulgarien 45, 61, 362 f.
Bülow, von, Staatssecretair 180, 210.
Bundesrath 102 f., 173, 177, 322, 345 ff., 354, 360.
Bundestreue der Fürsten 198.
Bundesverträge 353.
Bündnißvertrag mit Oesterreich 305, 334 ff.
Bunsen, Josias von 170.
Buol-Schauenstein, Graf, österreichischer Minister-Präsident 169 f.
Bureaukratie 104, 114, 205, 292.
Burgkeller in Jena 118.
Burschenschaft 102.
Busch, Moritz 289.
Buschiri 207.
Byzanz 186.

Cabinetskrieg 123.
Cabinetsordre von 1852 149, 152 f., 154.
Cabinetsordre von 1883 26.
Cadetten 277.
Cadettenanstalten 237.
Cadregesetz 222.
Camarilla (allgemeine) 153.
Camarilla Friedrich Wilhelm's IV. 170 f.
Camphausen, preuß. Finanzminister 155.
Candide 185.
Capitalvermögen 208.
Capitulation der Festungen (1806) 104.
Caprivi: Verhältniß zu Fürst Bismarck 3; seinem schwierigen Amte nicht gewachsen 5; wird von Dr. Lieber verherrlicht 6; soll einen der antibismarck'schen Artikel in der Nordd. Allg. Ztg. verfaßt haben 12, 46; seine Erlasse gegen Fürst Bismarck 22 f., 30 ff., 52 ff., 69 ff., 98 ff.; Beziehungen zum Centrum 28 f., 48 f., 73 ff., 130 ff.; Beziehungen zum Fürsten Bismarck 38 ff.; Rundschreiben an die preuß. und deutschen Vertretungen über den Privatmann Bismarck 51; sein persönlicher Einfluß gegen die kaiserliche Versöhnlichkeit und auf die Wiener Vorgänge 73; Chicanen gegen Fürst Bismarck 130, 132 ff.; bringt im Reichstag die Militairvorlage ein und giebt Erklärungen ab über die Emser Depesche 244; Rede vom 11. Jan. 1893 über die Militairvorlage

338 ff.; Stellung zur Landwirthschaft 375 ff.
Carl Alexander, Großherzog von Sachsen 33, 109, 175, 198.
Carolinenfrage 207 f.
Cartell 87, 100.
Cartellparteien 153, 181.
Casus belli 225.
Casus foederis 335.
Causa debendi 324.
Caveant consules 147.
Centrum 16, 39, 47 f., 73, 103 f., 124, 130 f., 161, 175, 179, 181, 187, 201, 306, 372.
Centrumscartell 26, 47.
Centrumspolitik 176.
Centrumspresse 49, 148.
Chamade — Fanfare 187, 220.
Chambre introuvable 355.
Champigny 36.
Charkow 92.
Chef der Opposition 8, 25.
Chemnitz 334.
Cherbourg 206.
Cherchez la femme! 96.
Chicanen 130, 132, 145.
Cholera 158 ff., 163 ff., 262.
Chorassan 371.
Chrysander, Dr. 34, 37, 59, 80, 212, 286.
Chrysanthemum 260.
Cincinnatusse 203.
Civil 349.
Clamor teutonicus 83.
Clarendon, Lord 169.
Clerico-Demokratie 150.
Coblenz 250, 328, 336.
Coburg 84.
Colberg 143.
Colmar 348, 358.
Cöln 336.
Colonia 156.
Colonialpolitik 341 f.
Columbien 369 f., 374 f.
„Commissare" des Kaisers 126.
Commune (Pariser) 371.
Compromisse 87.
Compromißverfahren 346.
Conflict 322.
Congo 282.
Conservative 103, 187.
Conservative Camarilla 170.
Conservative — Centrum 171 f.
Conservative Correspondenz 18.
Conservativer Parteitag 297.
Conservatives Wochenblatt 251, 280, 360.
Constantinopel s. Konstantinopel.
Constitutionelle Monarchie 114.
Contrasignatur 156 f.
Corruption 324.
Cöthen 129.
Credner, Professor in Leipzig 128.
Crimmitschau 120.
Culturkampf 124, 199, 202.
Cum grano salis 344.
Cura posterior 164.
Cüstrin 150.
Cynismus 271.

Daily Chronicle 55 f.
Daily News 55 f.
Daily Telegraph 38.
Damaraland 233.
Damaskus 146.
Damnum emergens 335.
Danaidenfässer 362.
Dänen (im Reichstag) 103.
Dänischer Krieg (1864) 309.
Dardanellen 186, 281.
Darmstadt 84.
Das Wegekraut sollt stehen lan u. s. w. 363.
Deichhauptmann 244.
Delbrück, preußischer Staatsminister 373.
Delbrück, Professor in Jena 127.
Demokratisch-socialistische Presse 41.
Demoralisation der Armee (1806) 104.
Demuth, Bürgermeister im Treptow a. d. Rega 142.
Derby, Lord 223, 280.
Derenthall, von, preußischer Gesandter in Weimar 145, 152.
Der neue Cours (Zeitschrift) 356.
Despotismus 255.
Deutsch-englischer Vertrag 131, 206, 233.
Deutsche Botschaft in St. Petersburg 303 ff.
Deutsche Frauen 34.
Deutsche Fürsten 89.
Deutsche Industrie 89.
Deutsche Nachrichten (Valparaiso) 209.
Deutschenhaß in Rußland 202.
Deutscher Bund 86.
Deutscher Generalstab 199.
Deutscher Orden 184.
Deutscher Radfahrerbund 155 f.
Deutsche Revue 199 ff., 224, 228, 279.
Deutsches Reich 56, 62, 72, 81, 85 f., 131, 135, 144, 233, 334 ff., 367, 376, 382 f.
Deutsche Wehrverfassung 196.
Deutsche Zeitung (Wien) 211.
Deutschfreisinnige 143, 261.
Deutschland, Deutschland über Alles 37, 80, 108, 137, 138, 141, 143, 192.
Deutsch-österreichischer Handelsvertrag 6.
Deutsch-österreichisches Bündniß 37, 89 f., 94.
Deutsch-russische Beziehungen 1, 7, 59 ff., 304.
Dictatur Rußlands über Europa 63.
Dieß-Daber 39, 48.
Dii minores 170.
Dii minorum gentium 96.
Diplomatische Einwirkungen in Weimar 145, 151, 155.
Diplomatische Häckselmaschine (Abeken) 205.
Dispositionsurlauber 236.
Disraeli-Beaconsfield 63, 223.
Do ut des-Tendenz 124.

Dohna, Graf von 170.
Don Juan 186.
Doppelkrieg 358.
Dor lach ick öwer! 13.
Dortmund 189.
Döß, Mitglied des Reichsraths 11.
Dreibund 89, 105, 289, 304, 336.
Dreibund Oesterreich-England-Preußen 170.
Drei-Classen-Wahlsystem 343 f.
Dreijährige 196, 217.
Dreijährige Dienstzeit 167, 182, 218, 236, 248 ff., 308.
Dreikaiserbündniß 202, 223.
Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewice 62, 304.
Dreister Stümper 234.
Dresden 11, 113.
Druckerschwärze 139.
Drucksachen des Reichstages 230.
Dualismus mit Oesterreich 122.
Ducrot, General 327.
Duisburg 92.
Duo litigantes 74.
Düren 162.
Düsseldorf 341, 351.
Düsseldorfer Zeitung 178.
Dynamit 285.
Dynastische Politik 85, 124.

Eberbach 80.
Eberswalde 136.
Eckardt, Bankpräsident in Mannheim 81.
Eckardt, Generalconsul a. D. 329, 349.
Ehrfurcht vor dem Kaiser 9.
Eichenblätter 363.
Eierkuchen 86.
Einfluß auf Leitung der Geschäfte 54.
Einjährig-Freiwillige 166 f., 312.
Einlage 139.
Einquartirungslast 274 f.
Einschüchterung (politische) 352.
Einschüchterung der Arbeitgeber 285.
Einsiedler von Varzin 212.
Einst und jetzt 355.
Eisenbahnbauten, deutsche, im Südwesten 348.
Eisenbahndirection in Magdeburg 133.
Eisenbahntruppen 312.
Eisenindustrie 189.
Elgersburg 107.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland 186.
Elsaß 86, 289.
Elsaß-Lothringen, Annexion 348.
Elsaß-Lothringen, Neutralisirung 319.
Elsaß-Lothringen, Rückeroberung 282.
Elsaß-Lothringen, Wiedergewinnung 307.
Emancipation der Juden 298.
Empfindlichkeit 42.
Ems 148, 228.
Emser Depesche 187, 221 ff., 228 ff., 235, 244 ff., 257, 286 f., 293 ff., 299 ff., 332 ff.
En visière ouverte 8.
Encyklika vom 16. Februar 1892 182.
England 283.
Englische Ansprüche 55 ff.
Englische Officiöse 94.
Englisch-französische Beziehungen 283.
Ennecceruς, Oberstlieutenant a. D. aus Frankfurt a. M. 84.
Ennecceruς, Professor, Mitglied des Reichstages (nl.) 259 ff.
Entgegenkommen 379.
Enthüllung 95.
Entlassung des Fürsten 50.
Entscheidungskampf zwischen Slawen und Germanen 64.
Epitheton ornans 14.
Epouses des rancunes étrangères 40.
Erbsünde 384.
Erckmann-Chatrian 27.
Erdmannsdörffer, Prof. in Heidelberg 81.
Erfurt 33, 105, 119, 120.
Erfurter Parlament 122.
Erinnerungen des Fürsten Bismarck 201.
Erlaß vom 23. Mai 1890 46 f.
Erlaß vom 23. Oct. 1883 3.
Erlasse Caprivi's 22 ff., 30 ff., 52 ff., 69 ff., 98 ff.
Ernestinische sächsische Linie 198.
Ernst II. von Coburg-Gotha 198.
Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 330.
Ernster Scandal 55.
Eroberungssucht 225.
Eroica 37.
Ersatzrekruten 312.
Ersatzreservisten 236, 312.
Erwerbsfähigkeit 78.
Erzbischof von Posen 184.
Europäischer Congreß 357.
Europäischer Seniorenconvent 122.
Eulenburg I., Graf, Chef des Specialbureaus des Reichskanzlers 246, 279, 295, 299.
Eulenburg, Graf von, preußischer Ministerpräsident 174, 343.
Evangelische 88.
Existenz Oesterreichs 307.
Ex nexu 345.
Expressis verbis 153.
Extreme Parteien 87.

Fähnrichspolitik 357.
Fanatismus 24.
Fanfare 187.
Fanfaronade 257.
Feigheitsgefühl 103.
Feldartillerie 311.
Feldmarschallsrang 290, 321.
Felonie 15, 55.
Ferdinand, Prinz von Coburg 45.
Ferrières 214.
Figaro 95.
Finanzlage in Rußland 195.

Fischer, Dr. Eduard, in Magdeburg 132.
Fliegenschmidt, Wilhelm, Kaufmann in Magdeburg 132.
Florenz 247.
Forbes, Archibald 290, 320.
Forcher, Mitglied des Reichsraths 11.
Forderungen der Arbeiter 285.
Fortschritt 372.
Fortschrittspartei 104, 274, 344.
Fractiönchen 123.
Fractionen 88, 114, 123.
Fractionshandel 124.
Fractionskampf 45.
Franctireurs 290.
Franken (Stamm) 69, 212.
Frankfurt a. M. 78ff., 198.
Frankfurter Bundestag 35.
Frankfurter Friedensverhandlungen 326.
Frankfurter Parlament 317.
Frankfurter Verfassungsentwürfe 122.
Frankfurter Zeitung 12, 147, 150, 172, 233, 257, 324.
Frankreich mit der rothen Fahne 202.
Frankreichs inficirte Häfen 160.
Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich 18, 40, 304.
Franzensbad 62.
Franzosen im Reichstag 26, 103.
Französische Grenze 35.
Französisches Ausfallsthor 82.
Französisch-italienische Beziehungen 282.
Französisch-russische Allianz 289.
Frauen 83, 96.
Frauen- und Kinderarbeit 76.
Freiburg (Breisgau) 80.
Freie Kritik 104.
Freienwalde (Pommern) 140.
Freigepäck 127.
Freihandel 376.
Freiheitsberaubung 164.
Freiheitskriege 85, 169, 290, 308.
Freisinn 26, 131, 306.
Freisinnige Zeitung 14, 24, 46, 53, 121, 130, 147, 161, 208, 298, 299.
Freizügigkeit 161, 184.
Freizügigkeitsgesetz 164.
Fremdenblatt (Wien) 254.
Freund Fritz 27.
Freycinet 287.
Friede 89.
Friede von Thorn 184
Friedeberg-Arnswalde, Wahlkreis 261.
Friedensliga 223.
Friedensmediation 223.
Friedenspferde 197.
Friedensstifter 201.
Friedensstörer 201.
Friedensverhandlungen des Jahres 1866 197.
Friedrich, Erzherzog von Oesterreich 329.
Friedrich, Kaiserin 56.
Friedrich III., Kaiser 147.
Friedrich der Große 150, 185f.
Friedrich Ferdinand, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 320.
Friedrich Karl, Prinz von Hessen 330.
Friedr. Wilh. III. 308.
Friedrich Wilhelm IV. 150, 170, 340.
Friedrich Wilhelmstädtisches Theater in Berlin 155.
Friedrichsruh 3, 9, 11, 20, 71, 72, 77, 158, 189, 258, 314, 370, 382.
Friedrichsruher Gast 45.
Fürbringer, Professor in Jena 32.
Fürenkranz, Mitglied des Reichsrats 11.
Furor teutonicus 83.
Fürst von Bulgarien 61.
Fuß, Dr., Mitglied des Reichsraths 11.
Fußartillerie 311.

Galizien 210.
Gambetta 220, 222, 310.
Gambetta-Bourbaki'sche Truppen 167.
Gambetta'sche Rekruten 240.
Gamp 317.
Garibaldi 290f.
Gatschina 303.
Gedächtnißirrthum 226.
Gefficken 147f., 207f.
Geheime Abstimmung 344.
Geheimnißkrämerei 235.
Gelderwerb 77f.
Generaldirektion der elsaß-lothringischen Bahnen 94.
General-Reichskanzler 238.
Generalstab, preußischer 224, 358.
Genfer See 178.
Georg V. von Hannover 198.
Gera 120.
Gerike, Paul, Kaufmann in Magdeburg 132.
Gerlach, v., Generaladjutant Friedrich Wilhelm's IV. 169ff., 249f.
Germanam condere gentem 102.
Germanen 64.
Germania 14, 24, 96, 150, 153, 271, 276.
Gernsbach 80.
Georg Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 52.
Gerüchte 31.
Geschäftliche Moral 77f.
Geschichtsfälschung 332ff., 356.
Geschütze, bespannte 272f.
Gespanntes Seil des unabhängigen Ministers 53.
Gesellschaftssitte 52.
Gesetz vom 3. Juli 1869 297.
Gesetzgebender Körper 287f.
Gewerbe 208.
Gewrangelt 139.
Giers 62.
Giftmischer 356.

Giftmischerei 281, 314.
Ginsberg, Steuerrath in Meiningen 107.
Gladstone 94.
Gladstone'sche Presse 94.
Gleichberechtigung der Confessionen 297.
Gleichgewicht 53.
Glion 178.
Gnesener Bischofsstuhl 5.
Goebel, Student in Jena 126.
Goltz, Robert Graf von der 170.
Golzer, Professor in Jena, 32.
Gontaut-Biron, von, französischer Botschafter in Berlin 201.
Gortschakow 200 ff., 223, 233, 248, 302.
Goßler, von, Minister, 95.
Goethe 115, 121, 126.
Gottesurtheil 85.
Göttingen (Kreis) 198.
Göttingen (Stadt) 33, 102.
Götz, Dr., Mitglied des Reichsraths 11.
Götz von Berlichingen 126.
Gramont 231, 294, 299, 302.
Granville, Lord 248, 301.
Grashdanin 7, 280.
Grenzboten 243, 330.
Greisenhafte Geschwätzigkeit Bismarck's 53, 121.
Gröben, Graf von der 170.
Grolman, von, General der Infanterie 329.
Größenwahn Bismarck's 53.
Großer Generalstab 349.
Großgrundbesitz 192.
Großheringen 129.
Großpolen 5.
Grüner Tisch 114.
Gründung des Norddeutschen Bundes 197.
Grundvermögen 208.
Guizot 16.
Gurko 195.
Gütergotz 332 f.
Gutta cavat lapidem 330.

Haag 247.
Haake, von, preußischer Kriegsminister 308.
Haeckel, Professor in Jena 32.
Hegel, Consistorialpräsident 252.
Halle 129, 132 ff.
Hamburg 70, 157 ff., 263.
Hamburger Bürgerschaft 157.
Hamburger Cholera-Epidemie 183 f.
Hamburger Nachrichten und Fürst Bismarck 20.
Hamburgischer Correspondent 38 ff., 70 ff., 232, 254, 338, 359, 377.
Hammer 85, 189.
Hammermühle 174, 213.
Hanau 198.
Händedrücke 151.
Handel 208.
Handelsleute 89.
Handelsministerium, preußisches 2.
Handelsvertrag mit Columbien 369, 374 f.
Handelsvertrag mit Oesterreich 2, 372, 378 ff.
Handelsvertrag mit Rußland 147, 374, 377, 381.
Handelsvertrag mit der Schweiz 375.
Handelsverträge 26, 29, 49, 90, 131, 176, 189, 291, 369, sonst und jetzt 378 ff.
Handelsvortheile 287.
Hannover 4, 277.
Hannover, früheres Königreich 198.
Hannoverscher Courier 131, 134, 152, 162.
Hansastädte 369.
Harden, Maximilian 175, 183, 265.
Hardenberg, von, Minister 98.
Harem 281.
Harmonie 69.
Hase, Dr., Oscar von, Verlagsbuchhändler in Leipzig 128.
Hasenpfeffer 105.
Hatzfeldt, Graf 180, 210, 314, 318.
Hatzfeldt, Gräfin 314.
Hauck, Mitglied des Reichsraths 11.
Hauptleute 237.
Hausmeierthum 154.
Havanna 206.
Heidelberg 80, 81.
Heimliche Gerichte 30.
Heinrich XXII., Fürst von Reuß ä. L. 330.
Helgoland 206.
Helldorf, von 360.
Hellespont 307.
Herbsttage in Varzin 243 f.
Herculanum 270.
Herfurth, Edgar, Verleger der Leipziger Neuesten Nachrichten 221.
Herrenhaus 346.
Herrenhausverhandlungen 215.
Herzog von Lauenburg 51, 213.
Hessen 78 ff.
Hessen (Stamm) 212.
Heuchelei der englischen Presse 56.
Heydt, von der, Finanzminister 252.
Hinterpommern 266.
Hintzpeter („bei Hofe sehr angesehener Pädagoge") 16.
Hirngespinnste 71.
Hitze, Reichstagsabgeordneter (Centr.) 125.
Hochzeitseinladung 52.
Hofermann, Dr., Mitglied des Reichsraths 11.
Höflichkeitsrücksichten 19.
Hofluft 188.
Hofmann, Dr., Mitglied des Reichsraths 11.
Hofrang-Reglement 290.
Hohenzollern'sche Candidatur für den spanischen Thron 229, 246 ff,, 286, 294.
Holnstein-Neverstorff, Graf von 297.
Hour, Henry des 47, 67, 282, 284, 286 ff., 319.
Hoyos, gräfliche Familie 66, 80, 98.
Huber, Geheimrath 372 f., 376 f.
Huberhetze 376.

Huldigungsartikel der Nordd. Allg. Ztg. für das Centrum 161.
Hülfsarbeiter 3.
Humboldt, Wilhelm von 170.
Hungersnoth in Rußland 195.
Huschke, Justizrath in Erfurt 120.

Ilmenau 107.
Indische Sorgen Englands 203.
Industrielle 89.
Inficirte Häfen 160.
Injurie 20, 356.
In nuce 235.
In specie 171.
Interdicte 54.
Interessen des Landes 1.
Interessenlosigkeit Deutschlands im Orient 61.
Interessen-Vertretung 343 f.
Internationale Arbeitsconferenz in Berlin 285.
Internationaler Socialismus 285.
Interpellation im Wiener Reichsrath 11.
In thesi 104.
In trinitate robur 363.
Israelitischer Volksstamm 77 f.
Italien 282.
Italienischer Krieg (1859) 240.
Italiens inficirte Häfen 160.

Japan 206.
Jena 49, 92, 109 ff., 151 f., 156.
Jena, Abordnung in Kissingen 32 f.
Jerichow II., Wahlkreis 259.
Jeszcze Polska 5.
Jesuitengesetz 176.
Johann Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 330.
Johann Friedrich, der Mittlere, Herzog von Sachsen 127.
Jork 262.
Journal (Paris) 256, 265, 278.
Juden in Rußland 194, 330.
Judenfrage 77 f., 296.
Junkerthum 195, 255.
Jupiter tonans (Pindter) 13.
Jüterbogk 195.

Kaemmel, Professor Dr., Director der Nicolaischule in Leipzig 212, 243 ff.
Kaiser 112.
Kaiser, Mitglied des Reichsraths 11.
Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 358.
Kaiserkrone aus den französischen Bataillonen herausgeholt 86.
Kaiserliche Versöhnlichkeit 74.
Kaiser und Reich 81, 89.
Kalnoky, Graf 23, 31, 40, 56.
Kamecke, von, ehemals Landrath in Naugard 141.
Kamerun 206.
Kanitz, Graf 380.
Kardorff, von, Major a. D. 138.
Karl I. von England 196.
Karl V., Kaiser 198.
Karl, Prinz von Preußen 248.
Karl Günther, Fürst von Schwarzburg-Sondershausen 330.
Karlsruhe 33, 80, 84.
Karolyi, Graf 198.
Kartenspiel 72.
Katholikentag (1892) 187.
Katholische Abtheilung im preußischen Cultusministerium 124.
Kehdingen 262.
Kehlheim 189.
Keim, Major 254.
Keinen Ar und keinen Strohhalm 375 f.
Kèpes, Dr. Julius, aus Budapest 33.
Kendel, von 315.
Kieler Begegnung 73.
Kiew 185.
Kind, Prediger in Jena 32.
Kirchenbann 54.
Kirchenstaat 105.
Kissingen 27, 32, 64, 152.
Kissinger Demonstration 100.
Kladderadatsch 160.
Klatsch 183.
Klatt, Fabrikbesitzer und Stadtverordneten-Vorsteher in Rummelsburg 190.
Kleeblätter 363.
Kleines Journal 229.
Kleingrundbesitz 192.
Kluge, Professor, in Jena 32.
Koch, Professor Dr. 184.
Kohl, Horst, Dr. 332.
Kohlenbedarf 348.
Köhler, Braumeister in Jena 32.
Köhler, Frau Braumeister in Jena 108.
Köln 10, 21.
Kölner Bicycle-Club 156.
Kölnische Volks-Zeitung 49, 72, 144, 322.
Kölnische Zeitung 14, 27, 57, 59 ff., 172, 209, 291, 352, 364, 374, 376 f., 382.
Königgrätz 12, 41.
Königreich Polen 5.
Königsberg 307.
Konstantinopel 10, 186, 247, 290, 340.
Kopfsteuer für Landesvertheidigung 364.
Kopfzahl-Wahlgesetz 344.
Köppen, Fedor von 332.
Korinth 117.
Krakau 348.
Krapulinski und Waschlapski 5.
Kreistag in Rummelsburg 190 ff.
Kreuz-Zeitung 39, 42, 57, 64, 65, 75, 96, 171, 182, 279, 281, 299, 302, 308.
Kreuz-Zeitungs-Wagener 205.
Krieg-in-Sicht-Artikel der Post 201, 224.
Kriegsakademie 278.
Kriegsbereitschaft 273.
Kriegsdenkmäler 83.

Kriegserklärung, französische 221.
Kriegsfurie 224.
Kriegsfuß 67.
Kriegsgefahr 193, 272.
Kriegshetzerei 194.
Kriegspartei (1877 in Berlin) 225.
Kriegsschulen 277.
Krimkrieg 55, 94, 169 ff., 186, 331, 340.
Kröchlendorf 334.
Krone — Parlament 104.
Krone Preußen 52.
Kronstadt 5.
Kullmann 34, 41.
Külz 141 f.
Künftiger Krieg 307.
Küpfer, Legationsrath 250.
Kurhessen 198.
Küßnacht 139.
Kutusow, Graf 132.

Lagerfestung 358.
Lahr 80.
Landadel, preußischer 102.
Landesminister 322.
Landesverrath 24, 63.
Landesvertheidigung 364.
Landesvertheidigungs-Commission 326.
Ländliche Arbeitskräfte 274.
Landtag und Reichsregierung 367 ff.
Landwirthe 191, 374, 375 ff., 380, 382 ff.
Landwirthschaft 192, 208.
Landwirthschaftliche Bewegung 382 ff.
Landwirthschaftlicher Hauptverein in Weimar 120.
Lange, Oberförster in Friedrichsruh 158.
La Prusse cane 287.
Lassalle 314, 371.
Laudabiliter se subjecit 55.
Lauenburg, Herzogthum 139.
Lebbin, von, Vortragender Rath im Ministerium des Innern 39, 48.
Le coeur léger 276.
Ledochowski, Graf von 184.
Leflô, französischer General 222.
Legitimist 201.
Lehrter Bahnhof in Berlin 135 f.
Leipzig 58 f., 92, 120, 128, 243.
Leipziger Neueste Nachrichten 101, 192, 211 f., 221, 226, 228, 286 ff., 313, 315 ff.
Leipziger Tageblatt 75.
Leitha 90.
Leo XIII. 207 f., 384.
Leonhard, Dr. von, preußischer Justizminister 363.
Leopold Prinz von Hohenzollern 228 ff., 286, 293, 299, 332 f.
Le Roux 256, 265, 278 f., 281.
Liberale Correspondenz 93, 95.
Liebe, Dr. Georg, Rechtsanwalt in Leipzig 59.
Lieber, Dr., Mitglied des Reichstages (C.) 10 f., 21, 25, 39, 48, 73, 76, 125, 130, 175.
Liebknecht 229, 255, 341, 371.
Limburg-Stirum, Graf, 359.
Lipsius, Geheimrath Prof. D., in Jena 109.
Lisaine 337, 350.
Localbeamte 76.
Loë, Frhr. von, commandirender General des VIII. Armeecorps 328.
Loftus, Lord, 1870 englischer Botschafter in Berlin 301.
Lombardirung russischer Werthe 209 f.
London 247.
Lothringen 337.
Löwe'sche Fabrik 296.
Lübeck 266.
Lübeckische Anzeigen 161.
Lucrum cessans 335.
Ludwig XVI. 196.
Ludwig, Mitglied des Reichsraths 11.
Luitpold 323.
Luther 109, 121.
Lutherische Bibelübersetzung 121.
Luxemburger Angelegenheit 161, 199, 224.
Lwow 46, 67.

Machinationen Bismarck's 257.
Madrid 208, 246, 286.
Magazin für Literatur 143.
Magdeburg 129, 132, 297.
Magdeburgische Zeitung 49, 293, 327.
Main 111.
Maingrenze 222.
Maintenant la paix est assurée 201.
Mainz 33, 138, 294, 328, 336.
Mannheim 80, 81, 89, 92.
Manquements 277.
Manteuffel, von, Flügeladjutant Friedrich Wilhelm's IV. 170, Feldmarschall 39 ff., 42, 48.
Manteuffel, von, Ministerpräsident 150, 170.
Marginalien 71.
Marine 3.
Marschall, Freiherr von, Staatssecretair 46, 347, 373 f.
Marschbewohner 262.
Marschland 262.
Marseille 283.
Marx 255.
März-Krisis von 1890 44.
Massow, von, Major, Reichstagsabgeordneter (cons.) 191.
Matin 47, 282, 284.
Matricularbeiträge 177, 196, 322 f.
Mauthner, Fritz, Schriftsteller 143.
Maybach 352.
Mecklenburg 92, 270.
Meiningen 106.
Meinung des Fürsten Bismarck 96.
Meistbegünstigung 7.
Meistersinger 117.
Memel 98.

Merseburg 129.
Methusalem (Operette) 155.
Metz 36, 240, 327, 336, 348, 358.
Meyer, Dr. Haus, Verlagsbuchhändler in Leipzig 128.
Mieroslawski 184.
Militairmusiker 69.
Militairparticularismus 349.
Militair-Vorlage 165 ff., 172, 173, 174, 175 ff., 181 f., 187, 192 f., 215 ff., 232, 235 ff., 244, 271 ff., 274 ff., 276 ff., 283 f., 305 ff., 322 ff., 326, 334, 336 f., 350 f., 352, 376.
Militair-Wochenblatt 309.
Militarismus 178.
Millionenmassen 238.
Milwaukee 312.
Ministerialmacht 154.
Ministerial-Rath (Bundesrath) 346.
Ministerielle Infalibilität 24.
Ministerielle Unfehlbarkeit 54.
Minister-Plenarsitzung 206.
Ministerpräsident 321.
Ministerverantwortlichkeitsgesetz 103.
Miquel, Dr. 174, 197.
Mirbach, Graf von, Mitglied des Reichstages (cons.) 373.
Mise en scène 201.
Misera contribuens plebs 292.
Mißtrauen des Zaren 22.
Mißverhältnisse 63 ff.
Mitglied (Bundesrath) 177.
Mobilmachung von 1830 308.
Modus vivendi 104.
Mohammedaner 186.
Mokam 371.
Moles 102.
Moloch 284.
Moltke 21, 182, 187, 216 f., 224, 228, 236, 272, 290 f., 326 ff., 349, 350, 356 f.
Moltke's Denkwürdigkeiten 161.
Monumentalmensch 144.
Moore 371.
Moralische Entartung Bismarck's 53.
Moritz, Kurfürst von Sachsen 198.
Morning Post 55 f.
Möros 148.
Moskau 96.
Mühler, Dr. von, Staatsminister 71.
Mülhausen 289, 319 f., 348, 358.
München 45, 113.
Münchener Neueste Nachrichten 50, 181.
Mund halten 88.
Mund verbieten 88.
Murat 286.
Muskelkraft 53.
Musterreptil 178.
Muth, Mitglied des Reichsraths 11.

Nancy 357.
Napoleon I. 64, 115, 169, 204, 238,
Napoleon III. 169, 199, 286, 308.
Nassau 198.
Nationale Politik 85, 124.
Nationalliberale 103.
Nationalliberaler Verein in Halle 133.
Nationalliberaler Verein des Königreichs Sachsen 58.
Nationalpartei 382.
Nationalpolnische Bestrebungen 131.
National-Zeitung 1, 74, 143, 145, 173, 271, 282, 336 f., 350, 367 ff., 374 f.
Naturam expellas furca, tamen usque recurret 87.
Natzmer, General von 248.
Naugard 140 ff.
Naumburg 129.
Neckar 36.
Negation des Bestehenden 371.
Neigungen und Sentiments 1.
Neisse 130.
Nelidow, von, russischer Botschafter in Konstantinopel 10.
Nemo me impune lacessit 363.
Nessushemd 275.
Neudietendorf 105.
Neue Bayrische Landes-Zeitung 189.
Neue Freie Presse 2 ff., 6, 14, 19, 56, 303.
Neuer Cours 20, 40, 43, 52, 59, 97, 131, 274, 325, 327, 373, 375, 379.
Neues Wiener Tageblatt 93.
Neue Züricher Zeitung 96 f.
Neu-Granada 369.
Neustettin 178.
Neutralität Rußlands 1870 200.
Niebuhr, Cabinetsrath 170.
Niederschlesischer Anzeiger 95.
Nihilismus 203.
Nihilisten 330, 343.
Nikolaus, Großfürst-Thronfolger von Rußland 358.
Nikolsburg 198.
Nizza 184.
Noli me tangere 309.
Non liquet 380.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung 1—10, 12, 13, 42, 46, 65, 93, 151, 161, 173, 187, 229 f., 235 f., 255, 280, 293, 299, 307, 310, 338, 378.
Norddeutscher Bund 149, 222, 294, 300.
Norddeutschland 82, 221.
Norderney 332 f.
Nordfranken 87.
Nordostseecanal 21.
Nordsee 206.
Normalität des Denkvermögens 53.
Normandie 207.
Nota levis maculae 196.
Nothstandsfrage 341.
Novellistische Leistungen 203.
Nowoje Wremja 46.
Nuntius in Berlin 124.

Oberhof 105.

Ober-Militair-Examinations-Commission 277.
Oberschlesien 131, 348.
Oberstkämmerer 290, 321.
Obstcultur 262.
Offenburg 80.
Officiere 197, 220.
Officier-Corps, preußisches 101 f., 167.
Officiersaspiranten 277.
Officiersexamen 277.
Officiersmangel 237.
Officiöse Publicistik 305 ff.
Ohlendorff, Frhr. von 12 f.
Oldenburg, Großherzog von 214.
Ollivier 276, 294, 300.
Olmütz 102 f., 123, 221.
Olymp 349.
Olympische Ruhe Goethe's 57.
Orientpolitik, österreichische 334 ff.
Osnabrück 33.
Ostafrika 206.
Oesterreich-Ungarn 37, 90, 178.
Oesterreichisch-ungarische Aristokratie 49.
Oesterreichisches Bündniß 60.
Oesterreichischer Handelsvertrag 56.
Ostsee 206.
Ostseeprovinzen 233 f.
Oubril 234.

Palffy, Graf 66.
Palffy, Familie, 98.
Palffy'sches Palais 49.
Päpstliche Hierarchie 54.
Päpstlicher Segen 194.
Papst Opportunist 104.
Paradies 117.
Pari passu 166.
Paris 36, 86, 183, 246.
Paris, Bombardement 291.
Pariser Commune 289.
Pariser Friedensverhandlungen 171.
Pariser Weltausstellung 100.
Paris — Frankreich 100 f.
Parlament 45.
Parlamentarischer Hochmut 93.
Paroleausgabe 328.
Parteikampf 45.
Parteisucht 83.
Parteiwesen 87.
Particularismus 101.
Particulier de distinction 183.
Passer rusticus 163.
Patriotismus 181.
Peine 161.
Pélissier, französischer General 349.
Pension für den Sultan 281.
Pensionen der Officiere 237.
Per majora 322, 353.
Persona gratissima 179.
Personalunion 378.
Personenwechsel 382.
Persönlicher Einfluß 7, 98.
Persönliches Königthum 188.
Persönliche Verdienste Caprivi's 10.
Pest 40, 70.
Pester Lloyd 131 f.
Pestkranker 197.
Petersburg 4, 199, 222, 247, 379.
Petersen, Dr., Bürgermeister von Hamburg, 157 f., 260 f.
Petitio principii 60.
Petit Journal 38.
Peyramont, Herausgeber der Revanche in Paris 360.
Pfalz 78 ff.
Pferde 220.
Pflichttreue 83.
Pflichtvergessenheit 1.
Pforzheim 80.
Pharisäismus 163.
Phylogenie 128.
Pindter 12 ff., 161, 187.
Pionniere 311.
Plattes Land 274.
Plauen 105 f., 107.
Plectirte Achiver 380.
Poesie 109.
Polen 25, 26, 103, 131, 181.
Polen, russische 194, 330.
Polenfrage 5.
Polenpolitik 5, 75, 184; österreichische 5.
Polenpresse 97.
Polenschwärmerei 184.
Politische Dilettanten 170.
Politischer Intrigant 38.
Polizei 15.
Polnische Aspirationen 48.
Polnische Frage 124, 131.
Polnische Legion 5.
Polterer 27.
Polzhofer, Mitglied des Reichsraths 11.
Pommern 121, 141, 270.
Pommerscher Grenadier 63.
Pompadour, Marquise von 186.
Pompeji 270.
Portepée, preußisches 196.
Posch, Mitglied des Reichsraths 11.
Poschinger, Ritter von 205.
Posen 348.
Posen (Provinz) 362.
Posensche Grenze 348.
Possart 27.
Post 3.
Post (Zeitung) 12, 156, 201, 228.
Poultney Bigelow 356.
Pourtalès, Graf Albert 170.
Prager Friede 294.
Präsenz des Pferdestandes 242.
Präsidenzstand des Heeres 322.
Präsidial-Anträge 354.
Präsidialvorlage 173, 176.
Präventivkrieg gegen Rußland 225.
Preßbureau 201.
Preßburg 349.

Preß-Condottiere 202.
Presse 45, 139; russische 19.
Presse (Wien) 62.
Prettner, Mitglied des Reichsraths 11.
Pression in Weimar 145, 151, 155.
Preuße 35.
Preußen 159.
Preußen, Prinz von 248.
Preußischer Finanzminister 173.
Preußischer Kriegsminister 173.
Preußischer Ministerpräsident 4.
Preußisches Ministerpräsidium 152.
Preußische Polenpolitik 60.
Preußische Traditionen 280.
Prittwitz, General von 249, 308.
Proletariat 255.
Prophet von Chorassan 371.
Protest 83.
Provinzial-Correspondenz 293 ff., 310.
Publici juris 27, 28.
Puttkamer, von, Minister 147.
Puttkamer, von, Landschaftsrath auf Barnow 191.
Puttkamer, Frau von 213.
Pyrenäen 287.

Qualität des Kriegsstandes 306.
Qualität des Friedensstandes 306.

Rachekrieg 222.
Rachsucht Bismarck's 53.
Radziwill, Prinz Anton, Flügeladjutant Kaiser Wilhelm's I. 229, 235, 245.
Radowitz, von 170, 199 f., 204, 279.
Rage des nombres 193, 210, 272.
Ranglisten 239.
Rantzau, Graf 212.
Rantzau, Gräfin 258, 286.
Rastatt 80, 328.
Ratio dubitandi 149.
Ratzeburg 189.
Rauch, General von 170.
Rauch, Oberbürgermeister von Wandsbeck 365 f.
Rebus sic stantibus 344.
Rechter Hand, linker Hand, Alles vertauscht 71.
Rechtsabmarsch nach Sedan 356.
Rechtsschutzverein 341.
Reformation 121.
Reformator Ecclesiae 111.
Reformator Germaniae 111.
Reformirte 88.
Rega 142.
Regierungsabsolutismus 360.
Reichsamt des Innern 2.
Reichs-Anzeiger 17, 22, 28, 29, 40, 42, 46, 48, 65, 98, 146, 155, 223, 280, 325, 359.
Reichsbank 209.
Reichsbote 234, 271.
Reichsfeinde 17.
Reichsgesetzgebung 354.
Reichsglocke 16, 39, 48.
Reichshund 141.
Reichskanzler 345 ff., 354.
Reichskanzleramt 4.
Reichskanzler-Entlassung und -Ernennung 156 f.
Reichskanzlerspielen 72.
Reichsländische Verehrer des Fürsten 94.
Reichsministerien 368.
Reichspolitik 378.
Reichsrath, österreichischer 11.
Reichsregierung — Staatsregierung 174.
Reichsschatzamt 2, 173.
Reichstagsrede des Fürsten vom 6. Februar 1888 60.
Reichstag 44, 87, 89, 102 f., 360.
Reichstage 197.
Reichstagsverhandlungen 25.
Reichsverfassung 276, 298, 353.
Reichsverfassung von 1848 85.
Reichswagen 27.
Reinfeld 174.
Rekrutenausbildung 166, 217.
Religionsfreiheit 184.
Renommirsucht 78.
Reservecapital von Reichstreue 137.
Reserveübungen 275.
Reuß, Prinz, Botschafter 23, 40, 47, 52, 54, 70, 200, 222, 248, 279.
Reuter's Bureau 254.
Revanche (Paris) 360.
Revirement, diplomatisches 205.
Revolution 169, 202, 365.
Revolverjournalistik 324.
Rewald, Superintendent in Rummelsburg 190.
Rheinisch-Westfälische Zeitung 97, 106, 143, 144.
Ribbeck, Professor in Leipzig 128.
Richter, Mitglied des Reichsraths 11.
Richter, Eugen 25, 41, 143, 230, 273 f., 309, 372.
Rickert 273 f., 344.
Rigler, Mitglied des Reichsraths 11.
Ritschenhausen 105 f.
Rödiger aus Hessen, Gast des Fürsten 196, 213.
Rohheiten 56.
Rohr 191.
Rom 183, 204.
Romanen 64.
Romantik 109.
Römer 83.
Roon, Graf von, Kriegsminister 182, 216, 228, 236, 252, 291, 332 ff.
Roon-Krobnitz, Graf von 228.
Roon'sche Conventikel 42.
Rosen 260.
Rößler, Dr. Constantin 201.
Rostock 92.
Rothschild 214, 298.

Rottenburg, von, Director der Reichskanzlei 377.
Roux, s. des Roux.
Rübengericht 203.
Rücktritt des Reichskanzlers 345 ff., 360 ff.
Rudini, Marquis von, italienischer Ministerpräsident 329.
Rudolstadt 120.
Ruere in servitium 24.
Rüffel der Weltgeschichte 196.
Rumänien 61.
Rummelsburg 189 ff.
Russischer Handelsvertrag 147.
Russisches Eisen warm halten 63.
Russische Orientpolitik 60.
Russische Ostseeprovinzen 233 f.
Russische Presse 330 f.
Russische Staatspapiere 7.
Russische Urkunden 22.
Russische Werthe, Verbot von deren Beleihung 361.
Russisch-französische Annäherung 61, 186, 279.
Russisch-italienische Beziehungen 186.
Russisch-österreichische Beziehungen 186.
Russisch-rumänische Beziehungen 186.
Russisch-türkische Beziehungen 61.
Rußland 194 ff.
Rußland durch Asien gedeckt 87.
Rußland — Papst 186.
Rust, Dr., Leibarzt in Berlin 163.
Ruthenen 184.

Saale-Zeitung 132 f.
Saarbrückener Ausstand 341.
Sachsen, Königreich 58, 198, 278.
Sachsen (Stamm) 212.
Sachsenwald 382.
Sacrificium intellectus 103, 351.
Saint-Cloud 288.
Saint James' Gazette 55.
Salme (Telegraphenstation) 152.
Salisbury, Lord 94.
Salus publica 276.
Salzburg 11, 17.
Samoainseln 206.
San Stefano, Friede 241.
Sansibar 206, 233.
Sauerteig 270.
Savoyen 202.
Schalscha, von, Mitglied des Reichstages (cons.) 373.
Scheltbriefe 18.
Schenk, Schweizerischer Bundespräsident 319 f.
Scherenberg, 189.
Schiller 121.
Schiller's Bürgschaft 148.
Schlacht von Jena 121.
Schlafmütze 69.
Schlawe 266.
Schlegner's Hotel in Rummelsburg 191.
Schleinitz, Präsident von 249.
Schlesische Grenze 348 f.
Schlesische Zeitung 65, 75.
Schleswig-holsteinischer Canal 326.
„Schloß" Friedrichsruh 77.
Schlözer, von, preußischer Gesandter beim Vatican 179, 182 f., 204.
Schlüssel zu den Dardanellen 186, 281.
Schmehl, Rechtsanwalt in Darmstadt 84.
Schmidt, Cäsar, Verlagsbuchhändler in Zürich 325.
Schneider, Louis, Hofrath 310.
Schöller, Philipp, in Düren 162.
Schöne Aussicht, Jena 118.
Schönebeck 129 f.
Schönhausen 92, 116, 128 f., 256, 259.
Schoof, Mitglied des Abgeordnetenhauses (nl.) 259 ff.
Schorer's Familienblatt 313, 329, 349.
Schorlemer, Freiherr von 42, 53, 125.
Schrulle 117.
Schulgesetzentwurf 28.
Schulvorlage 48.
Schutzzöllner 377.
Schuwalow, Graf Peter 233.
Schwaben 34, 101, 212.
Schwäbischer Merkur 46.
Schwaches Deutschland 73.
Schwarzenberg, Graf Adam von 52.
Schwarzer Adlerorden 329 f.
Schwarzer Bär, Hotel in Jena 110 ff.
Schwarzer Tod 270.
Schwarzwald 82.
Schweigen 103.
Schweinfurt 65.
Schweinfurter Sängerfest 68 ff.
Schweinitz, von, deutscher Botschafter in Paris 303.
Schweiz 289, 337, 342, 375.
Schweizer Bundesrath 320.
Schweizer Handelsvertrag 22.
Schweninger, Dr. 33, 34, 37, 80, 136.
Schwerer Conflict 352.
Sedan 12, 121.
Sentiments 1.
Septennat 322.
Servil 186.
Sese subiciunt 125.
Si fecisti, nega 70, 152.
Sicilianische Vesper 77, 298.
Siebenjähriger Krieg 219.
Sievers, Professor in Leipzig 128.
Sigl-München 189.
Simson 14.
Singer, Oberbürgermeister in Jena 32, 119.
Singer-Auer, Interpellation 341.
Sinsheim 80.
Sittliche Entrüstung 96.
Skela, Mitglied des Reichsraths 11.
Skiernewice 60, 62, 304.
Slawen 64.
Smolensk 185.

Socialdemokraten 26, 74, 103, 187.
Socialdemokratie 131, 166, 219, 244, 284, 324, 364 f.
Socialdemokratische Rekruten 284.
Socialistengesetz 153.
Socialistischer Zukunftsstaat 370.
Soden, von 206.
Sofia 281.
Soldatengefühl 102.
Solferino 241.
Sonntagsruhe, gesetzliche 41, 76, 291.
Spandau 21, 135.
Spaniens inficirte Häfen 160.
Spanische Thronfolge 302 (s. auch Leopold Prz. v. H. und Hohenzollern'sche Candidatur).
Speaker (London) 233.
Sperrgelder 95.
Sperrling 163.
Spicheren 167.
Staatenhaus 346.
Staatsanwalt 15, 374.
Staatsanwalt (Frhr. v. Marschall) 46.
Staats-Anzeiger 255.
Staatsarchiv 249.
Staatsbanquerott 165.
Staatsgeheimnisse 15.
Staatsklugheit 12.
Staatsministerium 173.
Staatsregierung — Reichsregierung 174.
Staatsstreich 353.
Staatswagen 26.
Stabsofficiere 237.
Stammescadronen 312.
Standard 14, 55, 94, 320.
Stein, Freiherr vom 97 f.
Stettin 140 f.
Stettiner Bahnhof in Berlin 135 ff.
Stellvertretungsgesetz 202, 226.
Stendal 129.
Steuerfragen 177.
Steuerverweigerung 180.
Stickel, Professor Dr., Geheimrath in Jena 115.
Stiller Ocean 209.
Stintzing, Professor in Jena 32.
Stöcker 75.
Stöckerianer 382.
Stollberg, Graf, Oberkammerherr 170.
Strafbayern 196.
Strafford 196.
Straßburg 36, 86, 327, 336, 348, 350, 358.
Straßburger Post 65, 94, 338.
Straßenbahn 312.
Strategische Windbeutelei 356.
Streber, gewöhnlicher 38.
Streit, Hofrath in Kissingen 80.
Strengeres Verfahren 14.
Strikefragen 352.
Strohmänner 187.
Stumm, Geheimer Commercienrath in Neunkirchen 341, 364.
Stuttgart 33, 35.
Stüve, ehem. Minister in Hannover 262.
Subaltern-Officiere 241, 252 ff., 277.
Süddeutschland 81.
Südwestafrika 342.
Suhl 105.
Sultan 183, 186.
Sultan (Hund) 214.
Sündenfall 384.
Suprema lex 360.
Szapary, Graf, ungarischer Ministerpräsident 93.

Taaffe, Graf, österreichischer Ministerpräsident 329.
Tacitus 83.
Tagespresse 315.
Tägliche Rundschau 155.
Tempora mutantur ꝛc. 377.
Temps 94.
Tenge 189.
Territet 178.
Tertii gaudentes 73.
Testimonium politicum und T. morum 366.
Teufel aus der Hölle treiben 84.
Teutonia, Burschenschaft in Jena 118.
Teutonischer Selbstständigkeitstrieb 164.
Theater und Concerte 69.
Theatercensur 155.
Thebaner 200.
Theologen 88.
Theoretische Feindschaft — praktische Freundschaft 372.
Thiers 16, 289, 327.
Thorbecke, Fabrikant in Mannheim 89, 92.
Thorn, Friede von 184.
Thronreden 205.
Thüringen 32, 69, 78 ff., 106 ff.
Thüringer 212.
Thuringia, Corps in Jena 176.
Times 134.
Tivoli-Versammlung der Landwirthe in Berlin 374 f., 382 ff.
Tot discrimina rerum 121.
Toujours en vedette 222.
Toul 357.
Train 312.
Transmissoriale 323, 346.
Transvaal 342
Treitschke, Heinrich von 23.
Tremonia 148.
Treptow an der Rega 142 f.
Tricolore, französische 202.
Türkei 56, 339.
Türken 241.
Tschernigow 185.
Tunesien 282.
Tyras 80, 107, 214.

Ueberfracht 127.
Ueberschwemmung 263.

Uebungen im Beurlaubtenstand 237.
Ultima ratio 224.
Ultramontanismus 39.
Ultra quartum lapidem 33.
Umsturz von 1848 60.
Unabhängigkeit der deutschen Politik von der englischen 55.
Undank 243.
Uneinigkeit der Liberalen 162.
Unfähigkeit 2.
Unfehlbarkeit 42.
Ungeduld 375.
Ungarn 93, 178.
Ungarische Chauvinisten 15.
Unitarische Bestrebungen von 1866 85.
Unpopularität 172.
Unpopularität des Centrums 187.
Unrecht habender König 58.
Unterhändler, deutsche 2, 90.
Unterofficiere 166ff., 197, 217ff., 241ff., 275, 311.
Unterofficier steht den Soldaten gegenüber an Gottes Stelle 114.
Unterstützung des Generals von Caprivi 53.
Unwahrhaftigkeit 243.
Unzufriedenheit 261, 280.
Unzulänglichkeit 2.
Urbi et orbi 244.
Urfehde 48.
Uriasbrief 18, 209.
Usedom, von 170.

Valparaiso 209.
Varzin 59, 62, 92, 136, 142, 157, 228, 314.
Varziner Spötter 188.
Vaterlandsliebe 35, 83, 111, 244, 352.
Vaterlandstreue 352.
Vaterlandsverrath 1.
Vatican 42, 179.
Vehme 30.
Verantwortlichkeit des Ministers 103, 188, 346.
Verdächtigungen 281.
Verdun 357.
Verdy, du, preußischer Kriegsminister 256, 271.
Vereinigter Landtag von 1847 344.
Verein deutscher Eisengießereien 189.
Verein deutscher Studenten (Berlin) 136, 138f.
Verein weimarischer Landwirthe 120.
Verfassung des Deutschen Reiches 156, 346.
Verfolgungswahn Bismarck's 53.
Vergangenheit 169.
Verhetzung 282.
Verlogene Insinuation 71.
Versailler Nationalversammlung 289.
Verschleierter Prophet 371.
Versöhnungsversuche 51.
Vertrag von 1856 289.
Vervehmung 49.
Verzicht auf die Sperrgelder 95.
Vesuv 270.
Veto 323.
Vice versa 5.
Vietinghoff, von, Sprecher des Vereins Deutscher Studenten in Berlin 138.
Villiers 36.
Vincke, Freiherr von 14.
Vis major 157.
Vogesen 348.
Vogesengrenze 87.
Volk (Ztg.) 75.
Volkskrieg 240, 340.
Volksschulgesetz 16, 75.
Volks-Zeitung (Berliner) 14, 150.
Vom Fels zum Meer 142.
Vordringlichkeit 183.
Vormärzliche Bureaukratie 355.
Vorspiegelungen, militairische 347ff.
Vortragende Räthe 3.
Vorurtheilslosigkeit 112.
Vorwärts 14, 220, 324.
Vossische Zeitung 12, 24, 52, 72, 143, 173, 179, 188, 208, 220, 255, 351, 368.

Wacht am Rhein 27, 37, 70, 129, 138, 141, 142.
Waffenhandwerk 237.
Wagener, Geheimer Regierungsrath 205.
Wahlgesetze 344.
Wahlsystem, preußisches 343f.
Wahrheit und Dichtung 252.
Waldersee, Graf 181, 382.
Waldkirch 80.
Walküren 266.
Wallfahrt der badischen Nationalliberalen nach Kissingen 93.
Walther, Schlossermeister in Jena 32.
Wandsbeck 189, 365f.
Wannowski, Chef des russischen Generalstabes 195.
Warncke, Buchhändler in Berlin 139.
Wartburg 107, 121.
Weber, Consul a. D., Mitglied d. Reichstages (nl.) 259ff.
Wedel, von, General 138.
Wegedorn 363.
Wehrsteuer 364.
Wehrverfassung, deutsche 196.
Weibliches Gepäck 127.
Weiher, von, Landrath in Rummelsburg 190.
Weihrauch erster Güte 285.
Weimar 105, 108f., 120.
Weimarische Regierung, Versuch diplomatischen Druckes auf sie 134.
Weinheim 80.
Weise, Dr., in Berlin 259.
Weißenburg 138.
Weißenfels 129.
Weißrussen 184.
Welfen 26, 103.
Welfenfondsquittungen 324ff., 358.

Weltausstellungsfrage 100 f.
Werdau 120.
Werder, General von 200, 222, 303, 359.
Werth der Druckerschwärze 8.
Werther, Freiherr von, deutscher Botschafter in Paris 247, 287, 294, 300.
Weser-Zeitung 65, 180.
Westarp, Graf Adolf 72.
Westdeutsche Allgemeine Zeitung 3, 9, 16, 20, 45 f., 50 ff., 156.
Westfalen 341.
Westfälischer Merkur 19, 53, 73.
Westpreußen 184, 362.
Westrußland 195.
Wettbewerb 292.
Wiberg 80.
Wien 11, 40, 70, 247, 338.
Wiener Conferenzen 171.
Wiener Congreß 357.
Wiener Einwirkungen 209.
Wiener Interview 20.
Wilder 25.
Wilhelm Prinz von Preußen 308.
Wilhelm I., deutscher Kaiser 12, 35, 39 f., 44, 48, 58, 60, 80, 96, 104, 111, 113, 150, 180, 182, 216, 223, 227, 236, 245 ff., 248 ff., 303, 305, 309, 314.
Wilhelm II., deutscher Kaiser, mit dem 1890er Erlaß gegen Fürst B. nur zum Theil einverstanden 30 f.; seine Hoffnung, den Rath des Fürsten dem Reiche erhalten zu sehen 51; Arbeitererlasse 244; Neujahrsansprache an die commandirenden Generale 328 f.
Wilhelm II., König von Württemberg 36.
Windbeutelei 20.
Windthorst 3, 9, 16, 28, 38, 48, 95, 130, 148.
Windthorst'sche Resolutionen 172.
Winzer, Gärtnereibesitzer in Erfurt 120.
Wir Deutsche fürchten Gott 84.
Wirsitz, Kreis 250.
Wirthschaftliche Zugeständnisse 7.
Wirthschaftspolitik 189.
Wissmann, von 206.
Woedtke, von 317.
Wohlgemuth-Affaire 318, 342.
Woermann 159.
Wörter, Dr., aus Karlsruhe 84.
Wortlaut des Entlassungsgesuches des Fürsten 52.
Wrangel 183.
Württemberg 49, 310.
Württemberger in Kissingen 33 ff.
Würzburger Militairmusik 80.

Zäher Volkskrieg 240.
Zapf, Opernsänger in Wiesbaden 11.
Zapf'sches Männerquartett 11.
Zar 4, 7, 15, 194 (s. auch Alexander II. und Alexander III.).
Zeitz, Brauereibesitzer in Meiningen 106.
Zeugniß (der Socialdemokraten) 255.
Zillmer, Bürgermeister in Rummelsburg 190.
Zollparlament 104.
Zorndorf 150.
Zuchthaus, allgemeines socialistisches 371.
Zukunft (Wochenschrift) 174, 183.
Zukunftsmusik 63.
Zürich 325.
Zweck der Caprivi'schen Erlasse 46 f., 54.
Zweijährige Dienstzeit 165 ff., 195 306 ff.
Zweisiedler 212.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
Los Angeles

This book is DUE on the last date stamped below.

Form L9–Series 4939

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 164 584 5

DD
218
P38f
v.4